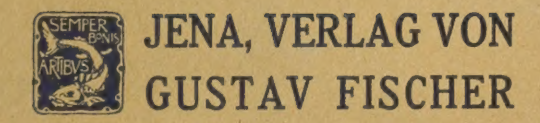
GUSTAV MAYER

J. B. v. SCHWEITZER



JENA, VERLAG VON
GUSTAV FISCHER

Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie

Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

von

Gustav Mayer

Motto:

„Es ist das entsetzliche Merkmal unserer unvollkommenen Menschennatur, daß selbst das Reinste nicht rein, das Höchste nicht makellos vollbracht werden kann."

Schweitzer,
Der Zeitgeist und das Christentum.



Jena
Verlag von Gustav Fischer
1909

Vorwort.

Die deutsche sozialdemokratische Partei verdankt den bewußten Ausdruck ihrer Neigungen und Abneigungen, ihr geistiges Gepräge und die Gestalt und Richtung ihrer Taktik im wesentlichen zwei Wurzeln, deren eine in das Bereich des preußischen Verfassungskonflikts zurückführt, während die andere aus der großindustriellen Entwicklung und der demokratischen Gestaltung im europäischen Westen ihre besonderen Kräfte zog.

In größerem Zusammenhang und quellenmäßig wurde bisher die Geschichte der politischen Arbeiterbewegung fast ausschließlich von offiziellen Vertretern der Sozialdemokratie behandelt. So wertvoll und aufschlußreich ihre Arbeiten sind, und so erfolgreich besonders Mehring sich bemühte, innerhalb der Partei gerecht zwischen ihren beiden großen Hauptströmungen abzuwägen, so war es doch unvermeidlich, daß die politische Überzeugung der Verfasser sich dem Bilde mitteilte, das unter ihrer Feder entstand. Dabei vermißte dann der Leser, der den Emanzipationskampf der Arbeiter in den Rahmen der gesamten Volksgeschichte eingefügt sehen wollte, nicht selten das Streben nach einer möglichst objektiven Belichtung der Zusammenhänge. Der Geschichtsschreiber stand seinem Stoff mit dem Herzen zu nahe, als daß er der Selbstentäußerung fähig gewesen wäre, die zur Befriedigung jenes Bedürfnisses gehört hätte!

Will man die beiden Richtungen, aus deren Vereinigung die deutsche sozialdemokratische Partei entstanden ist, kurz benennen, so muß man von Lassalle und von Marx sprechen. Der große Agitator starb, ohne den Erfolg seines Weckrufs zu erleben. Der Mann, der die Lassalleanische Partei wirklich schuf, war Johann Baptist von Schweitzer. Iliacos intra muros et extra gehen die Ur-

teile über seine Persönlichkeit noch immer auseinander. Die Kontroverse zwischen Bebel und Mehring blieb bisher unerledigt! Als ich daran ging, die Schicksale der auf nationalem Boden entstandenen Organisation der deutschen Sozialdemokratie zu studieren, erkannte ich bald, daß ich mich der Aufgabe nicht entziehen konnte, die gänzlich unbekannte Biographie Schweitzers zu rekonstruieren. Verschiedene Glücksumstände, deren bei der Aufzählung der Quellen gedacht wird, ermöglichten die Ausführung meines Vorhabens. Doch es konnte mir nicht beifallen, dem späteren Schwankdichter das gleiche Interesse zu schenken wie dem Organisator des Klassenkampfes. Dies war einer der beiden Gründe, die mich abhielten, das vorliegende Werk als eine Biographie in die Welt hinaus zu schicken. Dazu kam ein anderer.

Weil ich lebhaft die Bedeutung der weiteren Entwicklung der Sozialdemokratie für die Schicksale unserer deutschen Zustände empfinde, beschäftige ich mich mit ihrer Geschichte. Die Vergangenheit erklärt die Gegenwart und soll der Zukunft ins Antlitz leuchten. Es ist nicht gleichgiltig, zu wissen, woher und wie die Dogmen vom Klassenkampf, vom Klassenstaat, von der einen reaktionären Masse, vom Internationalismus u. s. w. in die Partei hineingekommen sind, und wie sie sich in ihr befestigt haben. Auf völlig organische Weise schloß sich eine historische Schilderung des Lassalleanismus um die Geschichte seines Führers. So wurde dieses Buch zu einer Darstellung der Hauptphasen der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie in dem Jahrzehnt von 1864 bis 1875. Denn es leuchtete ein, daß das Spiel ohne das Gegenspiel nicht verständlich wäre, und daß die Entstehung und das Wachstum der von Liebknecht und Bebel geführten international-demokratischen oder auch Marxistischen Partei, die über die Lassalleanische Organisation obsiegte, ebenfalls in die Erzählung hineingezogen werden mußte. Die Versuchung konnte naheliegen, die politisch aktuelle Bedeutung mancher immer wiederkehrenden Probleme noch schärfer herauszuarbeiten. Die Möglichkeit eines Bündnisses von Liberalismus und Sozialdemokratie, die Organisierungsversuche der bürgerlichen Demokratie, die Abwägung zwischen der nationalen und der internationalen Wertung, das Verhältnis von politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung beschäftigen die Geister heute wie vor vierzig Jahren. Aber mir schien, daß es selbst für den Politiker von Beruf vorteilhafter sein mußte, jene Kontroversen hier lediglich aus den Zuständen der Zeit beleuchtet zu sehen, in der sie auftauchten. Dadurch wurde ihm die Freiheit der Nutzanwendung auf die Gegenwart nicht

weiter beeinträchtigt, als es ohnehin unvermeidlich war. Denn es ist natürlich klar, daß auch ich meine politischen Grundanschauungen nicht völlig draußen lassen konnte.

Mein Bestreben war es, überall auf die ersten Quellen zurückzugehen. An Ort und Stelle wird darüber nähere Auskunft erteilt. Doch schon hier möchte ich den Veteranen der Arbeiterbewegung danken, denen ich für wertvolle Auskünfte oder für die Überlassung von Material verpflichtet bin. Ich nenne besonders die Herren August Bebel, Dr. Otto Dammer, Fritz Ellner (Frankfurt a. M.), Karl Lebermann (Hamburg), Julius Röthing (Leipzig), Karl Schallmayer (Hamburg). Die Witwe und die Geschwister Schweitzers waren mir ebenfalls in manchen Richtungen behilflich, und das Archiv der sozialdemokratischen Partei stellte mir mit großer Zuvorkommenheit seine Schätze zur Verfügung. Besonderen Dank schulde ich noch den Söhnen Wilhelm Liebknechts, die ein feines Verständnis für die Erfordernisse wahrer wissenschaftlicher Forschung bezeugten und mir, obgleich ich nicht ihrer Partei zugehöre, die Benutzung eines Teils des väterlichen Nachlasses für die Zwecke dieser Arbeit gestatteten.

Zehlendorf (Wannseebahn), Oktober 1909.

Gustav Mayer.

Inhalt.

Erstes Buch.

Bis zu Schweitzers Übernahme der Präsidentschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Zweites Buch.

Schweitzer an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung.

Drittes Buch.

Der Abstieg.

Exkurse und Noten.

Erstes Buch.

Bis zu Schweitzers Übernahme der Präsidentschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Kapitel I.

Familie und Jugend.

Auf dem quergeteilten Wappenschilde der Allesina genannt Schweitzer befindet sich oben auf rotem Grunde ein nach rechts blickender schwarzer Adler, unten schreitet auf goldenem Boden ein Bär ebenfalls nach der rechten Seite. Die Richtung des Blicks und des Schritts ihrer heraldischen Tiere ist symbolisch für die Gesinnungen der Mitglieder dieser katholischen Frankfurter Patrizierfamilie: Überlieferung, Erziehung, Verwandtschaften und Interessen wiesen ihnen im öffentlichen Leben ihren Platz auf der Seite der Machthaber in Staat, Gesellschaft und Kirche an. Aber ein Sproß ging aus diesem Hause hervor, der landete im Laufe eines wechselvollen Lebens weitab von jenen Traditionen seiner adelsstolzen Familie: er wurde der Vorkämpfer einer Bewegung, die jene Mächte der Autorität und des Besitzes tödlich anfeindete und so widmete er die Kräfte seiner besten Lebensjahre einer Sache, für die ihn sicherlich nicht die Stimme des Blutes aufgerufen hatte.

Das Blut, das durch die Adern Johann Baptists von Schweitzer rann, hatte kaum irgendwelche deutsche Bestandteile: väterlicherseits war er ein Abkömmling von Italienern, mütterlicherseits wies sein Stammbaum auf französische Hugenotten und belgische Emigranten. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts führte in Frankfurt a. M., in der Straße Unter der neuen Kräme, eine Seiden- und Modenwarenhandlung den Namen Silvestro Allesina und Sohn auf ihrem Firmenschilde. Der Begründer dieses Hauses sollte schon im 17. Jahrhundert aus dem Aostatale in das Maintal eingewandert sein. Ein Sohn jenes Silvestro war Johann Maria Allesina, der, wie auch Goethe in der italienischen Reise erzählt, 1724 Francisca Clara Brentano ehelichte. Diesem Bunde entstammte als einziges Kind eine Tochter Paula Maria, und diese verheiratete sich 1752 mit Franz Maria Suaizer, Handelsmann aus Verona. Nun berichten uns aber die Akten, daß Franz Maria erst 1766 in Frankfurt ein Bürgergeld in Höhe von 2000 Gulden zahlte, und man könnte hieraus folgern, daß das Ehepaar, welches damals bereits mit acht Kindern gesegnet war, sich anfänglich in Italien niedergelassen hatte. In Frankfurt findet man Suaizer zuerst als Teilhaber im Geschäfte seines Schwiegervaters, später ist er Bankier, Großhändler und kurpfälzischer geheimer Kommerzienrat. Dieses Ehepaar, von dem alle Zweige der Familie Schweitzer-

Allesina abstammen, erbaute in den Jahren 1787 bis 1792 auf der Zeil, dort wo sich heute die Hauptpost erhebt, ein prächtiges Palais, den späteren Russischen Hof. Die reichen Frankfurter Kaufmannsfamilien italienischen Ursprungs — es gab außer den Schweitzer-Allesinas noch die Brentanos, die Bolongaros, die Guaitas u. a. — bildeten lange Zeit hindurch innerhalb der vornehmen Gesellschaft der freien Stadt schon dadurch einen Kreis für sich, daß sie inmitten eines ganz überwiegend protestantischen Gemeinwesens als orthodoxe Katholiken nachdrücklich ihre religiösen Anschauungen betonten. Als seine Freundin Maximiliane La Roche sich mit Peter Anton Brentano vermählte, kam auch Wolfgang Goethe in dieses ziemlich exklusive Milieu. Er selbst erzählt, daß er dort zum ersten Male Gelegenheit fand, mit katholischen Geistlichen in nähere Beziehung zu treten.

Drei Söhnen Franz Maria Suaizers und Paula Allesinas wurde am ersten Jahrestage der Leipziger Schlacht von König Maximilian I. von Bayern für Verdienste, die wir nicht kennen, der erbliche Adel verliehen. Fortan führte die hernach in ihrem ältesten Zweige vom Herzog von Nassau in den Freiherrnstand versetzte Familie den Namen Allesina genannt Schweitzer oder Allesina von Schweitzer. Aus der Ehe des mittleren jener drei Brüder, des fürstlich primatischen Direktorialrats Johann Baptista und einer Tochter des französischen Residenten in Frankfurt Ludwig von Barozzi entsproß im Jahre 1800 Franz Karl Ludwig, der Vater des späteren Führers der deutschen Sozialdemokratie.

Ludwig von Allesina genannt Schweitzer widmete sich der militärischen Laufbahn und war schon im Alter von 20 Jahren Leutnant in dem ruhmreichen Regiment der Braunschweiger schwarzen Husaren. Jedoch nach fünf Jahren sah er sich gezwungen, die Uniform auszuziehen, weil er im Duell seinen Rittmeister erschossen hatte. An solchen Harmlosigkeiten nahm vermutlich ein Mann wie Herzog Karl keinen Anstoß; Schweitzer wurde bei ihm Kammerjunker und er verblieb in dieser Würde, wenn es anders eine Würde war, bis im Jahre 1830 der entartete Welfe von seinen Untertanen verjagt wurde. Es verschlägt wenig zu wissen, ob er seinem üblen Herrn anfänglich in das Exil folgte und ob er den Hang zu schlimmen Börsenspekulationen von diesem annahm. Man hört auch nicht, ob Schweitzer, gleich dem ehemaligen bayrischen Leutnant Bender von Bienenthal und anderen Abenteurern, an der Seite Karls weilte, als dieser im Verlauf seiner Bemühungen, wieder in den Besitz Braunschweigs zu gelangen, im Herbst 1830 in der Frankfurter Gegend auftauchte. Es ist wenig wahrscheinlich, daß Schweitzer sich dafür hergab, da er von Hause aus sehr begütert war und auf die Dauer kaum ein Interesse daran haben konnte, sich in der verrufenen Gesellschaft des Herzogs zu kompromittieren. Nach seiner bald darauf erfolgten Verheiratung hat er niemals wieder ein Amt bekleidet oder einen Beruf ausgeübt. Die Gattin, die er im Jahre 1832 heimführte, war Margareta Emilie, die begabte und schöne Tochter Carl Peter Berly's, des bekannten Journalisten und Thurn und Taxisschen Oberpostamtsdirektors in Frankfurt.

Dieses Mannes und seiner Frau Juliana muß hier gedacht werden, da Johann Baptist in ihrem Hause die erste Kindheit verlebte, und diese Großeltern auch die früh erwachenden geistigen Interessen des wissensdurstigen Enkels nachhaltig bestimmten. Noch als Mann erinnerte sich Schweitzer ihrer mit jener Dankbarkeit, die er seinen Eltern gegenüber nicht zu empfinden vermochte. Die Vorfahren von Johann Baptists Mutter hatten sich als treue Anhänger Calvins nach der Aufhebung des Edikt von Nantes aus Frankreich in die Rheinlande geflüchtet. Carl Peter Berly, geboren 1781 in Frankfurt, gestorben 1847 im vierzehnten Lebensjahre des Enkels, war früh elternlos geworden und hatte sich, da er nicht das Vermögen besaß, um sich einem Studium zu widmen, dem Kaufmannsberuf zugewandt. Den erst Dreiundzwanzigjährigen brachten Tüchtigkeit und gute Empfehlungen im Jahre 1804 an die Spitze eines staatlichen Bankinstituts, das damals der Minister von Kretschmann in Koburg errichtete, und schon im nächsten Jahre wurde ihm die Leitung der Finanzverwaltung des kleinen thüringischen Herzogtums übertragen. Schon sieben Jahre später verlor er ohne eigenes Verschulden dieses stattliche Wirkungsgebiet, kehrte so mittellos, wie er fortgezogen war, nach Frankfurt zurück und schlug sich hier anfänglich armselig mit Privatunterricht und Vorlesen durch. Dann kam er zum Journalismus, in dem ihn eine ungewöhnliche Leichtigkeit der Darstellung, rasche Auffassungsgabe und vielseitiges Wissen schnell vorwärts halfen. Zuerst redigierte er die Zeitung der freien Stadt Frankfurt mit ihrer verbreiteten literarischen Beilage Iris. Später in den dreißiger und vierziger Jahren war Hofrat Berly als Leiter des in der Mainstadt damals gelesensten und beachtetsten publizistischen Organs, der Oberpostamtszeitung, der Wortführer des konservativ gestimmten und österreichisch gesinnten Teils der Bürgerschaft. Sein Ruf war makellos, seine Arbeitskraft und sein „Kompilierungstalent" wurden bewundert, seine Anspruchslosigkeit machte ihn beliebt. In seiner Stellung als gouvernementaler Journalist besaß Berly die Klugheit, sich auch gegenüber den Bundestagsgesandten eine gesellschaftlich geachtete und durchaus unabhängige Stellung zu wahren. Dabei galt er als einer der literarisch gebildetsten Männer der freien Stadt. Von dem anregenden Ton, der in der Häuslichkeit des Hofrat Berly herrschte, ließen sich selbst politische Gegner des Hausherrn, wie Ludwig Boerne anlocken, sein Schwager Krummacher spricht von musikalisch, deklamatorisch und gastronomisch gewürzten Soireen. Auch die anmutigen Töchter Joseph Bonapartes traten während ihres langen Frankfurter Aufenthalts in nahe Beziehungen zu Berly und seiner liebenswürdigen und literarisch interessierten Frau. Diese war die älteste Tochter des künstlerisch begabten Gold- und Juwelenhändlers Cornelius Pilgeram, Hausbesitzers zum Trierschen Eck in Frankfurt, eines konservativ gesinnten Herrn, der von niederländischen Reformierten abstammte; ihre Mutter Margarete geborene Frommel war aus Söllingen im Badischen gebürtig. Die Schriften Jean Pauls, dessen Verwandtschaft sie sich rühmte,

waren ihr neben denen Goethes und Schillers besonders ans Herz gewachsen. Bei ihren Enkelkindern und in der großen Familie hieß sie „Großmutter Mick", für die Bürgerschaft war sie als „Frau Hofrat Berly" eine bekannte und beliebte Persönlichkeit.

In Ludwig von Schweitzer und Emilie Berly hatten sich zwei Menschen zusammengefunden, denen der egoistische Genuß des Daseins als ein nie bekämpftes Bedürfnis im Blute lag, und die nichts wußten von Anpassung, von Rücksichtnahme, von Entsagung und von Pflichten. Die ersten glücklicheren Jahre ihres Bundes verlebten sie zumeist auf dem großen Weckartshof, einem Gute Schweitzers in der Nähe Fuldas, und nur selten kamen sie nach Frankfurt hinein, obgleich sie in der freien Stadt nicht weniger als drei große Häuser ihr eigen nannten. Vier Kinder sind dieser Ehe entsprossen; Johann Baptist, der älteste Sohn wurde am 12. Juli 1833 in Frankfurt geboren, ihm folgte 1838 eine Tochter Georgine, dann noch ein Sohn Friedrich und endlich die Tochter Armande. Aber diese Gatten, die es bald auch in der Liebe nach verschiedenen Richtungen zog, waren nicht gesonnen, um der Erziehung der Kinder willen ihrer Lebenslust Zügel anzulegen. Ihren jüngeren Sohn gaben sie schon als zartes Kind aus dem Hause, die ältere Tochter erzogen in Aschaffenburg die „englischen Schwestern" in ihrem Stift, und Johann Baptist verbrachte, wie schon erwähnt wurde, die frühe Kindheit und die ersten Schuljahre bei den Großeltern. Als Friedrich sechsjährig vorübergehend nach Frankfurt zurückkehrte, hatte er seinen älteren Bruder noch niemals zu Gesicht bekommen und auch jetzt lernte er ihn noch nicht gleich kennen, denn Johann Baptist war mittlerweile ebenfalls nach Aschaffenburg übergesiedelt, wo König Ludwig I. den beiden ältesten Enkelkindern des Redakteurs der bayernfreundlichen Oberpostamtszeitung sogenannte Stiftsplätze in katholischen Erziehungsanstalten verschafft hatte. In der Schülerliste der dortigen Lateinschule für 1845/46 liest man den Namen des dreizehnjährigen „Johann von Schweitzer aus Frankfurt, Sohn eines Bürgers und herzoglich Braunschweigischen Kammerjunkers". Während die Kinder in Stiften und Pensionen heranwuchsen, führten Vater und Mutter, aber jetzt jeder für sich, unbekümmert ihr Leben weiter, wie es ihnen behagte. Den Kammerjunker des Diamantherzogs beschäftigten auf seinen Gütern und wohl auch auf Reisen lebemännische Neigungen und Börsenspekulationen, bei denen allmählich der größte Teil seines beträchtlichen Vermögens verloren ging. Seine von Geist und Temperament überschäumende Gattin, die sich nur in der Geselligkeit der großen Welt wohl fühlte, konnte sich im damaligen Deutschland keinen angenehmeren Wohnort wünschen als ihre Heimatstadt. Dadurch, daß Frankfurt die einzige politische Zentralbehörde Deutschlands, den Bundestag, beherbergte, bildete die reiche Kaufmannsstadt auch den Brennpunkt einer vornehmen und nichts weniger als philiströsen Geselligkeit! Ältere und jüngere Diplomaten aus allen Teilen des geographischen Vaterlandes und des europäischen Auslandes strömten hier zusammen

und mischten sich in den Salons der nach eleganten und gefälligen Kurmachern ausschauenden Damen der vornehmen Familien mit den zahlreichen Offizieren der in Frankfurt stationierten Bundesgarnisonen. Das Revolutionsjahr führte diesem bunten Treiben noch ein neues und apartes Element zu in den Deputierten zur Nationalversammlung. Aber während andere vorurteilslosere und freier gesinnte Damen selbst Volksmänner wie Robert Blum und Jacob Venedey zu sich einluden, zog Emilie von Schweitzer in den Kreis ihrer prunkvollen Geselligkeit nur aristokratische Abgeordnete. Bei ihr verkehrten Gagern, Lichnowsky und Auerswald neben Schmerling und Prokesch-Osten. Auch als sie bereits die Grenze der vierzig überschritten hatte, nahm diese Frau noch immer leidenschaftlich gern, als jugendliche Hausherrin, die Komplimente der Männerwelt entgegen. Von österreichischen und bayerischen Uniformen wimmelte es in ihren Salons, aber die schlecht bezahlten preußischen Offiziere mußten sich schon besonders reicher Revenuen oder eines tadellosen Adels erfreuen, wenn auch sie hier ihre Epaulettes zeigen wollten. Nicht ohne Berechtigung galt der Schweitzersche Salon als ein Sammelpunkt der österreichisch und klerikal gesinnten Gesellschaftselemente, aber für den neuen preußischen Gesandten, der nach der Wiederherstellung des Bundestages in Frankfurt einzog, war dieser Umstand wahrscheinlich erst recht ein Grund, den Einladungen Emiliens Folge zu leisten. Daß Bismarck mit dem Schweitzerschen Hause während seines ganzen Frankfurter Aufenthaltes in guten gesellschaftlichen Beziehungen blieb, zeigte übrigens eine Balleinladung an Johann Baptist vom Januar 1857, die seine Schwester aufbewahrt. Nach dem Gemahl der Dame fragte niemand in diesen Kreisen, und die Beziehungen, in die sie bereits damals zu dessen jüngerem Bruder Karl Herrmann getreten war, erfreuten sich der allgemeinen gesellschaftlichen Sanktion. In der Mitte der fünfziger Jahre verlobte sich die älteste Tochter im Hause der Mutter mit einem österreichischen Jägerleutnant. Aber der Vater gab seine Kapitalien nicht gern für andere her und lehnte es ab, die erforderliche Heiratskaution zu stellen. Der junge Offizier wurde wohl nicht ohne Schmerlings Mitwirkung aus Frankfurt abberufen, Georgine aber heiratete bald darauf einen luxemburgischen Gutsbesitzer.

Über die Schulzeit Johann Baptists ließen sich nicht mehr viele Einzelheiten in Erfahrung bringen. Seine Zeugnisse und Rangordnungen zeigen ihn als einen zwar befähigten, aber nicht durch besondere Leistungen hervorragenden Schüler. Die Arithmetik war stets seine schwache Seite; auch das Geld hat er später niemals zu zählen gelernt. Am meisten zeichnete sich der künftige Schriftsteller und Redner im deutschen Unterricht aus. Für die Jahre 1849 und 1850 erhielt er in diesem Fach Prämien; das eine Mal bekam er die Nationalliteratur von Gervinus, das andere Mal Rückerts Gedichte. Während des größten Teils seiner Schulzeit in Aschaffenburg wohnte der Knabe in dem von Jesuiten geleiteten Studienseminar. Erst in seinem siebzehnten Jahre erhielt er von den Eltern die Erlaubnis,

diese ihm verhaßte Unterkunft zu verlassen und sich bei Privatleuten in Pension zu geben. Der Unterricht in den alten Sprachen wurde auf der Lateinschule recht gründlich betrieben. Schweitzer gewann dort für sein ganzes späteres Leben ein persönliches Verhältnis zu den Originaltexten der antiken Schriftsteller. Das Abiturientenexamen bestand er im Oktober 1852. Die militärische Laufbahn, für die er sich auch aus anderen Gründen keineswegs geeignet hätte, kam schon seiner etwas delikaten Gesundheit wegen für den älteren Sohn des ehemaligen Husarenoffiziers nicht in Betracht. Aber ein juristisches Studium, das ihn für die diplomatische und administrative Wirksamkeit vorbereitete, mußte dem begabten Jüngling eine glänzende Laufbahn versprechen. Hatte nicht ein leibhaftiger Vetter seines Vaters noch vor vier Jahren als Bürgermeister die freie Stadt regiert? Weshalb sollte nicht auch er einstmals zu dieser höchsten im heimatlichen Gemeinwesen erreichbaren Staffel emporklimmen? Im Familienkreise hatte er von früh auf als ein Lumen mundi gegolten, von dessen Zukunft man großes erwartete, und besonders die eitle Mutter wiegte sich in ehrgeizigen Träumen, wenn sie ihren klugen ältesten Sohn anschaute, der sie später durch die Wege, die er einschlug, so bitter enttäuschen sollte. Die Zuneigung des Vaters hat Johann Baptist niemals besessen und durch die radikale politische Richtung, die er einschlug, entfremdete er sich den starr konservativ gesinnten Herrn natürlich später noch mehr. Schon dem lernbegierigen Kinde war der Umgang mit den literarisch interessierten Leuten, die in dem Berlyschen Hause auch noch nach dem Tode des Großvaters verkehrten, sympathischer gewesen als das mondäne Treiben in den Salons der Mutter. Bei den reformierten Berlys gingen nicht jene Schwarzröcke ein und aus, die in dem Milieu der stockkatholischen Patrizierfamilie den befreienden Geist der Klassiker nicht aufkommen ließen. In deren Welt hatte aber Großmutter Mick, so gut sie es verstand, ihren Lieblingsenkel frühzeitig eingeführt. Ihr zu Liebe lernte der Knabe Gedichte von Schiller und Goethe auswendig, und sie wies ihm auch den Weg zu manchem anderen guten Autor, der nicht an der Heerstraße gelesen wurde. Noch stärker als die Dichter wirkten auf die Seele des künftigen Politikers die antiken Historiker und Sozialphilosophen, und sein ganzes Wesen fühlte sich ergriffen, als dem jungen Studenten der bluts- und geistverwandte M a c h i a v e l l i in die Hände fiel. Das war zum erstenmal ein Geist, in dem er sich selbst wiederfand! Bei diesem Italiener begegnete ihm die gleiche Mischung von Erkenntnisstreben und Wirkungsdrang, die seine Seele erfüllte, in diesem Toten glaubte er den Virgil entdeckt zu haben, dessen Führung durch das verschlungene Reich von Geschichte und Politik er sich anvertrauen durfte! Die Betrachtungen über die erste Dekade des Titus Livius, der Prinzipe und die Florentinische Geschichte waren hinfort die livres de chevet des künftigen Politikers!

Bei der Wahl der Universitätsstadt für die ersten Semester fiel bestimmend ins Gewicht, daß Großmutter Berlys jüngste Schwester Charlotte an den bekannten

Theologen Friedrich Wilhelm Krummacher verheiratet in Berlin lebte. Als Johann Baptist in die ihm bis dahin fremde norddeutsche Hauptstadt eintrat, wirkte Krummacher freilich nur noch kurze Zeit als Prediger an der dortigen Dreifaltigkeitskirche. Denn schon im folgenden Jahre berief Friedrich Wilhelm IV. den frommen und bibelgläubigen Geistlichen als seinen Hofprediger nach Potsdam. Aber dem angeregten jungen Verwandten aus Süddeutschland war im töchtergesegneten Pfarrhause der Taubenstraße — er selbst wohnte in der nahen Mauerstraße — sogleich bei Alt und Jung eine so entgegenkommende Aufnahme zuteil geworden, daß die örtliche Trennung kaum der Häufigkeit, aber sicherlich nicht der Herzlichkeit der hin- und hergehenden Beziehungen Eintrag tun konnte. Niemand in diesem gottseligen und königstreuen Hause ahnte damals, daß man einen künftigen Bekämpfer des Christentums und aller staatserhaltenden Grundsätze in den Schoß der Familie aufnahm. Einer Verwandten des Pastors verdanken wir eine nach der Natur angefertigte Bleistiftzeichnung Schweitzers; auch ein schwarzes Dagerotyp, das ihn mit dem blau-rot-goldenen Bande einer studentischen Verbindung darstellt, entstammt ungefähr der gleichen Zeit. Auf der Handzeichnung drängt sich zuerst das aus noch bartlosem Gesicht energisch herausspringende Kinn dem Betrachter auf. Welliges, lose anliegendes, gescheiteltes Haar fällt bis über die Hälfte des Ohrs herunter. In der Umgegend des kleinen fein geformten Mundes meint man einen intriganten Zug wahrzunehmen; die Fähigkeit des Schweigenkönnens, Selbstbeherrschung und auch Ehrgeiz sprechen aus den nicht vorherrschenden Augen, die sich damals noch nicht wie später unter einer goldenen Brille verbargen. Die gerade, erst unten sich wölbende Nase deutet vielleicht auf die italienische Abstammung hin.

Leider besitzen wir keine genaue Kenntnis von den Kreisen, in denen der junge Frankfurter Patriziersohn in jenem Berlin der Reaktionszeit Eintritt fand und suchte. Familienbriefe, die darüber Aufschluß geben könnten, liegen nicht vor. Mit dem Vater und den Geschwistern, von denen ihm nur die ältere Schwester mehr als oberflächlich bekannt war, hat Johann Baptist niemals in einem Briefwechsel gestanden, und auch an die Mutter schrieb dieser bekenntniskarge Mensch nicht häufig. Lebhafter war der schriftliche Verkehr mit Frau Hofrat Berly; als diese 1873 starb, lebte ihr Enkelsohn noch, aber der Schwankfabrikant, der für des Lebens Notdurft schrieb, wäre damals wohl der letzte gewesen, der sich für seine Studentenberichte interessiert hätte. Seinen Geschwistern war der Verbleib jener Korrespondenz unbekannt, und auch in den Händen der Witwe haben sich weder aus dieser noch aus späterer Zeit Briefe erhalten. Als feststehend darf angenommen werden, daß der Zögling der Jesuiten im ehemaligen Schleiermacherschen Pfarrhause, wo Hengstenberg und dessen Gesinnungsgenossen gern gesehene Gäste waren, die ihm bis dahin unbekannte Welt des orthodoxen Luthertums kennen, aber nicht lieben lernte. Vielleicht wird die früh bei ihm hervor-

tretende Abneigung gegen den Rationalismus durch die echte und überzeugte Beredtsamkeit, mit der Krummacher und die Medisance, mit der Hengstenberg gegen diese Denkrichtung zu Felde zogen, eine Stärkung erfahren haben. Bedeutungsvoller war wohl, daß auch Neander und Friedrich Julius Stahl, der Waffenschmied des modernen Konservativismus, zu den Getreuen des Krummacherschen Hauses gehörten. Neanders Tiraden gegen die Hegelianer kamen der südlich klaren und umrißfrohen Denkart des jungen Studenten zweifellos entgegen, und daß Stahl, dessen Vorlesungen über Staatsrecht, Naturrecht und Kirchenrecht er hörte, auf ihn nicht ohne Einfluß geblieben ist, ließe sich unschwer aus manchen Wendungen in seinen Schriften nachweisen.

Die Einigung Deutschlands war auch nach dem Scheitern des ungeheuren Anlaufs von 1848, in den dumpfen und zagen fünfziger Jahren, der brennende Traum des politisch fühlenden Teils der deutschen Jugend. Es wäre erstaunlich, wenn dieses Problem, das hernach den Ausgangspunkt von Schweitzers öffentlicher Betätigung bildete, nicht schon den Studenten leidenschaftlich erfüllt hätte. Auch für sein wenig liebevolles, aber bei einem damaligen Süddeutschen erstaunlich verständnisreiches Urteil über Preußen und seine Eigenart, das er nach Frankfurt zurückbrachte, wurde in der Berliner Studienzeit der Grund gelegt. Dem Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ist die früh erworbene Vertrautheit mit dem politischen Boden Berlins und Preußens später oft zugute gekommen.

Stahl war auch der Rektor gewesen, in dessen Hand Johann Baptist im November 1852 den akademischen Treueid ablegte. Am liebsten aber hörte er während seiner vier Berliner Semester die Vorlesungen seines späteren politischen Gegners Gneist. Bei ihm belegte er nicht nur Pflichtkollegien, wie Pandekten, Erbrecht, Zivilprozeß, Kriminalrecht und Kriminalprozeß, sondern er belehrte sich bei diesem hervorragenden Wortführer des konstitutionellen Liberalismus auch über englisches Verfassungswesen. In den beiden Sommersemestern von 1854 und 1855 vertauschte der junge Frankfurter die Berliner alma mater mit der Ruperto-Carola in Heidelberg. Hier am Neckar waren besonders Zöpfl, Mittermaier, Renaud und Roßhirt seine Lehrer. Gemeinsam mit Vangerow und Robert von Mohl prüften sie ihn auch beim Doktorexamen[1]) am 6. August 1855, das seine Studienzeit beendete. Nach einem nur

[1]) Die beiden Interpretationen, die Schweitzer, den Bestimmungen gemäß, zum Zweck der Promotion abfassen mußte, waren, vielleicht mehr ihrer Kürze als ihres Inhalts wegen, in der Einladung zum Examen, die der Dekan an die Professoren richtete, als „sehr ungenügend" bezeichnet worden. Eine eigentliche Dissertation wurde damals in Heidelberg noch nicht verlangt. Aber es scheint, daß ein glänzendes mündliches Examen das schlechte Prädikat der beiden Ausarbeitungen wett gemacht hat, denn der junge Doktor erhielt schließlich noch die zweite Note, und diese soll dem heute üblichen magna cum laude entsprochen haben. Von den Vorlesungen, die Schweitzer in Heidelberg hörte, seien im Hinblick auf seine spätere Ent-

kurzen Aufenthalt in Paris, über dessen Einzelheiten nichts bekannt ist, begann nunmehr für den Vierundzwanzigjährigen in seiner Heimatstadt der praktische Vorbereitungsdienst für die juristische Karriere.

Kapitel II.

Literarische und politische Anfänge.

Nur auf Umwegen gelangt man zu einem Einblick in die Seele des jungen Doktors der Jurisprudenz, der zu Ende des Jahres 1855 in die heimische Stadtrepublik zurückkehrte und nun hier nach Beendigung einer zweijährigen praktischen Vorbereitungszeit seit 1857 als ein wenig beschäftigter Advokat[1]) über unendlich viel freie Zeit verfügte. Da juristische Obliegenheiten ihn in seinem Bureau in der Liebfrauenstraße nicht viel plagten, so wird er sich daselbst vermutlich um so eifriger jenen philosophischen, historischen und politischen Studien hingegeben haben, von denen seine späteren Schriften Zeugnis ablegen. Über den Verkehr, den er damals pflegte, ließ sich nicht mehr viel in Erfahrung bringen: bei den Gesellschaften, die seine Mutter gab, soll man ihn nur selten angetroffen haben. Seinem Vergnügen ging er vermutlich anderswo nach, aber auch darüber wird nichts greifbares überliefert. Im übrigen scheint es, daß Schweitzer während jener ersten der Universität folgenden Jahre, von den beiden Grundtrieben seiner geistigen Natur, dem Hang nach Erkenntnis und dem Drang nach Betätigung hin- und hergezogen wurde und daß er eine innere Unklarheit empfand, welche jener beiden Richtungen seinen Gaben angemessen wäre.

Nun sind wir freilich für die Feststellung der Entstehungszeit des zu Anfang des Jahres 1858 erschienenen vieraktigen dramatischen Gedichts Friedrich Barbarossa[2]) in dem diese Ungewißheit sich deutlich spiegelt, auf Vermutungen angewiesen. Aber ein Vergleich mit dem nur einige Monate später veröffentlichten und viel mehr bedeutenden Lustspiel Alkibiades, bestimmt zu der Annahme, daß Barbarossa bei seinem Verfasser schon mehrere Jahre im Schubfache gelegen

---

wicklung besonders namhaft gemacht „Erbrecht" bei Roßhirt und „die Verbrechen gegen das Eigentum" bei Mittermaier. Nationalökonomische oder philosophische Vorlesungen hatte er weder in Berlin noch in Heidelberg belegt, es müßte denn sein, daß er in seiner Vita absichtlich nur die juristischen Kollegien aufgezählt hätte.

[1]) Daß Schweitzer bereits 1857 Rechtsanwalt war, beweist der bei einem Pariser Notar lagernde von ihm geschriebene und mit Titulatur unterzeichnete Ehekontrakt seiner Schwester Georgine (Mitteilung des Hauptmanns Fritz von Schweitzer).

[2]) Die Benutzung des gänzlich vergriffenen ersten Dramas Schweitzers wurde mir nur möglich durch die Liebenswürdigkeit des Verlags von J. D. Sauerländer in Frankfurt, der mir das einzige Exemplar seiner Verlagsbibliothek zur Verfügung stellte.

hatte, bevor er dafür einen Verleger fand. Barbarossa fügt sich der Reihe jener zahllosen Hohenstaufendramen ein, in denen vor der Wiederaufrichtung des Reichs patriotische Jünglinge sich das große und geeinte Vaterland dichteten, das sie in der Wirklichkeit schmerzvoll vermißten. Die Holprigkeit der Jamben, die unzureichende Charakteristik, die geringe Bedeutsamkeit der Handlung würden vom literarischen Standpunkte aus seine Beachtung nicht rechtfertigen. Auch paßt der Inhalt, in dem die Belagerung und Eroberung von Tortona auf dem ersten Römerzug des Rotbarts mit dem Schicksal einer Jugendliebe des Kaisers verflochten werden, nicht recht zu dem Motto aus Otto von Freysingen „Ab inexorabili inexauditus abiit". Der in jenen Worten des Historikers mitklingende Zweifel an der gerechten Leitung der Menschengeschicke wird wohl mehr um seines eigenen Bedeutens willen in der Seele des jungen Dichters ein Gefühl der Zustimmung geweckt haben. Jenem Motto folgt ein Prolog in Stanzen „der Dichter an die Dichtung" voll herber Klage über die Ohnmacht des Vaterlandes. Noch mißt der Patriziersohn die unbefriedigende Gegenwart nur an der Vergangenheit, und der künftige Vorkämpfer des vierten Standes sehnt sich träumend zurück in die erzschimmernde Romantik eines heiligen römischen Reiches deutscher Nation:

„Nicht immerdar war Deutschlands Kraft zerrissen,
Einst waren wir ein groß, gewaltig Reich;
In diesem Reich, das tausend Herzen missen,
War einst ein Kaiser mächtig, riesengleich . . . . ."

In dem Feldlager von Tortona, zwischen allen den Reisigen, befindet sich in der Nähe seines kaiserlichen Vetters auch der geschichtsgelahrte Bischof Otto von Freysingen, der berühmte Verfasser der Gesta Friderici. Diesem Historiker legt der jugendliche Dichter nicht bloß hübsche Betrachtungen über dessen eigene Wissenschaft in den Mund, die Schweitzer selbst in Stunden des Nachsinnens erbeutet haben mochte, sondern er läßt ihn vor allem Vergleiche anstellen zwischen dem Wert jenes leidenschaftlichen Erlebens, das sein Auge erblickt und des ruhigen späteren Nacherlebens, zu dem eigene Neigung ihn hinzieht. Von der ungeheuren Schwierigkeit der Aufgabe, zeitgenössische Geschichte zu schreiben, ist dieser Bischof des zwölften Jahrhunderts so erfüllt, als wäre er ein Schüler Rankes:

„Wer am ruhigen Tag die Blicke forschend
Zurücklenkt zu vergangner Zeiten Bild,
Der sieht die Züge, sieht jedwede Gruppe
Gleichmäßig fern, und im Gemälde kann
Kein Einzelzug den scharfen Blick bestechen.
Doch wer die Forschung auf die Zeiten richtet,
Die rasch bewegt sein eignes Haupt umrauschen,

Dem saugt das Auge leicht den nahen Punkt
Vergrößert ein und was ihm ferne steht
Ist er geneigt, als klein zu übersehen . . . . ."

„Der Schreiber der Geschichte — ist er mehr
Als nur der Hüter im besonnten Tempel,
Drin vor dem Ruhme die Verehrung kniet?
Darf er mit strengem Ernst als Hoherpriester
Den Richterstuhl besteigen? Wird ihm dann
Das Recht zur Pflicht durch höheres Gebot?"

In eine scharfe Parallele rückt der Dichter den Mann des Erlebens und den Mann des Nacherlebens in einem Gespräch, das er seinen Historiker mit dem tatenfrohen Heinrich dem Löwen führen läßt. Man behält den Eindruck, daß Schweitzer damals noch zu einer gleich hohen Schätzung beider Richtungen neigte:

„Ein andres ist's, auf ruhiger Welle fahrend
Den fernen Sturm verfolgen, und ein andres,
Im Sturme selbst das Steuer sicher lenken."

Noch schwankte Johann Baptist offenbar, ob er als Historiker oder Dramatiker Geschichte nachzuerleben oder selbst Geschichte zu machen berufen wäre. Aber dem echten Drang nach Erkenntnis und nach Selbsterkenntnis, der auch später noch bei ihm angenehm berührt, trat als ein verderblicher Feind frühzeitig ein unzähmbarer Ehrgeiz in den Weg. Und dieses innerlichen Kampfes, der sich mit jenem anderen verflocht, war der Jüngling sich bewußt; denn aus dem Bedürfnis nach Selbsterkenntnis, die gleichzeitig Selbsterlösung ist, schuf er nach Otto von Freysingen den ehrgeizigen, herrschsüchtigen und ausschweifenden Alkibiades, in dem er, aufrichtiger als in irgend einer anderen von ihm geschaffenen Gestalt, sich selbst zu porträtieren suchte.

Auch Ferdinand Lassalle, an dem der Historiker Schweitzer mißt, war in der Leichenrede, die ihm der Rabbiner Dr. Joel[1]) in Breslau hielt, mit dem Sohn des Klinias verglichen worden, dem ein Talent, das er nicht zu zügeln gewußt, mehr Unsegen als Segen gebracht hätte. Nun ist freilich diese Zusammenstellung Lassalles mit Alkibiades nicht so völlig verfehlt wie die mit

[1]) Dem inzwischen verstorbenen Herrn Dr. Josef Heinemann in Hamburg, der zugegen war und sich Aufzeichnungen gemacht hatte, verdanke ich die Mitteilung über die Rede bei Lassalles Beisetzung. Auch im Hinblick auf Lassalles Gabe, die Herzen und Geister zu gewinnen, verglich damals Dr. Joel Lassalle mit Alkibiades. — Von der Frankfurter Kritik wurde Schweitzers „Alkibiades" als ein Fortschritt im Vergleich mit dem „Barbarossa" angesehen, dem es trotz einer stellenweise ausgezeichneten Diktion an Steigerung und Konzentration gefehlt hätte.

Achilles, welche sich beim Tode des großen Agitators Karl Marx in einem Verlegenheitsbrief an die trauernde Gräfin Hatzfeld leistete. Nicht der Pfeil eines Feindes traf die Ferse Lassalles, sondern sein eigener zuletzt zum Eigensinn gewordener Wille stürzte ihn in den Abgrund: „Ajax fiel durch Ajax Kraft", der Vergleich mit dem Ende des Telamoniers läge bei ihm am nächsten. Lassalle hatte von Alkibiades nur Äußerlichkeiten. Trotz ihres brennenden Ehrgeizes gehorchte seine Seele bei ernsten Entscheidungen der Stimme des kategorischen Imperativs, und weder aus Rachsucht noch aus Tatendrang wäre er von den Athenern verjagt zu den Spartanern geflüchtet. Wer alle von ihm bekannt gewordenen Äußerungen genau abwägt, kann ihn unmöglich für einen gewissenlosen Egoisten, für einen überzeugungslosen Condottiere halten. Die Arbeiterschaft war ihm keineswegs, wie Wackernagel in einem Brief an Ludwig Büchner behauptete, nur das, was der Renner dem kühnen Sportsmann bedeutet. Viel mehr Berührungspunkte als Lassalle hatte der junge Schweitzer mit jenem Bild des Alkibiades, wie Plato, Thukydides und Plutarch es überliefert haben. Gleich jenem war dieser Sohn eines vornehmen Geschlechts von schrankenlosem Ehrgeiz beherrscht und von der Begierde erfüllt, „umschwärmt von Männern und verwöhnt von Weibern", in der Heimatstadt die führende Rolle zu spielen. Der Jünger Schopenhauers kann sich öfter in stiller Selbstschmeichelei dem Lieblingsschüler des Sokrates, der respektlose Freigeist dem Verstümmler der Hermensäulen verglichen haben, und die Skepsis und Lüsternheit des Atheners mochten ihm ähnliche Anlagen in der eigenen Natur beschönigen.

Fühlte Schweitzer vielleicht mit richtigem Instinkt heraus, daß die sittlichen Kräfte seiner Seele nicht ausreichten, um aus dem Alkibiades eine tragische Gestalt zu machen, so stellten sich in ihm dennoch bei der Betrachtung des Stoffes auch manche ernste Regungen ein, die nach Ausdruck verlangten. Sorglos wurden diese in den heiteren Teppich der „Bilder aus Althellas"[2]) hineingewirkt, und ihn selbst störte es nicht, daß die hübsche dramatische Arbeit seiner Jugendzeit dadurch eine stillose Mischung von Lust- und Trauerspiel wurde. Er wollte hier, wie ein Vorwort ausdrücklich erklärt, nicht auf dem Kothurn einhergehen, sondern auf dem Sokkus — aber dieser Sokkus sollte freilich stets der Sokkus der Griechen bleiben! Die verschlungene und streckenweise sehr barocke Handlung der Komödie braucht nur so weit wiedergegeben zu werden, als sie Aufschlüsse über den Charakter und die Gesinnungen des Verfassers gewährt.

Die Vorbereitung der Expedition nach Sizilien, der Hermenfrevel und dessen Aufdeckung bilden den Hintergrund: Nikias ist um die Zukunft des athenischen Staates besorgt, weil die Bürgerschaft blindlings dem genialen, lasterhaften und respektlosen Alkibiades folgt, der die Schranken des Herkommens und der Sitt-

---

[1]) Alkibiades oder Bilder aus Althellas, Lustspiel und historisches Charakter- und Zeitgemälde in 4 Akten. Frankfurt a. M. 1858. Heinrich Keller. Eine zweite Auflage erschien in einem Bande mit Canossa im April 1871 bei Reinhold Schlingmann in Berlin.

lichkeit einreißt und angebetet durch die Straßen zieht, „dem Volke ein Halbgott und ein Gott den Weibern". Seine letzte Hoffnung setzt der alte General auf Aspasia, deren Rat selbst einem Perikles teuer war, und er erwirkt von der berühmten Hetäre das Versprechen, daß sie Alkibiades durch den Zauber ihrer Liebe in Fesseln schlagen und dadurch unter ihren eigenen und ihres Freundes Nikias mäßigenden Einfluß bringen wolle. Nach mancherlei Enttäuschungen glaubt Aspasia so weit zu sein, daß sie ihr dem Nikias gegebenes Wort einlösen kann. Denn der flatterhafte Alkibiades liebt sie, nur ist er noch zu stolz, es ihr zu gestehen. Weil sie ihn tags zuvor durch eine List in ihr Haus gelockt hatte, glaubte er sie für diesen Betrug erst einmal demütigen zu müssen. Noch als er in dieser Absicht ein zweites Mal bei ihr erscheint, fühlt sie sich völlig frei von Liebe zu dem schönen Jüngling und ihrer selbst ganz sicher. Alkibiades preist die Herrin des Hauses, aber das Lob des verschlagenen Atheners beschränkt sich absichtlich darauf, ihre geistigen Vorzüge zu verherrlichen. Allein durch den hehren Gehalt ihrer Verse bekennt er sich erobert. Das Weib in Aspasia hörte es aber lieber, daß er ihre weiche Stimme priese und die Schönheit ihrer Bewegungen. Endlich scheint der verwöhnte Jüngling auch dazu überzugehen: er rühmt der atemlos Lauschenden ihre holden Lippen, aus denen zaubervolle Worte geboren würden und ihre seelenvollen Augen, deren Glanz ihn zum Reich ewiger Schönheit emportrüge. Triumphierend horcht Aspasia, aber plötzlich verstummt der raffinierte Athener mitten in der begeisterten Lobpreisung, er stellt sich, als ob er im Hintergrund des Zimmers erst jetzt die dort sitzende Sklavin Mikka entdecke und er verwundet und enttäuscht die liebekundige Hetäre durch die Frage:

„ist sie dein
Die schöne Sklavin, die da drüben sitzt?
Bei Venus Gurt! Ich kaufe sie dir ab."

„Nie kann sie dir gefallen," erwidert Aspasia, „kein kluges Wort kommt je von ihrer Lippe". Aber Alkibiades, oder man sagt richtiger Schweitzer, drängt es zu dem Geständnis, um dessentwillen diese Szene ersonnen wurde:

„. . . . . Wie? Du glaubst,
Daß wenn ein herrlicher Gedanke tief
Die bess're Seele faßt, solch' ein Gedanke
Im Leben auch, im Strom des Augenblicks
Die freie, frohe Lust uns reizen müsse?
Ein Meisterwerk war gestern dein Gedicht;
Ich finde den Gedanken göttlich schön,
Doch für das Leben werf' ich ihn hinweg
Wenn ich zugleich mir jene Lippe küsse,
Und Sophokles mein Ohr im Liede rührt,
Was frag' ich dann, ob Liebeskuß und Lied
Von g l e i c h e r Lippe mir entgegenquellen."

Was Aspasia tags zuvor in einem Liede als untrennbar verherrlicht hatte, dessen Trennbarkeit kündet ihr mit berechneter Arglist dieser Mann, den sie, das Weib, gerade deshalb hinfort wird lieben müssen, weil sie wähnt, nur seine Bewunderung zu besitzen, aber noch nicht seine Begierde entzündet zu haben. Welch feiner Ansatz zu einer Tragödie, die aus der Entgegenstellung der Geschlechtscharaktere erwüchse, liegt in dieser Szene! Gerade weil man es ihm hier anmerkt, daß er die Tragik des Konflikts in sich durchlebt hat, zürnt man dem Verfasser, den es nicht danach verlangte, oder der es sich nicht zutrauen durfte, ein solches Motiv auszuschöpfen!

Am Schlusse des Stückes wird der Frevel an den Hermensäulen entdeckt und Alkibiades als der Schuldige von demselben Volke verflucht, das ihn noch eben vergöttert hatte. Nichts als Rachsucht erfüllt ihn zuerst, und zum Feinde nach Sparta will er fliehen. Von diesem verbrecherischen Vorhaben bringt Aspasia ihn ab, die sich zu dem von allen Freunden Verlassenen freudig bekennt. Sie will mit ihm fliehen. Am Ufer, liegt nur ein gebrechlicher Kahn, der keinem Sturme gewachsen wäre, doch Alkibiades lacht über „Meer und Nacht und Sturm". Aspasia völlig die Seine, sieht nur noch ihn, vergessen sind für sie Athen und Griechenland. Gerade wie die Liebenden vom Lande stoßen, erscheint am Ufer der jammernde Nikias in Begleitung von Sokrates und Plato. „Wir tragen ganz Athen mit uns dahin!" ruft Aspasia am Halse ihres Flüchtlings. Dem Sokrates aber verbleibt das letzte Wort. Durch seinen Mund verkündigt Schweitzer zu unserer anfänglichen Verwunderung, daß am Ende hier auf Erden doch das unergründbare Menschenherz regiere! Diese Schlußwendung, die zu den sonstigen Äußerungen der Lebensauffassung dieses Mannes so wenig paßt, stammt höchst wahrscheinlich aus der Gefühlswelt Antonie Menschels, die ihm, wie wir von ihr selbst wissen, gerade um die Zeit der Abfassung des Alkibiades nähergetreten war. Gleichaltrig mit Johann Baptist und aus der gleichen Straße der gleichen Stadt gebürtig wie er, hat die aufopfernde Frau von dem Tage ab, wo sie ihn kennen lernte, an diesem Manne, der ihr Schicksal wurde, und den sie schon länger als ein Menschenalter überlebt, mit unbeschreiblicher Hingebung gehangen. Weder der Widerstand der eigenen Angehörigen noch die ablehnende Haltung von Schweitzers Eltern noch endlich jene traurige Katastrophe, die dessen Verbleiben in der Heimatstadt unmöglich machte, konnten ihren Glauben an den Mann ihrer Wahl ins Wanken bringen. Geduldig blieb sie ihm auch in die Ferne hin treu und wartete ohne Klagen alle die Jahre, während derer ihre Jugend verstrich, bis endlich Schweitzer nach den Stürmen eines kämpfereichen Lebens die bald Vierzigjährige zu seinem Weibe machte.

Mit viel Liebe und nicht ohne Humor hat der Verfasser des Alkibiades dessen alten Lehrer Sokrates geschildert, der nicht aus der Fassung gerät, wenn sein Schüler, während er ihm Weisheit predigt, nach einer schönen Sklavin lugt und der mit jedermann aus dem Volke ein erbauliches Gespräch anzuknüpfen weiß.

Nicht gerade diese Züge teilte Sokrates mit jenem alten und einsamen Philosophen, den man in jenen Jahren nicht selten über die grünen Stadtwälle Frankfurts schweigsam oder unter abgerissenen Selbstgesprächen wandeln sah. Wahrscheinlich war Schweitzer mit Schopenhauer im Englischen Hofe bekannt geworden, wo sie beide ihr Mittagsmahl einzunehmen pflegten, und wenn den Aristokraten anfänglich die nicht einwandfreien Manieren, mit denen der große Alte beim Essen verfuhr, gestört haben, so lernte er über diese Äußerlichkeit schnell hinwegsehen, als jener sich ihm zu erschließen begann. Wenn im Alkibiades ein Athener spottet: „vermeint doch jeder Geck, es fehl' ihm was, wenn man ihn nie mit Sokrates gesehen!", so könnte das eine gutmütige Selbstpersiflage des bei manchen Frankfurtern als Geck verschrieenen jungen Anwalts sein, den man häufig in der Begleitung des Philosophen erblickte, und es mag wahr sein, was erzählt wird, daß nämlich der kurze Schopenhauer und der lang aufgeschossene Schweitzer für die Vorübergehenden ein seltsames Paar abgegeben haben! Leider waren über das Verhältnis der beiden nur noch solche äußerlichen Tatsachen aus der Vergessenheit aufzufischen. Wir wissen noch, daß Schweitzers Hauptwerk „der Zeitgeist und das Christentum" zum großen Teil vor dem Tode des Philosophen entstanden ist, der ihn außerdem nachdrücklich auf Plato und Kant hingewiesen hat. Aus deren Schriften mußte ihm die Braut damals häufig vorlesen. Wie gern aber erführen wir, wie das Verhältnis des Jünglings zu dem alten Weisen sich im einzelnen gestaltete, ob es sich auf das intellektuelle Gebiet beschränkte oder ob Schopenhauer sich auch die Mühe gab, die Lebensauffassung seines Begleiters erzieherisch zu beeinflussen! —

Aber bei einer so ausgesprochen politisch begabten Natur wie Schweitzer mußten die Zeitverhältnisse einer konzentrierten geistigen Beschäftigung schnell Halt gebieten, sobald sich endlich wieder im öffentlichen Leben für Männer seines Schlages ein Betätigungsfeld auftat. Das Nahen einer solchen Situation kündigte sich schon an, als die neue Ära in Preußen die stickige Atmosphäre der Reaktionszeit zu zerteilen begann. Aber erst den unbegrenzten Möglichkeiten, die das Jahr 1859 schuf, war es vorbehalten, den Adepten Macchiavellis endgültig darüber aufzuklären, daß ihn seine Gaben für den politischen Kampf bestimmten! Man erinnert sich, daß gleich am ersten Tage dieses Jahres der französische Kaiser an den österreichischen Botschafter unfreundliche Worte richtete, und daß der König von Sardinien unmittelbar darauf in seiner Thronrede von dem Schmerzensschrei sprach, der aus so vielen Gegenden Italiens herüberschalle. Seither wußte Europa, daß ein französisch-österreichischer Krieg bevorstehe. Aber welche Stellung sollte das nichtösterreichische Deutschland bei diesem Konflikt einnehmen? Das war die große Frage, die nunmehr diesseits des Rheins die Gemüter in der leidenschaftlichsten Weise erregte und viele Patrioten dahin brachte, die Ansicht, die ihnen als die einzig richtige erschien, auch vor der Öffentlichkeit zu verfechten. Die Verschiedenheit der Ausgangspunkte und Zielpunkte, insbesondere der die Zeit beherrschende tragische Zwiespalt zwischen den beiden großen Idealen von

der einheitlichen und der freiheitlichen Gestaltung des deutschen Vaterlandes, brachten es mit sich, daß Männer und Zeitungen der entgegengesetzten politischen Richtungen, aus grundverschiedenen Motiven heraus, für oder gegen die bewaffnete Unterstützung Österreichs durch den deutschen Bund Partei ergriffen. Gewichtige Gründe wurden auf beiden Seiten ins Feld geführt: die einen erinnerten an die Erfahrungen des Napoleonischen Zeitalters, wo auf die Niederlage Österreichs die Zermalmung Preußens gefolgt war, sie verlangten, daß diesmal der Rhein am Mincio verteidigt werde. Andere aber wiesen auf die traurige Zerrissenheit des Vaterlandes hin, das in seinem Schoße nicht zwei Großmächte zu bergen vermöge, sie verlangten von Preußen, es solle Österreichs Verlegenheit benutzen zur Beseitigung jenes verhängnisvollen Dualismus, der wie nichts anderes der Einigung Deutschlands im Wege stände. Die Unterstützung Österreichs forderten alle klerikalen Elemente des Südens und Westens und die preußische Kreuzzeitungsgruppe, von der sich freilich ihr fähigster Kopf absonderte. Aber auch großdeutsche Liberale und Demokraten, ja sogar Sozialisten, hielten diese Politik für die richtige. Heinrich von Gagern stimmte mit Friedrich Engels, Rodbertus mit Karl Marx, Lothar Bucher mit Venedy und Fröbel darin überein, daß ganz Deutschland zu Österreich stehen müsse. Nicht weniger bunt war jene Gesellschaft, welche die Notlage Österreichs im Interesse der deutschen Einheit ausgenutzt wissen wollte, hier fanden sich Bismarck und Lassalle, Konstantin Rößler, Bamberger und Karl Vogt zusammen.

Der junge Johann Baptist von Schweitzer war nicht nur mit den Traditionen und Anschauungen seiner eigenen Familie, sondern auch mit denen der Mehrzahl der Frankfurter Bevölkerung in Übereinstimmung, wenn er in seiner Erstlingsbroschüre von nur wenigen Seiten, die zu Ende des Monats April, also gerade beim Ausbruch des Krieges, geschrieben wurde, den unbedingten Anschluß an Österreich empfahl. Der Verfasser dieses „Beitrags zur Befestigung der öffentlichen Meinung in Deutschland" glaubte seiner Freude darüber Ausdruck geben zu dürfen, daß das patriotische Gefühl des Volkes und das, was er damals für staatsmännische Einsicht hielt, dem gleichen Ziele zustrebten. Der innerhalb des großdeutschen Gesichtskreises lebende Frankfurter Patriziersohn sah nicht ein, daß deutsche und besonders preußische Staatsmänner in den damaligen Zeitläuften auch einer entgegengesetzten Ansicht huldigen konnten. Er wußte noch nichts von den beiden stärksten politischen Köpfen des zeitgenössischen Deutschlands, die ihn später in ihren Bann ziehen sollten und die über den einzuschlagenden Weg sehr anders dachten als er. Von der in jenen Frühlingstagen im deutschen Süden und Südwesten herrschenden Volksstimmung galt wirklich, was rückblickend ein Jahr später Friedrich Engels[1]) schrieb; naturwüchsig und instinktiv gab sie unmittelbar dem Gefühle Ausdruck:

---

[1]) F. Engels, Savoyen, Nizza und der Rhein. Berlin 1860.

einer von uns wird angegriffen von einem dritten, der mit Italien, von dessen Unabhängigkeit er redet, nichts zu schaffen hat, aber desto mehr an der Eroberung des linken Rheinufers interessiert ist; diesem Feinde gegenüber müssen wir alle zusammenhalten!

Auch die am Sitze des deutschen Bundestages erscheinenden Zeitungen verhielten sich angesichts des drohenden europäischen Gewitters ausnahmslos mißtrauisch gegenüber dem Träger der Napoleonischen Ideen, obgleich sie darum noch nicht alle die chikanöse Entfernung der anfangs frankreichfreundlichen Kölnischen Zeitung aus den Frankfurter Lesezirkeln guthießen. Österreich gegenüber nuancierte sich die Haltung dieser Blätter je nach ihrem allgemeinen politischen Parteistandpunkt. Durch Dick und Dünn mit dem Wiener Kabinett ging das offiziöse Journal de Francfort, das dessen klerikale und reaktionäre Politik ohne Einschränkung verteidigte und selbstredend ein bedingungsloses bewaffnetes Eintreten Deutschlands für Österreich forderte. In der Praxis zu dem gleichen Resultat kam ihrer Tradition gemäß die früher von Schweitzers Großvater geleitete Frankfurter Postzeitung, doch suchte diese sich wenigstens den Anschein zu geben, als ob sie an konstitutionelle Absichten der Hofburg glaubte. Im wesentlichen druckte die Postzeitung die Artikel der Augsburger Allgemeinen Zeitung nach und sie wetteiferte mit diesem führenden großdeutschen Organ des Südens in Ausdrücken des Mißtrauens gegen den in der preußischen inneren Politik vollzogenen Systemwechsel. Schon wesentlich anders war die Sprache des protestantischen und dabei gemäßigt liberal gestimmten Frankfurter Journals. Neben diesem verbreitetsten Organ des liberalen freistädtischen Bürgertums kam die Frankfurter Handelszeitung, die damals erst seit kurzem politische Artikel veröffentlichte, nur wenig in Betracht. Beide Zeitungen beherrschte eine starke Abneigung gegen den ultramontanen und fortschrittsfeindlichen Geist der in Österreich maßgebenden Kreise. Anfänglich erwarteten sie eine Lösung der Krisis davon, daß eine Mobilisierung der preußischen Armee das Schwert Napoleons in die Scheide zurückdrücken werde. Als diese Hoffnung sich nicht erfüllte, sprachen auch sie sich für eine unbedingte Unterstützung Österreichs aus, weil seine Niederlage, wie die Handelszeitung ausführte, einer Lähmung von Deutschlands rechtem Arm gleichkäme, während ein Sieg Österreichs aus *eigener* Kraft ganz Deutschland mit einer politischen und kirchlichen Reaktion bedrohen würde. Schweitzer nun in seiner Erstlingsbroschüre glaubte die allgemeine Parteinahme der öffentlichen Meinung für Österreich, die er um sich her wahrnahm, als eine Erstarkung der nationalen Instinkte ausdeuten zu dürfen, deren Unsicherheit während der Revolutionsjahre so viel Schaden gestiftet hätte. Er gab sich der Erwartung hin, daß die Sucht nach Eroberungen dem „Zeitgeist" fern läge, weil die materiellen Interessen der Völker so innig miteinander verwoben wären, daß es keines von ihnen nach Krieg verlangen könne. Für ihn bestand kein Zweifel daran, daß sich die legitimen, auf dem Wege der ge-

ordneten und altbegründeten Erbfolge zum Thron berufenen Herrscher in ihrer auswärtigen Politik allein durch die wirklichen Interessen ihrer Staaten leiten ließen, während Napoleon III. auf seinem Throne, der auf den Ideen eines früheren Zeitalters gegründet wäre, sich nur halten könne, wenn er, ein Sklave der Napoleonischen Tradition, nach der Vorherrschaft Frankreichs in Europa strebe. Deren Symbol sei die von der nationalen Eitelkeit erträumte Rheingrenze. Zu seiner Freude glaubte er zu bemerken, daß die mitteleuropäischen Mächte erkannt hätten, wie der Ehrgeiz dieses Einzelnen nicht nur Österreich, sondern auch Deutschland bedrohe. Er übersah nicht, daß die von ihm sehnsüchtig herbeigewünschte Einigung des Vaterlandes nicht zuletzt von dessen äußerer Machtstellung bedingt war, und schon aus diesem Grunde wollte er verhindern, daß französischer Einfluß mit Hülfe des trügerischen Lockrufs von Freiheit und Unabhängigkeit in Italien den österreichischen ersetzte. Er verlangte deshalb, daß ganz Deutschland energisch für den deutschen Kaiserstaat gegen fremde Anmaßung eintrete und hoffte, daß ein gemeinsames Vorgehen bei diesem Anlaß den Grundstein zur nationalen Einigung legen würde. „Österreichs Sache ist Deutschlands Sache." Den Gegensätzen in der inneren Politik glaubte der junge Schriftsteller angesichts der vitalen Bedeutung der auswärtigen Ereignisse bis zur Überwindung der Krisis Schweigen gebieten zu dürfen und er äußerte die Zuversicht, daß alle Parteien diesen von ihm vorgeschlagenen Gottesfrieden wirklich einhalten würden.

Diese erste Broschüre hatte der beginnende Politiker anonym erscheinen lassen und sich hierfür mit dem rein sachlichen Charakter seiner Betrachtungen entschuldigt. Eine zweite Schrift aber, die er zu Anfang Juni herausbrachte, als Österreich die Schlacht bei Magenta bereits verloren hatte, trug einen polemischen Charakter und wurde schon deshalb unter dem vollen Namen des Verfassers veröffentlicht. Wie bei „Österreichs Sache ist Deutschlands Sache" verrät auch hier der Titel den Zweck. Es war auf eine „Widerlegung von Carl Vogts Studien zur gegenwärtigen Lage Europas" abgesehen. Manchem könnte es merkwürdig erscheinen, daß Schweitzer sich statt gegen Carl Vogt nicht gleich gegen Lassalle wandte, dessen Broschüre: „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens. Eine Stimme aus der Demokratie" in ihren Forderungen noch weit über Vogt hinausging. Aber es muß als ausgeschlossen gelten, daß Schweitzer bei der Abfassung seiner Schrift dieses „Gewebe aus Logik und Feuer"[1]) bereits kennen gelernt hatte. Lassalles in nur 1500 Exemplaren gedruckte Broschüre erschien zu Ende Mai und nur in dieser ersten Auflage ohne den Namen des Verfassers, sie war bereits nach zehn Tagen vergriffen und wurde erst Ende Juni neu aufgelegt. Das Vorwort von Schweitzers

[1]) Lassalle an Marx. Mitte Mai 1859 in den Briefen von Ferdinand Lassalle an Karl Marx und Friedrich Engels, Stuttgart 1902, p. 150.

Broschüre aber ist vom 4. Juni datiert. Hinzu kommt, daß dem Namen des ehemaligen Reichsregenten im Südwesten Deutschlands damals ein ganz anderer Klang innewohnte, als dem des dort noch völlig unbekannten Lassalle. Schweitzer griff, wie er im Vorwort ausdrücklich betonte, deshalb ein zweites Mal zur Feder, weil er wahrgenommen hatte, daß Leute von Bildung und Verstand, die vor Lesung des Vogtschen Werkes den „nationalen Gesichtspunkt" bei der schwebenden europäischen Frage festhielten, nach der Lesung jenes Werkes zum mindesten in ihrer Parteinahme für Österreich nachgelassen hätten. Vogts „Studien" gingen von dem Gesichtspunkte aus, daß die Deutschen nicht berechtigt seien, die Einheit, die sie für sich selbst forderten, den Italienern zu verwehren. Der Staat der Habsburger ist für ihn der geschworene Feind einer jeden volkstümlichen und nationalen Entwicklung. Ihn beirrte es nicht, daß alle ultramontanen und reaktionären Geigen auf den Grundton des „deutschen" Österreich gestimmt waren. Mit siebzehn Millionen Slaven und je sechs Millionen Ungarn und Italienern neben nur acht Millionen Deutschen war Österreich in seinen Augen kein deutscher Staat. Die ganze deutsche Geschichte Österreichs deutet er als eine einzige Kette von Freveltaten gegen Deutschlands Einheit, Ehre, Würde, Sicherheit, Freiheit, Macht und Größe. Auf die neue Ära in Preußen, die, wie er sich ausdrückte, bloß an die Stelle des Pietismus die Landeskirche gesetzt hatte, ist freilich auch Vogt nicht gut zu sprechen, und am damaligen preußischen Volke tadelt er mit Recht seine Unselbständigkeit und sein mangelndes Bedürfnis für Selbstregierung und freie staatliche Bewegung. Aber obgleich Vogt keine Sympathie für Preußen hegt, sieht er dennoch ein, daß die deutsche Neutralität, die er wünscht, nur unter preußischer Führung möglich ist, und er erörtert die Notwendigkeit von preußischen Annexionen in Deutschland, weil dieses nur dadurch zu einer wirklichen und rein deutschen Großmacht werden könne. Ihm ist es außer Zweifel, daß die Deutschen die Bedrängnis ihres gefährlichsten inneren Feindes benutzen müßten, um unter Ausschließung aller nicht deutschen Territorien den Bund in der Richtung neu zu konstituieren, daß ein engerer politischer Zusammenschluß Deutschlands gegenüber dem Auslande erreicht würde. Zu diesem Zwecke müßte ein gemeinsames deutsches Parlament einberufen werden. Vogt bekämpfte die in großdeutschen Kreisen verbreitete Franzosenfresserei und Napoleons Länderdurst, an den nicht zu glauben er vorgibt, erklärte er für um so weniger gefährlich, als die anderen Großmächte keinesfalls eine bedeutende Gebietsvergrößerung Frankreichs zugeben würden[1]). Aber selbst wenn ein in Italien siegreiches Frankreich an Österreichs Stelle treten würde, so wäre Vogt vom deutschen Stand-

[1]) Bekanntlich war damals die Ansicht weit verbreitet, daß Vogt in Bonapartes Solde stände (vgl. Marx, Herr Vogt, London 1860). Schweitzer verwahrte sich in seiner Broschüre vom folgenden Jahre ausdrücklich dagegen, einen so unwürdigen Verdacht gegen einen Mann zu hegen, der im Jahre 1849 bis zum letzten Augenblick und in jeder Gefahr unerschütterlich zur Fahne gestanden hätte.

punkte aus damit zufrieden. Dann würde eben der welsche Wolf sich an dem italienischen Knochen seine Zähne stumpf nagen müssen. Solange die Franzosen kein Bundesgebiet verletzten, galt ihm in der damaligen Situation eine strenge Neutralität als die alleinige Deutschland angemessene Politik.

Nun leugnete Schweitzer in seinem Widerlegungsversuch von vorne herein, daß Napoleon die Absicht haben könnte, der von ihm aus Frankreich verjagten Freiheit in Italien eine Stätte zu bereiten. Nicht um einen Freiheitskampf handelte es sich für ihn, sondern allein um die Machtfrage, ob in Italien der deutsche Einfluß durch den französischen ersetzt werden solle. Besonders brachte den begeisterten Großdeutschen Vogts Behauptung in den Harnisch, daß Österreich keine deutsche Großmacht wäre. Dem hielt er entgegen, daß das deutsche Element in der Monarchie das dynamische Übergewicht besitze, und daß die deutsche Bevölkerung vermöge ihrer geistigen Bedeutung und durch geschichtliche Tradition den Kern des Kaiserstaats bilde! Sogar die „glorreichen deutschen Traditionen" der Habsburgischen Dynastie müssen für Schweitzer ins Feuer marschieren! Aber auch von der verhältnismäßigen Harmlosigkeit Napoleons III. hat ihn Vogt nicht zu überzeugen vermocht, er verbleibt bei seiner Ansicht, daß jener Emporkömmling an der Seine, der sich allein durch eine Wiederaufnahme der Eroberungspolitik des Onkels auf seinem Throne halten könne, eine ständige Beunruhigung des Friedens und der Unabhängigkeit Deutschlands bedeute. Ließe Deutschland Österreich hier im Stich, so würde als Folge eines solchen Verhaltens eine tiefgehende Spaltung zwischen dem Süden und dem Norden und damit eine dauernde Schwächung des Gesamtvaterlandes eintreten, während andererseits eine große nationale Bewegung gegen den gemeinsamen Feind eine Stärkung des deutschen Volksgeistes zur Folge haben müßte. Nicht erst nach einer Verletzung des Bundesgebietes durch Frankreich, sondern schleunigst oder spätestens nach der ersten Niederlage Österreichs auf österreichischem Boden müßte Deutschland seine Truppen in Bewegung setzen. Die von Vogt so nachdrücklich geforderte Reorganisation im Innern erschien diesem Betrachter, solange das Vaterland von außen her bedroht wäre, überhaupt nicht diskutierbar. Deshalb freute es ihn besonders, daß selbst die demokratische Partei, der er zugab, daß sie am wenigsten Ursache hätte, mit den einheimischen Zuständen zufrieden zu sein, „in höchst ehrenwerter Weise" vorerst ihre Forderungen in den Hintergrund stellte, um nicht den Fluch einer Zersplitterung Deutschlands auf sich zu laden.

Absichtlich wurden bisher aus Schweitzers beiden Broschüren über die Krisis von 1859 nur die auf die internationale Lage bezüglichen Ausführungen herausgehoben. Sie zeigten einen begeisterten Großdeutschen, der eine Stellungnahme zu den innerstaatlichen Problemen angesichts der kritischen äußeren Lage noch vermeiden möchte. Durch die katholische und bayrische Erziehung und die Jugendeindrücke im Hause des österreichisch gesinnten Großvaters waren

diesem Sohne der alten Krönungsstadt großdeutsche Gesinnungen frühzeitig eingepflanzt worden. Anfänglich konnten diese sogar einen spezifischen Einschlag von Verehrung für das „legitime" Kaiserhaus in Wien nicht verleugnen. Man erinnert sich auch, daß in dem Salon der Mutter solche ihr von Berly anerzogenen Gefühle geflissentlich zur Schau getragen wurden, die trefflich zu dem klerikalen Geiste der Schweitzerschen Familie stimmten, deren Söhne wohl unter bayrischer, österreichischer, französischer und russischer Fahne, aber bis dahin noch niemals unter der des protestantischen Preußens gedient hatten[1]). Die Zugehörigkeit Österreichs zu Deutschland blieb für Schweitzer auch später ein Dogma, und noch lange sah er in Wien die Hauptstadt Gesamtdeutschlands. Selbst nach der Entscheidung des Jahres 1866, als die politische Notwendigkeit den Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zur sofortigen Anerkennung der Tatsachen zwang, hielt er im Prinzip an seinem großdeutschen Jugendideal fest und klagte in bewegten Worten darüber, daß die österreichischen Lande und das herrliche Wien dem Deutschen zum Ausland geworden wären. Auch sprach er offen aus, daß die Nation für die Zukunft eine Wiedervereinigung Österreichs mit Deutschland erstreben müsse[2]). Dem deutschen Kaiserreich, dessen Aufrichtung die Ausstoßung Österreichs aus Deutschland endgiltig sanktionierte, vermochte der begeisterte Großdeutsche, in dessen Gefühlsleben die Jugendeindrücke fest wurzelten, schon unter diesem Gesichtspunkt keine Sympathie entgegenzubringen. Natürlich bestimmten sein Urteil in jener späten Zeit noch stärker soziale und innerpolitische Erwägungen.

Kennt man den Werdegang des Verfassers der Broschüren von 1859, so kann man sich nicht mehr darüber wundern, daß ihm vorläufig der österreichische Kaiser sympathischer blieb als der französische, und seine Ausdrucksweise war deshalb noch nicht die eines „loyalsten Kanzleibeamten Seiner Apostolischen Majestät"![3]) Mit größerem Rechte könnte man von Schweitzers späterem radikalen Standpunkt aus ihm vorwerfen, daß er hier noch wie der ängstlichste Reaktionär der Metternichschen Ära das geheiligte Ergebnis des Wiener Kongresses von 1814 und 1815 als ein noli me tangere behandelte und dessen Unantastbarkeit mit dogmatischer Ergebenheit hinnahm. Dem fast ein halbes Jahrhundert zuvor dort festgelegten internationalen Besitzstande will der junge Jurist noch die gleiche bindende Kraft zuerkannt wissen, wie im Inneren der einzelnen Staaten den Verfassungsurkunden. Den mangelhaften

[1]) Gerade im Jahre 1859 trat Schweitzers einziger Bruder als Leutnant in das österreichische Geniekorps ein, bei dem sich bereits zwei Vettern befanden.

[2]) Vgl. Gustav Mayer, die Lösung der deutschen Frage im Jahre 1866 und die Arbeiterbewegung in „Festgaben für Wilhelm Lexis". Jena 1907, p. 249.

[3]) Eduard Bernstein, J. B. von Schweitzer gegen Carl Vogt in Dokumente des Sozialismus. I. 7. (April 1902.)

Rechtszustand, den die Metternich, Castlereagh Talleyrand, und Alexander zustande gebracht hatten, findet dieser vorerst gar zu friedfertige Politiker immer noch besser als die Herrschaft der Gewalt, in die Europa nach Zerreißung jener Abmachungen zurückfallen müßte. Verliere Österreich seinen ihm 1815 zugesprochenen italienischen Besitz, so würde damit die Frage nach den Landesgrenzen der Großmächte von neuem eröffnet. Eine allgemeine Anerkennung des Nationalitätsprinzips wäre so schnell nicht zu erhoffen, und man würde sich deshalb lange Zeit hindurch vergebens nach einem Ersatz für den verlorenen Rechtszustand umsehen. Schweitzer stellt sich hier vorbehaltlos auf den Standpunkt, daß die öffentliche Meinung des Weltteils eine Mißachtung oder Verletzung der Wiener Verträge entschieden verurteile!

Ob er aber damals wirklich noch des Glaubens war, daß die vor vierundvierzig Jahren mit so großer Willkür zustandegebrachte Abgrenzung der festländischen Staaten den mächtig anflutenden nationalen Forderungen einen noch für längere Zeit haltbaren Damm entgegenstellte? Wußte er 1859 noch nicht, was er 1860 bereits betonte, daß diese von ihm für unantastbar erklärte Wiener Kongreßakte den fremden Mächten bei jedem ernsthaften Bundesreformversuch den Vorwand zu einer Einmischung in die deutschen Verhältnisse gewährte? Empfand der Mann, der schon im folgenden Jahre nur von einer radikalen Revolution die Herstellung der deutschen Einheit erhoffte, hier noch wirklich eine so übertriebene Ehrfurcht vor den Kartenhäusern der Diplomaten? Hegte er so wenig Vertrauen in die Macht des Zeitgeistes, den er bald so laut preisen sollte? Oder fürchtete in ihm sich der Zögling der Jesuiten noch vor dem allgemeinen Zusammenbruch, der erfolgen konnte, wenn von einem allzu künstlichen Gebäude nur der kleinste Pfeiler fortgerissen wurde? Es wäre unehrlich, die psychologische Schwierigkeit, die sich hier auftut, vertuschen zu wollen, wenn sie sich auch teilweise aus der Gesinnungsänderung erklären läßt, die der Verlauf der damaligen Krisis in zahlreichen Köpfen erzeugte, und die sich besonders lebhaft in dem Denken eines jungen Menschen äußern mußte, der mit dem Radikalismus seines Alters und der Konsequenz eines starken Verstandes seine Folgerungen zog.

Schweitzers Broschüren scheinen in seiner Heimatstadt einige Beachtung gefunden zu haben. Die Besprechungen in den Zeitungen nannten ihn „einen unserer jüngeren geistreichen und strebsamen Juristen" und sie rühmten die strenge Logik und die Klarheit seiner Ausführungen. Günstig war ihm hierbei natürlich, daß die öffentliche Meinung Frankfurts und der umliegenden deutschen Staaten mit ihm ungefähr eines Sinnes war. Bald nach der Schlacht von Solferino wurde eine schon vorher veröffentlichte Kundgebung Nassauischer Staatsbürger[1]) durch ein Komitee angesehener Frankfurter übernommen. Darin wurden Beitrittserklärungen zu einem Programm erbeten, das verlangte, Deutschland möge in diesem Kriege Österreich nicht allein lassen und mit seinem Beistand

nicht warten bis der Kaiserstaat erschöpft am Boden läge. Das hatte Schweitzer ebenfalls geraten, aber noch einen zweiten Punkt enthielt jene Erklärung, von der bei ihm charakteristischer Weise nicht die Rede gewesen war. Die diplomatische und militärische Führung des ganzen nichtösterreichischen Deutschland vor und in dem Kriege sollte Preußen in die Hand gegeben werden, weil dieses allein die Macht und den Willen besäße, zu verhindern, daß Österreich die kleineren deutschen Staaten als sein bloßes Vorland behandle und für seine spezifischen Machtzwecke ausnutze. Nur Preußen, so hieß es dort, vermöge zu bewirken, daß Deutschland in diesen Krieg als Bundesgenosse und nicht als Vasall Österreichs zöge.

Aber man weiß, daß Österreich den Preis zu hoch fand, den es für die Unterstützung durch Deutschland unter Preußens Führung selbst nach einem siegreichen Kriege hätte zahlen müssen: es opferte die Lombardei und erreichte damit eine Verständigung mit Napoleon, der einem Waffengang mit Deutschland nichts weniger als geneigt war. Das Präliminarabkommen von Villafranca gerade in dem Moment, wo die Bundeshülfe endlich zur Wirklichkeit werden sollte, überraschte in ganz Deutschland ungemein. Besonders aber in dem strategisch ausgesetzten Südwesten stellte sich das Vertrauen in den Frieden nicht so schnell wieder her, und man rechnete hier auch noch weiterhin mit der Gefahr eines französisch-preußischen Krieges. Sogar die bei ihrer starken Betonung der wirtschaftlichen Gesichtspunkte besonders friedlich gesinnte Frankfurter Handelszeitung Sonnemanns warnte vor einer zu schnellen Abrüstung. Das Frankfurter Journal aber ergoß jetzt die volle Schale seines Ingrimms auf die in Österreich herrschende klerikale Partei, die bewiesen hätte, daß ihr der Haß gegen Fortschritt und Ketzerei tiefer im Fleische sitze, als die Abneigung gegen einen momentanen Gegner. Doch selbst ein so eifriger Parteigänger Österreichs wie Schweitzer war durch diesen für Deutschland so ruhmlosen Ausgang der Krisis in seiner Vorliebe für den Kaiserstaat tief ernüchtert worden. Trotz ihrer großen Armee hatte die Habsburgische Monarchie nach zwei keineswegs entscheidenden Schlachten den Kampf aufgegeben! Nicht ein Übermaß äußerer Staatskalamitäten trug in den Augen dieses jungen aber scharfen Beobachters die Schuld, sondern die Zerfahrenheit der leitenden Kreise und die innere Fäulnis des Staatskörpers. Noch vor kurzem war er für die starre Aufrechterhaltung der Wiener Kongreßakte eingetreten: nach Villafranca erschien ihm das bis dahin so wohlwollend behandelte Österreich als ein historisch zusammengewürfelter und gewaltsam, nicht durch den freien Willen seiner Völker zusammengehaltener, mit dem Geist der neuen Zeit unverträglicher Staat, in dem selbst große politische Reformen

[1]) Die Erklärung der Nassauer Staatsbürger ist ausführlich abgedruckt in: der Nationalverein, seine Entstehung und bisherige Wirksamkeit, Coburg 1861, p. 70 ff. Vgl. auch Frankfurter Journal 2. Juli 1859.

nichts fruchten würden. „Selbst ein Kabinet Richelieu, Colbert, Pitt, Macchiavelli nebst Cicero als Dirigent der offiziösen Presse würde sich an dieser unlösbaren Aufgabe den Kopf einrennen[1])." Eine solche Sprache in diesem Munde ist bezeichnend für die Enttäuschung, die sich damals der vor einer französischen Invasion bangenden Gemüter in Süddeutschland bemächtigt hatte! Das Vertrauen, das man bis dahin auf den militärischen Schutz Österreichs gesetzt hatte, war mehr als erschüttert, und in vielen Kreisen vermochte man sich der bitteren Erkenntnis nicht länger zu verschließen, daß das südliche Deutschland für seine Verteidigung gegenüber einem feindlichen Einfall hinfort noch stärker als zuvor auf die preußischen Bajonette angewiesen wäre. Hatte nun auch Preußen in den Augen der süddeutschen Liberalen seit dem Regierungswechsel in Berlin einiges von der eingewurzelten Unbeliebtheit verloren, so wurde es dafür jetzt für den alleinigen Sündenbock erklärt, dem die Schuld an dem unerquicklichen Ausgang des Krieges zukäme. Noch immer ließen sich die Stimmen zählen, die sich südlich des Mains unumwunden zur preußischen Spitze bekannten. Und gerade Schweitzer wäre vorerst der letzten einer gewesen, die aus den Ereignissen diese Konsequenz gezogen hätten.

Das norddeutsche und mitteldeutsche konstitutionell oder auch demokratisch gesinnte Bürgertum reagierte bekanntlich auf die Vorgänge dieses schicksalsreichen Sommers, die so grell in die Zerfahrenheit der vaterländischen Zustände hineingeleuchtet hatten, mit der Gründung des Nationalvereins. Dieser letzte Versuch eines von seinen Regierungen enttäuschten Volkes wollte, unter Einreißung der die Einzelstaaten von einander trennenden Schranken, die Anbahnung seiner Einigung womöglich selbständig in die Hand nehmen. Zwei von einander unabhängige Vorversammlungen hatten in Eisenach und Hannover stattgefunden, aber die eigentliche Begründung des neuen Vereins erfolgte erst am 15. und 16. September 1859 in Frankfurt a. M. Waren bei jenen ersten Besprechungen nur Norddeutsche zugegen gewesen, so belohnte sich jetzt die Wahl der Hauptstadt des Südwestens dadurch, daß sich auch eine Anzahl von Süddeutschen unter den Teilnehmern an den Beratungen befand. Die Heranziehung dieses Elements war aber eine Lebensfrage für eine Bewegung, welche die ohnehin zwischen dem Norden und Süden bestehende Kluft nicht erweitern sondern aufrichtig überbrücken wollte. Unter dem Zeichen der Notwendigkeit, die Süddeutschen für den Nationalverein zu gewinnen, scheinen diese Frankfurter Verhandlungen gestanden zu haben, über die ein stenographisches Protokoll leider nicht geführt wurde. Während ein Teil der Norddeutschen es hier ausdrücklich ausgesprochen wissen wollte, daß mit der Konstituierung eines deutschen Bundesstaats auf Österreichs Einwilligung und Teilnahme nicht gerechnet werden könne, war die Mehr-

---

[1]) Der einzige Weg zur Einheit. Ein Beitrag zur Besprechung der nationalen Frage Frankfurt a. M. 1860.

zahl der Süddeutschen, trotz der Enttäuschungen, die sie dem Donaureich verdankten, von jenem ihnen gar zu radikal dünkenden Standpunkt noch weit entfernt. In Eisenach, und mit leiser Abschwächung auch in Hannover, hatte man Resolutionen gefaßt, die offen die militärische und diplomatische Führung Deutschlands durch Preußen forderten. Dagegen erhoben freilich in Frankfurt selbst die süddeutschen Teilnehmer an den Besprechungen keinen prinzipiellen Einspruch, aber, gleich der Mehrzahl der Mitteldeutschen, erachteten sie eine preußische Lösung noch nicht für den einzigen Weg, der zur Einheit führen konnte. Sie wollten andere Möglichkeiten wie einen liberalen Umschwung in Österreich oder selbst den radikal-revolutionären Weg noch nicht programmatisch ausgeschlossen wissen. Da Benningsen und seine Freunde genötigt waren, auf die Süddeutschen jede nur mögliche Rücksicht zu nehmen, so setzten diese es wirklich durch, daß die Frage nach der Zentralgewalt, auf die es eigentlich doch ganz allein ankam, hier noch nicht programmatisch festgelegt wurde. Der Gründungsbeschluß des Vereins sagte deshalb weiter nichts aus, als daß man eine nationale Partei errichte, welche die Einigung und freiheitliche Entwicklung des großen gemeinsamen Vaterlandes zum Zwecke habe[1]).

Als Sitz des Nationalvereins hatte man ursprünglich Frankfurt in Aussicht genommen, aber der Senat dieser freien Stadt erwies sich als so feige, daß er seine Einwilligung versagte[2]). Mit Recht belehrte ihn das Frankfurter Journal, daß er das Odium dieses Verbotes besser dem Bundestag überlassen hätte. So schlug die neue Partei zur Freude des mit ihr sympathisierenden Herzogs Ernst ihre Zelte in Koburg auf. Feodor Streit, der spätere Gründer der Arbeiterzeitung, siedelte als Geschäftsführer des Nationalvereins von Frankfurt nach Thüringen über.

Ganz Deutschland rüstete sich in diesen Herbsttagen zur festlichen Begehung von Schillers hundertstem Geburtstag. Die Huldigung für den nationalen Freiheitsdichter gestattete es endlich einmal den Preußen und Österreichern, den Hessen und Bayern, den Sachsen und Württembergern, sich in gemeinsamer Begeisterung als Deutsche zu bekennen, ohne der sie sonst trennenden Ansichten und Ziele gedenken zu müssen. Einem solchen Feste konnte keine Stadt im weiten Bundesgebiet geneigter sein als Frankfurt, wo die stille Paulskirche so beredt an gescheiterte aber nicht aufgegebene Hoffnungen erinnerte. Als vor zehn Jahren der hundertste Geburtstag von Frankfurts größtem Sohne bevorstand, da ließen die stürmischen Wellen der Revolutionskämpfe keine einheitliche Stimmung aufkommen, die Demokraten hielten sich von der Feier fern, und selbst das Ständchen, das vor dem Hause am Großen Hirschgraben den Manen Goethes gebracht werden sollte, konnte nicht ausgeführt werden, weil ein Volkshaufen das Heckerlied anstimmte[1]). In dieser Hinsicht lagen jetzt die Verhältnisse günstiger.

---

[1]) Der Nationalverein usw. p. 22 bis 24.

[2]) ibid. p. 27.

Was der Jahrhundertfeier von Goethes Geburt versagt geblieben war, die Schillers wurde zu einem wirklichen Volksfest. Auf dem offiziellen Festbankett im großen Saale des Frankfurter Wolfsecks trat an diesem Abend Johann Baptist von Schweitzer zum ersten Male in seiner Vaterstadt öffentlich als Redner auf. Seine Worte mahnten daran, daß in dem gleichen Augenblicke, wo leuchtende Transparente in den Straßen der Stadt erglänzten und froher Jubel durch die Gassen dringe, deutsche Familien in Hunger und Elend darbten, weil ihre Häupter es gewagt hätten, frei und entschieden aufzutreten für eine deutsche Sache. „Denken wir heute an Schleswig-Holstein" rief er aus, „denken wir vor allem an die vertriebenen Beamten dieses unglücklichen Landes und tuen wir das unsre, ihre Not zu lindern!" Es war damals keineswegs etwas außergewöhnliches, daß bei festlichen Anlässen für die aus der Heimat verjagten Stammesgenossen im Norden gesammelt wurde, und gerade an Schweitzers Wohnort hatte kurz zuvor das Frankfurter Journal ausdrücklich diese Forderung aufgestellt und darüber hinaus angeregt, daß jede größere deutsche Stadt die Fürsorge für wenigstens eine der vertriebenen Familien übernehmen sollte!

In Bezug auf Fragen der inneren Politik hatte Schweitzer bis dahin noch nicht öffentlich Partei ergriffen. Es besteht kaum ein Anlaß, die Zurückhaltung, die er sich in dieser Hinsicht so lange auferlegt hatte, anders zu erklären als aus dem Gottesfrieden, den er selbst für die Dauer der auswärtigen Krisis in seinen beiden Broschüren den Deutschen angeraten hatte. Die Betrachtung seines Hauptwerkes[2]), von dem zweifellos im Jahre 1859 schon ein größerer Teil niedergeschrieben war, läßt es als sicher annehmen, daß bereits damals demokratische Gedankengänge bei ihm die konservativen Erinnerungen zurückdrängten. Die Arbeit an diesem Buche förderte ihn bei dem Bemühen, angesichts der politischen Probleme der Zeit seine eigene Stellung aufzufinden. Ein erstes entschiedenes Bekenntnis zur radikalen Demokratie wurde von dem jungen Herrn von Schweitzer-Allesina im Jahre 1860 durch die Veröffentlichung einer Broschüre abgelegt, die den Titel führte: „Der einzige Weg zur Einheit. Ein Beitrag zur Besprechung der nationalen Frage". Der einzige Weg zur Einheit, den der durch die Schwäche Österreichs und die Tatenlosigkeit Preußens bitter enttäuschte Verfasser jetzt noch offen sah, war nämlich die revolutionäre Initiative des Volkes. Hatte er sich in den vorhergehenden Broschüren noch in stofflicher wie in formaler Hinsicht einer starken Zurückhaltung befleißigt, so legte er jetzt in diese glänzend geschriebenen Ausführungen das ganze Gewicht seiner geistigen Persönlichkeit. „Arme, bejammernswürdige Nation", so heißt es in der Einleitung, „Deine Größe in dem Reiche des Geistes, wozu dient sie, — sie scheint da zu sein, Deine politische Er-

---

[1]) V. Valentin, Frankfurt a. M. und die Revolution von 1848/49, Stuttgart 1908 p. 448.

[2]) Vgl. Kap. III.

bärmlichkeit vor aller Welt in desto grellerem Lichte bloszulegen! Was wollen wir, wonach streben wir? Werden wir ewig ein Spielball des Auslandes bleiben, zerrissen und elend — oder dürfen wir hoffen, dereinst eine große gewaltige Nation zu sein? . . . . . . Die Begabten der anderen Völker lauschen dem Liede des deutschen Dichters, fühlen die ergreifende Gewalt und Größe deutscher Kunst, denken den Gedanken des deutschen Denkers noch einmal, beugen sich vor den Schätzen des Wissens, die in dieser Nation Gemeingut geworden, wie in keiner anderen und verehren unsere Achtung vor dem Rechte und der Moral. Aber fragt unsere Nachbarn, was Sie denken, wenn eine politische Regung durch Deutschland geht. Was ist die Antwort? Ein mitleidiges Achselzucken! Weiter nichts! . . . . . Und doch sind es 40 Millionen Menschen, denen dieses Achselzucken gilt, und doch verfügt dieses Volk, das nicht beachtet wird in dem Rat, der über die Geschicke des Weltteils bestimmt, über 800 000 Soldaten!!" Selbstredend sieht auch Schweitzer ein, daß Deutschland die ihm zukommende Machtstellung nur dann erringen kann, wenn es ihm gelänge, sich aus einem losen Staatenbund in einen starken einheitlichen Staat zu verwandeln. Die Frage, auf welchem Wege dies wohl zu erreichen sei, wünscht er „an der Wurzel" anzupacken. Nun ist es diesem Politiker, der ein Vertrauen zu Preußen nicht fassen wollte, seit dem vorigen Jahre zur Gewißheit geworden, daß die Interessen der Fürsten und der Nation in der wichtigsten Lebensfrage des Vaterlandes nicht vereinbar wären. Wollten nämlich die Fürsten das Streben der Nation ernstlich und aufrichtig fördern, so wären sie entweder unerhört edle Wesen oder komplette Narren. Das erstere glaubt Schweitzer höflichst leugnen zu dürfen, weil sie Menschen, das letztere untersteht er sich nicht zu behaupten, weil sie Fürsten wären. Diesem Zentralisten schien es, daß die Fürsten, wenn die Zentralgewalt nicht bloß eine teure Spielerei werden solle, einen so großen Teil ihrer Souveränität aufzugeben hätten, daß nichts als eine gewisse erhöhte Beamtenstellung für sie übrig bliebe. Dazu aber würden sie sich gutwillig nicht verstehen. Was insonderheit die beiden Großmächte beträfe, so wüßte Österreich so gut wie Preußen, daß ihre historische Entwicklung mit einem einigen Deutschland unvereinbar wäre. Aus diesem Grunde suchten auch beide den nationalen Zusammenschluß zu verhindern und auf jede Art die bestehende Antagonie zwischen dem Norden und dem Süden des Vaterlandes zu nähren.

Schweitzers Vertrauen zu Österreich ist seit Villafranca in einem solchen Maße erschüttert, daß er für die Zukunft selbst den deutschen Charakter der Monarchie, den er noch gegen Vogt so lebhaft verteidigt hatte, nicht mehr als gesichert ansieht. Für ihn wäre eine innere Konsolidierung des Donaustaats und dessen Anpassung an die liberalen Ideen die Voraussetzung gewesen für jeden von dieser Seite ausgehenden und für Deutschland annehmbaren Einigungsversuch. Aber eine Volksvertretung, ohne die eine große politische Reform ihm unmöglich

erscheint, setzt notwendig ein Volk voraus. In Österreich gebe es nur verschiedene Völker, die von einander nichts wissen wollten. Bekämen diese Völker wirklich mehr oder minder freie Verfassungen, so behielte die Zentralregierung in Wien die Zügel der Herrschaft nicht mehr sicher in ihren Händen. Eine solche Dezentralisierung aber müßte der Anfang sein vom Ende einer Monarchie, deren Völkerkomplex nur durch das traditionelle Kaiserhaus und die Konzentration der Staatsgewalt zusammengehalten würde. Aber ebensowenig wie von der klerikalen Habsburgischen Monarchie erwartete Schweitzer im Gegensatz zum Nationalverein, mit dem er bald in offene Fehde geraten sollte, eine Einigung des Vaterlandes von der neuen Ära in Preußen. Zu seiner skeptischen Beurteilung des guten Willens des Prinzregenten bestimmte ihn, so wenig einleuchtend das für den ersten Augenblick erscheinen mag, seine allgemeine geschichtsphilosophische Auffassung der eigenen Zeit, die er in dieser Schrift zum ersten Male skizzierte und die er bald darauf in „Der Zeitgeist und das Christentum" ausführlicher begründete.

Schweitzer, der in keiner Weise den historischen Nihilismus seines philosophischen Lehrmeisters Schopenhauer teilte, identifizierte nämlich, ohne sich von erkenntnistheoretischen Skrupeln anfechten zu lassen, das Prinzip des Fortschritts mit der Verwirklichung jener demokratischen Ideen, zu denen er sich hinfort bekannte. In dem politischen Leben der kontinentalen Staaten seiner Zeit erblickte er nur noch einen Kampf zwischen den alten konservativen Mächten, die sich auf den Gedanken der Autorität und der Unterordnung stützten und dem liberalen Zeitgeist, der die volle Gerechtigkeit für alle und in allem anstrebte und Vernunft, Freiheit und Gleichheit auf seine Fahne geschrieben hatte. Das Alte, so urteilte er, erhalte sich noch durch das Mittel der Gewalt, aber das Neue lauere nur auf die Gelegenheit, um ebenfalls durch Gewalt das Alte zu ersetzen! Solange er allein als großdeutscher Patriot die internationale Politik behandelte, hatte Schweitzer in Napoleon III. nur den Fortsetzer einer überlebten Eroberungspolitik sehen wollen, an den legitimen Monarchen aber gerühmt, daß sie bei der Befolgung ihrer auswärtigen Bestrebungen lediglich das Staatswohl zu befragen brauchten. Seitdem seine Erörterungen hauptsächlich den inneren Staatsverhältnissen galten, sah er nur noch die Kehrseite der Medaille: jetzt erschienen ihm die Throne der altlegitimen Fürsten auf die Ideen einer vergangenen Zeit aufgebaut, von dem französischen Kaiser aber behauptete er, daß er auf den Wellen der modernen Geistesbewegung emporgestiegen wäre. Herrsche er auch despotischer als alle Monarchen Europas, so vertrete er dennoch die Revolution und sei der Erbe des Jahres 1789. Jetzt auf einmal läßt Schweitzer eine Sympathie für Napoleon III. durchblicken, von der zuvor bei ihm keine Spur vorhanden war. Liest man Sätze wie die folgenden, so möchte man annehmen, daß ihr Verfasser mit diesem erfolgreichsten politischen Abenteurer seiner Zeit eine innerliche Ver-

wandtschaft empfand. „Dieser Louis Napoleon" schreibt er, „der in Italien um Mitternacht in einen großen Mantel gehüllt, die Feder auf dem Hut und den Dolch in der Hand mit zwanzig Vermummten in demselben Aufzug Eidschwüre für die Freiheit in die stille Nacht hinaussandte, der in London in allen Kneipen herumgefegt ist, sich in der halben Welt herumgetrieben hat, bald verfolgt, bald ausgewiesen, bald eingesteckt, dieser hundertfach durch die Schule des Lebens zurechtgestoßene verschmitzte Parvenu, der Alles, Alles mitgemacht hat, und dazu seine Minister, Gesandten und Generäle, die er auf der Straße aufgelesen hat, lauter köstliche schlaue Jungen und auf der anderen Seite die Herren, die man von Kindheit an vor jedem lauten Wort gehütet hat, mit ihren Gesandten, die noch im zwanzigsten Jahre von ihrer Bonne spazieren geführt werden, das hätte ja mit dem Satan zugehen müssen, wenn die in Paris nicht hätten in die Höhe kommen sollen." Schweitzers angeborene Sympathie für den Cäsarismus, die aus der Lektüre Macchiavellis noch weitere Kraft gesogen hatte, zerbricht jetzt unter dem Eindruck der Erfolge des französischen Kaisers endgiltig die letzten Rudimente einer konservativen Erziehung. Ihm ist fortan bis zu Bismarcks entscheidendem Auftreten Napoleon III. der einzige Mann in Europa, der weil er in seinem Titel zur grâce de Dieu die volonté du peuple hinzufügen darf, große Politik zu treiben vermag. Ihm haben die Ereignisse des Jahres 1859 zu der Auffassung verholfen, daß nur wer auf Grund des Zeitgeists operiere, eine universelle Kraft in Aktion setzen könne, während die dem Zeitgeist feindlichen Potenzen darauf angewiesen seien, lediglich ihr Dasein zu fristen und entschiedene Taten zu vermeiden.

Wenn der Prinzregent von Preußen in einer Verblendung, die Schweitzer als eine ehrliche bezeichnete, zum großen Entzücken aller Gothaer eine liberale Ära proklamiere, so führe der Sproß des alten Hohenzollerngeschlechts damit blos ein ergötzliches Schauspiel auf. Preußen sei keine Insel im stillen Ozean, und auf die Dauer ließe sich die Solidarität aller legitimen Regierungen auf der einen und die der demokratischen Bestrebungen auf der anderen Seite nicht verdunkeln. Schweitzer sieht voraus, daß die entschiedenen Vertreter des Liberalismus von der neuen Ära wirkliche Reformen verlangen würden, wie volle Preßfreiheit und freies Vereinswesen. Solche Zugeständnisse aber wären für die preußische Regierung unmöglich, weil sie damit zugleich den Gegnern der monarchischen Staatsordnung freie Bewegung garantierte. Mit dem scharfen Auge des geborenen Politikers prophezeit Schweitzer die baldige Umkehr des Prinzregenten von einem Wege, auf dem er nur die Demokratie auf Kosten des Königtums fördern könne. Einer Regierung, die sich noch eben im Augenblicke deutscher Gefahr beispiellos untätig verhalten hätte, traute er eine großzügige nationale Politik nicht zu. Freilich das sieht er ein: besäße ein preußischer Herrscher einmal den Mut, sich rückhaltlos an die Spitze der deutschen Revolution zu stellen und von Frankfurt (nicht von Berlin) aus, gefolgt von seinem Heere

und von einem demokratischen Ministerium umgeben, ein Parlament zu berufen und zu sagen: ich bin deutscher Kaiser, nicht mehr König von Preußen, so würde er die Nation unter seinem Szepter vereinigen können[1]). Aber dieser Hohenzoller hätte dann gebrochen mit allen historischen Traditionen, seinen alten Thron hätte er aufs Spiel gesetzt und den ungesicherten neuen auf die bewegten Wellen einer hochgehenden Revolution gebaut. Keinen König von Preußen hält er für so närrisch, sich auf ein solches Wagnis einzulassen, und erst recht erwartete er nicht von den deutschen Fürsten, daß sie sich beeilen würden, die Fußschemel der Hohenzollern zu werden!

Ein politischer Optimist wie seine späteren Gegner Liebknecht und Bebel ist Schweitzer auch in seiner Jugend nicht gewesen. Wenn ihn aber jene Männer an Festigkeit des Glaubens und Macht der Überzeugungen weit hinter sich lassen, so blieb seine leidenschaftslosere Intelligenz dafür auch geschützter gegen die naheliegende Versuchung, die Aussichten einer Partei bloß deshalb zu überschätzen, weil er selbst an deren Recht glaubte und für deren Sache eintrat. Der Verfasser von „Der einzigen Weg zur Einheit" ist keineswegs davon überzeugt, daß der Sturz der alten legitimen Gewalten schon nahe bevorstünde. Längst vor Bismarcks Eintritt in das preußische Ministerium äußert er die Ansicht, daß das konservative Element in Europa seine eigene Macht unterschätze, und als Demokrat klagt er: „Wir sind leider noch nicht ganz so weit als es den Anschein hat." Er erkennt, daß die konservativen Ideen noch über tüchtige Kräfte verfügen, und in richtiger Abschätzung bezeichnet er die Beherrschung unzähliger Geister auf dem Wege des kirchlichen Einflusses, die großen Armeen, den vielfach noch vorhandenen Sinn für das Königtum, den Nimbus des Hergebrachten als Elemente, die unter der Leitung geschickter Hände dem Konservativismus noch immer ein würdevolles und achtunggebietendes Auftreten sichern könnten. Die Haltlosigkeit der legitimen Regierungen, die das Jahr 1859 offenbart hätte, erklärte er nicht ausschließlich aus ihrem Gegensatz zum Zeitgeist, sondern zum Teil auch aus dem mehr zufälligen Umstand, daß keine fähigen Persönlichkeiten an leitender Stelle gestanden hätten. Wenn nur in Preußen, so ruft er aus, statt des halbgothaischen Ministeriums mit seinen prahlenden Reden von dem Schutze, den Deutschland durch Preußen finden werde, ein Kreuzzeitungsministerium die Geschäfte geführt hätte, so wäre die Machtstellung dieses Staats während jener Krisis ganz anders gewahrt geblieben! Er rühmt an dieser preußischen Kreuzzeitungspartei, die er von Berlin her kannte, daß sie von der allgemeinen Ratlosigkeit und Schwäche im konservativen Lager eine bemerkenswerte Ausnahme gemacht hätte. Dieser energischen Partei gesteht er zu, daß sie immer wüßte, was sie wolle; sie trete jederzeit mit politischem Scharfblick und mit Sicherheit auf, sie besäße eine Idee

---

[1]) Sehr ähnlich äußerte sich Schweitzer noch zu Ende 1862 in „Die österreichische Spitze", p. 49 ff.

und glaube an sich selbst. Ihr Organ, die Kreuzzeitung, habe seit den Tagen der Revolution, in denen sie zuerst hervortrat, unverwandt und bestimmt die Sache der aristokratisch-konservativen Prinzipien, des historisch positiven Christentums und der legitimen Monarchie, sowohl in ihrer spezifisch preußischen als auch in ihrer allgemeinen europäischen Bedeutung, verfochten. Hie und da sei sie sogar für die materiellen Interessen der untersten Volksschichten gegen einen mißverstandenen Liberalismus eingetreten: „Nennt die Anhänger der Kreuzzeitungspartei Finsterlinge, Reaktionäre, Volksfeinde, kurz wie ihr wollt, aber dennoch den Hut ab! Es sind Männer!"[1])

Diese objektive Würdigung der Kreuzzeitungspartei durch den künftigen sozialdemokratischen Führer ist in mehrfacher Hinsicht beachtenswert. Sie läßt erkennen, daß die Eindrücke, die er in den Vorlesungen Stahls und im Krummacherschen Hause erhielt, sich nicht verwischt hatten, auch muß er seit damals ein regelmäßiger Leser der Kreuzzeitung geblieben sein, da er deren Eintreten für die unteren Volksklassen bereits zu einer Zeit ausdrücklich hervorhebt, wo er selbst noch keineswegs dazu gelangt war, den Umfang und die politische Bedeutung der sozialen Frage zu ermessen. Schließlich beweist diese Stelle, daß Schweitzer von früh an die für einen Politiker nicht immer gefahrlose Gabe besaß, die Dinge sehr objektiv anzusehen und den Hang, sie unter vorläufiger Beiseitelassung seiner eigenen individuellen Wünsche, anschaulich aus ihrem Inneren heraus darzustellen. Dieser eine Grundzug seines Wesens, ist für ihn die Quelle von zahllosen Anfeindungen und Verleumdungen geworden, die gutgläubige und gehässige Gegner, die seine Art nicht begreifen konnten, gegen ihn richteten. Ihm selbst verhalf in seiner besten Zeit dieser Trieb dazu, daß er die Aufgabe, die er erfüllen wollte, in historischer Perspektive erblickte. Gerade das Fehlen jener verbissenen Einseitigkeit, die wahrhaft schöpferische politische Naturen mit ganz kleinen Fanatikern oftmals teilen, ist charakteristisch für die Physiognomie Schweitzers!

Die revolutionäre Demokratie war also jetzt für diesen Denker, der jede Hegemonie einer der beiden Großmächte ablehnen zu müssen glaubte, die einzige Kraft, durch die er das Vaterland geeint sehen wollte! Sie hätte auch im Jahre 1848 die Idee des einen untrennbaren Vaterlandes gegenüber den Dynastien rücksichtslos verfochten, und seit jener Zeit wäre sie die eigentliche nationale Partei! Von einem solchen Standpunkt aus mußte Schweitzer natürlich ein entschiedener

---

[1]) Ob dieser Dithyrambus Schweitzers auf die Kreuzzeitungspartei drei Jahre später Ferdinand Lassalle im Ohre lag, als er den „alten Weibern" der Fortschrittler die Männlichkeit des größten Sprossen dieser Gruppe entgegenhielt? Unwahrscheinlich ist es keineswegs, denn der Stimmungsgehalt der Worte ähnelt sich ungemein: „Und wenn wir Flintenschüsse mit Herrn von Bismarck wechselten, so würde die Gerechtigkeit erfordern, noch während der Salven einzugestehen: er ist ein Mann!" Die dramatische Zuspitzung der Worte bei Lassalle wäre um so erklärlicher, als dieser sie von der Rednerbühne aus zu sozialdemokratischen Arbeitern sprach!

Bekämpfer des Nationalvereins werden, sobald dieser auch in Süddeutschland offen mit der Forderung nach der preußischen Spitze hervortrat. Bevor aber dieser Kampf geschildert werden kann, in dessen Verlauf der radikale großdeutsche Demokrat zum Sozialdemokraten wurde, möge eine Beleuchtung seines im Jahre 1861 erscheinendes Hauptwerks den Leser noch näher mit der theoretischen Gedankenwelt Schweitzers vertraut machen!

Kapitel III.

Der Zeitgeist und das Christentum.

Jesuiten sind hartnäckige Erzieher, sie verstehen es, Erinnerung und Gewöhnung noch zu knechten, wenn der bewußte Geist sich ihrem Einfluß längst entrungen hat. Auch aus Schweitzers Wesen konnten durch keine späteren Eindrücke die Lehren, die im Aschaffenburger Seminar aus dem Mund der Priester Jahre hindurch in sein Ohr geklungen waren, völlig verwischt werden. Zeitlebens erinnerten die Art seiner Dialektik, seine starre Auffassung von Disziplin selbst in geistigen Dingen und die Mittel, die er im politischen Kampfe unbedenklich verwandte, an seine „ultramontane Abstammung" und Erziehung. Leichter als dem Charakter wurde es dem denkenden Verstande, sich zu der freien Luft des Jahrhunderts emporzuringen, als erst der Student unbeaufsichtigt aus dem Born des Wissens trinken durfte. Wohl schon seit dem tollen Jahre war zuweilen die laute Stimme des Zeitgeistes durch die dicken Mauern der Klosterschule an das Ohr des frühreifen Knaben gedrungen. Besonders die Nachrichten von der Pariser Junischlacht machten damals einen nachhaltigen Eindruck auf sein Gemüt. Nun lag es bei der Art von Schweitzers Begabung nahe, daß sich ihm in seinem geistigen Freiheitskampf das Bedürfnis aufdrängte, mit jenen Mächten, die ihn so lange geknechtet hatten, eine Abrechnung vorzunehmen. Ein leidenschaftlicheres Temperament als das seine, hätte sich dabei wahrscheinlich aufgebäumt gegen die Verfehltheit einer Erziehung, die er so deutlich fühlte, und unter der Feder des Schreibenden wäre eine flammende Anklageschrift hervorgewachsen! Aber in Schweitzers Natur lag gerade der eigentümliche Zug, daß bei ihm, soweit nicht sein Machtinstinkt dazwischen fuhr, die rein persönlichen Eindrücke sich dem übermächtigen Objektivierungsdrang des Verstandes unterordneten. Weder Haß noch Liebe zeigten sich leicht auf der Oberfläche dieser von Erkenntnisdrang und Ehrgeiz beherrschten Seele!

Nicht viel später als von dem religiösen Zwang der Jesuiten scheint sich Schweitzer von den starr konservativen Auffassungen losgerissen zu haben, welche die politische Atmosphäre seines Elternhauses erfüllten. Die Kräfte aber, mit deren Hilfe er sich jetzt von jenen reaktionären Gewichten befreite, die auf seiner Jugend ge-

lastet hatten, faßte er, wie es scheint schon frühzeitig, unter dem Begriff des Zeitgeistes zusammen. Dieses Wort besaß damals in Frankfurt und auch im übrigen Deutschland einen durchaus eindeutigen Sinn. Schon die Verfassung der freien Stadt vom Jahre 1816 hatte zu verschiedenen Malen den „Zeitgeist" als maßgebend bezeichnet, aber zum Idol erhob ihn erst die Revolution von 1848. „Der Zeitgeist schreitet mit ehernem Schritt, die Könige zittern vor seinem Tritt", so hieß es in einem Liede aus jenen Tagen[1]). In erster Reihe wurde natürlich in einer politisch so stark interessierten Zeit, wie es die Mitte des 19. Jahrhunderts war, der Begriff des Zeitgeists auf die politischen Verhältnisse angewandt. Huldigte doch selbst der Bundestag in seinem Begrüßungsschreiben an die Nationalversammlung in der Paulskirche „dem neuen Geist der Zeit — aufrichtig". Aber nicht umsonst waren die Ideen der Humanität dem Deutschen von den Dichtern des Nathan und der Iphigenie verkörpert worden. Jene Lehren, welche die Gleichberechtigung von allem predigten, was Menschenantlitz trägt, jene Forderungen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mußten notwendig auch außerhalb der Politik der Maßstab werden für alle anderen wesentlichen Formen menschlichen Zusammenlebens. Am eigenen Schicksal hatte Johann Baptist von Schweitzer die Widersprüche zwischen der vom Zeitgeist sanktionierten freiheitlichen Gefühlswelt und der überkommenen Offenbarungsreligion erfahren. So lag es für ihn nahe, daß er bei seiner Abrechnung mit den Mächten, von denen er sich durch sein Buch endgültig lossagte, die Religion an die erste Stelle setzte und die Schrift „Der Zeitgeist und das Christentum" betitelte!

Aus einer späterer gelegentlichen Äußerung Schweitzers[2]) ergibt sich, daß er mit der Abfassung dieses Buches unmittelbar nach Beendigung der Studentenzeit, aus der wohl der Plan stammt, begonnen haben muß. Da aber einige Anmerkungen offensichtlich erst nach dem Tode Schopenhauers geschrieben wurden, so ist der Abschluß des 1861 erschienenen Werkes frühestens in das Jahr 1860

---

[1]) Valentin a. a. O. p. 5 und 356.

[2]) In einem Aufruf an die konservative Partei in Elberfeld-Barmen, die im März 1867 bei der dortigen Reichstagsstichwahl zwischen ihm und dem fortschrittlichen Kandidaten die Entscheidung in den Händen hielt, verwahrte er sich dagegen, in diesem in seinem dreiundzwanzigsten Jahre geschriebenen Buche Gewalttaten gegen die Religion angeraten zu haben. Im Gegenteil, er hätte darin jede Gewalttat gegen die Religion und ihre Diener (er sage ausdrücklich, daß diese beiden unzertrennlich seien) aufs entschiedenste verurteilt. Dort fährt er fort: „Mögen die Konservativen mein Buch lesen. Sie werden mit dem Inhalt desselben nicht einverstanden sein, aber sie werden mir, wie dies strenggläubige protestantische und katholische Priester öffentlich und privatim wiederholt getan haben, das Zeugnis ausstellen, daß ich von der Religion stets mit derjenigen Achtung spreche, welche derselben ein jeder schuldet, und daß ich insbesondere frei bin von der frivolen Sprache jener liberalen sogenannten „aufgeklärten" Philister, welche da meinen, die tief ernste Bedeutung der Religion mit der Schneiderelle ihres Hausmannsverstandes und ihres glatten Rationalismus messen zu können."

zu verlegen. Es steht unbedingt fest, daß diese bedeutende und ernste geistige Leistung Schweitzers zum größten Teile damals entstand, als er häufig mit dem greisen Philosophen zusammenkam, dem er darin als dem ebenbürtigen Genossen Kants huldigt. Doch weist Schweitzer selbst darauf hin, daß Schopenhauer „die politische Anschauungsweise" des Werkes, wie er aus einem Gespräch mit ihm wisse, ausdrücklich gemißbilligt und getadelt haben würde. Wer Schopenhauers politische Ansichten kennt, könnte auch ohne Schweitzers Zeugnis hierüber nicht im Ungewissen sein. Es ist wahrscheinlich, daß der Philosoph nach der Lektüre des Buches den Verfasser jenen „Demagogen der Jetztzeit" zugerechnet hätte, welche „Optimisten" und „Feinde des Christentums", die Welt als „Selbstzweck" ansähen und den „unendlichen Fortschritt der Menschheit in pomphaften Phrasen verkündigen".[1]) —

Schon im Vorwort läßt Schweitzer darüber keinen Zweifel, daß er den Zeitgeist als einen Ausfluß der französischen Aufklärung und als eine durch die Revolution von 1789 in die politische Welt hineingepflanzte Kraft auffaßt, vor deren siegreichem Vorwärtsschreiten das Alte und Hergebrachte immer weiter zurückweiche. Da er nun das Christentum in der ersten Reihe jener alten Mächte erblickt, denen jener große Kampf gelte, so stellt er sich die Aufgabe, zu untersuchen, welches „für die Wissenschaft und die Politik das allseitige Verhältnis der christlichen Offenbarungsreligion zu der fortschreitenden Entwicklung des modernen Zeitgeistes und der modernen Gesamtkultur sei." Der Verfasser weist besonders darauf hin, daß er die psychologischen, ethischen, religiösen und sozialen Probleme, die sein Thema einschließt, in erster Reihe mit einem politisch orientierten Auge betrachten will.

Als das Wesentliche an allen Religionen, wo und wann sie auch immer auftreten mögen, erkennt er ihren Anspruch auf göttlichen oder wenigstens auf übermenschlichen Ursprung: Numas Zusammenkünfte mit der Nymphe Egeria, Mohammeds gesegnete Nacht Alkadar, Mosis Erlebnisse auf dem Berge Sinai, die des Zoroaster auf dem himmlischen Berge Albordi, so verschieden die fraglichen Ausgangspunkte und Darstellungen seien, sie konstatierten alle einen Verkehr des Religionsstifters mit einem übermenschlichen höheren Wesen und sie alle zögen daraus die Folgerung: „Diese Lehre ist kein Menschenwerk, sie ist uns vielmehr mitgeteilt als ein Gnadengeschenk von oben." Am ausgeprägtesten findet Schweitzer jene Zurückführung der Religion auf einen göttlichen Ursprung im Christentum, dessen Stifter nicht bloß einen Verkehr mit höheren Mächten gepflegt haben wolle, sondern sogar erkläre, er selbst habe göttlichen Ursprung, er selbst sei Gott oder Gottes Sohn. Die Worte der Bibel lau-

---

[1]) Schopenhauer, Zur Rechtslehre und Politik in Parerga und Paralipomena Bd. 2, ed. Grisebach p. 267.

teten in dieser Hinsicht so klar und bestimmt, daß wer auf dem Boden christlichen Glaubens stehe die Göttlichkeit Christi unmöglich leugnen könne. In dieser Hinsicht sei auch kein qualitativer Unterschied zwischen dem Katholizismus und dem vom Zeitgeist leichter infizierbaren Protestantismus. Ganz einfältig erscheint Schweitzer die Zusammenstellung Christi mit Sokrates, von dem er sich fundamental unterscheide. Denn Sokrates hätte auf philosophischem Wege, ohne Beanspruchung einer außerirdischen Sanktion, lediglich mit Berufung auf eigenes Nachdenken und eigenen Drang, eine Tugendlehre aufgestellt, Christus hingegen habe der seinigen eine überirdische Sanktion verliehen und damit eine Offenbarungsreligion gestiftet. Auf Grund der Lehre des Sokrates hätte niemals ein dem Papsttum ähnliches Institut entstehen können. Intoleranz ist in Schweitzers Augen ein notwendiges und selbstverständliches Attribut einer jeden Offenbarungsreligion, da deren Bekenner sich zum mindesten für eine von oben her besonders bevorzugte Menschenklasse halten müßten. „Es hieße die Blätter der Geschichte auswischen, wenn man leugnen wollte, daß der Geist liebevoller Hingebung und unbegrenzter Aufopferung zur Linderung menschlicher Leiden durch die katholische Kirche in Millionen von Menschen geweckt und zum moralischen Heroismus gestählt wurde. Allein es hieße gleichfalls die Blätter der Geschichte auswischen, wenn man leugnen wollte, daß das Auftreten des katholischen Klerus an raffinierter Grausamkeit, an organisierter Barbarei gegen Andersgläubige, verbunden mit zynischer Geschäftsmäßigkeit bei der Abschlachtung derselben, seinesgleichen in der ganzen Weltgeschichte sucht.“

Wenn der spätere Protestantismus unter dem Einfluß der neueren Aufklärung die Bibel selbst zum Gegenstand der Kritik machte und damit zum mindesten die Möglichkeit einer Nichtexistenz der Offenbarung annahm, so bedeutete dieser Übertritt auf den Boden der freien wissenschaftlichen Forschung nach Schweitzers Ansicht bereits einen Verzicht auf das eigentliche Prinzip der christlichen Religion. Auch daß die beiden christlichen Konfessionen sich mit der Zeit zu einem friedlichen Zusammenwohnen bequemt hätten, käme daher, daß der moderne Zeitgeist, der, nach keiner Seite hin provokant, auf die allseitige und gleichmäßige Ausrottung aller schädlichen Vorurteile und Autoritätsanmaßungen hinarbeite, sowohl den Katholizismus wie den Protestantismus so sehr im innersten Kern geschwächt habe, daß heute beide nicht mehr fähig seien, die ihnen innewohnenden Tendenzen der Zwietracht, des Haders und der gegenseitigen Abschlachtung hervortreten zu lassen. Die Aufstellung des Grundsatzes: „Laßt jeden selig werden nach seiner Façon“ bedeute die erste mächtige Erschütterung des allen Offenbarungsreligionen eigenen Exklusivgeistes und das erste Stadium in dem Auflösungsprozeß des Christentums als Offenbarungsreligion. Dem Übergangszustand, den die Gegenwart darstelle, entspräche es durchaus, daß viele Leute sich noch einbildeten, sie seien christlich, wenn sie sich aus der Lehre Christi dasjenige aussuchten, was ihnen in Gemäßheit der Zeitrichtung zusage und sich

das übrige in aufklärerischem Sinne deutelten. Die ursprüngliche Lehre Christi von der Nächstenliebe habe von den Gläubigen gefordert, sie sollten den Menschen alles gute erweisen, damit sie dadurch Gott gefielen und von ihm im jenseitigen Leben belohnt würden. Heutzutage dagegen werde unter „christlich" oder „wahrhaft christlich" vielfach diejenige Richtung verstanden, die Werke der Humanität ohne die Erwartung irgend eines Vorteils, bloß um ihrer selbst willen, vollbracht wissen wolle. Aber diese allgemein menschliche Tugend, die in der reinen „überall gleichen" Moral wurzele und die ihre Blüten Jahrtausende vor Gründung des Christentums getrieben habe, will Schweitzer nicht mehr als „christliche Nächstenliebe" gelten lassen. Keine spezielle Religionsgemeinschaft, keine spezielle Menschenklasse habe das Recht, sie für sich zu reklamieren, um ihr den Sonderstempel erbärmlichen Kastenstolzes aufzudrücken. Diese „wahrhaft christliche Nächstenliebe" könne der Jude so gut wie der Christ und der Mohammedaner so gut wie der Jude besitzen.

Doch nicht allein wegen ihrer Unfähigkeit zu jener Toleranz, die dem modernen Staat zugrunde liegen müsse, sondern ebenso sehr wegen ihrer Unvereinbarkeit mit dem Geiste wissenschaftlicher Forschung glaubte Schweitzer an den herannahenden Untergang der Offenbarungsreligionen. Scharfsinnig bemerkte er, daß nicht so sehr die Resultate der Naturwissenschaft, als der Einfluß ihrer Methode das meiste zur Unterwühlung des Dogmenglaubens beigetragen hätten. Denn diese fördere die Selbständigkeit und die kritische Tendenz der Geister und wirke dadurch am nachhaltigsten jener knechtischen Unselbständigkeit des Denkens entgegen, die eine Voraussetzung der Offenbarungsreligionen sei. Ganz besonders gefährlich erweise sich die naturwissenschaftliche Methode allem Willkürlichen, allem, was nur autoritätsmäßig und ohne Begründung in die Welt geschickt werde, und parallel mit ihr wirke die geschichtliche Forschung, indem diese zwar nicht die Dogmen selbst, aber durch den Nachweis, daß jene auch nur Menschen waren, deren Urheber antaste.

Nun erwartet Schweitzer von den Fortschritten der Naturwissenschaft keineswegs etwa eine Enträtselung des Weltgeheimnisses. Richtig erkennt er, daß die Naturwissenschaft über eine Einsicht in die Aufeinanderfolge der Kausalitätsketten nicht hinauszuführen vermöge: „Diese Welt selbst jedoch, ihre ganze Existenz, das Dasein von Kraft und Materie, überhaupt dies von der Naturwissenschaft bloß in seinem äußeren Getriebe beobachtete und erfaßte Universum, unser eigenes Ich, welches dieses Universum in seiner Anschauung herumträgt, dieses Ich, welches sich auf einmal seiend und denkend in der Welt vorgefunden, zu seinem eignen grenzenlosen Staunen, nicht wissend, woher und wohin und warum — das sind große, ewige Rätsel, welche ebenso dunkel sind heutzutage wie vor 5000 Jahren und wie sie es sein werden, wenn man jemals durch die Luft in wenigen Stunden von London nach Paris sollte reisen können." Dieses Bekenntnis zum

Ignorabimus läßt erkennen[1]), wie völlig gefeit dieser Schüler Schopenhauers gegen die Gefahren des zeitgenössischen Materialismus blieb. Büchners „Kraft und Stoff" war 1855 erschienen; für Schweitzer bedeutete der Materialismus als Weltanschauung nur eine natürliche Reaktion gegen jene Hegelsche Philosophie, in deren Unterschätzung er mit seinem Meister wetteiferte. Dabei glaubte er aber, den Materialismus noch ungleich höher einschätzen zu dürfen, als den „resultatlosen Formelkram" Hegels, sei dieser doch wenigstens eine wirkliche, scharf ausgeprägte Weltanschauung, während das Konglomerat von Abstraktionsoperationen, das Hegels Lehre darstelle, ausschließlich dazu diene, die deutsche Gelehrtenwelt im Auslande lächerlich zu machen. Erst unter dem Einflusse Lassalles sollte Schweitzer sein von keiner Sachkenntnis getrübtes Urteil über den größten Architekten im Geistesreiche zu revidieren gezwungen werden!

So ist denn der Verfasser von „der Zeitgeist und das Christentum" nicht nur von der Unvereinbarkeit der beiden christlichen Konfessionen mit dem modernen Zeitgeist, sondern überhaupt von der künftigen Unmöglichkeit von Offenbarungsreligionen grundsätzlich überzeugt. Er erwartet für die Epoche, in der er lebt, einen unaufhaltsamen Siegeszug neuer humanitärer Ideen, die schon wegen des ganz verschiedenen ethischen Unterbaus unter keinen Umständen als eine Fortentwicklung des Protestantismus, geschweige denn des Katholizismus, gelten könnten. Den Untergang des Christentums sieht er voraus und wünscht ihn herbei.

Aber welche Welt trennt doch seine kühle, absichtlich unpersönliche Kritik, diese ruhige, an florentinische Muster mahnende Struktur der Beweisführung von der leidenschaftlichen Glut, mit der etwa Nietzsche das Christentum befehdete! Schweitzer mißfiel an der christlichen Sittenlehre der Lohn im Jenseits, den sie in Aussicht stellt, ihr Appell an den Egoismus, dessen Beimischung für einen Schüler Schopenhauers eine Handlung ihres spezifisch ethischen Charakters entkleiden mußte. Aber schließlich lagen ethische Probleme überhaupt nicht so sehr in der Sphäre der Reflexionen dieses Politikers avant tout. Nicht als fanatischer Freigeist verfolgte er eine ihm verhaßte Weltanschauung, sondern als überzeugter Demokrat kämpfte er gegen das Hauptbollwerk der Reaktion und des blinden Autoritätsglaubens, als welches ihm die christliche Offenbarungsreligion und vorzüglich die katholische Kirche galt. Wie wenig Schweitzer daran lag, atheistische Grundsätze zu verkündigen, ersieht man daraus, daß er Gott und die Unsterblichkeit der Seele bei dem bevorstehenden Untergang der Offenbarungsreligionen gerettet wissen wollte. Wohl unter dem Eindruck der eigenen verfehlten Erziehung machte er sich von seinem Standpunkt aus einer Halbheit schuldig, indem er die Frage aufwarf, ob nicht vielleicht doch der Glaube an Gott und Un-

[1]) Schon im Alkibiades bringt Sokrates die mit ihm philosophierende Kallis zu dem Geständnis: „Nie steigt das Wissen in den Himmel ein."

sterblichkeit „zwar nicht autoritätsmäßig, wohl aber vernunftmäßig" in der Kindererziehung beibehalten werden könnte.

In philosophischer Hinsicht verrät sich der Verfasser von „der Zeitgeist und das Christentum" durchaus als ein Nachfahre des Zeitalters der Aufklärung mit seinem schönen und kraftvollen Optimismus, der sich bei ihm am deutlichsten offenbart in dem unbeirrten und ganz unschopenhauerschen Glauben an den Fortschritt der Menschheit, an die Macht der Vernunft und an die ewigen und unveräußerlichen Menschenrechte. Dabei machen wir aber eine merkwürdige Beobachtung! Sobald der jugendliche Denker sich nämlich von religiösen und ethischen Betrachtungen politischen Problemen zuwendet, verflüchtigen sich bei ihm jene naturrechtlichen Argumente. Auf dem Gebiet seiner eigentlichen Begabung folgt er einem ausgesprochenen Sinn für die Realitäten des geschichtlichen Lebens, und sein scharfer analytischer Geist befähigt ihn hier, die einzelnen staatlichen und sozialen Phänomene in ihrer Bedingtheit zu erkennen und nach ihren Entwicklungstendenzen abzutasten. Sein angeborener Instinkt für die historische Wirklichkeit hatte aus einem bewußten Studium der antiken Geschichtsschreiber und vor allem Macchiavellis frühzeitig Nutzen gezogen und seinen, bei allem theoretischen Optimismus, wohl von vorne herein skeptischen Sinn gegen Allgemeinheiten und Abstraktionen geschärft.

Ihre bewußte Wurzel haben seine politischen Überzeugungen natürlich in jenen Grundsätzen von 1789, die er „trotz allen Mißbrauchs der Worte" den Stolz und die Zierde der politischen Bestrebungen seiner Zeit nennt. Die drei demokratischen Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit entsprechen auch bei ihm den Forderungen der reinen Vernunft und der reinen Moral. Sobald er aber die Identität des Zeitgeistes mit dem modernen demokratischen Prinzip nachgewiesen hat, begibt er sich gern auf ein realeres Gebiet und bekämpft mit Entschiedenheit den Konservativismus weil dieser von vorne herein den Grundlagen der bestehenden Verhältnisse eine bindende innere Rechtskraft, überhaupt innere Vorzüglichkeit zuerkannte. Während der junge Bismarck in Brutus nur den Verbrecher gegen die Autorität sieht, nennt Schweitzer den Namen von Cäsars Mörder mit Ehrfurcht und Bewunderung. In dem Autoritätsglauben erblickt er den Kern sowohl des religiösen wie des politischen Konservativismus, und es erscheint ihm deshalb nur natürlich, daß die Verfechter des historischen Rechts und des kirchlichen Offenbarungsglaubens sich in den gleichen Kampfesreihen finden. So durfte die Kreuzzeitung in ihrer Besprechung[1]) des Buches dem „radikalen Demokraten" ironisch dafür danken, daß er das definitive Totschlagen der legitimen Monarchie mit dem Untergang der Offenbarungsreligion in nahen Zusammenhang brachte. Darin erblickte sie eine Anerkennung der engen Verwachsenheit des Königtums von Gottes Gnaden und

[1]) Kreuzztg. 12. Juli 1861.

des Christentums! Die Offenheit, mit der dieses Buch seine Ansichten aussprach, wurde von dem reaktionären Blatte jenen „politischen Heuchlern“ als Muster vorgehalten, die sich monarchisch geberdeten, während sie doch alle Grundfesten der Monarchie unterwühlten!

Schweitzer bekannte sich hier offen zur Republik. Ihn dünkte, daß das „schlechthin auftretende Postulat der Freiheit“ sich nicht mit der Monarchie vertrüge, und er zweifelte deshalb auch nicht daran, daß vermöge der unwillkürlich zwingenden Gewalt, die in der inneren Konsequenz liege, ganz Europa auf die Republik lossteuere. Ein monarchischer Thron, der sicher stehen sollte, müßte die oberste Spitze einer ständischen Gliederung bilden und als ein schweres und solides Dach auf einem entsprechenden Gebäude ruhen. Wenn aber unterhalb des Thrones alles auf historisches Recht Gegründete infolge der Zeitideen hinweggezogen werde, so könne auf dem unterwühlten Boden unmöglich der schwere Thron allein stehen bleiben.

Der moderne Staat muß seine Souveränität unter allen Umständen wahren. Das ist für Schweitzer ein selbstverständlicher Satz. Aber gerade aus diesem Grunde erkennt er auch bereits die Unmöglichkeit eines aufrichtigen Einvernehmens zwischen dem Staat und der katholischen Kirche, da diese ihrerseits die höchste Autorität für sich beanspruche. Selbst vom Abschluß eines Konkordats erwartet er keinen dauernden Frieden zwischen beiden Faktoren, da nach einiger Zeit die Kirche in Gemäßheit der ihr innewohnenden absoluten Tendenz immer wieder neue Ansprüche erheben werde. Die Reibungen zwischen dem Staat und der katholischen Kirche seien nur zu beseitigen, wenn dieser ihr entweder die ganze Macht abträte oder wenn er sie gerade so wie jede private Genossenschaft stellte und ihr nicht den leisesten Eingriff in Dinge gestattete, die nicht rein kirchlicher Natur wären. Alle Mittelwege verewigten notwendig die Streitigkeiten. Als einige Jahre später der österreichische Reichstag über eine Kündigung des Konkordats verhandelte, wurden diese Ausführungen Schweitzers von radikaler Seite zitiert und stellenweise vorgelesen. —

Wie aber dachte damals der künftige Führer des klassenbewußten Proletariats über die sozialen Pflichten und Aufgaben des modernen Staates? Wie weit war er bereits in das Verständnis des sozialen Problems eingedrungen? Aufgegangen war ihm schon die Erkenntnis, daß die Interessen der niederen Volksklassen von seiten der Gesetzgebung noch keine genügende Berücksichtigung fänden, und aus dem von ihm als bindend anerkannten Prinzip der Brüderlichkeit zog er bereits die Folgerung, daß eine Besserung selbst auf die Gefahr hin anzustreben wäre, daß sie nur auf Kosten der Prinzipien der Freiheit und Gleichheit erfolgen könne. Man möchte also meinen, daß Schweitzer die Berechtigung einer obligatorischen Versicherungsgesetzgebung mit Zwangsbeiträgen anerkannt haben würde. Auf der anderen Seite ist er freilich auch nicht blind gegenüber den in den Jahren der Reaktion sichtbar gewordenen Gefahren einer zu

weitgehenden Staatseinmischung. Nachdrücklich warnt er vor dem Glauben an eine Omnipotenz der Staatsgewalt. Man habe sich auf dem Kontinent mit Unrecht gewöhnt, alles Gute und alles Schlimme im Staate als von diesem ausgegangen zu betrachten. So verkündigte jetzt der Schüler Gneists. Anders sei es in England, wo allen Ständen mit Einschluß des Arbeiterstandes ihre freie Bewegung unverkümmert belassen worden wäre. Dort würden selbst nach unglücklichen Streiks nicht leicht Klagen gegen die Regierung erhoben. Erst die Möglichkeit freier Bewegung, wie sie jenseits des Kanals herrsche, mit ihren bald erfreulichen, bald bitteren Erfahrungen, verleihe den Volksmassen einen praktischen Einblick in den Zusammenhang des Bestehenden und einen gesunden und vernünftigen Sinn. Dies vermöge das Dirigiertwerden von oben, die fortwährend in alles sich einmischende Bevormundung, wäre sie auch noch so gut gemeint, niemals zu leisten. Nur die volle Freiheit in der politischen und sozialen Bewegung ermögliche, daß dem theoretischen Belehrtsein durch Schule und Buch die praktische Erfahrung, das stete Resultat freier Selbsttätigkeit, zur Seite trete. Nur hierdurch gelangten die Begriffe der Massen allmählich zu einer Läuterung und Klärung, die Massen würden sich der Unvollkommenheit aller menschlichen Einrichtungen bewußt, sie fügten sich williger in ein Loos, dessen Unabänderlichkeit sie eingesehen hätten und verlernten es endlich, den Staat oder gewisse Klassen für unvermeidliche Übel verantwortlich zu machen. Im voraus verwahrte sich hierbei Schweitzer gegen den Vorwurf, daß er die Intelligenz des gemeinen Mannes überschätze. Dieser könne natürlich nicht über alle die komplizierten Verhältnisse des sozialen Getriebes ein eingehendes Urteil erwerben. Aber von der Notwendigkeit geschützten Eigentums und von der Unmöglichkeit, auf die Dauer ohne dieses Element kultivierte staatliche Einrichtungen zu erhalten, sollte seiner Ansicht nach ein vernünftiges Erziehungssystem die Leute überzeugen können. Wenn wirklich „hie und da" eine Mißstimmung der niederen Klassen gegen die oberen beobachtet würde, so schob er, für die Probleme des Klassenkampfes damals noch ohne Blick, die Schuld auf die durch einen besseren Unterricht zu beseitigende Unwissenheit und Begriffsverwirrung der niederen Volksschichten.

Trotzdem er die Idee des Klassenkampfes hernach mit größter Folgerichtigkeit verfochten hat, zeigt er sich an dieser Stelle noch befangen in jenem zu weit gehenden Intellektualismus, in jener einseitigen Überschätzung des Bildungsmoments, die besonders auf sozialem Gebiete dem damaligen Liberalismus eigentümlich waren. Noch ist Schweitzer weit davon entfernt, die zentrale Wichtigkeit zu erkennen, die unter den Kulturproblemen der Zeit der sozialen Frage zukam. Wohl war dem Frankfurter Patriziersohn bei den arbeitenden Klassen bereits eine Mißstimmung gegen die besitzenden aufgefallen, welch' letztere fälschlicherweise für das soziale Mißverhältnis verantwortlich gemacht würden. Aber noch sind seine historischen Kenntnisse so lückenhaft, daß er sich zu der Behauptung versteigt, die niederen Stände seien noch nirgendwo dauernd in geschlossene Opposition gegen die höheren

getreten und deshalb würden sie es auch in der Zukunft nicht tun. Er vermag nicht einzusehen, weshalb die niederen Klassen, deren Lage sich mit steigender Kultur von selbst bessere, sich auf einmal unzufriedener geberden sollten, als früher, wo sie noch viel schlimmer daran waren. Selbst vom Verschwinden des Christentums befürchtet er in sozialer Hinsicht keine Komplikationen. Denn in den großen Städten wurzele schon heute die Offenbarungsreligion nicht mehr fest in den Gemütern, und dennoch seien die sozialen Gegensätze dort nicht wesentlich stärker als anderswo. Auch unabhängig von der Religionsdogmatik würden die sittlichen Tendenzen und Begriffe in den niederen Volksschichten wirksam bleiben. Nicht der Hinweis der Religion auf das Jenseits habe das niedere Volk von der sozialen Revolution zurückgehalten oder seine Ausbeutung verhindert. Diese Ansicht begründet Schweitzer psychologisch: völlig deutlich sehe ein jeder nur die ihm selber nahestehenden Verhältnisse und nur aus diesen nähre er ernstlich seine Begierde, keineswegs empfinde er fortwährend auf eine lebhafte Weise den Wert der in der Gesellschaft überhaupt möglichen und wirklichen Glücksgüter. Die Menschen der niederen Stände, die in ihren engen Verhältnissen aufwüchsen, würden auch in Zukunft nicht daran denken, einen gesellschaftlichen Organismus zu zerstören, dem auch sie Annehmlichkeiten verdankten, an welche sie sich gewöhnt hätten. Faßten sie aber wirklich jemals einen solchen Entschluß — wie könnten sie den oberen Klassen und dem gesamten Mittelstand gegenüber zur Realisierung dieses Vorhabens gelangen? Obgleich er erkannte, daß „heute" vielfach auf die unteren Klassen überhaupt keine Rücksicht genommen würde, beruhte diese Befürchtung, wie er meinte, auf einer übertriebenen und ungerechtfertigten Ängstlichkeit. Seinen Optimismus, den der Umgang mit Schopenhauer nicht vermindert hatte, beruhigte schon die Annahme, daß durch die Fortschritte der Kultur die Ursachen der in den niederen Volksklassen obwaltenden Mißstimmung nicht vermehrt, sondern vermindert würden. Wenn überhaupt Institutionen und Zustände, die mit dem Zeitgeist in Widerspruch ständen, sich länger als billig erhalten hätten, so sei dies in erster Reihe die Schuld der politischen Reaktion, die in Europa herrsche. Nur nebenbei machte der künftige Bekämpfer der Bourgeoisie für den langsamen Gang des sozialen Fortschritts auch schon den „materiellen Egoismus, die Servilität und philiströse Angst" der höheren Stände verantwortlich! Vorläufig gipfelten seine sozialen Betrachtungen noch in einer nachdrücklichen Betonung des mächtigen Überwiegens der subjektiven Faktoren, die stärker als alle sozialen Momente über Glück und Unglück der Individuen entschieden, und in einer Verherrlichung des Zeitgeists, der die Segnungen des Reichtums bis in die letzten Schichten des Volkes hinuntertragen würde!

Wer so schreiben konnte, war natürlich noch weit davon entfernt, die Forderungen, die er aufstellte, sozialistisch zu begründen, und in der Tat richtete sich vorläufig die Kritik Schweitzers noch nicht gegen gesellschaftliche, sondern bloß gegen staat-

liche Einrichtungen. Als einen Demokraten hatte er sich bereits in „Der einzige Weg zur Einheit" ausgegeben. Obgleich er die Wesensverwandtschaft von Liberalismus und Demokratie ausdrücklich betont, so läßt er doch auch in seinem größeren Werke darüber keinen Zweifel, daß er selbst radikaleren Anschauungen huldigte als der Liberalismus. Deutlich zeigte dies sein Urteil über die Revolution von 1848, deren gefühlsmäßiger Einfluß auf die Gesinnungsbildung des Knaben bereits in Anschlag gebracht wurde. Über die jammervollen politischen Zustände Deutschlands wird der heranwachsende Jüngling häufig nachgedacht und, das Buch vom Fürsten und die Betrachtungen über Titus Livius hin und her wälzend, seines verehrten Macchiavelli Ansichten darüber eingeholt haben. Besonders die Ereignisse der Revolutionsjahre hatte er mit den Augen des Florentiners durchforscht und war dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß das Zaudern und die Halbheit der Liberalen und ihr Vertrauen auf den natürlichen Feind (die Fürsten!) alles Unheil verschuldet hätten. Die Sache der Einheit und Freiheit scheiterte, so schrieb er, an der „trägen Widerstandsmasse des superklugen gothaischen Halbmenschentums" (die Kreuzzeitung reproduzierte diese Phrase mit besonderem Vergnügen!). Trotz ihrer Entschiedenheit sei es der Demokratie nicht geglückt, in den Besitz der Zentralleitung zu gelangen; sie habe nichts weiter vermocht, als der über das ohnmächtige Element des Gothaertums leicht hinwegschreitenden Reaktion im letzten Augenblick den Sieg zu erschweren. Weil sie schonungslos und ohne Gewissensbedenken, in barbarischer Grausamkeit und unersättlichem Blutdurst, über das häusliche Glück friedlicher Familien und über zertretene Menschenleichen hinwegschritt, habe die Reaktion den Sieg erfochten. Nicht ihre Gemeinheit und Grausamkeit, wohl aber ihre Konsequenz und, wenn nötig, ihre unerbittliche Schonungslosigkeit müsse die Demokratie nachahmen, wenn dereinst ihre Tage kämen, und die Aufgabe ihr zufiele, den äußeren Sieg des modernen Zeitgeists zu verwirklichen! Diese künftige Revolution müsse aus der Vergangenheit die Lehre gezogen haben, daß sie sich nur dann durchzusetzen vermöge, wenn sie nicht aus Furcht vor den momentanen Verwirrungen und Kalamitäten, die von einem entschiedenen Vorgehen untrennbar wären, auf halbem Wege stehen bliebe. Nur durch ein r a d i k a l e s Auftreten seien unzeitgemäße Institutionen mit Stumpf und Stiel auszurotten. Ließe man auch nur Teile davon übrig, so vermöchten diese Teile entweder dank des ihnen anhaftenden Nimbus des Altehrwürdigen oder dank ihrer Konsolidation und Organisation oder dank beider Elemente sich als Krystallisationspunkte der niedergeworfenen reaktionären Kräfte zu konstituieren. Aus der Weltgeschichte glaubte der junge Revolutionär gelernt zu haben, daß gerade deren große und leuchtende Bahnen über Trümmer und Leichen zu führen pflegten. —

Ein Jurist, der sich in das Problem der Revolution vertiefte, mußte ganz von selbst auf die rechtlichen Kontroversen aufmerksam werden, die sich bei der Hinüberführung eines alten Rechtszustandes in einen neuen mit Notwendigkeit

eröffnen. Noch mehr aus inneren als aus chronologischen Erwägungen ist es völlig ausgeschlossen, daß Schweitzer Lassalles System der erworbenen Rechte, welches bekanntlich dieses Problem zum einzigen Gegenstande hat, frühzeitig kennen gelernt haben könnte. Schon ganz allgemein betrachtet würde dieses tief bohrende Werk in Schweitzers Geiste wahlverwandte Saiten in deutlich erkennbare Schwingungen gesetzt haben, und im einzelnen hätte es ihm unzweifelhaft zu einer umfassenden und streng wissenschaftlichen Erörterung des Problems den Weg gewiesen. Wo er sich jetzt mit einem Zitat aus Puchta begnügt, hätte er sich andernfalls auf Lassalle und das von diesem herangeholte gewaltige Quellenmaterial berufen. Schweitzer reitet nicht gewappnet und gespornt einem Feinde entgegen, den er aus der Ferne seit lange erblickte, sondern plötzlich und unzureichend gerüstet stößt er auf ihn von einem Seitenpfade aus. Durch die Frage, was mit den beweglichen und unbeweglichen Güternder Kirchengemeinschaften in Zukunft geschehen solle, sieht er sich unversehens fortgerissen zu dem ungleich umfassenderen Problem von der Kollision verschiedener Rechte!

Im Geiste der traditionellen Jurisprudenz unterscheidet er dabei zwischen dem „tatsächlich bestehenden Recht" und dem Recht „wie es sein sollte", das erstere nennt er formelles, das andere materielles Recht. Man könnte dafür ebensogut positives Recht und Naturrecht sagen. Lassalle hob bekanntlich den Gegensatz dieser beiden Begriffe dadurch auf, daß er das Naturrecht als das entstehende neue Recht entlarvte, das den noch nicht in die Gesetzgebung aufgenommenen Idealen einer aufstrebenden Gesellschaftsschicht entspräche, und in paralleler Weise legte er dar, daß was heute als positives Recht Geltung habe, eines Tages ebenfalls nur Naturrecht gewesen sei. Nun streift Schweitzer wirklich dicht an diesem Zusammenhang vorüber dort, wo er Mephistos Wort von dem Recht, „das mit uns geboren ist" heranzieht. Aber gerade hier rächt sich an ihm seine Verachtung Hegels, indem sein für die Zusammenfassung des scheinbar Auseinanderliegenden ungeschärfter Blick durch ein Dickicht nicht hindurchzudringen vermag, das für den in der philosophischen Dialektik geschulteren Lassalle bereits andere beträchtlich gelichtet hatten.

So macht denn auch Schweitzer, von dem Geist der idealistischen Philosophie unberührt, gar nicht den Versuch, den Begriff des Rechtsbruchs durch methodische Untersuchung zu überwinden. Im Gegenteil, er erklärt es für eine seichte und bequeme Manier, die Notwendigkeit des Rechtsbruchs mit Redensarten hinwegdemonstrieren zu wollen. Wem daran liege, aufrichtig zu urteilen, der müsse sich ein für alle Male darüber klar werden, daß man „in Sachen großartigen Fortschritts" vor Rechtsbrüchen nicht zurückschrecken dürfe. Freilich sei es dabei nötig, daß man in jedem Falle wisse, „wodurch man hierzu von einem höheren Gesichtspunkte aus berechtigt sein könne". An dieser Stelle müßte nun bei Schweitzer eine Theorie der erworbenen Rechte einsetzen. Glaubte doch Lassalle, mit der seinen „die feste Burg eines wissenschaftlichen Rechtssystems für Revolution und

Sozialismus errichtet zu haben“. Aber Schweitzer gelangte nicht weiter, als daß er auf eine mehr zufällige Weise einiges Baumaterial zusammenbrachte. Er blieb im wesentlichen bei dem Einzelfall stehen, der ihn anfänglich beschäftigt hatte, bei der Frage, in welchen Situation Kirchengemeinschaften ihr Besitz entzogen werden dürfte. Wenn eine juristische Person Vermögensobjekte rechtlich erworben habe, so könne man ihr dieselben, meint er, im Prinzip ebensowenig wie einem Privatmann gewaltsam abnehmen, ohne einen formellen Rechtsbruch zu begehen. Ob nun aber vom Standpunkte des materiellen Rechts, des Rechts „wie es sein sollte“, ein solcher formeller Rechtsbruch in manchen Fällen geboten erschiene, darüber vermöge nur eine Prüfung der Zwecke zu entscheiden, für welche jene Stiftungen gemacht worden wären. Legate für Zwecke, die überall und immer den Gesetzen einer ewigen und unveränderlichen Moral entsprächen, also etwa zu Gunsten Kranker, Irrsinniger und Altersschwacher, müßten ihren Zwecken auch in jeder Zukunft erhalten bleiben, weil die Stifter, Schenker, Geber jeder Art der Hauptsache nach heute noch ihre Gaben für dieselben Zwecke bestimmen würden wie vor fünfhundert Jahren. Anders verhielte es sich bei Zwecken, deren Bedeutung von dem jeweiligen Charakter der bestehenden Verhältnisse abhängig wäre, deren Förderung also unter andersartigen Umständen auch eine andere Bedeutung annähme. Eine Stiftung für derartige Zwecke, die im Augenblick ihres Entstehens gut gemeint und wohltätig gewesen, könnte unter geänderten gesellschaftlichen Verhältnissen überflüssig oder gar schädlich werden. Entscheidend in solchen Fällen wäre einzig und allein der Geist und die Tendenz des ursprünglichen Zwecks, es würde verfehlt sein, den Zweck über die Mittel zu vergessen, und es müsse vielmehr zur Aufrechterhaltung des ursprünglichen Zweckes nach anderen Mitteln und womöglich nach neuen Formen gesucht werden. Nun sei aber die ganze Annahme einer „juristischen Person“ in Fällen, wo zu dauernden Zwecken über Vermögenskomplexe verfügt werde, nichts anderes als ein solches äußeres Mittel, durch das man dem Sinn und Geist des Schenkers zu entsprechen und seinen Willen verwirklichen zu können glaube, indem man annehme, der dauernde Zweck ersetze den sonst für die persona erforderlichen Willen, er sei gewissermaßen der stetige konsequente Wille des fingierten Rechtssubjekts. Stiftungen solcher Art gegenüber kann nach Schweitzers Ansicht ein formeller Rechtsbruch durch das materielle Recht begründet und gerechtfertigt sein.

Da nun das Vermögen der christlichen Kirchen aller Konfessionen weder Privateigentum der einzelnen Gemeinden noch der Geistlichkeit, sondern ein Vermögenskomplex zur dauernden Förderung öffentlicher Zwecke sei, so unterliege es auch dem Kriterium, das einer als juristischen Person gesetzten Vermögensmasse eigen wäre. Möge auch die Hoffnung auf die himmlische Seligkeit vielfach der Anstoß gewesen sein, so habe doch unzweifelhaft bei den Gebern die Absicht vorgelegen, durch ihre Legate zur allgemeinen Wohlfahrt beizutragen

und etwas der Menschheit heilsames oder nützliches zu vollbringen. Eine lange Reihe von Jahrhunderten hindurch habe der Einfluß der Kirche vergleichungsweise segensreich gewirkt; die Geber und Schenker der Güter hätten eine edle Absicht verfolgt, sie hätten wohltätig wirken wollen und für ihre Zeit es auch erreicht, aber erleuchtet von dem Geiste unseres Jahrhunderts würden sie, wie Schweitzer meinte, ihre Gaben für andere dem Charakter der Zeit entsprechendere Zwecke bestimmt haben. Entzöge man also jetzt den Kirchen ihr Vermögen gewaltsam zum Zwecke einer zeitgemäßen Verwendung, so würde man wohl einen formellen Rechtsbruch begehen, aber das materielle Recht hätte man auf seiner Seite!

Eine Kritik der Schweitzerschen Theorie vom Standpunkte Lassalles würde sich nicht so sehr gegen ihr Resultat als gegen ihre ungenügende prinzipielle Verankerung zu richten haben. Indem Lassalle statt mit dem Begriff des Zeitgeistes mit dem des Volksgeistes operierte, indem er dort, wo Schweitzer auf dem Boden der Aufklärung stehen bleibt, sich der Gedankenwelt Hegels und der historischen Rechtsschule[1]) bediente, vermochte er auf eine viel fruchtbarere und umfassendere Weise als jener sich den Entwicklungsbegriff dienstbar zu machen und dadurch bis zu jenen unterirdischen Strömungen vorzudringen, in denen das privatrechtliche Element mit dem politischen und sozialen in eins zusammenfließt!

Kapitel IV.

Schweitzer in Frankfurt im Kampfe gegen den Nationalverein. Das Schützenfest. Der Eintritt in die Arbeiteragitation. Die Katastrophe.

In Frankfurt hatten sich fast alle im liberalen oder demokratischen Sinne politisch tätigen Persönlichkeiten dem Nationalverein bei seiner Gründung angeschlossen, und der Präsident der gesetzgebenden Versammlung Dr. Siegmund Müller war sogar in den geschäftsleitenden Ausschuß eingetreten. Auch das Frankfurter Journal und die seit dem 1. September 1859 in Neue Frankfurter Zeitung umgetaufte Frankfurter Handelszeitung stellten sich in den Dienst der nationalen Partei. Schon vor der Konstituierung des Vereins hatte das Organ Sonnemanns die Forderung aufgestellt, daß die Nation in ihrem Streben nach Einheit sich immer mehr jenem deutschen Staate zuwenden möge, der bereits zehn Millionen Deutsche in rein deutscher Gesinnung und Gesittung vereinige. Feindlich zum Nationalverein verhielten sich von den markanteren Persönlichkeiten demokratischer Färbung außer dem jungen Schweitzer nur noch der mit den Jahren

---

[1]) vgl. u. a. Lassalle, System der erworbenen Rechte. Leipzig 1861. Bd. 1. p. 195.

immer mehr zum Eigenbrödler gewordene, aber im Kleinbürgertum noch recht beachtete Nikolaus Hadermann[1]). Noch sieben Jahre zuvor hatte er dem preußischen Bundestagsgesandten von Bismarck als der fähigste Leiter der roten Demokratie in Frankfurt gegolten. Seither war die vulgäre Art seines gesinnungstüchtigen Schwadronierens selbst beim Kleinbürgertum ein wenig aus der Mode gekommen, und auch bei der Demokratie hatte ein mehr realistischer und positiver Ton, als ihm zur Verfügung stand, Eingang gefunden.

Der Verfasser von „Der einzige Weg zur Einheit" hatte den Nationalverein trotz der anfangs noch verschleierten Formulierung seines Programms sofort als den Schleppträger Preußens bezeichnet, der ein allmähliches Aufgehen Deutschlands in Preußen anstrebe und damit nicht für die Beseitigung, sondern erst recht für die Erweiterung der Kluft zwischen Norden und Süden wirke. Er glaubte auch von vornherein zu sehen, daß diese neue Parteigründung südlich des Main Fiasko machen müsse. Selbst ein Süddeutscher vermochte er die Stärke der hier noch bestehenden Abneigung gegen eine preußische Hegemonie richtiger einzuschätzen, als die Mehrzahl der Führer des Nationalvereins. Da er aber die Schöpfung der Benningsen und Genossen nicht nur als Großdeutscher, sondern ebenso sehr als Demokrat bekämpfte, so mußte es ihn besonders unangenehm berühren, daß auch hervorragende Persönlichkeiten der Demokratie sich der jungen Bewegung zur Verfügung stellten. Nachdrücklich suchte er diesen Männern die Fehlerhaftigkeit ihrer Taktik darzulegen. Als besonders trügerisch erschien ihm jene Hoffnung, daß die preußische Regierung sich als Werkzeug für radikale Hintergedanken benutzen lassen werde. Dadurch daß angesehene Demokraten ihre Popularität für die neue Parteibildung einsetzten, erreichten sie weiter nichts, als daß sie das Vertrauen des preußischen Volkes in seine Dynastie und in seine Regierung von neuem befestigten. Wohl dürften gelegentlich Staatsmänner, die sich im Besitze der Gewalt befänden, ihre letzten Absichten verschleiern, aber niemals eine oppositionelle Demokratie, sie würde damit notwendig Verwirrung in die Köpfe der Massen bringen. In einem Zusammenwirken mit der Gothaischen Partei erblickte er ein Hemmnis für den Ernstfall. Jene Demokraten, die sich jetzt mit dem Nationalverein einließen und damit das Vertrauen des Volkes zu den Fürsten stärkten, schädigten die deutsche Einheit mehr als feindliche Armeen es vermöchten.

Das stürmische Aufflammen des allgemeinen politischen Interesses mußte mit besonderer Lebhaftigkeit eine junge Generation erfassen, deren Tatendurst in den Jahren der Reaktion, in denen sie aufgewachsen war, sich nicht hinreichend hatte äußern dürfen. Ihr mußte das rege Leben, das sich seit dem Anfange der sechziger Jahre nicht mehr nur an den Stammtischen, sondern in Versammlungen und Zeitungen kund tat, neue und bis dahin unbekannte Reize bringen. Jetzt

---

[1]) vgl. über ihn Valentin a. a. O., besonders p. 366 ff, 490 und 496.

war auch für Schweitzer die Zeit vorüber, wo es ihm genügen konnte, in Broschüren seine Ansichten kund zu tun. Nicht länger duldete es ihn an seinem Schreibtisch. Von der Rednerbühne herab wollte er den Kampf führen gegen jene gefährliche Bewegung, deren Obsiegen, wie er es auffaßte, die Spaltung Deutschlands verewigen mußte. Am 9. Januar 1861 ergriff er das Wort in einer Versammlung der Frankfurter Mitglieder und Freunde des Nationalvereins. Hier begründete er, weshalb es ihm unmöglich wäre, diesem als Mitglied beizutreten. Der Nationalverein erhoffe die Einheit des Vaterlandes von den Dynastien. Ihm aber seien Volk und Fürst in Deutschland widerstreitende Begriffe geworden. Aus diesem Grunde erwarte er auch keinen Erfolg mehr von einer gesetzlichen Agitation für die deutsche Einheit. Nur die Revolution vermöge noch zu diesem Ziele zu führen. Wenn der Nationalverein wirklich darauf ausginge, eine großzügige Wirksamkeit zu entfalten, so wäre ihm dazu die Hülfe der Arbeiterschaft unentbehrlich. Diesen Stand müsse er für seine Ziele zu gewinnen suchen und er werde nur dann etwas ausrichten, wenn er sich auf die kräftigen Arme der breiten Volksmasse und der deutschen Jugend stütze. Preußen aber sei nicht besser als Österreich und müsse ebensogut zertrümmert werden wie jenes, wenn die deutsche Einheit erstehen solle![1]) Diese radikale Rede Schweitzers, mit ihrem für die damalige Zeit unerhörten Appell an die Arbeiterfäuste, entfesselte in jener Versammlung friedlicher Bürger einen Sturm der Entrüstung, solche Sprache war noch niemals im Nationalverein vernommen worden! Metz aus Darmstadt, der bekannte rührige Agitator, erwiderte auf die sachlichen Ausführungen Schweitzers mit persönlichen Anspielungen und bedeutete dem Gaste, daß der Verein nicht bloß e i n z e l n e Volksklassen, sondern das g a n z e freiheitsdurstige Volk, reich wie arm, zu gewinnen trachten müsse[2]).

Sechs Wochen später, am 19. Februar, erschien Rudolf von Benningsen selbst in der Frankfurter Monatsversammlung des Nationalvereins. Nicht nur aus der Stadt, sondern auch aus vielen umliegenden Orten hatten sich die Mit-

---

[1]) Volksfreund für das mittlere Deutschland, 13. Jan. 1861.

[2]) Schweitzer war der erste, der eine Stellungnahme des Nationalvereins zur Arbeiterschaft zu provozieren suchte. Die bekannte Leipziger Versammlung des Vereins, in der Dr. Otto Dammer Schulze-Delitzsch in derselben Frage interpellierte, fand erst zwei Jahre später am 3. Januar 1863 statt. Schulze erwiderte damals, daß der Nationalverein gerade den deutschen Mittelstand, dessen kernhafter Teil mehr oder minder aus Arbeitern bestände, als Hauptträger des nationalen Wesens betrachte. Was aber die Teilnahme am Vereine selbst betreffe, so sei ein Unterschied zu machen zwischen den günstiger gestellten Arbeitern und solchen mit kärglichem Erwerb. Die letzteren handelten patriotischer, wenn sie das wenige mühsam erworbene, über das sie frei verfügen könnten, zunächst für Bildungsvereine, Unterstützungskassen usw. verwendeten. Es war in dieser Versammlung, wo Schulze die folgenreiche Wendung gebrauchte, daß die Arbeiter „geistige Mitglieder" und „Ehrenmitglieder" des Nationalvereins seien. vgl. u. a. Koburger Arbeiterzeitung vom 11. Januar 1863 und Mitteldeutsche Volkszeitung vom 6. Januar.

glieder eingefunden, um den Präsidenten anzuhören. Gästen war an diesem Abend der Zutritt nur nach persönlicher Einführung gestattet, aber Schweitzer war zugegen. Benningsen mußte daran liegen, den hier versammelten süddeutschen Liberalen verständlich zu machen, weshalb das norddeutsche Volk im Kriege von 1859 einer Unterstützung Österreichs abgeneigt gewesen war, weshalb es sich damals nicht hatte entschließen können, jene Gefühle zu teilen, die im Süden die Gemüter erfüllten. Auf dem Boden der protestantischen und liberalen freien Stadt erschien es ihm das richtigste, Österreichs Konkordatspolitik als den hauptsächlichsten Gegenstand des Anstoßes zu bezeichnen. Von einem Siege des Habsburgischen Staates hätte der Norden eine Gefährdung der Errungenschaft der Reformationskämpfe befürchtet, die Freiheit des religiösen Bekenntnisses wäre bedroht gewesen! Obgleich die Statuten des Nationalvereins über die Staatsform des künftigen geeinigten Deutschlands absichtlich schwiegen, damit auch republikanisch gesinnten Elementen der Beitritt möglich bliebe, so ließ es Benningsen doch an diesem Abend nicht im Zweifel, daß er persönlich nur auf konstitutionell-monarchischer Grundlage eine Einigung Deutschlands für erreichbar hielt. Als in der Diskussion die angesehenen Juristen Dr. Friedleben und Dr. Reinganum ihren republikanischen Standpunkt betonten, erwiderte ihnen der Präsident des Vereins, daß die republikanische Minderheit das Opfer ihrer Überzeugung, falls der Moment es verlangen würde, keineswegs etwa dem konstitutionell-monarchischen System, sondern um der großen Sache willen der Macht der Tatsachen bringen müßte. Wirklich erwiderte Friedleben, daß die Republikaner, ebenso wie sie im Jahre 1848 die Reichsverfassung trotz ihrer monarchischen Spitze verteidigt hätten, falls es nötig würde, auch ein zweites Mal Selbstverleugnung üben würden. In dieser Diskussion, die ihn natürlich auf das lebhafteste interessieren mußte, hat Schweitzer nicht das Wort verlangt. Aber in der privaten Unterhaltung gab er hernach seinem Unwillen über die monarchische Erklärung des Redners scharfen Ausdruck[1]).

In der gleichen Versammlung des Nationalvereins hatte Schweitzer ein Flugblatt über „Die venezianische Frage vom Deutschen Gesichtspunkte aus" verbreiten lassen und ein solches Vorgehen eines Nichtmitglieds damit gerechtfertigt, daß diese „wichtigste Tagesfrage" in der Presse vergleichungsweise wenig zur Sprache käme. Obgleich ihm die Abtretung Savoyens und Nizzas bei der Abfassung des Flugblattes noch unbekannt gewesen sein mußte, so äußerte er hier dennoch das gleiche Mißtrauen gegen die Annexionspolitik Napoleons, wie die einen Monat später erschienene Erklärung des Nationalvereins über die savoyische Frage. Er zweifelte nicht im mindesten an Napoleons Absichten auf das linke

[1]) Lammers an Benningsen: „Der junge exzentrisch eitle Dr. v. Schweitzer meinte freilich, Ihre monarchische Erklärung hätte sogar auf Fernstehende peinlich gewirkt". (Diese ungedruckte Briefstelle verdanke ich der Liebenswürdigkeit des Herrn Professors Dr. H. Oncken in Heidelberg.)

Rheinufer. Galt ihm jetzt auch die Sache Österreichs nicht mehr ohne weiteres als die Sache Deutschlands, so hielt er einem solchen Gegner gegenüber doch die Interessen Preußens, Deutschlands und Österreichs noch immer für solidarische. Er wollte hier mit der „objektiven, nach keiner Seite hin Schonung kennenden Unparteilichkeit", die er an Macchiavelli rühmt, die „Wahrheit nackt und unverhüllt an den Tag legen". Deutschland erblickte er, falls Frankreich und Sardinien demnächst die venezianische Frage aufrollen würden, vor einer überaus traurigen Wahl. Entweder müsse es durch seine militärische Unterstützung das reaktionäre Österreich stärken und auf diesem Wege den europäischen Fortschritt beeinträchtigen oder es müsse die Schwächung Österreichs zulassen und damit den Verlust des linken Rheinufers vorbereiten. Noch aber steht für Schweitzer das nationale Ideal höher als das demokratische, und die Unabhängigkeit seines Volkes nach außen, sowie die Erhaltung von dessen Territorialbesitz bildet für ihn noch die schlechthin oberste Richtschnur. Lieber, meint er, solle Deutschland eine eiserne Reaktion über sich ergehen lassen, als ein einziges Dorf an Frankreich verlieren! Auch erwartet er, daß bei einem Kampfe gegen den Bonapartismus die deutschen Republikaner, ja sogar die Sozialisten und Kommunisten, die er hier zum ersten Male erwähnt, falls sie zugleich Patrioten sein wollen, auf Österreichs Seite treten würden[1]). Dem Einwand, daß der Kaiserstaat unter Umständen durch einen Separatfrieden mit Frankreich die gesamte Gefahr der Situation auf Preußen und Deutschland abwälzen könne, begegnet Schweitzer mit Zitaten aus „des Flüchtlings" Lothar Buchers „Antwort an die deutschen Zweifler". Mit diesem ehemaligen Demokraten und Steuerverweigerer, der kurz darauf infolge der preußischen Amnestie aus dem mit Unwillen ertragenen Exil in die Heimat zurückkehren durfte, begegnete er sich in der Abneigung gegen den Nationalverein[2]), in der Geringschätzung der politischen Fähigkeiten der liberalen Bourgeoisie, in der scharfen Hervorkehrung des Machtgedankens und in der Betonung des sozialen Problems. Aber örtliche Trennung im Anfange, gesellschaftliche Divergenzen in der Folge und hauptsächlich die verdoppelte Unnahbarkeit Buchers gegenüber von Menschen mit beflecktem Leumund verhinderten dauernd die persönliche Annäherung zwischen zwei Männern,

[1]) Vgl. Hadermanns Besprechung von Schweitzers Flugblatt in seinem Volksfreund für das mittlere Deutschland vom 22. Februar, die vor dem französischen Militärdespotismus warnt, der wäre recht eigentlich gegen die wahre Bildung und den Bürgerstand gerichtet. „Pfaffen, Zuaven, Turkos und die ganz rohen besitzlosen Massen sollen seine Apostel sein!" Hadermanns demokratische Forderungen wurzeln im Kleinbürgertum!

[1]) Die bekannte Erklärung von Bucher, Berg und Rodbertus gegen die kleindeutsche Bewegung stammt aus dem Ende der zweiten Woche des Januar 1861. Beifall fand sie, wie das Wochenblatt des Nationalvereins am 25. Januar schrieb, nur „bei dem gemischten Chor" der Allgemeinen Zeitung, der Kreuzzeitung, der Frankfurter Postzeitung und des Mainzer Journals.

deren Interessensphären trotz der himmelweiten Verschiedenheit der Charaktere, zahlreiche Berührungsflächen geboten hätten. Nach dem Zeugnis des mit dem Testamentsvollstrecker Lassalles wie mit dem Fortsetzer seiner Agitation gleich gut bekannten Paul Lindau sind Bucher und Schweitzer höchstens bei der Überweisung der von Lassalle an Schweitzer vermachten Bücher ein einziges Mal in eine flüchtige Berührung gekommen.

Dem Nationalverein mußte begreiflicherweise sehr viel daran liegen, in der Stadt, die der Brennpunkt der nationalen Bewegung und die Zentrale des geistigen und wirtschaftlichen Lebens des Südwestens war, ein eigenes Organ zu besitzen. Der Zeit, die seit dem 18. März 1861 in Frankfurt erschien, war eine ähnliche Aufgabe zugedacht, wie der schon seit dem 1. Oktober 1859 in München unter Karl Braters Redaktion herausgegebenen Süddeutschen Zeitung. Beide Blätter sollten den vorwiegend großdeutsch gesinnten Süden von der derzeitigen Undurchführbarkeit seine Ideen überzeugen und in immer neuem Anlaufe den widerspenstigen Bayern, Schwaben, Franken und Allemannen die Notwendigkeit von Österreichs Ausschluß bei der unaufschiebbaren staatlichen Einigung des übrigen Deutschlands beweisen. Hierbei schwebte der von August Lammers unter Mitwirkung von Ludwig Häußer, Robert von Mohl, Gabriel Rießer, David Friedrich Strauß und Eduard Zeller redigierten Zeit offenbar das Vorbild jener Deutschen Zeitung vor, die dem kleindeutschen Ideal während der Revolutionsjahre so eifrig das Wort geredet hatte. Aber trotz des bemerkenswert hohen Niveaus seiner Leitartikel hatte das neue Organ von Anbeginn an neben dem eingeführten Frankfurter Journal und der beweglicheren und schnell emporblühenden Neuen Frankfurter Zeitung einen schweren Stand. Weder in Frankfurt noch in München vermochten diese publizistischen Pioniere von Ideen, die vorerst noch eine spezifisch norddeutsche Färbung trugen, eine ausreichende Zahl von Abonnenten zu gewinnen, und schon im Sommer 1862 erfolgte aus finanziellen Gründen eine Verschmelzung der beiden Blätter, wobei das bayrische Organ seinen Erscheinungsort, das Frankfurter seinen Namen opferte.

Seit seiner Rede vom 9. Januar galt J. B. von Schweitzer in ganz Süddeutschland als einer der eifrigsten Bekämpfer des Nationalvereins vom Standpunkt des großdeutschen Radikalismus aus, und deshalb fand auch anfänglich eine Meldung des Schwäbischen Merkurs Glauben, die ihn an die Spitze eines angeblich in Frankfurt in Bildung begriffenen und gegen den Nationalverein gerichteten Volksvereins stellte. Aber sofort erklärte sich die Zeit[1]) in der Lage, diese Nachricht „aus erster Quelle zu dementieren". Anscheinend gab den Anlaß zu jenem falschen Gerücht die kurz darauf erfolgte Gründung des Frankfurter Vereins, der sich die demokratische Reform der Verfassung des

[1]) Zeit vom 4. April.

Frankfurter Stadtstaats zum Ziele gesetzt hatte. Und mit diesem Vereine hatte Schweitzer in der Tat nichts zutun, denn um die Politik seines kleinen heimatlichen Gemeinwesens hat er sich, so viel wir wissen, niemals ernsthaft gekümmert wie er auch an dem Kampf für die Einführung der Gewerbefreiheit, den damals die Wirth, Sonnemann usw. führten, keinen Anteil nahm. Dieser Sohn einer verarmenden und dem Kaufmannsstande seit Generationen entfremdeten Adelsfamilie empfand von jung auf die stärkste Abneigung gegen den Handel und besonders gegen die Großkaufleute, die jenes viele Geld, das er so gern verausgabt hätte, mühelos einzunehmen schienen. Hierin liegt sicherlich eine psychologische Wurzel für die Überzeugtheit, mit der Schweitzer später die Mehrwertlehre verfocht und wenn er seine Kraft dem Kampfe für die Besitzlosen widmete, so lag dies zum Teil darin begründet, daß er selbst ein besitzloser Adliger war!

Natürlich mußte sich Schweitzers Verhältnis zu den Kreisen des Nationalvereins umsomehr verschlechtern, je unumwundener jener für die preußische Führung eintrat. Als im Mai die Sammlung für den Bau von Kanonenbooten eingeleitet und als dann auf der Heidelberger Generalversammlung im August ein namhafter Betrag dem preußischen Marineministerium überwiesen wurde, da bezeichnete sogar die Zeit diesen Beschluß als eine Präzisierung des Programms im Sinne der unbedingten preußischen Führung! —

Frankfurt war damals so klein, daß es einem ehrgeizigen Politiker nicht schwer fallen konnte, mit allen wichtigen Persönlichkeiten jener Kreise, auf die es ihm ankam, in persönliche Beziehungen zu treten. Wollte aber der junge Advokat zu einer wirklichen politischen Macht in seiner Heimatstadt werden, so gab es für ihn keinen besseren Weg, als wenn er mit dem Vereinswesen Fühlung suchte, dem der freiere Geist, der seit einigen Jahren wehte, eine erhöhte politische Bedeutung gegeben hatte. Besonders die Turnvereine, deren Zahl im Deutschen Bunde zwischen dem französisch-österreichischen und dem dänischen Kriege von kaum 100 auf 1934 stieg, und die Schützenvereine, die erst um diese Zeit recht in Blüte kamen, wurden neben dem Nationalverein und noch über diesen hinaus, zu Trägern des erstarkenden Nationalgefühls, weil ihr unpolitischer Anstrich keinen deutschsprechenden Volksstamm abstieß. Nun suchte Schweitzer, an hervorragender Stelle, obgleich er den praktischen Wert solcher Bestrebungen keineswegs überschätzte, der Einheit, die sich im staatlichen Leben nicht verwirklichen wollte, durch den Zusammenschluß der Turner und Schützen aller deutschen Gaue vorzuarbeiten. Schon im Oktober 1860 befand er sich neben Dr. Siegmund Müller, Sonnemann und Franz Wirth unter der Zahl jener angesehenen Männer, die zur Begründung eines Schützenvereins in Frankfurt einluden. „Wir haben gesehen", so hieß es in ihrem Aufruf, „daß das tüchtigste stehende Heer nicht ausreicht, ein Land zu halten. Nur in dem Volke

selbst ruht der Quell aller Wehrhaftigkeit. Getrennt vom Volke entbehrt das Heer die geistige und materielle Stütze. Die Verbindung zwischen Volk und Heer anzubahnen, das Volk selbst zur Waffenbereitschaft und Selbstverteidigung heranzuziehen, ist die Aufgabe der deutschen Schützenvereine." Schon im Juli des folgenden Jahres wurde der eifrige junge Advokat in den Vorstand des neuen Vereins gewählt und gleich darauf mit Franz Wirth, Sonnemann und drei anderen Vereinsgenossen als Delegierter zu dem ersten deutschen Schützenfest nach Gotha entsandt, wo er in Gegenwart des Herzogs Ernst beim Festbankett die Bedeutung und die Aufgabe der Schützentage auseinandersetzte. In einer gleichzeitigen Beratung der Delegierten unter des Herzogs Vorsitz war die Begründung eines allgemeinen deutschen Schützenbundes beschlossen worden. Ernst von Koburg will für dieses Projekt besonders deshalb eingetreten sein, weil er erwartet hätte, daß sich durch eine solche Organisation die demokratischen und republikanischen Tendenzen mancher lokaler Schützenvereine würden im Zaume halten lassen. Ganz andere Hoffnungen setzten die Frankfurter Delegierten und nicht zuletzt Schweitzer, auf den geplanten Bund. Sie verlangten nicht allein die Einführung eines alle zwei Jahre regelmäßig abzuhaltenden Schützenfestes, das sich durch eine Vereinigung mit dem deutschen Turner- und Sängerfest zu einem großen Nationalfest auswachsen konnte, sondern ausdrücklich forderten sie eine vollständige militärische Gliederung und Bezirkseinteilung der Schützenvereine, damit sich allmählich ein wirkliches Volksheer aus ihnen entwickeln könne. Unter den in Gotha erschienenen Schützen befanden sich natürlich Mitglieder des Nationalvereins. Auch diese erklärten sich dort in einer Resolution für ein „einheitliches volkstümliches Wehrsystem", doch dankten sie gleichzeitig dem Herzog für die Opferwilligkeit, die er durch den Abschluß der bekannten Militärkonvention mit Preußen bekundet hätte[1]). Wenn Ernst von Koburg in seinen um vieles später niedergeschriebenen Memoiren behauptet, daß er schon damals allerlei Bedenken gegen Schweitzer erheben hörte, als sei dieser in der Eschenheimer Straße in Frankfurt so wohl gelitten wie unter den Sozialdemokraten, so tragen solche Angaben den Stempel des Irrtums auf der Stirn. Sozialdemokraten, bei denen Schweitzer hätte beliebt sein können, gab es 1861 in Frankfurt noch gar nicht, und ebenso unerfindlich ist es, was er im Bundestagspalais zu suchen gehabt hätte. Höchstens mag er als Sohn seiner Eltern zuweilen bei dem einen oder anderen Bundestagsgesandten getanzt haben. Als der Herzog so schrieb dachte er offenbar an die Gerüchte, die später in Berlin über Schweitzer verbreitet waren. Vielleicht wollte er auch absichtlich die Erinnerung von der Tatsache ableiten,

[1]) Die Wochenschrift des Nationalvereins trat damals ebenfalls für die Errichtung von Wehrvereinen und Schützengesellschaften ein, von denen sie eine Ausfüllung der Kluft zwischen Militär und Zivil erwartete. Vgl. u. a. die Nummern 5. Juli und 30. August 1861. Seit dem 15. Juli erschien unter Streits Redaktion in Koburg eine Deutsche Turn- und Volkswehrzeitung.

daß er damals selbst, was durch zahlreiche Zeugnisse sicher gestellt ist, mit dem späteren Führer der revolutionären Sozialdemokratie zwanglos und kameradschaftlich verkehrte[1]).

Beim Gothaer Schützenfest war beschlossen worden, daß noch in dem gleichen Monat die Verfassung des neuen deutschen Schützenbundes bei Gelegenheit des Schützenfestes in Bremen von je drei Delegierten der Vereine von Gotha, Frankfurt und Bremen ausgearbeitet werden sollte[2]). Hernach bildete diese Kommission, der auch Schweitzer angehörte, den Zentralausschuß des Deutschen Schützenbundes. Über das Ergebnis der Bremer Vereinbarungen berichtete Schweitzer im Frankfurter Schützenverein am 7. August. Einem Einwurfe Sonnemanns, daß die Statuten des neuen Bundes die Wehrbarmachung des deutschen Volkes nicht genugsam in den Vordergrund gestellt hätten, begegnete er hier mit dem Hinweis, daß die Schützen ebensowenig wie die Turner ex professo ein politisches Programm verfolgen dürften, und daß daher alle ihre Bestrebungen als einziges Ziel nur die Einheit und die Hebung der Machtstellung der deutschen Nation im Auge haben könnten. Die Schlußberatung über die Statuten, die u. a. auch die allmähliche Einführung einer einheitlichen Bewaffnung aller deutschen Schützen vorsahen, fand erst im November in Braunschweig statt, und Schweitzer, als Delegierter des Frankfurter Vereins und als Mitglied des Gesamtausschusses, toastete hier beim Festessen auf Deutschland und die deutsche Sache. Einige Tage nach seiner Rückkehr referierte er sogar in einer Lokalversammlung des Nationalvereins über das endgiltige Ergebnis den Braunschweiger Besprechungen. Ob er dazu eingeladen war, oder ob solches auf seinen eigenen Wunsch geschah, darüber gehen die Quellen auseinander. Als man dann am Jahrestage der Leipziger Schlacht, der zum ersten Male seit langer Zeit in diesem Jahre auch im Süden feierlich begangen wurde, den Schießplatz des Schützenvereins einweihte, da hielt Schweitzer eine begeistert aufgenommene Rede über die Bedeutung der schwarz-rot-goldenen Fahne, die jedem künftigen Leipzig voranwehen würde. —

Ungleich wichtiger aber, als die Rolle, die er in der Schützenbewegung spielte, wurde für Schweitzers politische Entwicklung sein Eintritt in die Kreise der Frankfurter Turner. Während nämlich zu den Schützenvereinen der begüterte Bürgerstand das Hauptkontingent stellte, rekrutierten sich die Turnvereine im wesentlichen aus dem Kleinbürgertum und dem Gesellenstande. In den Revolutionsjahren

[1]) In in einer Auskunft, die der preußische Ministerresident in Frankfurt am 10. Januar 1865 über Schweitzer nach Berlin gibt, heißt es „Als Sprecher der hiesigen Turner (?) stand er früher auch in Beziehungen zum Herzog von Gotha“.

[2]) Über die Schützenvereine und besonders über den Frankfurter vgl. auch Ernst II. von Koburg-Gotha, Aus meinem Leben und aus meiner Zeit. Bearbeitung in einem Bande. Berlin 1892, p. 442 f. Ebendort p. 445 über das Gothaer Schützenfest und p. 446 über Schweitzer.

waren die Frankfurter Turnvereine Sammelstätten einer Propaganda des politischen wie sozialen Radikalismus gewesen[1]), von der einige Funken auch unter der Asche der Reaktionszeit fortgeglommen hatten. Zu Beginn dieses siebenten Jahrzehnts unterschied man in Frankfurt den 1860 gegründeten Turnverein, in dem Handwerksgesellen und Arbeiter das numerische Übergewicht hatten und die seit dem Januar 1861 bestehende Turngemeinde, in der Krämer und unselbständige Kaufleute den Ton angaben. Der Turnverein zählte im September 1861 ungefähr 400, die Turngemeinde 350 Mitglieder. Schweitzer wurde frühzeitig Vorsitzender des Turnvereins. Von seiner Beliebtheit in diesem Kreise zeugte es, daß zahlreiche Mitglieder ihm zu Weihnachten 1861 „in Anerkennung seines volkstümlichen Strebens" eine Gedenktafel widmeten, in deren Mitte die Germania mit fliegendem Banner stand, das Schwert zum Kampfe gezückt, während ihr zur Seite Armin und Ulrich von Hutten, Körner und Schill, Robert Blum, Jahn und Arndt die Wache hielten. Schweitzer, damals eifrig für das vorläufige Zustandekommen eines mittelrheinischen Turnbundes tätig[2]), wurde von seinem Verein im August 1861 zu dem deutschen Turnfest in Berlin entsandt mit dem Auftrage, dort die Gründung eines allgemeinen deutschen Turnbundes zu beantragen. Aber seine Anregung fand keine Mehrheit, und man erklärte sich dort nur bereit, durch die Schaffung eines Ausschusses den zwischen den Turnvereinen schon bestehenden losen Verband zu befestigen.

Natürlich benutzte Schweitzer die einflußreiche Stellung die er sich in den Turnerkreisen erworben hatte, für seine politischen Ziele. Auf einer Wanderversammlung der Turnvereine des unteren Maingaus, der Wetterau und anliegender Gebiete, die am ersten September dieses Jahres in Höchst stattfand, war er zwar nicht als offizieller Bevollmächtigter des Frankfurter Vereins erschienen, aber er setzte hier einen Beschluß durch des Inhalts, daß die Turnvereine sich an den Flottensammlungen des Nationalvereins nicht zu beteiligen hätten[3]). Während ein Mann von der Bedeutung Häußers die Heidelberger Beschlüsse des Nationalvereins in der Flottenfrage damals als die „Deutsche Ballhausszene" feierte, nannte Schweitzer die Sammlungen für die Dampfkanonenbote Spenden „patriotischer Tollhäusler". Obgleich nun gerade die Frankfurter, wie das Wochenblatt des Nationalvereins klagte, diese Sammlungen mit großer Lauheit betrieben und ihr gutes Geld für die Stärkung eines „schwächlichen und leisetreterischen" Preußen nicht recht hergeben wollten, so war Schweitzer dort der einzige, der öffentlich gegen

[1]) Vgl. Valentin a. a. O. p. 276 ff.

[2]) Vgl. Frankf. Journal 31. August und 5. September, Frankf. Volkszeitung 14. September 1861.

[3]) Vgl. Wiesbadener Korrespondenz der Zeit vom 9. September. Der Frankfurter Turnverein legte damals noch Wert darauf, zu betonen, daß er sich mit diesem Beschluß nicht identifizierte.

die Flottenbewegung agitierte. Ganz deutlich wird sein Standpunkt aus einer Zuschrift an die Neue Frankfurter Zeitung, die am 28. September veröffentlicht wurde[1]). Selbst die Redaktion des Sonnemannschen Blattes, dem noch einige Tage vorher aus seinem Schweigen über die Flottenagitation die Zeit einen Vorwurf machen wollte, hielt es für notwendig, die Aufnahme von Schweitzers Artikel zu rechtfertigen, indem sie darauf hinwies, daß am Orte diesem „geachteten Mitgliede einer demokratischen Fraktion" ein eigenes publizistisches Organ nicht zu Gebote stände. Den Krebsschaden des Nationalvereins erblickte Schweitzer auch in dieser Auslassung darin, daß er das Volk nicht zur Hebung und Kräftigung des Selbstvertrauens, sondern zu einem untätigen Vertrauen auf eine von Berlin zu erwartende Hilfe anhalte. Solange die preußenfreundliche Propaganda in Mittel- und Süddeutschland noch in einer weniger ausgeprägten Weise betrieben wurde, hätte man vom demokratischen und nationalen Standpunkt aus hoffen dürfen, n e b e n den Männern des Nationalvereins zu wirken, ohne ihnen entgegentreten zu müssen. Aber die blinde und vertrauensselige Huldigung an das Preußentum in der Flottenfrage habe dieser Erwartung ein Ende gemacht. Es wäre eine schlimme Phrase, zu behaupten, daß man durch die Flottensammlungen nicht der preußischen Regierung, sondern dem preußischen Volke ein Vertrauensvotum erteile. Denn trotz der neuen Ära hätten genau wie früher in Preußen die Kreise der spezifisch preußischen dynastisch Hohenzollernschen Staatsweisheit das Recht, von sich zu sagen: „Preußen — das sind wir". Bis dort einmal der Volksgeist über die herkömmlich maßgebenden Kreise und ihre Staatskunst siegreich hinweggeschritten sein werde, müßten in Preußen große, merkwürdige und tiefgreifende Dinge vorgegangen sein. Und deshalb dürfe, wer nur einen Tropfen demokratischen Bluts in seinen Adern fühle nicht mithelfen, um eine engherzig dynastische Politik zu unterstützen und das Vertrauen zu einer Regierung zu fördern, die in ihrer Schwächlichkeit und Kleinlichkeit zu entscheidendem Aufschwung nicht gewillt und einer großen sicheren Tat unfähig wäre!

Vom konsequenten demokratischen Standpunkte aus war diese Warnung vor einer Machtverstärkung des konservativen Preußentums durchaus begreiflich, aber von den Anhängern des Nationalvereins wurde sie Schweitzer sehr verdacht.

---

[1]) Einen Tag zuvor hatte das Wochenblatt des Nationalvereins konstatiert, daß sich besonders in den volkstümlichen Kreisen Süddeutschlands eine ziemlich lebhafte Opposition gegen die Flottenbewegung zeige. Das offizielle Organ des Vereins fand freilich, daß alle Vorwürfe gegen die innere und äußere Politik Preußens nichts gegen die Notwendigkeit von Kriegsschiffen bewiesen. Preußens Interessen stießen nirgends mit denen Deutschlands zusammen, und seine zaghafte auswärtige Politik sei nur ein Ausfluß seiner Schwäche. Dasselbe Blatt äußerte sich auch noch am 3. Januar 1862 unzufrieden über den Verlauf der Flottensammlung in Frankfurt. Besonders hoch ging die Flottenbegeisterung damals im Königreich Sachsen, wo unter anderen Gustav Freytag, Julian Schmidt, Moritz Busch, Salomon Hirzel, Gutzkow dafür eintraten. Eine Frau aus dem Teutoburger Wald übersandte ihr goldenes Armband. Vgl. Wochenschr. d. Nationalvereins 9. und 24. Aug. 1861.

Und so bekämpfte auch in einer Lokalversammlung desselben drei Tage nach jener Veröffentlichung der unentwegte Metz, der ihm bei einem früheren Anlaß in verbindlicher Form entgegengetreten war, jetzt mit scharfen Angriffen den gefährlicher gewordenen Gegner. Daß Schweitzer, der im Saale anwesend war, sich trotz dieser Herausforderung nicht zu einer Erwiderung meldete, wurde ihm von seinen Feinden als Feigheit ausgelegt. Diesen Vorwurf sollte eine Zuschrift entkräften, die er am folgenden Tage an die Zeit richtete. Hier wollte er sein Schweigen damit rechtfertigen, daß er es als Gast für unpassend gehalten haben würde, sich in Fragen zu mischen, deren Behandlung möglicherweise die Parteidisziplin im Nationalverein schädigen konnte[1]). Aber auch noch später ist Schweitzer in Versammlungen öfter Vorwürfen gegenüber verstummt, wenn er fühlte, daß die Mehrheit der Anwesenden nicht unbedingt auf seiner Seite stand. —

Schon einmal, in den Märztagen des Jahres 1848, war aus der Frankfurter Turngemeinde ein Arbeiterverein hervorgegangen, in dem sich alsbald das Klasseninteresse des Standes energisch geregt hatte. Und mit dem Nachlassen des Drucks der Reaktionsjahre gestalteten sich die Dinge jetzt bald wieder ähnlich. Frankfurts Einwohnerschaft zu Anfang der sechziger Jahre belief sich auf etwa 75000 Seelen. Noch war nicht einmal die Zunftverfassung gefallen, gegen die besonders eifrig der Volkswirtschaftliche Verein mit Dr Passavant, Dr Malß und Sonnemann an der Spitze und Max Wirths Wochenschrift Der Arbeitgeber Sturm liefen. Von Großbetrieben sah man erst gerade die ersten Anfänge entstehen, und die Handwerksgesellen bildeten noch das zahlreichste Element in der Arbeiterschaft. Diese für das Aufkommen einer modernen Arbeiterbewegung ungünstige soziale Schichtung teilte Frankfurt damals noch mit dem ganzen übrigen Süddeutschland. Dennoch fand die 1861 von neuem auftauchende sozialdemokratische Agitation keinen völlig unvorbereiteten Boden in der Bundeshauptstadt und noch mehr in deren in industrieller Hinsicht ihr überlegenen nächsten Umgebung. Wohl hatte die Bundestagsverordnung vom 13. Juli 1854, die alle jene Arbeitervereine auflösen wollte, die „politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgten", auch in Frankfurt ihr Ziel erreicht und das in den Revolutionsjahren kräftig entwickelte Vereinswesen der Arbeiter vernichtet. Aber in kleinen Konventikeln und namentlich in Turnerkreisen lebten radikale, revolutionäre und sozialistische Gedanken fort und erhielten eine immer erneute Nahrung durch zuwandernde oder heimkehrende Handwerksburschen, besonders wenn diese auch in Paris gearbeitet hatten.

---

[1]) Für die Beschlüsse der Heidelberger Generalversammlung des Nationalvereins über die Flottenagitation sprachen an diesem Abend der angesehene Advokat Dr. Reinganum und Dr. Ludwig Braunfels von der Neuen Frankfurter Zeitung. Die Einsetzung eines Komitees zur Organisierung der Sammlungen wurde auf Sonnemanns Antrag beschlossen. Einige Jahre später hatten die Neue Frankfurter Zeitung und Schweitzer in der Beurteilung Preußens ihren Standpunkt vertauscht.

Die ersten Anregungen, die in Frankfurt zu Anfang der sechziger Jahre die Arbeiterbewegung wieder in Fluß brachten, deuten nach Hamburg hin. Der dortige, bereits 1843 errichtete Arbeiterbildungsverein war nicht wie fast alle ähnlichen Gebilde in Deutschland von der Bundestagsverordnung von 1854 betroffen worden, da jener Beschluß in Hamburg nicht als Gesetz publiziert worden war. Der Haartuchweber Jakob Audorf[1]), der wahrscheinlich in einem mehrjährigen Werkstattverkehr mit französischen Arbeitern zum Kommunisten geworden und sich später in der Heimatstadt in diesen Anschauungen unter Weitlings persönlichem Einfluß noch bestärkt hatte, übte hier im engen Kreise einen wohl beschränkten und verborgenen, aber doch nicht folgenlosen Einfluß auf einzelne Standesgenossen aus. Durch ihn wurden sein gleichnamiger Sohn, der spätere Dichter der Arbeitermarseillaise, und, direkt oder indirekt, auch wohl der Buchhalter August Perl und der Holzarbeiter Theodor York für die Sache der Sozialdemokratie gewonnen. Wenn York behauptet, daß er 1862 auf dem von politischen Flüchtlingen veranstalteten Londoner Meeting zum Gedächtnis der Junischlacht durch Liebknecht bekehrt worden sei, so ist eine gleichzeitige Beeinflussung durch Audorf dadurch nicht abgestritten. York seinerseits überzeugte den Schreinergesellen und späteren Meister und Bauunternehmer Wilhelm Heymann von der Heilswahrheit der neuen Lehre. Dieser siedelte nach Frankfurt über, wurde hier Mitglied des Turnvereins und fand einen Gesinnungsgenossen in dem Zigarrenhändler Abraham (genannt Fritz) Strauß, der nach dem Barrikadenkampf vom 18. September 1848 als Parlamentarier des Volks mit den Truppen verhandelt und später lange als Gefangener in Mainz auf der Festung gesessen hatte. Zwischen diesen Männern und einigen anderen Mitgliedern der Turngemeinde bildete sich bald eine weitgehende Übereinstimmung der Ansichten heraus. Gemeinsam mit dem Bürstenbinder Moritz Stöckl, dem Buchdrucker Reinhold Baist und nicht zuletzt mit Dr. Johann Baptist von Schweitzer betrieben sie die Gründung eines Arbeiterbildungsvereins nach dem Vorbild des gleichnamigen Hamburger Vereins, dem Heymann, anfänglich die treibende Kraft der Bewegung, vier Jahre hindurch angehört hatte. Wirklich kam es denn auch am 6. November 1861 in Anwesenheit zahlreicher angesehener Frankfurter Persönlichkeiten zur Gründung eines solchen Vereins, der als seinen offiziellen Zweck angab, daß er den Gesellen die Gelegenheit bieten wolle, sich im Lesen, Rechnen, Schreiben und in der Buchführung zu vervollkommnen. Heymann, der die aus ca. 150 bis 200 Personen bestehende Versammlung eröffnete, erklärte, daß der neue Verein den Arbeitern zu der geistigen und sittlichen Bildung, zu dem Mut und dem Selbstvertrauen verhelfen sollte, durch deren Besitz sie erst den anderen Ständen gleichberechtigt würden. Auf allgemeinen Wunsch, wie es in den Zeitungsberichten heißt, übernahm hierauf Schweitzer den Vorsitz. Er brachte gleich einen

[1]) Vgl. über ihn Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 3. Aufl. Stuttgart 1906 Bd. 2, p. 204 und Koburger Arbeiterzeitung 1. März 1863.

politischen Akzent in die Diskussion. Ausgehend von dem Ringen des dritten Standes gegen die bevorrechtigten Stände in der französischen Revolution suchte er nachzuweisen, daß dieses Ringen sich bis in die Gegenwart fortsetze. Auf welchem Gebiete aber immer ein solcher Kampf geführt werde, es sei ein politischer Kampf, und deshalb müßte auch in den Arbeiterbildungsvereinen hauptsächlich politische Bildung gepflegt werden. Es scheint, daß diese Forderung Schweitzers manchen Anwesenden aus bürgerlichen Kreisen zu weit ging. Diesem Gefühl gab Max Wirth Ausdruck, indem er hervorhob, daß die technisch-gewerbliche Ausbildung denn doch noch wichtiger als die politische wäre, sie allein verhelfe dem Arbeiter zu Wohlstand, und erst dann, wenn er Wohlstand besäße, erwüchse ihm auch Selbstvertrauen[1]). Gleich an jenem Abend traten dem neuen Verein 120 Mitglieder bei, unter denen sich neben Arbeitern und Gesellen auch viele Meister, Kaufleute und Mitglieder der freien Berufszweige befanden. Einige Tage später erfolgte die endgiltige Konstituierung, bei der Schweitzer zum Präsidenten und Wilhelm Heymann und Abraham Strauß zu Vorstandsmitgliedern gewählt wurden. Als die feierliche Einweihung des Vereinslokals im Pfälzer Hofe nach einigen Wochen stattfand, herrschte noch das friedlichste Einvernehmen zwischen den anwesenden Mitgliedern aus den verschiedenen Volksklassen. Schweitzer selbst hielt eine recht zahme Rede über den Einfluß der Bildung, und das Ausschußmitglied des Nationalvereins Dr. Siegmund Müller versicherte höflich, daß alle Menschen Arbeiter seien: patriotische Deklamationen beendeten den gemütlichen Abend. Aber nur während der ersten Monate seines Bestehens sollte der Arbeiterbildungsverein sich der Gunst des liberalen Bürgertums erfreuen, an dessen Mildtätigkeit er um die Weihnachtszeit in einem Aufruf appellierte.

Mittlerweile stellte es sich immer deutlicher heraus, daß die Hoffnungen der deutschen Liberalen auf die neue Ära in Preußen sich nicht erfüllten, und daß Schweitzer mit seinem Urteil über dieses politische Intermezzo Recht behalten sollte. Die Reden König Wilhelms bei und nach seiner Krönung im Oktober 1861 hatten bis weit in die Kreise des Nationalvereins hinein ein tiefes Unbehagen erregt, und die ungehaltenen Äußerungen des Monarchen nach dem Siege der Fortschrittspartei bei den Landtagswahlen im Dezember ließen bereits den Umschwung der Politik voraussehen. Etwa um die Jahreswende auf 1862 verfaßte Schweitzer seine Broschüre „Zur deutschen Frage", die wohl wegen der überaus scharfen Sprache, gegen die deutschen Fürsten, keines Verlegers Namen auf dem Titelblatte trug. Die erste Erwähnung der Schrift in der Presse findet sich im Anfange des Februar, in Berlin wurde sie im Mai konfisziert. Schweitzers Auffassung des nationalen Problems hatte sich seit der Ver-

---

[1]) Ein halbes Jahr früher bei der Gründung des Gewerblichen Bildungsvereins in Leipzig hatten sich Vahlteich und Fritzsche gegenüber einer auf Wirths Standpunkt stehenden Mehrheit in der gleichen Weise geäußert wie hier Schweitzer.

öffentlichung von „Der einzige Weg zur Einheit“ nicht grundsätzlich geändert. Höchstens war der Ton, den er beiden führenden Dynastien gegenüber anschlug, noch heftiger geworden! Sie waren ihm die Sündenböcke für alles politische Elend, an dem Deutschland krankte! Dabei lag es in der Situation begründet, daß jetzt besonders der neue König von Preußen, der „Richter von Rastatt“, die Zielscheibe von Schweitzers Angriffen wurde. Wohl gab auch er zu, daß seit drei Jahren endlich wieder eine frischere Luft Deutschland durchwehte nach den zehn Jahren trostloser Totenstille, aber durch all' die Versammlungen, Reden, Vereine, Feste, Fahnen und Kränze sah er die deutsche Einheit ihrer Verwirklichung noch nicht näher gebracht. Das schlimmste Übel in Deutschland waren für ihn die widerstreitenden Interessen der Herrscherfamilien, und es erschien ihm deshalb nach wie vor als eine große Gefahr, wenn dynastische Pläne und fürstliche Hauspolitik durch die Unterstützung volkstümlicher Parteien mit einer gewissen Popularität umgeben wurden. Vor dieser Klippe, auf welcher der Nationalverein aufgelaufen wäre, wünschte er die neu gegründete Fortschrittspartei in Preußen bewahrt zu sehen. Unter Anspielung auf Wilhelms Rede bei der Krönung in Königsberg verhöhnte er hier wieder seine „Freunde“ vom Nationalverein: sie glaubten und meinten, eine Kaiserkrone in den Händen zu halten, die sie nach Berlin verschenken könnten, aber sie sollten doch gehört haben, daß die Könige von Preußen ihre Krone nur aus den Händen Gottes empfingen. Bei solchem Vorhaben müßten ihre Hände also unfehlbar mit den Händen Gottes ins Handgemenge geraten! Schweitzer erwies sich von neuem als ein unerbittlicher Gegner der Hohenzollernschen Hauspolitik und der preußischen Führerschaft, und vorläufig zeigte sich für ihn noch in der Berliner Regierung Mangel an Tatkraft und Armut an staatsmännischen Ideen. Besonders geißelte er auch die Verbindung des preußischen Preßbureaus mit den Nationalvereinsblättern, weil dadurch die öffentliche Meinung unter der Maske eines wohlfeilen Halbliberalismus unmerklich dem preußischen Interesse dienstbar gemacht würde. Kurz vor Ausbruch des Verfassungskonflikts bezeugt er der „jämmerlichen preußischen Mittelpartei der Grabow und Genossen“, die „weder über Bajonette noch über Fäuste noch über das gewinnende Gepräge der Genialität“ verfügten, seine gründliche Verachtung, dagegen findet er wiederum Worte der Anerkennung für die „geistvolle, männlich feste und konsequente Haltung“ der Kreuzzeitung, die ihm „bei aller Niederträchtigkeit ihrer Grundsätze“ besser gefällt als die „Organe der konstitutionellen Schwätzerkoterien“. Der ganze spätere Schweitzer steckt bereits in diesen Werturteilen! Ihm imponiert nichts als „Bajonette“, „Genialität“ und — „Fäuste!“ Über die Bajonette Macht zu gewinnen lag für ihn außerhalb jeder Möglichkeit, mit dem Genius sich zu verbinden, hat er später vergeblich versucht; was ihm gelingen sollte, war, den Fäusten ihr Ziel zu weisen! Schon dachte er in erster Reihe an die Männer der Faust, wenn er von dem eigentlichen Volke sprach

das es gar nicht nötig hätte, zwischen Österreich und Preußen, „zwischen Herodes und Pontius Pilatus“ zu wählen. In denjenigen Schichten des Volkes, die Tatkraft in bewegten und entscheidenden Zeiten bewiesen, vermöchten weder preußische noch österreichische Hegemoniegelüste Anklang zu finden. Von einer Verwirklichung der Bernstorfschen Unionsprojekte befürchtete er den Bürgerkrieg in seiner entsetzlichsten Gestalt; siege der kleindeutsche Gedanke, so hätte man ein für immer zerrissenes Vaterland mit gebrochener Volkskraft. Einer solchen Entwicklung gegenüber betrachtete er selbst die Beibehaltung des Bundestages vom nationalen wie vom demokraischen Gesichtspunkte aus noch als das kleinere Übel. Der Demokratie rief er zu, sie dürfe sich nicht beirren lassen, wenn sie bei ihrem Kampfe gegen eine preußische Hegemonie in die Gesellschaft konservativer Regierungsparteien geriete. Den kleindeutschen Professoren aber, die ihr im Tone jener tiefen Staatsweisheit, die bereits die Nationalerhebung von 1848 ruiniert hätte, vorwürfen, daß sie mit keinen positiven Vorschlägen für die deutsche Einigung hervorträte, solle sie erwidern, daß ein Negatives noch immer besser wäre als ein schädliches Positives. Bemängelten jene aber, daß die Demokratie sich tatenlos verhalte und nicht agitiere, so sei ihnen zu antworten, daß es leichter wäre, mit dem Gelde der preußischen Regierung und der reichen Philisterschaft (später hätte Schweitzer Bourgeoisie gesagt!) für den Nationalverein zu agitieren, als mit den Mitteln der ärmeren Volksklassen für eine von oben verpönte und von der Intelligenz und den wohlhabenden Ständen verlassene und verratene Sache! —

Aber es war doch nur ein magerer Trost, wenn Schweitzer, der sich gegen „Intelligenzen“ in der Arbeiterbewegung gewandt hat, seinen Gesinnungsgenossen versicherte, daß das Volk auch ohne die Hilfe der „vom Gothaismus infizierten Gelehrten“ die Erfüllung seines Einheitsdrangs „aus der Hand der Zeitideen und der Freiheit“ erwarten dürfe! Er sah ein, daß er auch seinerseits positive Vorschläge bringen müsse und deshalb erklärte er sich einverstanden mit einer kurz zuvor vom Nordstern in Hamburg veröffentlichten Anregung Karl Blinds. Ließ man nämlich die Frage nach der Führerschaft vorerst beiseite, so fiel das Haupthindernis fort, das einer gemeinsamen Agitation aller fortschrittlich gesinnten Elemente zugunsten der Einberufung einer deutschen Nationalvertretung im Wege stand. Schrieb der Nationalverein ebenfalls nur diese Forderung auf seine Fahne und verschob er die Verfechtung des alten Gothaer Programms bis zum Zusammentritt jener Versammlung, so konnte auch die Demokratie ihm beitreten, ohne ihren Grundsätzen etwas zu vergeben. Als Liberale, so meinte Schweitzer, müßten auch die Anhänger des Gothaer und Koburger Programms anerkennen, daß vom Standpunkte der Nation allein einem deutschen Parlament die Entscheidung über eine etwaige Führerschaft zukäme.

Diese Vorschläge für den Nationalverein am Schlusse der Broschüre waren geschickt der immer unbehaglicher werdenden Stimmung angepaßt,

welche diese Gründung des liberalen norddeutschen Bürgertums ergriffen hatte infolge der absolutistischen Wendung der preußischen Politik. Man darf behaupten, daß das Fundament des Nationalvereins die feste Erwartung bildete, das Bündnis der preußischen Regierung mit den liberalen Zeitideen würde Bestand haben. Die gegenteilige Entwicklung rief eine allgemeine Enttäuschung hervor, die sich natürlich weitaus am stärksten in Mittel- und Süddeutschland fühlbar machen mußte, wo man sich von Anfang an nur mit Widerstreben der Führerschaft selbst eines liberalen Preußens anvertrauen wollte. Am 2. Februar 1862 wurde auf Veranlassung von Metz in einer Frankfurter Versammlung des Nationalvereins, an der auch zahlreiche Nichtmitglieder teilnahmen, eine Resolution gefaßt, die zum Entsetzen der Zeit und der Wochenschrift des Vereins gegen die Haltung Preußens in seiner inneren Politik und sein Vorgehen in der deutschen Frage seit der Beantwortung der Beustschen Reformvorschläge ein unumwundenes Mißtrauensvotum aussprach. Aber diese Stellungnahme der Frankfurter Gemeinde fand die Billigung der Neuen Frankfurter Zeitung, die naturgemäß jetzt am Ende der neuen Ära mit ihren demokratischen Tendenzen das Organ der antigothaischen Minderheit im Nationalverein wurde.

Noch vor kurzem hatte Sonnemann nach anfänglichem Zögern es für richtig erachtet, sich von den Flottensammlungen nicht auszuschließen, jetzt aber näherte sich seine Zeitung, wie ihre Besprechung von „Zur deutschen Frage" erkennen ließ[1]), in wesentlichen Punkten der Ansicht Schweitzers. Sie meinte, daß diese Broschüre auf Freund und Feind eines mehr als gewöhnlichen Eindrucks nicht ermangeln könne und die darin enthaltene Kritik der Bestrebungen, Deutschland der Herrschaft des preußischen Königtums zu unterwerfen, nannte sie eine „wahrhaft vernichtende". Aber sie wollte nur von einem Teil der Mitglieder des Nationalvereins zugeben, daß sie jenes Ziel verfolgten. Gerade die Frankfurter Resolution vom 2. Februar bewiese, daß ein anderer Teil anderer Ansicht wäre. Die Zeit, diese „vorgeschobene Schildwache der Preußischen Annexion", wie die Neue Frankfurter Zeitung sie damals taufte, erkannte in solcher verhältnismäßig günstigen Behandlung eines gefährlichen Gegners des Nationalvereins die veränderte Stellung des Organs der demokratischen Kaufmannskreise. Sie bat ironisch Schweitzer dafür um Verzeihung, daß sie es ihm als eine absichtlich zur Schau getragene Naivität ausgelegt hätte, als er auf eine Bekehrung des Nationalvereins zu seinen „kaum noch verhüllten weitgehenden Ideen" rechnete, jetzt aber schiene es ihr, daß er „gewisse Gegenden des Nationalvereins" besser kenne als sie selbst! Von der großdeutschen Presse erklärte sich die bundestäglich-konservative Frankfurter Oberpostamtszeitung, wenn auch nicht mit den Begründungen, so doch mit den Resultaten der Broschüre im wesentlichen einverstanden, und erst recht fühlte sich die Augsburger Allgemeine Zeitung, obgleich sie die Schrift nicht in allen Stücken

[1]) Neue Frankfurter Zeitung 6. Februar.

loben wollte, von dem energischen Auftreten des jungen Politikers gegen Preußen auf das angenehmste berührt.

Die mäßigen Hoffnungen, die Schweitzer in seiner Broschüre auf die deutsche Fortschrittspartei in Preußen gesetzt hatte, kühlten sich noch weiter ab, als deren Mehrheit sich kurz vor der Kammerauflösung im März mit dem kleindeutschen Programm einverstanden erklärte. Dennoch widerriet er im April[1]) der „konsequenten" Demokratie, sich in ihrer Stellungnahme zum preußischen Verfassungskonflikt dadurch bestimmen zu lassen, daß sie in der deutschen Frage von der Fortschrittspartei abwich. Die Probleme seien unabhängig von einander. Nur wenn die Regierung einer auswärtigen Gefahr gegenüber versagte, gewönnen in einem historischen Staate Fragen der äußeren Politik, und eine solche sei die deutsche Frage für Preußen, eine volksbewegende Bedeutung. Aber bei dem vorliegenden Konflikt handle es sich allein um Gegensätze in der inneren Politik. Nachdem die liberale Ära sich als Schein und Trug erwiesen hätte, frage es sich jetzt zunächst, ob die Verfassung auch in Zukunft nur Schein und Trug bleiben oder ob sie Wahrheit werden, ob Preußen auch in Zukunft ein Militär- und Bureaukratenstaat sein oder ob es ein volkstümlicher Rechtsstaat werden solle. Wohl könne man den fortgeschrittenen Liberalen in Preußen den erheblichen Vorwurf nicht ersparen, daß sie sich von einem Trugbild hätten berücken lassen, als sie glaubten, die festgewurzelten Anschauungen des historisch gewachsenen konservativen Hohenzollernstaats mit seinen ruhmvollen Traditionen würden sich über Nacht dadurch beseitigen lassen, daß man einige halb liberale Minister ihm unnatürlich aufzwang. Aber angesichts des herannahenden Konflikts habe die Fortschrittspartei ihre Pflicht in jeder Hinsicht erfüllt. Da nun der Verlauf des preußischen Verfassungskampfes auch für das außerpreußische Deutschland von der eingreifendsten Bedeutung werden müsse, so sollte alle Freunde der Freiheit der Wunsch vereinigen, daß das preußische Volk das schwere Werk, das es so gut und richtig begonnen, auch mit Festigkeit und Kraft vollenden möge! —

Der Frühling dieses Jahres 1862 bedeutete einen Höhepunkt in Schweitzers öffentlicher Wirksamkeit. Im August trat dann bereits jene Katastrophe ein, die dem viel versprechenden jungen Politiker die Stellung raubte, welche Begabung und Ehrgeiz ihm in so kurzer Zeit verschafft hatten. Hauptsächlich beschäftigten Schweitzer während dieser Monate die Vorbereitungen zu dem allgemeinen deutschen Schützenfest in Frankfurt und die beginnende Arbeiterbewegung. Obgleich das Schützenfest nun keineswegs einen Markstein in seiner politischen Entwicklung bedeutet, so mußte die Durchforschung der Quellen doch

[1]) Diese Ausführungen finden sich unter dem Titel: „Zur preußischen Krisis" in einem nur im Ausschnitt in Schweitzers Nachlaß gefundenen Zeitungsartikel vom 17. April.

gerade hier mit besonderer Sorgfalt vorgenommen werden, da die Feinde Schweitzers bei ihren Angriffen auf seinen Charakter später immer wieder mit Vorliebe auf diesen Zeitraum zurückgegriffen haben.

Schweitzer war Schriftführer und korrespondierender Sekretär des Zentralkomitees für die Vorbereitung des Festes, und dieses Zentralkomitee hatte ihn anfänglich auch als seinen Vertreter in das Preßkomitee delegiert. Eines Tages unterrichtete er nun das Zentralkomitee von seiner Absicht, eine Festzeitung herauszugeben und gleichzeitig erbat er sich die Erlaubnis, diese auf dem Titel als offizielle Festzeitung bezeichnen zu dürfen. Korrekter Weise ersuchte das Zentralkomitee den Antragsteller, erst einmal die Ansicht des Preßkomitees über seinen Plan einzuholen. Dieser tat es auch und berichtete in der nächsten Sitzung des Zentralkomitees, daß das Preßkomitee gegen sein Vorhaben keinen Einwand erhebe. Hiernach bestand für das Zentralkomitee kein weiterer Grund, jenem Plane die Genehmigung zu versagen, zumal es bereits vorher die Bedingung ausdrücklich gestellt hatte, daß trotz des Titels jene Festzeitung in geschäftlicher wie in finanzieller Hinsicht ein Privatunternehmen bleiben müsse. Als aber diese Schweitzer vom Zentralkomitee erteilte Befugnis dem Preßkomitee bekannt wurde, behaupteten dessen Mitglieder, daß jener über die mit ihnen gepflogenen Verhandlungen dem Zentralkomitee in einem unrichtigen Sinne Bericht erstattet hätte. Wie sollten sie ihre Zustimmung dazu gegeben haben, daß die Leitung des Festorgans einer einzelnen Persönlichkeit, und dazu noch ohne jedes Überwachungsrecht ihrerseits, übertragen würde? Um den Tatbestand zu prüfen, erbat sich das Zentralkomitee nunmehr die Protokolle des Preßkomitees und erklärte nach deren Durchsicht, daß es sich von der Unrichtigkeit von Schweitzers Bericht nicht habe überzeugen können. Dennoch mußte natürlich ein Konflikt mit den Vertretern der Frankfurter Presse dem Zentralkomitee höchst unangenehm sein, und der Vorsitzende Dr. Siegmund Müller ersuchte deshalb Schweitzer nach einer Diskussion im Schoße des Komitees, er möge doch freiwillig auf das ihm erteilte Privileg Verzicht leisten, obgleich man sich ihm gegenüber privatrechtlich für gebunden erachtete. Nun läßt es sich heute nicht mehr entscheiden, ob allein Eigenliebe oder gar Gewinnsucht oder, wie Schweitzer selbst behauptete, die Rücksicht auf eine Reihe bereits abgeschlossener Kontrakte ihn zu einem starren Bestehen auf seinem Schein bestimmt haben. Dem Drängen des Zentralkomitees gab Schweitzer nicht nach. Damit nun aber auch deutlich sichtbar würde, daß weder das Zentralkomitee noch das Preßkomitee für dieses Privatunternehmen eine Verantwortung trügen, mußte er darein willigen, daß schon das Titelblatt der Festzeitung ausdrücklich seine Verantwortlichkeit für deren Inhalt konstatierte[1]). Natürlich hatte Schweitzer

[1]) Der Titel lautete nun: „Offizielle Festzeitung für das Allgemeine Deutsche Schützenfest zu Frankfurt a. M. Im Auftrag des Zentralkomitees redigiert unter Verantwortlich-

es jetzt gründlich mit den anderen Journalisten verdorben, und es stellte sich deshalb auch die Notwendigkeit heraus, daß das Zentralkomitee ein anderes seiner Mitglieder in das Preßkomitee delegierte. Von dieser „offiziellen“ Festzeitung sind im ganzen zwanzig Nummern erschienen, denen man aber mit Recht Mangel an bedeutendem Stoff vorgeworfen hat. Man erklärte ihn daraus, daß Schweitzer als ein einzelner den Aufgaben der Redaktion nicht gewachsen sein konnte. Schweitzer hatte es übrigens auch noch durchsetzen wollen, daß auf dem Festplatz selbst ausschließlich seine Festzeitung verbreitet werden dürfte. Aber diesen Anspruch hatte das Preßkomitee vereitelt. Wenn man unter den zahllosen oratorischen Ergüssen der Festwoche keiner einzigen Rede Schweitzers begegnet, so erklärt sich dies vermutlich weniger aus seiner Arbeitsüberhäufung, als aus der Unbeliebtheit, die er sich durch sein Vorgehen zugezogen hatte, und die ihm Zurückhaltung auferlegte.

Es hatte nämlich noch ein anderer Zwischenfall vor dem Fest, dem eine politische Tragweite zukam, in der öffentlichen Meinung dem ehrgeizigen jungen Advokaten geschadet; doch ist es hierbei zweifelhaft, ob auf seiner Seite überhaupt ein Verschulden vorlag. In manchen Kreisen des überwiegend katholisch und großdeutsch gesinnten Südens, besonders aber in Deutschösterreich, war damals die Befürchtung laut geworden, daß das bevorstehende Nationalfest in Frankfurt trotz der proklamierten strengen Ausschließung aller Parteipolitik den Zwecken des Nationalvereins oder gar den Interessen der internationalen Demokratie dienstbar gemacht werden könnte. Deshalb erschien die Abhaltung des Schützenfestes völlig in Frage gestellt, als bekannt wurde, daß Garibaldi seine Volksgenossen zum Besuch des Frankfurter Festes aufforderte. Er agitierte damals gerade in Italien für die Errichtung von Schützenvereinen und bediente sich des Hinweises, daß sich dort am Main alle liberalen Kräfte Europas für den Triumph der Freiheitssache vereinigen würden. Der bayrischen und der österreichischen Presse, die über diese Proklamation des Freischarenführers sofort leidenschaftlich herfiel, galt es jetzt als ausgemacht, daß die antiklerikalen und antiösterreichischen Bestrebungen in Frankfurt Orgien feiern wollten. Nun konnte sich aber das Zentralkomitee dieses Vorgehen Garibaldis gar nicht erklären, da es nicht das mindeste von einer an diesen gerichteten Einladung wußte. Der peinliche Fall wurde gründlich untersucht, und der folgende Sachverhalt stellte sich heraus: Die Mailänder Schützengesellschaft hatte dem Zentralkomitee angezeigt, daß sie mit der Absicht umginge, zu dem Feste einen Delegierten zu entsenden,

---

keit von Dr. J. B. v. Schweitzer, Mitglied des Vorstandes des deutschen Schützenbundes und des Zentralkomitees für das Deutsche Schützenfest“. Über den Zwischenfall vgl. Weismann, das allgemeine deutsche Schützenfest zu Frankfurt a. M. Ein Gedenkbuch. Mit Benutzung der Schriftstücke des Zentralkomitees. Frankfurt a. M. 1863 sowie die Zeit vom 27. und 30. März.

und sie hatte gleichzeitig um die Einsendung des Festprogramms gebeten. Als korrespondierender Sekretär war Schweitzer beauftragt worden, diesem Gesuche zu willfahren, und sicher wohl nur aus Höflichkeit[1]) hatte er in dem Begleitschreiben der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß „Deputationen der italienischen Schützenvereine möglichst zahlreich bei unserem Nationalfeste vertreten sein mögen." Diese ziemlich trockene Einladung zur Entsendung von Deputationen war es anscheinend, die von der feurigen Phantasie der Italiener in einer über deren wirklichen Inhalt weit hinausgehenden Weise ausgelegt wurde. Natürlich bot das Zentralkomitee alles auf, um das gefährliche Mißverständnis schleunigst zu beseitigen. In einer offiziellen Erklärung wiederholte es die Versicherung, daß das Schützenfest im Dienste keiner Partei stände, daß es lediglich dem deutschen Nationalgefühl Ausdruck geben solle, daß an einzelne Personen Einladungen überhaupt nicht ergangen seien, und daß die etwaige Teilnahme fremder Schützen ausschließlich als Sympathiekundgebung für Deutschlands nationale Hoffnungen angesehen werden könnte. Zwei Mitgliedern des Komitees, die sofort nach München entsandt wurden, gelang es nunmehr auch, die bayrischen Schützen und mit deren Hilfe die Österreicher von der Grundlosigkeit der von ihnen gehegten Befürchtungen zu überzeugen. Man einigte sich dort über einen Brief, den das Frankfurter Zentralkomitee an die Mailänder Schützengesellschaft richten mußte. Der Irrtum wurde darin Garibaldi zugeschrieben, welcher gerade damals durch Anstiftung eines Putsches in Welsch-Tirol die Österreicher[2]) von neuem gegen sich aufgebracht hatte, und man machte die Italiener darauf aufmerksam, daß Deputationen mit Adressen oder anderen Kundgebungen politischen Inhalts in Frankfurt nicht empfangen werden könnten. In einem würdig gehaltenen Antwortschreiben verzichteten die Mailänder nunmehr auf die Entsendung einer Deputation. Damit war aber jede Gefahr beseitigt, daß das Schützenfest zu einem Rendezvous der revolutionären Elemente Europas werden könnte, was im ersten Augenblicke sogar die nationalvereinliche Zeit befürchtet hatte, und die Feier verlief, von einem unwesentlichen Zwischenfall abgesehen, in der größten Harmonie und unter dem ungeheuren Jubel der Vertreter aller deutschen Stämme!

Herzog Ernst hatte in starker Selbstüberschätzung geglaubt, daß sein Fernbleiben das Fest aus dem nationalen Geleise heraus zu republikanischen

[1]) Wenig günstig urteilte über Schweitzers „Eigenmächtigkeit" damals die ihm sonst nicht übelgesinnte Augsburger Allgemeine Zeitung, an die er verschiedene telegraphische Dementis sandte. Vgl. Jahrgang 1862, Nr. 152, 155, 157. Der preußische Ministerresident in Frankfurt urteilte völlig schief, wenn er drei Jahre später über diesen Vorfall nach Berlin berichtete, daß seine „österreichischen Sympathieen" Schweitzer nicht abgehalten hätten, als Sekretär des Komitees eine Einladung an die Italiener zu richten, die beinahe das ganze Fest vereitelt hätte.

[2]) Auch das Wochenblatt des Nationalvereins vom 30. Mai verbat sich unter Drohungen an das Zentralkomitee „einen massenhaften Besuch der Italiener"; „Diese Herren,

und demokratischen Verirrungen bewegen könnte[1]). Da er an Rang der höchste war, so stand der Fürst natürlich im Mittelpunkt der Feier. Häufig soll man ihn in jenen Tagen in Schweitzers Gesellschaft und auf dem Festplatz sogar Arm in Arm mit ihm gesehen haben. Dieser grausige Umstand ist dem späteren sozialdemokratischen Führer, damals war er es noch nicht, von einfältigen Gegnern als ein schweres Verbrechen angerechnet worden, obgleich doch wirklich nicht einzusehen ist, weshalb der demokratische Adlige und der liberale Herzog nicht freundschaftlich mit einander hätten verkehren dürfen bei einem Feste, dessen Protektor der eine und dessen Sekretär der andere war. Ernst II. wird an der notorisch republikanischen und fürstenfeindlichen Gesinnung des andern um so weniger Anstoß genommen haben, als dieser ein geistvoller und unterhaltender Gesellschafter war wie ihn selbst der verwöhnte Koburger nichtalle Tage fand.

Später ist dann noch das Gerücht kolportiert worden, und selbst Justizrat Sterzing[2]), der Präsident des Deutschen Schützenbundes, hat sich zu dessen Träger gemacht, daß Schweitzer bei Gelegenheit des Schützenfestes 2000 Gulden unterschlagen hätte. Für diese schwere Verdächtigung konnte aber nicht die Spur eines Anhalts aufgefunden werden. Will man sie nicht einfach als eine böswillige Erfindung abtun, so wird man sie aus der Unbeliebtheit erklären, die Schweitzer sich in weiten Kreisen der Frankfurter Bürgerschaft durch die erwähnten Zwischenfälle und durch seine noch zu besprechende Arbeiteragitation zugezogen hatte. Ihm schadete auch die ungeordnete Art seiner Lebensführung, die in einer recht philiströsen und verhältnismäßig kleinen Stadt wie Frankfurt kein Geheimnis bleiben konnte, man wußte dort schon damals, wie Fritz Ellner versichert, daß dieser Sohn des vornehmen Patrizierhauses sich nicht selten in Geldverlegenheit befand, und diese Tatsache trug in der soliden Kaufmannstadt sicherlich noch weniger als später in Berlin zur Verbesserung von Schweitzers Leumund bei! —

Konnte es aber etwas geben, um in den Augen der besitzenden Frankfurter den exzentrischen jungen Herrn von Schweitzer-Allesina noch weiter zu diskreditieren, so war es die ausgesprochen antikapitalistische Gesinnung, die dieser neuerdings als Präsident des Arbeiterbildungs-Vereins hervortreten ließ. In seinem Kampf gegen das Großkapital traf sich Schweitzer, ebenso wie in seiner damit zusammenhängenden Gegnerschaft gegen den Nationalverein, mit Nikolaus Hadermann, der um jene Zeit in seinem Frankfurter Volksfreund, freilich ohne solide Kenntnisse und in einer recht altfränkischen Sprache, die Gothaer als Ausbeuter der Arbeitskräfte des Volkes und als schlimme

welche in den letzten Tagen drauf und dran waren, einen feindlichen Einfall in deutsches Gebiet zu machen, würden jetzt nirgends weniger an ihrem Platz sein als bei dem Frankfurter Schützenfest".

[1]) Aus meinem Leben usw. a. a. O. p. 469.

[2]) Vgl. Nippoldt im Demokratischen Wochenblatt. 17. Juli 1869.

Spekulanten zu Paaren trieb. Aber die Agitation des ehrgeizigen und unterrichteten Advokaten wurde von dem Bürgertum der Mainstadt weit unangenehmer empfunden, als die jenes alten Polterers, an dessen Querköpfigkeit es sich längst gewöhnt hatte. Während diesen höchstens noch die ältere Generation der kleinen Handwerker und Krämer anhörte, besaß der Vorsitzende des Arbeiterbildungsvereins einen bedeutenden und vorläufig noch zunehmenden Einfluß auf die numerisch ständig wachsende Klasse der Handwerksgesellen und Arbeiter.

Es ist bekannt, daß der Nationalverein in seiner Vorstandssitzung vom 24. April 1862 seine nun schon von mehreren Seiten angezweifelte Arbeiterfreundlichkeit durch eine schöne Geste beweisen wollte und sich bereit erklärte, zwölf Arbeiter zur Besichtigung der großen Industrieausstellung auf seine Kosten nach London zu entsenden. Dieses Beispiel fand in manchen Kreisen des Bürgertums Nachahmung, welche glaubten, das sich bereits leise ankündigende Unbehagen der unteren Volksschichten dadurch beseitigen zu können, daß man noch anderen Arbeitern, wie artigen Kindern, zur Besichtigung der Schaustellung jenseits des Kanals verhalf. In Frankfurt veranstaltete zu diesem Zweck die Redaktion von Max Wirths Arbeitgeber eine Geldsammlung, der Aufruf wandte sich besonders an die Gewerbevereine, die volkswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Vereine, die Arbeiterbildungsvereine und die Großindustriellen.

Nun hatte am 11. Mai ein nur aus Frankfurt und seiner nächsten Bannmeile besuchter Arbeitertag in Sachsenhausen, auf dem Schweitzer nicht zugegen war, diese Anregung des Nationalvereins und des Arbeitgebers ziemlich entgegenkommend aufgenommen. Es war die Auslegung von Listen zur Annahme von Beiträgen beschlossen worden, und auch ein Gesuch an den Senat behufs Unterstützung der Expedition hatte Annahme gefunden. Aber auch das Bedürfnis, in einer solchen die gesamte deutsche Arbeiterschaft angehenden Frage mit den Arbeitern der näheren und womöglich sogar der weiteren Umgegend Fühlung zu nehmen, stellte sich hier heraus. Zu diesem Behufe wurde der Vorstand des Frankfurter Arbeiterbildungsvereins mit dem Auftrag betraut, zum 25. Mai die Arbeiter aller Städte im Umkreise von zehn Stunden zu einem allgemeinen Arbeitertage nach Frankfurt einzuladen, damit man dort über ein gemeinsames Vorgehen in dieser Angelegenheit Beschlüsse faßte. Wie in anderen Gegenden Deutschlands, so gab auch hier am Main jene Spende einen Anstoß, den der Nationalverein, als er sie anregte, nicht vorausgesehen hatte. Zu seinem Erwachen hatte nämlich das bis dahin fast noch völlig schlummernde Klassengefühl der Arbeiterschaft nur noch einer verhältnismäßig so unbedeutenden Anregung bedurft, wie sie ihm hier zuteil wurde. Bereits an jenem 11. Mai in Sachsenhausen waren sich die dort anwesenden Arbeiter darüber einig geworden, daß von ihrem Standpunkte aus die Gabe des Nationalvereins in erster Reihe als ein Signal betrachtet werden müsse, das sie auffordere, auf eine Vereinigung ihrer Kräfte zu sinnen; und auch der Gedanke, war dort sogleich lebendig

geworden, in Zukunft periodisch zusammentretende Arbeitertage zu veranstalten. Die Beschlußfassung über diese Frage hatte man ebenfalls auf die Tagesordnung des für den 25. Mai einberufenen Arbeitertages gesetzt. Die nationalvereinliche Zeit verriet den starken Eindruck, den diese Sachsenhausener Versammlung auf ihren Berichterstatter gemacht hatte, durch die Bemerkung, daß die große Bedeutung des Zusammenwirkens sämtlicher Arbeiter dort schnell erkannt worden sei[1]).

Aber nur mit einem Teil der in Sachsenhausen gefaßten Beschlüsse wollte Schweitzer als Präsident des Arbeiterbildungsvereins sich befreunden. War er doch entschlossen, diese Gelegenheit zur Ausführung eines von ihm schon seit längerer Zeit geplanten Unternehmens zu benutzen. Er glaubte nämlich, die für eine revolutionäre Lösung der deutschen Frage unentbehrliche und von dem verhaßten Gothaertum noch unberührte Arbeiterklasse gegen den Nationalverein mobil machen zu können, indem er sie zu einer selbständigen politischen Partei organisierte. Aus dieser Absicht heraus beantragte er am Tage nach den Sachsenhausener Beschlüssen in einer Hauptversammlung des Arbeiterbildungsvereins eine Resolution, die es mit dem wohlbegründeten Streben des Arbeiterstandes nach selbständiger Stellung als unvereinbar bezeichnete, daß er sich an Unternehmungen politischer Korporationen beteiligte, bei deren Leitung er keine stimmberechtigte Mitwirkung besaß. Deshalb wurde es für eine Pflicht des Vereins erklärt, von Geldsammlungen zur Beschickung der Londoner Industrieausstellung abzusehen, wofern deren Ertrag dem Nationalverein oder dessen Beauftragten bedingungslos zur Verfügung gestellt werden müßte. Die dem Geist dieser Resolution entgegenstehenden Teile der Beschlüsse des Sachsenhäuser Arbeitertages auszuführen, solle dem Vorstande nicht gestattet sein. Aus der Debatte über diese Resolution, die nur mit einer Stimme Mehrheit, 34 gegen 33, angenommen wurde, erfuhr die Öffentlichkeit wohl zum ersten Male, daß sich innerhalb des Bildungsvereins, dessen Mitgliederzahl übrigens seit Neujahr stark gesunken war, schon in der kurzen Zeit seines Bestehens scharfe Gegensätze herausgebildet hatten. Ganz deutlich wurde die Natur dieser Gegensätze aber erst auf dem Arbeitertage vom 25. Mai, von dem man behaupten darf, daß mit ihm und nicht erst mit dem Erscheinen Lassalles die moderne sozialdemokratische Bewegung in der Frankfurter Gegend einsetzte. Schweitzer hatte diese Zusammenkunft, da es ein Sonntag war, auf den Vormittag in die Harmonie anberaumt. In dieser „unpassenden" Stunde und der absichtlich verzögerten Ankündigung sah die Neue Frankfurter Zeitung den Grund, daß der Arbeitertag von „auswärts", das wollte im besonderen sagen von den liberalen Arbeitern aus Offenbach und Hanau, dem Hauptanhang Sonnemanns, nur spärlich besucht war. Unter den etwas über hundert Anwesenden besaß Schweitzer, wie ihm die glatte Annahme der Frankfurter

[1]) Zeit 17. Mai, Frankfurter Postzeitung 18. Mai, Arbeitgeber 19. Mai.

Resolution vom 14. Mai bewies, eine zuverlässige Mehrheit. Und diese Gewißheit wird ihn erst recht ermutigt haben, hier zum ersten Male ganz deutlich mit sozialdemokratischen Gedanken an die Arbeiter heranzutreten. Er sagte ungefähr das folgende: Wie man im Privatleben sich erst über die Tendenz und den Charakter eines Wohltäters erkundige, bevor man ein Geschenk von ihm annehme, so müsse man es auch im politischen Leben halten. Da läge es denn auf der Hand, daß der Nationalverein seine kleine Gabe nur aus Eitelkeit darbringe, damit er in ganz Deutschland eine Gelegenheit hätte, die Arbeitervereine in seinem Namen zu versammeln und sich dabei gute Freunde und Anhänger unter den Arbeitern zu erwerben. Die Arbeiter jedoch müßten erkennen, daß der Nationalverein Interessen verfolge, die von denen der Arbeitervereine sehr verschieden wären. In ihm konzentriere sich nämlich das große Kapital, um zur politischen Herrschaft zu gelangen, und es würde eine Torheit sein, wenn die Arbeiterschaft, deren goldene Tage noch längst nicht gekommen wären, die Tendenzen des Kapitals unterstützen wollte. Es ließ sich nicht mit Sicherheit nachweisen, ob in dieser Versammlung aus Schweitzers eigenem Munde oder aus dem eines seiner Anhänger gegen die Neue Frankfurter Zeitung der Vorwurf erhoben wurde, daß sie nur die Börse und das Kapital unterstütze, und daß ihr Eigentümer sich an Rothschild verkauft hätte. Aber selbst wenn er nicht persönlich diese Verleumdungen vorbrachte, wird man sich nicht wundern, daß dieses Organ der bürgerlichen Demokratie jetzt endgiltig auf jede Gemeinschaft mit Schweitzer verzichtete. Übrigens brachte der Verlauf jener kleinen Versammlung ihn noch in einen ganz direkten Gegensatz zu Leopold Sonnemann. Der ausgesprochen kapitalfeindliche Charakter seiner Rede verursachte dort nämlich eine heftige Diskussion zwischen den radikalen und den gemäßigten Elementen. Die letzteren, hauptsächlich Delegierte des Portefeuille- und Buchbindervereins in Offenbach sowie der dortigen Turn- und Gesangvereine, verließen schließlich, zwanzig an der Zahl, das Lokal und zogen nach der Tonhalle, wo sie unter Sonnemanns Vorsitz ein Zentralkomitee einsetzten, daß die nach London zu entsendenden Arbeiter auswählen sollte. Außerdem beschlossen sie die Einberufung eines neuen Arbeitertages auf den 8. Juni.

Aber durch seine offene und für die damaligen Frankfurter Zustände unerhörte Betonung des sozialen Klassengegensatzes verdarb Schweitzer es nicht allein mit Sonnemann, sondern mit der ganzen bürgerlichen Demokratie, die seit dem Ausbruch des preußischen Verfassungskonflikts in Bezug auf die deutsche Frage fach mit ihm übereingestimmt hatte. Die in dem gleichen Verlage wie die Neue Frankfurter Zeitung erscheinende und ebenfalls demokratische Frankfurter Volkszeitung, ein Lokalblatt, veröffentlichte einige Tage nach jener Versammlung[1]) zwei Artikel über die Zustände im Frankfurter Arbeiter-

[1]) Frankfurter Volkszeitung 31. Mai und 3. Juni.

bildungsverein. Diese enthielten eine scharfe Absage an dessen Vorsitzenden, der den Erwartungen, die man bei der Gründung des Vereins auf ihn gesetzt, in keiner Weise entsprochen hätte. In Frankfurt bilde die Arbeiterbevölkerung nicht, wie in manchen Fabrikstädten, eine besondere Kaste innerhalb der Bevölkerung, sondern es herrsche zwischen ihr und den anderen Berufsklassen ein ständiger Umgang. In einer solchen Stadt müßte es die Aufgabe des Vorsitzenden eines Arbeiterbildungsvereins sein, die Arbeiter warnend auf den vernichtenden Einfluß hinzuweisen, den gerade sie auf die große Volkserhebung des Jahres 1848 ausgeübt hätten. Sie hätten damals, indem sie die aus Frankreich eingeschleppten sozialistischen und kommunistischen Ideen übernahmen und die reichen und mittleren Volksschichten damit erschreckten, jene Spaltung hervorgerufen, die zum Untergang der ganzen Bewegung führte. In verdienstvoller Weise hätten die Leiter der Arbeiterbildungsvereine in Hamburg und in Berlin die Bekämpfung jenes sozialistischen Spuks zu ihrer Hauptaufgabe gemacht. Dort wurde den Arbeitern fortgesetzt gepredigt, daß eine Verbesserung ihrer Lage und eine Hebung ihrer gesellschaftlichen Stellung einzig und allein auf dem ihnen von Schulze-Delitzsch gewiesenen Wege der Selbsthilfe zu erreichen wäre. Im Frankfurter Arbeiterbildungsvereine aber herrsche ein anderer Geist, hier hätschele man jene sozialistischen Irrtümer von 1848, ja die ganze Tendenz dieses Vereins sei eine sozialistische. Vom Vorstandstische selbst wären hier Worte erklungen wie: das fluchwürdige Kapital suche den Arbeiterstand zu knechten und ihn gänzlich seiner Unabhängigkeit zu berauben. Die Frankfurter Volkszeitung bezeichnete es offen als Schweitzers Absicht, die Arbeiter gegen die Arbeitgeber aufzureizen und sie daran zu gewöhnen, die besitzenden Klassen als ihre Feinde anzusehen. Diese bis dahin noch verhüllte Tendenz des Arbeiterbildungsvereins sei jetzt bei der Diskussion über die Opportunität der Beschickung der Londoner Ausstellung durch Arbeiter ganz offenkundig geworden. Nun sei diese Bewegung zwar ungefährlich, weil sie jenseits des Weichbildes von Frankfurt keine Spur von Anklang und Unterstützung fände. Aber bedauerlich bliebe es doch, daß die Frankfurter Arbeiterschaft sich durch die persönliche Eitelkeit von Leuten, deren Geschäft die Agitation en detail sei, dazu mißbrauchen ließe, das schwarz-gelbe Futter zu deren hochroten Blusen zu liefern. Zum Schluß äußerte die Frankfurter Volkszeitung die Hoffnung, daß die Arbeiter der Umgegend dem „Geliebten der Kreuzzeitung" die gebührende Antwort erteilen würden. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Sonnemann diesen Artikel, der in seinem Verlage erscheinenden Zeitung geschrieben, inspiriert oder wenigstens gebilligt hat. Eine Folge von Schweitzers Agitation war es auch, daß ein Aufruf, den jetzt einige Industrielle im Bunde mit den Redaktionen der Zeit, der Neuen Frankfurter Zeitung und des Arbeitgebers erließen, und der zu Beiträgen für die Beschickung der Industrieausstellung durch Arbeiter einlud, es ausdrücklich für notwendig erachtete, darauf hinzuweisen, mit wie großem

Unrecht man sich bemüht hätte, eine solche rein volkswirtschaftliche Angelegenheit zu einer Parteifrage zu stempeln!

Doch scheint es, daß Schweitzer bei seinem radikalen Vorgehen selbst im Arbeiterbildungsverein nur eine knappe Mehrheit hinter sich hatte und daß er sich deshalb nicht stark genug fühlte, um mit Aussicht auf Erfolg einen offenen Bruch mit der überwiegend fortschrittlich gesinnten Arbeiterschaft von Frankfurt und Umgegend durchzuführen. Von der andern Seite kam Sonnemann, dem im Gefolge dieser Vorgänge bis zu dem nicht mehr fernen Auftreten Lassalles die führende Stellung in der Arbeiterbewegung des Maingaues zufiel, den Radikalen deshalb gern entgegen, weil eine Absplitterung der sozialistischen Elemente der Arbeiterschaft in keiner Weise seinen politischen Wünschen entsprechen konnte. Wilhelm Heymann wirkte ebenfalls in versöhnendem Sinne und seinen Bemühungen besonders gelang es, den Streitpunkt, wie man damals sagte, „auf eine volkstümliche Weise" zu erledigen. Der Arbeiterbildungsverein verzichtete auf die Absicht, für die selbständige Entsendung eines Delegierten nach London Sammlungen zu veranstalten, und sowohl der Arbeitertag, welcher am 8. Juni unter Sonnemanns Vorsitz abgehalten wurde wie auch der Arbeiterbildungsverein wählten Kommissionen, die sich miteinander über die künftige periodische Veranstaltung von Arbeitertagen des Maingaus verständigten. Auf Verlangen des Arbeiters Schöll wurde noch ausdrücklich bestimmt, daß nur wirkliche unselbständige Arbeiter in diese Kommission eintreten dürften.[1])

Wenige Wochen nach diesen Vorgängen, vierzehn Tage nach dem Schützenfest, trat dann das Ereignis ein, das eine weitere öffentliche Wirksamkeit Schweitzers in seiner Heimatsstadt unmöglich machte. Am 7. August wurde er im Schloßgarten zu Mannheim unter dem Verdacht eines Vergehens gegen die Sittlichkeit verhaftet und am 5. September vom dortigen Hofgericht wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses durch öffentliche Verübung einer unzüchtigen Handlung zu vierzehn Tagen bürgerlicher Gefängnisstrafe verurteilt, die er sogleich im Zellengefängnis zu Bruchsal verbüßte. Wohl mit Rücksicht auf die angesehene Familie Schweitzers äußerten sich die Frankfurter Zeitungen über den jähen Sturz des ihnen allen verhaßten Mannes mit taktvoller Zurückhaltung. Dem allgemeinen Gefühl verlieh die Süddeutsche Zeitung, die Nachfolgerin der Zeit, den treffendsten Ausdruck, als sie bedauerte, daß ein so reich begabtes Talent in solcher Weise seiner öffentlichen Wirksamkeit ein Ziel gesetzt hätte! In Frankfurt hielt sich Schweitzer nach diesem Ereignis nur noch vorübergehend auf, denn es war für ihn niederdrückend, wahrzunehmen, wie alle Welt ihn hier mied. Bis zu seiner Übersiedlung nach Berlin im Spätsommer 1864 wohnte der unter seinen Landsleuten hinfort Geächtete in dem nahen Wiesbaden.

---

[1]) Neue Frankfurter Zeitung 11. Juni, Arbeitgeber 11. Juni.

Kapitel V.

Schweitzers Anschluß an Lassalle.

Eine Woche vor der Katastrophe in Mannheim besuchte ein bayrischer Offizier den Verfasser von „Der Zeitgeist und das Christentum“, um ihm zu sagen, daß dieses Werk ähnlichen Gedanken in seinem eigenen Geiste entgegengekommen wäre. Wenige Tage genügten, um zwischen Johann Baptist von Schweitzer und Johann Baptist von Hofstetten eine Freundschaft herzustellen, die nicht bloß für die militärische Laufbahn Hofstettens sondern für dessen ganzes Schicksal verhängnisvoll werden sollte. In Gesprächen über Weltanschauungsfragen, über Plato, Kant und Friedrich den Großen fanden die jungen Männer einander; noch mehr aber war die Not des Vaterlandes der Gegenstand ihres lebhaften Meinungsaustausches. Durch das Mißgeschick des neuen Freundes ließ sich Hofstetten nicht beirren, und der andere, der damals erleben mußte, wie sich in der Heimatstadt alle von ihm abwandten, scheint ihm dafür aufrichtig dankbar gewesen zu sein. Wahrscheinlich in Wiesbaden schrieb Schweitzer nach seiner Freilassung eine neue, diesmal etwas größere Broschüre[1]) über die deutsche Frage, die im Dezember im Buchhandel erschien, und er widmete sie Hofstetten. In ihrem Vorwort findet sich die einzige uns bekannte Äußerung über die Gefühle, die jene traurigen Vorgänge in dem verschwiegenen Manne geweckt hatten: „Als in meiner Vaterstadt diejenigen, welche sich meine Freunde nannten, den Augenblick gekommen glaubten, endlich einmal die lang verhaltene Mißgunst frei walten lassen zu dürfen; als dann so viele gläubig wiederholten, was wenige erfunden hatten — da fragte ich mich erstaunt: Wie hast du das verdient? Aber es war nur der erste rasche Augenblick — und es fiel mir ein, daß es immer so war und so bleiben wird in Ewigkeit“. Es klingt eine scharfe Bitterkeit aus diesen Sätzen, und man geht mit der Vermutung schwerlich fehl, daß die Erfahrungen jener Wochen in der Seele dieses Aristokraten, der sich jetzt wie ein Ausgestoßener vorkam, bleibende Spuren hinterlassen haben. Mehr als diese Worte auszusprechen, so heißt es noch in der Widmung an Hofstetten, verböte der Stolz, den Horaz und Platen besängen, er würde es als einen Verrat an der eigenen Seele empfinden!

„Die österreichische Spitze“ lautete der Titel dieses letzten und umfangreichsten in Broschürenform erschienenen Beitrages Schweitzers zur Besprechung der nationalen Frage. Aber in diesem Titel kommt die Gedankenfülle der kleinen Schrift nur unvollkommen zum Ausdruck. Bei der Abfassung hatte Schweitzer diesmal auf jene oratorische Wirkung fast ganz verzichtet, die er in seiner vorigen Broschüre angestrebt hatte. Diesem Manne mochte es gerade in jenen für ihn so schweren Monaten instinktiv zum Bewußtsein gekommen sein, daß er sich niemals origineller und gesammelter ausdrückte, als wenn

[1]) Die Österreichische Spitze. Ein Beitrag zur Besprechung der nationalen Frage. Leipzig 1863 (Otto Wigand).

er sich ganz ohne den leisen Zwang, den das Pathos von seinem kühlen Verstande verlangte, der ihm angeborenen großen Begabung für eine gerechte und leidenschaftslose Analyse historischer Gebilde und politischer Zusammenhänge überließ und dabei seine Ansichten mit jener Mäßigung und Selbstbeherrschung vortrug, die er als die besten Eigenschaft der Geburtsaristokratie zu bezeichnen pflegte. Auch seinem Meister Macchiavelli ist Schweitzer in keiner seiner Schriften näher gekommen als hier. Die seinem Geist innewohnende Verwandtschaft mit der politischen Betrachtungsweise der Renaissance tritt klar zu Tage, und die gelassene Abstreifung der eigenen Wünsche behufs besserer Versenkung in eine komplizierte fremde Welt von Anschauungen und Gefühlen erinnert in der Klarheit und Schärfe, mit der diese Selbstentäußerung sich vollzieht, nicht selten an die Berichte venezianischer Diplomaten, die Willy Andreas[1]) letzthin in einer feinen Studie charakterisiert hat.

Eine Abhandlung über: „Politisches Streben und reale Macht" geht dem aktuellen Teile der Broschüre voraus. Sie ist nicht ohne Wert für das Verständnis von Schweitzers Gedankenwelt. Er huldigt darin der Ansicht, daß es auch in der Politik feststehende Sätze gebe, die unter den äußerlich verschiedenartigsten Zuständen eine unwandelbare Gültigkeit behaupteten, und er spricht in diesem Sinne, mit einer freilich unglücklichen Terminologie, von politischen Naturgesetzen. Was er darunter versteht ist nicht gar so metaphysisch wie der Klang des Wortes, und es ist wahrscheinlich, daß Schweitzer einverstanden gewesen wäre, wenn man ihm gezeigt hätte, daß auch seine politischen Naturgesetze nichts sein konnten als Abstraktionen aus einem Konglomerat von Erfahrungen. Ihm galt es als die oberste Wahrheit in der Theorie der Politik, daß die in Massen zum gesellschaftlichen Organismus vereinten Menschengeister „auf diese oder jene äußere Veranlassung hin unter diesen oder jenen Umständen notwendig so oder so reagieren". Erblickte er doch gerade darin die Unvergänglichkeit von Macchiavellis Arbeiten, daß sie an der Hand einer geschichtlich-psychologischen Untersuchung der äußerlich so vielfach von einander abweichenden Erscheinungen und Vorfälle, diese ihres zufälligen und unwesentlichen Gewands entkleideten und durch die Auffindung einer überall gleichen Grundlage und inneren Struktur Thesen von einer „schlechthin allgemeinen" Gültigkeit gewönnen. Eines solchen unwandelbaren Satzes will sich Schweitzer nun hier bei der Erörterung der deutschen Frage bedienen. Der betreffende Satz besagt, daß in Zeiten von nicht ausgesprochen revolutionärem Charakter alle öffentlichen Bestrebungen sich an irgendwelche b l e i b e n d organisierten realen Gewalten anzulehnen suchen. Es ist Schweitzer inzwischen zur Gewißheit geworden, daß eine jede Agitation, die ohne solchen realen Anhaltspunkt vorgeht oder vorgehen muß, in normalen Zeiten zur Machtlosigkeit verurteilt bleiben müsse. Jene realen Gewalten

[1]) Willy Andreas, die venezianischen Relationen und ihr Verhältnis zur Kultur der Renaissance. Leipzig 1908.

wie der Staat, das Papsttum, das Kapital wären imstande, äußere Vorteile zu bieten, da sie über materielle Hülfsmittel verfügten, sie wären damit in der Lage, geistige Kräfte an sich zu ziehen und hätten so einen ganzen Komplex von einheitlich geleiteten Kräften in ihren Händen. Wenn nun aber öffentliche Bestrebungen, die dieser Vorteile ganz entbehrten oder sie nur in geringem Maße besäßen, sich an jene erwähnten realen Mächte anlehnten, so würden ihre Kräfte und Mittel mit Notwendigkeit in deren Interesse hinein gezogen. Denn jene wären das Ausgebildete und Feste und ihr konsolidierter Besitzstand befähigte sie, dem sich erst Bildenden und Beweglichen gegenüber, in die Wagschale der Kräfte ein starkes Übergewicht zu werfen. Aber selbst wenn an allen Straßenecken die Gefahren einer derartigen Anlehnung gepredigt würden, so ließen sie sich trotzdem nicht vermeiden, weil sie der Ausfluß einer unabänderlichen Notwendigkeit seien. Wer selbst leitend inmitten von politischen Bestrebungen stände, dürfe solche Sätze freilich nicht proklamieren, da er, wenn vielleicht auch nur in Miniatur, dann selbst eine reale Macht darstelle, und deshalb eine offene Darlegung der Wahrheit den Gegnern leicht Angriffspunkte darbieten könnte. Die Wahrheit, die Freundin des Gelehrten, sei die Feindin des Staatsmanns!

Es wäre leicht, mit Hilfe dieser theoretischen Betrachtungen Kritik zu üben an dem Politiker, der in einem ungezügelten Wahrheitsdrang zwei Jahre später Bismarck bewundernd verherrlichte, und der zu Anfang seiner Führerschaft die Anlehnungspolitik Lassalles gegenüber dem damaligen preußischen Staat fortsetzte, obgleich er dessen urkonservativen Charakter gerade hier in „die Österreichische Spitze" mit unübertrefflicher Klarheit und mit einem eindringendem Verständnis analysiert hat. Als große reale Gewalten im Sinne von Schweitzers Terminologie kamen unter den deutschen Staaten natürlich nur Österreich und Preußen in Betracht. Sie allein vermochten eine erhebliche Anziehungskraft auszuüben. Nun bezeichnete er, seinen vorausgeschickten theoretischen Betrachtungen gemäß, die kleindeutsche Partei schlechthin als die preußische und die großdeutsche als die österreichische, von denen die eine unter Anlehnung an die reale Macht Preußens, die andere unter Anlehnung an die reale Macht Österreichs die Einigung des Vaterlands anstrebte. Aber diese Einigung wäre noch das Ziel einer dritten Partei, der radikal-demokratischen, welche die unteilbare deutsche Republik wollte. Es läge im Wesen dieser Partei, daß sie unter der gesicherten und regelmäßigen Herrschaft historischer Gewalten nur eine unselbständige und sekundäre Wirksamkeit zu entfalten vermöge als Popanz des Konservativismus und als Sporn im Nacken des gemäßigten Liberalismus. Ihr sei die Ausübung einer direkten und selbständigen öffentlichen Wirksamkeit durch organisatorische Parteitätigkeit in ruhigen Zeiten nicht vergönnt, wodurch sie denn freilich auch der Notwendigkeit enthoben wäre, sich an eine jener beiden realen Mächte anzulehnen. Das Ideal dieser Partei entferne sich zu weit von der bestehenden Wirklichkeit, als daß sich die Bevölkerung in ruhigen Zeiten daran zu gewöhnen ver-

möchte. In solchen Zeiten sei die demokratisch-radikale Partei zu einer erzwungenen Untätigkeit verurteilt. Aber dieses Bild ändere sich durchaus zu Gunsten der extremen Partei sobald anhaltendes Unglück in auswärtigen Kriegen oder ein Zusammenstoß der liberalen Mittelparteien mit den bestehenden Gewalten eine bedeutende Schwächung der Regierungen und damit einen Zustand der Unordnung und Auflösung herbeigeführt haben würden. Dann wäre die Zeit der extremen Partei gekommen. Verstünde sie es alsdann, in die Massen den zündenden Funken zu werfen und diese zu einer rücksichtslosen Begeisterung für jene Zeitideen fortzureißen, die auf diese Massen einen stärkeren Zauber als die nationale Einheit ausübten, so vermöge sie eine vollständige Umwälzung alles Bestehenden durchzuführen. Ginge sie dabei entschieden genug voran, so könnte sie, wenn vielleicht auch nicht die Möglichkeit eines nochmaligen Rückfalls in die Despotie, so doch sicherlich eine künftige Wiederherstellung der Einzelstaaten durch eine Konterrevolution dauernd verhindern. Schweitzer wiederholt hier den schon in „Der Zeitgeist und das Christentum" von ihm betonten Gesichtspunkt, daß eine künftige Revolution, die bleibende Erfolge erzielen wolle, mit der Ausrottung aller reaktionären Elemente radikal vorgehen müsse. In Deutschland wäre für die Erreichung dieses Zweckes nicht einmal eine Schreckensherrschaft notwendig, denn es würde sich herausstellen, daß die alten Zustände hier bereits mehr gelockert seien, als in dem Frankreich des ausgehenden achtzehnten Jahrhunderts. Blut fließen müßte freilich bei jeder in das historisch Bestehende tief eingreifenden Umänderung. In dieser Hinsicht würde es bei der Begründung der deutschen Einheit keinen Unterschied machen, ob dieses Werk von unten oder von oben her begonnen würde. „Rosenöl und Moschus" reichten niemals als Heilmittel bei großen Anlässen!

Da aber eine Lösung der deutschen Frage von unten her, die nur nach einer siegreichen Volksrevolution Erfolg hätte haben können, am Ausgang des Jahres 1862 nicht von ferne zu erwarten war, so wollte Schweitzer in dieser Schrift, die nur die aktuellen Eventualitäten in Betracht zog, völlig absehen von jenem Wege zur Einheit, den er selbst herbei wünschte. Er stellt sich hier ausschließlich die Aufgabe, nach einer Charakteristik Österreichs und Preußens und der an diese beiden Mächte sich anlehnenden Parteien, zu untersuchen, ob vom Standpunkte einer national gesinnten Demokratie aus eine österreichische oder eine preußische Lösung der deutschen Frage das kleinere Unglück bedeutete!

Zuerst betrachtet er Preußen und dessen von der allgemeinen deutschen Geschichte abgesonderte, ja in einem gewissen Sinne der Reichsgeschichte entgegenstehende „vielfach ruhmvolle" Geschichte. Er betonte des Borussenstaats oppositionelle Stellung gegen Kaiser und Reich und zeigte, wie dieser „unter tüchtigen Regenten", besonders „durch das mächtige Genie eines großen Königs und gewaltigen Kriegsherrn", zu einem ausgedehnten und mächtigen Staate erweitert worden war. Der Hauptsache nach sei Preußen durch seine Dynastie

groß geworden. Ein selbständiges Eingreifen des preußischen Volkes in seine Geschichte, wie es nicht der Form aber dem Wesen nach die Erhebung von 1813 dargestellt hätte, gehöre in der preußischen Geschichte zu den Seltenheiten. In der Bevölkerung eines Staates von so eigener Vergangenheit habe sich natürlich ein besonders hartnäckiger, weil besonders berechtigter und vernünftig begründeter partikularistischer Geist ausbilden müssen. Dieses gelte vorzüglich von den alten, den Charakter des Ganzen vorzugsweise bestimmenden Provinzen. Von dieser Bevölkerung sei begreiflich, daß sie vorwiegend royalistisch gesinnt wäre, hier sei der Royalismus eine wohlbegründete „politische Anschauungsweise", der eine ganz andere Berechtigung zukäme, als anderwärts der sogenannten Treue gegen das angestammte Herrscherhaus. In Preußen gelte die Dynastie und ihr jedesmaliger Regent mit innerer Berechtigung als der Kulminationspunkt der herkömmlichen Elemente, als der Schwerpunkt der in hergebrachten Bahnen rotierenden Kräfte, als das Herz und Hirn des Staatsganzen. Allein unter solcher Voraussetzung habe dieser Staat seine eigentümliche Wesenheit und seine dermalige Stellung erlangt und erlangen können. Nun stehe Preußen zur Zeit inmitten des vielfach geteilten Gesamtvaterlands in einer so ansehnlichen Größe da und umfasse, ohne auf fremdsprachlichen Elementen zu beruhen, von der Gesamtbevölkerung Deutschlands einen so beträchtlichen Teil, daß es nicht als unselbständig gelten könne, es sei aber noch viel zu klein, um die Gesamtheit durch den natürlichen Druck entschiedener realer Übermacht zu beherrschen. Durch dieses Verhältnis habe sich ein Zustand herausgebildet, der das offenbare Gepräge des Unfertigen, einer noch nicht abgeschlossenen geschichtlichen Entwicklung, an sich trage. Preußens verzweifelt durchbrochenes Territorium habe die Tendenz in sich, in konsequenter Fortsetzung seiner bisherigen Entwicklung sich weiter in demselben Lande und durch dieselbe Bevölkerungsart zu vergrößern, aus denen es sich zu seinem jetzigen Bestande erweitert habe. Nun brauchte aber eine solche Vergrößerung nicht unbedingt in der territorialen Einverleibung der anderen deutschen Staaten zu bestehen. Auch in der Form der Hegemonie könnte eine dynamische Zusammenfassung, eine Konzentration der Kräfte anderer deutscher Staaten in der Hand der Dynastie Hohenzollern stattfinden auf der Grundlage ihrer historischen Traditionen. Und mit Unrecht nenne man Preußens Mission in Deutschland eine deutsche, da sie doch nur eine preußische wäre. Nicht der Göttin Germania werde in Preußen geopfert, sondern Germania sei als das Opferlamm ausersehen für ihre Tochter Borussia. Wohl wäre die historische Entwicklung des preußischen Staats schon durch heftige Erschütterungen, noch niemals aber durch radikale Aktionen unterbrochen worden. Gerade aus dem noch nie abgerissenen historischen Zusammenhang seiner Geschichte erklärten sich jene besonders gefärbten Begriffe und Ideen seiner Bevölkerung, die man in ihrer Totalität als den spezifisch preußischen Geist bezeichne!

In besonderer Lebendigkeit und Höhe seien diese Ideen dort natürlich bei den vorzugsweise maßgebenden Elementen traditionell. Diesen miteinander und mit der Dynastie innig verbundenen bevorzugten Kreisen sei die Wahrung ihrer Machtstellung im Innern, bei der es sich um gegenwärtige und schon vorhandene Vorteile handle, weit wichtiger, als die nur von zukünftigen und indirekten Interessen gebotene Vergrößerung des Staates nach außen hin. Dadurch aber sei den preußischen Staatsmännern bleibend eine Politik vorgezeichnet, die auf jene Vergrößerung des Staates hinarbeite, ohne außer acht zu lassen, daß durch das Hinzuziehen neuer, von außen kommender Elemente der bisherige Charakter des Ganzen nicht verwischt und die in diesem wurzelnde Machtstellung der begünstigten Kreise nicht gefährdet oder überflutet werden dürfe. Der oberste Grundsatz preußischer Politik werde immer sein, daß der alles Einzelne mehr oder weniger durchdringende althistorische, spezifisch preußische, wesentlich Hohenzollernsche Charakter des Staats nicht verloren ginge, und daß der alte politische Schwerpunkt, um den die neu erworbenen Gebiete sich zu gruppieren, dem sie sich anzupassen hätten, möglichst unverrückt erhalten bliebe. Je bedeutender die Begabung eines preußischen Staatsmannes sein würde, um so sicherer könnte er sich in einer Bahn bewegen, die von den beiden Linien: Erhaltung des historischen Staatscharakters und Vergrößerung nach außen hin umschrieben würde.

Schweitzer betrachtete es als eine Klugheit der preußischen Politik, daß diese ihren aggressiven Ausdehnungstendenzen den Anschein einer Förderung der deutschen Einheit gäbe, obgleich ihre Bestrebungen in Wirklichkeit von den gefährlichsten partikularistischen Absichten diktiert würden. Von der kleindeutschen Partei, die sich an die reale Macht Preußens anlehne, behauptete er, daß sie mit innerer Notwendigkeit für die Erweiterung der Herrschaft des spezifischen Preußentums arbeite, während sie doch wähne, für die Herstellung eines deutschen Staatsganzen tätig zu sein, in dem der selbständige Geist der Gesamtnation zur Geltung und Wirksamkeit gelangen solle. Diese kleindeutsche Partei habe es nun seit der Errichtung des Nationalvereins mit Hülfe des preußischen Preßfonds durch eine geschickte und erfolgreiche Agitation, die vor einer rücksichtslosen Verketzerung aller andersdenkender Elemente nicht zurückschrecke, dahin gebracht, daß schließlich alle liberal und national empfindenden Elemente, selbst wenn sie gar nicht kleindeutsch gesinnt waren, diesem Verein beitraten. Dem Nationalverein sei zustatten gekommen, daß sich keine andere Organisation darbot, innerhalb deren eine gleich rege Teilnahme am öffentlichen politischen Leben möglich gewesen wäre, und der große Erfolg der kleindeutschen Partei habe gerade darin bestanden, daß sie das Präveniere spielte, während die großdeutschen Elemente in Untätigkeit und bloßer Negation verharrten. Wohin aber, so fragt Schweitzer auch hier, könnte im günstigsten Falle ein Sieg der kleindeut-

schen Bestrebungen führen? Auf der einen Seite gäbe es dann ein deutsches, auf der anderen ein österreichisches Kaiserreich, und schon die Familientraditionen der beiden Dynastien würden verhindern, daß sich zwischen ihnen ein friedlicher und geregelter völkerschaftlicher Bund herstellte. Die beiden deutschen Kaiserreiche würden vielmehr in einer unversöhnbaren Todfeindschaft zu einander verharren, und die ständige Kriegsgefahr sie zur Beibehaltung einer militärisch despotischen Regierungsweise zwingen.

So kommt Schweitzer von neuem zu einer entschiedenen *Ablehnung der deutschen Mission Preußens* und der kleindeutschen Propaganda. Nun aber wirft er seinen Blick auf Österreich und auf die sich mehr oder weniger an dieses anlehnenden, bis dahin noch unorganisierten großdeutschen Kreise. Während er Preußen als eine werdende Großmacht charakterisiert hatte, erblickte er in dem ihm an Einwohnerschaft doppelt überlegenen Österreich eine wirkliche Großmacht. Den deutschen Charakter dieses Staates suchte er gegenüber einer „gothaisch-partikularistischen Geschichtsfälschung" jetzt wieder mit den gleichen Argumenten zu beweisen, wie in seinen beiden Broschüren aus dem Jahre 1859. Nun gibt er freilich zu, daß die Interessen Österreichs noch viel weniger als die Preußens in allen Fällen mit denen Deutschlands übereinstimmten, aber dafür wäre man auch von seiner Seite im Inneren Deutschlands vor gemeinschädlichen Aggressivplänen gesichert, und im Gegensatz zu der partikularistischen Vergangenheit der preußischen Dynastie sei die Geschichte seines Kaiserhauses seit Jahrhunderten mit der Geschichte des deutschen Volkes und Reiches aufs innigste verwachsen. Selbst die Rolle, welche die Habsburger in früheren Jahrhunderten auf dem Thron der römisch-deutschen Kaiser gespielt hatten, stellt dieser Mann, der die Tendenzen der deutschen Dynastien während seines eigenen Jahrhunderts so scharf verurteilte, in günstiges Licht. Er findet, daß die Hauspolitik der Habsburger dem Fortbestand des Reiches und damit dem Interesse der Nation zu gute gekommen wäre. Je mächtiger der Kaiser sei, um so gewaltiger stände auch die deutsche Nation in Europa da, während die wachsende Macht der Landesfürsten Deutschland als ein Ganzes in Ohnmacht und Unglück versenkt hätte. Es liegt auf der Hand, daß Schweitzer bei einer solchen, von seiner sonstigen Objektivität scharf abstechenden Beweisführung Ursachen und Wirkungen verwechselt. Wenn Deutschlands Entwicklung sich in früheren Jahrhunderten in einer diesem Zentralisten aus dem „reinen Deutschland" so unerwünschten Weise vollzogen hatte, so traf ein großer Teil der Schuld gerade die Habsburgischen Kaiser, die einer Entfremdung zwischen sich und der Mehrzahl der Nation in kultureller, religiöser und politischer Hinsicht nicht rechtzeitig vorgebeugt hatten. Schweitzer übersieht hier auch, daß es bei Begriffen wie national und antinational immer sehr auf den Gesichtspunkt ankommt, von dem aus man die Dinge betrachtet: für die römisch-deutschen Kaiser aus dem Hause Habsburg waren die Hohenzollern in der Tat ein übermächtig gewordenes Reichsfürstengeschlecht mit „antinationaler" Tradition, aber in der

zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts war eine solche Betrachtungsweise, wie er selbst hätte einsehen können, längst überholt.

Doch seine Abneigung gegen Preußen, seine großdeutsche Gesinnung und die geringen Aussichten einer republikanisch-revolutionären Lösung, im Bunde mit noch nicht verwischten Jugendeinflüssen und Familientraditionen, bewogen ihn jetzt angesichts der Alternative, vor die er sich selbst gestellt hatte, zu einer freilich noch immer recht verklausulierten Option für die Hegemonie eines deutsch und zentralistisch regierten Österreich. Wohl erklärte er feierlich, daß die republikanisch-radikale Partei weder großdeutsch noch kleindeutsch, weder preußisch noch österreichisch sei, sondern „eindeutsch" und „gesamtdeutsch". Wohl gab er zu, daß die Sünden der Reaktion in Österreich womöglich noch schlimmere waren als in Preußen. Wohl verwahrte er sich gegen jede auch nur indirekte Vermischung dynastischer Interessen mit völkerschaftlichen Fragen. Aber vom nationalen Gesichtspunkte aus, der ihm noch immer als der erste und wichtigste aller Gesichtspunkte galt, fand er es annehmbarer, erforderlichen Falls das Vaterland durch fremde Elemente zu vergrößern, als es durch die Ausscheidung deutscher Landesteile zu verstümmeln. Er hätte es als eine Befleckung der nationalen Ehre angesehen, wenn dem künftigen Reiche, gleichviel ob Republik oder Kaisertum, auch nur ein einziges Dorf des bisherigen deutschen Bundesgebiets gefehlt hätte. Wollte man in Deutschland sich politischen Träumen überlassen, so solle man statt mit solcher Hartnäckigkeit dem ärmlichen Traum von der preußischen Spitze nachzuhängen, lieber den viel stolzeren Traum einer Einigung Gesamtdeutschlands unter österreichischer Führung träumen. Wenn dieses Reich zustande käme, so wäre es wirklich der Herzschlag des Weltteils und die mächtigste und entscheidenste Großmacht Europas. Schweitzer wollte beobachtet haben, daß die politischen Aktionen Österreichs einen kräftigeren Anstrich zeigten, als jene Preußens, wo Vorsicht und mit ihr Halbheit und Ängstlichkeit im Guten wie im Schlimmen zu Hause wären. Er zweifelte deshalb auch nicht, daß ein Vorgehen Österreichs in der Richtung auf eine straffe nationale Einigung Deutschlands unter seiner Führung mit mehr Energie und Vernunft betrieben werden würde, als wenn Preußen dieses Ziel verfolgte. Darüber gibt er sich übrigens keinen Illussionen hin, daß keine von beiden Mächten sich zu einem so revolutionärem Vorgehen im Dienste der deutschen Einheit bestimmen lassen würde, bevor die nationale Bewegung im Volke zur größten Höhe angeschwollen wäre. Eine gewaltsame Einigung Gesamtdeutschlands durch Preußen setzte in seinen Augen die Zertrümmerung Österreichs, eine gewaltsame Einigung Deutschlands durch Österreich jene Preußens voraus. Schweitzer schätzte auch die realen Mittel Österreichs und damit dessen Aussichten auf die Verwirklichung der österreichischen Spitze weit höher ein, als die Aussichten Preußens. Nicht einmal jene Argumente sparte er, die den Habsburgern selbst und den übrigen deutschen Fürsten die österreichische Spitze als die konservativste Form einer Lösung der deutschen Frage hinstellten. Er selbst leugnete nicht, daß die

Agitation für ein solches Ziel, genau wie jene des Nationalvereins, den dynastischen Interessen zugute kommen würde. Aber angesichts der ihn beängstigenden Fortschritte der kleindeutschen Partei erschien es ihm als der einzige gangbare Weg, den Teufel durch den Teufel auszutreiben. Ein Jahr zuvor hatte er noch gehofft, daß alle liberalen Elemente sich, unter einstweiliger Offenlassung der Oberhauptfrage, in der Agitation für ein deutsches Parlament zusammenschließen würden. Angesichts der durch den Nationalverein erzeugten Betörung der Gemüter erwartet er jetzt nichts mehr von diesem Rufe und ergreift aus Furcht vor einer bleibenden Spaltung und Verstümmelung des Vaterlandes „auf die Gefahr hin, als Finsterling und Schwarzgelber verketzert" zu werden, die Partei der Habsburger. Gibt er auch die Hoffnung nicht endgültig auf, daß die Gunst der Weltlage noch schließlich dem Volke selbst die Entscheidung über sein Geschick in die Hand geben werde, so möchte er doch in Anbetracht der Lage dem inneren Drange seiner Natur folgen und die Wahrheit selbst dort aussprechen, wo sie der von ihm verfochtenen Sache schaden könne und deshalb daran keinen Zweifel bestehen lassen, welcher von den beiden für die Einigung Deutschlands wichtigen Parteien nach seiner Ansicht die bedingte Unterstützung der Demokratie zufallen müsse.

Es konnte nicht ausbleiben, daß diese aufsehenerregende Parteiergreifung eines radikalen Demokraten und Republikaners für die österreichische Spitze in den Kreisen des Nationalvereins einen energischen Widerspruch weckte. Die Wochenschrift des Vereins spottete in ihrer Nummer vom 19. Dezember 1862 darüber, daß die Historisch-politischen Blätter und das Mainzer Journal des Bischofs Ketteler in ihrer großkaiserlichen Meinung einen Gefährten gefunden hätten. Die deutsche Reform durch preußische Staatskunst zu bewerkstelligen, dieser Gedanke besitze seit langen Jahren einen großen Anhang in der deutschen Nation, aber an eine Einigung Deutschlands durch Österreich hätte bisher höchstens jenes Häuflein von Ultramontanen gedacht, dem die Angelegenheiten der Kurie hundertmal wichtiger seien als die der Nation. Selbst die großdeutsche Versammlung in Frankfurt habe kein Programm mit österreichischer Spitze aufgestellt. Schweitzer wäre anzuraten, über die Ursachen dieser Erscheinung so lange nachzudenken, bis ihm deren innere Notwendigkeit einleuchte! —

Wir wissen wenig über Schweitzers Leben während der ersten Hälfte des Jahres 1863. Es fallen in diese Zeit die Vorlesungen, die er in Wien im Salon Hofzinser über die Schopenhauersche Philosophie hielt, und die gut besucht gewesen sein sollen. Durch das Mißgeschick in Mannheim in der Heimatstadt politisch brach gelegt, hielt diese rührige und ehrgeizige Natur nach einem neuen Wirkungskreis Umschau, und dabei ist es denkbar, daß der Verfasser von „Die Österreichische Spitze" vorübergehend an eine Übersiedelung nach Wien dachte. Als er aber bald darauf zu der Überzeugung gelangte, daß die deutsche Frage schließlich

doch von Berlin aus gelöst werden würde, da ist er von dieser Absicht, wenn eine solche bei ihm bestanden haben sollte, zurückgekommen.

In Schweitzers mißlicher Lage mußte ihm die Lassallesche Arbeiterbewegung äußerst erwünscht kommen. Aber dies bestätigt noch nicht die irrige, wenn auch bisher vorherrschende Auffassung, als ob Schweitzer sich der Sozialdemokratie nur deshalb in die Arme geworfen hätte, weil der in Frankfurt „wie die Pest" Gemiedene nicht mehr hoffen konnte, bei irgend einer anderen Partei eine politische Rolle zu spielen. Es ist im vorigen Kapitel geschildert worden, wie Schweitzer bereits vor seiner Begegnung mit Lassalle zu einem entschiedenen Gegner der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geworden war. Man konnte dort sehen, wie die Opposition gegen den Nationalverein diesen großdeutschen Politiker, der die Zeichen der Zeit gut zu deuten verstand, von Fall zu Fall immer weiter nach der radikalen Seite hin drängte. Fließen auch die Quellen nicht so reichlich, um im einzelnen genau erkennen zu lassen, auf welchen Wegen der Sohn der bigotten und konservativen Patrizierfamilie ein Anwalt der nach politischer Betätigung strebenden Arbeitermassen wurde, so dürften doch die wichtigsten Etappen dieses Weges nunmehr endgiltig festgestellt sein. Zweifellos waren Marx und Lassalle auch durch ihre Abstammung eher für ihre Mission prädestiniert als der junge Herr von Schweitzer-Allesina! Seine Entwicklung zur Sozialdemokratie läßt sich zusammenfassend auf die folgende Weise skizzieren: Man darf annehmen, daß die Eindrücke der Revolutionsjahre und die Abneigung gegen die unfreie Erziehung bei den Jesuiten, Gefühle, denen sich in der Folge jene eines besitzlosen Aristokraten beimischten, die ersten Fermente für Schweitzers künftigen politischen Charakter lieferten. Die Seele des Jünglings erfüllte am stärksten die Begeisterung für die Größe und Macht des Vaterlandes, deren anfänglich romantisch-retrospektives Aussehen sich frühzeitig realpolitisch färbte. Durch Familie, Erziehung und Milieu stand Schweitzer dem preußischen Einfluß gänzlich fern. War in der Jugendzeit Goethes mancher Frankfurter Bürger, wenn auch nicht preußisch, so doch gut fritzisch gesinnt gewesen, so vermochte Friedrich Wilhelms IV. Charakter kein Vertrauen zu erwecken. Die Traditionen der väterlichen wie der mütterlichen Familie wiesen schon den Knaben auf Österreich hin. Die Schwankungen, die seine Beurteilung des Kaiserstaats durchmachte, zeigen, wie sehr der reaktionäre und klerikale Charakter der österreichischen Politik den Fortschrittsfreund abstieß, wie ihn aber später die Furcht vor einer dauernden Spaltung Groß-Deutschlands und die Abneigung gegen das kleindeutsche Ideal trotz aller Bedenken der „österreichischen Spitze" vorübergehend wieder freundlicher stimmten! Daß sein scharfes politisches Urteil sich nicht einmal vorübergehend für Chimären begeisterte, wie es Schopenhauers Vorschlag von einer alternierend Österreich und Preußen zufallenden Kaiserwürde war, das brauchte bei der Art seiner geistigen Struktur so wenig hervorgehoben zu werden, wie daß seine bayrische Erziehung und Hofstettens Einfluß ihn nicht

für Wittelsbacherische Triasideen gewinnen konnten. Außer der Hegemonie einer der beiden Großmächte, kam für diesen Schüler eines Thukydides und Macchiavelli immer nur eine revolutionäre Lösung der deutschen Frage durch das Volk selbst in Betracht. Eine solche Aktion malte er sich nach dem Bilde der deutschen und französischen Ereignisse des Jahres 1848, wobei er freilich erwartete, daß das Volk die Fehler, die damals zu seiner Niederlage geführt hatten, ein anderes Mal vermeiden würde. Immer wieder beschäftigte ihn die Taktik, welche die Leiter einer künftigen, nachhaltig erfolgreichen Revolution befolgen müßten. Nachdem er einmal von den drei Wegen, die zur deutschen Einheit führen konnten, der Revolution den Vorzug zuerkannt und sich öffentlich auf einen revolutionären und republikanischen Standpunkt festgelegt hatte, mußte sich ihm in den Kämpfen, die er in seiner Heimatstadt gegen die kleindeutsche Partei führte, ganz von selbst die Beobachtung aufdrängen, daß politische Postulate aus einem von sozialen Interessen gedüngten Erdreich herauswachsen. Die Ereignisse brachten es dahin, daß er gegenüber der vorwiegend kleindeutsch gesinnten besitzenden Bürgerklasse und der mit dieser verbündeten Intelligenz die Massen der abhängigen Existenzen, die Handwerksgesellen und Arbeiter, auszuspielen suchte. Diese Elemente, die unentwegt an den nationalen Forderungen der Demokratie von 1848 festhielten, hatte die Entwicklung damals noch nicht von der Notwendigkeit überzeugt, daß sie sich auf ein kleindeutsches Ideal resigniert zurückziehen müßten.

Dies war also der Weg, auf dem Schweitzer zur Entdeckung der ungeheuren politischen Bedeutung der sozialen Gegensätze gekommen war. Er hatte jetzt deren parteibildende Kraft begriffen und war damit von selbst immer mehr an die sozialistische Ideenwelt herangerückt. Doch bleibt es noch immer zweifelhaft, wie weit er bereits vor dem Bekanntwerden mit Lassalle in die Theorie des Sozialismus eingedrungen war. Eingehendere nationalökonomische Studien hatte er in früheren Zeiten, soweit man das Zeugnis seines Bruders gelten lassen kann, nicht betrieben. Von sozialistischen Autoren waren ihm bis dahin höchstens einige Schriften Proudhons in die Hände gefallen. Seine gänzliche Unkenntnis der Marxistischen Gedankenwelt merkte man dem Verfasser von: „Der Zeitgeist und das Christentum" noch deutlich an. Schweitzer selbst soll erzählt haben, daß ein österreichischer Offizier, als er eines Nachmittags vor der Tür des Holländischen Hofes in Frankfurt seinen Kaffee trank, an ihn herangetreten sei und ihn zum ersten Male auf eine Broschüre Lassalles aufmerksam gemacht hätte. Diese Broschüre wird nicht das sofort nach dem Erscheinen in seiner ganzen Auflage konfiszierte Arbeiterprogramm von 1862 gewesen sein, sondern erst das Offene Antwortschreiben vom 1. März 1863. Denn Schweitzer erwähnt selbst, daß die Broschüre in seine Hände kam, als er gerade mit den Vorbereitungen seiner Vorlesungen über Schopenhauer beschäftigt war; diese aber fallen in den April oder Mai 1863. So ist er auch mit Lassalle bei dessen Anwesenheit in Frankfurt im Mai dieses Jahres noch nicht in Berührung gekommen. Persönlich lernten sich die beiden Männer wahrscheinlich

erst im Herbst in Düsseldorf kennen, als Lassalle schon die Widmung von Schweitzers Roman angenommen und diesen mit großer Zustimmung gelesen hatte.

Bald nach Lassalles bekanntem agitatorischen Erfolg in Frankfurt hatte ihn nämlich Schweitzer schriftlich von der Absicht unterrichtet, einen sozialen Roman zu schreiben und sich die Erlaubnis erbeten, diesen Roman Lassalle widmen zu dürfen. Lassalle kamen im ersten Augenblick Bedenken, ob er sich überhaupt mit Schweitzer einlassen sollte. Der erst wenige Monate zurückliegende Mannheimer Skandal hatte viel Staub aufgewirbelt, und Schweitzers patriotisch verschwommene Artikel in der Schützenfestzeitung waren als „Gothaische Schweifwedeleien" in seiner Erinnerung haften geblieben. Gleichzeitig entsann Lassalle sich aber auch, daß Schweitzer „mit Energie und Kraft" dem Nationalverein entgegengetreten war. Die Aussicht auf einen deutschen sozialen Roman in der Art Eugen Sue's mußte für ihn etwas sehr verlockendes haben. Er sah darin mit Recht „ein gewaltiges Propagandamittel", und so entschied er sich endlich dahin, daß es unklug und auch ungerecht sein würde, das Anerbieten eines Mannes, der nichts von ihm forderte, sondern nur etwas für seine Sache tun wollte, ohne hinreichenden Grund abzuweisen: „Er verlangt ja nicht, daß wir ihm irgend ein Vertrauen bezeigen, ihm irgend eine Stellung in unserm Verein geben, oder irgend eine moralische Verantwortlichkeit für seine Person auf uns nehmen", so schrieb er damals[1]) seinem Anhänger Bernhard Becker in Frankfurt und ersuchte diesen, den kratzbürstigen Nikolaus Hadermann, der an dem unglücklichen Schweitzer gern sein Mütchen kühlte, zu bitten, er möge diesen Menschen in seinem Frankfurter Volksfreund vorläufig in Ruhe lassen. „Wir wollen sehen, was an dem Roman ist und wie er sich weiter benimmt." Gleichzeitig erhielt Schweitzer selbst einen Brief Lassalles, in dem dieser in höflicher, aber noch zurückhaltender Form sich mit seinem Vorhaben einverstanden erklärte und ihm das Verzeichnis seiner Schriften übersandte, um das Schweitzer ihn gebeten hatte.

Einige Wochen später, bei ihrer ersten persönlichen Begegnung, erhielt Schweitzer von Lassalle einen äußerst unangenehmen Eindruck, aber schon bei ihrer unmittelbar folgenden zweiten Zusammenkunft eroberte ihn dessen geistvolle Liebenswürdigkeit. Das Gespräch drehte sich anfänglich nicht um Politik: über das Leben am Rhein und über Düsseldorf wurde geplaudert, dann kamen die italienische Bewegung und die Persönlichkeit Garibaldis aufs Tapet, schließlich Lassalles Drama Franz von Sickingen. Der süddeutsche Demokrat verhehlte hierbei nicht das Unbehagen, das ihm Ulrich von Huttens Apotheose des Schwertes verursacht hätte. Er witterte darin eine Propaganda für „Blut und Eisen". Aber Lassalle wollte dies nicht einräumen, wenngleich er sich offen zu der Auffassung bekannte, daß alles Große in der Geschichte bisher durch das Schwert sich habe Bahn brechen

[1]) Lassalle an Becker, 15. Juni 1863 in B. Becker, Geschichte der Arbeiteragitation Ferdinand Lassalles. Nach authentischen Aktenstücken. Braunschweig 1874 p. 62.

müssen. Schweitzers Skrupel beschwichtigte er mit dem Hinweis, daß die ausschlaggebende Rolle des Volkes gerade bei der Bauernbewegung von ihm „überall" angedeutet worden sei.

Der Frankfurter Arbeiterbildungsverein hatte nach Schweitzers Verschwinden in dem Chemiker Dr. Theodor Müller einen wohlmeinenden und unabhängigen Mann zum Vorsitzenden erhalten, der es sich angelegen sein ließ, die noch eben mit großer Schroffheit betonten Gegensätze zu beruhigen, indem er, soweit möglich, die Politik zu Gunsten der eigentlichen Vereinstätigkeit zurückstellte, ohne aber deshalb gegen die radikalen Elemente eine feindliche Stellung einzunehmen. Das erste Stiftungsfest des nun wieder 372 Mitglieder zählenden Vereins wurde am 6. Dezember 1862 in Gegenwart mehrerer Senatoren und Mitglieder des gesetzgebenden Körpers feierlich begangen, und die Süddeutsche Zeitung gab bei diesem Anlaß der Hoffnung Ausdruck, daß der Verein „nach Abweisung der Versuchungen von sozialistischer und ultrademokratischer Seite" nunmehr den richtigen Weg für eine geistig und sittlich bildende Wirksamkeit gewonnen haben möge. Zu Anfang des Jahres 1863 wurden dann nach dem Frankfurter Vorbild in Offenbach, Darmstadt und Hanau Arbeiterbildungsvereine begründet, und im ganzen Maingau gewann die Arbeiterbewegung von Monat zu Monat an Umfang und Leben. Dabei schien es zuerst wirklich, als ob sie so schnell die Bahnen nicht wieder verlassen wollte, in denen ihre Berater aus bürgerlichen Kreisen mit zahllosen Reden und Vorträgen sie festzuhalten suchten. Seit dem Ausbruch des preußischen Verfassungskonflikts war es bei den Liberalen Mode geworden, daß sie jede selbständige Regung der demokratischen und radikaleren Elemente innerhalb des kompakten antireaktionären Blocks als ein Verbrechen an den heiligsten Gütern des Volkes verpönten. Man weiß, daß dieses Argument aus allen Gegenden des liberalen Blätterwaldes in Gestalt unzähliger Bannstrahlen auf Lassalle niederprasselte, als dieser sich unterstand, durch seine Agitation der von Schweitzer in seinem Roman mit schneidender Satire verhöhnten „großen liberalen Partei" in den Rücken zu fallen. Unter den aktiven Politikern Frankfurts war Sonnemann damals nicht nur die tätigste, sondern auch die weitblickendste Persönlichkeit. Sein an der geschäftlichen Praxis geschultes Auge trübten keine Theoreme, seine klare Auffassungsweise keine Gefühlswallungen. Eine nüchterne und präzise Beobachtung der politischen und wirtschaftlichen Vorgänge und eine angeborene Geschicklichkeit, der ein scharfes Urteil zur Seite stand, verhalfen ihm häufig über die Schlagworte weg zu einer sachgemäßen Prüfung der Probleme und damit zur Auffindung ihres aus der Hülle des leidenschaftlichen Für und Wider herausgelösten Kerns. Es ist kein Zufall, daß ein Weltblatt vom Charakter der Frankfurter Zeitung als das Lebenswerk dieses Mannes zurückbleibt. Sonnemann hatte frühzeitig erkannt, wie groß das Gewicht einer für den politischen Kampf erzogenen Arbeiterklasse sein würde. Schon seit

1860 bemühte er sich, durch Vorträge über Gewerbefreiheit, Freizügigkeit und andere volkswirtschaftliche Fragen in ihren Kreisen Boden zu fassen. Wie Schulze-Delitzsch warnte er sie in väterlicher Weise, sich mit den politischen Zeitfragen abzugeben, er verwies sie auf das Gebiet der genossenschaftlichen Selbsthilfe und auf die Pflege der sogenannten Bildungsbestrebungen. Wenn es sich aber als unmöglich herausstellen würde, die Arbeiter dauernd von einer politischen Betätigung fern zu halten, so wollte er es nicht einem Schweitzer oder Lassalle überlassen, sie im Gegensatz zum Bürgertum politisch zu organisieren, sondern er hoffte, daß sie sich mit dem demokratischen Teil des Bürgertums zu einer radikalen Volkspartei mit sozialreformatorischen Anstrich vereinigen würden.

Die ganze Gefährlichkeit von Lassalles Auftreten blieb Sonnemann von Anfang an nicht verborgen, und er tat sofort alles, um die Gründung einer selbständigen politischen Arbeiterpartei zu hintertreiben. Es ist hier nicht der Ort, in seinen einzelnen Phasen den Kampf zu schildern, der damals um die Leitung der Arbeitervereine des Maingaus geführt wurde. Nach Lassalles denkwürdigen Reden vom 17. und 19. Mai konnte Sonnemann es nicht mehr verhindern, daß Minoritäten jener Vereine sich Lassalle anschlossen. Von dem Verband deutscher Arbeitervereine, der auf Sonnemanns Betreiben als Gegenorganisation gegen den von Lassalle errichteten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein in diesem Juni ins Leben trat, wird noch bei der Erzählung der Entstehungsgeschichte der später aus ihm erwachsenen Bebel-Liebknechtschen Partei zu sprechen sein. In die konstituierende Versammlung dieses Vereinstages hatte der Frankfurter Arbeiterbildungsverein, damals noch unter dem frischen Eindruck von Lassalles Persönlichkeit, außer seinem auf eine neutrale Haltung bedachten Vorsitzenden Dr. Th. Müller noch Strauß und Heymann mit zwei Gesinnungsgenossen delegiert, ihnen aber den ausdrücklichen Auftrag erteilt, sich auf eine Teilnahme an den Beratungen in keiner Weise einzulassen. Bernhard Becker arbeitete zu jener Zeit darauf hin, daß der Arbeiterbildungsverein sich als Frankfurter Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins konstituieren möge. Aber mit seinen Bemühungen hatte er kein Glück, und es dauerte sogar nicht einmal lange, bis innerhalb des Vereins die am Orte ansässigen und überaus rührigen Gegner Lassalles von neuem Oberwasser hatten. Symptomatisch dafür war, daß die von den Lassalleanern beantragte Ausstoßung Sonnemanns im Oktober 1863 mit 48 gegen 22 Stimmen abgelehnt wurde. Nunmehr vollzogen aber die Radikalen mit Heymann und Strauß an der Spitze ihren Austritt aus dem Verein und sie vereinigten sich mit der bereits vorher errichteten Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die noch im August aus nur 67 Mann bestanden hatte, wovon über die Hälfte Schneider waren. Die vorläufig den Sozialdemokraten wieder überlegenen Gegner hofften noch immer, im Maingau die junge Bewegung unterdrücken zu können. Hätte nicht der alte Demokrat Georg Fay der kleinen Gemeinde Gastfreundschaft gewährt, so würde diese

wahrscheinlich in ganz Frankfurt damals kein Versammlungslokal aufgetrieben haben.[1])

Während so in seiner Vaterstadt und deren näherer Umgebung die Arbeiterbewegung immer höhere Wellen schlug, sah sich Schweitzer, der unter anderen Umständen dabei eine führende Rolle gespielt hätte, zu politischer Untätigkeit verdammt. Aber die unfreiwillige Muße dieses Sommers förderte die Entstehung der beiden ersten Bände seines umfangreichen Romans „Lucinde oder Kapital und Arbeit. Ein sozialpolitisches Zeitgemälde aus der Gegenwart", die im September mit der angekündigten Widmung an Lassalle im Selbstverlage herauskamen. Dieses Buch war eine popularisierende Illustration zu den theoretischen Ausführungen von „Die Österreichische Spitze" über das Wesen der realen Macht, zugleich aber ein in Deutschland in bezug auf seine agitatorische Wirkung noch nicht übertroffener sozialdemokratischer Tendenzroman. Ein literarischer Wert freilich kommt diesem in wenigen Wochen hingesudelten Machwerke nicht zu: papieren ist die Sprache, grob und nuancenlos die Charakteristik, die Farben beruhen nicht auf Anschauung, und zu einer unangenehmen, seelenlosen und dem Verfasser fremden Sentimentalität gesellen sich schlimme Geschmacklosigkeiten. Aber das politische Gerüst der Handlung, in das Schweitzer die für einen verwöhnteren Leser ungenießbare Liebesgeschichte geschickt hineingeflochten hat, ist mit wirklichem Talent aufgerichtet, und als ein Meister der Satire, die leider zu oft alle Stränge überschlägt, entfaltet er bei der Schilderung der Gegner einen karikierenden Witz von ungemeiner Kraft und eine bei aller Übertreibung oft ins Schwarze treffenden Bosheit. Unbedingt mußte Lassalle Schweitzers Roman als eine sehr wertvolle Waffe für seine Agitation mit Freude begrüßen.

Der Leser wird in einen etwas abstrakt angeschauten größeren deutschen Staat mit einer Hauptstadt geführt, in der bereits die Industrie blüht. Dort wird die allgemeine Erbitterung gegen ein reaktionäres Ministerium von dem „Verein für Fortschritt und Freiheit", mit dem der Nationalverein gemeint ist, ausgenutzt, um die Arbeitermassen auf die Barrikaden zu schicken. Es wird nun gezeigt, wie diese wirklich die Truppen besiegen, wie aber dann von den Liberalen, obgleich keine reale Macht hinter ihnen steht, das über sein Klasseninteresse noch unaufgeklärte Proletariat um die Früchte des Sieges geprellt wird. Die nach der siegreichen Revolution errichtete provisorische Regierung setzt sich aus den Größen des Vereins für Fortschritt und Freiheit zusammen. Schlauer Weise nehmen diese, um die Armee für sich zu gewinnen, den bisherigen Kriegsminister und, um die Massen zu täuschen, einen Arbeiter in ihren Schoß auf. Die durch die Tapferkeit des Proletariats zur Herrschaft gekommenen Liberalen identifiziert der Verfasser vollständig mit der besitzenden Bourgeoisie.

[1]) Die Wochenschrift des Nationalvereins freute sich darüber, daß „außer einer Handvoll radikaler Großdeutscher des niedrigsten Schlages" sich nur Zunftgesellen und nicht Fabrikarbeiter in Frankfurt für Lassalle erklärt hätten.

Von einer allgemeinen Volksbewaffnung wollen sie aus Furcht vor den Arbeitern nichts wissen und verlangen, um gegen eine Konterrevolution gedeckt zu sein, an deren statt eine Vereidigung der Armee auf die Verfassung. Sie führen Nationalwerkstätten ein, von denen sie ganz nutzlose Arbeiten verrichten lassen, weil sie dadurch die Unsinnigkeit der sozialistischen Forderungen aller Welt beweisen zu können hoffen. Die Enttäuschung der Massen über das Ergebnis der Revolution, das ausschließlich dem besitzenden Bürgertum zu statten gekommen ist, bleibt denn auch nicht aus. Am Schlusse des zweiten Teils des Romans ahnt man bereits, daß eine neue gewaltsame Erhebung des Arbeiterstandes, diesmal gegen die herrschende Bourgeoisie, von ferne her grollend heranzieht.

Politische und sozialpolitische Betrachtungen und Diskussionen sind in die Handlung des Romans überreich verflochten. Schweitzer hat sie zum Teil wörtlich aus den Schriften Lassalles, aus „Der Zeitgeist und das Christentum", aus Proudhon, aus Siegmund Engländers Geschichte der französischen Arbeiterassociationen, aus des Bischofs Ketteler: Die Arbeiterfrage und das Christentum, aus Say und Macaulay entnommen. Den Liberalen legte er ganze Sätze aus den Reden und Schriften von Schulze-Delitzsch in den Mund. Die agitatorische Wirkung des Buches auf die Massen wurde durch diese Methode natürlich nur noch erhöht; die Arbeiter bekamen so in belletristischer Aufmachung Pillen zu schlucken, die manch einem von ihnen auf einem anderen Wege niemals eingegangen wären.

Für das Verständnis von Schweitzers politischem Denken in dem Zeitpunkt, wo er sich der Lassalleschen Bewegung anschloß, bildet dieser Roman eine ergiebige Fundquelle. Den Ereignissen, die sich im Jahre 1848 in Frankreich von der Februarrevolution bis zur Junischlacht abgespielt hatten, möchte er darin am liebsten einen typischen Wert zusprechen. Er wird nicht müde, nach allen Richtungen hin das gegenseitige Verhältnis der drei Klassen zu umschreiben, aus denen sich für ihn hinfort die Bevölkerung der modernen Staaten zusammensetzt. Schon hier verhehlt er nicht, ebenso wenig wie früher oder später, daß seine persönliche Gegnerschaft sich noch stärker als gegen die von altersher privilegierten und meist reaktionären Klassen gegen die besitzende Bourgeoisie richtete, die er schlankweg sowohl mit dem Liberalismus wie mit dem Ausbeutertum identifiziert. Man beachte Stellen wie die folgende: „Der dritte Stand, die Mittelklasse, die Leute des Geldes und des Besitzes, sind unzufrieden, weil sie noch mehr äußere Geltung und noch mehr geregelten Einfluß erlangen wollen, als sie bereits besitzen. Freilich ist die Unzufriedenheit in diesen Klassen größtenteils künstlich gemacht, denn sie haben ja alles, was sie billigerweise verlangen können; allein sei dem, wie ihm wolle, unverkennbar tritt in dem dritten Stande das Streben nach sozialer und politischer Allmacht hervor. Der vierte Stand, die Masse der Besitzlosen, derer, die von ihrer Hände Arbeit leben, ist gleichfalls unzufrieden . . . . Allein die Massen erkennen eben nicht, wo sie eigentlich der Schuh drückt, oder besser gesagt, sie wissen zwar, wo der Schuh sie drückt, nicht aber, wer ihnen diesen

Schuh angezogen hat. Sie sind unzufrieden — der dritte Stand ist es gleichfalls. Nichts erklärlicher daher, als daß der letztere, welcher alle Mittel des Kapitals und der Intelligenz zur Verfügung hat, den Massen leicht einreden kann, die Quellen der Unzufriedenheit in beiden Ständen seien dieselben, während sie doch eigentlich entgegengesetzte sind. In Wirklichkeit strebt der dritte Stand danach, die letzten Fesseln zu brechen, welche ihn an einer vollständigen Knechtung der Massen unter das Joch des Kapitals hindern, während das Interesse des vierten Stands umgekehrt Einrichtungen verlangt, welche der unbarmherzigen Allmacht des Kapitals entgegenzuwirken geeignet wären. Allein trotz all dem fällt es den Wortführern der liberalen Partei leicht, die Massen glauben zu machen, die Regierung sei der gemeinsame Feind, die liberale Partei der naturgemäße Freund der Arbeiterbestrebungen." Diese Ausführungen, die natürlich Schweitzers eigene Auffassung widerspiegeln, legt er bei einem Ministerrat dem Minister des Auswärtigen in den Mund, der hier schon einige Monate vor Lassalles Annäherung an Bismarck den Plan eines Bündnisses zwischen einer konservativen Regierung und der Arbeiterschaft ernsthaft erörtert: „Kommen Sie der Arbeiterbewegung freiwillig entgegen", rät er seinen Kollegen, „alsdann wird sich schnell zeigen, daß die Allianz zwischen der liberalen Partei und den Massen eine durchaus unnatürliche ist. Setzen Sie an die Stelle dieser unnatürlichen Allianz die momentan naturgemäßere, wenn auch neue Verbindung der beiden äußersten Enden der Gesellschaft, der altprivilegierten Stände einer-, der Massen andererseits, welche beiden äußersten Enden durch die beständig zunehmende Aufblähung des in der Mitte liegenden Elements immer mehr beengt und beschränkt werden. Und diese Operation kann Ihnen in unserem Falle um so weniger schwer fallen, als ja, wie Sie gehört haben, inmitten der Arbeiterklassen so schon eine Opposition gegen die Leitung der liberalen Partei rege geworden ist . . Machen Sie mit einem Worte in der Arbeiterfrage so viele Konzessionen, als unter Wahrung des konservativen Prinzips möglich ist."

Durch die Erfahrungen, die seine Kämpfe in Frankfurt ihm eingetragen hatten, ist Schweitzer, wie man sieht, immer mehr dahin gelangt, hinter den politischen Aushängeschildern der Parteien nach ihrem sozialen Klasseninteresse zu suchen. Seine politische Hellsichtigkeit führt ihn dabei zu mancher richtigen Erkenntnis, die sich jedoch dadurch wieder verzerrt, daß er die der Mehrzahl unbewußten und höchst komplizierten Interessen der Klassen als klare und erkannte Motive in das Bewußtsein der Einzelnen verlegt. Auf die Führer des Nationalvereins und namentlich auf diejenigen unter ihnen, die ihm persönlich im Kampfe entgegengetreten waren, ergießt Schweitzer in seinem Roman die ganze Fülle seiner Verachtung. Sonnemann, Ludwig Häußer, Fedor Streit und der unentwegte Metz werden in blutigen Karikaturen unter zum Teil leicht durch-

sichtigen Masken einem schallenden Gelächter preisgegeben. In lustigster Weise geißelt Schweitzer die Überschätzung der realen Macht des Nationalvereins durch die an dessen Spitze stehenden Persönlichkeiten, die Art, wie man in diesen Kreisen große Männer fabrizierte, die Leerheit des Spielens mit Protesten und Resolutionen, das Treiben der Presse und die gegenseitige Beräucherung und Lobpreisung der Koryphäen. Man lacht von ganzem Herzen, wenn man die Schilderung einer Sitzung des Vereins für Fortschritt und Freiheit oder einer Soiree bei dem demokratischen Kultusminister Baron Itzinger liest. Ein großer Teil der Häupter der liberalen Bourgeoisie sind in Schweitzers Roman Juden, aber er karikiert sie nur im Stil der Fliegenden Blätter und nicht in jene verbissenen antisemitischen Art, die später im Kampfe gegen die Eisenacher bei der Lasalleanischen Partei Hasselmann vorübergehend in Mode brachte!

Die sozialistischen Bekenntnisse des Romans schöpften aus den bis dahin erschienenen Reden Lassalles: Bei den Massen ruhe die entscheidende Gewalt, aber ihre Macht sei ihnen noch nicht genügend zum Bewußtsein gekommen, weil die Presse sich ganz in den Händen des Kapitals befände, das sie vermittelst der von ihm bezahlten besitzlosen Intelligenz nach seinen Wünschen dirigiere. Nach der durch die französische Revolution erfolgten Zurückdrängung der alten privilegierten Stände stehe das Kapital jetzt als der hauptsächlich bevorzugte Faktor in der Gesellschaft da. Dem Volke könne es gleichgiltig sein, ob es von Grafen und Baronen oder von Bankiers und Advokaten regiert werde. Für das Volk gebe es nur die eine Frage: Wir haben gearbeitet und ein anderer hat den Vorteil — wie ist dies zu ändern? Wo sind die Früchte unserer Mühe und Arbeit hingekommen? Schweitzer erkennt, daß die Lage der arbeitenden Klassen sich mit steigender Zivilisation bessert, und mit etwas mehr Nachdruck als Lassalle, der die Tatsache ebenfalls zugesteht, erklärt er die fortschreitende Erhöhung des von einer Zeit als notwendig betrachteten niedrigsten Lebensunterhalts für eine wirkliche zivilisatorische Errungenschaft. Das hindert ihn aber nicht, Lassalle darin beizupflichten, daß eine an sich zulässige Vergleichung der Lage der arbeitenden Klassen von heute mit ihrer Lage in früheren Zeiten die Aufmerksamkeit nicht von der Hauptsache ablenken dürfe, und daß die wirtschaftliche Lage einer Volksschicht nur dann richtig beurteilt werde, wenn man sie an der einer anderen Volksschicht der gleichen Epoche messe. Die Fragestellung habe demnach zu lauten, ob in der Gegenwart inmitten der Bevölkerung der Arbeiterstand benachteiligt sei! Wohin wir in dem Roman blicken, hat Schweitzer die sozialen Gedanken Lassalles, die freilich längst nicht alle dessen geistiges Eigentum sind, in die Handlung verwoben, ohne irgendwo an ihnen eine Kritik zu üben. Dies mußte jenem um so mehr gefallen, als sich damals erst verschwindend wenige Intellektuelle rückhaltlos zu seinen Lehren und Forderungen bekannt hatten.

Lassalle war denn auch „äußerst froh", daß der Roman da war, und er erklärte sich jetzt trotz der Mannheimer Affaire herzlich damit einverstanden, daß das Buch

ihm gewidmet war. Er äußerte am 8. Oktober Herwegh gegenüber die Hoffnung, daß viele Arbeiter, die für die kritische Behandlung noch nicht reif wären, durch diese plastische Darstellung überzeugt werden dürften. Die Fortschrittler fand er „wie sie leiben und leben" geschildert, „die Überlegenheit des reaktionären Ministers" gefiel ihm jetzt, wo er mit Bismarck verhandelte, besonders gut, und die Verspottung des Nationalvereins dünkte ihm ganz vortrefflich gelungen! Schweitzer selbst versicherte er im Dezember nach Empfang des zweiten Bandes, er habe diesen nicht ohne wirkliche Erschütterung gelesen. Schweitzers Schlußfrage: „Es war nicht das erste — war es das letzte Mal?" (nämlich, daß das Proletariat für die Bourgeoisie auf den Barrikaden blutete!) zittere noch tief und mächtig in ihm nach. Nachdem er Schweitzer noch für die Abfassung des ausstehenden Schlußbandes des Romans einige von diesem erbetene literarische Auskünfte über die Junischlacht und die Arbeiterassociationen erteilt hatte, schloß er jetzt seinen Brief mit dem Ausdruck „höchster und freundschaftlicher Hochachtung" und mit „herzlichem Händedruck".

Diese vielleicht etwas überschwengliche Schlußwendung hatte Lassalle nicht ohne Vorbedacht gewählt, denn der gleiche Brief befaßte sich noch mit einer anderen und zwar für Schweitzer recht peinlichen Angelegenheit. Man erwähnt aus der Zeit seines Lebens, wo er nur noch ein erfolgreicher Schwankdichter sein wollte, daß ihn nichts tiefer kränkte, als die anfängliche Zurückhaltung der heimatlichen Bühnenleitung gegenüber seinen Stücken, und daß es für ihn keine glücklicheren Tage gab, als wenn er die Botschaft empfing, daß eines seiner Lustspiele im Frankfurter Stadttheater einen Erfolg erzielt hätte. Die Verachtung, in die er seit seiner Verurteilung in Mannheim in seiner Vaterstadt gefallen war, ließ seinem wunden Stolze keine Ruhe, und im Vertrauen auf die Gunst Lassalles, die er sich durch seinen Roman erworben hatte, wollte er jetzt trotz seines befleckten Leumunds den Versuch wagen, als Führer des Proletariats sich hier noch einmal zur Geltung zu bringen. Seit er sich der von Lassalle ins Leben gerufenen Bewegung angeschlossen hatte, zeigte er sich in Frankfurt wieder häufiger, aber selbst die paar Schneidergesellen, die dort den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ausmachten, weigerten sich, ihn als Mitglied aufzunehmen oder ihn in einer öffentlichen Versammlung sprechen zu lassen, und im Turnverein, dessen Präsident er noch vor kurzer Zeit gewesen war, entfesselte er, als er dort in Hofstettens und Ellners Begleitung erschien, einen solchen Skandal, daß er sich schleunigst entfernen mußte. Das Vergehen, dessen er sich schuldig gemacht haben sollte, war damals noch nichts weniger als hoffähig, und in einer Frage der herkömmlichen Moral verstanden die Arbeiter in Frankfurt vielleicht noch weniger Spaß als die Großkaufleute. Näheren Umgang mit dem Geächteten pflegte besonders Bernhard Becker[1]), ein durch ein langes,

[1]) Über Beckers Leben und Herkunft vgl. Oberwinder im Nordstern vom 1. Nov. 1864. Dort urteilt er über Becker noch absprechender als in seinen späteren Schriften. Sehr ungünstig über Beckers Charakter äußerte sich mir gegenüber auch Dr. Otto Dammer.

entbehrungsreiches Exil zermürbter armer Teufel, mit einigen auf der Universität erworbenen geschichtlichen und staatswissenschaftlichen Kenntnissen, die er nach seiner Teilnahme am Badischen Aufstand in Londoner Kommunistenkreisen und besonders im Umgang mit Marx sozialistisch zu gruppieren gelernt hatte. Wie einer, der nichts zu verlieren hatte, warf er sich Lassalle, als dieser jetzt die Fahne des Sozialismus von neuem in Deutschland aufpflanzte, ohne viel Würde an den Hals, indem er den „Meister" bat, über ihn zu verfügen. Wahrscheinlich ist es auch Becker gewesen, der Schweitzer damals behilflich war, sich mit der sozialistischen Literatur vertrauter zu machen!

Doch selbst dieser Freund ging Schweitzer verloren, als Beckers kleinliche und mißgünstige Natur die Furcht überkam, daß Schweitzer ihn in der Gunst Lassalles ausstechen könnte. Er soll, wie Oberwinder, der ihm damals nahe stand, bezeugt, die Arbeiter noch mehr aufgehetzt und jenen moralischen Entrüstungsrummel inszeniert haben, als Schweitzer im Oktober auf Lassalles Veranlassung in Leipzig dem Verein beigetreten war und anfangs Dezember angekündigt hatte, daß er demnächst auch in einer öffentlichen Versammlung des Vereins in Frankfurt das Wort ergreifen würde. Becker verlangte von Lassalle, daß er Schweitzer veranlassen sollte, freiwillig das dortige Terrain zu räumen, und als dieser sich dazu nicht hergeben wollte, soll er sich schon damals innerlich von Lassalle losgesagt haben. Tatsache ist jedenfalls, daß der Bevollmächtigte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Frankfurt, Schweitzers alter Gesinnungsgenosse Strauß, am 4. Dezember im Namen der dortigen Mitgliedschaft einen energischen Protest gegen Schweitzers Absicht an den Präsidenten absandte. Er verlangte darin von Lassalle einen „Kaiserschnitt", sonst müsse er sein Amt niederlegen: „Wir können ihn als Person nicht brauchen, obwohl ein großer Teil seine Fähigkeiten zu schätzen weiß. Er ist hier tot . ." Lassalle befand sich in einer peinlichen Lage. Er wollte Schweitzer nicht kränken, von dessen Talent er für die Bewegung noch viel erwartete, aber auf der anderen Seite durfte er, wie er diesem offen gestand, es nicht auf eine Spaltung unter seiner erst schwachen Anhängerschaft ankommen lassen. In jenem schon teilweise zitierten Brief bat er deshalb Schweitzer, der nächsten Versammlung des Vereins fern zu bleiben. Das Schreiben ist ein Kabinetstück vorsichtiger und kluger Menschenbehandlung. Nur einige Sätze daraus mögen hier stehen: „Ich habe aus einer höchst peniblen Veranlassung Ihnen heut zu schreiben . . . . . . Sie kennen das Faktum, welches jener Mißstimmung gegen Sie zugrunde liegt. Ich bin darüber nur seiner Zeit durch die Zeitungen unterrichtet worden und weiß nicht, was daran wahr oder unwahr gewesen ist. Aber angenommen, daß das wahr gewesen sei, was damals die Zeitungen über den Grund Ihrer Verurteilung brachten, so weiß ich das Eine, daß jene bedauerliche und meinem Geschmack nicht begreifliche Liebhaberei, die man Ihnen imputiert, zu jenen Vergehen gehört, die nicht

im geringsten mit dem politischen Charakter eines Mannes etwas zu tun haben. Ein solches Auftreten einem Manne von Ihrem Charakter und Ihrer Intelligenz gegenüber, in einem politischen Verein, beweist nur, wie verwirrt und philiströs die politischen Begriffe unseres Volkes noch sind. Ich meinesteils wenigstens werde, was auch die Frankfurter Mitglieder unseres Vereins sagen mögen, nie verhehlen, daß ich die größte Hochachtung vor Ihnen empfinde und den höchsten Wert auf die Ihrige lege, wie ich Ihnen deshalb auch freistelle, diesen Brief jedem zu zeigen, dem sie wollen. Ich habe in diesem Sinne nach Frankfurt geschrieben, meine offene Mißbilligung nicht zurückgehalten und hoffe, daß dieser Brief für die Zukunft die von mir gewünschten Folgen haben wird. Bei alledem sehen Sie ein, daß vorläufig und für den Augenblick nichts zu tun ist, als jedem Konflikt und einer möglichen Spaltung aus dem Wege zu gehen . . . . Sie also, der Sie unserer Sache bereits so große und wesentliche Opfer gebracht haben, werden ihr deshalb auch noch das Opfer zu bringen wissen, diesem Konflikt . . . aus dem Wege zu gehen. Sie werden sich dadurch mit Recht gekränkt fühlen — aber . . . . Sie werden sich ebensowenig wie ich in dem Dienst und der Hingebung für die gemeinschaftliche Sache irre machen lassen." Ganz aus dem gleichen Geiste schrieb Lassalle dem Frankfurter Bevollmächtigten: er habe ihm seinen Wunsch erfüllt, obgleich es unerhört sei, daß man auf Grund von Verirrungen, die mit der sittlichen Überzeugungstreue und der Redlichkeit nichts zu tun hätten, einem Mann entgegentrete, der bereits so große Beweise von Charakter gegeben habe, wie Schweitzer durch seine offene Bekämpfung der Bourgeoisie in seinem sozialen Roman, einem Mann, von dessen Intelligenz, Tüchtigkeit und Aufopferungsmut die Partei noch viel zu erwarten habe. Es sei dies ein schlagender und tief verdrießlicher Beweis dafür, wie wenig noch der Deutsche das Politische von dem Privaten zu unterscheiden wisse. Er fände es sehr natürlich, wenn man Schweitzer auf Grund dessen, was ihm zur Last falle, nicht seine Tochter zur Frau geben wolle. Aber warum nicht mit ihm denken, handeln, schlagen? Der Verein müsse sich eine so bedeutende Kraft wie Schweitzer zu erhalten suchen. Besonders Becker mache er es zur Pflicht darauf hinzuwirken. Er selbst, Lassalle, werde bei seiner nächsten Anwesenheit in Frankfurt in Schweitzers Gesellschaft in der öffentlichen Sitzung des Vereins erscheinen. Nicht um dem Vorurteil die Füße zu küssen habe er seine Fahne erhoben, und die Arbeiter dürften nicht schlimmer sein als das Gesetz, das eine Rehabilitation annehme. Das große Verdienst, das sich Schweitzer durch seinen Roman erworben hätte, wäre wahrhaftig, falls er einer solchen bedürfte, eine hinreichende Sühne! Bernhard Beckers Eifersucht wurde durch Lassalles nachdrückliches Eintreten für Schweitzer natürlich nicht vermindert.

Der Rede, mit der sich Schweitzer am 13. Oktober in Leipzig als Mitglied in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein eingeführt hatte, gab er den Titel „Die Partei des Fortschritts als Trägerin des Stillstands". Sie schließt sich in

ihrem Hauptinhalt eng an Lassalles Arbeiterprogramm an, das darin mit Recht dessen meisterhafteste Broschüre genannt wird; sie gewährt auch den deutlichsten Einblick in die Art des geistigen Einflusses, den die Schriften Lassalles auf Schweitzer ausgeübt hatten. Man nimmt hier die sichtliche Erweiterung wahr, die sein geschichtsphilosophischer Horizont durch die großzügigen Konstruktionen des an Hegel geschulten Denkers erfahren hat: seine in der Praxis erarbeitete aber bis dahin nicht hinreichend befestigte und nicht bis in alle Tiefen durchdachte Auffassung von dem Zusammenhang zwischen dem sozialen und dem politischen Faktor hat jetzt einen festeren geschichtlichen Unterbau erhalten, und Lassalles pointierende Darstellung des Verhältnisses zwischen Macht und Recht hat seinem politischen Denken zu einer von ihm als wohltätig empfundenen Klärung verholfen. Besonders einen Gedanken, der ihm schon lange vorgeschwebt hatte, spricht er in dieser Rede mit noch größerer Bestimmtheit als in seinen früheren Broschüren aus, daß nämlich, in der Politik im Ernstfalle nur noch zwei wichtige Machtfaktoren vorhanden seien, die in die Aktion treten könnten: „die Bajonette des Militärs und die Fäuste des Volks". Die Bajonette des Militärs gehorchten dem Inhaber der Staatsgewalt; die Staatsgewalt aber gehöre bisher nicht der Bourgeoisie, sondern dem absoluten Königtum. Mit Ausnahme dieser realen Gewalt habe die Bourgeoisie freilich alles erlangt, was sie nur erstreben konnte. Was ihr noch fehle reiche deshalb auch nicht hin, um ihrem Klasseninteresse eine Richtung gegen die Machthaber zu geben. Nicht gegen oben, sondern nur gegen unten sei bei ihr ein wirkliches Klasseninteresse vorhanden, und deshalb sei ihre politische Verkörperung, die liberale Partei, zur eigentlichen Trägerin des Stillstandes geworden. Es müsse endlich einmal offen und bestimmt ausgesprochen werden, daß der Kampf des Proletariats sich in erster Reihe gegen die Bourgeoisie richte, und schon aus dieser Erwägung heraus sei die Depesche, die Lassalle von Solingen aus an Bismarck gerichtet hätte, gerechtfertigt gewesen. Nun aber begeht Schweitzer in seiner Rede insofern eine Unvorsichtigkeit, als er sich zu der Ansicht bekennt, daß man Bismarck mit Unrecht für gefährlich hielte, das sei er so wenig wie überhaupt Junker- und Adelskoterien es sein könnten. Denn nur solange wäre er allmächtig, wie König Wilhelm, der Mann, der über 300 000 Bajonette verfüge, ihn den Staat regieren ließe; wenn der König ihn fortschickte, gäbe es keinen Bismarck mehr. Hoffte Schweitzer jedoch, mit dieser Rede sich Lassalles besonderen Beifall zu erwerben, so hatte er sich verrechnet. Dieser schrieb am 28. Januar 1864 an Otto Dammer in Leipzig, der sie in einer schwerlich von ihrem Verfasser herrührenden recht unzureichenden Redigierung hatte drucken lassen, er wäre mit ihrem Inhalt nicht so recht einverstanden, hielte sie auch für kein gutes Agitationsmittel und wünsche deshalb ihre massenhafte Verbreitung nicht. Am meisten Anstoß erregte bei ihm wohl Schweitzers Äußerung über Bismarck. Unmöglich konnte es ihm erwünscht sein, daß in einem Zeitpunkt, wo er selbst über die Möglichkeit eines Zusammengehens mit dem Minister verhandelte, aus seinem

eigenen Gefolge heraus Äußerungen bekannt wurden, die den Anschein erwecken konnten, daß sie mit dessen nahem Sturze rechneten![1]) —

Während des Winters auf 1864 beschäftigte sich Schweitzer, außer mit einem kleinen Aufsatz über Maschinen für das provisorische Vereinsorgan, den Nordstern, mit der Beendigung seines Romans. In diesem Schlußband erlebt der Leser die Vorbereitung und die erfolgreiche Durchführung der Konterrevolution durch die auf das aktive Heer gestützte reaktionäre Partei. Aus Furcht vor der Arbeiterschaft, die sich ihrem Gängelband teilweise entwunden hat, verständigen sich nämlich die liberalen Machthaber mit den privilegierten Klassen. Die Nationalwerkstätten werden aufgehoben, das Klassenwahlrecht befestigt, eine Nationalgarde aus wohlhabenden Bürgern errichtet, und schließlich erfolgt die Suspendierung des Vereins- und Versammlungsrechts. Eine gewaltsame Erhebung eines Teils des Proletariats ist die Folge, aber die seit lange auf diese Eventualität vorbereitete Armee kartätscht die Arbeitermassen nieder, und die Reaktion triumphiert auf der ganzen Linie. Dieser tragische Abschluß des Romans scheint Lassalle, als Schweitzer ihm noch vor der Niederschrift den Inhalt erzählte, nicht gefallen zu haben. „Lassen Sie das Volk siegen!", bat er seinen Anhänger. Aber Schweitzer, mit fester Stimme, erwiderte ihm: „Es wird nicht siegen". Diese Erzählung wirft ein so treffendes Schlaglicht auf die Charaktere des sanguinischen Lassalle und des skeptischen Schweitzer, daß man sie für authentisch halten möchte, obgleich sie nur auf die mündliche Mitteilung eines Veteranen zurückgeht, der sie einst aus Schweitzers Munde vernommen haben will.

Es ist nicht ohne Interesse, zu erfahren, wie das Berliner Polizeipräsidum über die Lucinde urteilte. Zu den beiden ersten Bänden äußerte sich der dortige Referent bereits im Oktober 1863. Er entdeckte darin „weder neue noch sehr anregende Ideen" und meinte, daß eine Beschlagnahme sich nicht würde begründen lassen. Auch zwei Monate später, nach der Lektüre des dritten Bandes, vermochte die gleiche Persönlichkeit keinen Anhaltspunkt herauszufinden, der nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine Anklage gerechtfertigt hätte, wenn das Buch in Preußen erschienen wäre. Immerhin ließ der Referent der höheren Instanz eine Tür offen, indem er darauf hinwies, daß für ein in Frankfurt erschienenes Buch solche Rücksichten in diesem Grade nicht maßgebend zu sein brauchten. In dem Gutachten hieß es noch, daß das Buch wohl aufreizende Stellen enthielte, die sehr gefährlich erscheinen müßten, wenn sie einzeln und herausgerissen als Lektüre gegeben würden, daß jedoch in dem vollständigen Zusammenhange dies weniger zu befürchten wäre. Ähnlich lautete endlich auch der im Januar 1865 über den letzten Band erstattete Bericht: In der Absicht des Verfassers läge es zweifellos, den öffentlichen Frieden zu stören und zwischen Arbeiter und

[1]) B. Becker a. a. O. p. 197.

Arbeitgeber Haß zu erregen. Doch sei das Buch zu ausgedehnt und behandle dem Arbeiter fremde oder ihn ablenkende Materien mit einer zu großen Ausführlichkeit, als daß es auf die Arbeiter einen großen Eindruck machen würde. Wirklich wurde von einem Verbote des Romans Abstand genommen.

Am 22. Mai 1864, dem ersten Jahrestage des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, an dem gleichen Tage, wo Lassalle in Ronsdorf seine letzte große Rede hielt, finden wir Schweitzer in seiner Vertretung als Festredner an der Geburtsstätte des Vereins in Leipzig. Nach einem von Hofstetten gedichteten und von Fritzsche gesprochenen Prolog suchte er hier unter Anführung von Beispielen aus der Geschichte von neuem zu beweisen, wie unrichtig die liberale Taktik wäre, die es für möglich erklärte, das Politische und Soziale, diese beiden Faktoren, die gar nicht zu trennen wären, dauernd auseinander zu halten[1]).

Inzwischen hatten Schweitzer und sein mit Glücksgütern reicher bedachter Freund Hofstetten, der bereits völlig unter seinem Einfluß stand, den Plan gefaßt, eine Tageszeitung zu gründen, welche die Lassalleschen Ideen vertreten sollte. Es war das kein übler Gedanke, denn die Agitation für die neue Bewegung war bis dahin fast ausschließlich von Lassalle persönlich durch Reden und Broschüren bestritten worden. Während die alten Parteien über eine mächtige und weit verbreitete Presse verfügten, hatte die eben geborene Sozialdemokratie nicht ein einziges ernsthaft in Betracht kommendes Blatt, ihre Ansichten in die Massen zu tragen. Lassalle wurde durch die allein auf seinen Schultern lastende Agitation und durch zahlreiche gerichtliche Verfolgungen so ungeheuer in Atem gehalten, daß er sich außer stande fühlte, für eine wirkungsvolle und ausreichende Vertretung seiner Ziele in der Presse Sorge zu tragen, obgleich er die unbedingte Notwendigkeit einsah. Wenn der Gradaus in Eßlingen und die Schwäbische Volkszeitung in Stuttgart wirklich ein paar seiner Bewegung wohlgesinnte Artikel veröffentlichten, was war damit gewonnen? Die von niemandem gelesene Fränkische Volkszeitung R. von Gählers war zu Weihnachten eingegangen, des zweifelhaften Eduard Löwenthals Zeitgeist in Leipzig befand sich ebenfalls im Erlöschen, und Hadermanns Volksfreund, der es fertig brachte, die in Frankfurt im Frühling 1864 endlich errungene Gewerbefreiheit zu bekämpfen, eignete sich erst recht nicht als Parteiorgan. Die annehmbarste Lösung des Dilemmas, wenn die Mittel zur Gründung einer neuen Zeitung nicht sofort vorhanden waren, hätte noch in einer völligen Umgestaltung des in Hamburg erscheinenden und von Lassalle bereits mit Geld subventionierten republikanisch-demokratischen Nordstern bestanden. Mit diesem Projekt befaßten sich Lassalles und Schweitzers Unterhaltungen, als sie sich im Juni in Ems trafen[2]), wo Lassalle zur Kur weilte. Der Ankauf

[1]) Nordstern 28. Mai.

[2]) Vgl. den Brief in Note III.

des Nordstern und die Übernahme der Redaktion durch Schweitzer und Hofstetten wurden hier ernsthaft in Erwägung gezogen.

Am 2. Juli traf Lassalle in Frankfurt ein. Vergebens hatte er gehofft, bereits in Düsseldorf mit Schweitzer wieder zusammenzustoßen, um die Beratung über den Zeitungsplan fortzusetzen. Am Abend des 3. Juli sprach der Agitator im Rebstock in einer geschlossenen Versammlung der Mitglieder des Vereins zum letzten Male zu Arbeitern. Schweitzer wich in diesen Tagen kaum von Lassalles Seite, der seine Ankündigung wahr machte und sich Arm in Arm mit seinem übelberufenen Freunde in den belebtesten Straßen der Stadt zeigte. Auch ergriff er jede andere Gelegenheit, um Schweitzer in Gegenwart der Frankfurter Vereinsmitglieder seine Hochachtung zu bezeugen. An jenem Abende holte Schweitzer Lassalle aus dem Holländischen Hofe, wo dieser in Begleitung der Gräfin Hatzfeld abgestiegen war, zu der Versammlung ab. Bei diesem Anlaß war er der Zeuge einer häßlichen Szene zwischen jenen beiden, die in ihm den Eindruck verstärkte, daß diese Frau „die mädchenhafte Eitelkeit" des großen Mannes auf eine unverantwortliche Weise nährte. Es waren erst wenige Tage verstrichen seit dem Übergang der Preußischen Truppen nach Alsen, und so lag es nahe, daß Lassalle über die Frage des Tages, über Schleswig-Holstein sprach. Die Begeisterung der Liberalen für den Augustenburger und für die Schaffung eines neuen Kleinstaats verhöhnte er gründlich, aber noch hielt er es nicht für angebracht, sich öffentlich für die Annexion der Elbherzogtümer an Preußen zu erklären. Wenn Oberwinder[1]), der zugegen war, das Gegenteil behauptet, so liegt bei ihm eine unschwer zu erklärende Verwechslung vor. Nach der Beendigung des Vortrags vereinigte nämlich Lassalle in seinem Hotel noch einen engeren Freundenkreis. Hier erst ließ er seine Geneigtheit durchblicken, gegebenenfalls in der Schleswig-Holsteinschen Frage mit der preußischen Regierung zu paktieren, aber er fand damit bei den Frankfurter Arbeitern gar keine Gegenliebe und verzichtete deshalb bald darauf, diesen seine weiteren Pläne zu enthüllen. Zu Schweitzer bemerkte er, als sie allein waren: „Es ist ein Jammer, wenn man nicht begriffen wird", aber dieser will ihm geantwortet haben: „Man hat Ihre Gedanken nur zu sehr erfaßt." Lassalle habe ihn groß angesehen und geschwiegen. Schweitzer hatte so unrecht nicht. In der Tat suchte Bernhard Becker in der gleichen Stunde, wo jene andere Unterhaltung stattfand, dem jungen Heinrich Oberwinder und anderen Vereinsmitgliedern die Überzeugung beizubringen, daß Lassalle ein „Verräter" sei. Schon damals gedachte er sich gegenüber dem taktischen Opportunismus jener beiden beweglicheren und begabteren Geister mit seiner vermeintlichen Charakterfestigkeit aufzuspielen![2]). Hier in Frankfurt und auf einem sich anschließenden mehrtägigen Ausfluge in die Pfalz, an dem außer Lassalle, der Gräfin Hatzfeld,

---

[1]) H. Oberwinder, die Anfänge der Arbeiterbewegung in Hardens Zukunft vom 14. August 1897.

[2]) B. Becker, Enthüllungen über das tragische Lebensende F. Lassalles. Auf Grund authentischer Belege. Schleiz 1868 p. 120.

Schweitzer, Hofstetten mit Frau und Schwester auch Friedrich Städel und Wendelin Weißheimer teilnahmen, wurde das Abkommen über die neue Zeitungsgründung perfekt. Wie Weißheimer in seinen hübschen Aufzeichnungen über diese kleine Reise berichtet, fand die abschließende Besprechung anscheinend im Garten des „Löwen" in Neustadt an der Haardt statt. Das Nordsternprojekt, gegen das Becker hinter den Kulissen bei dessen Herausgeber Bruhn intrigierte[1]), hatte man inzwischen fallen gelassen. Die Hauptstadt Preußens sollte der Sitz des ersten wirklichen Organs der neuen Partei werden[2]), für dessen Gründung Hofstetten das ihm von seiner Frau, einer geborenen Gräfin Strachwitz, eingebrachte Geld hergeben wollte. Auf der Fahrt nach Neustadt am Tage zuvor waren im Eisenbahnkupee Lassalle und Schweitzer über die beiden Philosophen, denen sie ihre wissenschaftlichen Grundanschauungen verdankten, in Streit geraten. Lassalles kraftvoller Natur war Schopenhauers Pessimismus und Quietismus in tiefster Seele verhaßt, während Schweitzer seinerseits Hegel, den er aus eigenem Studium schwerlich hinreichend kannte, bis dahin, wie wir wissen, nur durch die karikierende Brille Schopenhauers angesehen hatte. Die Debatte setzte sich auch nach der Ankunft

---

[1]) Vgl. Becker an Bruhn in: Die Geschichte der sozialdemokratischen Partei in Deutschland seit dem Tode Lassalles usw. Berlin 1865, p. 11. Becker, der Lassalles nahen Tod nicht ahnen konnte, schrieb am 9. Juli, also während des Zusammenseins Lassalles und Schweitzers in der Pfalz an Carl von Bruhn in Hamburg, den Herausgeber des Nordstern, einen von Verdächtigungen gegen Schweitzer strotzenden Brief, in dem es u. a. hieß: „Mir will es durchaus nicht gefallen, daß Schweitzer das Parteiorgan in die Hand bekommen soll, denn ich halte ihn in seinen sozialistischen Ansichten nicht sattelfest, und stütze dabei mein Urteil sowohl auf die schwankende politische Vergangenheit Schweitzers, als auch besonders auf unsere Diskussionen im Schoße hiesiger (Frankfurter) Gemeinde. Schweitzer ist ein Anhänger der Schopenhauerschen Philosophie, nach welcher die existierende Welt die schlechteste von allen möglichen ist. Nach derselben, der auch Hofstetten zugetan ist, kann man nur dann unseren Bestrebungen huldigen, wenn man die Zustände, die nun einmal nicht anders als schlecht sein können, so wenig schlecht als möglich zu machen sucht . . . . . Im ganzen ist diese Philosophie die der Aristokratie und Reaktion, wie Schweitzer, der über sie Vorlesungen in Wien gehalten hat, selbst eingesteht . . . . . Ehe Du Dich über das Anerbieten Schweitzers entscheidest, mußt Du Dich über die Frage entscheiden: Soll der Nordstern nie aus meiner Hand kommen, damit er nie aufhören kann, revolutionär zu sein? Will ich ihn jemals für eine gute Geldsumme aus der Hand geben? . . . Soll der Nordstern eher zu Grunde gehen, als in Hände geraten, die ihn mißbrauchen können?" (Abgedruckt im Nordstern No. 307 Beilage „Ein unumwundenes Wort" von Joh. Ph. Becker). Auch Friedrich Reusche in Zürich, ein anfänglicher Mitarbeiter des Socialdemokrat, mißtraute Schweitzer wegen seiner Verehrung für Schopenhauer. Er habe zu oft beobachtet, schrieb er 1865 in der Rheinischen Zeitung No. 87, daß die Anhänger Schopenhauers früher oder später in die Reihen der Reaktion träten. Wer Schopenhauers Philosophie kenne, werde diese Erscheinung erklärlich finden!

[2]) Darf man dem im Auftrag der Gräfin Hatzfeld 1867 (von Reusche) abgefaßten Pamphlet „Der Social-Demokrat und seine Helfershelfer" Glauben schenken, so hatte Lassalle sich die Zustimmung dazu, daß die neue Zeitung sich Vereinsorgan nennen dürfe, noch vorbehalten.

am Bestimmungsorte noch Stunden lang fort, Lassalle hatte sich vorgenommen, nicht eher schlafen zu gehen, als bis Schweitzer gründlich bekehrt wäre. Gegen fünf Uhr morgens soll dieser sich dann wirklich für besiegt erklärt haben. Auch die Fehler der Gothaer und des Frankfurter Parlaments von 1848 kamen bei diesem letzten Zusammensein Lassalles und Schweitzers zur Sprache, und gemeinschaftlich wurde über den Marsch der Fortschrittler gelacht, den Weißheimer zu dem Leitmotiv „Was gemacht werden kann, wird gemacht", in übermütiger Stimmung improvisierte!

Aber selbst Lassalles warmer und energischer Protektion konnte es nicht gelingen, Schweitzer bei den Frankfurter Sozialdemokraten zu rehabilitieren, und als am Main der Name des vom Präsidenten in Aussicht genommenen Redakteurs des künftigen Vereinsorgans ruchbar wurde, da zeterte der alte Hadermann in seinem Lokalblättchen[1]) — vielleicht stand hinter ihm Bernhard Becker — sogar gegen eine passive Hereinziehung Schweitzers in die Arbeitervereinswelt. Aber diesmal wandte sich dieser umsonst mit der Bitte um Hilfe an seinen Protektor. Lassalle kümmerte sich jetzt nicht mehr um solche Lappalien, denn er befand sich bereits im Bannkreise seines „Goldfuchses", der Helene von Dönniges. Daß er Schweitzer vertraute und für die Zukunft auf ihn zählte, bewies er ihm aber auch noch in jenen Tagen. Denn er ernannte ihn gleichzeitig mit Bernhard Becker am 26. Juli durch eine Präsidialverfügung zum Vorstandsmitgliede des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Die Kunde hiervon erreichte Schweitzer nicht mehr in seiner ihm so wenig gewogenen Heimatstadt. Anfang August hatte er ihr endgültig den Rücken gewandt, um sich auf einem bedeutenderen Schauplatz Anerkennung und Einfluß zu erkämpfen.

Kapitel VI.

Schweitzers Stellung in der Partei als Redakteur des Socialdemokrat.

Lassalle hatte das Programm, das ihm helfen sollte, die Arbeiterklasse politisch mündig zu machen, nicht willkürlich ausgewählt. Sowohl der Ruf nach dem allgemeinen Stimmrecht wie die Forderung der Unterstützung von Arbeiterproduktivgenossenschaften, waren aus den vorgeschrittensten Kreisen dieser Klasse zu ihm gedrungen. Man weiß, daß die Wiege der deutschen sozialdemokratischen Partei in Leipzig gestanden hat. Um die gleiche Zeit wie in der Main-

[1]) Volksfreund für das mittlere Deutschland 20. Juli. Die Richtung von Hadermanns Übereinstimmung mit Lassalle sowie die rein gefühlsmäßige und gedanklich ganz ungeklärte Art seiner Stellungnahme in sozialen Dingen wird am deutlichsten aus seinem Nachruf auf den toten Agitator im Volksfreund vom 9. September.

gegend und wie in Berlin ebenfalls, machte sich hier in einer Gruppe von geweckten Arbeitern das Bedürfnis geltend, mit den Standesgenossen in den verschiedenen Gauen des noch ungeeinigten Vaterlandes Fühlung zu suchen, um sich mit ihnen über die sie alle verbindenden Interessen zu verständigen. Sie erkannten, daß die von Männern aus dem Bürgertum geleiteten Arbeiterbildungsvereine für die Zwecke, die ihnen vorschwebten, nicht mehr ausreichten. In Leipzig standen an der Spitze dieser Gruppe der Zigarrenarbeiter Wilhelm Fritzsche und der Schuhmacher Julius Vahlteich. Beide waren geborene Leipziger und schon als solche besaßen sie gute Beziehungen in der dortigen Gesellen- und Arbeiterwelt. Fritzsche, fünfzehn Jahre älter als sein Genosse, war das Kind sehr armer Leute. Schon auf der Walze war er bei dem alten Revolutionär Johann Philipp Becker und bei Wilhelm Weitling vorübergekommen, jenem sonderbaren Heiligen, der mit seiner Denk- und Sprechweise im Handwerk wurzelnd auf seinem unruhigen Lebensweg, der ihn von Ort zu Ort führte, einer ganzen Reihe von Gesellen und Arbeitern dieser Generation zuerst das Licht des Sozialismus aufgesteckt hat. Auch der bemerkenswert intelligente wenn auch vielleicht innerlich kühle Vahlteich verdankte seine Erleuchtung dem Schneider Weitling, dessen Schriften er selbst dann nicht zurückstellte, als Lassalle und Marx an seinem Horizonte aufgegangen waren.

Während des schlimmen Jahrzehnts der Reaktion, in dem jede politische Agitation unter den Arbeitern sich von selbst verbot, aber auch in den folgenden besseren Jahren, war Professor Roßmäßler, ein bekannter Volksschriftsteller, der schon in der Paulskirche mitgetagt und dort auf der linken Seite gesessen hatte, die Seele aller Bildungsbestrebungen der sächsischen Arbeiter gewesen. Dieser von den Arbeitern aller Schattierungen hochgeschätzte Mann zeigte sich einer Verquickung der ihm besonders am Herzen liegenden geistigen Erziehung der Arbeiter mit politischen Forderungen abgeneigt. Aber der junge Chemiker Dr. Otto Dammer, den der alte Naturforscher für Vorträge in dem von ihm geleiteten gewerblichen Bildungsverein gewonnen hatte, hing um so eifrigerer jenen von Vahlteich und Fritzsche vertretenen Forderungen an. Übrigens fanden sie bei der Mehrzahl der Vereinsmitglieder, zu der auch der junge August Bebel gehörte, noch keinen Widerhall. Betrieben Vahlteich und Fritzsche auch noch nicht den kühnen Plan der Begründung einer besonderen politischen Arbeiterpartei, so hatten sie doch schon die Überzeugung gewonnen, daß die Arbeiter darauf hinwirken müßten, innerhalb des Programms der Fortschrittspartei ihren eigentümlichen Interessen ein stärkeres Gewicht zu verschaffen. Bereits damals erwog Fritzsche die Möglichkeit von Gewerkschaftsgründungen, während Vahlteich gegen das von der Fortschrittspartei gebilligte Dreiklassenwahlrecht das allgemeine Stimmrecht auszuspielen begann. Sie hatten auch schon erkannt, daß die Genossenschaftsgründungen von Schulze-Delitzsch nur dem Kleinbürgertum zugute kamen, und daß die Associationsidee für die Arbeiterklasse erst dadurch fruchtbar gemacht werden könnte, wenn ihnen das

zu deren Gründung erforderliche Kapital von anderer Seite vorgestreckt würde[1]). Bereits am Karfreitag 1862 war es im Leipziger gewerblichen Bildungsverein zu einer Spaltung gekommen zwischen den Elementen, welche die ideellen und denjenigen, welche die materiellen Faktoren für die Arbeiterwohlfahrt stärker betonten. Die Minderheit unter Vahlteich und Fritzsche schied aus dem Verein aus und gründete einen eigenen Verein „Vorwärts", von dem nun bald ein entscheidender Anstoß ausging. Weil die Bildungsvereine noch zu sehr unter dem Einfluß bürgerlicher Gönner ständen, empfahl Vahlteich damals, freie Arbeiterversammlungen zum Mittelpunkt der Agitation zu machen[2]). Aus einer solchen freien Arbeiterversammlung, die am 2. Oktober 1862 abgehalten wurde, ist das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeitertages hervorgegangen[3]). Das Projekt eines Arbeiterkongresses scheiterte damals freilich noch an der Unklarheit der Nächstbeteiligten und dem Mißtrauen der fortschrittlichen Presse und der hinter dieser stehenden Parlamentarier. Aber Otto Dammer, der jenem Komitee angehörte, setzte zu Anfang des Jahres 1863 seine Freunde aus der Arbeiterklasse durch Vermittlung Ludwig Löwes mit dem Manne in Beziehung, der wie kein

---

[1]) Von Vahlteich selbst oder einer ihm nahestehenden Persönlichkeit stammt wohl der Leitartikel der Leipziger Mitteldeutschen Volkszeitung vom 6. Juli 1862, der die Überschrift trägt „Eine Mahnung an die Fortschrittspartei. (Aus der Feder eines Handwerkers.)" Darin kommt der Wunsch zum Ausdruck, in Roßmäßlers kleiner Schrift „Die Fortschrittspartei und die Volksbildung" eine „Lücke auszufüllen": Es genüge nämlich nicht, daß die Fortschrittspartei sich um die Bildung des Volks kümmere, noch wichtiger sei dessen materielles Wohl. Wenn jene Partei nicht bloß Sonderinteressen verfolge, so sei es hohe Zeit für sie, an die Lösung der sozialen Frage zu gehen, bevor diese zu einem gordischen Knoten werde. Die Demokratie habe bisher nichts für das materielle Wohl des Volkes getan: die Bildungsvereine genügten nicht, und Schulze-Delitzsch's Bestrebungen würden von den Arbeitern überschätzt, da sie ja nur dem wohlhabenderen Teil des Standes zugute kämen. Mit dem Genossenschaftsgedanken sei für den kapitallosen Arbeiter nichts erreicht, denn wenn man tausend Nullen untereinander schreibe, so erhielte man doch nur eine große Null. Das fortschrittliche Bürgertum wäre in der Lage, den Genossenschaftsgedanken für den Arbeiterstand fruchtbar zu machen, indem es ihm das Geld für die Errichtung von Assoziationen vorstrecke, das es jetzt für unnütze „Flottensammlungen" vergeudet hätte. Vielleicht sei es noch an der Zeit, daß die Fortschrittspartei das Vertrauen der gebildeteren und vorgeschritteneren Arbeiter, das sie entschieden verloren hätte, auf diesem Wege wiedergewönne!

[2]) Aus seiner damaligen Gegnerschaft gegen die von Vahlteich und Fritzsche verfolgten Ziele erklärt sich das geringschätzige Urteil, das Bebel auf dem ersten Vereinstage deutscher Arbeitervereine über die freien Arbeiterversammlungen fällte. Vgl. Bericht über die Verhandlungen des ersten Vereinstages der deutschen Arbeitervereine, abgehalten zu Frankfurt a. M. am 7. und 8. Juni 1863, p. 30.

[3]) Vgl. den Bericht über diese Versammlung in der Mitteldeutschen Volkszeitung vom 5. Oktober. Dort stellte Vahlteich, der den Vorsitz führte, noch den weiteren Antrag, daß es dringend geboten sei, die Höhe der Mitgliederbeiträge beim Nationalverein und die Art der Einzahlung so abzuändern, daß dem Arbeiter der Beitritt erleichtert werde. Diese Resolution fand Annahme.

anderer berufen war, alle jene unklaren Regungen, die gleichzeitig an verschiedenen Stellen in der deutschen Arbeiterschaft an die Oberfläche getreten waren, auf das Feld politischer Wirksamkeit überzuleiten. So wurde die Stadt an der Pleiße die Geburtsstätte und der Sitz des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Aber nur eine kleine Minderheit des politisch überhaupt schon rege gewordenen Teils der deutschen Arbeiterschaft war bis zum Tode Lassalles seinem Weckrufe gefolgt. Die erdrückende Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse, besonders die ländliche, verharrte noch in völliger Lethargie; der Umstand, daß die immer wiederkehrenden Wahlagitationen zum Reichstage allmählich Bewegung unter sie brachte, rechtfertigte noch nachträglich das Gewicht, das Lassalle auf das einzige von ihm nachdrücklich verfochtene politische Postulat legte! Die in den Bildungsvereinen organisierten und auf Selbsthilfe eingeschworenen Elemente beherrschte der Wahlspruch „Durch Bildung zum Licht und zur Freiheit" vorläufig noch zu ausschließlich, als daß Arbeiter, die sich den Staat nur nach seiner ihnen vor Augen stehenden Verkörperung vorstellen konnten, von Staatshilfe oder von dem allgemeinen Stimmrecht das Heil erwarten sollten, namentlich da es bei der Demokratie durch die Praxis des dritten Napoleon in Mißkredit geratenen war.

Lassalles früher Tod bedeutete einen schweren Schlag für Schweitzer. Nur durch die energische Protektion dieses gewaltigen Mannes war es ihm überhaupt gelungen, nach seinem moralischen Schiffbruch wieder im politischen Leben Eingang zu finden. Jetzt waren alle seine Hoffnungen von neuem in Frage gestellt. Die deutschen Arbeiter kannten ihn nicht, und die einzigen von ihnen, die ihn kannten, die Mainländischen, verachteten ihn. Seine Vergangenheit und seine vornehme Abstammung waren ihm bei den Zielen, die ihm jetzt vorschwebten, überaus lästig, und auch von den Nichtarbeitern, die zur Bewegung gehörten, wurde er ausnahmslos entweder mit Mißtrauen angesehen oder offen befeindet. So wird er wohl selbst die Aussicht, daß das von ihm und Hofstetten mit Lassalle vereinbarte Zeitungsunternehmen trotz aller Hindernisse noch zustande kommen würde, damals ziemlich gering eingeschätzt haben. Aber von einem Ziele, das sie sich gesetzt hatte, war seine zähe Natur nicht leicht abzubringen.

Wäre Lassalle von seiner Reise in die Schweiz zurückgekehrt, so würden ihn in Berlin Besprechungen mit Marx, Engels und Liebknecht erwartet haben, die wahrscheinlich zur offenen Fehde zwischen ihm und Marx und dessen Anhang geführt hätten.[1]) Seit 1862 aus dem Exil nach Deutschland zurückgekehrt war Liebknecht hier um diese Zeit die einzige Persönlichkeit, die im Sinne jener kleinen Londoner Gruppe zu wirken entschlossen war. Um die Hand im Spiele zu

[1]) Dies geht hervor aus den Briefen A. Vogts und Liebknechts an Vahlteich vom 19. Juli und 15. August 1864, abgedruckt bei Vahlteich, Ferdinand Lassalle und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. München o. J. (1904) p. 77 ff. und aus Liebknecht, Karl Marx zum Gedächtnis. Ein Lebensabriß und Erinnerungen. Nürnberg 1896 p. 112.

haben, war er trotz großer sachlicher Bedenken dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein beigetreten. Obgleich Lassalles Hinneigung zu Bismarck ihn bereits mit Mißtrauen erfüllte[1]), arbeitete er bis in den Sommer 1864 auf eine Aussöhnung der alten Kampfgenossen hin, und auch Marx hielt vor der Ronsdorfer Rede die Kluft noch für überbrückbar, freilich lernte er sie erst nach Lassalles Tode kennen. Da Marx in Deutschland auch nicht die geringste organisierte Partei hinter sich hatte, so bestand für ihn entschiedenes Interesse, mit Lassalle zu einer Verständigung zu gelangen. Er riet deshalb Mitte Juli seinem Vertrauensmanne auf deutschem Boden „solange nicht prinzipielle Fehler vorkämen" die Bewegung zu unterstützen. Liebknecht aber und die paar Gesinnungsgenossen, die er sich erworben hatte, arbeiteten bereits vorsichtig für den Fall, daß Lassalle „große politische Dummheiten" beginge, auf die Abschaffung von dessen Diktatur hin. Sie stimmten mit Marx und Engels darin völlig überein, daß man alles aufbieten müßte, unter Benutzung von Lassalles ungeheurem Einfluß auf die Arbeiter die Bewegung, welche jener ohne ihr Mittun ins Leben gerufen, auf die Bahnen einer intransigenten Demokratie hinüberzuleiten. Im schlimmsten Falle aber wollten sie es auf den Versuch ankommen lassen, ihn zu verdrängen, und Liebknecht und August Vogt wähnten, daß die Entlarvung seiner weitgediehenen Anlehnung an Bismarck ihnen hierbei gute Dienste leisten würde. Der Ton der Briefe, die um jene Zeit zwischen den wenigen deutschen Anhängern der Marxistischen Richtung gewechselt wurden, versetzt unwillkürlich in die Stimmung von Schillers Piccolomini. Aber keiner dieser „alten" Sozialisten hielt Lassalle eines bewußten Verrats an der Arbeitersache für fähig.

Schweitzer mußte für die Ausführung seines Zeitungsunternehmens das preußische Bürgerrecht und das Berliner Heimatrecht erwerben und war dort eingetroffen, unmittelbar nachdem er in der Pfalz Lassalles endgiltige Einwilligung erhalten hatte. Er suchte alsbald Liebknecht auf, den er natürlich als deutschen Vertrauensmann von Marx und Engels kennen mußte. Schwerlich jedoch wird Schweitzer diesen Schritt ohne Lassalles Zustimmung unternommen haben. Es erscheint sogar recht einleuchtend, daß Lassalle im Hinblick auf die für den September vorgesehenen Besprechungen durch Schweitzers Vermittlung in Erfahrung zu bringen wünschte, was die Berliner Anhänger von Marx zu seinen letzten rheinischen Reden sagten,

---

[1]) Liebknecht, Zwei Pioniere in Neue Welt 1900, No. 17. Dort erzählt Liebknecht, Lassalle hätte bei ihrem letzten Zusammensein in Berlin die Forderung aufgestellt, daß man im Verfassungskonflikt keinesfalls mit der Fortschrittspartei gehen dürfe, und daß er (Liebknecht) sofort erwidert hätte: niemals mit Bismarck gegen das Bürgertum! An jenem Abend habe er sich mit dem Schuhmacher August Vogt zusammengefunden, sie begründeten einen kleinen Kreis, dem sich auch bald Theodor Metzner anschloß. Aus dieser kleinen Gruppe ging später der Berliner Demokratische Arbeiterverein hervor, die Schildwache der Internationale in der preußischen Hauptstadt.

welche die Neigung zu einem Pakt mit Bismarck deutlich erkennen ließen. Auch brachte Schweitzer wirklich bei Liebknecht sofort das Gespräch auf die reservierte Haltung der „alten“ Sozialisten gegenüber Lassalle und der von diesem geschaffenen Bewegung. Liebknecht erwiderte, er und seine Freunde hätten gegen die „im wesentlichen von Marx und Engels entlehnten“ theoretischen Lehren Lassalles nichts einzuwenden, aber sie verwürfen auf das entschiedenste eine Taktik, die auf ein Kompromiß mit der reaktionären preußischen Regierung hinauszulaufen schiene. So wie Lassalle seine Bewegung angelegt habe, müsse er entweder binnen kurzem im feudalen Lager landen oder aber zu seinen alten Parteifreunden zurückkehren. Liebknecht sah Schweitzer an jenem Tage zum ersten Mal, er erhielt den Eindruck, daß ihm seine Darlegungen eingeleuchtet hätten. Den Wunsch nach der Mitwirkung von Liebknecht, Marx und Engels bei Gründung des sozialdemokratischen Organs äußerte Schweitzer in dieser Unterredung nur erst in einer so allgemeinen und unverbindlichen Form[1]), daß Liebknecht es noch nicht für nötig erachtete, darüber nach London einen Bericht zu erstatten.

Da kam plötzlich von Hofstetten aus Genf die telegraphische Kunde von Lassalles Tod. Schweitzer war sich darüber klar, daß es im sozialdemokratischen Lager für ihn jetzt keine andere Stütze mehr gab, als seine eigene Verschlagenheit, und dieser Einsicht entsprechend handelte er. Unmittelbar nach dem Eintreffen der Schreckensbotschaft und bevor er von der Proklamierung Bernhard Beckers durch Lassalles letzten Willen etwas ahnen konnte, begab er sich zu Liebknecht und schlug diesem Marx zum Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vor. War nicht Marx in den Revolutionsjahren der Schöpfer und Führer der damals zum ersten Mal sich regenden Klassenbewegung der deutschen Arbeiter gewesen? Er, die Seele der glorreichen Neuen Rheinischen Zeitung und der Verfasser des kommunistischen Manifests war nach dem plötzlichen Untergang von Lassalles Gestirn unbestritten die angesehenste Persönlichkeit, die es in der deutschen Sozialdemokratie gab. Daß Marx danach brannte, die nach vierzehnjährigem Schlummer von einem anderen wiedererweckte deutsche Arbeiterbewegung unter seinen Einfluß zu bekommen, konnte für Schweitzer kein Geheimnis sein. Wurde seiner Initiative Folge gegeben, so glaubte er dadurch sich Marx verpflichtet zu haben, und dieser würde ihn dann auch unter der veränderten Konstellation als Herausgeber des nicht länger entbehrlichen Parteiorgans bestätigen. Obgleich aber Marx von befreundeter Seite und auch aus Arbeiterkreisen der gleiche Antrag zuging, empfand er keine Lust, seine ökonomischen Studien am stillen Schreibtisch zu verlassen[2]) und sein Lon-

[1]) Vgl. Liebknechts Erklärung in der Berliner Reform (herausgegeben von Guido Weiß) vom 22. März 1865.

[2]) Ibid. Liebknecht gibt dort offiziell zwei Gründe für Marxens Ablehnung an: jener habe Bedenken getragen, sich mit einer Bewegung, die er für grundverkehrt hielte, zu iden-

doner Asyl aufzugeben, um unter den Augen der preußischen Reaktion eine Parteibildung, deren Lebensfähigkeit sich noch nicht erwiesen hatte, aus einer von ihm für grundverkehrt gehaltenen Taktik auf Wege zu leiten, deren Richtung seine mangelhafte Vertrautheit mit den damaligen deutschen Zuständen kaum gleich mit Sicherheit hätte angeben können. Es war auch nicht einmal gewiß, ob er die Wiedergewährung seines preußischen Heimatrechts, das ihm verloren gegangen, erreicht hätte. Liebknecht kannte Marx genau genug, um dessen Einwilligung gar nicht in Frage zu ziehen. Er kam deshalb in geheimer Beratung sogleich mit dem Vorschlag heraus, das Amt des Präsidenten überhaupt abzuschaffen und an dessen Stelle ein Direktorium von mehreren Personen zu setzen, dem sowohl die Leitung der Partei wie des Vereinsorgans unterstehen sollte. Aber diese beiden Vorschläge verloren jede Aussicht auf Verwirklichung mit dem Augenblick, wo es bekannt wurde, daß Lassalle selbst in seinem Testament einen Nachfolger namhaft gemacht hatte. Bei der Tiefe der Gegensätze, über die der Tribun sich keinen Illusionen mehr hingeben konnte, waren Marx und Engels für ihn bei der Auswahl nicht in Betracht gekommen. Auch Lothar Bucher konnte er nicht mehr als politischen Gesinnungsgenossen in Anspruch nehmen, Moses Heß, der älteste deutsche Sozialdemokrat, wie man ihn wohl nannte, hatte seit kurzem seinen Wohnsitz nach Paris verlegt und dachte, wie Lassalle wußte, an keine Rückkehr nach Deutschland[1]). Dammer hatte sich als ungeeignet erwiesen[2]), auf Herwegh war kein Verlaß, und Schweitzer, den Lassalle mit Recht für die geeignetste Persönlichkeit hielt[3]), kam wegen seiner Unbeliebtheit überhaupt nicht in Frage. Nur so wird es begreiflich, daß Lassalles Wahl auf Bernhard Becker fallen konnte. Der galt damals noch für eine ehrliche und bescheidene, weder Furcht noch Eifersucht erweckende Kraft, man konnte es ihm zutrauen, er werde die Partei sammeln und durch das stille Fahrwasser kleiner Verhältnisse zu allmählicher Erstarkung führen[4]). Lassalle hatte seine Politik vom Anfang seiner Agitation an in einer für die Zukunft der Bewegung verhängnisvollen Weise auf seine eigene Persönlichkeit zugeschnitten; ohne ihn ließ sie sich kaum in der gleichen Weise fortsetzen, denn wo war der Mann, der gleich ihm es sich hätte zutrauen dürfen, wie Bismarck es so pittoresk ausgedrückt hat, mit dem Teufel Kirschen zu essen, ohne dabei zu Schaden zu kommen? War aber kein Nachfolger

---

tifizieren und sodann hätte Marx keine Lust gehabt, unter den herrschenden politischen Zuständen nach Deutschland überzusiedeln.

[1]) Zlocisti, Moses Heß, Berlin 1905, p. 137.

[2]) Sophie v. Hatzfeld an Emma Herwegh April 1865 in Briefe Ferdinand Lassalles an Georg Herwegh, Zürich 1896. p. 135.

[3]) B. Becker, Enthüllungen über das tragische Lebensende Ferdinand Lassalles a. a. O. p. 122.

[4]) So urteilt der mit Becker nahe bekannte Heinrich Oberwinder in: Sozialismus und Sozialpolitik. Ein Beitrag zur Geschichte der sozialpolitischen Kämpfe unserer Zeit. Berlin 1887, p. 48.

da, der durch sein persönliches Talent wenigstens zeitweise darüber hinwegtäuschen konnte, daß er nur erst über eine winzige Anhängerschaft gebot, so war es das richtigste, erst einmal für die Erhaltung der mit so großer Mühe geschaffenen Organisation Sorge zu tragen. Dann konnte man sich mit der Hoffnung trösten, daß von ihr unter der Gunst der politischen und sozialen Entwicklung eines Tages doch noch der unausbleibliche Siegeszug der Arbeiterklasse ausgehen werde.

Aber selbst diese bescheidenen Erwartungen Lassalles rechtfertigte Bernhard Becker nicht; ihm fehlte es an Hingabe und Ernst nicht minder als an Talent. Die verantwortungsreiche Mission, die ihm unerwartet zugefallen war, erzeugte in ihm nur einen abgeschmackten Größenwahn, und in dem nun anhebenden Kampfe der Diadochen um die Herrschaft des vorerst noch imaginären Weltreichs war wohl niemandem die kleinliche Intrigue in einem solchen Maße Selbstzweck wie ihm. Lassalles Autorität war in den Kreisen des Vereins nach seinem plötzlichen Tode noch größer als bei seinen Lebzeiten, und niemand durfte es vorläufig wagen, gegen die Wahl eines von ihm empfohlenen Nachfolgers Bedenken zu erheben. Als Hofstetten aus Genf zurückgekehrt war und Schweitzer mit Lassalles letztem Willen bekannt gemacht hatte, reisten beide Freunde sofort nach Leipzig, wo Bernhard Becker sich auf des Vizepräsidenten Dammer Einladung bereits eingefunden hatte. Eine förmliche Aussöhnung zwischen Becker und Schweitzer erfolgte während der hier gepflogenen Besprechungen anscheinend noch nicht, oder es wäre ein weiterer Beweis für die Schlechtigkeit Beckers, daß er in einem Brief vom 23. September die Gräfin Hatzfeld vor Schweitzer warnte[1]), auf den kein Verlaß wäre, und von dem er selbst gehört haben wollte, daß er beim Schützenfest eine Depesche unterschlagen hätte.

Im Vereine brachen gleich darauf Wirren aus und brachten diese junge Pflanzung, an deren Lebensfähigkeit selbst ihr Begründer noch nicht fest geglaubt hatte,[2]) dem Rande des Abgrundes nahe; ihren Ausgangspunkt nahmen sie von einer Bestimmung in Lassalles Testament[3]). Dieser, auch in pekuniärer Hinsicht ein unabhängiger Mann, hatte keine Verfügung darüber getroffen, ob der künftige Präsident ein Gehalt beziehen dürfe, wohl aber hatte er dem Sekretär des Vereins Eduard Willms, dem Nachfolger des aufsässig gewordenen Vahlteich, für fünf Jahre 500 Taler jährlich und außerdem eine Lebensrente von 150 Talern ausgesetzt. Diese Anordnung verdroß Becker, einen sehr armen Schlucker, an seiner empfindlichsten Stelle. Wohl hatte er jetzt zuerst gute Tage: er wohnte

---

[1]) Abgedruckt in: Die Ausstoßung des Präsidenten B. Becker aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und der Socialdemokrat. Bericht über die am 27. und 30. März in der Berliner Gemeinde abgehaltenen Versammlungen. 2. Auflage. Leipzig 1869. p. 26.

[2]) Lassalle an Dammer 5. April 1864, abgedruckt bei B. Becker, Geschichte der Arbeiteragitation Ferd. Lassalles usw. p. 175.

[3]) Abgedruckt in der Bernsteinschen Ausgabe der Reden und Schriften Lassalles Bd. II, p. 956.

und tafelte im Hotel Windsor in Berlin mit der Gräfin Hatzfeld, die in ihrer großartigen wenn auch beschränkten und fanatisch am Buchstaben klebenden Pietät das Werk des toten Freundes fortzusetzen entschlossen war und seinen letzten Willen in allen Punkten durchgeführt sehen wollte. Kaum aber hatte die Gräfin durch den Einfluß, den man der Lebensgefährtin Lassalles zugestand und auch durch Geld alle seiner Wahl im Wege stehenden Hindernisse beseitigt, da bemühte sich Becker sofort, von dieser Gönnerin unabhängig zu werden[1]). Nachdem der jetzt aus der Bewegung für immer ausscheidende Dammer[2]) ihm am 2. November endgültig die Leitung des Vereins abgetreten hatte, verbündete er sich mit dem bisher von ihm befeindeten Schweitzer. Diesem lag nichts so am Herzen, wie das Zustandekommen seines Zeitungsunternehmens, und die Einwilligung des neuen Präsidenten war ihm hierfür unerläßlich. Becker seinerseits rechnete auf den klugen Rat und auf die Unterstützung Schweitzers bei einer von ihm geplanten Statutenänderung, die ihm eine Besoldung von Vereinswegen einbringen sollte.

Schweitzer aber wollte seine Zeitung von vornherein von den zufälligen Schicksalen der noch ungefestigten Lassalleanischen Organisation unabhängig machen, und jetzt wandte er sich deshalb nachdrücklich an Marx und Engels mit der Bitte um ihre Mitarbeit am Socialdemokrat. Sein Brief an Marx vom 11. November[3]) nannte den Adressaten, was der Wahrheit nahe kam, wenn es damals in den Ohren der orthodoxen Lassalleaner auch wie eine Blasphemie klingen mochte, den Begründer und den ersten Verfechter der deutschen Arbeiterpartei: „Wir hegen die Hoffnung“, so schrieb er in seinem und Hofstettens Namen, „daß Sie einem Verein, der, wenn auch nur indirekt, auf ihre eigene Wirksamkeit zurückzuführen ist, nach dem großen Verlust, der ihn betroffen, in seinem schweren Kampfe zur Seite stehen werden“. Schon vorher hatte sich Schweitzer mit Liebknecht verständigt und diesem das Versprechen gegeben, daß in der neuen Zeitung jedes Kokettieren mit der Kreuzzeitungspartei[4]) in der Art, wie Lassalle es zuletzt betrieben hätte, unterbleiben würde. Erst daraufhin hatte Liebknecht, vorbehaltlich der Zustimmung von Marx und Engels, eingewilligt, in die Redaktion einzutreten und seinen Londoner Freunden geschrieben, daß er sich nunmehr von Schweitzers Loyalität überzeugt hätte. Seiner Einladung an die geistigen Oberhäupter des deutschen Sozialismus hatte Schweitzer einen als Manuskript gedruckten Prospekt beigelegt, in dem, wie Marx nachher behauptete, Lassalle weder mit Wort noch mit Namen figurierte, und der nur drei Punkte enthielt: die Solidarität der Völkerinteressen, die

[1]) Vgl. Becker an Bruhn im Nordstern 29. April 1865.

[2]) Der junge Gelehrte, Vater einer größeren Familie, siedelte nach Hildburghausen an das Bibliographische Institut über, aus dem das Meyersche Konversationslexikon hervorging, dessen Mitarbeiter er noch heute ist.

[3]) Abgedruckt in der Berliner Reform vom 19. März 1865.

[4]) Vgl. Liebknechts Erklärung in der Berliner Reform vom 22. März 1865.

Einigung des ganzen Deutschland zu einem freien Volksstaat und die Abschaffung der Kapitalherrschaft. Unter ausdrücklicher Berufung auf diesen Prospekt versprachen Marx und Engels ihre Mitarbeit an dem neuen Blatte[1]). Gleichzeitig sicherte sich Schweitzer aber auch die Mitwirkung einer anderen Gruppe von namhaften Parteimännern, die alle mehr oder minder mit Lassalle befreundet gewesen waren. Dazu gehörten Johann Philipp Becker, der Oberst Rüstow, Georg Herwegh und Moses Heß. Sämtliche Koryphäen der äußersten Linken sollten Schweitzer helfen, das Unternehmen aus der Taufe zu heben, auf das sein Ehrgeiz jetzt alle Hoffnungen sammelte!

Es läßt sich deutlich verfolgen, wie Schweitzer bestrebt war, zwischen den verschiedenen Strömungen innerhalb der jungen deutschen Sozialdemokratie so lange geschickt hin und her zu lavieren, bis er als Beherrscher des neuen Parteiorgans mächtig genug sein würde, sich als selbständige Macht zwischen den orthodoxen Lassalleanern und den starren Revolutionären der internationalen Richtung aufzupflanzen. Vielleicht bewahrte er in seinem Herzen wirklich dem Manne Dankbarkeit, der ihm in der trübsten Zeit seines Lebens in vorurteilsloser Weise den Weg zu öffentlicher Wirksamkeit wieder erschlossen und seinen Geist nachhaltig befruchtet hatte. Dennoch aber bedeutete der beschränkte, doch so echt deutsche, aus Seelenschlichtheit und Gemütstiefe quillende Lassallekultus, der sich jetzt allenthalben im Verein einnistete, für den Politiker Schweitzer lediglich einen Faktor, den er bei künftigen Berechnungen an der richtigen Stelle einzusetzen haben würde. Auch die Gräfin Hatzfeld war für ihn keine Respektsperson, er zog sie in Betracht wegen des Einflusses, den sie als die nächste Freundin Lassalles besaß, sowie wegen ihres Vermögens, daß sich unter Umständen für ihm genehme Zwecke nutzbar machen ließ, wie es auch dazu dienen konnte, ihr in Arbeiterkreisen einen Einfluß zu erkaufen, den er selbst als unbequem oder ungehörig empfinden würde. Die Gräfin betrachtete sich als die von Lassalle eingesetzte Wächterin über seine Schöpfung, und Jahre aufreibender Arbeit wandte diese vornehme Frau an die von vornherein gänzlich aussichtslose Aufgabe, die deutsche Arbeiterbewegung trotz des gewaltigen Aufschwungs, den sie in der Folge nahm, genau an jener Stelle festzuhalten, wo Lassalle im Sommer 1864 sein Häuflein zurückließ. Die reale Macht der winzigen Partei überschätzte Schweitzer in keinem Augenblick, und die Erkenntnis von der vorläufigen Schwäche der Arbeiterbewegung wird ihn auch nach einigem Schwanken zu der Überzeugung gebracht haben, daß, angesichts der bestehenden Machtkonstellation und des fortdauernden scharfen Kampfes zwischen Königtum und Bürgertum in Preußen, Lassalles Politik der letzten Zeit trotz aller gegen sie vorgebrachten Bedenken der jungen Partei noch die meisten Aussichten bieten mußte.

Für die kleinlichen Kämpfe innerhalb der eigenen Fraktion hegte Schweitzer Verachtung, aber dennoch waren sie für ihn von der größten Wichtigkeit, da er

[1]) Vgl. Marx' Erklärung in der Berliner Reform vom 19. März 1865.

sie ausnutzen wollte, um im richtigen psychologischen Moment die von unfähigen Geistern mißbrauchte Diktatur Lassalles an sich zu reißen. Es sollen hier nicht im einzelnen alle jene Kämpfe und Intriguen geschildert werden, die sich im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ereigneten, bis Schweitzer endlich im Mai 1867 an die Stelle Lassalles trat. Mit der Ausstoßung Vahlteichs, der ersten jener Ketzererklärungen, die in der Geschichte des Vereins kein Ehrenblatt bedeuten, hatte Schweitzer nur insoweit zu tun, als er für diese noch von Lassalle beantragte Maßregelung als Vorstandsmitglied stimmte. Vahlteich war der erste gewesen, der aus der Mitte des Vereins heraus die Diktatur des Präsidenten anfocht und eine größere Dezentralisation verlangte[1]). Er schlug damit das Leitmotiv an, das durch alle die langjährigen Kämpfe klingen sollte, die schließlich mit dem Untergang der straff zentralisierten Organisation Lassalles und dem Siege der Dezentralisation endeten. Zum offenen Ausbruch kamen die Wirren im Verein, als in den Tagen nach Weihnachten in Düsseldorf die erste Generalversammlung zusammentrat und auf Beckers Wunsch mit Stimmenmehrheit die Vereinigung des Präsidiums und des Sekretariats beschloß. Man wollte damit die von Lassalle an Willms für fünf Jahre ausgesetzte Summe auf Becker übertragen und den Präsidenten, was wirklich im Interesse des Vereins lag, von der Gräfin Hatzfeld und der Mutter Lassalles, die er ebenfalls angebettelt hatte, unabhängig stellen. In diesem Beschluß erblickte die Gräfin Hatzfeld[2]) mit Recht einen Bruch der Statuten, die ihrem Wortlaut nach während der drei ersten Jahre des Bestehens des Vereins nicht geändert werden durften, und außerdem eine Verletzung von Lassalles letztem Willen. Auch Willms erhob ob des Unrechts, das man ihm durch die Statutenänderung zugefügt hätte, die Fahne der Empörung, und bald standen jene ganze Reihe der treuesten Gemeinden des Vereins wie Solingen, Köln, Altona, Leipzig in hellem Aufruhr gegen den Präsidenten Becker. Aber auch Schweitzer schnitt auf der Düsseldorfer Generalversammlung nicht gut ab. Die Hamburger und Altonaer Delegierten hatten seine Ausstoßung aus dem Vorstande beantragt, und wenn es auch dazu nicht kam, so blieb er doch bei der Neuwahl des Vorstands in der Minderheit, da die Mehrzahl der Mitglieder gegen ihn als einen Eindringling in der Partei starkes Mißtrauen hegten. Über die Frage, ob der von Schweitzer und Hofstetten angekündigte Socialdemokrat das Recht erhalten sollte, sich Vereinsorgan zu nennen, was Lassalle noch in der Schwebe gelassen hatte, wurde von der Versammlung viel hin und her diskutiert und schließlich beschlossen, die genaue Prüfung dieser

---

[1]) Vgl. u. a. Vahlteich im Volksstaat vom 20. Oktober 1869, seine Schrift: Der Parteikampf zwischen den Sozialisten in Deutschland. S. A. aus der Chemnitzer Freien Presse und sein schon erwähntes Buch über Lassalle passim. Vgl. auch Becker, Arbeiteragitation Lassalles p. 175 ff. und 244 f.

[2]) Für die Auffassung der Gräfin vgl. ihren Brief an Lassalles Mutter vom 19. März 1865, den Bernstein den von ihm herausgegebenen: Intimen Briefen Lassalles an Eltern und Schwester, Berlin 1905, beigefügt hat.

Angelegenheit dem Vorstande anheimzugeben[1]). Hier nun leistete Bernhard Becker Schweitzer einen bedeutenden Dienst; auf sein Betreiben genehmigte am 30. März 1865 der Vorstand gegen die Stimme des stets opponierenden York den vom Präsidenten mit Schweitzer und Hofstetten abgeschlossenen Vertrag[2]). Nachdem Schweitzer am 8. November in Preußen naturalisiert worden war, hatte man am 15. Dezember 1864 die erste Probenummer des Socialdemokrat ausgegeben. Als Eigentümer und Redakteure zeichneten Hofstetten und Schweitzer. Bernhard Becker, Johann Philipp Becker, Marx, Engels, Liebknecht, Heß, Herwegh, Rüstow und der Historiker Professor Wuttke in Leipzig waren als Mitarbeiter angeführt.

Das in der Probenummer veröffentlichte Programm beschränkte sich auf die von Schweitzer mit Liebknecht und Marx vereinbarten Punkte. Etwas freier über seine Pläne hatte sich dieser einige Tage früher in einer Versammlung der Berliner Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins geäußert. Er werde das demokratische Prinzip vertreten, hatte er dort angekündigt, aber man solle nicht glauben, daß der Radikalismus im beständigen Schimpfen und Skandalieren zum Vorschein käme; viel mehr bestünde er in der klaren Erkenntnis dessen, was der Zeit nottue und in der Bereitwilligkeit, unverwandt und entschlossen die als richtig erkannten Bahnen zu verfolgen. Dieses Programm klang schon weit Schweitzerischer als jenes ihm durch die Umstände abgenötigte der Probenummer.

Die Aufnahme der neuen sozialdemokratischen Zeitung durch die bürgerliche Presse war natürlich keine günstige, und dabei war es noch das wenigste, daß von allen Seiten mit behaglicher Ironie darauf hingewiesen wurde, daß zwei Adlige an der Spitze des Unternehmens stünden!

In sachlicher Hinsicht am meisten beachtenswert waren die Ausführungen der Allgemeinen Deutschen Arbeiterzeitung in Koburg, die unter der Leitung von Streit dem Nationalverein ebenso nahe stand wie jenem Verbande deutscher Arbeitervereine, zu dem sich auf Sonnemanns Antrieb im Juni 1863 die meisten deutschen Arbeiterbildungsvereine zusammengeschlossen hatten. Dieses Organ der liberalen Arbeitervereinsbewegung stieß sich schon an dem zentralistischen Programm, das das neue Konkurrenzunternehmen in der deutschen Frage aufstellte, und bei dem es Cäsarismus nach Bonapartistischem oder Bismarckschem Muster witterte. Noch mehr aber erweckte seinen Abscheu die offene Proklamierung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, von deren versöhnender „Ausgleichung" die Arbeiterzeitung die Lösung und Rettung erwartete. In ihren Augen hatte jener Gegensatz nicht soziale, sondern nur politische Ursachen: die Roheit und Unbildung auf beiden Seiten, die das Verhältnis

---

[1]) Vgl. hierzu die Mitteilungen Hesses in der Hamburger Mitgliederversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vom 7. Januar 1865 in Nordstern 14. Januar.

[2]) Der Wortlaut des Vertrags ist abgedruckt in: Aus der Waffenkammer des Sozialismus. Eine Sammlung alter und neuer Propagandaschriften, herausgegeben von der Volksstimme in Frankfurt a. M. VI. Halbjahrband 1906, p. 57 f.

vergifteten, wären nur eine Folge der nicht genügend freiheitlichen Gestalt der staatlichen Zustände. Der Verfasser von „Der Zeitgeist und das Christentum" hatte einst ähnlich geurteilt! „Auch wir kämpfen", so hieß es in der Arbeiterzeitung, „für die politische und bürgerliche Vollberechtigung der Arbeiter und für das allgemeine Stimmrecht. Aber wir wollen dieses kostbare Recht, eingedenk, daß nur die Bildung wirklich frei macht, nicht in den Händen bildungsloser Massen als Hebel zur Aufrichtung eines freiheitsfeindlichen Cäsarentums. ." Nachdem das Organ der liberalen Arbeiterschaft noch auf die Gefahren eines ehrgeizigen und herrschsüchtigen Demagogentums hingewiesen hatte, warf es eine Frage auf, die ein lang anhaltendes Echo in der ganzen liberalen Presse gefunden hat: Es drückte seine Verwunderung aus, daß ein Blatt mit „so erhabenen Zielen" am Sitze ihrer vollsten Negation, am Sitz der Herrschaft ihrer todfeindlichen Gegensätze erscheine, — erscheinen könne!

Aber die preußische Regierung hatte nicht das geringste Interesse, die Gründung eines Blattes zu verhindern, das dazu dienen konnte, ihrem damals gefährlichsten Feinde, der Fortschrittspartei, in der Hauptstadt Anhang zu entziehen. Immerhin hielt sie es für nötig, durch den Polizeipräsidenten von Bernuth von der Polizei der freien Reichsstadt und dem dortigen preußischen Ministerresidenten Erkundigungen über Schweitzers politische Vergangenheit einziehen zu lassen „bei der großen Bedeutung, welche die Bestrebungen jener Arbeitervereine und demgemäß auch das ihre Prinzipien vertretende Organ" für die königliche Regierung haben müßten. Es kamen Auskünfte, die nichts weiter besagten, als daß er in Zeitungen und Druckschriften revolutionäre Tendenzen verfolgt und „von Ehrgeiz getrieben" sich vielfach an sozialen und Turnvereinen beteiligt habe.

So hatten die adligen und als Demokraten noch nicht erprobten Herausgeber des Socialdemokrat von Anfang an unter jenem offen ausgesprochenen Verdacht zu leiden, den man trotz seiner demokratischer Vergangenheit selbst Lassalle gegenüber nicht zurückgehalten hatte. Man erklärte es für ausgemacht, daß sie mit der Kreuzzeitung und besonders mit derem fähigen und sozial weitblickenden spiritus rector Hermann Wagener unter einer Decke steckten. Aber hierbei blieb die Verleumdung noch nicht stehen; in liberalen Kreisen wurde bald mit zunehmender Bestimmtheit das Gerücht hin- und hergetragen, daß Schweitzer und Hofstetten bezahlte Agenten Bismarcks seien. Das Interesse des Ministers an dem Aufkommen einer sozialdemokratischen Bewegung wurde damals u. a. in der Neuen Frankfurter Zeitung auseinandergesetzt: das Organ Sonnemanns betrachtete es als Bismarcks Hauptziel, die Fortschrittspartei zu lähmen und im Keime jeden Ansatz zu einer eigentlichen Volkspartei zu ersticken, die sich aus dem Arbeiter-, Bürger- und Bauernstande gleichmäßig rekrutierte. Darum hätte er gegenüber der konstitutionellen Fortschrittspartei eine angeblich sozialdemokratische Parole herumgeboten und gegenüber der Demokratie den Satz verfechten lassen: Bismarck sei bestimmt, der Robert Peel einer neuen Bewegung für allgemeines Stimmrecht zu werden. Die Führer dieser Bewegung flößten dem demokratischen Blatte das größte Miß-

trauen ein: Männer, deren Tätigkeit wahrhaft auf Verbesserung des Loses der arbeitenden Klassen gerichtet wäre, machten keinen Katzenbuckel vor dem Junkertum, wendeten sich nicht, um einen Sonnenblick der Gunst zu erhaschen, an eine hohe Staatsregierung, und vergifteten nicht den gesunden Sinn des Volkes mit Staatsstreichstheorien, die zur Demokratie paßten wie die Faust aufs Auge. Aber am meisten wurmte es Sonnemann, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein durch die Proklamierung des Klassenkampfes die Kluft zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum erweiterte, und daß Lassalle in die geschlossene und nach rechts gerichtete Phalanx der Demokratie verhängnisvoll Bresche gelegt hatte. Abgesehen von der Frage des Klassenkampfes, die später die Trennungsursache zwischen der bürgerlichen und proletarischen Demokratie in Deutschland wurde, wiederholte das süddeutsche demokratische Blatt hier nicht viel anderes, als was auch Marx und Liebknecht an Lassalles Taktik ausgesetzt hatten und was sie bald darauf Schweitzer vorwarfen, als dieser trotz seines Liebknecht gegebenen Versprechens das Liebäugeln mit der Regierung nicht unterließ!

Der erste Leitartikel des Socialdemokrat feierte, wie billig, in bewegten Worten die Bedeutung von Lassalles Wirken für die Arbeiterklasse und er schloß mit der starken Wendung: „Das Emblem, das über dieses Grab gehört, ist die geballte Faust!“ Aber schon der zweite Leitartikel des Blattes wandte sich der aktuellen Tagesfrage zu, dem Schicksal Schleswig-Holsteins. Lassalle war, wie bekannt ist, nur durch den Tod davon abgehalten worden, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein für die Annexion der Elbherzogtümer an Preußen mobil zu machen. Er wollte damit auf Bismarck einen von diesem vielleicht nicht widerwillig empfundenen Druck ausüben, um den unvermeidlichen Bruch Preußens mit Österreich zu beschleunigen, als dessen Folge er mit Sicherheit die Oktroyierung des allgemeinen Stimmrechts erwartete[1]). Bei ihrem weit geringeren Einfluß auf die Arbeiter dachten Becker und Schweitzer, vorläufig noch eng verbunden, in bezug auf diese Frage, um so weniger an eine Fortsetzung von Lassalles verwegener Politik, als sie auch noch auf Liebknecht Rücksicht zu nehmen hatten, und dieser dafür unter keinen Umständen zu haben gewesen wäre. Die Gräfin Hatzfeld dagegen konnte es nicht begreifen, daß die Erben von Lassalles Werk seinen Willen auch nur in irgend einem Punkte unausgeführt ließen! Präsident und Redaktion hielten sich an den Geist jener Resolution, die Lassalle vor Ausbruch des dänischen Krieges abgefaßt hatte[2]), und die betonte, daß eine Einigung Deutschlands auf unitarischer Grundlage die Schleswig-Holsteinsche Frage von selbst beseitigen würde. Eine Prüfung der Rechte des Augusten-

[1]) Vgl. hierzu meine Abhandlung: Die Lösung der deutschen Frage im Jahre 1866 und die Arbeiterbewegung in Festgaben für Lexis. Jena 1907, p. 230 f.

[2]) Vgl. Becker, Arbeiteragitation Lassalles p. 124 ff.

burgers lehnte der Socialdemokrat mit dem Hinweis ab, daß es unmöglich seine Aufgabe sein könnte, elende Pergamente und vermoderte Familientraktate zu prüfen. Den Dualismus der beiden Großmächte nannte das Blatt den Krebsschaden Deutschlands. Eine eventuelle Annexion der Herzogtümer durch Preußen verwarf es schon deshalb nicht grundsätzlich, weil aus ihr jene entscheidende Umwälzung aller Verhältnisse hervorgehen könnte, welche die Voraussetzung für eine Ermannung der Nation zur selbständigen Übernahme ihrer Geschicke bilden müßte.

Bereits nach dem Empfang der zweiten Nummer des Socialdemokrat begann Marx, das Zensorenamt über die Zeitung auszuüben, unter deren Mitarbeitern sein Name figurierte, und deren Überwachung er deshalb als ein selbstverständliches Recht für sich in Anspruch nahm. Es mochte hingehen, daß er das Zitat einer Stelle seines Kondolationsbriefs an die Gräfin Hatzfeld in dem Nachruf auf Lassalle rügte, wenn aber der Ton jenes Nachrufs auf ihn als eine „servile Lobhudelei" wirkte, so durften die Empfänger dieser nörgelnden Kritik mit Recht an Marx' und Engels' eingewurzelte Antipathie[1]) gegen den Verstorbenen erinnern. Dessen Worte beeinflußten noch nach seinem Tode die deutschen Arbeiter ungleich mächtiger als alles, was Marx, Schweitzer oder Becker ihnen predigen konnten. Die Verbitterung der beiden Verfasser des kommunistischen Manifests gegen den toten Lassalle und der Ärger über den „unerträglichen Kultus", den der Socialdemokrat mit dessen Andenken trieb, hatte gerade um diese Zeit durch eine Unvorsichtigkeit der Gräfin Hatzfeld frische Nahrung erhalten. Nachdem diese sich mit Lothar Bucher und mit Bernhard Becker darüber nicht hatte einigen können, versuchte die nur durch ihren Lassallekultus mit der Arbeiterschaft verbundene Frau den mittellosen Liebknecht zur Abfassung einer Broschüre zu bestimmen, welche Lassalles Ausgang ganz ihren persönlichen Wünschen entsprechend darstellen sollte. Im Laufe der Unterhaltungen über diesen Gegenstand, die schließlich ebenfalls zu keinem Ergebnis führten, verriet die Gräfin, ohne zu wissen, was sie damit tat, diesem grimmigen Demokraten Einzelheiten, wie tief Lassalle sich in Wahrheit mit Bismarck eingelassen hatte. Für Liebknecht gab es nichts eiligeres, als diese seinen Wünschen und Absichten so überaus förderliche Kunde schleunigst den Freunden jenseits des Kanals zu melden. So vernahmen Marx und Engels, was sie bisher nicht gewußt hatten, daß Lassalle kurz vor seinem Tode im Begriffe stand, nach Schleswig-Holstein zu gehen, um dort für die Annexion zu agitieren, wogegen Bismarck ihm „weniger bestimmte Zusagen wegen Einführung einer Art von allgemeinem Stimmrecht und bestimmtere

[1]) Vgl. u. a. Engels Brief an Weydemeyer vom 24. Nov. 1864. Dort wird auch der Tod Wolffs als „ein ganz anderer Verlust für die Partei" bezeichnet, als der Lassalles, vgl. Mehring in Neue Zeit 1907 a. a. O.

wegen Koalitionsrechts und sozialer Konzessionen" gemacht hätte. Natürlich verschnupfte es die Gegner jedes Kompromisses mit dem bestehenden reaktionären Staate, daß Schweitzer von der „Allianz" Lassalles mit Bismarck gewußt hatte und dennoch mit dem Kultus jenes Abtrünnigen „heftiger und heftiger" fortfuhr.[1]) Dabei wurde von ihnen nicht im geringsten beachtet, daß das Vereinsorgan gezwungen war, auf die psychologische Verfassung der Arbeiterschaft Rücksicht zu nehmen. Diesen Zurechtweisungen gegenüber blieb Schweitzer vorerst geduldig, und in seinen Briefen[2]) nach London bat er wiederholt dringend, man möge sich beruhigen und eine Zeit lang zusehen. Die Partei müsse erst erstarken! Als eine der folgenden Nummern des Socialdemokrat der Konfiskation anheimfiel, sandte Marx zu diesem frohen Ereignis an Schweitzer eine herablassende Belobigung, die aber mit der Mahnung verbunden war, den offenen Bruch mit dem Ministerium Bismarck nicht länger mehr hinauszuschieben. Am 19. Januar 1865 war Proudhon gestorben, und die Redaktion erbat sich von Marx eine Würdigung seines alten Gegners. Den Aufsatz, den er für diesen Zweck verfaßte, benutzte Marx zu einer verkappten Warnung an Schweitzer. Er konnte sich den Anschein geben, die französischen Zustände im Auge zu haben und geißelte darin „selbst jedes Scheinkompromiß mit der bestehenden Gewalt" als Verletzung des einfachen sittlichen Takts. Proudhons Kokettieren mit Napoleon nach dem Staatsstreich bezeichnete er als „Gemeinheit". Engels sekundierte dem Freunde: In einer Randglosse zu einem ad hoc übersetzten altdänischen Bauernlied erinnerte er in nicht zu verkennender Weise an die Notwendigkeit des Kampfes gegen das Junkertum. Die Gegensätzlichkeit der Auffassungen über die zu befolgende Taktik zeichnete sich deutlich ab!

Schweitzer hatte nichts von einem Fanatiker an sich und wenn er auch nicht ohne Überzeugungen war, so beschwerte doch kein Ballast von unnützen Prinzipien das Schiff, dem er sich anvertraute. Kein anderer deutscher Arbeiterführer hatte so wenig wie er vom Ideologen in sich. Und mit dieser ethischen Farblosigkeit seines Sozialismus sowie mit dem hauptsächlich aus der Intelligenz stammenden Charakter seiner demokratischen Überzeugungen hängt es auch zusammen, daß ihn die Bewunderung für den großen Staatsmann, der jetzt die Geschicke Preußens leitete, zeitweise nahezu übermächtigen konnte.

Das Urteil des Verfassers von „Die Österreichische Spitze" über die deutsche Frage hatte einen entschiedenen Wandel erfahren, seitdem vor seinem Geiste das Phänomen Bismarck aufgestiegen war. Nun vermochte er die preußische Politik nicht mehr wie früher der Halbheit und Ängstlichkeit zu zeihen. Zuletzt in seiner Leipziger Rede hatte er ausgesprochen, daß im Ernstfalle in Deutschland nichts

[1]) Engels an Weydemeyer 10. März 1865, abgedruckt bei Mehring, Neue Beiträge zur Biographie von K. Marx und Friedr. Engels in Neue Zeit, Jahrg. 25 Bd. 2 (1907).

[2]) Vom 30. Dezember 1864 und vom 4. Februar 1865 vgl. Marx in Berliner Reform 19. März 1865.

anderes mehr in Betracht kommen könnte, als die Bajonette des Militärs und die Fäuste des Volkes. Aus Bismarcks Taten und Reden und aus den mündlichen Schilderungen Lassalles wußte er, daß die Initiative in der deutschen Frage von preußischen Bajonetten kommen würde. Er begriff seither, daß der Stern, den er in seiner letzten Broschüre noch einmal im Süden gesucht hatte, inzwischen im Norden aufgegangen war. In Lassalle und Bismarck fand Schweitzer zum ersten Male bei Zeitgenossen jene Forderungen verwirklicht, die sein Macchiavelli an den Staatsmann stellte. Lassalles plötzlicher Tod mußte in ihm das Verlangen erwecken, eines Tages dessen Nachfolger zu werden. War jener ihm an Wurf, Kraft und umfassender Bildung erheblich überlegen gewesen, so fühlte er in sich mehr Geduld, Ausdauer und Zähigkeit; an Schärfe des politischen Blickes stand er ihm nicht nach und von Lassalles Leidenschaftlichkeit wußte er sich frei. Herrschsucht und Ehrgeiz brannten auch in seinem schwächeren Körper, aber bei ihm flackernd versteckt und deshalb unheimlicher als in der geraden und großen Wallungen zugänglichen Seele des toten Tribunen.

Ein an dem Menschen Schweitzer sympathischer Zug war sein Bedürfnis, neue Erkenntnisse, zu denen er gelangt war, in lebhafter und klarer Darstellung öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Nicht zuletzt aus einem solchen Drange heraus ist seine folgenreiche Artikelserie über das Ministerium Bismarck erwachsen, die in dem Zeitraum vom 27. Januar bis zum 1. März im Socialdemokrat erschien. Ihr Verfasser geht davon aus, daß in Bismarck eine außergewöhnliche Erscheinung vor die Welt getreten wäre. Obgleich ein hochkonservatives Ministerium in Preußen regiere, ertöne doch aus zwanzig Kabinetten der Ruf, das Bundesrecht sei bedroht, die Legitimität werde verletzt und die Gewalt proklamiert! Ein reaktionäres, ein die Volksrechte zertretendes Ministerium regiere, und trotzdem vernehme man ein allgemeines Geschrei über radikales Renegatentum und über das Großziehen destruktiver Elemente! Ein konservatives, streng royalistisches Ministerium halte die Zügel der Macht, und dennoch befänden sich die offiziellen Notenschreiber der Kabinette in der gleichen Aufregung und Entrüstung wie die liberalen Leitartikelschreiber der Zeitungen! „Parlamentarismus oder Cäsarismus!“ schrieen die Liberalen. Aber Parlamentarismus hieße Regiment der Mittelmäßigkeit, machtloses Gerede, während Cäsarismus doch wenigstens kühne Initiative, bewältigende Tat bedeute. Man rufe: „Schmach den Renegaten, die jetzt der Reaktion dienen!“ Sonderbar sei es aber doch, daß diese radikalen Renegaten nicht zu Pfordten und Beust, zu Schmerling und Mensdorf, sondern gerade zu Bismarck liefen! Der zweite Artikel vom 5. Februar gibt eine Skizze der preußisch-brandenburgischen Geschichte, die wörtlich der Broschüre „Die österreichische Spitze“ entnommen ist.[1]) Aus seiner Auffassung der

---

[1]) vgl. Seite 75 ff.

geschichtlichen Entwicklung Preußens zieht hier der Verfasser die gegenüber seinen früheren Darlegungen nur wenig umgetönte Folgerung, daß ein konservatives Ministerium niemals der Preußen von der Geschichte vorgeschriebenen Expansionspolitik innerhalb Deutschlands den Charakter des Staates zum Opfer bringen könne; dies strebe die liberale Partei an, indem sie den Schwerpunkt der Macht von der Krone hinweg in das Abgeordnetenhaus zu verlegen trachte! Im dritten Artikel wird ausgesprochen, daß Bismarck mit seiner schleswig-holsteinischen Annexionspolitik die Fridericianischen Traditionen aus langem Schlummer wecke. Nun gäbe es aber für eine preußische Regierung, die in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts deutsches Land zu annektieren begönne, kein Zurück. Unmöglich könne sie stillstehen nach einem kleinen Siege, sie müsse auf der betretenen Bahn vorwärts schreiten, wäre es nötig „mit Blut und Eisen". Die Fortschrittspartei rase, weil ein antiliberales Ministerium ohne ihre Mitwirkung mit der „preußischen Spitze" Ernst mache. Aber da sie immer nur preußische und niemals deutsche Politik getrieben habe, sei sie machtlos. Der Bundestag, der Fürstentag, Österreich hätten ebenfalls versagt, weil in der deutschen Frage nur Initiative helfen könne und gerade diese ihnen gefehlt habe. So kommt Schweitzer endlich in seinem Schlußartikel zu dem Ergebnis, daß Preußen wirklich eine Mission in Deutschland zu erfüllen habe. Noch immer ist in seinen Augen das Preußentum der Feind des Deutschtums, aber er hat inzwischen erkannt, daß der Hohenzollernstaat gleichzeitig auch der Feind der bestehenden verrotteten Gewalten wäre, und daß die deutschen Fürstenthrone ins Wanken kommen müßten, sobald Preußen sich daran erinnerte, daß einst Friedrich der Große sein König gewesen wäre! Doch bei welchem Resultat landen diese Betrachtungen? Es ist bereits bekannt: Wie der Bundestag und die Mittel- und Kleinstaaten, so wäre auch Österreich ohnmächtig zur Lösung der deutschen Frage im guten wie im schlimmen, und nur noch zwei Faktoren, Preußen und die Nation, wären aktionsfähig. Die Artikel klangen aus in den Satz: „Preußische Bajonette oder deutsche Proletarierfäuste — wir sehen kein Drittes!"

Obgleich der Inhalt dieser Aufsätze in seinen Hauptzügen sowohl den Tatsachen wie auch der Auffassung Lassalles entsprach, so erregten sie dennoch nicht so sehr bei den Arbeitern selbst, von denen erst wenige etwas von der Sache verstanden, sondern hauptsächlich bei den der Partei nahestehenden Literaten das größte Mißtrauen. Natürlich machte sich der noch immer mühsam sein Leben fristende Nordstern in Hamburg, der sich durch das neue Parteiorgan an die Wand gedrückt fühlte, gern zum Sprachrohr für alle Verdächtigungen gegen die „Jesuitenkniffe" jener „Ränkeschmiede, welche die Arbeiterklasse in das Netz der Tyrannei zu ziehen suchten, damit diese sich an ihnen sättige und sie gleich Fliegen aussauge".[1]) Der Nordstern wollte gegenüber dem Ministerium Bismarck kein an-

[1]) Nordstern 18. Februar und 4. März.

deres Verhältnis zulassen, als fortwährende Bekämpfung, und mit Freuden druckte Bruhn eine Zuschrift Georg Herweghs ab, welche die Alternative Schweitzers „Preußische Bajonette oder deutsche Proletarierfäuste" mit dem phrasenhaften Schlachtruf zu übertönen suchte: „Bajonette in die Proletarierfäuste d. h. das allgemeine direkte bewaffnete Wahlrecht![1]) Man muß nun aber unumwunden zugeben, daß die Sprache dieser Artikel nicht etwa nur einen übelwollenden und mißtrauischen Beobachter wie Karl Marx vor den Kopf stoßen konnte. Wie durfte Schweitzer den einfachen Köpfen der Arbeiter, die diese Aufsätze lasen, zumuten, daß sie unterscheiden sollten zwischen seinen objektiv gemeinten historischen Betrachtungen und seiner politischen Überzeugung? Der alte Johann Philipp Becker traf vom Arbeiterstandpunkt aus mit seinem Urteil den Nagel auf den Kopf, wenn er schrieb: „Und da soll der Arbeiter, wenn nicht verstehen und begreifen, doch glauben, dies alles sei nur aus Scherz gesagt, ein sozialdemokratisches Kunstmanöver; die „Lucinde" habe mit dem „großen Minister" nur ein bißchen äußerlich scharwenzeln, innerlich aber scharmützeln wollen"[2]).

Die Wirkung von Schweitzers Bismarckartikeln auf Marx wird man sich unschwer vorstellen können: Diese Schilderung des preußischen Staats als eines Werks seiner Fürsten, die seiner Geschichtsphilosophie so stracks zuwiderlief, diese die gehässigsten Ausdeutungen so unklug herausfordernde Bewunderung für Bismarck, dieses gar zu warm zum Ausdruck gebrachte Verständnis für die Natur und die eingeborenen Schranken einer preußischen Regierung, diese Verächtlichmachung des Parlamentarismus zu Gunsten des Cäsarismus, alles das mußte ihn empören und mit Bedauern darüber erfüllen, daß er sich überhaupt mit Schweitzer und dem Socialdemokrat eingelassen hatte. Eine weitere wichtige Meinungsverschiedenheit, die sich einstellte, als Marx nur erst den Anfang jener Artikelreihe kannte, stieß dann im Bunde mit deren Fortsetzung dem Faß vollends den Boden aus.

Mit der starken Zunahme der Zahl der in den Fabriken beschäftigten Arbeiter war die Aufrechterhaltung der durch die Gewerbeordnung von 1845 festgelegten Koalitionsverbote nicht mehr gut vereinbar. In der Praxis wurden sie bereits häufiger durchbrochen, und sowohl die Regierung wie weite Kreise des liberalen Bürgertums mußten angesichts der zwanzigjährigen sozialen Umgestaltung allmählich deren Reformbedürftigkeit zugestehen. Die Agitation innnerhalb der Arbeiterschaft für die Aufhebung der Streikverbote war damals noch so jungen Datums wie alle kraftvolleren politischen Äußerungen dieser Klasse. Ein allgemeines Aussprechen der auf Koalitionsfreiheit gerichteten Wünsche war erst 1863 durch die Erklärung eines Regierungskommissars provoziert worden, der im Abgeordnetenhause behauptet hatte, daß die Arbeiterschaft

---

[1]) Nordstern 25. März.

[2]) Ibid. 15. Juli „Ein unumwundenes Wort".

selbst sich noch gar nicht um die Aufhebung jenes Verbots bemühe[1]). Seither hatten sich Faucher, Schulze-Delitzsch und andere fortschrittliche Führer dieser Bewegung bemächtigt, und die Aufhebung des Koalitionsverbots in Frankreich durch das Gesetz vom 25. Mai 1864 sowie die dort vorausgegangenen Parlamentsdebatten führten diesen Bestrebungen noch einen besonders kräftigen Wind in die Segel. Lassalle freilich hatte hochmütig das Koalitionsrecht, als einen Teil der Gewerbefreiheit, für eine Frage erklärt, die man in einem gesetzgebenden Körper nur noch stumm und lautlos dekretiere, aber über die man nicht mehr debattiere. Doch einer schnelleren Ausbreitung seiner jungen Partei war es durchaus nicht förderlich, daß seine Beredsamkeit an diesem populären Stoffe absichtlich vorübergegangen war. Als diese Frage in der zweiten Hälfte des Jahres 1864 in Preußen eine aktuelle Gestalt erhielt, lebte er nicht mehr, und jetzt fiel seinem Nachfolger und der Redaktion des Vereinsorgans die Aufgabe zu, die Taktik der Partei zu bestimmen. Völlig ließ sich die Unterlassung Lassalles nicht mehr gut machen, denn die Führung in diesem Kampfe war der Fortschrittspartei nicht mehr zu entwinden; und zudem hatte deren Mehrheit im Abgeordnetenhause auch eine ganz andere Möglichkeit, einen Erfolg durchzusetzen, als der dort unvertretene Allgemeine Deutsche Arbeiterverein. Vom Standpunkte der Ausbreitung der sozialdemokratischen Bewegung konnte Schweitzer nicht gescheiter handeln, als er tat. Er spähte genau auf die Blößen, die sich die Fortschrittspartei in diesem Kampfe gab; gleichzeitig aber ließ er durch den Socialdemokrat die Auffassung verbreiten, daß das Kampfobjekt zwar keineswegs wertlos wäre, aber doch nicht eine so kapitale Bedeutung für die Arbeiterklasse besäße, wie die fortschrittlichen Wichtigtuer es darstellten. Er riet[2]) dem Verein, sich an der Agitation zur Erkämpfung des Koalitionsrechtes zu beteiligen, weil diese Agitation als ein Zeichen dafür zu begrüßen wäre, daß auch bei den nicht zum Verein gehörenden Arbeitern das Klassenbewußtsein sich zu regen beginne. Aber die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse werde nicht durch wirtschaftliche Mittel, wie Arbeitseinstellungen, sondern nur auf politischem Wege erreicht, und zwar durch die Erkämpfung der Macht im Staate mit Hilfe des allgemeinen und gleichen Wahlrechts[3]). Solange das eherne Lohngesetz ungebrochen herrsche, vermöchten Arbeitseinstellungen die Lage der Arbeiter auf die Dauer nicht wesentlich zu verbessern und erst recht nicht die Knechtung der Arbeit durch das Kapital aufzuheben; höchstens besäßen sie einen erzieherischen Einfluß auf die Teilnehmer an einem solchen opferreichen wirtschaftlichen Kampfe[4]). Nicht einzelne Verbesserungen innerhalb des jetzt bestehenden

---

[1]) Koalition und Koalitionsverbote von Stieda im Handwörterbuch der Staatswissenschaften.

[2]) Socialdemokrat 1. Februar 1865.

[3]) Socialdemokrat 15. Dezember 1864.

[4]) Socialdemokrat 19. April 1865.

Gesellschaftszustandes, sondern nur eine fundamentale Änderung der industriellen Produktionsweise und als deren Folge eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft überhaupt bildeten das Ziel des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins[1]).

Nun wollte offenbar Marx die Bedingtheit dieser vom Socialdemokrat in der Koalitionsfrage befolgten Taktik durch die Lassallesche Tradition und die Konstellation des Tages nicht anerkennen, und in einem wohl verloren gegangenen, vermutlich nicht sehr liebenswürdig abgefaßten Briefe an Schweitzer charakterisierte er sie als eine „erbärmliche". Dieser mußte sich inzwischen von der Unmöglichkeit einer Verständigung überzeugt haben und erwiderte in einem Brief vom 15. Februar, daß er Aufklärungen und Belehrungen über theoretische Fragen von Marx auch ferner dankbar entgegennehmen würde. Was aber die praktischen Fragen momentaner Taktik beträfe, so bäte er ihn, zu bedenken, daß man, um diese Fragen zu beurteilen, im Mittelpunkt der Bewegung stehen müsse. Dann fuhr er in seinem Schreiben fort: „Sie tun uns daher unrecht, wenn Sie irgendwo und irgendwie Ihre Unzufriedenheit mit unserer Taktik aussprechen. Dies dürfen Sie nur dann tun, wenn Sie die Verhältnisse genau kennten. Auch vergessen Sie nicht, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein ein konsolidierter Körper ist und bis zu einem gewissen Grade an seine Traditionen gebunden bleibt. Die Dinge in concreto schleppen eben immer ein Fußgewicht mit sich herum"[2]). Schweitzer wußte ganz genau, als er diesen Brief absandte, daß sich das geistige Oberhaupt der deutschen Sozialdemokratie von einem jungen Eindringling in die Partei, wie er es in Marx' Augen war, eine so selbstbewußte und in die Schranken zurückrufende Sprache nicht gefallen lassen würde. Aber schon in der kurzen Zeit, die seit ihrer Verbindung verflossen war, hatte er die Ansicht gewonnen, daß sein Mitredakteur Liebknecht und dessen Londoner Hintermänner keine Verständigung mit den Erben der Lassalleschen Tradition sondern deren vollständige Verdrängung betrieben. Offenbar schien ihm auf die Dauer ihre taktische und nationalpolitische Beurteilung der Fragen auseinander zu gehen, und deshalb fand er es geraten, den nicht zu vermeidenden Bruch zu vollziehen, gestützt auf das die Arbeiter noch beherrschende Andenken Lassalles und bevor es jenen gelänge, im Verein festen Fuß zu fassen und denselben zu untergraben.

Wie wenig Schweitzer nach der Absendung seines Briefes vom 15. Februar noch auf Marx rechnete, das zeigt am besten die Art und Weise, wie der Socialdemokrat zwei Tage später Bismarcks und des Handelsministers von Itzenplitz Reden im Abgeordnetenhause aufnahm. Liest man heute die Worte, mit denen Bismarck sich zu dem fortschrittlichen Antrag auf Aufhebung des Koalitionsverbots äußerte, so glaubt man die Nachklänge seiner vorjährigen

---

[1]) Socialdemokrat 1. Februar 1865.

[2]) Abgedruckt in der Erklärung von Marx in der Berliner Reform vom 19. März 1865.

Unterhaltungen mit Lassalle zu vernehmen: „Die Könige von Preußen sind niemals Könige der Reichen vorzugsweise gewesen; schon Friedrich der Große als Kronprinz sagte: „Quand je serai roi, je serai un vrai roi des gueux“ . . . Dieser Grundsatz ist von unseren Königen auch in der Folgezeit betätigt worden. An ihrem Throne hat dasjenige Leiden stets Zuflucht und Gehör gefunden, welches entstand in Lagen, wo das geschriebene Gesetz in Widerspruch geriet mit dem natürlichen Menschenrecht. Unsere Könige haben die Emanzipation der Leibeigenen herbeigeführt, sie haben einen blühenden Bauernstand geschaffen; es ist möglich, daß es ihnen auch gelingen werde — das ernste Bestreben dazu ist vorhanden — zur Verbesserung der Lage der Arbeiter etwas beizutragen.“ Schon vorher hatte der Fachminister sich mit einer Aufhebung des Koalitionsverbots einverstanden erklärt und sogar die Einsetzung einer Kommission aus Fachleuten, Arbeitern und Arbeitgebern angekündigt, die untersuchen sollte, ob nicht die Lage der arbeitenden Klassen durch staatliche Förderung von „Produktivvereinen und anderen modernen Genossenschaften“ erheblich verbessert werden könne. Graf Itzenplitz bezeichnete bei diesem Anlaß die Arbeiterfrage als eines der bedeutendsten Probleme der Zeit, von dessen Gewichtigkeit für das gesamte Staatsleben die Regierung durchdrungen sei! Das waren Worte, wie man sie von dieser Stelle aus noch niemals vernommen hatte, und als sie jetzt in das Land hinausgingen, wer hätte da mit Gewißheit voraussehen können, daß die Ungunst der Stunde solchen Redeblüten auch nicht die kleinste Frucht entlocken würde?

Die ausdrückliche Hervorhebung der Produktivgenossenschaften mit Staatshülfe in der Rede des Handelsministers bedeutete implicite ein Zugeständnis an die Lassalleanische Bewegung, deren offizielle Forderungen von vorneherein so gestellt waren, daß sie schrittweise in dem preußischen Staate, wie er damals war, verwirklicht werden konnten. Nur durch eine enge Fassung seines verlautbaren Programms erhielt Lassalle die Aussicht, bei dem Kampfe zwischen Königtum und Parlament seine winzige Macht unter Umständen ausschlaggebend in die Wagschale werfen zu können. Man kann getrost über die Auffassung von Lassalles international gestimmten sozialistischen Kritikern hinausgehen und nicht nur behaupten, daß seine namhaft gemachten Forderungen den preußischen Zuständen im allgemeinen angepaßt waren, sondern daß sie direkt den Stempel der Situation trugen, welche durch den Verfassungskonflikt geschaffen worden war!

Jene bedeutsame Kundgebung der preußischen Regierung mußte Schweitzer in der Ansicht bestärken, daß am ehesten noch die Fortsetzung von Lassalles letzten Plänen der jungen Bewegung in absehbarer Zeit zu greifbaren Erfolgen verhelfen könnte. „Die preußische Regierung“, so schrieb der Socialdemokrat höchst befriedigt, „ist die erste Regierung Deutschlands, welche es gewagt hat, offen und bestimmt eine wahrhaft volkstümliche Sache, die Lösung

der Arbeiterfrage, offiziell auf ihr Programm zu setzen."[1]) Natürlich opferte Schweitzer die ohnehin unhaltbare Verbindung mit Marx um so leichteren Herzens in einem Augenblick, wo die deutsche Frage zur Entscheidung drängte und sich eine ernsthafte Möglichkeit zu bieten schien, durch ein Kompromiß mit Bismarck die beiden Hauptforderungen Lassalles, das allgemeine Stimmrecht und die Produktivassoziationen, zu verwirklichen. Dabei war er jedoch hellsehend genug, um sich zu sagen, daß die preußische Regierung das demokratische Wahlrecht nur unter dem Zwang der Umstände oktroyieren würde, und als jetzt in verschiedenen Gemeinden des Vereins ein lauter Jubel über die Erklärungen der Minister sich bemerkbar machte, da beeilte er sich, durch das Parteiorgan Wasser in jenen Wein zu gießen. Er stimmte dem konsequenten Demokraten Dr. Guido Weiß zu, der damals in seiner Berliner Reform die Arbeiter davor warnte, die Regierung schon auf bloße Versprechungen hin zu unterstützen und fügte dem seinerseits hinzu, daß die Arbeiter sich nicht, wie die Liberalen in der neuen Ära, durch bloße Worte in den Schlaf wiegen lassen würden!

Marx und Engels hatten natürlich Schweitzers Brief richtig als ein Ultimatum aufgefaßt; sie beantworteten es am 23. Februar mit einer öffentlichen Absage an dessen „Königlich preußischen Regierungssozialismus". Sie wollten an einem Blatte nicht mitarbeiten, das gegenüber dem Ministerium und der feudal-absolutistischen Partei nicht eine ebenso kühne Sprache führe, wie gegenüber der Fortschrittspartei[2]). Selbstredend schloß sich Liebknecht seinen Londoner Freunden

---

[1]) Mehrings Annahme, daß erst dieser Artikel des Socialdemokrat vom 17. Februar Marx zu seiner Kritik von Schweitzers Taktik in der Koalitionsfrage veranlaßt habe, ist mit dem Wortlaut von Marx' Erklärung nicht zu vereinigen.

[2]) Aus der Elberfelder Zeitung vom 23. Februar abgedruckt in der Berliner Reform vom 1. März und im Socialdemokrat vom 3. März. Für die Fortsetzung dieser Polemik vgl. Marx in Berliner Reform 19. März und Schweitzers hier folgende Antwort darauf ibid. 21. März:

Kurze Bemerkungen zur Marx'schen Erklärung in voriger Nummer.

1. Nach Lassalles Tode setzte ein bekannter Marxscher Agent Himmel und Hölle in Bewegung, um der antiquierten Marx'schen Coterie wieder Boden in der Partei zu gewinnen. (Gemeint ist natürlich Liebknecht.)

2. Die Parteileitung lehnte jedoch sämtliche desfallsigen Vorschläge bestimmtest ab.

3. Dieselbe hatte indessen nichts dagegen, daß die Redaktion des Parteiorgans die fraglichen Herren privatim zur Mitarbeiterschaft aufforderte.

4. Dies geschah auf agentliche Veranlassung in möglichst schmeichelhaftester Form.

5. Wer nicht einsah, daß das erklärte Organ der von Lassalle neu begründeten sozialdemokratischen Partei die hinlänglich bekannte Politik dieses letzteren fortsetzen werde, muß unzurechnungsfähig sein.

6. Es ist unwahr, daß Herr Marx gewagt habe, bei der Redaktion wegen angeblicher „serviler Lobhudelei" Lassalles seine „Entrüstung" an den Tag zu legen. Die angezogene Stelle aus einem meiner Briefe bezieht sich nicht hierauf.

7. Das „Fußgewicht" bedeutet nicht, wie Herr Marx anzunehmen scheint, einen Tadel

an. Wenige Tage nach seinem Austritt aus der Redaktion[1]), am 28. Februar, entwickelte er in einem Vortrag „Über die Stellung der Arbeiterklasse zu den übrigen Parteien"[2]) im Berliner Buchdruckergehilfenverein die Gründe, die es ihm, gleich Marx und Engels, unmöglich machten, mit dem bestehenden preußischen Staate auch nur vorübergehend zu paktieren, so wie Schweitzer es verlangte. Die Logik der Tatsachen, meinte er, dränge die preußische Regierung zum Cäsarismus, ein Ding, dem man den deutschen Namen „Volkskönigstum" gegeben habe. Die Apostel des „Volkskönigstums" buhlten um die Gunst der Arbeiterklasse und kämen ihr sogar sozialistisch. Brächte die Regierung der Arbeiterklasse wirkliche Konzessionen, so möge diese sich das ruhig gefallen lassen, aber ohne Dank, denn jenes kleine Bruchteil ihres Rechts, das sie dadurch erhielte, würde ihr nicht um ihretwillen gewährt, sondern um des Staates willen, dem das Zugeständnis nützen solle. Staatshilfe von dieser Art bedeute aber nicht eine Hilfe von dem Staat, sondern eine Hilfe für den Staat. Nicht der jetzige Staat, den solche Männer verteidigten, werde wahrhaft dem Volke helfen. Zu dieser Mission werde erst jener Staat imstande sein, von dem das Volk werde sagen können: „Der Staat, das bin ich!" Im Volksstaate würden dann auch Staats- und Selbsthilfe zusammenfallen. Die in Preußen annoch den Staat beherrschende Klasse wisse zwar viel zu erzählen von der Hartherzigkeit der Fabrikanten und der Not der städtischen Arbeiter, aber von der schlechten Lage der doppelt so zahlreichen Klasse der ländlichen Tagelöhner schweige sie. „Charity begins at home!" rief Liebknecht der Junkerpartei zu. Eine materielle Besserung der Lage der Arbeiter, ohne daß ihnen gleichzeitig politische Freiheiten gewährt würden, bedeutete in den Augen dieses dezidierten Demokraten nicht mehr, als die Vertauschung der freien Lohnsklaverei mit der Negersklaverei. Der Negersklave stände sich durchschnittlich physisch besser, als der freie Lohnarbeiter, aber er bekäme manchmal auch die Peitsche zu fühlen! Der Umstand, daß die Fortschrittspartei ihre Pflicht gegenüber der Arbeiter-

---

der Lassalleschen Politik, sondern will sagen: daß eine Richtung, sobald sie in die reale Politik eintritt, n o t w e n d i g sich nicht rein nach den idealen Prinzipien zu gestalten vermag.

8. Was von der Veröffentlichung meiner Privatbriefe durch Herrn Marx zu halten sei, das zu beurteilen überlasse ich jedem Menschen von Ehrgefühl und Erziehung.

9. Ich habe keine Zeit, mich weiter mit diesen Dingen aufzuhalten.

J. B. v o n S c h w e i t z e r.

Marx antwortete noch einmal in der Berliner Reform vom 1. April; in einem vom 28. März datierten Schreiben sagte er u. a.: Die Pietät verböte ihm, sein Verhältnis zu Lassalle zum Gegenstand der Zeitungspolemik mit Sykophanten zu machen. Lassalles Korrespondenz aus 15 Jahren, die in seinen Händen wäre, entzöge es der Macht der Schweitzer und Konsorten, ihr persönliches Verhältnis zu entstellen oder die Motive seiner neutralen Haltung zur Lassalleschen Agitation zu verdächtigen.

[1]) Vgl. seine Erklärung im Nordstern vom 8. März.

[2]) Vgl. die Referate in der Koburger Arbeiterzeitung vom 12. März und im Nordstern vom 8. März. Besonders ausführlich wiedergegeben wurde die Rede von der Berliner Reform.

klasse nicht erfüllt hätte, wäre für diese letztere noch kein Grund, sich jenen Leuten in die Arme zu werfen, die nicht einmal die bescheidenen Forderungen der Fortschrittspartei gewähren wollten. Gerade wegen der Unfähigkeit des Bürgertums müsse die Arbeiterklasse, die bisher alle Schlachtfelder der Freiheit mit ihrem Blute gedüngt hätte, sich erst recht als die Trägerin der liberalen Idee betrachten, und es wäre für sie verhängnisvoll, wollte sie ihre Wange dem Judaskusse der Herren Wagener und Konsorten hinhalten und für das Linsengericht eines feudal-sozialistischen Mischmasches die Zukunft des ganzen Volkes verschachern! Nicht: entweder mit der Regierung oder mit der Fortschrittspartei!, sondern: weder mit der einen noch mit der anderen müsse ihre Losung sein!

Wenngleich Liebknecht behauptet, daß Schweitzer ihn auch noch nach dem Rücktritt von Marx und Engels an seiner Seite habe zurückhalten wollen so erscheint es doch wenig wahrscheinlich, daß jenem klugen Politiker nach allem, was vorgegangen war, das Zusammenwirken mit einem ihm im Denken und Handeln so diametral entgegengesetzten Charakter noch aussichtsvoll und wünschenswert dünken konnte. Wilhelm Liebknecht, acht Jahre älter als Schweitzer, war der Sohn einer Gießener Gelehrten- und Beamtenfamilie. Er rühmte sich gleichzeitig der Abstammung von Martin Luther[1]) und der nahen Verwandtschaft jenes Pfarrer Weidig, der an den revolutionären Umtrieben der dreißiger Jahre hervorragend beteiligt gewesen und dann 1837 im Darmstädter Gefängnis grausam ums Leben gekommen war. Schon der zwanzigjährige Korpsstudent bekannte sich als Kommunist und dreiundzwanzigjährig kämpfte er im Badischen Aufstande. Sein Eintreten für die Reichsverfassung büßte er in dem Elend eines dreizehnjährigen Flüchtlingslebens. Anfangs betrieb er in der Schweiz den Zusammenschluß der deutschen Arbeitervereine und hielt dort Vorträge über das Kommunistische Manifest, das zu jener Zeit erst wenig verbreitet war. Aus der Schweiz wurde er 1850 ausgewiesen, und nun ging er nach London, wo seine politische Physiognomie im langjährigen und vertrauten Umgange mit Marx ihre Ausprägung erhielt. Als die preußische Amnestie ihm die Rückkehr ermöglicht hatte, war er anfangs in Berlin Redakteur für auswärtige Politik an der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung. Er verließ diese aber, obgleich er nicht wußte, wovon er seine Familie ernähren sollte, als Braß das Blatt Bismarck zur Verfügung stellte. Lassalle soll diesen Verzicht, wie Liebknecht behauptet, nachträglich mißbilligt haben[2]). Der getreueste Anhänger von Marx war nach Deutschland mit der bewußten Absicht zurückgekehrt, die Arbeiterbewegung der Heimat auf jene international-revolutionären Bahnen zu lenken, deren Pflege bald darauf die Internationale Arbeiterassociation übernahm. Bereits Lassalles Unternehmungen hatte er als

---

[1]) Eisner, Wilhelm Liebknecht, sein Leben und Wirken. 2. Aufl. Berlin 1906, p. 12.

[2]) Vgl. Liebknechts Darstellung im Demokratischen Wochenblatt vom 17. Oktober 1868.

Eingeweihter mit noch stärkerem Mißtrauen als Marx und Engels verfolgt, nach seinem Tode erkannte er in Schweitzer diejenige Persönlichkeit, welche ihm bei dem Streben, die monarchische Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu sprengen und dessen Anhängerschaft zu gewinnen, gefährlich werden konnte.

Nicht leicht vermöchte die Phantasie sich verschiedener geartete Charaktere auszumalen, als es diese beiden Männer waren! Der eine ganz Überzeugung bis zum Fanatismus, bereit zu jedem Opfer für die Sache, der sein Leben gehörte, erfüllt von einem Berge versetzenden Glauben an den einstmaligen Sieg seiner Ideale, ein starrer Feind der Kompromisse, ein Redner mit lodernder Zunge, aber ein Verstand, der sich von seinem Temperament leicht ins Schlepptau nehmen ließ. Und dann der andere: ein Mann von der größten Selbstbeherrschung, wenn auch ohne Selbstzucht, ein Politiker von historischer Kultur und sorgfältiger Reflexion, mit Auge und Sinn für die Komplizierungen des Lebens, mit einem durch keine Leidenschaft beengten Blick für alle Seiten der Wirklichkeit und mit einem fast genialen Auffassungsvermögen für die Bestimmtheiten einer Situation; ein ehrgeiziger Streber, dessen Überzeugungen dem Hirn entstammten, und für den selbst der Stolz zeitweise ein entbehrliches Handwerkszeug bedeuten konnte in jenem Ellbogenkampfe um Macht und Glanz, der den Charakter leicht verwüstet und den abgeblaßten Idealen den Abschied gibt!

Wie alle bedeutenden Führer der deutschen Sozialdemokratie, mit Ausnahme Bebels, so gehörte auch Liebknecht der Klasse, der er seine Lebensarbeit widmete, nicht durch die Geburt an. Aber er stellte sich mit seinen seelischen und geistigen Kräften rastlos in den Dienst des Proletariats, und auch in seiner täglichen Existenz war er frei von den Luxusbedürfnissen und Eitelkeiten jener Bourgeoisie, gegen die er kämpfte. Wo es darauf ankam, konnte er seine Persönlichkeit hinter dem Ideal zurücktreten lassen. Mit einem so geringen Erdenrest wie bei Liebknecht gingen Person und Sache weder bei Schweitzer noch selbst bei Lassalle in einander auf. Diese verlangte es, als die anerkannten und unbeschränkten Feldherren der Bewegung zu gelten, für die sie ihre Kräfte einsetzten. Schon aus diesem Grunde hatte Lassalle die ganze Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins „so diktatorisch wie möglich“[1]) gehalten, und Schweitzers Instinkte entsprachen ebenfalls jener signatura temporis [2]), die auf Caesarismus deutete.

Der Austritt von Marx, Engels und Liebknecht, denen sich Herwegh, Rüstow[3])

---

[1]) Brief an Röser vom 12. Mai 1863, abgedruckt in Dokumente des Sozialismus, herausgegeben von Bernstein, Bd. IV, p. 474.

[2]) Vgl. Lassalle an Rodbertus 26. Mai 1863 in Briefe von F. Lassalle an Carl Rodbertus-Jagetzow. Berlin 1878, p. 75.

[3]) Herweghs und Rüstows Erklärung im Nordstern vom 11. März schloß mit den Worten: „In jedem Unterhändler, jedem Verteidiger eines Kompromisses aus Gründen sogenannter Parteitaktik steckt ein Esel oder ein Verräter! Wir unterhandeln nicht!“

und trotz aller Bitten Hofstettens[1]) auch Johann Philipp Becker[2]) anschlossen, erweckte natürlich im Lager der Liberalen Schadenfreude und die Hoffnung auf einen nahen Zerfall der von Lassalle ins Leben gerufenen Bewegung. Innerhalb des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wuchs infolge dieser Ereignisse noch die bereits bestehende Verwirrung und Uneinigkeit. Schweitzer äußerte sich zu der scharfen Absage, die Marx und seine Freunde ihm öffentlich erteilt hatten, im Socialdemokrat vom 8. März. Hörte man hin, so hatten sich jene nur deshalb vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein getrennt, weil ihre Hoffnung, mit Lassalles Tod die Leitung in die Hände zu bekommen, sich nicht erfüllt hatte. Der kluge Schweitzer wußte sich des Erfolges bei seiner Leserschaft sicher, wenn er gegenüber dem „schriftstellerischen Doktrinär" Marx den „praktischen Staatsmann" Lassalle als Muster aufstellte. Lassalle wäre kein Mann unfruchtbarer Abstraktionen gewesen, er hätte mit fester Hand und in deutlichen Linien den praktischen Plan zur friedlichen und doch vollständigen Umgestaltung der Gesellschaft vorgezeichnet! Das Vereinsorgan versicherte, daß Lassalles Nachfolger, zu denen Schweitzer sich selbst in erster Reihe zählte, mit fester Hand und eisernem Willen die Partei durch die großen Stürme der Zeit wie durch die kleinen Intriguen persönlicher Überhebung glücklich hindurchführen würden.

Noch immer bestand zwischen dem Präsidenten des Vereins und den Redakteuren des Parteiblatts das beste Einvernehmen, da ihnen noch gleich viel daran liegen mußte, die Lassallsche Bewegung von allen ihr grundsätzlich feindlichen Einflüssen frei zu halten! Bei ihrer Stellungnahme gegen die „alten Sozialisten" hatten sie jetzt die große Mehrzahl der Vereinsmitglieder hinter sich! Ein rheinischer Arbeitertag, der am 12. März in Barmen abgehalten wurde, sprach sich entschieden gegen „Marx, Engels und Konsorten" aus, die vom Auslande her gut reden könnten und zu gunsten der vom Socialdemokrat vertretenen Taktik. Dem Blatte wurde ein Vertrauensvotum erteilt, und man erklärte sich ausdrücklich dazu bereit, die Vorschläge der preußischen Regierung, die „bei verschiedenen Gelegenheiten die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen versprochen", abzuwarten, bevor man über sie aburteile. In einer Resolution wurde es als keineswegs unmöglich bezeichnet, daß die Regierung wirklich das Dreiklassenwahlrecht durch das allgemeine Wahlrecht ersetzen und damit jene Forderung erfüllen würde, die Lassalle als das zunächst zu erreichende Ziel der Arbeiterbewegung aufgestellt hätte. Gerade im rheinischen Industriegebiet, in diesen Hauptplätzen der Agitation Lassalles, hätte Bismarck damals die Arbeiter, die noch nicht unter dem Banne der Apostel des Klassenkampfes standen, wenn er mit weitgehenden freiheitlichen und sozialreformatorischen Zuge-

[1]) Vgl. des Schuhmachers Arndt Rede in der Versammlung der Berliner Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vom 30. März 1865.

[2]) Nordstern 25. März.

ständnissen aufgetreten wäre, noch auf lange Zeit hinaus um die nationale Fahne scharen können!

Diese in Barmen angenommene Resolution sollte auf Anordnung des Präsidenten Bernhard Becker in sämtlichen Gemeinden des Vereins zum Beschluß erhoben werden. Stieß er in den östlichen Gebieten schon mit diesem Verlangen auf starken Widerspruch, so verdarb der unfähige Politiker es alsbald mit den Parteielementen von links und von rechts, den orthodoxen Lassalleanern ebenso wie den zu Marx hinneigenden Arbeitern, als er sich in Hamburg am 22. März in einer „Schwatzspule", wie Johann Philipp Becker sagte[1]), zu den gehässigsten Angriffen auf Marx und Engels[2]) hinreißen ließ und gleichzeitig die Gräfin Hatzfeld auf die ordinärste Weise verleumdete. Nun brach die Polemik, so wenig Freude Schweitzer daran hatte, erst recht heftig aus. Die Berliner Gemeinde des Vereins verwarf Ende März in zwei Sitzungen die Barmer Resolution und hielt gleichzeitig unter Führung von Liebknecht und dem Schuhmacher Arndt, einem alten Anhänger Lassalles, ein wahres Scherbengericht über den Präsidenten Becker und die Redaktion des Socialdemokrat, welcher außer „politischer Seiltänzerei" und „Servilismus" gegen den Präsidenten noch Ehrabschneiderei gegenüber alten und bewährten Parteimitgliedern zum Vorwurf gemacht wurde. Liebknecht rügte hier scharf, daß das Vereinsorgan häufig Artikel aus der Kreuzzeitung, dem Preußischen Volksblatt und der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ohne Kommentar abdrucke, und daß die Redakteure die Verehrung der Arbeiterschaft für Lassalle zu ihrer Irreleitung benutzten. Schweitzer war in der ersten dieser beiden Versammlungen zugegen und erklärte hier, er sei zwar nicht gewillt, sich an einer allgemeinen Klatscherei zu beteiligen, wenn es aber gewünscht würde, wolle er die politische Haltung des Socialdemokrat verteidigen. Das sollte denn auch, wie beschloßen wurde, in einer zweiten Versammlung geschehen. Diese jedoch wurde vom Präsidenten Becker abgesagt, und obgleich sie trotzdem stattfand, so hielt es doch der Redakteur des Vereinsorgans nicht für angebracht, in ihr zu erscheinen. An diesem zweiten Abende wurde auf Liebknechts[3]) Antrag eine Resolution angenommen

---

[1]) Ein unumwundenes Wort II. in Nordstern 8. April.

[2]) Marx antwortete in einem vom 8. April datierten Artikel: „Der Präsident der Menschheit" in der Berl. Reform vom 13. April. Dort hieß es u. a. „Becker glaubt, daß, weil die Gräfin Hatzfeld ihm ein Amt, der Herrgott ihm auch den dazu nötigen Verstand gegeben habe." Hier findet man auch weitere Mitteilungen über Marx' Verhältnis zu Becker, dem er Unwahrheiten nachweist. Der gleiche Artikel bringt genaue Angaben über Marx' Korrespondenz mit der Gräfin nach Lassalles Tode.

[3]) In späteren Jahren hat Liebknecht sein Urteil über Becker ein wenig gemildert. Am 8. Sept. 1871 schreibt er in einem unveröffentlichten Brief an F. Engels: „Becker hat Lumpereien gegen Euch, Lassalle, mich gemacht, aber die Partei doch nie verraten" und am 13. Sept. an denselben: „Daß Becker kein Verräter ist, dafür habe ich Beweise, so gute es überhaupt geben kann. Becker ist nicht offiziell in die Partei aufgenommen, ich werde mir ihn stets vom Leibe halten und den Strick, den er um den Hals hat, nicht loslassen."

die Bernhard Becker als „Lügner, infamen Verleumder und unheilbaren Idioten" aus dem Vereine ausstoßen wollte.

Schweitzer präzisierte im Verlaufe jener Polemik noch einmal sein Urteil über den Verfasser des Kommunistischen Manifestes und der Kritik der politischen Ökonomie. Er bezeichnete es als ein verhängnisvolles Vorurteil der Deutschen, zu glauben, daß ein guter Theoretiker auch ein guter Praktiker sein müsse. Von dieser Auffassung sollte sie das Jahr 1848 geheilt haben. Er versicherte, daß der Socialdemokrat auch in Zukunft den theoretischen Werken von Marx stets den ihnen gebührenden Rang zusprechen werde, aber ebenso entschieden werde er bestrebt sein, diesen „Gelehrten" und seine Freunde auf Grund der politischen Vergangenheit im Interesse der Partei von jedem praktischen Eingreifen fernzuhalten.

Die sachliche Diskussion zwischen den Vorkämpfern der Lassalleschen Tradition und der Gruppe um Marx drehte sich im Frühling und Sommer 1865 hauptsächlich um den Wert einer damals scheinbar in der Luft schwebenden Oktroyierung des allgemeinen Stimmrechts in Preußen für die Arbeiterschaft. Der Standpunkt der intransigenten Richtung spiegelt sich in der Broschüre von Friedrich Engels über „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei" und in Liebknechts von dieser kleinen Schrift beeinflußten Berliner Rede vom 19. Juni, die zwölf Tage später seine für ihn selbst und die Partei so folgenreiche Ausweisung aus Preußen zur Folge hatte. Engels erklärte die Preßfreiheit und das freie Vereins- und Versammlungsrecht für die Vorbedingungen, nach deren Erfüllung erst das allgemeine Stimmrecht der Arbeiterschaft Vorteil bringen könnte, und er stellte deshalb die Forderung auf, daß die Arbeiter sich mit der Bourgeoisie verbinden sollten, um der feudalen Partei erst einmal jene unentbehrlichen Konzessionen zu entwinden. Er befürchtete, daß in einem vorwiegend agrarischen Staate, wie dem damaligen Preußen, bei dem numerischen Überwiegen der noch gänzlich von den Feudalherren abhängigen und in die Klassenbewegung überhaupt noch nicht hineingezogenen ländlichen Arbeiterschaft, ein von der Regierung oktroyiertes allgemeines Stimmrecht sich für die Arbeiter nicht als eine Waffe, sondern als ein Fallstrick erweisen würde. Die Bekämpfung der feudalen und bürokratischen Reaktion ist für ihn gleichbedeutend mit der geistigen und politischen Emanzipierung des Landproletariats, und diese wiederum gilt ihm als die Voraussetzung für einen wirklich ernsthaften Erfolg der Arbeiterbewegung, die vorläufig nur solange in Preußen geduldet werden würde, wie es der Regierung beliebte. In völliger Gedankenübereinstimmung mit seinem Freunde warnte auch Liebknecht vor einer politischen Parole, die das allgemeine Stimmrecht um jeden Preis forderte. Gleich Engels meinte er, daß die Erfüllung dieses Verlangens für den Arbeiterstand nur dann zum Vorteil ausschlagen könne, wenn zuvor die reaktionäre Ausschlachtung des allgemeinen Stimmrechts nach Bonapartistischem Vorbilde zu einer Unmöglichkeit gemacht würde. Aus diesem Grunde forderte auch

er vollkommene Vereinsfreiheit, uneingeschränkte Preßfreiheit, und, was sich von selbst verstand, die geheime Abstimmung. Andere Demokraten machten damals die Zustimmung zu der durch die französische Erfahrung diskreditierten Hauptforderung der Lassalleaner von der vorherigen Abschaffung der stehenden Heere und der Einführung der Wahl aller Beamten bis zum Nachtwächter und Feldhüter herab durch das Volk abhängig![1])

Solche Einwände wollte eine „Die soziale Frage“ überschriebene Artikelserie des Socialdemokrat, die vom 1. bis 16. Juli erschien, entkräften. Schweitzer gab darin die Möglichkeit zu, daß das allgemeine und gleiche Stimmrecht bei dem geringen Bildungsgrade der Landbevölkerung anfänglich der Reaktion Vorteile bringen könnte. Aber dieser Nachteil würde, wie auch Friedrich Albert Lange in seinem Boten vom Niederrhein ihm ausdrücklich zugestand, dadurch aufgewogen werden, daß dann die Stimme der Arbeiterpartei, und wäre es zuerst nur durch wenige Vertretern, überhaupt von der Parlamentstribüne her vernommen würde. Von der Notwendigkeit freiheitlicher Garantien für die Ausübung des allgemeinen und gleichen Stimmrechts war übrigens Schweitzer nicht weniger überzeugt, als die Engels, Liebknecht, Herwegh, Sonnemann und Lange. Nur war er der Ansicht, daß wenn vorerst dieses Recht nicht gemeinsam mit den unbedingt zu ihm gehörenden anderen demokratischen Grundforderungen zu erreicheu wäre, die Arbeiterpartei dennoch den Mut zum Zugreifen besitzen müsse. Sie sollte dann, solange jene freiheitlichen Garantien ihr noch fehlten, das Wahlrecht zuerst und allein dazu benutzen, um nachträglich jene anderen unentbehrlichen Volksrechte zu erringen und sicherzustellen. Dem bestehenden Klassenwahlrecht gegenüber würde ein allgemeines Stimmrecht unter allen Umständen einen so großen Fortschritt bedeuten, daß man es, selbst wenn es als Danaergeschenk gemeint wäre, nicht zurückweisen dürfe. Die stolzen Worte aus dem Hildebrandsliede, die Friedrich Engels der deutschen Arbeiterschaft zugerufen hatte, widersprachen keineswegs der Auffassung Schweitzers: „Mit dem Speere soll man Gabe empfangen, Spitze gegen Spitze!“ So richtig aber der Rheinländer Engels die Macht des agrarischen Ostens und die politische Rückständigkeit von dessen arbeitender Bevölkerung einschätzen mochte, Schweitzer war dennoch im Recht, wenn er die Erringung des allgemeinen und gleichen Stimmrechts, der Überlieferung Lassalles getreu, als die unumgängliche Voraussetzung für eine anhaltende politische Betätigung der Arbeiterpartei betrachtete und sich deshalb durch keine an sich berechtigten Erwägungen demokratischer Besorgtheit von der übergroßen Gefahr überzeugen ließ, die ein von oben her beschertes allgemeines und gleiches Stimmrecht mit sich bringen sollte.

Dabei konnte man es den Demokraten der verschiedenen Nuancen keineswegs verdenken, daß sie Schweitzer noch immer mit Mißtrauen betrachteten. Viele ehr-

---

[1]) Nordstern 4. März „die Wölfe im Schafskleid“.

liche Männer stießen sich daran, daß der Socialdemokrat die zahlreichen Punkte, in denen die entstehende Arbeiterpartei mit den Liberalen sehr gut gemeinsame Sache machen konnte, nicht hinreichend betonte, während er manchmal die Erörterung von Fragen zu vermeiden schien, bei denen er dem Ministerium Bismarck energisch hätte entgegentreten müssen. Aber es lag nun einmal in der Natur der Umstände, daß die aufstrebende Arbeiterbewegung den Verfassungskonflikt zwischen der konservativen Regierung und den Vertretern des die Industrie und das bewegliche Kapital beherrschenden Bürgertums für ihr Emporkommen ausnutzte. Diese Fortsetzung von Lassalles Taktik wurde natürlich Schweitzer sehr erschwert durch den schlechten Leumund, der ihm zum Teil unverdient anhaftete. Wohl liegt ein gewisser Schleier über der Existenz, die er damals in Berlin führte: Bis in den Sommer 1866 wohnte er bei Hofstetten, der den Unterhalt seines mittellosen Freundes mitbestritt. Von irgendwelchen Einkünften, die Schweitzer auf legitimem Wege bezog, weiß man nichts, der Socialdemokrat mit seiner sehr geringen Abonnentenziffer verlangte Zuschüsse. Schweitzers Witwe glaubt, von ihm gehört zu haben, daß er von seiner Mutter unterstützt wurde und daß er außerdem Schulden machte. In diesem Sinne hat er sich auch zu Dammer geäußert. Von anderer Seite wird gegen diese letztere Möglichkeit angeführt, daß ihm um diese Zeit in Berlin noch niemand Kredit gewährt hätte. Auf alle Fälle trug die Undurchsichtigkeit seiner pekuniären Verhältnisse viel dazu bei, daß die Gerüchte geglaubt wurden, die ihn und auch Hofstetten als bezahlte Söldlinge der Reaktion hinstellten. Bald verbreitete man die Nachricht, daß unter der Protektion hochgestellter Persönlichkeiten für die beiden adligen Redakteure des Socialdemokrat in den Kreisen der konservativen Volksvereine eine Kollekte veranstaltet worden wäre, bald wieder wollte man genau wissen, daß sie auf dem Wege über Hermann Wagener und dessen Agenten Karl Preuß vom Ministerium unterhalten würden. Dieser Preuß war wohl ein verdächtiges Individuum. Er hatte ein Jahr zuvor die Deputation der schlesischen Weber, nachdem der König sie empfangen, zu Lassalle geführt. Obgleich er allgemein als Faktotum Wageners galt, war er dennoch Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, verkehrte auf der Redaktion des Socialdemokrat und soll nach Liebknechts Ausscheiden, wie dieser behauptet, dort zeitweise sogar mitgearbeitet haben. In einer bisher ungedruckten Zeugenaussage Liebknechts aus dem Jahre 1873[1]) finden sich Angaben über Schweitzers Verkehr mit Preuß und Wagener, die den damals schon aus der Politik ausgeschiedenen Führer der Lassalleaner belasten sollten. Aber es ist notorisch, daß dieser Preuß damals in allen politischen Kreisen der Hauptstadt mit großer Aufdring-

[1]) Es handelte sich um einen Prozeß des Ministers von Eulenburg gegen den Volksstaat vor dem Bezirksgericht in Leipzig. Liebknecht saß noch, wegen Hochverrat verurteilt, auf der Festung Hubertusburg.

lichkeit herumschnüffelte und er war, wie gerade Liebknecht[1]) bezeugt, auch schon zu Lassalle täglich ins Haus gekommen. Bei sorgfältiger Sichtung lassen sich weder aus diesen noch aus all den anderen Mitteilungen, von denen die fortschrittliche und demokratische Presse Jahre hindurch wimmelte, irgendwelche festen Anhaltspunkte gewinnen, um Schweitzers politische Ehrenhaftigkeit in Zweifel zu ziehen. Dokumentarische Beweise für seine Verräterei sind bisher von keiner Seite vorgebracht worden. Wie steht es nun aber mit der inneren Wahrscheinlichkeit der Behauptung, daß Schweitzer eine bezahlte Rolle gespielt haben könnte? Alles spricht dagegen. Sein politisches Auftreten läßt sich heute restlos aus seiner Entwicklung, seinem Charakter und aus der damaligen Situation ableiten. Bei allem Opportunismus im einzelnen blieb seine politische Gedankenwelt von bestimmten großen Linien scharf umrissen, die sein Handeln niemals durchbrochen hat. Jeder Mensch sucht nach dem Felde der Betätigung, für das seine Gaben ihn bestimmen. Ein so hervorragendes politisches Talent wie Schweitzer würde sich nicht für ein Linsengericht verkauft haben. Daß er keine Schätze angesammelt hat, zeigten die endlose finanzielle Misere seines späteren Lebens und der Konkurs bei seinem Tode. Auch war man im damaligen Berlin, wie Reinhold Schlingmann mir gegenüber mit Recht betonte, im Bestechen keineswegs großzügig. Für das, was Schweitzer der Regierung bieten konnte, hätte sie nicht sehr viel bewilligt, und um sich an Wagener auszuliefern, war Schweitzer viel zu vorsichtig. Auch würde die preußische Regierung, wenn sie viel Geld an einen Arbeiteragitator wandte, diesen nicht wiederholt monatelang ins Gefängnis gesteckt haben, wie sie es mit Schweitzer bald darauf tat! Die Gräfin Hatzfeld hatte gegen Ende 1864 in einem Brief an Emma Herwegh, durch den sie deren Gatten zur Mitarbeit am Socialdemokrat bestimmen wollte, Lassalles Taktik, die Schweitzer dann mit so großer Geschicklichkeit fortsetzte, sehr eindrucksvoll gerechtfertigt: „Es liegt ein förmlicher Abîme zwischen folgenden zwei Sachen, sich an seinen Gegner verkaufen, für ihn arbeiten, verdeckt oder unverdeckt, oder wie ein großer Politiker den Augenblick zu erfassen, um von den Fehlern des Gegners zu profitieren, einen Feind durch den anderen aufreiben zu lassen, ihn auf eine abschüssige Bahn zu drängen, und die dem Zweck günstige Konjunktur, sie möge hervorgebracht werden von wem sie wolle, zu benutzen. Die *bloßen* ehrlichen Gesinnungen, diejenigen, die sich immer nur auf den idealen, in der Luft schwebenden Standpunkt der *zukünftigen* Dinge stellen und *darauf* nur das *momentane* Handeln bestimmen, mögen *privatim* als recht brave Menschen gelten, aber sie sind zu nichts zu brauchen, zu Handlungen, die auf die Ereignisse wirklich einwirken, ganz *unfähig*, kurz, sie können nur in der großen Masse dem Führer folgen, der besser weiß".

---

[1]) Liebknecht, Karl Marx zum Gedächtnis. Ein Lebensabriß und Erinnerungen. Nürnberg 1896. p. 112.

Die endlosen persönlichen Verdächtigungen eines großen Teils der fortschrittlichen Presse, unter Führung der von Schweitzers altem Feinde Lammers redigierten Elberfelder Zeitung und der von Liebknecht informierten Rheinischen Zeitung, gegen die Herausgeber des Socialdemokrat führten natürlich in keiner Weise zu einer Milderung des Gegensatzes zwischen den Liberalen und dem neuen Organ der radikalen Arbeiterpartei. Selbst als der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein sich im Sommer 1865 zu einer energischen Unterstützung einer Aktion der Fortschrittspartei entschloß, ergab sich als das schließliche Resultat der Kampagne eine Verschärfung der gegenseitigen Animosität. Der Socialdemokrat hatte sich dem preußischen Verfassungskonflikt gegenüber von Anfang an auf den Standpunkt Lassalles gestellt, von den Liberalen die Herbeiführung einer klaren Situation zu fordern, durch die es der Regierung unmöglich gemacht werden sollte, den Anschein, als ob es in Preußen eine Verfassung gäbe, noch länger aufrecht zu erhalten. Verfassungsfragen haben für einen Sozialisten nicht die gleiche Bedeutung wie für einen Liberalen. Lassalle hatte in klassischer Weise die Fundamente, auf denen eine Verfassung sich aufbaut, bloßgelegt, und Schweitzers Ausführungen über den Zusammenhang von wirklicher Macht und Parteiwesen bewegten sich schon, bevor er ihm nahe trat, in einer ähnlichen Richtung. Die Betonung den sozialen Schichtung und der Struktur der Machtverhältnisse verdrängte in ihren politischen Erwägungen jene abstrakten Rechtsfragen, die bei der Mehrzahl der Liberalen die Betrachtungsweise noch immer ausschließlich beherrschten. Bismarcks bekanntes Wort, daß man den Verfassungskonflikt nicht zu tragisch nehmen dürfe, war Schweitzer aus der Seele gesprochen. In dem Artikel über den Minister, den er auf Veranlassung Dammers um jene Zeit für das spätere Meyersche Konversationslexikon schrieb, nannte er diesen Ausspruch den Schlüssel, der für das Verhalten der Regierung in dieser Frage erst das Verständnis öffne. Die Fortschrittspartei habe durch ihre Presse alle jene, die sich in der Politik vom Scheine bestechen ließen und nicht das Wesen der Verhältnisse zu erfassen vermöchten, in den Glauben versetzt, daß Preußen am Vorabende einer großen Revolution stünde. Aber das Abgeordnetenhaus hätte bewiesen, daß es ihm entweder an politischer Fähigkeit oder an Mut gebräche, um die Dinge, nachdem einmal die wichtigsten Verfassungsrechte streitig geworden wären, zum Biegen oder Brechen zu bringen![1]) Nun hatte sich aber im Juni 1865 nach der Ablehnung des Staatshaushaltsgesetzes und der Verweigerung der nachträglichen Genehmigung der Kriegskosten für den dänischen Feldzug der Konflikt zwischen Abgeordnetenhaus und Krone von neuem

---

[1]) Schweitzers Bismarckbiographie steht in den Ergänzungsblätter zur Kenntnis der Gegenwart des Bibliographischen Instituts in Hildburghausen Bd. 1 p. 66. Als Geburtsjahr Bismarcks gibt der Verfasser 1813, als Geburtsort Brandenburg an. Die Benutzung von Schweitzers Artikel, der nirgends mehr aufzufinden war, wurde mir durch die Freundlichkeit von Herrn Dr. Otto Dammer ermöglicht.

so scharf zugespitzt, daß Schweitzer, der die Unmöglichkeit eines Ausgleiches konstatierte, mit gleichmäßigem Spott für beide Parteien, die Frage aufwerfen konnte, wie lange diese Spielerei noch fortgehen solle, und ob nicht endlich eine der beiden streitenden Parteien zum Ernst übergehen werde!

Er selbst glaubte, gerade jetzt eine Situation zu erblicken, die der Fortschrittspartei, wenn sie seinem Rat folgen wollte, eine geeignete Gelegenheit bot, durch revolutionäres Vorgehen zu zeigen, daß in Preußen kein verfassungsmäßiger Zustand mehr herrschte. Die Ausdauer, mit der die liberale Opposition des Abgeordnetenhauses für die ungeschmälerte Aufrechterhaltung der Verfassung kämpfte, wollte ein namhafter Teil der rheinischen Bürgerschaft durch eine öffentliche Ehrung besonders anerkennen und hatte zu diesem Zweck an die 253 Mitglieder der deutschen Fortschrittspartei und des linken Zentrums Einladungen zu einem Festbankett in dem ehrwürdigen Saale des Kölner Gürzenich ergehen lassen. An derselben Stätte, wo noch kurz zuvor in prunkender Weise in Anwesenheit der königlichen Familie die fünfzigste Wiederkehr des Jahrestages der Vereinigung der Rheinlande mit dem Hohenzollernstaate gefeiert worden war, sollte am 22. Juli die Unvereinbarkeit der reaktionären Regierungsgrundsätze östlicheren Ursprungs mit den freiheitlichen Gesinnungen der alten Kulturstätten am Rhein in flammenden Reden verkündet werden. Aber eine Verfügung des Kölner Polizeipräsidenten Geiger vom 11. Juli verbot in Übereinstimmung mit der Provinzialregierung dieses Fest auf Grund des Vereinsgesetzes, ohne daß zuvor die Ansicht des Ministers des Innern oder des Ministerpräsidenten eingeholt worden wäre. Nachdem das Verbot einmal erlassen war, fand man in Berlin keinen Anlaß, es rückgängig zu machen, und eine Beschwerde des Kölner Komitees über dessen Ungesetzlichkeit blieb unbeantwortet. Aber schon bevor eine Antwort auf diese Beschwerde von Berlin aus hätte eintreffen können, erklärte das Kölner Komitee in einem Anfluge von rheinischem Temperament, daß es sich dieser Unterdrückungsmaßregel nicht fügen würde, und daß das Fest unter allen Umständen abgehalten werden müßte. „Kann durch ein einfaches Skriptum eines Beamten ein Artikel der Verfassung suspendiert werden“, hieß es in einem Aufruf an die liberalen Bürger von Rheinland-Westfalen, „so ist die gesetzliche Freiheit vernichtet. Jede gesetzwidrige unlautere Absicht liegt uns fern, und wenn von oben Gewalt an Stelle des Gesetzes treten soll, so mögen diejenigen die Folgen verantworten, die sie heraufbeschwören!“ Soweit waren die Dinge gediehen, als der Socialdemokrat in seiner Nummer vom 19. Juli, die sofort konfisziert wurde, den Tatbestand erzählte und daran die Bemerkung knüpfte, daß die Regierung durch ihr Verhalten der Fortschrittspartei eine Gelegenheit zu ihrer Ehrenrettung an die Hand gebe. Ganz in dem gleichen Sinne äußerte sich wenige Tage später auch Liebknecht indem er schrieb, daß das Ministerium der Fortschrittspartei, die sich im Wortkampf fast verblutet hätte, die Gelegenheit böte, die Märtyrerkrone zu erlangen und wenigstens durch eine passive Tat ihren Ruf wiederherzu-

stellen.[1]) Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein begann jetzt auf Schweitzers Veranlassung eine energische Agitation für die Verteidigung des von der Verfassung gewährleisteten Vereinsrechts mit der natürlich unausgesprochenen Absicht, den Konflikt bis zur Siedehitze zu schüren. Am 20. Juli veröffentlichte der Socialdemokrat eine aus Berlin datierte Bekanntmachung des Präsidenten Becker, welche die Bevollmächtigten des Vereins aufforderte, an allen Orten, wo Gemeinden bestünden, bis spätestens zum 23. Juli allgemeine Arbeiterversammlungen einzuberufen, denen eine Resolution zugunsten des bedrohten Vereinsrechts zur Annahme vorzulegen wäre. Diese Resolution betonte, daß die selbständige Arbeiterpartei die Fortschrittspartei überall dort unterstützen müsse, wo diese das Recht und die Freiheit verträte, daß bei der Verteidigung des Vereinsrechts die Interessen beider Parteien die gleichen wären, und daß in ganz Deutschland der Arbeiterbewegung nicht eine Verkümmerung, sondern eine bedeutende Erweiterung dieses Rechts nottäte; selbst die Erlaubnis von Volksversammlungen unter freiem Himmel ohne vorgängige polizeiliche Genehmigung müßte angestrebt werden. Schließlich versprach die Resolution der Fortschrittspartei, insofern sie wacker und beharrlich für die Aufrechterhaltung des gesetzlich bestehenden Vereinsrechts kämpfen wolle, die Sympathie und die tatkräftige Unterstützung der Arbeiterklasse. Der Socialdemokrat äußerte sich in dem gleichen Sinne; er verfiel jetzt täglich der Beschlagnahme, und wenn die Redakteure eine Nummer ins Publikum bringen wollten, so waren sie gezwungen, ihre Leitartikel aus dem Satz zu entfernen und deren Platz entweder weiß zu lassen oder mit Betrachtungen über die Kurulischen Inseln oder die Shintoreligion auszufüllen!

Eine von der Kreuzzeitung ausgesprochene Vermutung, die Regierung hätte ihr Verbot nur erlassen, um die fortschrittlichen Festgenossen zu zwingen, sich mit eigener Hand ihrer Löwenhaut zu entledigen, fand noch kein Echo im Socialdemokrat. Mittlerweile hatten von den 253 eingeladenen Abgeordneten 160 in Briefen voll energischen Protestes, trotz des erlassenen Verbots, ihr Erscheinen beim Feste zugesagt, aber nur die Hälfte von ihnen fand sich schließlich im Gürzenich ein, und diese kleine Versammlung ließ sich ohne jeden Widerstand auflösen. Das Aufgebot von Infanterie und Deutzer Kürassieren erwies sich als überflüssig. In der gleichen Stunde, wo in Köln die „Revolution" diesen lächerlichen Verlauf nahm, tagten an allen Orten, wo der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein Anhang besaß, allgemeine Arbeiterversammlungen. Die Berliner ist schon deshalb einer Erwähnung wert, weil in ihr zum ersten Male in der preußischen Hauptstadt die fortschrittliche Mehrheit der Arbeiter mit der sozialistischen Minderheit einträchtig zusammenwirkte. Noch nicht zwei Jahre waren vergangen, seitdem die Berliner Arbeiter Lassalle im Admiralsgarten einfach ausgepfiffen hatten, als er zu ihnen sprechen wollte. Jetzt aber wurde es selbst von den Anhängern Schulzes

[1]) Oberrheinischer Courier Freiburg i. Br. 25. Juli.

öffentlich anerkannt, daß der von Lassalle gegründete Verein „ein wesentlicher Hebel in der Agitation" wäre. Von Schweitzer wurde an diesem Tage vorsichtig jene Aktion begonnen, die knapp fünf Jahre später mit der Eroberung des Gros der Berliner Arbeitermassen für die Sozialdemokratie zu einem vorläufigen Abschluß kam. Trotz der Anwesenheit des Präsidenten Bernhard Becker war er es, der hier als der Wortführer des Vereins auftrat. Es gelang ihm, die Ernennung eines Komitees durchzusetzen, das aus Angehörigen der verschiedenen in der Arbeiterschaft vertretenen politischen Richtungen bestand und eine Massenversammlung vorbereiten sollte. Die Arbeiter der verschiedenen Richtungen wollten gemeinsam für das bedrohte Vereinsrecht und für die politische Freiheit manifestieren. Während die Versammlung noch tagte, liefen bereits aus Köln Depeschen über den kläglichen Ausgang des Festes ein. Aber noch unterdrückte Schweitzer jeden Ausdruck des Hohns. Er zeigte sich gerecht genug, einzugestehen, daß eine friedliche Versammlung gegen Infanterie und Kavallerie wehrlos sei.

Zwei Tage nach diesem Meeting wurde der Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins aus Preußen ausgewiesen, und anfangs schien auch Hofstetten, dessen Naturalisation noch nicht endgiltig vollzogen war, das gleiche Schicksal ereilen zu sollen. Am 30. Juli fand die vereinbarte Massenversammlung der Berliner Arbeiterschaft statt. Gegen die Ausweisungen Beckers und Liebknechts wurde hier ein einmütiger Protest erhoben und auf Schweitzers Vorschlag das acht Tage zuvor eingesetzte Komitee aufgefordert, dauernd beisammen zu bleiben, damit die Berliner Arbeiterschaft jederzeit zu Massenversammlungen einberufen werden könne.

Dreizehn Tage hintereinander war der Socialdemokrat beschlagnahmt worden, und im Publikum verbreitete sich schon die Meinung, daß die Regierung auf das scharfe Vorgehen der Sozialdemokratie mit allgemeinen Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung antworten würde. Bereits glaubte der enthusiastische Liebknecht zu bemerken, daß die „Schreckensherrschaft der Polizeiwillkür" eine Aufregung erzeugt hätte, wie sie seit 1848 nicht mehr wahrzunehmen gewesen wäre. Doch selbst der nüchterne Sonnemann befürchtete von Schweitzers Auftreten, wie er damals an F. A. Lange schrieb, eine Unterdrückung des ganzen deutschen Arbeitervereinswesens wie anno 1853. Seinerseits fand er, daß die Bewegung noch lange nicht genügend in alle Kreise gedrungen wäre, um ein solches Vorgehen zu rechtfertigen. Aber der feine Beobachter der Zeitläufte am Niederrhein konnte sich in seiner Antwort nicht zu der Ansicht seines Frankfurter Korrespondenten bekennen, daß Schweitzer va banque spiele, und er hatte recht. Sobald dieser kluge Politiker alle Erfolge eingeheimst hatte, die der von ihm verfochtenen Sache bei diesem Unternehmen überhaupt zufallen konnten, zögerte er keinen Moment länger und lenkte ein. Es war ihm gelungen, in der hauptstädtischen Zitadelle der Fortschrittspartei die nicht sozialistischen

Arbeitermassen bei einem bedeutenden politischen Anlaß zu einem Zusammengehen mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu bestimmen, und damit einen Präzedenzfall zu schaffen, auf dessen Gefährlichkeit die Volkszeitung damals von ihrem Standpunkte aus mit Recht hinwies. Er hatte gezeigt, daß in Fällen, wo es sich um die Verteidigung von wirklichen Volksrechten handelte, der Socialdemokrat keineswegs vor einem kühnen und energischen Vorgehen gegen die Regierung zurückschreckte. Endlich lieferte das sicherlich von ihm vorausgesehene, jetzt aber auf allen Seiten zugestandene unrühmliche Fiasko der Fortschrittspartei[1]) eine glänzende Gelegenheit, um den Arbeitern darzutun, daß die verrottete Bourgeoisie sich selbst dort impotent erwiese, wo es sich, wie in dem Kölner Fall, um ihre eigensten politischen Interessen handelte. Diesen Beweis sollte im einzelnen eine Artikelserie erbringen, die unter der Überschrift „Köln, die Bourgeoisie und wir" am 6. August zu erscheinen begann. Zuerst widerlegte Schweitzer hier den Vorwurf der Inkonsequenz, der deshalb gegen sein Blatt erhoben worden war, weil dieses, obgleich es bis dahin die Fortschrittspartei hartnäckig bekämpft hatte, beim Abgeordnetenfest sich plötzlich mit ihr verbündete. Er wies nach, daß in einem Falle, wo das Bürgertum sich zur Verteidigung der politischen Freiheit aufzuraffen schien, die Arbeiterschaft selbst dann zu dessen Unterstützung mobil machen mußte, wenn sie zehnmal überzeugt war, daß der Bundesgenosse nach dem ersten Schritte feige zurückweichen werde. Gleichzeitig setzte Schweitzer noch einmal die Gründe auseinander, aus denen der Socialdemokrat die liberale Bourgeoisie bis zum Kölner Konflikt feindlich behandelt hätte, und weshalb dieser wahrscheinlich schon in der nächsten Zeit von neuem zu ihr in ein unfreundliches Verhältnis geraten würde. Sobald die liberale Partei sich nämlich nicht im Kampfe um die politische Freiheit befände, träte ihr sozialer Gegensatz zum vierten Stande sofort wieder in den Vordergrund. In sozialer Hinsicht sei sie nun einmal der Hauptgegner und allein dort der Bundesgenosse der Arbeiterklasse, wo sie ernsthaft den Kampf gegen den Absolutismus betriebe. In einem zweiten Artikel wollte Schweitzer im einzelnen die Haltung der feudalen Partei und in einem dritten die der Fortschrittspartei bei dem Kölner Handel beleuchten. Aber die Nummer vom 8. August verfiel der Beschlagnahme, weil sie die Kreuzzeitungspartei als ein bloßes Anhängsel der Regierung charakterisierte und auch sonst manche ketzerische Betrachtung historischer Natur auftischte. Da der von ihm angekündigten Kritik der Fortschrittspartei nunmehr die Folie gefehlt hätte, so hielt Schweitzer es für richtiger, auch seinen dritten Artikel unveröffentlicht zu lassen.

[1]) Der Ausgang des Abgeordnetenfestes wurde damals auch von liberaler Seite in seiner Kläglichkeit gewürdigt. Vgl. u. a. darüber H. Baumgarten, der Deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik. Preußische Jahrbücher 1866 u. H. B. Oppenheim, Partei oder Coterie? Zur Kritik der liberalen Partei in Preußen (1867) in: Vor und nach dem Kriege, Stuttgart 1869.

Schon mit Rücksicht auf die Fallen, die das Vereinsgesetz enthielt, war die Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins so streng zentralistisch ersonnen, daß die einzelnen Gemeinden an den verschiedenen Orten nicht als selbständige Vereine gelten konnten. Aber die Regierung, die den Verein für sein Auftreten bei dem Kölner Handel züchtigen wollte, ließ sich jetzt trotzdem nicht abhalten, dessen Berliner Gemeinde für einen selbständigen Verein zu erklären und diesen zu schließen, weil er dem Gesetz zuwider mit anderen Vereinen in Verbindung getreten wäre. In der Folge hat die umstrittene Auslegung dieser Bestimmungen der Statuten zu zahlreichen Verwicklungen geführt, und gerade Schweitzer hat über die für das Fortbestehen der Organisation entscheidende Frage Jahre hindurch mit der Polizeibehörde hin und her diplomatisch verhandelt!

Das wohlwollende Verhältnis zwischen dem Socialdemokrat und der Regierung stellte sich nicht so schnell wieder her. Als die vom Handelsminister im Februar angekündigte Kommission zur Untersuchung der Arbeiterfrage jetzt wirklich zusammentrat, fand sie beim Socialdemokrat eine sehr kühle Aufnahme, die er damit begründete, daß die Arbeiter eine Kommission nicht anzuerkennen vermöchten, zu der sie ihre Vertreter nicht selbst gewählt hätten. Erst recht folgte jedoch Konfiskation auf Konfiskation, als das Blatt im Oktober, nach der Reise des Ministerpräsidenten nach Paris, nun auch die auswärtige Politik der Regierung beargwöhnte und überdies fortfuhr, mit starken Worten zu verkünden, daß es keine preußische Verfassung mehr gäbe. Bei alledem konnte jedoch zweierlei auffallen: Bismarcks Name wurde niemals dort genannt, wo seine Politik angegriffen wurde, und bei der Feststellung, daß in Preußen der Verfassungsbruch regiere, wurde nicht selten mit besonderem Nachdruck betont, daß das verletzte Objekt als solches die Arbeiterpartei blutwenig interessiere!

Das energische Vorgehen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins bei dem Kölner Handel wurde von jenen Kreisen des Bürgertums günstig aufgenommen, die, enttäuscht von der Energielosigkeit der liberalen Parteien, allein noch von einem Zusammenschluß *aller* demokratischen Elemente einschließlich der Arbeiter zu einer großen neuen Parteibildung das Heil erwarteten. Ganz besonders regte sich der Wunsch nach einer Sammlung der Demokratie im Kleinbürgertum der südwestdeutschen Mittelstaaten, wo die Nachbarschaft der Schweiz, der Kultus der Helden des badischen Aufstandes und besonders die weniger ausgesprochene Scheidung der sozialen Klassen in dieser Richtung wirken mußten. Das Deutsche Wochenblatt in Mannheim und sein rühriger Herausgeber Ludwig Eckardt bildeten damals den Mittelpunkt solcher Bestrebungen, denen aber der Stempel der Erfolglosigkeit von vornherein aufgedrückt war, weil die Gegensätze in der deutschen Frage kein gemeinsames Programm zuließen. Die süddeutschen Demokraten hatten ihre Front besonders gegen den Nationalverein gerichtet, und Eckardt und sein Freund Ludwig Büchner

hegten anfangs die Hoffnung, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein ihnen jene kompakten Massen liefern würde, an deren Fernbleiben noch immer alle Versuche zur Gründung einer großen bürgerlich-demokratischen Partei gescheitert sind. Der scharfsichtige Friedrich Albert Lange, dessen Herz für die große demokratische Partei der Zukunft schlug, durchschaute die Aussichtslosigkeit des Unternehmens. „Vorne wird getrommelt, aber hinten sind keine Soldaten“ klagte er. Er hielt sich auch fern, als im September 1865 in Darmstadt eine Anzahl von demokratischen Persönlichkeiten zusammenkam, um über die Opportunität einer neuen Parteigründung zu beraten. Dort aber traten, wie Lange und auch Sonnemann befürchtet hatten, unter den Delegierten, bei denen sich kein einziger Preuße befand, sofort partikularistische und föderalistische Bestrebungen in den Vordergrund[1]). Liebknecht war hier zugegen und bekämpfte die föderalistischen Orgien. Schweitzer wußte, daß man in Darmstadt eine „Fühlung“ mit der Sozialdemokratie des Nordens wünschte. Redeten doch Büchner und Eckardt dort sogar einer Verschmelzung das Wort! Aber der Socialdemokrat war nicht im entferntesten gesonnen, solchen Wünschen entgegenzukommen. Schon im August, als Eckardt die Frankfurter Gemeinde des Vereins kapern wollte[2]), warnte er vor lokalen Verständigungen, deren Überhandnahme jene Einheitlichkeit des Handelns bedrohen würde, in der die Hauptkraft des Vereins läge. Wenn sich aus dem Sumpf des Fortschrittlertums eine energische, deutlich abgegrenzte bürgerliche Demokratie herausringen sollte, meinte er, dann werde immer noch Zeit sein, die Haltung zu erwägen, die man ihr gegenüber einzunehmen hätte. Von Konzessionen wollte er nichts wissen: wer mit der Sozialdemokratie gemeinsam wirken wolle, müsse sich ihr anschließen. Daß man sich in Darmstadt von dem „unverbesserlichen Gothaertum“ und dem „ebenso mattherzigen wie schwachherzigen Fortschrittlertum“ lossagte, begrüßte Schweitzer mit Genugtuung. Und er zollte auch den Männern Beifall, die den schwierigen Versuch unternahmen, Elemente des Bürgertums zu demokratischem Wirken zu vereinen! Aber gleichzeitig gab er seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß man auch die soziale Frage in den Bereich der Verhandlungen gezogen hätte. Auf diesem Gebiet war ihm jede Konkurrenz unerwünscht, und sie war ihm nur um so peinlicher, wenn sie, wie es hier der Fall war, von demokratischer Seite kam! Unzufrieden waren der Socialdemokrat und ebenso der Nordstern im Gegensatz zu Liebknecht[3]), der ein Interesse daran hatte, die Tragweite dieses Punktes abzuschwächen, mit der föderalistischen Auffassung der deutschen Frage, die in Darmstadt zutage getreten war. Die Weltgeschichte, meinte Schweitzer, könne nicht in Württemberg und Nassau gemacht werden, und das Volk in Österreich und Preußen, auf das es für die neue Partei in erster Reihe ankommen müßte, wäre nicht mit

[1]) Vgl. meinen Beitrag in der Festschrift für Lexis p. 252 f.

[2]) Vgl. Oberwinder, Sozialpolitik und soziale Bewegung a. a. O.

[3]) Oberrheinischer Courier 13. und 18. Oktober 1865.

einem nach Kleinstaaterei riechenden Programm zu gewinnen. Gegen das Liebeswerben eines Eckardt, der damals der Arbeiterschaft als der allein noch Leben treibenden Kraft und als dem tapfersten Rekruten der Freiheitsarmee den Hof machte, war der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gefeit. Durch die Straffheit seiner Organisation und die Klarheit und Einfachheit seines Programms war er einer weder auf ein Programm noch zu einer Organisation geeinigten bürgerlichen Demokratie und ihren von Anfang an nur auf die Bedürfnisse kleinstaatlicher Bevölkerungen zugeschnittenen Forderungen unendlich überlegen. Nun hatte freilich gerade in diesen Monaten Lassalles Verein überaus schwere Prüfungen zu überstehen, da das unfähige Regiment Bernhard Beckers ihn mittlerweile an den Rand des Abgrundes gebracht hatte. Schweitzer war sich längst darüber klar geworden, daß solange der Präsident an Talent hinter ihm zurückstand, die Verfügung über das Parteiorgan ihm selbst einen ausschlaggebenden Einfluß innerhalb des Vereins verlieh. Er wußte, daß er seine Stellung in der Partei am besten befestigen konnte, wenn er, wie es auch seiner Natur entsprach, im Socialdemokrat immer wieder die Wichtigkeit der großen politischen und sozialen Gesichtspunkte hervorhob und den Anschein erweckte, als ob die bestehenden Zänkereien rein persönlicher Natur wären und keinen sachlichen Kern besäßen. Diese Taktik war um so geschickter, als es sich bei jenen Streitereien nicht zuletzt um Meinungsverschiedenheiten über die vom Socialdemokrat verfolgte Politik handelte. Er benutzte den Leitartikel, den er zu der ersten Wiederkehr von Lassalles Sterbetag schrieb, um in getragenen Worten alle Verdächtigungen zurückzuweisen, die man gegen das Vereinsorgan erhoben hatte, und er legte bei diesem Anlaß der Arbeiterschaft ein pathetisches Gelöbnis der Treue ab für gute und schlimme Tage, auf Sieg oder Tod, wofür er dann seinerseits auch von ihr Vertrauen und Ausdauer verlangte.

Um die Gewinnung der hauptstädtischen Arbeiterschaft für die Sozialdemokratie bemühte Schweitzer sich fortgesetzt mit all dem vorsichtigen Tastgefühl und der zähen Geduld, die ihm eigen waren. Seit dem Zusammengehen der an Zahl geringen, aber um so rührigeren Berliner Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mit den fortschrittlichen Massen beim Kölner Handel glaubte dieser kluge Agitator, wenigstens die erste schmale Bresche in die fortschrittliche Hochburg gelegt zu haben, und in seiner Natur lag es nicht, auch nur den kleinsten Erfolg ungenutzt zu lassen. Schulze-Delitzsch war trotz der vernichtenden Abfertigung, die seine theoretischen Ansichten durch Lassalle erfahren hatten, in den Kreisen der Berliner Arbeiter noch immer die populärste politische Persönlichkeit. Für Schweitzer mußte deshalb ein besonderer Reiz darin liegen, die Polemik seines großen Vorbilds gegen dieses Oberhaupt der liberalen Partei fortzusetzen und zu einem siegreichen Abschluß zu führen. Und Schulze selbst gab ihm hierzu die ersehnte Gelegenheit. In einer vom Berliner Arbeiterverein organisierten Versammlung hatte er am 1. Oktober von neuem vor einem dicht

gedrängten Publikum seine sozialpolitische Heilslehre entwickelt, deren agitatorische Kraft jetzt aber neben der derberen und anreizenderen Kost der sozialdemokratischen Beweisführung für manchen Besucher nicht mehr die alte Schmackhaftigkeit besitzen mochte. Wie auch schon früher pries hier der fortschrittliche Abgeordnete die volle politische Freiheit als Panacee an, aber zum ersten Mal räumte er ausdrücklich ein, daß auch das allgemeine Stimmrecht dazu gehöre. Die Nordamerikanische Union feierte Schulze als jenen idealen Staat, in dem alle Klassenunterschiede geschwunden wären, und wo es deshalb weder Junker noch Sozialdemokraten gäbe. Nun hatte er sich jedoch in diesem Zusammenhange zu der unvorsichtigen Wendung hinreißen lassen, wenn in Amerika jemand mit solchen Forderungen an den Staat heranträte, wie es in Deutschland von mancher Seite geschehe, würde er einfach dem Narrenhause überwiesen werden. Schulze ahnte, als er so sprach, schwerlich, daß ihm in der Berliner Sozialdemokratie seit kurzem ein Gegner erstanden war, der nur auf die erste Blöße spähte, die er sich geben würde, um ihn die Waffe seiner überlegenen Dialektik fühlen zu lassen[1]). Seit der Auflösung ihrer Berliner Gemeinde waren die Sozialdemokraten der Hauptstadt für ihre Propaganda noch weit mehr als vorher auf die Abhaltung von allgemeinen Arbeiterversammlungen angewiesen. Da Schulze am Schlusse seines Vortrages eine Diskussion nicht gestattet hatte, so konnte Schweitzer jetzt mit vollem Recht an die Berliner Arbeiter das Ansinnen stellen, sie sollten sich erst einmal die Ziele des Sozialismus auseinander setzen lassen, bevor sie diese Lehre endgiltig ins Narrenhaus verbannten. Zu diesem Zweck berief er für den 8. und 15. Oktober Arbeiterversammlungen in das gleiche Lokal, wo auch sein Gegner gesprochen hatte. Sein Name lockte die Massen zwar noch nicht entfernt so an, wie derjenige Schulzes; wer aber in Erwägung zog, daß Lassalle noch zwei Jahre zuvor sich bei den hauptstädtischen Arbeitern überhaupt nicht Gehör zu schaffen vermochte, der mußte den Erfolg, den Schweitzers Einladung hatte, hoch einschätzen. Niemals war dieser scharfe Geist mehr in seinem Elemente, als wenn er mit der romanischen Klarheit seines Stils einem zahlreichen Publikum schwierige Ge-

[1]) Schweitzer unterstrich in seiner Antwort auf Schulzes Rede natürlich nur jene Stellen, die ihm eine günstige Angriffsfläche boten. Gerechter mußte das Urteil F. A. Langes ausfallen, der in sozialpolitischer Hinsicht ungefähr in der Mitte zwischen beiden Gegnern, aber eher noch näher bei Schweitzer als bei Schulze stand. Dieser sah in der Rede einen entschiedenen Fortschritt gegenüber Schulzes früheren Anschauungen: „Während er früher die Arbeiter ängstlich von der Diskussion der Lohnfrage und von der Politik fern zu halten suchte, und die Bildung als notwendige Vorfrage hinstellte, betonte er jetzt das allgemeine Wahlrecht, die Erhöhung der Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit. Er stellte zwar die allgemeine Bildung noch immer nicht dahin, wo sie stehen müßte: als letztes Ziel und schönste Blüte der politischen und materiellen Verbesserung, aber er tat auch nicht mehr so, als müßten unsere vielgeschulten Arbeiter notwendig noch einmal in eine höhere Kinderschule gehen, bevor sie mit Erfolg ihre Rechte verfechten könnten. Wir haben im einzelnen noch Schulzes alte bekannte Ideen vor uns, aber sie sind anders mit einander verbunden und machen ein anderes Ganze." (Bote vom Niederrhein, Duisburg, 8. Oktober 1865).

dankenzusammenhänge durchsichtig machte und sie allmählich aus Verworrenheit und Dunkelheit in das Licht eines unmittelbaren Begreifens herüberholte. Er konzentrierte diesmal seine Darlegungen mit geschickter Berechnung: Schulze hatte es als seine Ansicht ausgesprochen, daß das ideale Postulat der Gleichheit bei der Rechtsgleichheit sein Bewenden finden müsse, und daß die soziale Gleichheit, die der Sozialismus anstrebe, eine Unmöglichkeit wäre, weil die Natur selbst Unterschiede unter den Menschen geschaffen hätte. War diese Darlegung nicht widerlegbar, so war, das fühlte Schweitzer, der Sozialismus wirklich ins Herz getroffen. Deshalb erwiderte er: Der sozialistischen Partei fiele es gar nicht ein, zu glauben, daß sich eine unbedingte Gleichheit unter den Menschen herstellen ließe, sie wolle diese aber auch nur, soweit sie überhaupt möglich sei, durchsetzen. Die bestehenden gesellschaftlichen Unterschiede beruhten nicht auf jenen unleugbaren natürlichen Unterschieden, sondern ließen diese nicht zur Wirksamkeit gelangen. Für die ungeheure Mehrzahl der Menschen sei es unmöglich, die ehernen Schranken zu durchbrechen, in welche die aus dem menschlichen Willen hervorgegangenen und deshalb auch durch ihn zu ändernden gesellschaftlichen Einrichtungen sie hielten. Nur wenn die Menschen unter den gleichen Bedingungen in den Wettkampf einträten, könnten die natürlichen Unterschiede zur Entfaltung kommen. Falsch sei die von Schulze vertretene Auffassung, daß die Entwicklung, wenn man sie sich ruhig vollziehen ließe, ganz von selbst eine Besserung zu bringen vermöchte. Nur durch die Hilfe der Staatsgewalt sei der Gegensatz von Kapital und Arbeit zu beseitigen. An diesem Punkte betonte Schweitzer, der sich bewußt blieb, daß er zu fortschrittlich fühlenden Arbeitern sprach, mit Nachdruck, daß stets, wenn er die Hilfe des Staats aufriefe, der „Volksstaat" mit dem allgemeinen und geheimen Stimmrecht von ihm gemeint sei. Volle Freiheit in jeder Beziehung wäre eine Notwendigkeit — denn was nütze selbst das allgemeine Stimmrecht ohne die Freiheit? Natürlich vergaß der Redner nicht, auf dieses allgemeine Stimmrecht als auf ein Ziel hinzuweisen, zu dessen Erreichung die Arbeiter „beider Richtungen" sehr gut dauernd zusammen wirken könnten. Als geschickter Politiker ließ er sich auch die günstige Gelegenheit nicht entgehen, vor seiner Zuhörerschaft „Bourgeoisökomonie" und „Arbeiterökonomie" — denn nicht um Schulzeanismus und Lassalleanismus handle es sich in der Wissenschaft — mit scheinbarer Objektivität zu konfrontieren. Nachdem er die Entstehung des Kapitals aus der Arbeit und die Abhängigkeit der Arbeit vom Kapital hinreichend auseinandergesetzt hatte, widerlegte er den Einwand, daß jene Abhängigkeit ein unabänderliches Naturgesetz wäre. Wenn ein Fluß über die Ufer träte und man den Leuten, die eine Überschwemmung verhindern wollten, in die Arme fiele, weil der Fluß einem Naturgesetz folge, so würde die Gesamtheit rufen: „Wir sind nicht dafür da, uns aus Ehrfurcht vor einem Naturgesetz überschwemmen zu lassen, wir bauen Dämme und lassen den Fluß nicht heraus!" Als einen solchen Damm, dessen Aufrichtung die Kulturmenschheit versuchen

müsse, bezeichnete er den Ersatz der bestehenden chaotischen Produktionsweise durch eine Organisation der Arbeit, wie die von Lassalle vorgeschlagenen Produktivgenossenschaften mit Staatskredit es bezweckten, deren Wesen er eingehend erläuterte. Dabei wies er noch einmal nachdrücklich darauf hin, daß ein Versuch zur friedlichen Umgestaltung der sozialen Verhältnisse auf jenem von Lassalle angegebenen Wege erst unternommen werden dürfe, wenn mit Hülfe des allgemeinen Stimmrechts die Prinzipien der politischen Freiheit und Gleichheit bereits in beträchtlichem Maße durchgeführt wären!

Diese beiden Vorträge Schweitzers erreichten ihren Zweck, wenn dieser darin bestand, ein hauptsächlich aus Gegnern des Sozialismus zusammengesetztes Publikum zum Nachdenken über die Probleme des Sozialismus anzuregen. Lange beurteilte Schweitzers Motive sehr richtig, wenn er im Boten vom Niederrhein am 24. November feststellte, daß jener in Berlin „mit Berechnung“ eine Annäherung an diejenigen Arbeiter suchte, „welche von Schulze-Delitzsch angeregt, aber durch die soziale Haltung dieses einst vielgefeierten Mannes nicht befriedigt waren“. Aus der lebhaften Diskussion in jenen beiden Versammlungen seien zugleich mit den Antworten Schweitzers zwei Einwände hervorgehoben! Man hielt ihm vor, daß seine Vorschläge zur Besserung der sozialen Lage erst nach einer politischen Reformära erprobt werden könnten, während die Schulzeschen Heilmittel eine sofortige Anwendung gestatteten. Schweitzers Erwiderung betonte, daß Schulze nur Linderungsmittel für einzelne besondere Elemente innerhalb der bestehenden Gesellschaft empfehle, während der Lassallesche Vorschlag der Gesamtheit dauernd helfen wolle. Sodann aber sprach er eine Wahrheit aus, die damals manchem noch verwunderlich klang. Er setzte nämlich unter Widerspruch und Heiterkeit auseinander, daß die von Schulze und Lassalle angeratenen Wege sich vereinigen ließen: „Glauben Sie etwa, wir hätten etwas dagegen, wenn unsere Parteigenossen sich an Konsumvereinen beteiligen wollten?“ fragte er. „Nur zu, wem es Spaß macht! . . . . Was von einem Mitglied unserer Partei verlangt wird, ist nur dies, daß das Streben für das Große und Gemeinsame ihm Hauptsache sei; nicht aber fällt es uns ein, irgend einen für seine Person von der einstweiligen Benutzung der Vorteile, welche die Schulzeschen Einrichtungen etwa bieten, abhalten zu wollen.“ Sodann war eingewandt worden, daß die Besitzenden, wenn mit einer radikalen sozialen Reform Ernst gemacht würde, ihre Kapitalien ins Ausland flüchten würden. „Mit nichten“, erwiderte Schweitzer, indem er seine wohl frisierte revolutionäre Mähne schüttelte, „in dem Augenblick, wo ein europäischer Großstaat mit der Arbeiterfrage Ernst machte, würde, vom zündenden Punkt plötzlich entflammt, die Arbeiterbewegung mit unwiderstehlicher Gewalt ganz Europa ergreifen. Die Machthaber, die sich ihr nicht friedlich beugen wollten, würden in Straßenkämpfen dazu gezwungen werden, und die Kapitalisten, die

sich aus dem Staube machen wollten, müßten sich dann schon den Mond als Zufluchtsstätte aussuchen!"

In der Arbeiterschaft Berlins war durch diese Vorträge Schulzes und Schweitzers die Diskussion über die soziale Frage in ein so lebhaftes Tempo gekommen, daß das zur Zeit des Abgeordnetenfestes eingesetzte ständige Komitee einem in der Versammlung vom 15. Oktober gefaßten Beschluß gern Folge gab und sich zur Veranstaltung eines großartigen Redeturniers entschloß, zu dem es von der einen Seite Schulze, Faucher, Prince-Smith und Michaelis, von der anderen Professor Wuttke aus Leipzig und Schweitzer einlud. Aber von allen diesen Männern trat niemand als Schweitzer vor die dicht gedrängten Scharen, die am 6. November den Saal der Alhambra füllten. Die liberalen Führer hielten es anscheinend nicht der Mühe wert, dem neu erstandenen Wortführer einer so kleinen Minderheit der Berliner Arbeiter Rede zu stehen. Schweitzer wollte hier wohl erfahren, woher der Wind wehte, bevor er für sich selbst das Wort erbat. Zuerst blies Hermann Wageners Faktotum Karl Preuß auf seiner Friedensschalmei das Locklied vom preußischen Staatssozialismus, er nannte die Abhängigkeit des Arbeiters vom Brotherrn eine viel drückendere als die vom Staate, und er hob hervor, daß es bei der Lösung der sozialen Frage auf die Staatsform nicht ankäme, daß der Arbeiter sich unter Umständen in der absoluten Monarchie glücklicher fühlen könnte, als in der freiesten Republik. Dann folgte eine längere lebhafte Diskussion über Konsumvereine und Produktivassoziationen mit Staatskredit. Auch Schweitzer sprach hauptsächlich über das Wesen der Staatshilfe, und Fritzsche, Vizepräsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der statt des verhinderten Wuttke aus Leipzig herbeigeeilt war, wies noch besonders auf jene Staatshilfe hin, die in Gestalt von Bahnbauten u. a. der Bourgeoisie zugute käme. Auch das Geld, das für die stehenden Heere aufgewandt würde, sollte ebenfalls lieber für Arbeiterproduktivgenossenschaften verwandt werden. Friedrich Albert Lange verzeichnete als das Ergebnis dieser großen Versammlung „das merkwürdige Schauspiel einer starken Annäherung der sozialen Parteien in Berlin."

So befand sich die Agitation Schweitzers unter den hauptstädtischen Arbeitern in einem zukunftsvollen Vorwärtsschreiten, als er am 24. November wegen Preßvergehens, Friedensstörung, Majestätsbeleidigung und Schmähung obrigkeitlicher Anordnungen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, dem sich im Januar noch weitere vier Monate zugesellten. Während sich draußen das weltgeschichtliche Ringen zwischen Österreich und Preußen vorbereitete, saß Schweitzer hinter Schloß und Riegel. Und es war ihm schon aus diesem Grunde vorläufig unmöglich, die Gunst der Situation auszunutzen und nach Lassalles Vorbild den Versuch zu unternehmen, ob sich nicht in diesen gefährlichen Zeitläuften aussichtsreiche Verhandlungen mit der preußischen Regierung anknüpfen ließen. Unzweifelhaft hätte in jenen kritischen Monaten eine Arbeiterpartei, die schon bedeutende *reale* Vorteile bieten konnte, bei Bismarck auf politischem wie auf sozialem Gebiete große

Zugeständnisse durchsetzen können! Aber selbst wenn der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein jetzt mit einem fähigeren Präsidenten an der Spitze in geschlossener Einheit dagestanden hätte, so würde wohl doch schwerlich ein anderer als Lassalle Bismarck von der Bündnisfähigkeit dieser noch immer kleinen Organisation überzeugt haben.

Nun aber befand sich der Verein damals noch obendrein in einem Zustande des traurigsten Verfalls, und die Gegner der Bewegung in den verschiedenen Lagern rechneten bereits ernstlich mit seinem nahen Untergang. Bernhard Becker fehlte es völlig an der durchdringenden Kraft, die nötig gewesen wäre, um die eingerissene Verwirrung durch Wiederherstellung der präsidentialen Autorität und eine gründliche Reform des Kassenwesens zu beseitigen und die Partei für die herannahende große nationale Krisis in Gefechtbereitschaft zu setzen. Mit der Gräfin Hatzfeld hatte er es seit seiner Hamburger Rede völlig verdorben, sie arbeitete seit Monaten auf seinen Sturz hin, und nun verlor er auch noch seine bisherige Hauptstütze, denn unmittelbar bevor Schweitzer ins Gefängnis wanderte und damit vorläufig aus dem Parteikampf ausschied, geschah der Bruch zwischen dem Präsidenten und den Herausgebern des Vereinsorgans. Becker hatte nämlich gegen den Rat Schweitzers die jährliche Generalversammlung auf den 25. November nach Frankfurt a. M. einberufen. Von seinem früheren mehrjährigen Aufenthalt her glaubte er, bei den dortigen Arbeitern sich einer Popularität zu erfreuen, die ihm angesichts der Schwäche seiner Position vorteilhaft werden konnte, denn der Schauplatz der Generalversammlung stellte naturgemäß, selbst wenn sie nicht stimmberechtigt waren, die zahlreichsten Besucher. Diese Ortswahl also war vom Socialdemokrat für verfehlt erklärt worden. Die erste Generalversammlung hätte in Düsseldorf, das Zentralstiftungsfest in Frankfurt stattgefunden, nun müßte der Verein auch einmal in einem östlicheren Orte Heerschau halten. Schweitzer und Hofstetten hatten Leipzig in Anregung gebracht. Dorthin konnten selbst die armen schlesischen Weber ihre Delegierten schicken, und Berlin, wo die Bewegung neuerdings in so verheißungsvolle Bahnen geraten wäre, würde zahlreiche Besucher entsenden. Aber Becker hatte seine Gründe, um diesen Rat, der ihm auch von anderer Seite kam, unbeachtet zu lassen, und da er nunmehr auf der Generalversammlung die Opposition der Berliner zu fürchten hatte, so unterschlug er dem Vereinsorgan die Zirkulare, welche die vorbereitenden Mitteilungen für den Kongreß enthielten. Damit aber war der Krieg erklärt: der Socialdemokrat bezeichnete die herannahende Frankfurter Tagung als eine Scheinversammlung, der jene Autorität abginge, die für die Heilung der innerlich kranken Organisation des Vereins unentbehrlich wäre. Gleichzeitig kündigte das Blatt an, daß es zu dieser „Zusammenkunft“ keinen Vertreter entsenden würde! Da nun aber das Vorgehen des Parteiorgans in zahlreichen Gemeinden des Vereins, die alle mit der Geschäftsführung des Präsidenten seit lange unzufrieden waren, ein lebhaftes Echo weckte, so begriff Becker

jetzt endlich die Unhaltbarkeit seiner Stellung und warf die Flinte ins Korn[1]). Als er aber jetzt am 21. November sein Amt niederlegte, stand die Generalversammlung unmittelbar vor der Tür, zahlreiche Delegierte waren schon in Frankfurt eingetroffen, und angesichts der entstandenen Kosten erwies sich nur ein Aufschub um mehrere Tage als möglich. Zu Beckers Nachfolger wurde der Volksanwalt Tölcke aus Iserlohn erwählt. Bis aber die Urwahlen in den einzelnen Gemeinden diese Wahl bestätigt hätten, sollte Hugo Hillmann, der soeben an Fritzsches Stelle Vizepräsident geworden war, die Geschäfte führen. Während sich Schweitzer bereits im Gefängnis befand und die Generalversammlung ausdrücklich nicht anerkannte, erklärte diese jetzt dem Socialdemokrat nachträglich ihre „entschiedene Mißbilligung" wegen der Insubordination, deren er sich durch seine öffentliche Kritik der Handlungen des letzten Präsidenten schuldig gemacht hätte. Der Mehrzahl der Delegierten, in ihrer beschränkten Vereinsmeierei, war die Stellung der Herausgebers des Parteiorgans bereits eine zu selbständige geworden, und die Nichtachtung, mit der Schweitzer über die Fehden der Häuptlinge hinweggegangen war, hatte deren Mißtrauen gegen den hochmütigen Nichtarbeiter noch verstärkt. Zwei Tage bevor Hillmann an Tölcke die Geschäfte endgiltig übertrug, entzog er auf den Antrag der Gemeinden in Leipzig[2]) und Ronsdorf dem Socialdemokrat das Recht, sich ferner als das Organ eines Vereins zu bezeichnen, an dessen Fortbestand er nur noch ein mäßiges Interesse bezeugte. Und in der Tat kam diese Maßregelung damals Hofstetten und Schweitzer gar nicht ungelegen: es konnte ihnen angesichts der vollständigen Zerrüttung der Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, in dessen Kasse noch obendrein bei Beckers Rücktritt die völligste Ebbe herrschte, höchstens angenehm sein, wenn das Blatt, dessen politische Existenz gefestigter war als die pekuniäre, sich von dem unsicheren Schicksal dieses Vereins löste und als Organ „der sozialdemokratischen Partei"[3]) einen freieren Bewegungs-

[1]) Becker äußert sich über die Gründe seines Rücktritts im Vorwort zu dem von ihm parteiisch abgefaßten Bericht über die Frankfurter Generalversammlung. (Neu abgedruckt in: Aus der Waffenkammer des Sozialismus. Frankfurt 1906).

[2]) Vgl. den Brief Hofstettens an Tölcke vom 1. Januar 1866 bei Tölcke, Zweck, Mittel und Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Berlin 1873, p. 38. Dort u. a.: „Die Dinge, die in der letzten Zeit geschehen sind, müssen notwendig . . . zum gänzlichen Ruin der Partei und vorläufig der ganzen Bewegung führen, die . . . . politisch im Sande verläuft und eine rein materielle Richtung nimmt in der Weise, daß ähnlich wie die Zigarrenarbeiter und Buchdrucker, die einzelnen Gewerke sich zu zentralisieren . . . suchen. . . . Verhindert könnte dies nur werden durch ein energisches Aufraffen aller sozialdemokratischen Elemente in letzter Stunde, Vergessen des ekelhaften persönlichen Haders, kurz durch eine neue, echt demokratische Parteibildung."

[3]) Der gegen den Socialdemokrat gerichtete Antrag der Leipziger Gemeinde vom 19. Dezember liegt mir, wie der darauf zurückgreifenden Erlaß Hillmanns, in einem hektographierten Exemplar vor, das sich in Liebknechts Nachlaß fand. Der Antrag wird

spielraum erhielt. „Man nehme unserem Verein die Organisation", so erklärte Becker in Frankfurt, „und es bleibt nichts übrig als die Partei der Zeitungsleser, über welche der Socialdemokrat gebietet". Es ist erwiesen, daß Schweitzer und Hofstetten sich damals die Frage vorlegten, ob der von Lassalle gegründete Verein für die Zukunft überhaupt noch als alleiniger Rahmen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Betracht käme und unter Ausschiffung des endlosen Ballasts von sektiererischem Hader in eine aktionsfähige sozialdemokratische Partei verwandelt werden könnte. Erwies diese Sanierung sich als unmöglich, so waren sie geneigt, eine Sammlung aller sozialdemokratischen Elemente auf breiterer Basis zu versuchen, wobei es dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein überlassen geblieben wäre, zuzusehen, wie er sich einer solchen Gruppierung eingereiht hätte. Bernhard Becker hat die damalige Situation nicht unrichtig so formuliert, daß Schweitzer die straffe Organisation Lassalles durch die von den Marxianern empfohlene „verschwommene Masse" einer „sozialdemokratischen Partei" ersetzen wollte[1]). Bis er selbst unbestrittener Leiter des von Lassalle geschaffenen Vereins wurde, war Schweitzer keineswegs ein orthodoxer Anhänger jener Organisation, die er später als Präsident für das höchste Kleinod der Arbeiterpartei erklärte, und zu Ende des Jahres 1865 erwog er ernstlich, ob er nicht einen ähnlichen Weg betreten sollte, wie drei und ein halbes Jahr später jene alten Lassalleaner einschlugen, welche dann die gerade von ihm unter dem Zeichen Lassalles ausgeübte Diktatur als überlebt und nicht mehr erträglich empfanden! Einen festen Entschluß hatte er bei seinem Eintritt ins Gefängnis noch keineswegs gefaßt; war er doch auch viel zu vorsichtig, um nicht einzusehen, daß es nach seinem Bruch mit Marx und Liebknecht und bei seinem noch geringen Einfluß auf die Arbeiter ein sehr gefährliches Spiel gewesen wäre, sich von der Organisation Lassalles los zu sagen, solange deren Lebensunfähigkeit nicht endgiltig erwiesen war!

Die unfreiwillige Muße des Gefängnisses benutzte Schweitzer damals, um die in der Berliner Volksversammlung begonnene Fehde gegen Schulze-Delitzsch nunmehr auf theoretischem Gebiete zum Austrag zu bringen. Gerade eben hatte dieser seine Antwortschrift auf des toten Lassalle vernichtende Kritik seiner volks-

---

besonders mit einem angeblichen Einverständnis der Redaktion mit den Plänen des wegen seiner Dezentralisierungsdentenzen ausgestoßenen Vahlteich begründet. Auch Hillmann, der den Leipziger und den Ronsdorfer Antrag in einem Rundschreiben vom 28. Dezember den Mitgliedern des Vereins zur „sorgfältigen Erwägung" anheimgibt, bestätigt die „innige Verbindung" zwischen Vahlteich und dem Socialdemokrat. Mit dem Hinweis, daß „feige Intriguanten" die Organisation Lassalles sprengen wollten, um auf deren Trümmern zu frohlocken, verbindet er die Ankündigung, daß zur Hintertreibung „meuchelmörderischer Machinationen" nötigenfalls außerordentliche Mittel angewandt werden würden.

[1]) Vgl. Beckers Vorwort zu dem Bericht über die Frankfurter Generalversammlung p. 53 ff. und Hofstetten bei Tölcke, Zweck, Mittel und Organisation des Allgem. deutschen Arbeitervereins, Berlin 1873, p. 39.

wirtschaftlichen Ansichten unter dem Titel: „Die Abschaffung des geschäftlichen Risikos durch Herrn Lassalle" der Öffentlichkeit übergeben. Kein anderes Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hätte es wagen können, mit der Waffenrüstung des verstorbenen Führers angetan, in der sicheren Hoffnung auf Sieg dem Champion der liberalen Arbeiterpolitik im Turnier entgegenzutreten. Schweitzer hatte fast immer für seine Schriften Titel gefunden, die prägnant waren und dabei völlig ihren Stoff deckten. Seine Antwort an Schulze, die, ohne in Lassalles Übertreibungen und Geschmacklosigkeiten zu verfallen, dessen Bastiat-Schulze von Delitzsch in freier Weise nachahmte, überschrieb er: „Der tote Schulze gegen den lebenden Lassalle". Diese Aufsätze, die seit dem Ende des Januar 1865 im Socialdemokrat erschienen, sollten die kritischen und praktischen Grundgedanken Lassalles von den Entstellungen des Gegners säubern und sie zugleich zu einer möglichst großen Anschaulichkeit abrunden. Die Gültigkeit des ehernen Lohngesetzes zieht Schweitzer darin so wenig in Zweifel, als wäre es ein Grundgesetz der Physik. Aber bei den Produktivgenossenschaften mit Staatskredit betont er ausdrücklich, daß auch Lassalle in ihnen kein Ziel, sondern nur ein Mittel, keinen Abschluß, sondern nur einen Anfang erblickt hätte, einen Versuch, um den vorhandenen sozialen Zustand friedlich und allmählich in jenen besseren zu überführen, in dem die Arbeiter nicht mehr um den größeren Teil des Wertes ihrer Leistungen betrogen werden könnten! Bot diese kleine Schrift auch keine eigentlich neuen Gedanken, die über Ricardo, Lassalle und den frühen Marx hinausgingen, so zeugte sie doch von einer frei schaltenden Verarbeitung des nationalökonomischen Stoffes und verriet eine gewisse Originalität im einzelnen durch den schon in: „Der Zeitgeist und das Christentum" hervorgetretenen Hang des Verfassers, den psychologischen Vorgang bei der Betrachtung wirtschaftlicher Abwickelungen in ein starkes Licht zu setzen. Seine eingewurzelte Abneigung gegen die Besitzer des beweglichen Kapitals kommt hier von neuem zum Ausdruck in der Schilderung des Fabrikantenstandes. Diesem gesteht er wohl äußeren Schliff, aber nicht innere Bildung zu, er behauptet, daß die großen Denker und Dichter für ihn nicht vorhanden seien, und daß er in kultureller Hinsicht weit zurückstehe hinter den altbevorrechtigten und nicht auf Gelderwerb fußenden Ständen mit ihren feinen Sitten. Der Kammerherr des Diamantherzogs behauptete von seinem Sohn, dem sozialdemokratischen Agitator, daß er seinen alten aristokratischen Adam niemals völlig abstreifen würde!

Noch eine zweite theoretische Arbeit Schweitzers verdankt diesem langen Winter im Gefängnis seine Entstehung, nämlich die Betrachtungen über den Sozialismus und das Privateigentum an Grund und Boden, die im Sommer 1866 in großen Abständen im Socialdemokrat zum Abdruck kamen. Auch hier bekämpfte er Schulze-Delitzsch und dessen Meister Frederic Bastiat, welche die Existenz der Grundrente im Anschluß an den Amerikaner Carey leugneten, der aus der scheinbaren Unbegrenztheit der

Bodenerwerbsmöglichkeiten in seiner Heimat Folgerungen von einem utopischen Optimismus zog. Unter Berufung auf die Klassiker der englischen Nationalökonomie schildert Schweitzer hier die Entstehung und das Wesen der Grundrente, in deren Wirkung er eine Ausbeutung der Gesamtheit durch die Grundbesitzer erblickt. Er erwartet ihre Beseitigung nicht schon von einer bloßen Bodenverstaatlichung, sondern erst von einer allgemeinen Aufhebung der Lohnarbeit oder, wie er selbst es nennt, der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital. Das bekannte Bedenken, daß in der Landwirtschaft dem Großbetrieb nicht die gleiche siegreiche Zukunft bevorstände wie in der Industrie, und daß beim ländlichen Grundbesitz deshalb das Privateigentum fortbestehen müsse, begegnet er mit dem Hinweis, daß der ganzen von der Bourgeoisökonomie stammenden Unterscheidung von Groß- und Kleinbetrieb nur unter der heutigen Produktionsweise eine Bedeutung zukäme. Werde die Produktion erst einmal von der Gemeinschaft betrieben, so würde sie sich von selbst, je nach deren besonderer Natur, den einzelnen Zweigen und Unterzweigen der Landwirtschaft anpassen. Hier bekämpft Schweitzer auch den bereits bei Lassalles Lebzeiten gegen dessen Agitation erhobenen Einwand, daß sie sich nur an die industriellen und nicht an die landwirtschaftlichen Arbeiter wende. Er findet, daß eine Agitation, die auf gesetzlichem Wege verharren wolle, tatsächlich mit der Emanzipation der vorgeschritteneren städtischen Arbeiterschaft beginnen müsse. Wenn aber, was ja niemand von vornherein für unmöglich erklären könne, ein gewaltsamer Umsturz des Bestehenden durch eine soziale Revolution erfolgen sollte, dann dürfe man versuchen, gleichzeitig auf allen Punkten die gesamte Produktion auf neuen Grundlagen zu errichten![1])

Während Schweitzer so im Gefängnis über die weit entfernte Möglichkeit eines sozialen Umsturzes nachsann, verflüchtigten sich draußen in der Welt die letzten Hoffnungen, welche die revolutionäre Demokratie, der er sich zurechnete, auf eine direkte Lösung der deutschen Frage und eine Formung der nationalen Zukunft durch das Volk gesetzt hatten! Schweitzer selbst wußte schon seit länger, daß nur noch preußische Bajonette jenen gordischen Knoten zerhauen konnten!

---

[1]) Über das Thema: „Der Sozialismus und das Privateigentum an Grund und Boden" äußerte sich Schweitzer öffentlich in einem Vortrag in Erfurt am 15. Juni 1866. Abgedruckt im Socialdemokrat 15., 17., 27., 29. Juni, 6., 25., 29. Juli, 19. August und 9. September.

Kapitel VII.

Schweitzer, Liebknecht, Bebel und die Entscheidung der deutschen Frage.

Unter jenen Mitgliedern, des Leipziger gewerblichen Bildungsvereins, die den Austritt der von Vahlteich und Fritzsche geführten radikalen Minderheit am Charfreitag 1862 nicht gebilligt und deshalb auch nicht mitgemacht hatten, befand sich der Drechslergeselle August Bebel, ein Cölner Soldatenkind, das erst vor zwei Jahren auf seiner Wanderschaft in der aufblühenden sächsischen Industriestadt angelangt und hier seßhaft geworden war. Zum ersten Male erhielt hier der strebsame Handwerker in dem Kreise Roßmäßlers einige leidlich befriedigende Antworten auf jene Fülle von Fragen, die bis dahin nur in verworrener Gestalt seinen Geist beschäftigt hatten. So erklärt es sich wohl auch, daß er von der Nützlichkeit der Arbeiterbildungsvereine anfänglich eine hohe Meinung hegte. In sozialer wie in politischer Hinsicht bekannte sich Bebel damals zu Schulze-Delitzsch, und zu der Zeit, als die Agitation Lassalles einsetzte, teilte er anfänglich noch alle jene Vorurteile, die in liberalen und selbst in demokratischen Kreisen gegen das von Napoleon mißbrauchte allgemeine Stimmrecht bestanden. Wohl schlug Lassalles Offenes Antwortschreiben auch in die Vorstellungswelt dieses regen Geistes wie eine Bombe ein, aber das Programm, mit dem bald darauf der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein ins Leben trat, widersprach seinen Überzeugungen. Er war nicht leicht zu bekehren und auf dem ihm bis vor kurzem noch verschlossenen Gebiet der Politik tastete er damals noch etwas unsicher umher. Gegen das allgemeine Stimmrecht hatte Bebel, der in den Arbeiterkreisen seiner neuen Heimat schnell zu Ansehen gelangt war, sich erst kürzlich bei einem feierlichen Anlaß im Gewerblichen Bildungsverein ausgesprochen. Wessen man sich aber von einer Staatshülfe im Sinne Lassalles zu gewärtigen hätte, das glaubte er hinlänglich zu wissen, als ihm bekannt wurde, daß der Agitator mit der preußischen Konfliktsregierung zu scharwenzeln begonnen hätte. Ein Politiker, dessen demokratische Ehrlichkeit angezweifelt wurde, besaß bei Bebel von Anfang an keinen Kredit. Dann hatte er als Vertreter des gewerblichen Bildungsvereins an der Errichtung des als Gegenorganisation gegen die Gründung Lassalles geplanten Verbandes Deutscher Arbeitervereine in Frankfurt teilgenommen und sich in Sachsen bei dem Versuch hervorgetan, gemäß den auf dem ersten Vereinstag gefaßten Beschlüssen einen Gauverband aller sächsischen Arbeitervereine zu gründen[1]). Lassalles Tod änderte nichts an Bebels Gegnerschaft gegen den Allge-

[1]) Im Auftrage der sächsischen Arbeiterbildungsvereine suchte Bebel im Herbst des Jahres 1863 die Einwilligung des Ministeriums des Inneren zur Errichtung eines Gauverbandes aller sächsischen dortigen Arbeitervereine zu erlangen. Aber obgleich Beust das Vereinsgesetz recht milde handhabte, hatte er es nicht eilig mit seinem Bescheid, der erst um Weihnachten 1864 nach mehrmaligen Erinnerungen erteilt wurde. Der Minister gab sich

meinen Deutschen Arbeiterverein, an dessen Spitze in Leipzig nach Dammers Ausscheiden der Zigarrenarbeiter Fritzsche getreten war. Die bodenständige Abstammung und die revolutionäre Vergangenheit dieses Agitators, der in Dresden auf den Barrikaden und in Schleswig-Holstein als Freiwilliger gekämpft hatte, verschafften ihm, zumal er über eine noch nicht veraltete salbungsvolle Art der Beredsamkeit verfügte, einen ziemlichen Einfluß in der Arbeiterschaft. Aber ein gefährlicher Mitbewerber um die Führerschaft war für ihn der junge Drechslermeister Bebel, und er suchte ihn deshalb auch bei jedem Anlaß als einen Schützling des Nationalvereins und der Fortschrittspartei bei den radikaler gestimmten Elementen verächtlich zu machen. Hart aneinander gerieten die beiden Männer, als der zweite Vereinstag des Verbandes Deutscher Arbeitervereine im Oktober 1864 in Leipzig abgehalten wurde. Fritzsche hatte sich Eintritt verschafft, um für das Programm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Propaganda zu machen. Als aber die Mehrheit der Anwesenden das allgemeine Stimmrecht nicht gleich ihm als ein Universalheilmittel ansehen wollte und er nun durch seine Anhänger, die er zuvor auf der Gallerie verteilt hatte, die Verhandlungen zu stören versuchte, wurde dieses Unternehmen durch Bebels energisches Einschreiten im Keime erstickt. Wohl in Anerkennung seiner organisatorischen Erfolge wählte der Leipziger Vereinstag Bebel neben F. A. Lange, Sonnemann, Max Wirth u. a., in den ständigen Zwölferausschuß des Verbandes.

Dem Nationalverein behauptet[1]) Bebel niemals angehört zu haben, doch ge-

---

darin den Anschein, als ob er der Bildung des Gauverbands kein Hindernis in den Weg legen wollte. Dabei stellte er aber sonderbare Bedingungen: Politik, soziale Frage und überhaupt öffentliche Angelegenheiten sollten nicht zu den Beratungsgegenständen gehören dürfen. Ein so beschaffenes „Gnadengeschenk" war nicht nach Bebels Sinn. Auf einer Landesversammlung der sächsischen Arbeitervereine in Zwickau wurde auf seinen Antrag am 28. Januar 1865 der offizielle Beschluß gefaßt, unter sotanen Umständen lieber von der Gründung eines Gauverbandes abzusehen. Im geheimen erfolgte offenbar trotz dieser Resolution eine weitgehende Verständigung, die sich einige Monate später offen als Gauverband bezeichnete und nach einem Jahr 29 Bildungsvereine mit 4579 Mitgliedern sowie eine Reihe von genossenschaftlichen Instituten umfaßte. Die Gauverbände sollten dazu dienen, den von Anfang an im Vergleich mit der straff zentralistischen Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins recht losen Zusammenhang innerhalb des gesamten Verbandes zu kräftigen. Der Durchführung dieses Projekts stellten sich die reaktionären Vereinsgesetze hindernd in den Weg.

[1]) Wie er mir mitteilte, beabsichtigt Bebel in seinen Lebenserinnerungen, an denen er arbeitet, über sein Verhältnis zum Nationalverein Aufklärung zu geben. Charakteristisch für seine politischen Anschauungen unmittelbar vor seinem Bekanntwerden mit Liebknecht ist die Eingabe, die der Leipziger Arbeiterbildungsverein am 24. Juli 1865 an den Vorsitzenden des Nationalvereins richtete auch dann, wenn er, wie er annimmt, diese nicht selbst verfaßt, sondern nur unterzeichnet hat. Der Nationalverein wird darin um eine Geldunterstützung für die Bekämpfung der Lassalleaner gebeten, die nur auf die Gelegenheit harrten, die Fahne des Kommunismus mit allen ihren Schrecken zu entfalten!

steht er zu, daß er, ein preußisches Soldatenkind, ursprünglich „in preußischen Vorurteilen befangen" gewesen sei. Von diesen Vorurteilen heilte ihn erst gründlich Wilhelm Liebknecht, der nach seiner Ausweisung aus Berlin im August 1865 in Leipzig landete. Man erinnert sich, wie dieser hartnäckige Kämpfer nach Lassalles Tode auf jede Weise versucht hatte, innerhalb der einzigen bis dahin bestehenden deutschen Arbeiterpartei Wurzel zu fassen und seinen Anschauungen die Herrschaft zu erobern. Aber trotz der scheinbaren Rissigkeit des Baues leisteten die Pfeiler des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins allen von außen und innen rüttelnden Händen Widerstand und erwiesen sich als unvergleich tragekräftiger, als nicht nur die Gegner, sondern auch Anhänger, wie Schweitzer und Hofstetten, es sich vorgestellt hatten. Nach seiner Vertreibung aus Berlin gab Liebknecht vorläufig die Hoffnung auf, jene stramm zentralisierte Organisation durch Intriguen in seine Gewalt zu bringen. Er hatte eingesehen, so bekannte er später, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, gleich dem Empire Napoleons und dem Preußen Bismarcks, nicht friedlich umzugestalten, sondern nur auf revolutionärem Wegen zu zerbrechen wäre[1]). Dazu aber reichten seine Kräfte noch längst nicht hin. Wie sollte er, der einzelne Mann, ein solches Werk vollbringen? War er nicht durch ein dreizehnjähriges Exil auf deutschem Boden zu einem Fremdling geworden, der im weiten Vaterlande innerhalb jener Klasse, der seine Lebensarbeit galt, nirgends über eine geschlossene Gruppe von Anhängern verfügte? In diesem Sommer des Jahres 1865 brachte nun endlich die Fürsorglichkeit der preußischen Polizei den Umhergestoßenen vor die richtige Schmiede. Nicht nur eine gastliche Aufnahme fand er in den Kreisen des Leipziger Arbeiterbildungsvereins, sondern auch jenem Mann begegnete er hier, der den Hammer besaß, mit dem er dem Amboß des Proletariats sprühende Funken entlocken konnte. Eine so respektlose Schroffheit der Ausdrucksweise, wie sie diesem Ankömmling selbstverständlich war, hatte der junge Bebel bis dahin noch nicht gehört. Was ihm aber am meisten auffiel: die hageldichten Schläge, die der Emissar der Internationale austeilte, fielen nicht bloß auf das „Schandregiment" des preußischen Konfliktministers, sondern in dem gleichen Maße auf die Häupter der liberalen Kammerführer, die dem jungen Handwerker bis dahin noch als recht verdienstvolle Männer gegolten hatten, obgleich er sich über die Grenzen ihrer Arbeiterfreundlichkeit, seit die Schriften Lassalles unter seine Augen gekommen waren, keinen Illusionen mehr hingab. Liebknechts ererbte Schulmeisternatur fühlte sich schnell in ihrem Elemente wo sie in einem übersehbaren Kreise ihre Ideen ausbreiten durfte, und dazu

---

Der Bildungsverein rühmt sich hier seiner Wirksamkeit „für die nationale Einheit und soziale Freiheit!" Bebels Dankschreiben für die 200 Thaler, die der Nationalverein sandte, ist vom 28. August datiert.

[1]) Der Hochverratsprozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872. Mit einer Einleitung von W. Liebknecht. Berlin 1894, p. 246.

bot sich im Leipziger Arbeiterbildungsverein reichliche Gelegenheit. Doch seine bedeutungsvollste Eroberung blieb die des einzelnen Mannes. Durch August Bebel gewann Liebknecht jetzt einen realen Einfluß auf das sächsische Proletariat, das sich unter der Einwirkung des Übergangs von der isolierenden Heimarbeit zu dem die Geister und Gesinnungen zusammenschweißenden fabrikmäßigen Großbetrieb in gährender Umbildung befand. Erst durch das folgenreiche Bündnis mit diesem vorzüglichen Organisator bekam der umherirrende Literat nahe Fühlung mit schon vereinsmäßig organisierten Arbeiterkreisen, und die Ereignisse taten bald ein übriges, um Liebknecht seinem Ziel, der Schaffung einer dezentralistisch organisierten demokratisch-sozialistischen Arbeiterpartei, mit einer selbst von diesem Optimisten kaum geahnten Schnelligkeit näher zu bringen. Der bis dahin wesentlich mit praktischen und unmittelbar greifbaren Kenntnissen erfüllte Geist des nunmehrigen Ausschußmitgliedes des Verbandes der Arbeitervereine und Vorsitzenden des Leipziger Arbeiterbildungsvereins sowie des sächsischen Gauverbandes wurde von dem sprühenden Geistreichtum dieses durch Zweifel nie geplagten Revolutionärs auf das weite Meer politischer Zukunftsträume hinausgelockt. Dabei ist die spezifische Richtung, in der Liebknecht Bebel beeinflußt hat, bisher nicht immer richtig umschrieben worden. Wohl war Liebknecht ein Schüler von Marx und Engels. Aber er hatte von seinen Lehrern mehr die revolutionären Konsequenzen ihrer volkswirtschaftlichen Überzeugungen, als deren einzelne Inhalte übernommen. Theoretischen Abstraktionen war sein stürmisches Temperament nicht hold, niemals wäre es ihm geglückt, den Inhalt des Kapitals so zu analysieren, wie Schweitzer es vermochte. In Bebel selbst ist das Gefühl zurückgeblieben, daß ihm nicht schon durch Liebknecht die Gedankenreihen von Marx vermittelt worden seien. Die Schriften Lassalles, die noch Jahre hindurch mehr als die von Marx seine Auffassung beherrschten, hätten ihn zum Sozialismus bekehrt. Liebknechts Werk aber war es, daß Bebel sich aus einem liberalen Demokraten in einen revolutionären Demokraten verwandelte. Bei dieser Bekehrungsarbeit kam ihm die Zuspitzung der deutschen Frage zu Hilfe, die damals in seiner Seele die eigentlich sozialistischen Bestrebungen auf Jahre hinaus an die zweite Stelle drängte. Für Sachsen war sie auch in parteibildnerischer Hinsicht ausschlaggebend. Liebknecht gelang es, den neuen Freund auf seinen eigenen extrem intransigenten Standpunkt hinüber zu ziehen, und da auch die Arbeiterbewegung von der Kontroverse über die deutsche Frage bis zum französischen Kriege hervorragend beeinflußt wurde, so bildete die Überzeugungsgemeinschaft zwischen diesen beiden Männern hinfort einen wichtigen Krystallisationspunkt für alle auf die Verdrängung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gerichteten Bestrebungen! —

Die Zweifel und Aufgaben, vor die der schicksalsreiche Sommer des Jahres 1866 die deutsche Sozialdemokratie stellte, ließen sich nicht klarer anschaulich machen als durch einen Vergleich der Urteile und Wünsche, mit denen die beiden

markantesten und zielbewußtesten Politiker dieser Richtung, Schweitzer und Liebknecht, die Phasen der großen Krisis begleiteten. Es enthüllen sich nicht bloß zwei Temperamente, sondern zwei notwendig nach Ausdruck verlangende diametral entgegengesetzte Auffassungsweisen, wenn man die Konsequenzen vergleicht, zu denen, besonders nach der Entscheidung auf den böhmischen Schlachtfeldern, diese beiden Antipoden gelangten, die auf so unendlich verschiedenen Wegen einem immerhin sehr ähnlichen Ziele zustrebten.

Zu den Gesichtspunkten, denen die Bismarckartikel des Februar 1865 ihren Ursprung verdankten, bekannte sich deren Verfasser auch noch nach dem Entrüstungssturm, den sie erregten und trotz der Angriffe und Verläumdungen, die sie ihm zuzogen. Hatte Schweitzer aus jenen Vorgängen gelernt, daß man auf einem ausgesetzten Posten seine Ausdrücke nicht ohne Vorsicht wählen dürfe, so waren doch sein politisches Erkenntnisstreben und sein Wirkensdrang zu stark, als daß die Furcht vor Feinden ihm eine sachliche Zurückhaltung auferlegen konnte. Lies er die Aussichten, die für die Realisierung seiner Wünsche bestanden, unberücksichtigt, so war seit 1860 das ideale Postulat, das er für die Lösung der deutschen Frage aufstellte, unverrückt das gleiche geblieben: unter Ablehnung eines jeden Partikularismus und Förderalismus und einer jeden Abtrennung deutschen Gebietes von dem großen gemeinsamen Vaterlande forderte er auch jetzt in Übereinstimmung mit der Überlieferung Lassalles und den Traditionen der Demokratie den zentralistischen Einheitsstaat. Im Prinzip verwarf er damit den preußischen Partikularismus ebenso entschieden, wie den hessenhomburgischen und nach wie vor bekämpfte er den Nationalverein, dem er immer wieder nachwies, daß er nur den preußischen Partikularismus stärke. Noch jetzt erschien Schweitzer als der einzige Weg zur Einheit, den er freudigen Herzens gut geheißen hätte, eine revolutionäre Volkserhebung. Aber ach! nicht von seinem guten Willen hing die Entscheidung über Deutschlands Zukunft ab, und ein auch nur leidlich unbefangener Blick mußte erkennen, daß für eine Initiative von unten alle Voraussetzungen fehlten.

Was konnte ein demokratischer Politiker, der sich nicht mit schweigender Resignation in die unbefleckte Toga seiner Überzeugungen hüllen wollte, da noch anderes tun, als den heranziehenden Konflikt zwischen den beiden Großmächten, so gut es ging und mit Anspannung aller Kräfte, für die Sache, der er diente, auszunutzen? Von vornherein verwarf Schweitzer als völlig aussichtslos die Bestrebungen der sich eben erst notdürftig organisierenden Demokratie der Mittel- und Kleinstaaten, die mit mehr oder weniger deutlich von Triasideen beeinflußten Hintergedanken noch einmal Frankfurt zum Zentralpunkt einer neuen allgemeinen deutschen Bewegung zu erheben gedachten. Daß es damit für immer vorbei wäre, bedurfte für ihn keines Beweises mehr. Nur von Berlin oder Wien aus, so schrieb er im Socialdemokrat, ließe sich noch große Politik treiben, nur von hier aus, nur durch eine siegreiche Revolution Unter den Linden oder vor

der Hofburg eine Einigung Gesamtdeutschlands nach dem Sinne des Radikalismus erzwingen. Es bedeutete für ihn keinen Unterschied mehr, ob das hilflose preußenfeindliche Geschrei von den mittel- und kleinstaatlichen Regierungen oder von den Organen einer doktrinären Demokratie erhoben würde, denn auch diese letzteren vermochten sich, wie er meinte, aus einem achtungswerten aber ohnmächtigen Protestieren nicht zu einer freien und umfassenden Ausschau in die Welt der Möglichkeiten zu erheben. Als damals Ludwig Pfau im Stuttgarter Beobachter seine Forderungen in ein Caeterum censeo Borrussiam esse delendam ausklingen ließ, bekannte sich Schweitzer rückhaltlos zu der schon früher von ihm vertretenen Ansicht, daß einem heillosen Staatengewurstel gegenüber der Partikularismus einer wirklich aktionsfähigen Macht das kleinere Übel bedeute. Dabei unterließ er es im Oktober 1865 noch nicht, hinzuzufügen, daß über jeden Partikularismus, den großstaatlichen wie den kleinstaatlichen, nur ein über ihm stehendes Element Herr werden könne, und daß der deutsche Radikalismus ein solches Element darstelle. Den Arbeitern wird in den Spalten des Socialdemokrat stets von neuem eingeschärft, daß sie, als die eigentlich nationale Partei, jeden Partikularismus, wie immer er sich nenne, von sich zu stoßen hätten, damit es ihnen nicht wie der liberalen Bourgeoisie erginge, die an ihrem Partikularismus zugrunde gegangen wäre. Selbst die nationale Frage mußte Schweitzer dazu herhalten, die Fortschrittspartei zu bekämpfen, die sich fälschlich eine „deutsche" nenne, während sie in Wirklichkeit nur großpreußisch wäre. Da aber ein großes Preußen, wie er richtig erkannte, auf dem von Bismarck angestrebten Wege durch dynastische Eroberungen und Länderkauf wirklich herzustellen war, so prophezeite er bereits im November 1865 dieser Partei, daß sie anbetend vor dem großen Manne niedersinken werde, sobald dieser sich ihr gegenüber auch nur zu einer kleinen Konzession bereit finden würde. Die „Realpolitik" der impotenten Bourgeoisie zeige sich darin, daß sie den Ereignissen immer machtlos gegenüberstehe, vor jeder vollendeten Tatsache sich beuge, dem Gang der Dinge sich ohne Widerstand füge und dabei doch viel von Staatseinheit und Berücksichtigung der realen Verhältnisse rede. Die deutsche Bourgeoisie nannte er politisch tot, und den wenigen tüchtigen Elementen, die er noch in deren Mitte erblickte, erteilte er den Rat, wenn sie auf eine Mitwirkung an den Geschicken des Vaterlandes Gewicht legten, sich der jungen und tatkräftigen Arbeiterpartei anzuschließen!

Es läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, in welchem Maße Schweitzer in der Lage gewesen ist, in der Zeit von Ende November 1865, aus der diese letzten Äußerungen stammen, bis zu seiner Freilassung im Mai 1866 vom Gefängnis aus die Haltung des Socialdemokrat zu beeinflussen. Vermutlich wird er Hofstetten, der ihn von Zeit zu Zeit besuchte, auch in Bezug auf die deutsche Frage Direktiven erteilt haben. Für den Darsteller bietet sich hier jedenfalls ein natürlicher Einschnitt, um auch Liebknechts Auffassung des nationalen Problems in dieser Zeit der herangrollenden Entscheidung einer Betrachtung zu unterziehen!

Abgesehen von einer kurzen Episode im August des Kriegsjahres stand diesem Politiker bis zum Zustandekommen des Demokratischen Wochenblattes im Januar 1868 kein eigenes Organ zur Verfügung, in dem er seinen Standpunkt rückhaltlos hätte darlegen können. Eine ergiebige aber bisher von der Wissenschaft unbenutzte Quelle für die Kenntnis seiner Anschauungen über die deutsche Krisis bieten die zahlreichen Korrespondenzen, die er damals in dem großdeutsch-demokratischen Oberrheinischen Courier in Freiburg im Breisgau veröffentlichte. Nun darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß der ideale Standpunkt der beiden Männer der deutschen Frage gegenüber sich nahezu deckte.

Die Quelle ihrer Disharmonie lag darin, daß ihre Ansichten über die Wertung von Prinzipien überhaupt auseinandergingen. Bei Schweitzer stammten die Prinzipien, die er vertrat, aus dem Verstande, bei Liebknecht quollen sie aus dem Herzen. In Liebknechts Augen galt der prinzipielle Standpunkt als die unbedingte Richtschnur für das praktische Handeln in jedem einzelnen Falle, während Schweitzer für die Taktik des Moments die weitgehendste Freiheit und die größte Beweglichkeit verlangte. Gleich Schweitzer schwur auch Liebknecht mit Entschiedenheit zur großdeutschen Fahne, gleich ihm wünschte auch er, daß die Einigung Deutschlands nicht auf dynastischem Wege, sondern von unten her, durch eine Erhebung des Volkes, zu Stande käme. Beide Männer lehnten mit zornigem Patriotismus jede Einmischung des Auslandes in Deutschlands innere Angelegenheiten ab, beide stellten dem herrschenden Militarismus, Monarchismus und Kapitalismus einen freien Volksstaat der Zukunft als leuchtendes Ideal gegenüber! Bei einer so weitgehenden Übereinstimmung der Ziele und Maßstäbe kann es nicht auffallen, daß trotz der persönlichen Gegensätze und der ungeheuren Verschiedenheit von Temperament, Charakter, Lebensart, Abstammung, Bildungsgang und Schicksal ihre Wünsche auf diesem Gebiete sich häufig trafen, solange die Entscheidung über Deutschlands Zukunft im Ungewissen lag. Vielleicht darf man behaupten, daß in der Beurteilung der damaligen Lage Deutschlands sich bei ihnen ein Gegensatz wiederholte, der schon zwischen Marx und Lassalle bestanden hatte. Der langjährige Verbannte zog bei der Beurteilung der deutschen Krisis die Stellungnahme des Auslandes und auch die Analogien mit ausländischen Zuständen ungleich stärker in den Kreis seiner Berechnungen, als der andere, der kaum jemals aus dem Vaterlande herausgekommen, mit dessen Kräfteverhältnissen aber dafür um so vertrauter war. Für Liebknecht galt es damals als ausgemacht, daß Bismarck im Einverständnis mit Napoleon vorging. Nun lähmte aber Frankreichs Aktionsfreiheit die mexikanische Expedition, und ein Krieg Preußens gegen Österreich ohne die Unterstützung Frankreichs erschien ihm noch im März 1866 als ein rein „wahnsinniges Beginnen". In seinem eingewurzelten Haß gegen Preußen unterschätzte er selbst dessen militärische Macht. Einstmals hatte auch Schweitzer ähnlich gedacht, aber seitdem er in Berlin lebte, war er

von diesem Irrtum zurückgekommen. In dem Vertrag von Gastein, der den Krieg noch einmal hinausschob, erblickte Schweitzer einen entschiedenen Erfolg Preußens, das mit dem Kieler Hafen einen wichtigen Stützpunkt für seine Seemacht gewönne, durch den Erwerb Lauenburgs einen wertvollen Präzedenzfall für künftige Annexionen erhielte und obendrein seinen Gegner nicht nur in die Defensive, sondern in eine gänzlich haltlose Stellung drängte. Liebknecht deutete auf Grund seiner Erfahrung als ehemaliger Redakteur der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung für auswärtige Angelegenheiten diese Konvention als einen Sieg der altkonservativen preußischen Militärpartei und ihrer zu Österreich hinneigenden Tradition über die bonapartistische Politik Bismarcks, den er aber doch als den ersten preußischen Staatsmann würdigte, der nicht bloß Binnenpolitik triebe, sondern die Karte von Europa studiere. Auch Schweitzer hatte ausgesprochen, daß jenes Abkommen nicht die „heilige deutsche Einheitssache", sondern nur die preußischen Junker anginge. Liebknecht ging darüber hinaus und bezeichnete, von seinem Gesichtspunkte aus mit Recht, das deutsche Volk als den eigentlich Leidtragenden. Die Teilung Schleswig-Holsteins wäre nur ein Vorspiel für die Teilung Deutschlands, heute die Eiderlinie, morgen die Mainlinie![1]) Der Freischärler von 1849 hegte den tiefsten Abscheu gegen ein Bündnis der Demokratie mit dem „Henker von Rastatt" und seiner Junkerregierung, und böte es auch die verlockendsten Aussichten und wäre es noch so vorübergehend, für ihn kam es nicht einmal als ein Gegenstand flüchtiger Erwägungen in Betracht! Auch ist er überzeugt, daß „die beiden reaktionären Verbündeten der Berliner Regierung der Zar und der Imperator" ein solches Experiment niemals zulassen würden. Für ebenso unwahrscheinlich wie eine moralische Eroberung des deutschen Volkes, das von einer preußischen Spitze nun einmal nichts wissen wolle, hält er eine freiwillige Unterwerfung der deutschen Fürsten unter eine preußische Führerschaft. Sollte die preußische Spitze Wirklichkeit werden, so wäre dies nicht einmal durch einen rein deutschen Krieg, der nur mit einem Rückzug Preußens oder höchstens einer Zerteilung Deutschlands enden könnte, zu erreichen, sondern allein auf dem Wege, den der Menschenverächter Bismarck mit Zähigkeit und Geschick verfolge: mit der Hülfe des Auslandes und im Gegensatz zur Nation[2])! Das Attentat von Gastein, so behauptete Liebknecht, habe das Seil zerschnitten, auf dem die Akrobaten der preußischen Spitze bis dahin mit dem Balanzierstock der deutschen Einheit herumgetänzelt hätten, und nun gäbe es nur noch die Alternative: „Mit Preußen gegen Deutschland!" oder „Mit Deutschland gegen Preußen!"

Schweitzer hatte sich längst zu der von ihm damals freilich noch nicht öffentlich eingestandenen Überzeugnug resigniert, daß ein Erfolg versprechen-

---

[1]) Vgl. im Oberrheinischen Courier besonders folgende Artikel: Die Gasteiner Konvention, 29. August, Wer hat gewonnen, wer verloren?, 2. September, Zur Lage, 13. September, Der Frankfurter Abgeordnetentag, 27. September.

[2]) Ibid. 28. Oktober und 1. November: Preußisch oder Deutsch?

der Versuch zur Einigung des Vaterlandes allein noch von dem genialen Leiter der auswärtigen Politik Preußens erwartet werden könnte. Anders dachte Liebknechts unverwüstlicher Optimismus, der rechnete anfänglich ernsthaft mit der Möglichkeit, daß die Dinge einen für die Ziele der Demokratie günstigen Verlauf nehmen würden. Wer aber glaubt und hofft, der vermag auch zum Handeln anzutreiben. Verstieg er sich in seinem verhältnismäßigem Wohlwollen für die österreichische Regierung, das der Sympathie des Socialdemokrat für die preußische nichts nachgab, auch gelegentlich zu der gewagten Behauptung, daß im Kaiserstaate zwanzig mal mehr Freiheit anzutreffen wäre, als im Gebiete der nördlichen Großmacht, so baute er deshalb doch noch keine Hoffnungen auf die von ihren inneren Angelegenheiten vollauf in Anspruch genommene habsburgische Monarchie! Er wußte, daß eine Lösung der deutschen Frage, die ihn und seine Partei befriedigen sollte, von niemandem als vom Volke selbst ausgehen durfte. Dieses aber steckte, das erkannte er, in einem „entnervenden Fest- und Gemütlichkeitsdusel". Würde es sich aufraffen, um selbst der Schmied seines Schicksals zu werden? Das war die große Frage, die Tag und Nacht die Brust dieses starrköpfigen Hessen durchwühlte! Nichts erwartete er jetzt mehr von Reden und von Beschlüssen. Ließ sich keine „unmittelbare Aktion" des Volkes ins Werk setzen, so waren auf Jahrzehnte hinaus den Idealen, für die er kämpfte, Banden und Ketten angelegt. Erst die bei ihm vorhandene völlig klare Erkenntnis, welche Werte auf dem Spiele standen, verleiht Liebknechts Auftreten in diesen Monaten jene echte Tragik, die unbeschadet seines Parteistandpunktes jeder historisch fühlende Mensch mitempfinden kann!

Je mehr die Ereignisse sich zuspitzten, um so weniger konnte er sich verhehlen, daß kein günstiger Stern auf die Aussichten der Demokratie herniederleuchtete. Bitter rächte es sich jetzt, daß die Anhänger dieser Partei nach dem unglücklichen Ausgang der Revolution von 1848/49 sich selbst zur Tatenlosigkeit verurteilt hatten. Nun waren sie einflußlos in der Presse und in den Parlamenten, Anhänger besaßen sie in allen Gegenden Deutschlands, aber keine nahe Fühlung bestand zwischen ihnen. Für eine Zusammenfassung der Kräfte fehlte es an jedem Kristallisationspunkt, zu einer Neuorganisierung waren erst ungenügende Ansätze vorhanden, und der partikularistische Einschlag dieser neudemokratischen Tendenzen verletzte die unitarischen Überzeugungen des radikalen Flügels, auf dem die Sozialdemokratie stand. Wo war das Zentrum, von dem jetzt eine rasche Mobilmachung der Volkskräfte hätte ausgehen können? Abwechselnd sah Liebknecht ein solches in dem Ausschuß des Abgeordnetentages, in der preußischen Landtagsopposition, in den noch lebenden und treugebliebenen Mitgliedern des Frankfurter Parlaments! Ließen aber alle diese Gruppen das Volk in seiner Not im Stich, dann dünkte es ihm hoch an der Zeit, daß dieses sich nach anderen Führern umschaute! An welche Männer mochte er denken? Wäre er nicht in Verlegenheit geraten, wenn man ihn gefragt hätte? Selbst hatte er von seinen gelehrten Vorfahren die Stuben-

hockernatur geerbt, deren er sich oft anklagte, und wie er, so eigneten sich auch Marx und Engels nur zum Kampfe mit Zunge und Feder. Doch auch die revolutionären Obristen J. Ph. Becker und Wilhelm Rüstow hätten jetzt keine revolutionären Armeekorps aus der Erde stampfen können!

Seine Vereinsamung und Machtlosigkeit wie die Lebendigkeit seiner demokratischen Gefühle bestimmten Liebknecht zu einem vorbehaltlosen Anschluß an den radikalen Flügel des Bürgertums, mit dem er über die Fragen der Gegenwart und der nächsten Zukunft in allen Punkten übereinstimmte. Was in den Kräften eines einzelnen Mannes lag, das leistete er in diesen Monaten. Unermüdlich wirkte er mit Wort und Schrift für die viel zu lange vernachlässigte Sammlung aller links von den Konstitutionellen und Gothaern stehenden Elemente, die nun endlich in Fluß kam. Im Königreich Sachsen eroberte er sich dabei im Bunde mit Bebel, der ihm in organisatorischer Hinsicht überlegen blieb, einen nachhaltigen Einfluß auf die Arbeiterschaft. Durch die massenhafte Begründung von demokratischen Vereinen, die je nach den lokalen Verhältnissen als Arbeiter- oder als Volksvereine ins Leben traten, gedachten sie dem von ihnen so heiß gewünschten parteimäßigen Zusammenschluß der deutschen Demokratie vorzuarbeiten. Es lag in den Zeit- und Ortsverhältnissen, daß ihre Agitation jetzt ganz von jenen preußenfeindlichen Gesinnungen durchtränkt war, die sich einer Ausbreitung der Volkspartei auf preußisches Gebiet hinderlich erwies. Im Industriegebiet zog Liebknecht damals von Ort zu Ort. Gegen die Preußen hetzte er gleichmäßig überall, aber nur wo er es bereits für angebracht hielt, wurden die Arbeiter aufgefordert, sich der Internationalen Arbeiterassoziation anzuschließen. Ein Zusammengehen der Arbeiter mit dem demokratischen Bürgertum galt ihm als eine gebieterische Notwendigkeit, und er mißbilligte deshalb die Taktik Schweitzers, dem er vorwarf, daß er das Industrieproletariat zur tollsten Selbstüberschätzung verleitete! Bebel und Liebknecht waren jetzt ein Herz und eine Seele.

Während Liebknecht in Sachsen umherzog und Vereine gründete, beteiligte sich Bebel zu Pfingsten des Jahres in Frankfurt an der Konstituierung der Volkspartei, in deren leitenden Ausschuß[1]) er gewählt wurde. Hatte er sich schon am Main durch eine scharf preußenfeindliche Rede hervorgetan, so versuchte er bald darauf in Mannheim, auf einer Zusammenkunft des Zwölferausschusses des Vereinstages deutscher Arbeitervereine, gegen deren bis dahin prinzipiell unpolitischen Charakter Sturm zu laufen. Bebel verlangte dort, daß die Arbeitervereine sich offen an der Agitation für den Zusammentritt eines konstituierenden und freien Parlaments für ganz Deutschland beteiligten. Gemeinsam mit der Mehrzahl der erschienenen Ausschußmitglieder befürwortete er den Anschluß der Arbeitervereine an die in der Bildung begriffene deutsche Volkspartei sowie die Aufstellung eines

[1]) Zum Ausschuß gehörten u. a. noch Eichelsdörfer, Karl Grün, Amand Gögg, Kolb, Karl Mayer, Röckel, Struve und Trabert.

sozialen Programms, das die Hebung des Arbeiterstandes für ein gemeinsames Interesse aller Klassen und die Förderung der allmählichen Ausgleichung der Klassengegensätze für die Aufgabe einer jeden volkstümlichen Regierung erklärte. Doch die Gegensätze innerhalb des Ausschusses waren bereits so bedeutende, daß man aus Furcht für den Fortbestand des Verbandes von einer Abstimmung absah[1]).

Für den Augenblick, den Liebknecht richtig als die Schicksalsstunde der deutschen Demokratie begriff, kamen diese Bemühungen Bebels zu spät. Was die Demokratie in mehr als einem halben Menschenalter versäumt hatte, das ließ sich nicht einholen in den wenigen Monaten, welche die Entscheidung noch zögerte. Liebknecht litt unter dieser Erkenntnis unsäglich und klagte über Unklarheit und Schwäche in der Zielsetzung bei seinen Volksgenossen. Er vermißte an ihnen die Begabung zur Revolution, und bitteren Muts konstatierte er, daß bei den Deutschen die Umschmelzung der Gedanken in Taten, sofern sie überhaupt erfolge, ungleich langsamer vor sich ginge, als bei ihren Nachbarn im Süden und im Westen!

Während Schweitzer im Gefängnis für sein kräftiges Auftreten beim Abgeordnetenfest büßte, behandelte Hofstetten im Socialdemokrat die deutsche Frage aus dem Gesichtswinkel, daß ohne Blut und Eisen die Einheit nicht mehr zu erlangen sei. Schon aus diesem Grunde erklärte das Blatt vom Standpunkt der Nation einen Krieg, an dessen unmittelbare Nähe es fast bis zum letzten Augenblick nicht glaubte, für kein unbedingtes Unglück[2]). Der Socialmokrat betonte auch des öfteren, daß ein Krieg bei längerer Dauer ungeahnte Kombinationen zu erzeugen vermöchte, durch die plötzlich eine radikale Revolutionierung aller Verhältnisse aussichtsvoll werden könnte.

Immer neue Pläne, die das drohende Unheil abwenden sollten, wälzte Liebknecht damals in seinem Geiste, und im Januar 1866 war er bei jenen Vorschlägen angelangt, die Schweitzer im Anschluß an eine Anregung von Karl Blind vier Jahre früher entwickelt hatte. Alle, die in dem Wunsche übereinstimmten, daß die Neugeburt des Vaterlandes von einem deutschen Parlamente ausgehen möge: Zentralisten und Föderalisten, Konstitutionelle und Demokraten, Freunde eines österreichischen und Freunde eines preußischen Übergewichts sollten sich, unter vorläufiger Beiseitelassung der Gegensätze, zu einem gemeinsamen Wirken für jenes nächste Ziel vereinigen. Der Reichsverfassung von 1849 wollte er, ange-

---

[1]) Auch F. A. Lange konstatierte am 8. April in seinem Boten vom Niederrhein, daß die „Arbeiterpartei" den Krieg nicht so ungern sähe wie die Bourgeoisie, teils aus purem Vergnügen über die Angst der letzteren, teils aber, weil sie hoffte, in einer Zeit großer Kämpfe an Einfluß und Macht zu gewinnen. Lange betonte auch, daß nur ein Teil der „Arbeiterpartei" im Rheinland republikanische Sympathien hätte, während der Mehrzahl die politische Form Nebensache wäre.

[2]) Oberrheinischer Courier 15. Juni, Socialdemokrat 17. Juni und Die Arbeit, Organ für soziale Reformbestrebungen. Frankfurt a. M. (Sozietätsdruckerei) Heft 2 p. 162 und 163.

sichts der veränderten Verhältnisse, keine bindende Geltung mehr zugestehen, und von dem Streit über Zentralisation oder Föderation behauptete er, er wäre nur deshalb so lebhaft geworden, weil viele sich eine Zentralisation nicht ohne die preußische Spitze denken könnten[1]). An den Ausbruch eines Krieges glaubte auch Liebknecht bis in den April hinein nicht, viel eher rechnete er mit der Möglichkeit eines Bündnisses der beiden deutschen Großmächte zur Unterdrückung der Demokratie und des Liberalismus. Von Bismarck nahm er an, daß er sich in den Sieg der Hofpartei über seine Kriegspolitik vorläufig fügen und an die „Erstürmung des inneren Düppel" gehen würde. Den Staatsstreich, den der Minister bisher so ängstlich vermieden hätte, sah Liebknecht jetzt als bevorstehend an. Dennoch erklärte er die Hoffnung auf einen revolutionären Losbruch in Preußen für eine Torheit. Und für gleich aussichtslos hielt er jeden Versuch eines gewaltsamen Widerstands gegen ein reaktionäres Bündnis der beiden Regierungen. Das deutsche Volk erschien ihm wie eine ängstlich sich niederduckende Schafherde bei herannahendem Gewitter, und in bitteren Ausdrücken klagte er über den fatalistischen Stumpfsinn, mit dem die Massen auf die Dinge warteten, die von Berlin oder von Wien kommen würden. Lange hatten sein tätiger Geist und sein sanguinisches Temperament sich gegen das Geständnis gesträubt, bei dem auch er jetzt anlangte. Das deutsche Volk wäre noch kein Faktor, mit dem die Regierungen zu rechnen hätten, und eitle Prahlerei sei das Wort, Kabinetskriege wären nicht mehr möglich"[2]).

Schweitzer hatte schon seit Jahren alle Illusionen verloren, die von einer militärischen Organisation des Volks auf demokratischer Grundlage eine Wendung des geschichtlichen Verlaufs erwarteten. Einstmals, als einer der führenden Geister des deutschen Schützenbundes, hatte auch er geglaubt, daß in Deutschland eine von demokratischem Geist erfüllte und in einem unausgesprochenen Gegensatz zu den Regierungen organisierte Volksbewaffnung durchführbar wäre. Damals hatte er sich selbst ernsthaft für dieses Ziel eingesetzt und erst bei den Bemühungen für dessen Verwirklichung die Aussichtslosigkeit des Unternehmens begriffen. Aber die Erreichbarkeit eines Ziels bildete bei ihm den wichtigsten Wertmesser für dessen politische Bedeutung, und nicht erst der Umgang mit Lassalle, das Beispiel Bismarcks oder gar die Lektüre Rochau's brauchten sein angeborenes und an Macchiavelli's Schriften ihm früh zum Bewußtsein gekommenes starkes Gefühl für das Wirkliche zu einer realistischen Politik zu bekehren. In das dunkle Problem von der Entstehung geistiger Physiognomien aus der Mischung der Generationen soll man nur mit jenem Schauer untertauchen, der sich einstellen muß, wenn man zu den „Müttern" hinabsteigt. Aber der Eindruck drängt sich stets von neuem auf, daß Schweitzer es dem überwiegenden romanischen Ein-

[1]) Oberrheinischer Courier, 31. Januar 1866. Die deutsche Bewegung. Ein Wort zur Verständigung.

[2]) Ibid. 4. April. „Deutschland in seiner Erniedrigung."

schlag seiner Natur dankte, wenn vor seinem scharfen Auge die vielgestaltige Wirklichkeit niemals hinter den Wolken absoluter und kategorischer Ideale verschwand. Auch die Entscheidung bei Königgrätz, die so viele liberale und selbst demokratische Politiker zu einer ernsten Nachprüfung ihrer bisherigen Urteile und Wertungen zwang, fand an ihm nichts zu ändern. Man hat Schweitzer aus der Gelassenheit, mit der er jetzt die neuen Zustände überblickte und der Schnelligkeit, mit der er sich ihnen anpaßte, einen Vorwurf gemacht. So hat eine Broschüre „Die politische Tagespresse Berlins im Sommer 1866" ihre Verwunderung über die Kälte ausgesprochen, die der Socialdemokrat durchweg den Ereignissen des Jahres gegenüber zur Schau getragen hätte. Würden die preußischen Landwehrleute sich allerorten geweigert haben, unter die Fahnen zu treten, und wäre das Entrüstungssäuseln über den drohenden Bürgerkrieg unerwartet zu einem Orkan angewachsen, der Bismarck oder gar das preußische Königtum fortgeweht hätte, so würde Schweitzer sicherlich solche Ereignisse meisterhaft für die Sache seiner Partei ausgenutzt haben. Aber ein Mann des starken ethischen Pathos war er nicht, und von einem Jeremias, Savonarola oder Fichte lebte in der schmächtigen Seele dieses kühlen, wenn auch ehrgeizigen Mannes nicht der kleinste Funke! War er aber nun einmal zu skeptisch, um mit gänzlich unwahrscheinlichen Möglichkeiten zu rechnen, so besaß er dafür in hohem Grade die Gabe, einer Situation diejenigen Erfolge abzuringen, für die sie überhaupt Aussichten enthielt. Und diese Fähigkeit, die den praktischen Politiker ausmacht, bewies er jetzt im vollsten Maße!

Bekanntlich hatte Lassalle, als er mit lautem Trommelwirbel die Arbeiterbataillone eilig mobil machen wollte, die Forderung des allgemeinen und gleichen Stimmrechts an die Spitze seines Programms gestellt, und als der Erfolg seine ungeduldigen Erwartungen enttäuschte, dessen Oktroyierung zum Hauptgegenstand seiner Verhandlungen mit dem preußischen Ministerpräsidenten gemacht. Die Redner zahlloser Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nannten seit dessen Bestehen diese Wahlreform das erste und wichtigste Zugeständnis, das der Arbeiterstand von der Regierung und den herrschenden Klassen verlangen müsse. Lassalles Verhandlungen mit Bismarck waren daran gescheitert, daß der Minister sich den Trumpf des allgemeinen Stimmrechts nicht vorzeitig entwinden lassen wollte. Jetzt aber war der Moment gekommen, für den Bismarck ihn aufgespart hatte, und er zögerte nun nicht mehr, ihn auszuspielen. Den letzten Trumpf, mit dem der kluge Staatsmann, wenn es Not getan hätte, damals die öffentliche Meinung erobern wollte, die Reichsverfassung vom 28. März 1849, hat das Schicksal ihm nicht abverlangt!

Schweitzer hatte sich zu verschiedenen Malen vergebens bemüht, durch Gesundheitsatteste die zeitweilige Befreiung aus seiner Haft zu erwirken, und so befand er sich noch im Gefängnis, als dem Bundestage am 9. April der preußische Antrag auf die Einberufung eines durch allgemeine direkte Wahlen zu ernennen-

den Parlaments zuging, das in Übereinstimmung mit den Regierungen eine Reform der Bundesverfassung unternehmen sollte. Hofstetten schwankte anfangs, ob er im Socialdemokrat diesen Vorschlag bloß als ein Manöver, das die Situation noch einige Zeit im status quo erhalten sollte, oder als eine „im Falle des Gelingens sehr praktikable Annexionsmäusefalle" ansehen sollte. Aber darüber war das Blatt sich sofort klar, daß die deutsche Demokratie was sie nicht verhindern konnte, so gut wie möglich verwerten müßte. Viel schwieriger gelangte Liebknecht dieser unerwarteten Wendung gegenüber zu einem festen Standpunkt. Dieser Mann, der im Revolutionsjahr mit der Waffe in der Hand gegen Preußen gekämpft hatte, vermochte sein Mißtrauen und seinen Haß auch gegen die Geschenke bringenden Danaër nicht zu überwinden. Sein erstes Empfinden war es, daß ein deutsches Parlament von Bismarcks Gnaden einen Triumph „des Feindes des deutschen Volkes" bedeuten würde, und daß dieses die Politik seines Feindes nicht unterstützen dürfe. Aber zwei Tage später sah er das unerwartete Ereignis schon mit mehr Gelassenheit an, jetzt gab er zu, daß es sich bei der Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung von Bismarcks Vorschlag für die Demokratie nicht um Prinzipien, sondern nur um Nützlichkeitsfragen handelte. Vor fünfzehn Jahren hätte sich die Demokratie für Nichtwählen entschieden, heute würde vielfach bestritten, daß sie damals richtig gehandelt habe. Zweifelsohne hätte sie unrecht gehabt, wäre das Volk damals imstande gewesen, seinen Willen bei den Wahlen zum Ausdruck zu bringen. Am 24. April hatte Liebknecht dann dem Bismarckschen Anerbieten gegenüber den Standpunkt gefunden, an dem er später festhielt, und den er in- und außerhalb des Reichstags mit Leidenschaft zum Ausdruck brachte. Ausgehend von dem Gesichtspunkte, daß der von den Gothaern nun auf einmal als „der deutsche Cavour" gefeierte Minister sich mit seinem Vorschlage an die Gothaer und nicht an die Demokraten wende, erklärte er es für eine Unmöglichkeit, daß ein Bismarck ein deutsches Parlament anzustreben vermöge, um die Volkssouveränität zum obersten Staatsprinzip zu erheben und den Absolutismus zu vernichten. Wohl aber könne ihm aus dem Grunde an der Schaffung eines solchen Parlaments liegen, weil er dieses, einmal vorhanden, bis zu einem gewissen Punkte wenigstens, seinen Wünschen dienstbar machen würde. Mit wildem Hohn spottete Liebknecht über die Gothaer, die den Parlamentsköder „wie ein Mann" verschluckten und über die „großpreußischen Schwatzpolitiker", die in hellen Haufen zu dem großpreußischen Realpolitiker überliefen. Ingrimmig stellte er fest, daß Bismarcks Prophezeiung sich erfüllt hätte, und daß jener nun wirklich die populärste Persönlichkeit in Preußen geworden wäre. Wer dächte dort noch mit den gleichen Gefühlen, wie vor wenigen Wochen, an die große Prinzipienfrage um die all' die Jahre der heißeste Streit getobt hatte? Außer bei den Arbeitern, die aber „noch j e d e r selbständigen Organisation" entbehrten, wäre der Verfassungskonflikt in Vergessenheit geraten! Jetzt hätte das gleiche „fortschrittliche Spießbürgertum" plötzlich seine „Bismarcksche Seele" entdeckt, das noch kürzlich

auf den „leider sehr impulsiven und unerfahrenen" Lassalle geschimpft habe, als dieser sich der budgetlosen Regierung zu nähern schien![1])

Wie es eigentlich kam, daß Schweitzer am 9. Mai aus seiner Haft beurlaubt wurde, ist noch nicht völlig aufgeklärt. Seine Feinde behaupteten damals und später, die Regierung hätte ihren guten Freund freigelassen, damit er für die preußischen Darlehensscheine agitieren könnte. Richtiger ist die Annahme, daß es wirklich nicht im Interesse Bismarcks liegen konnte, in dem Moment, wo er den wichtigsten Punkt der Forderungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins auf sein Programm setzte, dessen bedeutendsten Agitator der öffentlichen Wirksamkeit zu entziehen. Man erwäge, daß die Aussichten des herannahenden Krieges unsichere waren, daß Presse und Volk außerhalb Preußens dem preußischen Bundesreformvorschlag mit großem Mißtrauen begegneten, und daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gerade in dem strategisch jetzt so wichtigen Königreich Sachsen eine rührige Anhängerschaft besaß. Schon allein die Aussicht, die Arbeiterschaft dieses Landes durch Schweitzers Einfluß umzustimmen, mußte seine Freilassung erwünscht machen. Es sind nur Vermutungen, die damit ausgesprochen werden, denn Schweitzers Fähigkeiten waren damals in Berlin noch nicht so bekannt wie später nach seinem Auftreten im Reichstage, aber Männer wie Hermann Wagener oder Lothar Bucher könnten in einem Zeitpunkt, wo selbst die kleinsten Mittel nicht verschmäht werden durften, an höherer Stelle die Benutzung Schweitzers angeraten haben. Nun braucht man freilich nicht unbedingt anzunehmen, daß ihm die Gründe seiner Freilassung mitgeteilt wurden, oder daß man diese gar von Bedingungen abhängig gemacht hätte. Die Haltung der von Lassalle begründeten Partei in dem schwebenden Konflikte war aus den Artikeln des Socialdemokrat hinreichend bekannt, man wußte, was man von ihr und ihren Führern erwarten durfte. Zu einer Zeit, wo die innerhalb dieser Organisation sich bekämpfenden Tendenzen für Außenstehende noch nicht gut durchsichtig waren, mag es dem Herausgeber des Socialdemokrat auch zugute gekommen sein, daß die Gräfin Hatzfeld seit dem 9. April tatsächlich in Bismarck den Vollstrecker von Lassalles letztem Willen sah und deshalb vorbehaltlos für die preußische Politik eintrat. Aber gewichtige Gründe sprechen dennoch dafür[2]), daß Schweitzer selbst, durch irgend einen Kanal, vielleicht durch Herrmann Wagener, Bismarck die Vorteile nahegelegt habe, die der Sache Preußens aus seiner Freilassung erwachsen würden. Völlig unmöglich wäre es sogar nicht, wenn es auch nicht entfernt als erwiesen behauptet werden soll, daß die Regierung ihm zu Gunsten seiner Agitation für das allgemeine Stimmrecht eine mäßige Summe zur Verfügung stellte. Tatsächliche Anhaltspunkte für diese Annahme haben sich in den zugänglichen Quellen nicht auffinden lassen.

[1]) Oberrheinischen Courier 10. Mai.

[2]) Vgl. hierüber Seite 180.

Niemals wieder war Schweitzers Auftreten so frisch und so kräftig wie nach der Wiedererlangung seiner Freiheit in diesen Sommertagen des Jahres 1866, wo die Frage zum Austrag gebracht wurde, die ihn von Jugend auf in Spannung gehalten hatte. Bei seiner Entlassung aus dem Gefängnis fand er den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein in der traurigsten Lage. Völlige Ebbe herrschte in der Kasse, der Socialdemokrat erschien seit dem 1. April nicht mehr täglich sondern nur noch dreimal wöchentlich, und, was schlimmer als alles andere war, die Zänkereien innerhalb des Vereins hatten durch die Intriguen der Gräfin Hatzfeld einen solchen Grad erreicht, daß selbst über die für eine so straff zentralistisch organisierte Partei wichtigste Frage, wer eigentlich Präsident wäre, keine Übereinstimmung mehr bestand. Tölcke waren aus Gründen, deren Natur strittig ist, vor längerer Zeit die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen worden, und in Leipzig, wo der Verein seinen offiziellen Sitz hatte, verweigerten die Behörden deshalb die Genehmigung seiner Wahl, indem sie gleichzeitig den Vizepräsidenten Hugo Hillmann als die in den Augen der Polizei leitende Persönlichkeit bezeichneten. Der Gräfin Hatzfeld war einzig und allein darum zu tun, daß in allem und jedem der Wille Lassalles heilig gehalten würde. Sie brannte danach, die Beseitigung der auf der Düsseldorfer Generalversammlung angenommenen Statutenänderungen zu erreichen, da ihr diese wie eine Schändung des Willens ihres toten Freundes erschienen. Weil sie ihr Geld nicht schonte, gelang es ihr, unter den armen Teufeln von Arbeitern immer wieder darbende Familienväter, eitle Wichtigtuer oder beschränkte Traditionsanbeter zu finden, die sich ihren Zwecken zur Verfügung stellten. Ihr Verhältnis zu Lassalle umgab in den Augen der Arbeiter die rote Gräfin mit einem ungeheuren Nimbus, der noch gesteigert wurde durch die dämonische Überredungskunst und die bald herrische bald schmeichelnde Art, mit der die geborene große Dame jenen politischen Kindern begegnete. Jetzt hatte sie von Hillmann das Versprechen erlangt, daß er jene Statutenänderungen beseitigen wolle, falls er zum Präsidenten gewählt würde. Einer zum 21. Mai vom Präsidenten Tölcke nach Hamburg einberufenen Vorstandssitzung, bei der aber dieser selbst sich wegen fehlenden Reisegeldes nicht einfinden konnte, machte sie das Anerbieten, daß sie künftig den Präsidenten und den Sekretär des Vereins dauernd aus ihrer Tasche besolden wolle, wenn die Wahl Hillmanns die Sanktion des Vorstandes erhielte. Aber die Gräfin hatte bei ihrem Plane die Möglichkeit einer rechtzeitigen Freilassung Schweitzers aus dem Gefängnis nicht in Rechnung gezogen. Dieser erschien jetzt ebenfalls in Hamburg, malte dem Vorstand die ganze Lächerlichkeit einer Arbeiterbewegung aus, die sich von einer alten Gräfin aushalten ließ, und erreichte ohne große Mühe die Ablehnung jenes Verführungsversuchs. Gerade in dem Augenblick, wo alles darauf ankommen mußte, daß die Partei als eine in sich fest gefügte Macht auftrat und die Welt durch die Entschiedenheit und Geschlossenheit ihres Vorgehens über die Geringfügigkeit ihrer Mittel und die Schwäche ihrer Anhängerschaft

täuschte, waren ihre Kräfte gelähmt durch die Misere kleinlicher Vereinsintriguen und elender Geldnot! Sollte die große Schicksalsstunde für die Ziele der Arbeiterpartei nicht ungenutzt vorübergehen, so mußte Schweitzer eine schleunige und durchgreifende Sanierung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erwirken, denn es gab keine andere Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung! So übertrieb er auch nicht, wenn er, vier Tage nach seinem Siege über die Hatzfeld, im Socialdemokrat schrieb, es handele sich jetzt um Fortbestand oder Untergang, Ehre oder Schmach des Vereins! Alles kam darauf an, ohne Verlust auch nur eines Tages eine Reorganisation anzubahnen, die jenen politisch zusammenraffte und finanziell auf eigene Füße stellte. Für zeitraubende Konflikte formalen Inhalts war der Moment nicht geeignet, und auf Tölckes Präsidentschaft mußte man deshalb verzichten. Allen denen, die den Verein von dem Einfluß der Gräfin endgiltig befreien wollten, empfahl der Socialdemokrat jetzt als Präsidenten den Buchhalter August Perl in Hamburg. Wohl taten die Hatzfeld und Hillmann alles, um diese Wahl zu hintertreiben, aber es war ihnen kein Erfolg beschieden. Auf der Generalversammlung, die nach Beseitigung zahlreicher Schwierigkeiten am 17. Juni in Leipzig stattfand, wurde bei der Präsidentenwahl Schweitzers Vorschlag befolgt, und da Perl sich in allen wichtigen Fragen ihm unterordnete, so gelangte nunmehr die tatsächliche Leitung der Partei endgiltig in die Hände ihres fähigsten Mitgliedes!

Natürlich hatte es Schweitzer mit der Gräfin jetzt gründlich verdorben. In einem hektographierten Erlaß ihres Präsidentschaftskandidaten Hillmann vom 31. August wurde, unter Protest gegen die Wahl Perls, die nicht durch Urabstimmung der Mitglieder erfolgt wäre und unter scharfen Angriffen auf Schweitzer, behufs Vornahme der Präsidentenwahl die Einberufung einer neuen Generalversammlung verlangt. Schweitzer wurde darin „zweideutiges, heuchlerisches Spiel mit dem Arbeiterstande" vorgeworfen; er hätte seine Verurteilung zu 16 Monaten Gefängnis und zu ebensolangem Ehrverlust nur durchgesetzt, weil er „um seine Vergangenheit vergessen zu machen" den Märtyrer à tout prix spielen müsse. Als aber der Märtyrer fertig gewesen wäre, hätte der „Jünger Loyolas" seine Chamäleonrolle so gut gespielt, daß der „angeblich auf Grund gänzlich zerrütteter Gesundheit" aus dem Gefängnis Beurlaubte sofort eine umfassende politische Wirksamkeit beginnen konnte. Ein Urlaub aus Gesundheitsgründen hätte durch Gnadenakt erfolgen und den Beurlaubten ohne anderweitige spezielle polizeiliche Erlaubnis auf den Aufenthaltsort Berlin beschränken müssen. Schweitzer aber habe anscheinend im Gefängnis einen Schatz gehoben, der es ihm, Perl, Tölcke usw. ermöglichte, für das allgemeine Wahlrecht zu agitieren, während gleichzeitig der Socialdemokrat wegen mangelnden Edelmetalls sein Erscheinen auf dreimal wöchentlich einschränken mußte! Wenn Schweitzer auf einmal viel Geld auf eine Agitation für das allgemeine Wahlrecht verwenden könnte, so müßte wohl eine mit ihm liierte andere Partei dahinterstecken, die den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein für ihre

Zwecke ausbeuten wolle! Doch diese Verdächtigungen machten unter den Arbeitern damals um so weniger Eindruck, als auch die Gräfin Hatzfeld mit der politischen Richtung übereinstimmte, die Schweitzer nunmehr einschlug!

Schon vor diesem Wendepunkt in der Geschichte des Vereins hatte Schweitzer die Aufgaben und Ziele der Arbeiterpartei angesichts der herannahenden Entscheidung auf dem Schlachtfelde in einer Artikelserie des Socialdemokrat formuliert, aber seine Ausführungen schließlich mit der bitteren Bemerkung abgebrochen, es wäre lächerlich, socialdemokratische Politik treiben zu wollen, so lange der Verein aus einem Zank- und Spielverein nicht wieder eine ernsthafte Aktionspartei geworden wäre. Den Inhalt jener Artikel, die überschrieben waren „Habsburg, Hohenzollern und die deutsche Demokratie" faßte Schweitzer noch einmal in seiner Rede auf der Generalversammlung scharf zusammen. Sein idealer Standpunkt, so führte er dort aus, laute auch jetzt noch „Weder Habsburg noch Hohenzollern". Aber jene Männer wären Phantasten, die noch immer ihre Hoffnungen auf eine revolutionäre Volksbewegung setzten. Sollte sich nun die Demokratie gegenüber einer Entwicklung der Dinge, die zu meistern ihr die Mittel fehlten, rein zuschauend verhalten, wie Eckardt und Büchner, Lange und Jacoby es forderten? Hätte Schweitzer einer solchen politischen Enthaltsamkeit zugestimmt, so würde er seine Überzeugungen verleugnet haben. Selbst wenn ihm der Inhalt von Lassalles Unterredungen mit Bismarck nicht genau bekannt gewesen wäre, konnte für ihn kein Zweifel darüber bestehen, daß der Ministerpräsident mit seiner Ausspielung des allgemeinen und gleichen Stimmrechts es vor allem auf die Arbeitermassen abgesehen hatte. Das Bürgertum verfügte im preußischen Abgeordnetenhause über eine erdrückende Mehrheit trotz des Dreiklassenwahlrechts und besaß deshalb an der Durchführung des neuen Prinzips kein großes Interesse. Die weitsichtigen Elemente der Fortschrittspartei verlangten wohl seit zwei Jahren von Zeit zu Zeit die Wahlrechtsform, aber sie taten es nur, weil sie diese durch Lassalles Agitation populär gewordene Forderung dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein nicht ausschließlich überlassen wollten.

Liebknecht hatte auf einer Volksversammlung in Leipzig jeden, der sich an den Parlamentswahlen beteiligen würde, zu einem Teilnehmer an jenem Landesverrat gestempelt, den in seiner Einbildung Preußen dadurch beging, daß es sein Spiel zuvor mit Frankreich abgekartet hatte. Schweitzer war gleich F. A. Lange der entgegengesetzten Ansicht: „Man gibt uns eine Waffe in die Hand", rief er aus, „sollen wir aus Mißtrauen in die eigene Kraft sie zurückweisen? oder aus Furcht, uns für volksfeindliche Pläne mißbrauchen zu lassen? *Wir müssen uns beteiligen und wählen.* Wir wählen weder *weil* noch *obgleich* Bismarck dieses Parlament beruft, sondern weil wir tatenloses Zusehen verurteilen und weil nur wir, die Arbeiterpartei, zu verhindern vermögen, daß der feige Bourgeoisliberalismus neuerdings die Sache des Volkes an die Macht-

haber verrät!" Er bezeichnete selbstredend die Gewährung des allgemeinen Stimmrechts als ein Ergebnis der Lassalleanischen Agitation. Vom Staate erwarte diese jene durchgreifende Verbesserung der Gesellschaft, auf die sie hinarbeite, und deshalb dürfe sie das vornehmste Mittel, das sich ihr böte, um auf den Staat Einfluß zu gewinnen, das allgemeine Stimmrecht, nicht ungenutzt lassen!

Bismarck hoffte natürlich, daß sein Zugeständnis an die Demokratie dazu beitragen würde, in den Volksmassen die Sympathieen für die „preußische Spitze" zu erhöhen. Und besonders erwartete er wohl von der Arbeiterschaft, daß sie sich nun in einem möglichst großen Teile Deutschlands bei dem Entscheidungskampfe zwischen Preußen und Österreich auf die preußische Seite stellen würde. Schweitzer erklärte in Leipzig sich bereit, in diesem Sinne zu wirken. Gäbe es jetzt in ganz Deutschland eine seit Jahrzehnten gefestigte starke radikale Partei, so hätte sich das Volk vielleicht gegen den Bruderkrieg erheben können. Doch die Bourgeoisie, die sich unfähig erwiesen habe, den Dualismus zwischen Preußen und Österreich zu überwinden, sei allerorten eher partikularistisch als deutsch gesinnt-der jungen Arbeiterpartei aber fehlten noch die Kräfte, um entscheidend einzugreifen. So befänden sich allein Preußen und Österreich einander gegenüber; Macht stünde gegen Macht, keineswegs etwa stünde der preußischen Gewalt ein österreichisches Recht gegenüber. Die Sache des Rechts und der Freiheit hätte man für das allgemeine Stimmrecht nicht hingeben dürfen, aber Österreich dürfe man dafür hingeben. Die Sozialdemokratie müsse das von Bismarck ihr zugestandene deutsche Parlament mit allgemeinem Stimmrecht annehmen, und darüber hinaus die Einführung jenes demokratischen Wahlmodus für den preußischen und alle anderen Landtage der Einzelstaaten fordern. Zerfallen mit der Bourgeoisie des eigenen Landes und mit den Regierungen der anderen deutschen Staaten werde die Berliner Regierung es sich wohl überlegen, bevor sie billige Forderungen des arbeitenden Volkes zurückwiese.

Diese Taktik Schweitzers fand auf der Generalversammlung keinen wesentlichen Widerstand. Sie ging mit voller Bewußtheit darauf aus, die preußische Regierung auf dem Wege demokratischer Konzessionen so weit vorwärts zu treiben, als die Gunst der Umstände es nur irgend zuließe. Wie selten hatte es bis dahin in der preußischen Geschichte Momente gegeben, wo die Regierung dem Volke eingestehen mußte, daß sie auf seine Hülfe angewiesen war! Eine solche vielleicht in Generationen nicht wiederkehrende Gelegenheit, wollte Schweitzer benutzen, um dem starken und gefestigten Königtum so viele wichtige demokratische Konzessionen abzunötigen, wie der Gang der Ereignisse gestatten würde! Die Generalversammlung beschloß eine sofortige umfassende Agitation des Vereins für das allgemeine Stimmrecht in Deutschland und Preußen. Bismarck sollte dadurch genötigt werden, mit dem vorerst nur in einem Bundesreformprojekt vorgeschlagenen Wahlrecht, nach der Besiegung Österreichs, auch wirklich ernst zu machen! —

Für Liebknechts Natur war es unmöglich, der drohend heranziehenden Entscheidung auf dem Schlachtfelde mit dem ruhigen Blick Schweitzers entgegen zu sehen, der nur noch die der Situation abzuringenden Vorteile ins Auge faßte. Ihn quälte wie ein Albdruck der Wahn, daß Preußen die Entscheidung über die Geschicke Deutschlands in die Hände des Auslandes gelegt hätte. Aber auf solchen frevlen Verrat kannte er keine andere Antwort als die Forderung: Volkskrieg bis aufs äußerste. Sein Temperament war jetzt so stark in Mitleidenschaft gezogen, so sehr schwankte es zwischen Verzweifeln und Hoffen hin und her, daß auch seine Beurteilung der Krisis von nun ab häufiger die Farbe wechselte. Soweit stimmte er mit Schweitzer überein, daß auch er auf beiden Seiten nur dynastische Interessen erblickte, die gegen einander standen: „Hier schwarz-weiß, dort schwarz-gelb; nirgends schwarz-rot-gold!" An schönen Phrasen, so meinte er, ließen es beide Parteien nicht fehlen: hier habe man „das Recht Deutschlands" auf die Fahnen geschrieben und meine den Bundestag, dort „Parlament", und meine die preußische Hegemonie! Aber seien denn das preußische Junkertum oder die österreichische Diplomatie über Nacht demokratisch geworden? Spielte man nicht mit dem deutschen Volke eine schändliche Komödie? Wofür die Dynastien Habsburg und Hohenzollern sich schlügen, das läge auf der Hand. Aber wofür schlug sich denn das deutsche Volk? „Ach," rief er aus, „die einen von uns werden auf der Seite der Hohenzollernschen Dynastie fechten und an die deutsche Einheit denken. Und die anderen werden auf Seiten der Habsburgischen Dynastie fechten und an die deutsche Freiheit denken! Verhängnisvoller Irrsal! Freiheit gegen Einheit! Einheit gegen Freiheit! Als ob die deutsche Einheit nicht die Freiheit und die deutsche Freiheit nicht die Einheit bedingte!" Wähnt man nicht, wenn man diese erschütternde Klage liest, das Jahr 1848 wäre aus seiner Gruft gestiegen, um sich die Brust zu schlagen, weil sich nun die beiden Säulen, auf denen es die deutsche Herrlichkeit zu erbauen träumte, gegen einander senkten und eine die andere zu zerschmettern und in den Abgrund zu stürzen drohte?

Es ist das tragische Los aller Sanguiniker, daß sie die Lebhaftigkeit ihrer eigenen Gefühle und die Stärke ihrer eigenen Leidenschaft auch bei den anderen voraussetzen, daß sie nicht zu begreifen vermögen, wie andere dort in gleichgiltiger Ruhe verharren, wo ihre Seele in flammender Glut emporlodert. Wohl hatte Liebknecht mittlerweile eingesehen, daß von den Massen des Volkes, unorganisiert wie sie waren, eine planmäßige Verhinderung des drohenden Bürgerkrieges nicht mehr zu gewärtigen war. Wohl hatte er erkannt, daß die paar Protestversammlungen und Landwehrkrawalle, die er zuerst als Anfänge einer ernsthaften Friedensbewegung in Preußen ausposaunt hatte, nicht einmal von ferne ausreichten, um einen moralischen Druck auf die Regierung auszuüben! Aber sogar als der Krieg schon ausgebrochen war, setzte er noch Hoffnungen auf die Volksleidenschaft im außerpreußischen Deutschland. Ihn faszinierten die alten demo-

kratischen Zauberworte von Volksbewaffnung und Volkskrieg, und selbst nach der Besetzung Sachsens durch die preußischen Truppen erwartete er noch von dieser Seite her eine Rettung der Situation. Süd und Mitteldeutschland mit ihrer Bevölkerung von zehn Millionen würden „ohne übermäßige Kraftanstrengung“ eine Million Krieger auf die Beine stellen und erhalten können. Wenn erst dieses Volksheer mit den regulären Truppen der Südstaaten und Österreichs zusammenwirkte, müßte der von Preußen gegen Deutschland begonnene Krieg mit der Vernichtung Preußens enden! Doch an dem gleichen Abende, da diese Fatamorgana die Presse des Oberrheinischen Couriers verließ, flatterte Preußens schwarzer Adler siegreich auf dem blutgetränkten Gefilde von Königgrätz!

Als aber Österreich jetzt nach seiner Niederlage die Vermittlung Napoleons erbat und erreichte, da öffneten sich endlich Liebknechts Augen der Erkenntnis, daß ein preußisch-französisches Bündnis nur in seiner Phantasie bestanden hatte. Eine Einmischung des Auslandes in deutsche Angelegenheiten durfte auch er nicht billigen; nicht durch die Waffen der Fremden wollte er das verhaßte Preußen in den Staub sinken sehen. Deshalb wünschte er jetzt den Frieden. Schweitzer aber bot das Einvernehmen der beiden Gegner von 1859 den gern ergriffenen Anlaß, um mit klingendem Spiel an die Seite des Siegers von Sadowa zu treten. Von dem Augenblicke an, wo Österreich mit Frankreich Hand in Hand ging, bestand in seinen Augen zwischen der Sache Preußens und der Sache Deutschlands kein Unterschied mehr. Die Zeiten hatten sich gewandelt seit seiner Erstlingsbroschüre vor sieben Jahren. Jetzt hieß es für ihn nicht mehr: „Österreichs Sache ist Deutschlands Sache.“ Sah aber Preußen sich gezwungen, einen Angriff Frankreichs abzuwehren, so bedurfte dessen Regierung, das wußte Schweitzer so gut wie Bismarck, einer ganz Deutschland durchwogenden mächtigen Volksbewegung. Dann war der Augenblick gekommen, wo das Volk Konzessionen fordern und erhalten konnte. Preußens „festgegründete Macht“ und „staunenswerte organisatorische Kraft“ fanden in Schweitzer jetzt einen verständnisreichen Bewunderer. Nur der Armee, die bei Königgrätz gesiegt hatte, gestand er die Kraft zu, den Franzosen, wenn es sein müßte, ein neues Waterloo zu bereiten, aber selbst sie vermöchte es nur, wenn sie dabei getragen würde von dem „erwachten Volksgeist deutscher Nation“.

Da Napoleon es nicht zum äußersten kommen ließ, so zog das neue Kriegsgewitter vorüber und mit ihm die für die Ziele der Demokratie und der Arbeiterbewegung aussichtsreiche Konstellation, die sich noch eben am Horizont gezeigt hatte. So sah Schweitzer sich vor der Aufgabe, mit jener Verschiebung der Machtverhältnisse fertig zu werden, die der Tag von Königgrätz herbeigeführt hatte. Der deutsche Dualismus war endgiltig beseitigt, in seinen Augen ließ sich an dieser Tatsache nicht mehr rütteln. Österreich spielte künftig keine Rolle mehr in Deutschland. Zugleich mit dem Gegensatz der beiden Großmächte hatten sich aber auch jene Träume in Nebel aufgelöst, die von den

achtundvierziger Traditionen die Einigung des Vaterlandes erwarteten. Die Revolution, von der auch Schweitzer in jungen Jahren ein „nationales Deutschland" erhofft hatte, war ausgeblieben. Das deutsche Volk hatte im entscheidenden Augenblick die hinreichende Selbstbestimmungskraft vermissen lassen, und die preußische Regierung, der er früher einmal die Fähigkeit zu entscheidendem Handeln abgesprochen, hatte die Lösung der deutschen Frage mit „erstaunlicher Kraftentwicklung" in die Hände genommen. Durch sie war jetzt, das erkannte er, ein Kern nationaler Macht geschaffen worden, aus dem in Zukunft die Größe der Nation erwachsen konnte. Deutschland gravitierte künftig um Preußen. Den national gesinnten Parteien und insbesondere der nationalen Demokratie (er meinte den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein) fiele die Aufgabe zu, auf das neue Machtzentrum nach Kräften in dem Sinne einzuwirken, daß das von dort drohende Unheil möglichst abgewandt und das Gute, das von dort zu erwarten wäre, möglichst erhöht würde. Noch immer machte Schweitzer daraus kein Hehl, daß er die deutsche Einheit lieber auf einer anderen Straße hätte heranziehen sehen. Sollte aber die Arbeiterpartei deshalb mit dem Kampf für ihre Ziele warten, bis die sächsischen und süddeutschen Demokraten Preußen in Trümmern geschlagen haben würden?[1])

Seltsam hebt sich von solchen nüchternen Erwägungen der Standpunkt Liebknechts ab. Dem ist es unmöglich, die bei Königgrätz gefallene Entscheidung als eine endgültige hinzunehmen. Er vermag sich nicht mit ihr abzufinden. Noch bleibt in ihm die Leidenschaft stärker als der staatsmännische Blick, und starkes ethisches Pathos übertönt die Stimme der Erkenntnis: „Der Gesinnungslose söhnt sich mit dem glücklichen Unrecht aus", so klagt er „der Mann von Charakter verabscheut und bekämpft es mit doppelter Entrüstung und doppeltem Zorn!" Die deutsche Frage verwandelt sich ihm hinfort in die einzige Alternative: „Hie Preußen, hie Deutschland!" Das stärkste Temperament, das die deutsche Demokratie besaß, empfand auch am nachhallendsten, was Königgrätz für die Volkssache bedeutete. „Wer in Böhmen besiegt wurde", in einem so überschriebenem Artikel vom 19. Juli führte Liebknecht aus, daß bei Königgrätz, obgleich erst die wenigsten es sich zu gestehen wagten, zusammen mit Österreich das preußische Volk besiegt worden sei, während die Macht der preußischen Regierung dort eine unendliche Steigerung erfahren habe. Dabei entringt sich diesem leidenschaftlichen Gefühlspolitiker eine bewegliche Klage über die Charakterlosigkeit und Erfolganbetung des deutschen Bürgertums. Die Unterdrücker von gestern seien die Retter von heute, Recht sei jetzt Unrecht und Unrecht Recht! Blut scheine wirklich ein besonderer Saft zu sein! Denn der Engel der Finsternis wurde zum Engel des Lichts, vor dem das Volk anbetend im Staube liege! Das Brandmal des Verfassungsbruchs

---

[1]) Socialdemokrat 20. Juli „Mit Blut und Eisen", ibid. 30. Nov. bis 16. Dez. „Unser Parteiprogramm."

sei von seiner Stirn abgewaschen, und statt dessen strahle der Glorienschein des Ruhmes von seinem lorbeerumwundenen Haupte! Mit schmerzlichster Ironie tauchte Liebknechts ehrlicher Haß den Pinsel zu einer Selbstschilderung in den Farbentopf seiner Feinde: „Wehe dem unglücklichen Prinzipienreiter“, ruft er aus, „der an die Vergangenheit erinnert, der so naiv, so wenig Realpolitiker ist, zu behaupten, daß Recht Recht und Unrecht Unrecht bleibe bis zum Ende der Tage, daß der Erfolg wohl Macht schaffen könne aber nimmermehr Recht!“ Daß er sich irrte, daß in der Tat ein Zusammenhang obwaltet zwischen Macht und Recht im historischen Leben, das hatte (ganz im Geiste des von Liebknecht sonst gepriesenen historischen Materialismus) schon vor Jahren Lassalle aufgedeckt. Aber Wilhelm Liebknecht war niemals der Mann theoretischer Abstraktionen, und die Wissenschaft bedeutete für ihn nur die Rüstkammer, in der er seine von vorneherein feststehenden Überzeugungen am schönsten und sichersten wappnete! —

Lassalle war stets ein überzeugter Fürsprecher des zentralistischen Einheitsstaats und ein Gegner der Viel- und Kleinstaaterei gewesen. Dieser Tradition entsprach es, wenn das Organ seiner Partei jetzt im Prinzip für die Annexionen eintrat und nur dem einzuberufenden deutschen Parlament ein letztes Wort vorbehalten wollte. Konnte einmal im deutschen Vaterland die innere Freiheit nicht gleichzeitig mit der Einheit erreicht werden, so mußte nach Schweitzers Ansicht wenigstens die Einheit um so vollständiger durchgeführt werden. Die Bestimmungen des Nikolsburger Friedens billigte er nur mit der ausdrücklichen Einschränkung, daß die Nation den Bestimmungen dieses Vertrages bloß einen provisorischen Charakter zugestehen könne. Selbst der endgültigen Außenlassung Deutsch-Österreichs aus dem neu zu schaffenden staatsrechtlichen Aufbau konnte der Großdeutsche in ihm nicht beipflichten. Am liebsten wäre es ihm gewesen, wenn die Habsburger ihren Sitz nach Pest verlegt hätten, und das deutsche Österreich, wie es auch Lassalle gewünscht hatte, dem entstehenden großen Einheitsstaat beigetreten wäre. Noch weniger vermochte sich der Sohn des alten Frankfurt mit dem vorläufigen Ausschließung der süddeutschen Mittelstaaten zu befreunden. Aber trotzdem gestand er zu, daß das neue Deutschland, wie es in Nikolsburg zustande kam, nicht ein durch die Mainlinie zweigeteiltes Deutschland war. Preußen war auch für ihn jetzt die *einzige* deutsche Großmacht, und der deutsche Süden ein Nebenland, das den beständigen Hang nach Vereinigung mit dem Hauptland in sich tragen würde. Gab er auch zu, daß die preußische Regierung sich mit dem Flickwerk, das zu Stande gekommen sei, für den Augenblick zufrieden geben könne, so forderte er doch von der Nation, daß sie nicht erlahme in ihrem tief berechtigten Streben nach absoluter nationaler Einheit! Von dem Nationalprinzip behauptete er, daß es dem Geiste einer naturgemäßen Entwicklung entspräche, obgleich es noch vielfach im Dienste dynastischer Interessen mißbraucht würde.

Noch wichtiger für Schweitzer und seine Partei als die äußere Abgrenzung

des Norddeutschen Bundes war die innere Einrichtung, die das neue Deutschland sich geben würde. Frühzeitig ermahnte der Herausgeber des Socialdemokrat die Arbeiter im ganzen weiten Vaterlande, sie mögen sich zusammenschließen, um dahin zu wirken, daß auch ihre Interessen bei der Neugestaltung eine Vertretung fänden. Die großartige Agitation für das allgemeine Stimmrecht, die in Erfüllung des Beschlusses der Leipziger Generalversammlung seit der Mitte des Monat Juli überall dort einsetzte, wo der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein Anhänger besaß, darf wohl als die bedeutendste politische Kundgebung angesehen werden, die bis dahin vom deutschen Proletariat ausgegangen war! Mit Recht hat man hervorgehoben, daß Schweitzer in seiner Beurteilung des eingetretenen Umschwungs damals die Anschauungen der norddeutschen Arbeiterkreise richtig zum Ausdruck brachte. Selbst in manchen Gegenden Mitteldeutschlands, ja sogar im Süden, teilten die radikalen Elemente des Proletariats bereits vielfach diese Auffassung. Nur im sächsischen Industriegebiet gelang es der hinreißenden demagogischen Kraft Liebknechts und Bebels, die Mehrzahl der industriellen Bevölkerung zu überzeugen, daß die Niederreißung der von den preußischen Truppen errichteten Zwingburg in Berlin für alle künftigen Erfolge der deutschen Demokratie die unerläßliche Vorbedingung wäre!

Das in Frankfurt vereinbarte Programm der Volkspartei, auf das diese beiden bedeutenden Agitatoren die von ihnen in Sachsen gegründeten Volksvereine überall verpflichteten, enthielt sieben Forderungen. Darunter figurierten die Einigung Deutschlands zu einer „demokratischen Staatsform", die Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts auf allen Gebieten des staatlichen und kommunalen Lebens, der Ersatz der stehenden Heere durch eine Volkswehr und die Übertragung der Entscheidung über Krieg und Frieden an das künftige mit allen Machtvollkommenheiten ausgestattete Parlament. Ohne sich ausdrücklich zur Republik zu bekennen, lehnte die Partei eine erbliche Zentralgewalt ab. Sie verwarf ein Kleindeutschland unter preußischer Führung sowie ein österreichisches Großdeutschland. Aber sie sprach nur deutlich aus, wie sie sich die Zukunft Deutschlands nicht wünschte, keineswegs zeigte sie einen gangbaren Weg für eine ihr willkommenere Gestaltung der Dinge.

Nach der Besetzung Sachsens durch die Preußen wurden den Bewohnern des Königreichs bald die letzten Zweifel genommen, daß das Land dem von Preußen beherrschten Norddeutschen Bunde werde beitreten müssen. Die Kaufleute und Industriellen zeigten sich mit einer solchen Wendung der Dinge nicht unzufrieden und traten bald in hellen Haufen der sich allmählich bildenden nationalliberalen Partei bei. Aber in den Ohren des Kleinbürgertums hatte der Ruf: „Die Preußen kommen", noch immer den gleichen Klang wie 1849. Die Handwerker und kleinen Händler waren altdemokratisch und partikularistisch gesinnt, und die Arbeiterklasse, zu der die Hausindustrie noch das Hauptkontingent

stellte, war in ihrer großen Mehrzahl von einem ähnlichen Geiste erfüllt. Für eine politische Zusammenfassung dieser kleinen Existenzen hätte sich kein günstigerer Zeitpunkt ersinnen lassen. Wollten aber Bebel und Liebknecht weder das Kleinbürgertum vor den Kopf stoßen noch es mit einem beträchtlichen Teil der Arbeitervereine verderben, so riet ihnen die Klugheit, mit einem rein sozialistischen Glaubensbekenntnis hinter dem Berge zu bleiben. Das auf der Landesversammlung in Chemnitz am 19. August angenommene Programm der „demokratischen Partei Sachsens" begann mit einem ganz von Liebknechtschem Geist erfüllten scharfen Protest gegen die Ergebnisse des lediglich „im Interesse dynastischer und partikularistischer Bestrebungen" geführten Krieges. Trotzdem beschloß es die Teilnahme an den Reichstagswahlen, da die durch die Gewalt der Waffen in den Norddeutschen Bund hineingezwungenen Elemente unter allen Umständen und auf allen Gebieten die Feinde der deutschen Freiheit und Einheit bekämpfen müßten. Hierauf folgten acht Forderungen der Demokratie, die von den sieben Frankfurter Forderungen der deutschen Volkspartei, als deren Zweig die neue Organisation sich ansah, in keinem wesentlichen Punkte abwichen. Sozialistischen Geist atmete auch nicht eine Zeile dieses Programms. Wohl entlehnte es von den Lassalleanern das allgemeine Stimmrecht, aber dafür hatte sich mittlerweile schon alle Welt ausgesprochen, und den Produktivgenossenschaften, die ebenfalls übernommen wurden, hatte man vorher den Stachel der Staatshilfe ausgerissen, ohne die sie vollends die ausgesprochene Erwartung enttäuschen mußten, daß durch sie „der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen werde." Vom Klassenkampfe oder auch nur von einer Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung war in dieser Kundgebung nirgends die Rede. Dafür wurden darin die demokratischen Forderungen mit weit größerer Vollständigkeit aufgeführt, als in irgend einer bis dahin veröffentlichten programmatischen Erklärung der Lassalleaner, und die Hebung der geistigen und sittlichen Volksbildung erhielt ebenfalls einen hervorragenden Platz in dem Programm einer Partei, zu der die Arbeiterbildungsvereine die meisten Mannschaften stellten.

Der Einladung zu dem Chemnitzer Kongreß hatten auch Bevollmächtigte der sächsischen Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Folge geleistet. Sobald aber hiervon Schweitzer Kenntnis erhielt, ließ er energisch „Halt" blasen. Vom ersten Moment ab war seine Taktik darauf gerichtet, diese neue Partei vor den Augen der Arbeiter in den Schwefelpfuhl der „einen reaktionären Masse" hinabzustürzen, in den noch nicht eigentlich Lassalle, sondern erst er und besonders Hasselmann alle bürgerlichen Parteien mit geflissentlicher Vernachlässigung der sie scheidenden Gegensätze hineintaten[1]). Zu Hilfe kam ihm bei seiner Taktik, daß die junge Partei in sozialer Hinsicht nicht annähernd so weit gehen konnte wie der All-

[1]) Über die „eine reaktionäre Masse" vgl. Mehring, die Geschichte eines Schlagworts, in Neue Zeit XV. Bd. 2. (1897).

gemeine Deutsche Arbeiterverein. Betonte damals doch einer ihrer Anhänger in einer Broschüre[1]), daß man unter Volk nicht allein den vierten Stand verstehen dürfe, dessen ausschließliche Herrschaft im Staat ebenso ungerecht und verderblich sein würde wie die des Adels oder des Besitzes! Noch blieb das Band, das die Anhänger Bebels und Liebknechts mit der bürgerlichen Demokratie vereinigte, ungelockert. Schweitzer bekämpfte von Anfang an die in Sachsen sich vollziehende Parteibildung wie überhaupt alle Versuche, die auf rein politischer Grundlage einen Zusammenschluß der Demokratie anstrebten. Bereits auf der Leipziger Generalversammlung gab, auf sein Betreiben, eine Resolution dem von ihm formulierten Gedanken Ausdruck, daß eine demokratische Partei nur dann ein inneres Gewicht besitzen könne, wenn sie nicht durch ein politisches und dabei negatives Prinzip, wie es der Preußenhaß wäre, sondern durch materielle Klasseninteressen zusammengehalten würde!

[1]) Herrmann Fritsche, die norddeutsche Reichsverfassung und die **Volkspartei** Zwickau 1867.

Zweites Buch.

Schweitzer an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung

Kapitel VIII.

Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und Reichstagsabgeordneter. Schweitzer und Bismarck.

Bismarck hatte sich zu gunsten des allgemeinen Stimmrechts in einer immerhin recht verbindlichen Form ausgesprochen. Dennoch weiß man heute, daß er noch einmal geschwankt hat. Als hernach die Entscheidung ohne jede Mitwirkung der unorganisierten Volkskräfte erzielt worden war, hätte er gern auf die eine oder andere Weise die demokratische Wirkung dieses Wahlrechts erheblich abgeschwächt. Zeitweise dachte er daran, die Erwählten des ganzen Volkes in ein und demselben Hause mit einer gleich großen Zahl von Erwählten der höchstbesteuerten Klassen zu vereinigen. Von diesem Plane kam er frühzeitig zurück, aber der Gewährung von Diäten an die Abgeordneten widersetzte er sich nachhaltig, und mit Hilfe der wirksamen Drohung, daß das ganze Verfassungswerk gefährdet wäre, wenn sie auf dieser Forderung bestünde, glückte es ihm, in diesem wie in allen anderen Punkten die neugebildete nationalliberale Partei, bei der jetzt die Entscheidung lag, seinem Willen fügsam zu machen.

Die Erfahrungen im französischen Kaiserreich bedeuteten für Schweitzer nicht minder als für noch geeichtere Demokraten eine eindringliche Warnung, die Katze nicht im Sack zu kaufen und jene Zauberformel, die ihm vorgebetet wurde, bevor er sich auf sie einschwor, genau zu betrachten. Von einer loyalen Durchführung dieses Volksrechts erwartete er freilich, daß einem künftigen Siegeszug des Proletariats dadurch der Weg geebnet würde, aber ein allgemeines Stimmrecht ohne Diäten erschien ihm anfänglich keinen Pfifferling wert. Als dann die Wahlen näher rückten, ohne daß die Diäten zugestanden waren, da riet er dennoch den Arbeitern, sie sollten selbst unter diesem entdemokratisierten und mit einem verkappten Zensus ausgestatteten Wahlrecht am Kampfe teilnehmen, da dies der einzige Weg wäre, um später einmal ein unverkümmertes Wahlrecht als Siegespreis davonzutragen. Nach seiner Auffassung standen diejenigen, die das Volk mit der Aufgabe betraute, seine Gesetze zu machen und über seine Geschicke zu beraten, solange ihre Mandate währten, ebensogut im öffentlichen Dienste wie die gewöhnlichen Staatsbeamten.

Bei seiner eigenen ungesicherten pekuniären Lage hatte er, da er auf seine Wahl rechnete, das größte Interesse an der Bewilligung von Tagegeldern, und auch später, als er im Reichstage saß, fanden alle Anträge der Fortschrittspartei auf Abänderung des Paragraph 32 der Verfassung an ihm einen eifrigen Befürworter. Es machte ihm in der Folge ein besonderes Vergnügen, recht oft die Beschlußfähigkeit des Hauses anzuzweifeln, um auf diese Weise darzutun, daß es wegen seiner Diätenlosigkeit nicht arbeitsfähig wäre.

Sollte ferner das allgemeine Stimmrecht die Meinung des Volkes unverfälscht zum Ausdruck bringen, so mußte jetzt die sozialistische ebensogut wie die bürgerliche Demokratie die dringliche Forderung erheben, daß zugleich mit der Verfassung des neuen Bundesstaates, auch die Freiheit der Presse und des Vereins- und Versammlungsrechts zur Wirklichkeit würden. Denn darin hätte Schweitzer seinen Gegnern Engels und Liebknecht unbedingt zugestimmt, daß eine Beibehaltung des preußischen Polizeistaats die von einem allgemeinen Stimmrecht zu erwartenden Fortschritte in großem Umfange illusorisch machen konnte. Wäre er in den konstituierenden Reichstag gewählt worden, so hätte er dort zweifelsohne alle seine Kräfte an den freilich aussichtslosen Versuch gewandt, für die vollständige Durchführung der Hauptforderung seiner Partei jene demokratischen Kautelen zu erreichen. Aber erst als die neue Verfassung schon zu Recht bestand, wurde ihm die Gelegenheit, auf der Tribüne des Reichstages das Wort auszusprechen, daß in einem Staate, wo die Polizeiwillkür ungehemmt herrsche, auch das allgemeine Stimmrecht nur ein Scheinleben führen könne. Daß der zu wählende Reichstag machtloser sein werde als vielleicht jemals eine derartige Versammlung, das sprach Schweitzer im Socialdemokrat offen aus. Selbst wenn die Regierungen ihm alle Befugnisse der Welt zudekretieren würden, so bliebe dieses Parlament vorerst doch noch eine Macht auf dem Papier, im Vergleich mit der preußischen Regierung, die eine Macht in der Wirklichkeit wäre. Eine reale Bedeutung könnte eine solche Versammlung erst dann beanspruchen, wenn sie selbständig über die Armee verfügte, oder aber wenn sie als lebendiger Ausdruck einer revolutionären Volkskraft in die Erscheinung träte. Doch trotz aller solcher Erkenntnisse und Bedenken bestand Schweitzer auf seiner Forderung, daß die Arbeiter mit voller Wucht in die Agitation eintreten müßten. Gelänge es ihnen anfangs, wenigstens in den wichtigsten Industriegebieten ihre Vertreter durchzusetzen, so käme damit die Sozialdemokratie in die Lage, von der Tribüne einer regelmäßigen staatlichen Körperschaft aus ihre Ansichten zu verkünden. Ertönten sie aber erst dorther, so wäre auch die bürgerliche Presse nicht länger in der Lage, sie totschweigen zu können!

Will man zu einem gerechten Urteil über Schweitzers Haltung in der Entstehungszeit des Norddeutschen Bundes gelangen, so muß man sich die gewaltige Machtsteigerung deutlich zum Bewußtsein bringen, welche die Krone mit dem Siege über Österreich nicht nur dem Auslande, sondern ebenso sehr dem eigenen

Volke gegenüber erlangt hatte. Seit der Annahme der Indemnitätsvorlage durch das Abgeordnetenhaus war auch jener Verfassungskonflikt beseitigt, der Jahre hindurch zwischen der Regierung und dem Bürgertum bestanden hatte. Die Überführung Preußens und Deutschlands zu einem parlamentarischen Regierungssystem blieb infolge von Bismarcks Triumph einer fernen Zukunft anheimgestellt. Nun lag das so lange Zeit rebellische Bürgertum bewundernd und zum Teil bereuend im Staube vor dem siegreichen Minister, und die sich kürzlich noch so mächtig dünkende politische Organisation dieser Klasse, die Fortschrittspartei, schien ihrer völligen Auflösung anheim zu fallen. Was war da natürlicher, als daß Schweitzer sich an dem Bankerott der verhaßten Bourgeoisie weidete, den er so oft vorausgesagt hatte? Sie habe sich unfähig erwiesen, rief er aus, ihre eigenen Interessen mit denen des Volkes zu verschmelzen und an ihren Kämpfen gegen die Regierungen jene Massen nachhaltig zu interessieren, auf deren Stellungnahme es für den Erfolg angekommen wäre! Dieser Unterlassung verdanke sie, daß die Geschicke der Nation sich ohne ihre Mitwirkung erfüllten, und daß nunmehr ihre bodenlose politische Ohnmacht unverhüllt aller Welt zum Bewußtsein käme. Man weiß, daß die preußische Fortschrittspartei sich damals allmählich in zwei Hauptgruppen sonderte, von denen die eine mit Schulze-Delitzsch, Waldeck, Ziegler und Franz Duncker als Führern den alten Namen und im wesentlichen auch die alte Richtung beibehielt, während die andere sich mit den Liberalen der annektierten Provinzen zu einer Partei zusammenfand, die anfänglich schlechthin die „nationale", später die nationalliberale genannt wurde und unter Leitung Laskers, Twestens, Forkenbecks und der Hannoveraner Benningsen und Miquel einen „Verlobungsbund" mit Bismarck schloß[1]).

Unter dem frischen Eindrucke der Entscheidung auf dem Schlachtfelde hatte Schweitzer, indem er sich einer Wendung Lassalles erinnerte, die verwegene Hoffnung ausgesprochen, daß der Arbeiterstand das Fundament bilden werde, auf dem der neue Bau sich erheben müsse. Aber selbst die Einbringung und Annahme der Indemnitätsvorlage im preußischen Landtage scheint ihn von dieser Auffassung nicht vollständig abgebracht zu haben. Vielleicht versprach er sich keine Dauer von jenem Friedensschlusse zwischen der Regierung und der Bourgeoisie, der, wenn er Bestand hatte, dem Erbauer des neuen Bundesstaats die Knüpfung engerer Beziehungen mit der kleinen Arbeiterpartei nicht nur entbehrlich sondern sogar unerwünscht machen mußte. Wie dem auch sei, der Historiker wird künftig mit der jetzt aktenmäßig festgestellten Tatsache zu rechnen haben, daß Schweitzer in der zweiten Hälfte des Jahres 1866 Schritte getan hat, um die einst von Lassalle mit Bismarck gepflogenen Verhandlungen wieder aufzunehmen.

---

[1]) Aus Eduard Laskers Nachlaß, herausgegeben von Dr. Wilhelm Cahn I, Berlin 1902, p. 63.

Nachdem die Amnestie vom 20. September[1]) ihn von der Abbüßung weiterer zwölf Monate im Gefängnis befreit hatte, benutzte Schweitzer die verhältnißmäßige politische Stille, die ein anhaltendes Fernbleiben Bismarcks vom Sitz der Regierung verursachte, um weiteren Kreisen des Publikums ein Verständnis für die Arbeiterfrage und deren erst wenig bekannte sozialistischen Lösungsbestrebungen zu vermitteln. Zu diesem Zwecke veranstaltete er im Oktober in Arnims Hotel Unter den Linden einen auf eine großbürgerliche Zuhörerschaft berechneten Vortragszyklus über „Kapital und Arbeit". Die Einnahme, die dabei möglicherweise übrig blieb, sollte helfen, die leere Kasse des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu füllen, der ohne jeden Fonds dem nahenden Wahlkampf entgegenging. Nach einem Bericht des überwachenden Polizeileutnants waren an allen sechs Abenden ungefähr 45 Zuhörer anwesend, unter ihnen befanden sich ein Offizier und zwei Damen. Der Ton der Vorträge wäre rein wissenschaftlich gewesen und die Tagespolitik in ihnen nicht berührt worden. Aber es scheint, daß in diesem Falle ein Zeitungsreporter ein schärferes Ohr hatte als der Träger der Pickelhaube. Denn aus einem ausführlichen Referate, das die Volkszeitung brachte, glaubte Schweitzer herauszulesen, daß diese ihm eine Unterdrückung oder gar eine Mißachtung der freiheitlichen Gesichtspunkte zur Last legte. Er zog wohl die Gelegenheit ein wenig an den Haaren herbei, um in dem von der Berliner Arbeiterschaft ungleich stärker als der Socialdemokrat gelesenen Blatte erklären zu können, daß auch seiner Ansicht nach ein Versuch zur Lösung der sozialen Frage erst unternommen werden dürfe, wenn die politischen Garantien gegen einen Mißbrauch der Volkssache errungen wären. Er versicherte, daß es ihm keineswegs einfallen könne, das Norddeutsche Parlament und das „hierfür angeordnete" allgemeine Stimmrecht für solche genügenden Garantieen auszugeben, aber er fügte hinzu, daß seine Partei nicht bloß an dem Kampfe für die politische Freiheit teilnehme,

---

[1]) Für die Obrigkeit bestand nach der Amnestie bloß noch die Frage, ob der Gnadenakt des Königs Schweitzer auch die Führung des ihm aberkannten Adelsprädikats zurückverlieh. Im Dezember 1866, als Schweitzer sich um Bismarcks Gunst bemühte, lehnte man es ab, ihn deswegen zur Verantwortung zu ziehen, denn „es wäre kleinlich und könnte böses Blut erregen". In einer Auskunft nach Barmen erklärte damals sogar das Polizeipräsidium Schweitzer für „allenfalls berechtigt", dieses Vorzeichen zu führen. Es mag gleich hier erwähnt werden, daß nach dem nächsten Wechsel in der Person des Polizeipräsidenten, als auf Herrn von Bernuth Herr von Wurmb folgte, sowohl in diesen wie in anderen Punkten das Verhalten jener Stelle Schweitzer gegenüber unfreundlicher wurde. Einer Denunziation gegen ihn wegen unbefugter Führung des Adelsprädikats wurde im September 1867 Folge gegeben, und das Stadtgericht verurteilte ihn dafür im Januar 1868 zu 25 Talern Geldstrafe. Ein Immediatgesuch wegen Wiederverleihung der Berechtigung an ihren Sohn, das Emilie von Schweitzer im Oktober an den König richtete, beschied eine Kabinetsorder vom 19. April 1869 abschlägig.

sondern daß sie darüber hinaus auch für die soziale Umgestaltung tätig sein wolle. Im Socialdemokrat erhob er gegen die Volkszeitung und deren fortschrittlichen Anhang den Vorwurf, daß auch sie 'auf keinem anderen Boden fußten als die übrige Bourgeoisie und gleich jener alle materiellen Forderungen der Arbeiter auf unbestimmte Zeiten hinaus vertagt sehen wollten. Die Fortschrittspartei fürchte nichts mehr, als daß die Arbeiter zur Erkenntnis ihrer Klassenlage kämen, zu der Erkenntnis, daß ihre Interessen in Staat und Gesellschaft mit denen der Bourgeoisie nur insoweit zusammenfielen, als es sich um die Bekämpfung des Absolutismus handle, daß aber in den wesentlichsten Punkten ein schroffer Gegensatz bestünde zwischen den Interessen der Arbeit und denen des Kapitals, dessen Vorkämpfer die Bourgeoisie sei und bleibe. Im Hinblick auf die zu erwartenden Reichstagswahlen betonte Schweitzer jetzt mit der größten Schärfe das Bestehen des Klassenkampfes. Es erschien ihm als eine Notwendigkeit, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, den er fortdauernd für die alleinige Vertretung des klassenbewußten Proletariats ausgab, als durchaus selbständige Partei und mit offenem Visier in diesen Wahlkampf zog, dessen Ergebnis sich bei der Neuheit der Umstände jeder Berechnung entziehen mußte.

Ohne die Aufgaben der unmittelbaren Situation aus dem Auge zu verlieren, beschäftigte sich Schweitzer anscheinend in diesen Wochen, die der Bekanntgebung des Verfassungsentwurfs von seiten der Regierung vorausgingen, in intensivem Denken mit allen Möglichkeiten, die seinem Ehrgeize, der sich deshalb noch nicht von den Zielen seiner Partei loslöste, eine glänzende und erfolgreiche Laufbahn vorgaukeln konnten. Auch er erkannte, wie einst Lassalle, als die einzigen Grundlagen, auf denen sich weitreichende Hoffnungen aufbauen ließen, die Möglichkeit auswärtiger Komplikationen und die Persönlichkeit Bismarcks. Er sah richtig, daß Deutschland sich nicht am Abschluß einer nach außen bewegten Epoche befand, sondern bloß am Abschlusse des ersten Abschnittes einer solchen. Unberechenbar erschienen ihm die Ereignisse, die alle noch bestimmend in die Entwicklung der von Preußen begonnenen Bewegung und der in ihrem Gefolge zu gewärtigenden europäischen Konflikte hineingreifen konnten. Die Entthronung legitimer Fürsten von Gottes Gnaden und die Proklamierung des allgemeinen Stimmrechts waren ihm handgreifliche Beweise dafür, daß in der Politik des herrschenden Staatsmanns neben dem konservativen auch ein revolutionäres Element wirkte, von denen, unter dem Druck der Umstände, sowohl das eine wie das andere das schließliche Übergewicht erlangen konnte. In der ersten Dezemberhälfte, kurz vor der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der es diesmal oblag, dem Proletariat für seinen ersten Wahlkampf eine Parole zu schmieden, faßte Schweitzer in der bereits erwähnten Artikelserie über das Parteiprogramm seinen Standpunkt in der deutschen Frage noch einmal scharf zusammen. Seine Forderungen enthielten die Anerkennung der preußischen Hegemonie und die Ablehnung aller partikularistischen Bestreb-

ungen; sie betonten ferner die Notwendigkeit, daß das Volk die preußische Regierung auf dem Wege zur deutschen Einheit vorwärts stoßen müsse. Daß die Zeiten nationaler Ohnmacht nun vorüber waren, hob er mit ebenso warmer Freude hervor wie Friedrich Hecker, der in seinen Briefen aus Amerika, die damals die Runde durch die Zeitungen machten, die Hoffnung ausdrückte, es möge, wenn erst alle Deutschen unter einem Hut wären, auch der Tell nicht ausbleiben, der Hut und Stange zerschmettern würde. Doch Schweitzer ging in der Freude über den großen Fortschritt, den Deutschland in der Richtung auf die Einheit gemacht hatte, nicht so weit wie die Kinkel, Ruge, Hillebrand und Bamberger. Diesmal vergaß er bei allen seinen Äußerungen nicht, daß er von gefährlichen Feinden umlauert war. Seine Artikel über das Parteiprogramm schlossen denn auch mit der Feststellung, daß die leitenden Kreise Preußens konservativ wären, und daß deshalb ihnen gegenüber das Palladium aller echten Volksparteien das demokratische Mißtrauen bleiben müsse!

Diese Ausführungen, in denen Schweitzer sein nationales und antipartikularistisches Programm scharf und wirkungsvoll präzisierte, begannen gerade zu dem Zeitpunkt im Socialdemokrat zu erscheinen, wo Bismarck nach längerer Krankheit in sein Amt zurückgekehrt war und nun die endgültige Formulierung des Verfassungsentwurfs vorbereitete, den er den Delegierten der beitretenden Staaten unterbreiten wollte. Und just aus diesen ersten Dezembertagen läßt sich nachweisen, daß Schweitzer den Versuch unternahm, mit Bismarck in persönliche Berührung zu kommen. In einem dienstlichen Bericht an den Berliner Polizeipräsidenten vom 5. Dezember wird es als auffallend bezeichnet, daß Schweitzer sich jetzt w i e d e r an den Herrn Ministerpräsidenten herandrängen wolle; dem Dezernenten wäre darüber sichere Mitteilung gemacht worden. Sichtlich bloß aus eigener Auffassung fügte der Berichterstatter hinzu, vielleicht wolle Schweitzer dadurch nur die gänzlich zerrütteten Finanzen des Socialdemokrat aufbessern!

Beschäftigen wir uns zuerst mit dem Worte „wieder" in diesem ersten bisher aufgefundenen urkundlichen Beweise für das Streben Schweitzers, in direkte Beziehungen zu Bismarck zu treten. Diejenigen, die ihn früher schon für einen Verräter hielten, werden mit Gewißheit folgern, daß er nunmehr des Verrats endgiltig überführt sei. Zum mindesten aber werden sie seine Freilassung aus dem Gefängnis im Mai 1866 darauf zurückführen, daß er sich damals, kurz vor der großen Entscheidung, dem Ministerpräsidenten mit Anerbietungen genaht haben werde. Je energischer hier jenem zu weit gehenden Schlusse widersprochen werden muß, um so offener wurde angesichts der zweiten und engeren Folgerung bereits zugestanden, daß sich die Dinge möglicherweise so verhalten haben mögen. Ausgeschlossen ist freilich auch hierbei nicht, daß der Dezernent, indem er das Wort „wieder" benutzte, nur an die Taktik jener Bismarckartikel vom Anfang 1865 dachte, die von allen Parteien als ein Annäherungsversuch Schweitzers an den Ministerpräsidenten ausgelegt worden waren.

Wie aber ist die nun feststehende Tatsache zu beurteilen, daß Schweitzer im Dezember 1866 Unterhandlungen mit Bismarck anstrebte? Nur drei Jahre waren vergangen seit Lassalle als ein nicht ganz seltener Gast im Ministerpalais in der Wilhelmstraße erschien. Wohl hatte die Anhängerschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sich inzwischen verdreifacht, aber Bismarcks Macht war in der gleichen Zeit um das hundertfache gewachsen. Die damals vom Bürgertum mit Leidenschaft bekämpfte Heeresreform hatte sich in zwei Feldzügen glänzend bewährt, mit ihrer Hilfe war Preußen zur Herrin über die Geschicke Deutschlands geworden. Aus dem schweren Konflikt mit dem Parlament war die Krone als Siegerin hervorgegangen, und mit dem Teile des Liberalismus, der die eigentliche Bourgeoisie verkörperte, hatte Bismarck einen ehrlichen Frieden geschlossen. Aber wenn er auch an diese letzte Tatsache noch nicht glaubte und deshalb ihre Tragweite nicht erkannte, wodurch hoffte Schweitzer Bismarck sein Bündnis begehrenswert zu machen? Selbst dem noch nicht durch glänzende Erfolge gestärkten Minister vermochte Lassalle zu wenig zu bieten, als es Bismarck noch locken konnte, die Mächte des Acheron gegen die kompakte Masse eines ihm feindlich gesinnten Bürgertums zu entfesseln. Schweitzer wußte besser als nur irgend jemand, daß es sich in der Politik stets um ein do ut des handelt. Er hatte es oft genug ausgesprochen. Wodurch glaubte er dem mächtigsten und populärsten Manne Deutschlands sein Bündnis begehrenswert zu machen? Welches Gewicht hatte er in die Wagschale zu werfen? Oder glich er wirklich bloß dem Kondottiere, der seinen Degen demjenigen zur Verfügung stellte, der in der Lage war, ihm seinen Stahl mit purem Golde aufzuwägen?

Schwierige Fragen türmen sich hier auf, deren Beantwortung mit um so größerer Vorsicht erfolgen muß, je spärlicher die Quellen fließen. Es ist wahr, Schweitzer war arm und, zu Ordnungssinn und bürgerlicher Sparsamkeit niemals erzogen, machte er Anleihen und Schulden mit einer Leichtfertigkeit, die, wäre er der Sohn einer hanseatischen Kaufmannsfamilie gewesen, ihm als Verbrechen angerechnet werden könnte. Aber dieses Kind sorgloser und geschäftsunkundiger Eltern hatte vielleicht niemals auch nur von außen ein Hauptbuch erblickt. Man könnte ihn, trotz seiner juristischen Vorbildung, am ehesten mit jenen jungen Offizieren vergleichen, die ihren Abschied nehmen müssen, weil sie nicht zu wirtschaften verstanden. Über den Luxus, den er besonders in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre getrieben haben soll, sind Angaben verbreitet, die nicht alle aus der Luft gegriffen sein werden, aber man muß bedenken, daß sie großenteils von Arbeitern stammen, welche die Lebensbedürfnisse ihres Führers unmöglich richtig einschätzen konnten. Paul Lindau, der ihn freilich erst im Frühling 1871 nach seinem Ausscheiden aus der Politik näher kennen lernte, hat, bei sehr häufigem Verkehr, niemals Extravaganzen in Schweitzers Lebensführung wahrgenommen. Dagegen versichert Reinhold Schlingmann, daß der Arbeiterführer sich für den Mietspreis von 1800 Talern als Reichstagsabgeordneter Wagen

und Pferde gehalten hätte. Aber auch dieser Mann, der Schweitzer durchaus nicht liebte, erblickt in ihm nicht einen Schurken, der sich von der Regierung bezahlen ließ.

Ganz abgesehen davon, daß die Wucherer, in deren Klauen dieser adlige Proletarier sich befand, aus den Akten namhaft zu machen und die von ihnen beliebten Praktiken zu beschreiben sind, ganz abgesehen von den vielen gerichtlichen Verfolgungen, die seine Gegner vergebens mit der Unkenntnis subalterner Behörden forteskamotieren möchten, spricht, wie schon an einer früheren Stelle erörtert wurde, Schweitzers politisches Auftreten bei allen Anlässen, die irgend in Frage kommen könnten, durchaus gegen die Stichhaltigkeit des abscheulichen Verdachts, daß er ein Regierungsagent gewesen wäre. Moralische Laxheit, Unbedenklichkeit in der Intrigue und zehrenden Ehrgeiz kann man diesem Deutschitaliener vorwerfen, aber die historische Berechtigung, an der Spitze einer zukunftsreichen Bewegung zu stehen, war seinem Cynismus nicht für Geld feil. Als es später dem von der Politik ausgeschifften Manne darum zu tun war, sich ein leidlich behagliches Leben zurecht zu zimmern, da fand er nicht in fremden Taschen, sondern in seiner eigenen Begabung die Mittel, die ihm dazu verhalfen. Und der erfolgreiche Lustspieldichter gestand dann offen zu, daß er für Brot arbeitete! Übrigens hätte es Schweitzer, solange er an seine politische Zukunft glaubte, auch wenig genützt, wenn die Regierung wirklich einige hundert Taler an ihn gewandt haben würde. Die deutschen Arbeiter wurden mit jedem Jahre mündiger, nicht zuletzt durch seinen freiwillig-unfreiwilligen Einfluß, und gerade er selbst hat es später erlebt, daß sie sich auf die Dauer nicht gängeln ließen. Gefährliche und gehässige Feinde umlauerten ihn von allen Seiten und spähten nach seinen Blößen. Wäre es nicht töricht von ihm gewesen, sich mit gebundenen Armen einer Regierung zu überliefern, die ihn vor aller Welt entlarven konnte, sobald seine Agitation ihr unbequem wurde? Und Schweitzer legte sich nach 1866 auf sozialem und bald auch wieder auf politischem Gebiet ebensowenig einen Zwang auf wie vor dieser Zeit. Wir erfahren es aus den Akten authentisch, daß er den Behörden unbequem war. „Die Gefährlichkeit des agitatorischen Treibens der von Schweitzer und Genossen", so heißt es in einer vom 13. September 1867 datierten Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten von Wurmb an die dortige Staatsanwaltschaft, „scheint im fortwährenden Zunehmen begriffen zu sein, nur wird sich gegen ihn selbst als Mitglied des Reichstages schwer etwas unternehmen lassen."

Hält man es nun aber für ausgeschlossen, daß Schweitzers „Bemühungen, zu der Person des Herrn Ministerpräsidenten zu gelangen" aus moralisch verwerflichen Motiven entsprangen, so erheischt die Frage, welche Erwägungen ihn sonst zu diesem Schritt treiben mochten, eine um so dringlichere und unausweichlichere Beantwortung.

Von Friedrich dem Großen hat Hermann Baumgarten behauptet, daß bei ihm die Abwesenheit aller gemütlichen Illusionen, das Vorherrschen der kältesten

Verstandestätigkeit und schneidende Ironie ein psychologisches Ganzes bildeten, das dem Durchschnitt deutschen Wesens so fern als möglich lag. Die Gemütsrichtung der Deutschen, so meint Baumgarten, entwickle sich in der häuslichen und privaten Sphäre, und sie sei verquickt mit theoretischem Eigensinn. Das herkömmliche deutsche Urteil betrachtet in der Tat die politische Stellungnahme eines Mannes als den unmittelbaren Ausfluß seines Charakters, und sie fordert von ihm deshalb gefestigte Überzeugungen, die auf eine möglichst unbedingte Weise in Handlungen umgesetzt werden sollen. Liebknechts durchaus moralisierende Beurteilung politischer Dinge ist typisch für diese aus dem Privatleben stammende Wertungsweise, die an Verhältnisse angelegt wird, die einer wesensverschiedenen Sphäre angehören. Für Schweitzer bedeutete politische Betätigung eine Filigranarbeit des Verstandes, eine Akrobatik des Geistes, eine Befriedigung des Hungers nach Macht und Anerkennung. Es ist wahrscheinlich, daß dieser Jünger Macchiavellis für die bequeme und häufig etwas breitspurige Überzeugungstreue mancher auf ihre Charakterfestigkeit gar zu stolzen Teutonen ein Gran von Verachtung empfand. Dankbarkeit und Haß, Liebe und Treue, Zuverlässigkeit und Beharrlichkeit waren in seinen Augen moralische, aber nicht politische Kategorien. Das Glück, sich für eine Sache von tief innen heraus zu begeistern, war seiner kühlen Natur vielleicht niemals, vielleicht in seiner Jugend in ganz seltenen Fällen, vergönnt gewesen. Aber Bewunderung ließ er sich gern abnötigen, und auf keinem Gebiete zollte er sie lieber als auf seinem ureigensten, auf das er sich am besten verstand. Schweitzers Bismarckbewunderung, die ihm einmal einen üblen Streich gespielt hatte, wird sich seit dem Meisterspiel von 1865 und 1866 nur noch erhöht haben, aber sie trug bei ihm einen wesentlich anderen Charakter, als bei jenen liberalen Politikern und Historikern, die sich damals durch ihren Übertritt zu Bismarck die Verachtung und den Zorn der Unentwegten und „Unverbesserlichen" zuzogen[1]). Ihm imponierte an dem gewaltigen Staatsmann weit mehr das „Wie" als das „Was"; auch den Maler, der das Bild eines anderen erblickt, beschäftigt lebhafter als der Gegenstand dessen Malweise. Schweitzer erfüllte weit mehr mit staunender Bewunderung die überraschungsreiche Politik Bismarcks, als mit Befriedigung dessen patriotische Leistung, an der er Großes auszusetzen fand. Er war sich bewußt, daß er in die Motive dieses fleischgewordenen „Prinzipe" Macchiavellis viel tiefer eindrang und die Feinheiten seines Metiers weit fachmännischer würdigte als die große Sippe der Stimmungspolitiker und Erfolgsanbeter, die jetzt Bismarck umflatterten wie die Motten das Licht, an dem sie, die einen früher, die anderen später, sich ihre liberalen Flügel versengen sollten. Den von allen Zeitgenossen verkannten Mann verlangte es nach einer Anerkennung seiner Gaben. Wie einst sein Vorgänger

[1]) Vgl. u a. Deutsches Wochenblatt 6. Januar 1867, „Die demokratischen Überläufer und die Unverbesserlichen."

und Meister, so wollte auch er dem Gewaltigen gegenüberstehen und selbst, wenn jener seine Bedeutung nicht erkannte, so wollte er in sich das Gefühl befestigen: „anch' Io sono pittore!"

Doch dieses Motiv der Eitelkeit allein hätte nicht hingereicht, um Schweitzer zu einem so gefährlichen Schritt zu bestimmen. Glaubten aber nicht viele Politiker damals noch, daß Bismarck mit seinem letzten Ziel auf den Einheitsstaat hinaus wollte? Die Macht des Partikularismus in und außerhalb Preußens war noch eine gewaltige. Auf den Partikularismus des deutschen Bürgertums hatte gerade Schweitzer oftmals hingewiesen, und erst recht waren in allen deutschen Ländern die Konservativen und, sonderlich im Süden, wo sie Einfluß besaßen, die klerikalen Elemente antiunitarisch gesinnt. Konnte da nicht vielleicht einem Staatsmanne, der energisch im unitarischem Sinne vorgehen wollte, die Unterstützung durch eine Arbeiterpartei erwünscht sein, die auf ein solches Programm seit lange eingeschworen war? Das allgemeine Wahlrecht, auf das Lassalle für seine Partei die größten Hoffnungen aufgebaut und sie Bismarck nicht verheimlicht hatte, sollte jetzt zum ersten Male sprechen. Was es bringen würde, vermochte niemand genau vorauszusagen. War es eine Unmöglichkeit, daß die zum ersten Male stimmberechtigten Massen sofort eine ansehnliche Zahl von Vertretern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in den Reichstag entsenden würden? Wenn diese Partei der Regierung in den nationalen Fragen unbedingte Gefolgschaft leistete, konnte sie dafür nicht auf innerpolitischem Gebiete und besonders in sozialer Hinsicht beträchtliche Zugeständnisse erwarten? Hatte im Abgeordnetenhause auch ein großer Teil der Liberalen der Indemnität zugestimmt, so ließ es sich doch noch nicht voraussehen, in welchem Umfange die Wählerscharen der Fortschrittspartei die Opposition gegen ein Ministerium einstellen wollten, das erst vor wenigen Monaten durch die Preßordonanzen und die gerichtliche Verfolgung von Abgeordneten gezeigt hatte, wie wenig es, wenn es ihm in seinen Kram nicht paßte, verfassungsmäßige Rechte respektierte. Es ließ sich noch keineswegs mit voll Sicherheit bestimmen, ob ein wirklich bedeutender und als wesentlicher Kern einer Mehrheitsbildung verwertbarer Bestandteil des norddeutschen Bürgertums den Friedensschluß mit Bismarck gutheißen würde. Und blickten nicht unter den Konservativen viele mit Grauen auf die Absetzung so vieler souveräner Fürsten, die sich vor ihren Augen abgespielt hatte, und die so gar nicht zu ihren überkommenen Parteigrundsätzen stimmen wollte? Trotz seiner gewaltigen Erfolge konnte Bismarck zu der Zeit, als Schweitzer sich ihm zu nähern versuchte, nicht mit Bestimmtheit voraussehen, ob er im künftigen Reichstage eine für das Zustandekommen seines Verfassungswerks brauchbare Mehrheit finden würde. Nun war aber in jenen Tagen dieses Verfassungswerk noch nicht endgültig festgelegt, und vielleicht mochte Schweitzer hoffen, in einer persönlichen Zusammenkunft den Minister von der Nützlichkeit weitergehender Zugeständnisse an die Arbeiterklasse überzeugen zu können.

Das soziale Problem hatte bis dahin für Bismarck nur ein peripherisches Interesse besessen. Wurde aber die nationale Frage, wie man erwarten konnte, in absehbarer Zeit bereinigt, so war es nicht unmöglich, daß an ihrer Stelle die soziale über kurz oder lang das zentrale Augenmerk der Regierung gebieterisch für sich erheischen würde. Absichtlich und unbewußt zugleich schwiegen die liberalen Zeitungen und Staatsmänner von der parteibildenden Bedeutung, die, für die Zukunft noch mehr als für die Gegenwart, die Klassengegensätze beanspruchten. Vielleicht hatte in Deutschlands Grenzen damals kein Politiker eine so lebendige Vorstellung von der politischen Tragweite der sozialen Bewegung, niemand hatte vielleicht so gründlich über diesen praktisch vorerst noch wenig aktuellen Zusammenhang nachgedacht wie dieser dem Bürgertum und seinen Anschauungskreisen seit jeher fernstehende deklassierte Adlige. War Schweitzer nicht eingebildet genug, um sich mit der Hoffnung schmeicheln zu können, er würde mit derartigen Darlegungen auf Bismarck, zu dem Lassalle schon ähnlich gesprochen hatte, Eindruck machen?

Man darf mit Gewißheit annehmen, daß eine Begegnung Schweitzers mit dem preußischen Ministerpräsidenten nicht stattgefunden hat. Seiner künftigen Gattin hätte der Agitator, besonders nach seinem Rücktritt von der Politik, ein für ihn so bedeutsames Erlebnis schwerlich verschwiegen. Aber selbst wenn Bismarck die Lassalleanische Partei damals für einflußreich und gefestigt genug angesehen hätte, um mit ihr zu paktieren oder auch nur zu konferieren, so wäre ihm wahrscheinlich der Weg über die Gräfin Hatzfeld geeigneter und unverfänglicher erschienen, als eine Anknüpfung mit Schweitzer, bei dem damals die Bedenken gegen seine Vergangenheit noch nicht durch die Erwägung überschattet wurden, daß er nun einmal der unbestrittene Führer der Arbeiterpartei sei. Von außen angesehen war er nur erst der simple Redakteur eines kleinen Parteiorgans, dem man nicht einmal ohne weiteres den Einfluß zutrauen brauchte, daß ein von ihm geschlossenes Abkommen auch vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein als bindend anerkannt werden würde! Unmöglich wäre es nun nicht, daß Bismarck seinen vertrauten Adlatus Hermann Wagener beauftragt hätte, auf eine vielleicht etwas dilatorische Weise bei Schweitzer einige Erwartungen zu erregen, an die man später anknüpfen konnte, falls die Situation nach dem 12. Februar, dem Tage der Reichstagswahlen, es noch empfehlen würde. Diese letztere Hypothese erhält eine Stütze an der Taktik, die Schweitzer während des Zeitraums von Dezember bis Februar befolgte. Seine unmittelbarstes Augenmerk mußte er jetzt darauf richten, daß die von Perl auf den 27. Dezember nach Erfurt einberufene Generalversammlung des Vereins seinen Wünschen gemäß ausfiel. Er war in dieser Hinsicht nicht ohne Sorge, da er sowohl von der Liebknechtschen Gruppe wie von der Gräfin Hatzfeld und ihrem Anhang Störungen befürchtete. Wenige Tage vor dem Kongreß warnte er mit einer unverkennbaren Spitze gegen die Liebknecht-Bebelsche Volkspartei im Socialdemokrat vor Leuten, die in Verbindung

mit schwarz-gelben Agenten und mittelstaatlichen Partikularisten es versuchten, die Schöpfung Lassalles zu zerklüften. Aber so verhängnisvoll für Schweitzer in der Folge die Wolke werden sollte, die gerade von der Geburtsstätte des Vereins her gegen die Lassallesche Organisation heranzog, für den Augenblick war es noch wichtiger, im Guten oder im Bösen mit der Gräfin Hatzfeld fertig zu werden. Diese dämonische Frau klammerte sich, wie man schon weiß, an die Schöpfung des Mannes, dem alle ihre guten Instinkte gehört hatten, mit einer blinden, vernunftbaren, aber durch ihre fast mythische Gewalt ergreifenden Leidenschaft. Indem sie sich als die einzige treue und eingeweihte Vollstreckerin des Willens des toten Agitators ansah, der ihr schlechthin als der Erfinder der deutschen Arbeiterbewegung galt, hatte diese in allen Raffinements heimische, durch Geburt und Neigungen weit eher auf den Hof als auf die Höfe der Armen hingewiesene Aristokratin sich immer tiefer in die hirnverbrannte Idee hineingelebt, daß sie einer gewaltigen und aus tausend Wurzeln aufsprießenden sozialen Strömung Richtung und Inhalt bestimmen müsse. Sachliche Gesichtspunkte gab es nicht für eine Frau, die selbst im Zusammenleben mit Lassalle nicht gelernt hatte, wie gänzlich fremde Gebiete Politik und private Leidenschaft sind. Ihre Pietät gegen den Hingeschiedenen äußerte sich in einer grotesken Buchstabengläubigkeit gegenüber dessen Worten, die Veränderungen der Zeitumstände und der Machtverhältnisse gingen spurlos an ihr vorüber, und bei der politischen Unerfahrenheit und Ungeschultheit der Arbeiterschaft gelang es ihr vorläufig um so eher, immer von neuem Einfluß zu gewinnen, als sie an einem einzigen Tage mehr Geld auszugeben vermochte, als der noch gänzlich mittellose Verein überhaupt in seiner Kasse hatte. Als Präsidenten konnte sie sich nur einen Mann denken, der zu ihr in nahen Beziehungen stand und willig ihren Rat annahm. Perl aber hörte auf Schweitzer, und schon deshalb mußte er beseitigt werden. Seitdem Bismarck das allgemeine Stimmrecht proklamiert hatte, glaubte bekanntlich die Gräfin, Lassalles Willen zu vollstrecken, wenn sie die deutsche Politik der Regierung rückhaltlos unterstützte. Sie stellte ein extrem unitarisches Programm mit dem Inhalt „Durch Einheit zur Freiheit" auf, das sie jetzt beim Herannahen der Generalversammlung durch die ihr anhängenden Agitatoren herumbot, und mit dem sie die Massen auch in die erste Wahlschlacht zu schicken gedachte.

Schweitzer hatte vermutlich für die Abfassung des Wahlprogramms, das er durch Perl der Generalversammlung vorschlagen lassen wollte, die Antwort Bismarcks auf seinen Annäherungsversuch abwarten wollen. Alles deutet darauf hin, daß er zu Ende des Jahres noch hoffnungsvoll gesinnt war und so mußte ihm ebenso viel wie der Gräfin daran liegen, daß in Erfurt in bezug auf die deutsche Frage ein Bismarck weit entgegenkommendes Programm angenommen wurde. Vielleicht sollte das Geld der Hatzfeld dem Vereine eine wirksame Wahlagitation ermöglichen. Schweitzer ließ sich noch einmal zu einem, natürlich nur

zeitweilig gedachten, Verständigungsversuch mit der Gräfin herbei. „Es geschehen Wunder", schrieb diese kurz vor der Generalversammlung an ihren Hamburger Vertrauensmann Schallmayer: „Schweitzer und Hofstetten strecken die Waffen, wollen durchaus Versöhnung. Sie konzedieren alles, was ich verlangt habe!" Aber dieser Friedensschluß war von noch kürzerer Dauer, als Schweitzer beabsichtigt hatte. Obgleich nämlich die Gräfin persönlich in Erfurt erschien, so gelang es ihr dennoch nicht, die Wiederwahl Perls zu verhindern und, wie sie es durchaus wünschte, den ihr ergebenen Kupferschmied Försterling zum Präsidenten ernennen zu lassen. Mit Rache im Herzen schied sie von der Mehrheit der Delegierten und besonders von Schweitzer, dem sie jetzt vorwarf, daß er ihr Programm gestohlen hätte. Tatsächlich hatte man in Erfurt auf Schweitzers Drängen ein Wahlprogramm angenommen, das, soweit es von der deutschen Frage handelt, fast wörtlich, von der Gräfin verfaßt war.

Dieses Programm lautete: „I. Gänzliche Beseitigung jeder Föderation, jedes Staatenbundes, unter welcher Form es auch sei. Vereinigung aller deutschen Stämme zu einer innerlich und organisch durchaus verschmolzenen Staatseinheit, durch welche allein das deutsche Volk einer glorreichen nationalen Zukunft fähig werden kann: Durch Einheit zur Freiheit! II. Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung und Diätenzahlung für die staatlichen Volksvertretungen im gesamten deutschen Vaterlande, Sicherstellung der freiheitlichen Volksrechte. (Diesen letzten Passus hatte man auf Schweitzers Antrag hinzugefügt und dafür die an die Wunschskala der bürgerlichen und partikularistischen Demokratie anklingende allgemeine Volksbewaffnung herausgeworfen.) III. Forderung, daß dem jetzt zusammentretenden Parlament das Recht der beschließenden und nicht bloß beratenden Stimme in allen Angelegenheiten zustehe. IV. Anbahnung der Lösung der sozialen Frage durch freie Arbeiterassoziationen mit Staatshülfe nach den Prinzipien Ferdinand Lassalles."

Wie wenig Schweitzer in dem gleichen Zeitpunkt, wo er der Regierung in politischer Hinsicht überaus weit entgegenkam, seine sozialistischen Forderungen verleugnete, das beweist besonders eine Festrede, die er auf dieser Erfurter Generalversammlung hielt. Mit Nachdruck betonte er darin, unter Ausspinnung der Gedanken von Lassalle und Marx, die Bedeutung des materiellen Faktors in der Geschichte von Lykurgs und Solons Zeiten bis zur Gegenwart. Er zeigte, wie die Segnungen der Kultur immer nur einer Minderheit gehörten und wie auch das Christentum jene starke Dissonanz nicht zu lösen vermochte, die laute: „Warum dort alle Freude und hier alle Not?" Der moderne Arbeiter fände im Himmel nicht mehr den Trost, den noch seine Väter dort fanden. Deshalb riefe er jetzt zürnend aus: „Ich habe den Himmel verloren, ich will die Erde gewinnen!" Von der Wissenschaft und den Arbeitern erhoffte Schweitzer gleich Lassalle, dessen Manen er beschwört, die Lösung dieser ungeheuren Frage. „Was die Religion

als Almosen verlangt" das forderte er für die Besitzlosen als ein ewiges und unverbrüchliches Recht!

Aber nicht nur in dem farbigen Gewand einer getragenen Festrede, auch in dem Werkeltagskleid des Zeitungsartikels betonte Schweitzer gleichzeitig unverhüllter als irgend ein anderer deutscher Politiker, das Klasseninteresse der Arbeiter. Die Ratschläge, die er ihnen am 4. Januar mit Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf im Parteiorgan erteilte, ergänzen in einer nicht mißzuverstehenden Weise den Inhalt der Erfurter Resolutionen. Die erste Frage an jeden sich sozialdemokratisch nennenden Kandidaten müsse lauten: „Willst du die Arbeiter als Klasse vertreten?" Beantworte er diese Frage mit Nein, erkläre er, er wolle die Staatsbürger überhaupt vertreten oder mache er andere Ausflüchte, so wäre er nicht zu brauchen, denn er zeige nur, daß er über den großen Gegensatz der heutigen Gesellschaft mit verschwommenen Phrasen hinwegzukommen gedenke!

Schweitzer mochte vorausgesehen haben, daß sein Erfurter Programm den „nationalen Liberalen" gefallen, aber entschiedene Mißbilligung bei den Demokraten finden mußte. In einer Arbeiterversammlung in Frankfurt begrüßte es Dr. Wehrenpfennig[1]), der Herausgeber der Preußischen Jahrbücher, mit voller Freude und erklärte sich sogar mit der Staatshilfe einverstanden, „falls man darunter keine Geldmittel begreife". Anders urteilte Heinrich Bürgers, der im Revolutionsjahr mit Marx und Engels die Neue Rheinische Zeitung redigiert, sich inzwischen aber zu den bürgerlichen Radikalen zurückgefunden hatte und jetzt die demokratische Rheinische Zeitung leitete. In einer Arbeiterversammlung in Düsseldorf führte er aus, daß die Herstellung des Einheitsstaats unter den bestehenden Verhältnissen nur durch neue gewaltsame Eroberungen zu erreichen wäre, und daß daher der Ruf: „Durch Einheit zur Freiheit!" nichts anderes bedeuten könne, als: „Durch den Absolutismus zur Demokratie!"[2]) Wie aber die Regierung, auf die es ihm jetzt am meisten ankam, über Schweitzers Auftreten in Erfurt urteilte, das wird ersichtlich aus einer Notiz, die sich in den Akten des Berliner Polizeipräsidiums befindet und in der es wörtlich heißt: „Schweitzer hat auf der Generalversammlung der Lassalleaner am 27. d. M. in Erfurt Anträge betreffend den Norddeutschen Bund durchgesetzt, welche regierungsseitig in manchen Teilen akzeptiert werden dürften. . . . . Die Bemühungen, zu der Person des Herrn Ministerpräsidenten zu gelangen, dürften hiermit zusammenhängen". Das ist aber auch alles, was sich über Schweitzers Annäherungsversuch an Bismarck feststellen ließ. Wahrscheinlich untersagten die unmittelbar darauf einsetzende Wahlkampagne, bei der beide Männer sich um den gleichen Wahlkreis bewarben, das Fiasko der Sozialdemokratie am 12. Februar und die danach keine Anzweiflung mehr zulassende Verständigung der Regierung mit

[1]) Zukunft, 31. Januar 1867.

[2]) Zukunft, 18. Januar 1867.

der nationalliberalen Bourgeoisie dem Führer der Lassalleaner eine Fortsetzung seiner nun aussichtslos gewordenen Bemühungen!

Bei der ersten Wahlschlacht, an der die deutsche Sozialdemokratie sich beteiligte, konnte selbstredend noch keinerlei Tradition für die Haltung vorhanden sein, die sie in Kreisen, wo sie selbst keine Aussicht hatte oder bei Stichwahlen befolgen sollte. Schweitzer betrachtete es als seine Aufgabe, auch in dieser Richtung die Arbeiter mit Ratschlägen zu versehen. Dabei glaubte er, einen Unterschied machen zu können zwischen Wahlkompromissen und Wahltransaktionen. Die ersteren verwarf er grundsätzlich, weil sie die Klarheit der Erkenntnis im Volke zu beeinträchtigen geeignet wären. Wohl aber hielt er es für statthaft, daß die Sozialdemokratie sich in einem Wahlkreise zur Unterstützung eines fremden Kandidaten verpflichtete, wenn sie hierdurch die Sicherheit erhielt, daß dafür in einem anderen Wahlkreise ihrem Kandidaten der Sieg ermöglicht würde. Wenn Schweitzer für den ersten Wahlgang von Transaktionen mit der Fortschrittspartei abriet, während er lokale Verständigungen mit den Konservativen für möglich erachtete, so erklärte er diese auf den ersten Blick seltsame Weisung mit der nicht fortzuleugnenden Tatsache, daß alle aussichtsreichen Kandidaten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in den stark industrialisierten Wahlkreisen, wo sie aufgestellt waren, die fortschrittlichen Gegenkandidaten am meisten zu fürchten hatten. Natürlich war ihm, als dem anerkanntermaßen bedeutendsten Kopfe der Partei, die Kandidatur in zahlreichen Wahlkreisen angeboten worden: in Erfurt, Naumburg, Apolda, Reichenbach, Düsseldorf und Elberfeld-Barmen. Ihm selbst erschien ein Sieg im Wuppertal am aussichtsreichsten, und deshalb begab er sich dorthin persönlich zur Leitung der Wahlkampagne. Im Rheinlande hatte einstmals Lassalle seine größten Triumphe gefeiert, und der kluge Schweitzer versäumte jetzt keinen Anlaß, um sich den Arbeitern, die das Bild ihres toten Führers treu im Herzen trugen, als dessen persönlichen Freund und als den Fortsetzer seiner Bestrebungen vorzustellen. Doch auch die Gräfin Hatzfeld, die jetzt mit ihm in hitziger Fehde lag, fand sich mit ihrem Anhang im Wuppertal ein, und sie stellte in der Person Hugo Hillmanns dem verhaßten Manne sogar einen eigenen Kandidaten gegenüber. Der Wahlkampf in diesem Kreise wurde mehr beachtet, als irgend ein anderer im ganzen Bundesgebiet, denn die Konservativen hatten keinen geringeren als Bismarck, die Liberalen den Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses von Forckenbeck aufgestellt, für den die einflußreiche Elberfelder Zeitung sich mit allem Nachdruck ins Zeug legte. Redakteur dieses Blattes war damals der junge Paul Lindau, der hier mit dem Manne, der später sein Freund wurde, feindlich die Waffen kreuzte. Lindau ist eine Versammlung im Schützensaal in Barmen, wo er Schweitzer zum ersten Male sah und hörte, deutlich in der Erinnerung geblieben. Es fiel ihm auf, daß die Beredsamkeit dieses Agitators, die übrigens von dessen eigenem Bruder später mit der Chamberlains verglichen wurde, im herkömmlichen Sinne

unrethorisch war und dennoch faszinierend wirkte. Schweitzer blieb sich bewußt, so urteilte Lindau nach seinem Tode, daß ihm die theatralische Leidenschaftlichkeit im Vortrage, das hinreißende, feurige Wort, durch die Lassalle die Arbeitermassen zu entflammen wußte, versagt waren. Er imponierte durch die außerordentliche Nüchternheit und Klarheit seines Vortrages, durch die Nonchalance seines Auftretens, durch seine berechnet vernachlässigte Haltung während des Sprechens. Sein schönes Organ soll Wunder gewirkt haben. Ein geistvoller, stockkonservativ gesinnter Anwalt, der den Redakteur in die Versammlung begleitete, empfand von der Sprache des Redners und der Gliederung seiner Perioden, trotz des starken frankfurterischen Dialekts, eine „engelhaft einschmeichelnde" Wirkung. „Mit den Händen in der Hosentasche, mit gleigültigem, ausdruckslosen Gesicht stand er auf der Estrade vor den atemlos lauschenden Arbeitern und erzählte ihnen mit wohlklingender, sanfter Stimme, ohne starke Betonung, ruhig und gemessen die aufregendsten Dinge, sagte den Leuten alles, was sie gern hören wollten. Gewöhnlich waren die Ausdrücke, die er brauchte, maßvoll und gewählt; aber es kam ihm auch nicht darauf an, einmal ein recht triviales Schlagwort nach dem Herzen der Arbeiter dazwischen zu feuern, und damit erzielte er jedesmal die größte Wirkung."[1]) Wenn Schweitzer fühlte, daß er die Versammlung in seinem Banne hatte, so steigerte sich, wie Lindau erzählt, seine Sprechweise wohl auch einmal zu einem warmen und feierlichen Ton, den er sich bis dahin absichtlich aufgespart haben mochte!

Lindau hatte auch Lassalle vor den Rheinischen Arbeitern sprechen hören. Er findet, daß Schweitzers Beredsamkeit, obwohl sie viel weniger erstaunlich gewesen wäre als die des großen Agitators, dennoch auf die Massen einen tieferen und nachhaltigeren Eindruck hervorbrachte als die flammenden Blitze, die Lassalle in die Versammlungen schleuderte, und durch die er seine Hörer momentan zu einem fürchterlichen Brande zu entzünden schien. Wie die Sprache, so wäre auch die Wirkung Schweitzers ruhiger und sicherer gewesen. Sein Erfolg bei den Elberfelder Arbeitern war denn auch gewaltig, und wenn man Lindau anhört, so zitterte das Wuppertal damals vor diesem Manne, dessen Winken das dortige Proletariat blindlings zu gehorchen bereit schien!

Es ist nicht zu entschuldigen aber zu erklären, daß der Kampf gegen diesen gefährlichen Mandatbewerber von den Gegenparteien auf eine wenig loyale Weise geführt wurde. Die Fortschrittler verschmähten es nicht, die peinliche Blöße aufzudecken, die Schweitzers private Vergangenheit darbot, und auch die Gräfin Hatzfeld scheute weder Geld noch Mühe, um den verhaßten Mann zur Strecke zu bringen. Durch den Literaten Reusche ließ sie ein von ihr selbst mit Material versehenes und mit giftigen Bemerkungen gespicktes Pamphlet anfertigen, das im Wahlkreise massenhaft verbreitet werden sollte, und als ihr eine erste Fassung

[1]) Vgl. Lindaus Nachruf auf Schweitzer in der „Gegenwart", August 1875.

nicht gefiel, zahlte sie auch noch ein zweites Mal die Druckkosten. Diese Schmähschrift „Der Socialdemokrat und seine Helfershelfer" sollte den Verfasser von: „Der Zeitgeist und das Christentum" den frommen Wuppertalern, deren Bibelgläubigkeit er selbst im Wahlkampf gegen die Liberalen ausnutzte, als einen Feind der Religion entlarven. Darüber hinaus wollte es ihn endgültig politisch abtöten, denn es wurde darin als erwiesen hingestellt, daß Schweitzer und Hofstetten durch den Kanal Wagener-Preuß von den konservativen Volksvereinen Geld erhalten hätten.

Sachlich berechtigter waren die Angriffe, die um die gleiche Zeit Moses Heß gegen Schweitzer richtete, der einzige von den „alten Sozialisten", der auch nach den Bismarckartikeln dem Socialdemokrat treu geblieben war. Diesen Veteranen, der in dem gleichen Wuppertal, das Schweitzer jetzt erobern wollte, schon vor zweiundzwanzig Jahren sozialdemokratische Ideen verbreitet hatte, bestimmten die in Erfurt gefaßten Resolutionen zur Einstellung seiner Pariser Korrespondententätigkeit für das Parteiorgan. Der Gegensatz, der sich zwischen dem Senior der deutschen Sozialdemokratie und deren fähigstem jüngeren Führer auftat, verdient eine um so eindringlichere Beachtung, als unmittelbar nach Königgrätz der geborene Rheinländer ebenso wie der Frankfurter den „blöden" Preußenhaß der süddeutschen Demokraten verurteilt und die neue Situation im Prinzip akzeptiert hatte. Damals war Heß anfänglich der Ansicht gewesen, daß Preußen in Bälde ein aufrichtig konstitutioneller Staat werden könnte[1]. Doch war er von dieser in der Tat irrigen Auffassung schnell zurückgekommen. Zu anderen faktischen Forderungen als Schweitzer führte ihn jedoch besonders ihre prinzipielle Verschiedenheit in der Wertung des nationalen und des sozialistischen Faktors. Während Schweitzer bis dahin die Internationalität der Arbeiterinteressen wohl gelegentlich erwähnt aber praktisch noch nicht ernsthaft verwertet hatte, ordnete Heß die politischen und nationalen Kämpfe jenem internationalen Klasseninteresse unter, das die Proletarier aller Länder gegenüber der Bourgeoisie aller Länder vereinige. An den Erfurter Resolutionen tadelte er die Unbedingtheit, mit der sie das nationale Ideal anerkannten. Die unterschiedslose Abwehr jeder Einmischung des Auslandes berücksichtigte in seinen Augen nicht hinreichend die Möglichkeit von Volkserhebungen in den fortgeschritteneren westlichen Staaten, die unter Umständen zu einem praktischen Zusammenwirken der Arbeiter mehrerer Länder führen könnten. Er tadelte an dem Programm, daß es so gehalten wäre, als wenn in der Welt keine anderen Arbeiter als deutsche existierten. Man erhielte den Eindruck, als ob diese keine andere Einheit als die nationaldeutsche verfolgen und alle „ausländischen" Bestrebungen mit Blut und Eisen bekämpfen sollten. Nun trennten aber Heß Gegensätze wesentlich persönlicher Art von Marx, und er wollte nicht für die unter dessen Einfluß stehende Internationale Arbeiterassoziation Propaganda machen. Ihm schwebte vielmehr

---

[1]) Socialdemokrat 22. Juli 1866.

eine großzügige Organisation des Arbeitergenossenschaftswesens vor, der er es zutraute, die Arbeiter der verschiedenen Länder einander näher zu bringen und einen Mittelpunkt zu schaffen, dem sich für die sozialen Kämpfe der Zukunft auch das Kleinbürgertum anschließen konnte. (Socialdemokrat 9. und 20. Januar 1867). Mit der Wahlparole, die er selbst dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein angeraten hätte, hielt der alte Sozialist ebenfalls nicht hinter dem Berge. Nach dem Übertritt des größten Teiles der liberalen Opposition ins Lager der Hohenzollernschen Politik hätte seiner Ansicht nach die einzige revolutionäre Partei Deutschlands jetzt alle ihre Kräfte gegen jene Seite kehren müssen, von welcher der Demokratie nunmehr die größte Gefahr drohte, gegen den feudal-legitimistischen Absolutismus. Eine Partei, die so oft die Fortschrittspartei getadelt hätte, weil sie trotz aller Fußtritte, die sie erhielt, sich an eine oktroyierte und tausend Mal gebrochene Verfassung anklammerte und, statt zu handeln, schwatzte und diplomatisierte, dürfte sich jetzt nicht selbst an ein oktroyiertes Parlament anklammern. Heß berührte sich mit Liebknecht, wenn er verlangte, daß die Vertreter der Arbeiterpartei im Reichstag „wirkliche Volkssouveränität" fordern und sich unter Protest sofort aus dem Parlament zurückziehen müßten, wenn eine zu Bismarck haltende Majorität sie bei ihrem Antrage im Stiche ließe!

Es ist begreiflich, daß Schweitzer, als er sich am 3. Februar in einer Rede in Düsseldorf gegen die Angriffe des ältesten Socialisten der Rheinlande verteidigte, inmitten der Wahlagitation lediglich auf jene Einwände einging, die für seine Wählerschaft ein unmittelbares Interesse besaßen und daß er die Behandlung des weiterreichenden Teils der Kontroverse für ruhigere Zeiten aufsparte. Nun suchte er hier zu zeigen, daß bei der Lage der Dinge die Einheit tatsächlich die Vorbedingung der Freiheit wäre. Die Kräfte der deutschen Demokratie müßten sich notwendigerweise so lange nutzlos zersplittern, bis es auch ein deutsches Paris gäbe, einen politischen Mittelpunkt, an dem die radikalen Elemente des ganzen weiten Landes in Wirksamkeit treten könnten. Gleichzeitig betonte er nachdrücklich, daß das klassenbewußte Proletariat auch seiner Meinung nach der liberalen Bourgeoisie in ihrem großen weltgeschichtlichen Streben nach bürgerlicher Freiheit entschieden zur Seite stehen müßte.

Um es aber gleich hier zu sagen, Moses Heß gab sich mit Schweitzers Antwort nicht zufrieden. Sein „Letztes Wort zur deutschen Frage" behauptete (Socialdemokrat 15. Februar), daß die Wahlbewegung infolge der Verwaschenheit des in Erfurt beschlossenen Programms nicht einmal das Gute gehabt hätte, das Selbstbewußtsein der jungen Partei zu schärfen. Zwischen den auf germanische Rassenherrschaft hinzielenden nationalistischen Bestrebungen und den Tendenzen des Proletariats bestünde eine unüberbrückbare Kluft! Es zeigte sich in diesem Falle, wie oftmals in der Geschichte, daß die Urteile selbst prinzipiell ähnlich denkender Menschen zu ganz entgegengesetzten Ergebnissen kommen müssen, wenn sie eine sehr verschieden lange

Spanne Zukunft in das Verantwortungsgefühl der Gegenwart hineinziehen. Während Heß bereits damals die Expansivkraft eines großen deutschen Militärstaats als Faktor in seine Erwägungen einstellte, stand Schweitzer den aktuellen Einzelproblemen so nahe und fühlte so unmittelbar den prickelnden Reiz, auf ihre Gestaltung Einfluß zu üben, daß er den Standpunkt seines Gegners für doktrinär und praktisch wertlos erklären konnte!

Der Ausfall der Wahlen zum konstituierenden Reichstage zeigte, daß das deutsche Proletariat noch nicht entwickelt genug war, um das ihr in die Hand gegebene neue Instrument sogleich nachdrücklich zu benutzen. Während die sächsische Volkspartei, begünstigt durch den Preußenhaß des kleinen Mannes und den Verzweiflungskampf der Handweberei, in Glauchau-Meerane Bebel durchbrachte und auch den Wahlkreis Zwickau-Krimmitschau eroberte, ging der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein völlig leer aus. Es war für Schweitzer ein magerer Trost, daß auch sein gefährlicher Rivale Liebknecht keinen Sitz eroberte. Von dessen Wahl hatte er offen abgeraten, indem er ihn blasphemischer Äußerungen über Lassalle zieh und beschuldigte, daß er unter den Arbeitern Süd- und Mitteldeutschlands für die hoffnungslose Sache der österreichischen Hegemonie agitiere, um dadurch eine bleibende Spaltung der deutschen Arbeiterpartei herbeizuführen. Die Gründe der schweren Niederlage seiner Partei nannte Schweitzer beim richtigen Namen, als er darauf hinwies, daß nicht das plötzliche Aufflackern ungestümer Begeisterung, sondern nur die langsame, unermüdliche Wirksamkeit in festgeregelten Bahnen zu Macht und Bedeutung in der Gesellschaft führe. Die Organisation des Vereins habe noch nicht ausgereicht, und es hätte auch an dem nötigsten Gelde für die Agitation gefehlt. Während der folgenden Monate richtete der unermüdliche Organisator und Agitator sein Hauptaugenmerk auf die Abstellung dieser beiden Schäden!

Nun hatte freilich in Elberfeld-Barmen der erste Wahlgang noch zu keinem endgültigen Ergebnis geführt, aber Schweitzer war ausgefallen, und nur Bismarck und Forckenbeck machten einander noch das Mandat streitig. Immerhin hatte der Redakteur des Socialdemokrat 4668 Stimmen auf seinen Namen vereinigt, während der Kandidat der Gräfin es trotz allen Wühlens nur auf klägliche 52 Stimmen brachte. Welche Direktive sollte Schweitzer jetzt seinen Wählern erteilen? Siegte Bismarck, der sich bereits im Wahlkreise Jerichow zur Annahme des Mandates verpflichtet hatte, so erfolgte in Elberfeld eine zweite Wahl, bei der für ihn selbst die Aussichten um so besser sein mußten, als die Konservativen nicht wieder einen so außergewöhnlich werbekräftigen Kandidaten zur Verfügung hatten. Doch für die Partei galt es bei den Stichwahlen, die Gesamtsituation zu berücksichtigen. Von ihren eigenen Anhängern war dabei allein Jakob Audorf jun. beteiligt, der in Lennep-Mettmann gewählt sein wollte. Außerdem hatten die Lassalleaner in Elberfeld, Düsseldorf und Reichenbach die Entscheidung zwischen den Fortschrittlern und den Konservativen in ihren Händen. Zu Abmachungen zwischen

den Parteien kam es diesmal noch nicht. In Lennep-Mettmann verhalfen die Fortschrittler dem Nationalliberalen zum Siege über den Sozialdemokraten, in Reichenbach siegte Twesten dank der Wahlenthaltung der Arbeiter. In Düsseldorf stimmten die Sozialdemokraten, auf den ausdrücklichen und öffentlich erteilten Rat Schweitzers, „in richtiger Erkenntnis der politischen Freiheitsfragen" für den Fortschrittler Grote, in Elberfeld aber, wohin alle Augen blickten, gaben sie den Ausschlag zu Gunsten des preußischen Konfliktsministers[1]). Obgleich hier die Arbeiterpartei, auf Veranlassung ihres Führers, eine Resolution gefaßt hatte des Inhalts, daß sie aus prinzipiellen Gründen nicht für den Konservativen und „wegen des beispiellos gehässigen Vorgehens" der Fortschrittspartei diesmal auch nicht für den Liberalen eintreten könne, so war dennoch jetzt die gesamte im ersten Wahlgange Schweitzer zugefallene Stimmenzahl Bismarck zu gute gekommen. Wie Schweitzer die Entscheidung seiner Anhänger beurteilte, an der er nicht so unschuldig war, wie er vorgab, das zeigte sein Aufruf an die Arbeiter, den er unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Resultats in der Elberfelder Zeitung als Annonce veröffentlichte: „Was Ihr tatet, war ein verhängnisvoller Schritt", so schrieb er dort, „denn er birgt in sich den Keim einer unheilvollen Spaltung der vorwärtsdrängenden Elemente. Aber ich weiß, was Ihr sagen wolltet mit diesem Schritte, und Eure Brüder in ganz Deutschland werden Euch verstehen. Ihr wolltet denen eine Lehre geben, die, Eure Macht verkennend, in dünkelhaftem Übermute Eure Bestrebungen zu Boden zu treten versucht hatten . . Ihr wolltet zeigen . ., daß die liberale Bourgeoisie nichts ist ohne die Arbeiterklasse. Die Lehre die Ihr erteiltet, ist eine eindringliche. Das Exempel, das die Arbeiterpartei in Elberfeld-Barmen statuiert hat, sollte ver-

---

[1]) Kurz vor der Stichwahl schrieb die Gräfin Hatzfeld an Schallmayer: „Ich habe wichtige und zuverlässige Nachrichten über die nächsten Pläne Schweitzer-Perls erhalten was den Verein betrifft, sie sind so unsinnig, so offener Verrat, daß sich die Leute damit zu Grunde richten müssen. Es ist diesen Plänen leicht der Damm entgegenzusetzen. Ich habe auch vom Rhein gute Nachrichten, daß sich Schweitzer durch sein ganz prinziploses Gebahren bald ganz unmöglich gemacht haben wird, es sei schon der Fall selbst bei denen, die für ihn gewählt, in Düsseldorf habe er den Liberalen Grote, entschiedenen Fortschrittler, zur Wahl offen unterstützt, und in Elberfeld unterstützt er jetzt in der engeren Wahl Bismarck in der Gesinnung, daß Bismarck die Wahl nicht annimmt und die Konservativen ihn (Schweitzer) dann bei der Neuwahl mitwählen. Dazu sind sie doch zu klug! Aber ich glaube, er drückt nur etwas Geld bei allen Parteien heraus! Übrigens ist es aus mit dem Geld. Hofstetten klagt jämmerlich, daß die Wahlagitation ihn ruiniert, er habe das Geld aus dem Kapital nehmen müssen und läuft in der Stadt herum und sucht ein paar Taler zu borgen. Der Socialdemokrat hat jetzt, nach amtlichem Ausweis, in den Zeitungen gedruckt, 220 Abonnenten. Wie lange kann er also noch leben? Schweitzer hat bei der Wahl seine letzten Karten ausgespielt und hat verloren . . . Bald wird die Zeit gekommen sein, wo man die Agitation am Rhein wieder beginnen kann und ich glaube mit Erfolg. Ich hoffe auch dem Verein eine bedeutende geistige Kraft gewinnen zu können . . ."

standen werden von den liberalen Parteien im ganzen Vaterlande. Wir verlangen nicht, daß man uns nicht bekämpfe, wir wollen nur, daß man uns würdig entgegentrete. Bleibt die empfangene Lehre wirkungslos, so tragen jene, nicht wir, die Verantwortung für alles Kommende. Vielleicht auch, Arbeiter, war Eure Abstimmung eine Huldigung, nicht zwar für den Kandidaten der konservativen Partei, wohl aber für den Minister, der aus eigenem Antrieb Euch ein Volksrecht zurückgegeben, welches die liberale Opposition für Euch zu fordern, so hartnäckig vergessen hatte. Auch hierin würde eine eindringliche Lehre liegen." Die Erwartung, die Schweitzers Taktik bestimmt hatte, erfüllte sich. Bismarck lehnte für Elberfeld ab, und von neuem hatten sich hier die Kräfte zu messen. Diesmal kam Schweitzer in die Stichwahl. Er hatte 4919 Stimmen erhalten und sein einstiger Lehrer und jetzige Mitbewerber Rudolf Gneist, der Kandidat der Liberalen nur 4291 Stimmen. Aber die Konservativen gewannen es nicht über sich, für den Verfasser eines atheistischen Buches zu stimmen. Sie entschieden für Gneist; Schweitzer und seiner Partei entschwand damit die letzte Hoffnung, bei der Beratung über den Verfassungsentwurf im Reichstage doch noch ihren Standpunkt geltend machen zu können. Auf der ganzen Linie hatten die Wahlen zu einem vollständigen Siege der Regierung geführt, und selbst die seit kurzem unter der Redaktion von Guido Weiß in Berlin als Organ der entschiedenen bürgerlichen Demokratie erscheinende Zukunft mußte einräumen, daß die Massen ein wirklicher Stimmungsumschlag ergriffen hatte. Der Grund hierfür läge darin, daß die Fortschrittspartei es nicht rechtzeitig verstanden hätte, das Volk mit politischem Geiste zu erfüllen.

Während der Wahlkämpfe war der Verfassungsentwurf, den Bismarck dem Reichstag unterbreiten wollte, noch nicht bekannt gewesen. Schweitzer hatte schon im August der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die ganze deutsche Einheit sich auf einen möglichst engen Zoll-, Handels-, Post-, Militär- und Marinevertrag zwischen Preußen und den nord- und mitteldeutschen Staaten beschränken würde, und daß eine Einheit der Rechtsinstitutionen, der Gemeindeverfassung und der Verwaltung nicht zu erwarten wäre, daß der Einheit der militärischen Lasten keine Einheit der politischen Rechte gegenüberstehen würde. Als jetzt, gleich nach den Wahlen, der Entwurf bekannt gegeben wurde, beteiligte er sich unter dem Eindruck der erlittenen Niederlage nur wenig an den heftigen Auseinandersetzungen, die in Presse und Parlament zwischen den verschiedenen Richtungen des nun zu endgültiger Spaltung verurteilten Liberalismus stattfanden, obgleich es dem Socialdemokrat wohl zugekommen wäre, Zukunft und Volkszeitung in ihrem Kampfe für die Aufnahme konstitutioneller Garantien in die Verfassung zu unterstützen. Aussicht auf Erfolg hatten diese Bestrebungen freilich nicht mehr angesichts des „Fanatismus des Erreichbaren", der die ausschlaggebende nationalliberale Partei besessen hielt. Diese erkannte die Stärke ihrer eigenen Situation der Regierung

gegenüber so wenig, daß Johann Jacoby mit einigem Recht behaupten konnte, das politische Willensvermögen des Volkes wäre abgestumpft und verwildert, und die jahrelange Führerschaft eines willensschwachen Liberalismus hätte es für die Einbürgerung des Cäsarismus vorbereitet[1]). Der Socialdemokrat fand nach deren Annahme an der Verfassung weniger freiheitliche Garantien heraus, als an der preußischen, und er sprach offen die Ansicht aus, daß das Volk bis auf weiteres auf den guten Willen der Regierung angewiesen bliebe, in deren eigenem Interesse es freilich liegen müßte, der freiheitlichen Entwicklung einen gewissen Spielraum zu lassen.

Nachdem die Regierung auf den Köder der Erfurter Resolutionen nicht angebissen hatte, und die Verfassung des neuen Bundesstaats ohne Befragung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Gesetz geworden war, lag für Schweitzer um so weniger ein Grund vor, die Kritiken, die jene Beschlüsse bei zahlreichen bewährten Parteigenossen gefunden hatten, unbeachtet zu lassen, als er jetzt gleichzeitig durch die Aufstellung eines radikalen Programms den endgültigen Bruch mit der Hatzfeldschen Clique deutlich zu markieren wünschte. Dieser Erwägung entsprachen die am 19. Mai von der schlecht besuchten Generalversammlung in Braunschweig angenommenen „Grundzüge". Auch sie sprachen sich zwar gegen eine bundesstaatliche Gestaltung aus, obgleich diese inzwischen zur Tatsache geworden war, aber das geschah, wie Moses Heß es gefordert hatte, nur nebenher, das Hauptgewicht legte die Resolution über die nationale Frage darauf, daß Deutschland ein freier Volksstaat ohne Bevormundung und despotische Unterdrückung werden müsse. Auch das soziale Programm erhielt einen bestimmteren und schärfer sozialistischen Inhalt als in Erfurt. Ausdrücklich wurde jetzt der Ersatz der kapitalistischen Produktionsweise durch eine andere gefordert, die eine gerechtere Verteilung der durch die gemeinsame gesellschaftliche Produktion hergestellten Wertgegenstände ermöglichen würde. Unter den „nächsten Zielen" des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die Schweitzer zusammenstellte, figurierte an erster Stelle die Aufklärung der Arbeiter über ihre Klassenlage. Von neuem bekannte sich der Verein feierlich zu der ihm von Lassalle gegebenen Organisation, die mit seinen Endzwecken unzertrennlich zusammenhinge, weshalb jeder, der sich nicht zu dieser Organisationsidee bekenne, als ein Gegner der Arbeiterklasse zu betrachten wäre. Dieses Bekenntnis richtete sich natürlich in erster Reihe gegen die von Liebknecht und Bebel geführte sächsische Volkspartei, in deren Ausbreitung Schweitzer mit Recht die größte Gefahr für seine eigene Machtstellung erblickte. Über das Verhältnis des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu der Bewegung der anderen Länder verbreitete sich das Braunschweiger Programm in einer Weise, die nicht nur in den Augen von Heß, sondern selbst in denen von

---

[1]) Zukunft, 22. Februar 1867.

Karl Marx, als ein Fortschritt gelten konnte. Der betreffende Absatz wies darauf hin, daß die Lage der Arbeiterklasse in allen modernen Kulturländern der Hauptsache nach die gleiche sei, daß sie nicht nachhaltig in einem Lande isoliert gebessert werden könne, und daß der Verein deshalb die Gemeinsamkeit der Arbeiterinteressen in allen Kulturländern anerkenne. Von einer programmatischen Überordnung der proletarischen Einheit über die nationale, wie es Heß gewünscht hatte, war in diesen „Grundzügen" des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins noch nicht die Rede, und gar ein Eintritt der Lassalleanischen Partei in die von Marx geleitete Internationale Arbeiterassoziation wurde vorerst schon wegen der entgegenstehenden Bestimmungen der deutschen Vereinsgesetze gar nicht in Betracht gezogen.

Daß noch immer, besonders stimmungsmäßig, zwischen der Partei Lassalles und den Männern der Internationale eine große Verschiedenheit in der Auffassung des nationalen Problems bestand, das bewies bald darauf die Beurteilung der durch den Luxemburger Handel zeitweise heraufbeschworenen Kriegsgefahr im Socialdemokrat. Mit leidenschaftlichem Nachdruck bestand dieses Arbeiterblatt auf der Forderung, daß niemandem im Auslande ein Recht zustehen dürfe, von deutschen Eroberungsgedanken zu sprechen, solange sich nur innerhalb des deutschen Gebietes Besitzveränderungen vollzögen. Mangelnder revolutionärer Volkskraft möge man die Deutschen zeihen, nicht aber könne man ihnen daraus einen Vorwurf machen, daß sie für sich das erringen wollten, was andere Völker längst besäßen. Sollten wirklich die Machthaber zu dynastischen Zwecken Deutschland und Frankreich auf einander hetzen, so müßten die fortgeschrittenen Volkselemente auf beiden Seiten des Rheins eine Kriegskatastrophe zu verhindern suchen. Eine Entzweiung der beiden wichtigsten Kulturnationen bedeutete einen Rückschritt der Zivilisation und eine Schwächung der freiheitlichen Entwicklung. Freiheit aber sei das Lebensprinzip der Arbeiterklasse, deren Interessen überall die gleichen wären, und die deshalb über alle Grenzen hinweg für den Frieden wirken müsse. Als die Kriegsgefahr chronisch zu werden drohte, raffte sich der Socialdemokrat im Hochsommer zu einem noch energischeren Wort an die Franzosen auf. Nicht Preußen, sondern Frankreich bedrohe den Frieden Europas, durch glänzende Erfolge nach außen hin möchte Napoleon seinen wankenden Thron befestigen und das Volk über die im Inneren fehlende Freiheit forttäuschen. Nicht weil Preußen reaktionär regiert werde, sondern weil es mächtig geworden sei, verletze es den französischen Nationalstolz, der nicht weniger über Gewalttat und Anmaßung schreien würde, wenn ein deutscher Nationalkonvent auf dem Wege wäre, die deutsche Einheit herzustellen. Die demokratische Opposition in Frankreich triebe ein gefährliches Spiel, wenn sie die Vorgänge von 1866 als eine Waffe gegen den Kaiser benutze und durch Hetzereien gegen Preußen den Nationalstolz noch weiter anstachle. Die anhaltende Kriegsfurcht lähme die Geschäfte und bringe die Löhne zum Sinken. Wäre sie nicht am besten

zu beseitigen durch eine sofortige rücksichtslose Herstellung eines einigen Deutschlands, dessen unzweifelhafte Macht jeden Nachbar von dem nutzlosen Versuch abhalten würde, diese Einheit wieder zerstören zu wollen?

Aber nicht nur in programmatischer, sondern ebenso sehr auch in organisatorischer Hinsicht bedeutete die Braunschweiger Generalversammlung einen Wendepunkt in der Geschichte des Vereins. Durch seine geschickte Leitung der Partei in der Kriegszeit und der Wahlbewegung hatte Schweitzer das Mißtrauen der Arbeiter gegen seine Person allmählich so weit zurückgedrängt, daß er sich an Stelle der des schwachen Perl jetzt selbst zum Präsidenten wählen lassen konnte. Es hatte sich unter den ernstesten und hingebendsten Mitgliedern des Vereins die Überzeugung herausgebildet, daß nur die rücksichtslose Diktatur eines Mannes von überlegenen Fähigkeiten die unaufschiebbare Reorganisation durchzuführen vermöchte. Kein anderer als Schweitzer, der schon längst der tatsächliche Leiter der Partei war, konnte für diese Aufgabe in Betracht kommen, und gegen seine Wahl erhoben deshalb selbst diejenigen Delegierten, die ihm nicht wohlgesinnt sein mochten, keinen Widerspruch. Sie begriffen die Notwendigkeit dieser Ernennung. Endlich trat jetzt Schweitzer an den Platz, den er seit lange ins Auge gefaßt hatte und sah die Möglichkeit, sich eine Diktatur zurechtzuschmieden, wie sie Lassalle besessen hatte, „der unvergeßliche Mann", den er seinen Freund und sein Vorbild nannte. Die Ziele Lassalles auf den von jenem selbst vorgezeichneten Bahnen zur Verwirklichung zu bringen, das gab der neue Präsident in einem Aufruf an die Vereinsgenossen wahrheitsgemäß für den leitenden Gedanken aus, der seine ganze Seele erfülle.

Wie früher in Berlin, so waren neuerdings auch in Frankfurt und Kassel Mitgliedschaften aufgelöst worden, weil sie angeblich als selbständige Vereine mit anderen Vereinen in Beziehungen stünden. Mit Rücksicht auf diese Auslegung des Gesetzes wurde in Braunschweig beschlossen, den bis dahin gebräuchlichen Namen Gemeinde, weil er zu Mißdeutungen Anlaß böte, künftig zu vermeiden und an den einzelnen Orten offiziell nur noch von Versammlungen der Mitglieder zu sprechen. Der neue Präsident wandte sich außerdem noch an die preußische Regierung mit dem Gesuch, daß sie die von ihr in den alten Provinzen des öfteren angenommene und der Auffassung des Vereins entsprechende Auslegung der Statuten auch in den annektierten Landesteilen zur Anwendung bringen möge.

Die Wahlziffern hatten erwiesen, daß der Anhang der Gräfin sich im wesentlichen auf das Königreich Sachsen, Schleswig-Holstein und Bremen beschränkte, sodaß eine reinliche Scheidung innerhalb der einzelnen Gemeinden keine beträchtliche Verwirrung anstiften konnte. Als die Trennung bald nach der Generalversammlung in Braunschweig zur Wirklichkeit wurde und etwa ein Fünftel des Vereins sich der Gräfin und dem neuen „Schürzenpräsidenten" Försterling anschloß, da unternahm Schweitzer, der voraussah daß diese Sekte nicht lebensfähig war, keinen Versuch, die Opposition zurückzuhalten. Nur daß die abtrünnigen

Gemeinden sich für den ursprünglichen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ausgaben, erregte seinen Widerspruch. Der unlautere Wettbewerb, dessen sie sich gegenseitig ziehen, führte zwischen den beiden Gegenpäpsten Schweitzer und Försterling zu recht ergötzlich wirkenden Bannbullen, in denen jeder gegen die Wahl des anderen bei der Dresdener respektive bei der Berliner Polizei, die aber die Proteste einfach zu den Akten legte, Einspruch erhob. Nach der Wiedereröffnung der Versammlungen der Berliner Mitgliedschaft versuchte Försterling dort mit Hilfe des mit Lassalle befreundet gewesenen Schuhmachers Arndt vergebens die Anerkennung Schweitzers zu verhindern.

Die zweimalige und obendrein noch erfolglose Wahlkampagne hatte Schweitzers physische Kräfte hart mitgenommen und die Finanzen seines Freundes Hofstetten derartig zerrüttet, daß dieser im April vom Berliner Polizeipräsidium die Herausgabe der für die Zeitung gestellten Kaution erbat. Hofstetten hatte bis dahin das Defizit des Socialdemokrat gedeckt, der, mit seinen 600 Abonnenten zu Beginn und 1200 zum Schluß des Jahres 1867, des Zuschusses noch längst nicht entbehren konnte. Jetzt aber waren die Hilfsquellen von Schweitzers Sancho Pansa — wie Liebknecht Hofstetten nannte — erschöpft, und schweren Herzens sah sich dieser Familienvater in jene Klasse der Besitzlosen herabsinken, der Schweitzer schon immer angehörte, und vor der gebieterischen Notwendigkeit, nach einer ergiebigen Erwerbsquelle Umschau zu halten. Eine solche glaubte er in Österreich finden zu können, wo die Arbeiterbewegung im Sommer 1867 in lebhaften Fluß geraten war, und er vereinbarte deshalb mit Schweitzer seinen provisorischen Rücktritt von der Leitung des ihnen gemeinsam gehörenden Blattes. Kam Hofstetten anderweitig unter, gelang sein Vorhaben, in Wien eine sozialdemokratische Zeitung zu gründen, so eröffnete sich für Schweitzer die Aussicht, mit nur geringem Aufwand der alleinige Eigentümer des einen schnellen Aufschwung versprechenden Parteiorgans zu werden, wovon er sowohl in politischer wie in finanzieller Hinsicht Vorteile erwartete. Aber auch für den Fall, daß Hofstetten in Wien scheiterte, wollte Schweitzer ihn aus dem Mitbesitz des Socialdemokrat hinausdrängen. Aus diesem Grunde wünschte er, den Vertrag mit dem neuen Verleger allein zu unterzeichnen, als kurz vor Hofstettens Abreise ein Wechsel des Druckers erfolgte. Er selbst freilich gab an, daß es ihm einen höheren Kredit verschaffen würde, wenn er der Außenwelt gegenüber als alleiniger Besitzer des Blattes dastünde. Und vom Kredit lebte er! Weitere Einzelheiten über die Art, wie Schweitzer es anstellte, um seinen Freund aus dem Besitz des Blattes zu entfernen, finden sich in der zwei Jahre später veröffentlichten Broschüre Hofstettens. Darf man dieser auch nur in ihren wesentlichsten Punkten glauben, und man darf es wohl, so muß man gestehen, daß der in allen Schlichen bewanderte Jurist die geringere Geschäftserfahrung des ehemaligen Offiziers auf eine moralisch nicht einwandfreie Weise ausgebeutet hat.

Hofstettens Expedition in das Donaureich endete mit einem völligen Miß-

erfolg. Der Wiener Arbeiterbildungsverein, um den sich seit dem Erlaß des liberalen Vereinsgesetzes vom 15. November die radikalen Elemente der Arbeiterklasse scharten und der sich zu den Lehren Lassalles bekannte, weigerte sich, ein Parteiorgan zu unterstützen, das ein Ausländer und nun gar ein Emissär Schweitzers redigierte. Vergebens erließ dieser in der Neujahrsnummer des Socialdemokrat ein inhaltlich treffliches Manifest an die Arbeiter Wiens. Als Hofstetten im Februar dort eintraf und sich noch obendrein auf eine recht ungeschickte Art einführte, zeigten diese ihm sofort deutlich, daß sie keine Lust verspürten, sich von den beiden adligen Sozialdemokraten aus Deutschland ins Schlepptau nehmen zu lassen. Daß Schweizer damals an eine Übersiedlung nach Wien gedacht haben sollte, ist völlig unglaubwürdig. Liebknecht, der in einem kaum mehr verständlichen und von Bebel nicht geteilten Optimismus unter den Händen des österreichischen Bürgerministeriums den leibhaftigen freien Volksstaat erstehen zu sehen glaubte[1]), verbreitete dieses Gerücht geflissentlich, weil er ein starkes Interesse daran haben mußte, die mächtig aufsteigende Arbeiterbewegung in Österreich von vorneherein mit Schweitzer und dessen Richtung zu verfeinden. Er hoffte, sie dereinst für die ihm selbst vorschwebende große demokratisch-sozialistische Partei zur Bundesgenossin zu gewinnen.

* * *

Der konstituierende Reichstag war nach der Erledigung des Verfassungswerkes nach Hause geschickt worden, und jetzt erging an das norddeutsche Volk der Ruf, den ersten regulären Reichstag zu wählen. Das aber sollte am 31. August geschehen, an Lassalles Todestage. Der neue Präsident setzte alle Hebel in Bewegung, um den Gedenktag zu einer würdigen Totenfeier im Sinne des Verstorbenen zu gestalten. In dem neuen Wahlkampf hatten, wie leicht begreiflich war, alle Parteien unter der Wahlmüdigkeit ihrer Anhängerschaft zu leiden. Dennoch wollte Schweitzer das Vertrauen, das der Verein in seine Geschicklichkeit gesetzt hatte, rechtfertigen. Die allgemeinen Redensarten beschränkte er in seinen Erlassen an die Arbeiterschaft auf das in solchen Fällen für den Erfolg unentbehrlichste, aber mit großem Nachdruck und mit bewundernswerter Verständlichkeit beleuchtete er die praktischen Punkte, auf die es ankam. Er bekämpfte, vorläufig noch vergebens, das weit verbreitete Vorurteil, daß einfache Arbeiter nicht das nötige Ansehen besäßen, um mit Aussicht auf Erfolg für den Reichstag kandidieren zu können. Die an dem Wahlkampf unbeteiligten süddeutschen Arbeiter

---

[1]) Vgl. Demokratisches Wochenblatt vom 4. Januar 1868. Für die ganz ungemeine Sympathie, die Liebknecht dem österreichischen Bürgerministerium entgegenbrachte, vgl. besonders Demokratisches Wochenblatt 18. Januar, 14. März und 23. Mai. Erst als nach dem dritten deutschen Bundesschießen in Wien die dortige Regierung ein Arbeiterverbrüderungsfest verbot, das am 6. September stattfinden sollte, begann allmählich auch bei ihm die Abkühlung.

ermahnte er, ihren Brüdern im Norden mit Geld zu Hilfe zu kommen. Für die Stichwahlen gab er schon im Juli die soweit richtige Parole aus, daß eine junge Partei sich keine Gelegenheit entgehen lassen dürfe, um sich politisch zur Geltung zu bringen. Nachdrücklich bekämpfte er die Ansicht seiner fortschrittlichen Gegner, die behaupteten, daß die Arbeiter stets bereit wären, für die Liberalen zu stimmen, daß aber ihre Führer sie auf die Seite der Konservativen trieben. Hörte man ihn, so verhielt es sich eher umgekehrt. Die Arbeiter forderte er auf, überall dort für die Fortschrittspartei einzutreten, wo diese nicht durch Gehässigkeit, Verleumdung und Arbeiterverfolgungen den Sozialdemokraten eine Unterstützung ihrer Gegner zur Pflicht machte. Bei zweifelhaften Fällen sollte ein Parteibeschluß die Taktik der Vereinsmitglieder bestimmen. Die Nationalliberalen, gegen die er den berechtigten Vorwurf erhob, daß durch ihre Schuld die Verfassung des Norddeutschen Bundes nicht freiheitlich genug ausgefallen wäre, rechnete er den Konservativen zu. Diesen beiden Parteien sollten die Arbeiter ihre Stimmen nirgends zur Verfügung stellen.

Wiederum bewarb sich Schweitzer in Wupperthal um das Reichstagsmandat. Ein Flugblatt hatte ihm im letzten Wahlkampf eine Verurteilung zu drei Monaten Gefängnis zugezogen, jetzt verarbeitete er dessen Inhalt zu einer, wie er es auffaßte, streng wissenschaftlichen Broschüre, die er unter dem Titel „Der Kapitalgewinn und der Arbeitslohn. Nationalökonomische Abhandlung" den Arbeitern von Barmen-Elberfeld widmete. Doch die Auffassung, daß alle im Besitz der Kapitalisten und Unternehmer angehäuften Reichtümer vom Standpunkt des „natürlichen Rechts" aus den Arbeitern gehörten, diese, wie Schweitzer meinte, „aufkeimende und noch verkannte Wahrheit", mißfiel gründlich dem neuen Berliner Polizeipräsidenten von Wurmb. Dieser fand, daß „das immer dreister vorgehende Gebahren des von Schweitzer, da soziale Lügenprobleme, unter die großen Massen geworfen, von unberechenbarer Wirkung sein könnten, die Behörde zu größter Wachsamkeit auffordere", und er erreichte tatsächlich die Beschlagnahme jener Broschüre. Aber eine Voraussage der Zukunft, daß diese Konfiskation in dem „interessantesten Wahlkreise" dem Kandidaten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nützen würde, erfüllte sich. Schweitzer kam mit 6110 Stimmen gegen 3858, die auf den Fortschrittsmann Löwe-Kalbe und 3466, die auf den nationalliberal-konservativen Kandidaten Heinrich von Sybel fielen, in eine fast sichere Stichwahl, aus der er am 7. September als Sieger hervorging. Das historische Ereignis der ersten Entsendung eines ausgesprochenen Sozialdemokraten in ein europäisches Parlament wurde von den begeisterten Elberfelder Arbeitern gebührend gefeiert, und wie ein Triumphator zog Schweitzer, von der Menge umjubelt, in einem offenen, schimmelbespannten Wagen durch die Straßen der Stadt! Der glückliche Sieger erklärte darauf in einer Ansprache, die auf die Konservativen, die seine Wahl entschieden hatten, eine sehr weitgehende Rücksicht nahm, er würde getreu den Grundsätzen der Partei, die ihn zu ihrem

Führer erkoren hätte, in den Fragen der Freiheit unwandelbar mit der äußersten Linken stimmen. Sollten aber ernstliche Gefahren von außen her das deutsche Vaterland bedrohen, so werde er, innerhalb wie außerhalb des Parlaments, den König von Preußen und seine Regierung unterstützen, in denen jetzt die nationale Machtstellung Deutschlands gipfele! Seine Pflicht und sein höchstes Glück sei es, für die Arbeitersache zu wirken, aber er werde es mit jener Schonung und Milde tun, die man den bestehenden Verhältnissen schulde! Seien doch diese Verhältnisse nicht das böswillige Machwerk einzelner, sondern das Ergebnis der geschichtlicher Entwicklung! Liebknechts starre Überzeugungstreue hat die im Munde eines revolutionären Politikers gar zu „historische" Betrachtungsweise, die aus diesen Sätzen spricht, später rücksichtslos an den Pranger geschlagen! Dennoch entsprach eine solche Auffassung Schweitzers innerlichem Denken mehr als die blutigen Dithyramben, die er, so selten wie möglich, aber hie und da doch mit Rücksicht auf die Agitation im Munde führte. Dieser Politiker war niemals ein Fanatiker gewesen! Seine Parteigenossen mögen ihm das heute als einen Vorzug oder als einen Mangel anrechnen; es ist eine Tatsache. Ebenso wie es eine bezeugte Tatsache ist, daß er nach seinem Ausscheiden aus der Politik, als sein Ehrgeiz sich andere Wege gesucht hatte, alle politische Parteirichtungen mit der Duldsamkeit eines Historikers beurteilte!

Außer Schweitzer war, auf Grund eines gegen seinen Willen von den Sozialdemokraten der Wahlkreise Lennep-Mettmann und Hagen mit den Fortschrittlern abgeschlossenen Kompromisses, noch der Arzt Dr. Reincke als Kandidat der Lassalleaner gewählt worden. Dieser politisch unklare Philanthrop erklärte jedoch gleich nach seiner Wahl, daß er nicht dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein angehöre und sich deshalb auch der Disziplin des Präsidenten nicht zu unterwerfen hätte. In Düsseldorf, wo die Arbeiter das vorige Mal auf Schweitzers Veranlassung im zweiten Wahlgang den Demokraten Grote herausgehauen hatten, verhalfen sie gegen dessen Gesinnungsgenossen Heinrich Bürgers diesmal dem Nationalliberalen Michaelis zum Siege. Das war, wie Eugen Richter richtig vermutete[1]), ein Racheakt Schweitzers, weil Bürgers in der von ihm redigierten Rheinischen Zeitung kurz zuvor den Wortlaut des seiner Zeit in Mannheim gegen ihn erlassenen Strafurteils abgedruckt hatte. Aber die Redaktion der Volkszeitung schoß weit über das Ziel hinaus, wenn sie aus diesem Einzelfall folgerte, daß der Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins die Arbeiter zu Werkzeugen des Absolutismus machen wolle. Der Hatzfeldschen Partei war es gelungen, mit reaktionärer Hilfe in Chemnitz ihren Präsidenten Försterling durchzubringen. Wichtiger war es für Schweitzer sowohl wie für den ganzen weiteren Verlauf der deutschen Arbeiterbewegung, daß Bebel und

---

[1]) Volkszeitung 13. September „Die Rheinische Fortschrittspartei und die Sozialdemokraten."

Liebknecht dem neuen Reichstage angehörten. Bedeutungsvoller noch als ihre Wahl in den von ihnen verabscheuten Reichstag erschien diesen beiden Männern selbst der Sieg, den ihre Sache am 7. Oktober auf dem Vereinstage deutscher Arbeitervereine in Gera erfocht. Hier wurde ein von Bebel entworfenes neues Statut angenommen, das den bisherigen Zwölferausschuß abschaffte und dem vom Vereinstage direkt zu wählenden Präsidenten das Recht gewährte, die übrigen Vorstandsmitglieder zu ernennen. Und der Mann, dem von der preußenfeindlichen Mehrheit des Vereinstages diese in monarchischer Richtung ausgestaltete Vollmacht und damit der beherrschende Einfluß auf hunderte von deutschen Arbeitervereinen übertragen wurde, war August Bebel!

Kapitel IX.

Der beginnende Kampf. Wiederanknüpfung mit Marx. Schweitzers demokratische Taktik.

Man muß sich immer wieder vergegenwärtigen, daß der tiefe Riß, der um diese Zeit durch die deutsche Arbeiterbewegung ging, und den Bebel in einer Polemik mit Lasker bereits von der Tribüne des konstituierenden Reichstages aus anerkannt hatte, weitaus in erster Reihe eine Folge der Ereignisse von 1866 war. Wir wissen genau, wie sich, freilich mit einer etwas späteren Retouche, die nationalpolitische Alternative damals in den Augen Liebknechts ausmalte: „Sollten die Arbeiter auf politischem Gebiet Nationalliberale werden, den Erfolgen des Grafen Bismarck zujubeln, in der von dem siegreichen preußischen Junkertum mit dem Schwert zurechtgeschnitzten Verfassung des Nordbunds den Embryo einer heilsamen Staatsgestaltung und in dem Reichstag das Mittel zur allmählichen Befreiung der Arbeiterklasse aus ihrer politischen und ökonomischen Knechtschaft erblicken? Oder sollten sie, geschart unter dem Banner der Demokratie, jeden Kompromiß mit den herrschenden reaktionären Gewalten zurückweisen und die volksfeindliche Natur des dem preußischen Militarismus gelungenen Werkes durchschauend, auf eigene Faust, jedoch selbstverständlich mit Benutzung der von den Verhältnissen dargebotenen Waffen, unentwegt und unbeirrt durch die Truggebilde des Kriegsruhms, den Kampf der Emanzipation des Proletariats und der Menschheit kämpfen? Bewußte oder unbewußte Werkzeuge des Bismarckschen Cäsarismus oder demokratische Verfechter der Ideen des Sozialismus — das war die Frage!" Schweitzers abweichender Standpunkt ist bereits charakterisiert worden. Während Liebknecht die Tribüne des Norddeutschen

---

[1]) Hochverratsprozeß a. a. O. p. 445 und 446.

Reichstages tatsächlich zu nichts anderem als zu ebenso leidenschaftlichen und überzeugten wie unfruchtbaren Protesten gegen die mit unaufhaltsamer Kraft sich vollziehende nationale Neugestaltung benutzte, wurden sein positiver gerichteter Gesinnungsgenosse Bebel, vor allem aber ihr gemeinsamer Gegner Schweitzer die Schöpfer der parlamentarischen Taktik der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Für Schweitzer fielen jene Bedenken fort, die Liebknecht abhielten, außer zu agitatorischen Zwecken sein Mandat auch zu Anregungen auf dem noch ganz wüst und unbebaut daliegenden sozialpolitischen Felde zu benutzen. Für eine parlamentarische Wirksamkeit im Reichstage brachte er schätzbare Gaben mit. Zu seinem staatsmännischen Instinkt und seiner bemerkenswerten Rednergabe gesellten sich große Sachlichkeit, juristische Schulung und verzweigte historische und politische Kenntnisse, die ihn in einer stärkeren Position und bei längerer Übung vermutlich zu einem hervorragenden Parlamentarier gemacht hätten. Bebel[1]) hat Jahrzehnte später anerkannt, daß Schweitzer, den er im übrigen für feige, perfide und unehrlich erklärte, der intelligenteste und geschickteste Journalist gewesen sei, den die deutsche Sozialdemokratie je in ihren Reihen gehabt hätte. Wollte er bescheiden von sich selbst absehen, so hätte er seinen gefährlichsten Feind auch den fähigsten und geistig hochstehendsten Parlamentarier der Partei nennen können!

Zum ersten Male ergriff der Abgeordnete für Elberfeld-Barmen am 10. Oktober im Reichstage das Wort. Er wünschte, durch ein Amendement das von Lasker beantragte Gesetz betreffend die vertragsmäßigen Zinsen abzuändern. Schon in seinem Roman „Lucinde“ hatte Schweitzer nachdrücklich die Schäden aufgedeckt, die für die besitzlose Klasse aus einer gänzlichen Abschaffung der Wuchergesetze erwachsen müßten. Jetzt, wo eine solche Gefahr nahe gerückt war, äußerte er sich in dem gleichen Sinne und schlug vor, daß, ähnlich wie es in England der Fall wäre, bei Darlehen von hundert Talern abwärts die Überschreitung eines Zinssatzes von 6 Prozent strafbar bleiben solle. Aber seine Anregung war erfolglos. Schulze-Delitzsch vermochte eine Petition des damals seinem Einfluß noch zugänglichen Berliner Arbeitervereins aufzuweisen, welche die Ablehnung von Schweitzers Antrag verlangte, weil er den arbeitenden Klassen schädlich wäre, und als es zur Abstimmung kam, triumphierte tatsächlich der „tote Schulze“ über den Nachfolger des „lebenden Lassalle“. Aus Schweitzers Schilderung des Wuchers bei der Begründung seines Antrages fühlen wir die bitteren Erfahrungen des verarmten und von seinen Gläubigern gehetzten Patriziersohns deutlich heraus. Noch eine andere kleine Episode, die sich bei seinem parlamentarischen Debüt abspielte, verdient erwähnt zu werden. Er setzte auseinander, weshalb es im Interesse der Sozialdemokratie läge, allen jenen Gesetzen zuzustimmen, durch welche

---

[1]) Neue Zeit XX. 1 in einer Erklärung gegen Mehring vom 25. November 1901.

[2]) Lucinde oder Kapital und Arbeit, Bd. I, p. 110 u. 111 und Bd. III, p. 32 u. 33.

damals die Regierung im Bunde mit den Nationalliberalen in schneller Folge die Mehrzahl der von den Wortführern des besitzenden Bürgertums seit Jahr und Tag vertretenen wirtschaftlichen Forderungen zur Ausführung brachte. Von diesen Gesetzen meinte er, daß sie wohl dem Kapital freie Bahn schüfen, daß sie aber gleichzeitig die Konzentration des Kapitals und damit bereits den Untergang des Kapitalismus beschleunigten, und er wollte sie deshalb weniger aus Sympathie als aus „Bosheit“ billigen. Der konservative Graf von der Schulenburg bekreuzigte sich wegen dieses Ausdrucks, und auch Lasker hielt es für nötig, sich sittlich zu entrüsten. Aber Schweitzer hatte ein geflügeltes Wort geprägt, das die Runde durch die ganze Presse machte und sich damals einen Platz in der parlamentarischen Terminologie eroberte.

Ungefähr gleichzeitig bemühte Schweitzer sich vergebens, für einen von ihm mit vielem Fleiß ausgearbeiteten Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeit gegen das Kapital die zu dessen Einbringung notwendige Unterstützung von 15 Abgeordneten zu erlangen. Försterling und Dr. Reincke versagten sich ihm, weil sie persönlich mit ihm zerfallen waren. Liebknecht erklärte konsequent, daß er und seine Gesinnungsgenossen den Norddeutschen Bund zu ruinieren wünschten, und daß ihnen deshalb nicht daran liegen könnte, durch wichtige soziale Gesetze ihn zu stärken. Aber auch bei den Liberalen, die ihn nicht aufkommen lassen wollten, und bei den Konservativen, die es unerhört fanden, daß er auch die ländlichen Arbeiter geschützt wissen wollte, hatte Schweitzer kein Glück, und wirklich kam der Entwurf, zu seinem großen Ärger, nicht zur Beratung. Es war darin unter anderem zusammengestellt, was bereits die preußische Gesetzgebung über das Verbot der Kinderarbeit und des Trucksystems verfügte. Darüber hinaus aber hatte er die Forderung des zehnstündigen Arbeitstages für alle erwachsenen Arbeiter aufgestellt sowie die Einführung von Fabrikinspektoren und die Einsetzung ständiger Parlamentskommissionen für die Veranstaltung von Enqueten über die Lage der städtischen und ländlichen Arbeiter gefordert. Das Gesetz sollte sich nicht nur auf alle Gewerbebetriebe erstrecken, die mehr als zehn Arbeiter beschäftigten, sondern auch auf die Hausindustrie und die Landwirtschaft. Doch auch wenn dieser Entwurf mit seinen unter Anlehnung an die englische Fabrikgesetzgebung zusammengestellten 47 Paragraphen zur Abstimmung gelangt wäre, hätte er keine Aussicht gehabt, Gesetz zu werden, denn er kam zu früh für die politische Konstellation und für das soziale Verständnis jener Tage. Die Beschuldigungen, die später im Anschluß an diese sozialpolitische Anregung von sozialdemokratischer Seite gegen Schweitzers politische Integrität erhoben wurden, sind so haltlos, daß es sich nicht verlohnt, sie noch einmal ausdrücklich zu widerlegen, zumal dieses Geschäft von Mehring[1]) auf eine durchaus einwandfreie Weise erledigt worden ist. Der sozialdemokratische Apologet Schweitzers weist auch darauf hin, daß sich zur Zeit der Einbrin-

[1]) A. a. O. Bd. III. p. 290 u. 291.

gung dieses Antrages der Genfer Kongreß der Internationale bereits über Arbeiterschutzgesetze dahin ausgesprochen hatte, daß sie keineswegs geeignet seien, die regierende Macht zu stärken, sondern daß sie dazu beitrügen, sie in ein Werkzeug der Arbeiterklasse zu verwandeln. Bei der Beratung über die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund im folgenden Jahre dienten Schweitzers Studien zu diesem Gesetzentwurf ihm als Unterlage für seine ansehnliche kritische Mitarbeit bei jenem wichtigen Werke.

Obgleich es im Herbst 1867 längst bekannt war, daß die Regierung eine Bundesgewerbeordnung vorbereitete, so hielten es dennoch Schulze-Delitzsch und seine politischen Freunde im Hinblick auf die starke Bewegung in den Arbeiterkreisen für angezeigt, deren Fertigstellung nicht abzuwarten, um die gänzliche Aufhebung des noch immer zu Recht bestehenden aber überlebten und unhaltbaren Koalitionsverbots zu verlangen. Schweitzer hatte schon im September von seinen Berliner Anhängern eine das gleiche Ziel anstrebende Resolution votieren lassen; er unterstützte deshalb jetzt im Reichstag, ebenso wie es auch Bebel tat, den Antrag der Fortschrittspartei. Wie bei früheren Anlässen äußerte er sich hier über die unmittelbaren ökonomischen Vorteile der Arbeitseinstellungen skeptisch. Ihm galten die Streiks nur als eine erste primitive Form, zu der die zum Bewußtsein erwachende Arbeiterklasse im gesellschaftlichen Kampfe greife. Erst als er sich selbst an die Spitze der Gewerkschaftsbewegung stellte, sprach sich Schweitzer auch über die unmittelbaren ökonomischen Vorteile von Arbeitseinstellungen etwas günstiger aus, aber selbst dann noch legte er das Hauptgewicht auf ihren in politischer Hinsicht erzieherischen Wert[1]). Übrigens benutzte er an diesem 14. Oktober den Beratungsgegenstand noch flink, um unter dem offenbaren Einfluß des kurz zuvor erschienenen ersten Bandes des „Kapital" seiner zu geistiger Mitarbeit auf diesem Gebiet nicht sehr geneigten Zuhörerschaft die Hauptgedanken der Mehrwertlehre vorzutragen. Am folgenden Tage prüfte der Reichstag die Wahl des Landrats Devens, der in Essen mit einer winzigen Stimmenmehrheit in der Stichwahl über den Lassalleaner Hasenclever gesiegt hatte. Der Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erhob bei diesem Anlaß energischen Einspruch gegen die „Denunziation", als ob die Arbeiter, wenn sie auch keineswegs Lämmer wären, in Essen oder irgendwo sonst an die Gewalt appelliert hätten!

In einer Zeit, wo die junge Arbeiterbewegung zum ersten Male einige wenige Erwählte der erwachenden Klasse in den Reichstag hineingebracht hatte, bestritten liberale und konservative Abgeordnete den Eindringlingen noch gern bei jeder Gelegenheit das Recht, sich als die besonderen Vertreter des Arbeiterstandes zu

---

[1]) Für die Entwicklung von Schweitzers Urteil über Arbeitseinstellungen bis zum Arbeiterkongreß vom folgenden Jahre vgl. Socialdemokrat 3. Juli, seine Ausführungen auf den Hamburger Generalversammlungen im Socialdemokrat 28. August, seinen und Fritzsches Aufruf zu dem Kongreß vom Tage zuvor und die Leitartikel des Socialdemokrat vom 4., 6., 9., 11., 13., 18. September 1868.

gebärden, da auch von ihnen viele, die einen mehr, die anderen weniger, ihre Mandate den Stimmen von Arbeitern verdankten. Der Historiker kann einen solchen Einwand, der damals noch manchem annehmbar erschien, heute nicht mehr gelten lassen. Er wird eher Schweitzer Recht geben, der die hauptsächlich von ihm geführten zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiterelemente als die Vorläufer der in politischer Hinsicht noch schlummernden Massen respektiert wissen wollte. Stellt man sich auf diesen Standpunkt, so durften in der Tat nur fünf Mitglieder des Reichstages sich als Arbeiterabgeordnete betrachten, Schweitzer und Dr. Reincke, die aus Industriegebieten am Rhein und Försterling, Bebel und Liebknecht, die aus sächsischen Industriegebieten nach Berlin entsandt waren. Der Advokat Schraps und der Arzt Goetz, die sich als großdeutsche Partikularisten ebenfalls der sächsischen Volkspartei beizählten, gaben sich wohl selbst nicht als spezielle Vertreter der Arbeiterklasse aus.

Zu seiner nicht geringen Schadenfreude sollte der Reichstag bald erfahren, wie schlimm es um die Einigkeit jener winzigen Gruppe von fünf Arbeiterabgeordneten bestellt war. Es hatte nur ein ephemeres Interesse, daß der Hatzfeldianer Försterling seines eigenen Weges ging, und daß Reincke, statt des von Schweitzer gepredigten Klassenkampfes, die klassenversöhnende Wirkung des Sozialismus pries. Aber eine geschichtliche Bedeutung kommt dem Kampfe zwischen Schweitzer und Liebknecht zu, der nun in offener Reichstagssitzung zum Ausbruch kam. Solange Liebknecht sich von Berlin fernhielt, hatte es Schweitzer am vorteilhaftesten geschienen, die Dinge, die sich in Sachsen abspielten, im Parteiorgan so viel wie möglich totzuschweigen und Polemiken zu vermeiden, die höchstens auf theoretischem Gebiet ihm hätten Freude machen können. Diese Taktik ließ sich aber nicht mehr durchführen, seitdem sein alter Gegner als Reichstagsabgeordneter in Berlin weilte und hier darauf ausging, in Arbeiterkreisen Anhang zu gewinnen. Schon ein Vorgang in der Berliner Mitgliedschaft seines eigenen Vereins mußte Schweitzer die Überzeugung beibringen, daß der offene Kampf sich nicht länger vermeiden ließ. Es war nämlich gerade um jene Zeit aus den Kreisen der Arbeiter selbst, aus welchem speziellen Anlaß ist nicht mehr ersichtlich, die Anregung aufgetaucht, in Berlin eine Totenfeier für Lassalle zu veranstalten, zu der alle sich als Sozialisten betrachtende Reichstagsabgeordneten, also auch Liebknecht und Bebel, besondere Einladungen erhalten sollten. Schweitzer bekämpfte in einer Mitgliederversammlung vom 12. Oktober diesen Vorschlag; er wies darauf hin, daß jene beiden Männer sich in der den Tag beherrschenden deutschen Frage nicht auf dem gleichen politischen Boden mit dem Verein befänden, erkenne doch dieser den Norddeutschen Bund unter Preußens Führung an, während jene Partikularisten auf Preußens Ruin hinarbeiteten! Wenn man dem Ohr des überwachenden Polizeileutnants glauben darf, so war in dieser Versammlung das sächsische Element besonders stark vertreten. Alle, die in der sich entspinnenden lebhaften Debatte ihr Mißtrauen gegen Schweitzer und ihre Unzufriedenheit mit

dessen „konservativem Standpunkt" äußerten, sollen sich des nicht leicht verkennbaren Dialekts des Geburtslandes der neueren Arbeiterbewegung bedient haben. Aber Schweitzers Klugheit gelang es, das Erscheinen seiner Gegner im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein dadurch zu hintertreiben, daß er selbst das Projekt der Totenfeier zu Fall brachte. Drei Tage nach diesem Vorgang sprach im Schneiderfortbildungsverein Liebknecht „über die derzeitige Aufgabe eines Arbeitervertreters im Reichstage". Noch vermied er es offenbar, in einer Arbeiterversammlung gegen den Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mit Namensnennung zu polemisieren. Für Eingeweihte konnte aber kein Zweifel bestehen, daß es ihm hier besonders darauf ankam, seine ablehnende Haltung gegen Schweitzers sozialpolitischen Gesetzentwurf zu rechtfertigen. Er erklärte es für schädlich, die soziale Frage in den Vordergrund zu stellen, bevor die preußische Reaktion gestürzt wäre. Denn die cäsaristische Junkerpartei wolle sich dieser Frage bedienen, um sie als Zankapfel zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu werfen, deren Zusammengehen im beiderseitigen Interesse eine dringende Notwendigkeit wäre. Dieser eingefleischte Feind des siegreichen preußischen „Pseudoabsolutismus" wäre damals vor keinem Bündnis zurückgeschreckt, von dem er dessen Sturz erwarten konnte, und die Einseitigkeit und Leidenschaftlichkeit seines Wünschens hypnotisierte ihn derart, daß er selbst von einer Verwirklichung sozialistischer Ziele nicht eher etwas hören wollte, als bis der Absolutismus am Boden läge und der Staat auf demokratischer Grundlage dastünde[1]).

Auf diese Präludien folgte in der Reichstagssitzung vom 18. Oktober, bei der Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst, ein öffentliches Rededuell zwischen den beiden Matadoren der deutschen Arbeiterbewegung. Tags zuvor hatte Liebknecht, bevor er eine von ihm und seinen Freunden beantragte Resolution auf schleunige Abschaffung des stehenden Heeres und dessen Ersatz durch eine Volkswehr einbrachte, die ganze Schale seines Zorns auf das Gewaltwerk des Norddeutschen Bundes ausgeleert und als der überkühne Prophet, der er war, verkündet, daß die Geschichte hinwegschreiten werde über einen Bund, der Deutschlands Teilung und Knechtschaft bedeute und über einen Reichstag, der nur das Feigenblatt des Absolutismus wäre. Unmöglich konnte Schweitzer durch sein Schweigen der Auffassung, die sich leicht hätte einnisten können, Vorschub leisten, daß alle Sozialdemokraten derartigen Ausführungen zustimmten. Im Namen der Tausende von Arbeitern, die ihn zu ihrem Führer gewählt hätten, gab er die Erklärung ab, daß zwar auch sie sich in Opposition gegen die inneren Zustände des Norddeutschen Bundes befänden, den sie in Übereinstimmung mit der Fortschrittspartei freiheitlicher zu gestalten wünschten. Nicht aber seien sie gewillt, mit Liebknechts Freunden den depossedierten Fürsten und einem neidischen Auslande, nach dem Ruin des preußischen Staats zu trachten. „Es liegt

---

[1]) Vgl. das Referat der Zukunft vom 16. Oktober.

uns fern", rief er aus, „mit jenen selbst diejenigen Eigenschaften an Preußen leugnen und bemäkeln zu wollen, welche im vorigen Jahre eine feindliche Welt bewundernd anerkennen mußte!" Auf Liebknechts Mühle lieferten der Ton und Inhalt dieser Worte das erwünschteste Wasser. Daß Schweitzer, indem er so sprach, ihm einen großen Dienst erwiesen hätte, gestand er offen ein, und er erklärte, daß er gern die Gelegenheit ergreife, um auszusprechen, daß er mit dem „Doppelgänger des Herrn Wagener" nichts zu schaffen habe. Liebknecht hat später, in der schon erwähnten aus Hubertusburg datierten schriftlichen Aussage an das Leipziger Bezirksgericht, diese Szene ausgemalt: „Schweitzer schwieg verlegen, Herr Wagener, auf den alle Blicke sich richteten, sprang auf, wie von der Tarantel gestochen und — schwieg. Er wußte, daß ich antworten konnte." Es mag sein, daß Liebknecht aus den Monaten, wo er der Redaktion des Social=demokrat angehört hatte, Beweise, deren es heute nicht mehr bedarf, dafür beibringen konnte, daß Wagener, so lange der Verfassungskonflikt nicht beigelegt war, direkt oder auf dem Wege über Preuß eine gewisse Fühlung mit Schweitzer zu unterhalten suchte. Aus Wageners Erinnerungen ergibt sich auch, daß er den sozialdemokratischen Führer persönlich kannte, freilich könnte diese Bekanntschaft ebenso gut erst aus der Zeit stammen, wo sie zusammen im Reichstage saßen. Irgend etwas greifbar neues über die angeblichen Beziehungen Schweitzers zur Regierung enthält auch diese Aussage Liebknechts nicht.

Nun war die Fehde in aller Form eröffnet, und schon in den nächsten Tagen trugen das gesprochene wie das gedruckte Wort dazu bei, sie noch weiter zu verschärfen. In einer Mitgliederversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hielt Schweitzer am 20. Oktober einen Vortrag über „Preußen und die deutsche Frage." Es ist charakteristisch für die Geschicklichkeit, mit der dieser Demagoge es verstand, ohne den Tatsachen zu große Gewalt anzutun, die Wirklichkeit in seinem Interesse zu stilisieren. Die große Mehrzahl der Berliner Arbeiter befand sich noch immer unter dem Einfluß der Fortschrittspartei, aber die Hoffnung, sich ihrer Führung zu bemächtigen, hatte Schweitzer niemals aufgegeben, obgleich er sie zeitweise zurückstellen mußte. Nichts konnte für ihn angesichts des immer reger sich entwickelnden Klassengefühls der hauptstädtischen Arbeiterschaft verhängnisvoller werden, als wenn sein gefährlichster Gegner in Berlin Boden faßte. Nun war aber das Gros dieser Arbeiter, trotz ihrer politisch radikalen Gesinnung, keineswegs feindlich und nicht einmal gleichgiltig gegen den jungen Ruhm der heimischen Fahnen und die Stärkung der vaterländischen Machtstellung, für die auch von ihnen viele ihr Blut vergossen hatten. Gerade die deutsche Frage bot deshalb Schweitzer ein günstiges Terrain, um dem verbissensten Feinde Preußens eine Schlacht anzubieten. So begann er seinen Vortrag mit der Erklärung, daß er in bezug auf den Norddeutschen Bund weder mit den bürgerlichen Radikalen, deren Organ, die Zukunft, mit Liebknecht freundliche Beziehungen unterhielt, noch mit den Nationalliberalen eines Sinnes wäre,

daß er aber mit der Fortschrittspartei in diesem Punkte übereinstimmen könne. Er durfte des Beifalls der Mehrzahl seiner Hörer gewiß sein, wenn er Liebknecht zurief, daß Europa niemals vor der preußischen Wehrkraft einen gleich großen Respekt empfunden hätte, wie seit Königgrätz. Wenn böswillig ungerechte Vorwürfe gegen die Regierung geschleudert würden, müßten die berechtigten ihre Kraft verlieren. Wolle man ehrlich für die Sache des Volkes wirken, so könne das nur innerhalb des neu sich bildenden Vaterlands geschehen! Aber ohne Widerspruch blieben Schweitzers Ausführungen auch an diesem Abende nicht. Der Schuhmacher Metzner, den Lassalle einst zum ersten Berliner Delegierten des Vereins ernannt hatte, warf sich, wie schon bei früheren Anlässen, zum Verteidiger Liebknechts auf und suchte den Redner als einen preußischen Partikularisten abzutun. Er oder einer seiner Freunde, der nach ihm sprach, interpretierte auf gut Berlinisch die Anfangsbuchstaben von Schweitzers Namen mit: Jott bewahre mich vor Schweitzer! Damit nicht genug, Metzner schlug eine Resolution vor, die besagte, daß Schweitzer durch sein Auftreten im Reichstage und durch seine Angriffe auf die radikale Partei das wenige Vertrauen, das er bisher unter den Berliner Arbeitern genossen, vollständig verloren hätte. Fernerhin beschloß die Versammlung, ebenfalls wohl auf Metzners Antrag, zu der für den 25. Oktober in Aussicht genommenen Fortsetzung der Diskussion Liebknecht eine Einladung zugehen zu lassen. Hofstetten, der mit dieser Mission betraut wurde, will sich ihrer schon am 23. richtig entledigt haben[1]), von gegnerischer Seite wurde das bestritten. Tatsache ist jedenfalls, daß Liebknecht auch in jener zweiten Versammlung nicht erschien. Vergebens versuchte Metzner hier eine Abstimmung über seine Resolution vom zwanzigsten durchzusetzen, Schweitzers Anhänger verfügten über die Mehrheit und zogen es vor, einem Antrage ihres Präsidenten Folge zu geben, der lediglich darüber abgestimmt wissen wollte, ob man die deutsche Politik der Fortschrittspartei oder die der sächsischen Radikalen billige. Bei dieser Fragestellung bestand kein Zweifel darüber, daß die Versammlung dem Standpunkt der Fortschrittspartei beipflichten würde. Durch einen Leitartikel des Socialdemokrat vom 30. Oktober wollte Schweitzer diesen Erfolg, dessen Tragweite er schwerlich überschätzte, noch befestigen. Die sächsische Volkspartei wird dort als eine Partei geschildert, die ihrem ganzen Wesen nach keine soziale, sondern eine politische sei, und die nur deshalb hie und da „einiges in sozialer Frage mache", um die Arbeiter in ihr Schlepptau zu bekommen und sie dann „absichtlich oder unabsichtlich" zu Barrikadenfutter für politische Zwecke heranzubilden. Aber schon bevor er diesen Artikel lesen konnte, hatte Liebknecht in einem Brief an die Zukunft den Trick, mit dem Schweitzer seine zufällige Übereinstimmung mit der Fortschrittspartei ausnutzte, als ein plumpes Manöver gebrandmarkt,

---

[1]) Vgl. Hofstettens Zuschrift vom 29. und Schweitzers vom 30. Oktober in der Zukunft vom 1. November.

das bei den Berliner Arbeitern, da ihnen der Mann und sein Treiben bekannt wären, unmöglich verfangen könne. In seiner Antwort vom 31. Oktober war Schweitzer boshaft genug, die Gehässigkeit seines Gegners gegen ihn aus dessen Wut über die notorische Erfolglosigkeit seiner Berliner Propaganda abzuleiten. Das von Liebknecht in seinem Schreiben wiederholte bonmot von dem „Doppelgänger des Herrn Wagener" tat Schweitzer verächtlich mit dem Hinweise ab, daß von jeher noch jeder der Reaktion verdächtigt worden wäre, der sich ernstlich der Arbeiterinteressen angenommen hätte. Er glaubte gewiß ein übriges zu tun, wenn er gleichzeitig wortstecherisch im Socialdemokrat erklärte, er hätte Liebknecht niemals einen österreichischen Agenten genannt. Der Schluß der Reichstagssession setzte dieser immer persönlicher werdenden Polemik ein vorläufiges Ziel, aber in einem Rechenschaftsbericht an seine Wähler in Elberfeld entwickelte Schweitzer noch einmal den ganzen sachlichen Kern der Kontroverse. Gegenüber den ständig wiederkehrenden Verdächtigungen seiner demokratischen Gesinnung betonte er dort nachdrücklich, daß er im Reichstag bei allen Abstimmungen mit der Fortschrittspartei gegangen wäre. Vielleicht wollte er dadurch auch noch besonders einem von seinen Feinden verbreiteten Märchen entgegentreten, das behauptete, er hätte für die Militärvorlage gestimmt.

Schweitzer war jetzt Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, alleiniger Herausgeber des Organs der Partei und deren Wortführer im Norddeutschen Parlament. Die ihm unversöhnlich feindlich gesinnten Elemente von links und rechts hatte er aus dem Verein hinausgedrängt und war gesonnen, hinfort keinen ihm unberechtigt erscheinenden Widerspruch gegen seine Geschäftsführung zu dulden. Fürsprecher einer straffen Zentralisation war er stets gewesen, aber trotzdem hatte er, solange er noch nicht selbst an der Spitze stand, die Unverletzlichkeit der von Lassalle der Bewegung verliehenen Organisation nicht anerkennen wollen. Von nun an gibt er sie für das beste Kleinod des Vereins aus und verlangt von allen, die sich als Sozialdemokraten bezeichneten, daß sie diese ihm jetzt so vorteilhafte Organisation als ein noli me tangere behandelten. Der Mißerfolg bei den ersten Wahlschlachten des deutschen Proletariats hatte dem alten Rittinghausen in Cöln, einem ehemaligen Mitarbeiter der Neuen Rheinischen Zeitung, die Idee eingegeben, die Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins für die Rheinlande anzuregen. Aber in Schweitzers Augen war ein solches Vorhaben unvereinbar mit dem streng zentralistischen Prinzip, auf dem der Verein beruhte. Dem Veteranen fehlte die Disziplin, um einen Verweis des um so viel jüngeren Präsidenten ruhig einzustecken. Seine Antwort enthielt mehr als ein Gran Wahrheit. Sie warf Schweitzer vor, daß er alle nicht formell dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein angehörenden sozialistischen Elemente systematisch abstieße; nun möge eine solche Politik vielleicht „für irgend einen Präsidenten" nützlich sein, für den Verein wirke sie nicht gedeihlich! Doch diese Stimme des alten Kämpfers blieb vorläufig ohne

Echo. Die Konsolidierung der Partei durch eine straff gehandhabte Präsidialgewalt hatte sich dem alten Stamme der Mitglieder in so starkem Maße als ein Bedürfnis aufgedrängt, daß selbst der eigensinnige York, der einst bei der ersten Präsidentenwahl Lassalle seine Stimme vorenthalten hatte, deren Notwendigkeit anerkannte. Günstig erwies sich anfänglich für Schweitzers Diktatur die Taktik, die er im Socialdemokrat gegenüber der sächsischen Volkspartei und dem Verein der Gräfin Hatzfeld befolgte. Er ließ dort nämlich die Partei Liebknechts und Bebels und besonders deren seit dem Anfang des Jahres 1868 erscheinendes Organ, das Demokratische Wochenblatt, konsequent totschweigen, Streitigkeiten mit der weiblichen Linie der Lassalleaner aber verpönte er als Kindereien. Nur so erklärt es sich, wie dieser Mann, der alle Instrumente der Agitation meisterhaft spielte, die weitaus überwiegende Mehrzahl seiner Anhänger allmählich zu der katholisierenden Überzeugung bekehren konnte, daß nur die Gläubigen der von ihm als Pontifex maximus geleiteten Lassalleanischen Kirche wahre Sozialdemokraten wären.

Aber Schweitzer begriff gleichzeitig, daß seine Diktatur, wie die des ihm schicksalsverwandten Abenteurers auf dem französischen Kaiserthron, nur solange sicher war, als die Bewegung, die er leiten wollte, ihre Herrschaft über die Massen fortschreitend ausdehnte. Das gänzliche Fiasko der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen in Berlin bewies ihm den geringen Erfolg der vor zwei Jahren von ihm dort unter günstigen Zeichen begonnenen Agitation. Er konnte sich unmöglich verhehlen, daß hier die Waldeck, Schulze-Delitzsch, Duncker auch nach der Beilegung des Verfassungskonflikts noch nicht viel von ihrem alten Einfluß auf die Massen eingebüßt hatten. Aber seine zähe Natur vermochte ein Mißerfolg weder zu entmutigen noch zu Übereilungen hinzureißen. Er erkannte, daß er von vorne zu beginnen hätte. Hierfür erschien es ihm notwendig, daß er sich eine zuverlässige Kerntruppe einexerzierte. Während der Sommermonate des Jahres 1867 berief er das halbe Hundert seiner zuverlässigsten Anhänger so häufig zu Versammlungen ein, daß sein Eifer ihm wieder einmal die alte Anklage wegen Übertretung des bekannten Paragraphen des Vereinsgesetzes eintrug. Er sollte auf sechs Wochen ins Gefängnis wandern, weil er sich an der Spitze verschiedener miteinander in Verbindung stehender Vereine befände. Das Stadtgericht sprach ihn frei und trat der Auffassung des Angeklagten bei, daß es beim Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein keine Zweigvereine gäbe, sondern daß er nur an verschiedenen Orten Mitglieder hätte. Aber der Senat des Kammergerichts stieß dieses Urteil im Juli 1868 um und verfügte von neuem die Schließung der Berliner Gemeinde.

Auch nach dem Ende der Session ließ Schweitzer keine Pause in seinen Bemühungen eintreten. Bald stellte er seine dramatische Begabung in den Dienst der Agitation, indem er durch die Veröffentlichung des abgefeimt demagogischen Einakters „Der Schlingel“ das Klassengefühl der Arbeiter schürte, bald veran-

staltete er öffentliche Disputationen mit dem theoretisch unklaren, aber nicht anhanglosen Held, der jene Art von kleinbürgerlichem Antikapitalismus vertrat, die sich später in den Antisemitismus festbiß, bald benutzte er den Ausfall der preußischen Landtagswahlen, bei denen seine Partei an eine Beteiligung noch nicht denken konnte, um dem nicht zu Bismarck übergetretenen Teil der bürgerlichen Demokratie zu demonstrieren, wie ohnmächtig sie wäre, solange „das Volk" der „Klassenwahlkomödie" fernbliebe.

Daß des Präsidenten eifrige Tätigkeit für eine wirksame Reorganisation des Vereins nicht fruchtlos geblieben war, erwies sich auf der von ihm diesmal nach Berlin einberufenen Generalversammlung vom 22. November. Zum ersten Male ließ sich hier auch in den Kassenverhältnissen eine Besserung konstatieren, und die Abonnentenziffer des Socialdemokrat hatte sich seit Jahresfrist fast verdreifacht. Wichtiger noch war, daß die politische Taktik der Partei jetzt keinen Anlaß zu Streitigkeiten mehr bot. Schweitzers Wiederwahl zum Präsidenten konnte unter solchen Umständen nicht angefochten werden. Aber selbst gegen eine Statutenänderung, die trotz seiner Stimmenthaltung dennoch von ihm veranlaßt wurde, trat kein ernsthafter Widerstand hervor, obgleich sie von einschneidender Bedeutung war. Man faßte nämlich einen Beschluß, welcher der Generalversammlung die Befugnis zur Präsidentenwahl entzog. War doch hier allein den Delegierten der verschiedenen Ortschaften die Gelegenheit zu einer persönlichen Aussprache geboten! Diese aber hätte möglicherweise auch einmal zu einer Absetzung des Diktators führen können! Künftig sollte der Präsident einige Wochen vor der Generalversammlung durch Urabstimmung gewählt werden. Mit dieser Neuerung war man faktisch beim Plebiscit angelangt. In der Natur aller stark zentralistisch zugeschnittenen Organisationen liegt die Versuchung, daß die übermächtige Präsidialgewalt auf die Machtminderung der zwischen ihr und den amtlosen Massen stehenden Organe hinarbeitet, mögen diese sich Vorstand und Delegierte oder Minister und Parlament nennen. Die einzelnen Gemeinden des Vereins vernahmen von einander im wesentlichen nur durch das Vereinsorgan, das sich völlig in den Händen Schweitzers befand. Aber auch sonst konnte es ihm niemals an Mitteln und Wegen fehlen, um sich bei der großen Masse um die ihm lange genug versagt gebliebene Popularität erfolgreich zu bewerben. Durch zahllose Agitationsreisen suchte er in der folgenden Zeit das Vertrauen zu seiner Führung zu vermehren und seiner Diktatur an den Massen eine Stütze zu sichern für den Fall, daß die lokalen Führer einmal schwierig werden sollten!

Aus den Resolutionen, die auf der Berliner Generalversammlung gefaßt wurden, läßt sich herauslesen, wie sorgsam Schweitzer bedacht war, sich von niemanden, wer es auch immer wäre, den zugkräftigen demokratischen Wind aus den Segeln nehmen zu lassen. Seit er die Konservativen nicht mehr gebrauchte, waren diese bei ihm zu einer prinziplosen gouvernementalen Partei herabgesunken. Dafür bediente er sich jetzt, soweit politische Gesichts-

punkte in Betracht kamen, der Fortschrittspartei gegenüber eines freundlicheren Tones als in früheren Jahren. Möglich ist, daß die Schwäche seiner parlamentarischen Position ihm anriet, „Bürger und Arbeiter", die er sonst auseinanderhetzte, zum Zusammenschluß aufzufordern, um durch ihr Bündnis dem Norddeutschen Bund und sonderlich Preußen eine freiheitlichere Gestalt zu erobern. Stärker fiel zu Gunsten dieser Annäherung bei ihm wohl ins Gewicht, daß er mit den Werbungen Liebknechts und der Volkspartei um die Berliner Arbeiterschaft rechnen mußte. Die Abwehr jener auch für die Liberalen lästigen Outsider konnte beiden Teilen, den Lassalleanern wie den Fortschrittlern, eine vorübergehende Frontgemeinschaft erwünscht machen.

Vor elf Monaten hatten Hoffnungen, die sich hernach nicht erfüllten, ihn zur Annahme der Resolution „Durch Einheit zur Freiheit" bestimmt. Die hatte man schon in Braunschweig zum alten Eisen geworfen. Aber erst hier in Berlin ließ Schweitzer von der Generalversammlung in feierlicher Resolution ausdrücklich jeden Versuch verdammen, die deutsche Einheit ohne die deutsche Freiheit zu verwirklichen. Auf jenem Wege, der die ursprünglich im nationalen Boden wurzelnde Partei Lassalles, unter dem Druck der sozialen und politischen Entwicklung, allmählich der Auffassung der Internationale näher brachte, bedeutete diese Generalversammlung ebenfalls eine weitere Etappe. Schweitzer wollte nämlich hier in einer von ihm verfaßten Resolution die Herstellung der nationalen Einheit auf Grundlage der politischen Freiheit nicht mehr als Selbstzweck anerkannt wissen. Dieses Ziel galt ihm jetzt nur noch als ein Mittel zur Verwirklichung der weitergehenden sozialen Ideale der Arbeiter, worunter er die Ausgleichung der Klassengegensätze durch die Umgestaltung der Produktionsgrundlagen und der Besitzverhältnisse begriff. Eine solche Richtlinie war aber der Arbeiterklasse aller Kulturländer gemeinsam, und so wurde der gegenseitige Beistand und die Vereinigung der Unterdrückten aller Länder vom Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine jetzt als die Voraussetzung anerkannt für die siegreiche Durchführung des Kampfes der Arbeit gegen das Kapital und für die „Herstellung des sozialdemokratischen Volksstaats".

Mit dieser Resolution verließ der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein den spezifisch nationalen Boden, denn er bewertete das Ideal der Kämpfer von 1848, die Einigung des gesamten Deutschlands auf freiheitlicher Grundlage, bloß noch als ein Durchgangsstadium zur Verwirklichung einer sozialen Umgestaltung, deren andere Vorbedingung eine „Vereinigung" der Arbeiter der verschiedenen Länder wäre. Prinzipiell wurde damit in der Tat der nationalpolitische Gesichtspunkt dem intersozialen untergeordnet; die praktische Tragweite dieses Beschlusses, der eine sehr bewußte Annäherung an Marx bedeutete, wußte Schweitzer freilich noch durch allerlei Einschränkungen, herabzumindern. Mit der bei ihm so beliebten Dosierung des Heterogenen erklärte der Socialdemokrat vom

5. Januar 1868, daß die Liebe zum Vaterlande nicht aufgegeben werden könne, solange Deutschland noch einem cäsarischen Frankreich gegenüberstünde, und bis die rote Fahne, „das eigenste Banner des europäischen Proletariats", entfaltet werden dürfe[1]), verspricht er, dem schwarz-rot-goldenen Banner die Treue zu halten. Daß international-proletarische Gefühle mit patriotischen Gesinnungen vereinbar seien, vermag heute kein vorurteilsloser Beobachter mehr zu bestreiten[2]). Aber so friedlich zwei Wertungen nebeneinander ruhen können, die Möglichkeit eines Konfliktes zwischen ihnen läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Das Vorwiegen des nationalen oder internationalen Ferments in einer sozialen Bewegung wird sich mit aller Deutlichkeit erst dort enthüllen, wo einer bestimmten Situation gegenüber die Entscheidung zugunsten eines der beiden Ideale zur unvermeidlichen Notwendigkeit wird, weil die Treue gegen das eine die zeitweilige Verletzung des anderen in sich schließt. Schweitzer setzte das nationale Ideal für einen näheren oder ferneren Zeitpunkt in Unwirksamkeit, wenn er ihm nur noch für so lange eine Gültigkeit zuerkannte, bis überall in Europa freiheitliche Zustände herrschten. Aber keineswegs sprach er damit schon aus, wie er und seine Partei sich verhalten würden, wenn sie noch vor dem Eintritt jener Frist in eine Zwangslage gerieten und sich entscheiden müßten zwischen dem Selbstbehauptungsrecht der Nation, der sie angehörten, und dem Zusammenhangsgefühl mit dem Proletariat eines anderen Landes. In einem Kriege zwischen Kulturnationen sah Schweitzer ein ungeheures Unglück für Sieger und Besiegte. Aber er hatte sich zu ernsthaft die politischen und wirtschaftlichen Situationen veranschaulicht, in denen solche tragischen Katastrophen eintreten können, als daß er eine Zerstreuung der während aller jener Jahre von Westen her drohenden Wolke mit dem wohlfeilen Optimismus bürgerlicher Ideologen von der Tätigkeit einer bleichsüchtigen Friedens- und Freiheitsliga erwartet hätte[3]). Die wohlgemeinten doch notwendig folgenlosen Bestrebungen dieser internationalen Gesellschaft schätzte er nicht höher ein als Friedrich Engels, der über ihre deutschen Hauptmatadore spottend äußerte, diese föderalistischen Republikaner schienen von der ganzen Welt nur die Schweiz und den „Kanton Badisch" zu kennen[4]).

Im Sommer des Jahres war der erste Band des „Kapital" von Karl Marx im Druck erschienen, aber es bedurfte einer langjährigen und vielleicht noch niemals in der Geschichte in solchem Umfang und mit solcher Hartnäckigkeit betrie-

[1]) Socialdemokrat. 22. März 1868.

[2]) Über dieses Thema gibt es eine große Literatur. Vgl. neuerdings u. a. Macdonald in Sozialistische Monatshefte 1907, p. 590, sowie Sombart, Sozialismus und soziale Bewegung. 5. Auflage Jena 1905 a. a. O. Für Äußerungen von Lassalleanischer Seite nach Schweitzers Rücktritt vgl. Hasselmann in Neuer Socialdemokrat 7. Juni 1872 und Hasenclevers Rede in Chemnitz ibid 5. März 1875.

[3]) Socialdemokrat 11. August 1867 und 16. Juli 1869.

[4]) Jenny Marx an Johann Philipp Becker in Neue Zeit VI. p. 507.

benen Popularisierungsarbeit, um auch nur einer geistigen Oberschicht der deutschen Arbeiterschaft die Hauptgedanken dieses schwer faßlichen gelehrten Werkes verständlich zu machen. Gleich in der ersten Nummer des Demokratischen Wochenblatts wurde „das Kapital" als ein epochemachendes Werk gefeiert, das den sozialen Bestrebungen der Arbeiterklasse zum ersten Male eine unerschütterliche wissenschaftliche Grundlage verleihe. Aber Liebknecht hatte es unterlassen, dem Leser auch von dem Inhalt dieses wirkungsreichen Werkes eine Anschauung zu geben. Als später im März, wohl aus der Feder von Engels, eine etwas eingehendere Würdigung im Demokratischen Wochenblatt erschien, hatte Schweitzer sich bereits längst an die schwierige Aufgabe herangewagt, der Arbeiterschaft die Marx'schen Hieroglyphen zu deuten. Die scharfe Eindringlichkeit seines Verstandes und die Klarheit seines Darstellungsvermögens bewährten sich glänzend an dem spröden Stoffe, und von der Leistung dieses Rezensenten mußte sich selbst der Verfasser befriedigt fühlen. Durch zwölf Nummern des Socialdemokrat[1]) zieht sich Schweitzers Inhaltsangabe des „Werks von Carl Marx". Rückhaltslos erkennt der Präsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins an, daß auch für *seine* Partei dies Buch ein Ereignis bedeute. Mit einer leisen und versöhnlichen Anspielung auf ihren Zwist von 1865 nennt er das Kapital eine so glänzende und so erstaunliche Leistung, daß Bewunderung „jede andere Regung" unwiderstehlich zurückdrängen müsse. Der Kritiker prophezeit dem Buche, es werde der Gegenstand von Betrachtungen bleiben, solange die zivilisierte Welt eine ökonomische Wissenschaft besitzen würde. Man begreift, daß die Lektüre des „Kapital" Schweitzer in der Auffassung bestärkte, daß die in der Absonderung des Mehrwerts sich ständig vollziehende Ausbeutung der Arbeitskraft des Volkes durch kein milderes Mittel beseitigt werden könne als durch die Umwandlung der Produktion in eine „*unmittelbar* gesellschaftliche". Die intensive geistige Arbeit, die er an die Ergründung und Erläuterung des „Kapital" setzte, machte sich für ihn bezahlt, denn sie hatte eine Wiederanknüpfung seiner Beziehungen zu Marx zur Folge, die vor drei Jahren ein unfreundliches Ende genommen hatten. Schweitzer wird wohl derjenige der beiden gewesen sein, der den ersten Schritt unternahm, denn er mußte herausfühlen, wie sehr ein auch nur leidliches Verhältnis zu diesem Manne seine Stellung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung festigen konnte. Als im Mai 1868 im Norddeutschen Bunde die Herabsetzung der Eisenzölle auf der Tagesordnung stand, erbat er sich von der größten nationalökonomischen Autorität des Sozialismus einen Rat, welche Taktik er den Arbeitern dieser Frage gegenüber empfehlen solle. Marx erwiderte, daß ihre Interessen weder durch eine Herabsetzung noch durch eine Beibehaltung der bestehenden Eisenzölle wesentlich berührt würden, und ein mit Schweitzers Zustimmung von Tölcke nach Hagen einberu-

---

[1]) Socialdemokrat vom 22. Januar bis 6. Mai 1868.

fener Arbeitertag sprach sich gleich darauf in diesem Sinne aus. Die Arbeiter lehnten es dort ab, sich von den Industriellen für eine Agitation gegen die Herabsetzung der Eisenzölle mobil machen zu lassen[1]).

Marx hatte ebenfalls ein großes Interesse an einer Wiederanknüpfung mit der trotz Liebknechts Wühlereien noch immer straff zusammenhaltenden norddeutschen Arbeiterpartei, die sich in der Beurteilung der nationalen Fragen seinem eigenen Standpunkt letzthin beträchtlich genähert hatte, und deren mehr oder minder offizieller Anschluß an die Internationale Arbeiterassoziation ihm sehr erwünscht sein mußte. Deshalb unternahm er jetzt bei Liebknecht und Bebel Schritte, um ein friedlicheres Verhältnis zwischen den beiden Parteien anzubahnen. Noch am 8. Mai, in einem Vortrag über „Gewerkschaften", den er im Verein Berliner Damenschneider hielt, hatte Liebknecht nachdrücklich betont, daß er die Angriffe, die er „gegen die Personen gewisser Führer einer Arbeiterpartei" früher gerichtet hätte, in vollem Umfange aufrecht erhielte. Bald darauf jedoch fand eine Konferenz zwischen ihm und Schweitzer statt, die, wie Karl Hirsch am 8. Juni im Berliner Arbeiterverein erklärte, zu einer Verständigung führte[2]). Marx also war es zu danken, daß noch einmal ein Waffenstillstand zwischen der sächsischen Volkspartei und dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein abgeschlossen wurde. Zwar traten Liebknecht und Bebel Mitte Mai, als Reichstag und Zollparlament beisammen waren, in Berlin in einer von der kleinen Demokratischen Gesellschaft einberufenen Versammlung als Redner auf. Aber die Vereinigung der Volksparteien in Nord und Süd stand auf der Tagesordnung, und sie entluden dort ihren Ingrimm ausschließlich auf den Cäsarismus der Regierung[3]).

In richtiger Erkenntnis der im preußischen Volke vorherrschenden Gesinnung hatten weder die Fortschrittspartei noch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegen die durch den Krieg herbeigeführten staatsrechtlichen Änderungen einen grundsätzlichen Widerspruch erhoben, so wenig die Ausgestaltung des Bundes im einzelnen ihren Wünschen entsprechen konnte. Eine prinzipielle Opposition gegen das Werk von 1866 ging in den alten Provinzen ausschließlich von einer kleinen Gruppe doktrinärer Demokraten aus, die in Johann Jacoby ihr Oberhaupt verehrte und in der Zukunft ein von Guido Weiß geistvoll und geschickt geleitetes aber nur wenig gelesenes Organ besaß. Eine sie mehr als Charaktere denn als Politiker ehrende Übertragung der ethischen Wertungen

---

[1]) Vgl. Schweitzers Erlaß „Die Herabsetzung der Eisenzölle betreffend" im Socialdemokrat vom 13. Mai. Hier wird gezeigt, daß es sich bei Freihandel und Schutzzoll nicht um prinzipielle Fragen handle.

[2]) Vgl. p. 225.

[3]) Vgl. den ausführlichen Bericht der Zukunft vom 15. und 16. Mai. Zu den Veranstaltern gehörten u. a. Ludwig Löwe, Friedrich Stephann, Paul Singer, zu den Rednern außer Liebknecht und Bebel auch Kolb, Österlen u. a.

des Privatlebens auf staatliche und internationale Verhältnisse verurteilte diese Männer von tiefer Bildung und großem Wollen zu einer andauernden politischen Unfruchtbarkeit, die der Historiker, der ihre Gaben und ihre Absichten würdigt, lebhaft bedauern muß. Irgendwelche realen Kräfte, die den Idealen dieser „reinen" Demokraten Rechnung getragen hätten, waren nirgends zu erblicken. Aber Jacoby war nicht der Mann, den die Erkenntnis seiner Isolierung davon abhalten konnte, gegen die glänzenden Erfolge „einer Politik der Gewaltsamkeiten" flammenden Protest zu erheben. Selbst eine Kandidatur für den Reichstag eines Bundes, dem er die Anerkennung versagte, hatte er abgelehnt. Noch gehörte er im Abgeordnetenhause zum Fraktionsverband der Fortschrittspartei, aber die Kluft, die ihn in der deutschen Frage von dieser trennte, machte ihm das Verbleiben schwer, und sehnsüchtig blickte er hinüber in die annektierten Provinzen, nach Sachsen und nach Süddeutschland, wo sich nach langem Schlummer die Demokratie von neuem kräftig organisierte. War aber nicht vielleicht doch der Moment geeignet, um auch im feudalen Norden den einst so leichtsinnig aufgegebenen Namen der Demokratie von neuem zu Ehren zu bringen? Aus Schleswig-Holstein und Sachsen, aus Frankfurt, Württemberg und Bayern mehrten sich die Rufe, die von ihm die Wiederentfaltung der eingerollten Fahne forderten! Endlich entschloß er sich, jenen Mahnungen Folge zu geben. Seine Berliner Rede vom 30. Januar und sein Brief an den Demokratischen Verein in Hamburg vom 24. Mai 1868 entwickelten das Programm, mit dem er jetzt zum Zusammenschluß aller demokratischen Elemente Deutschlands aufrief. Jacoby sah ein, daß ohne die Teilnahme der Arbeiter eine starke demokratische Bewegung nicht mehr möglich war, und deshalb fanden die Interessen dieses Standes — von Klasse sprach er natürlich nicht! — in seinen Ausführungen einen so breiten Platz wie bis dahin noch niemals in dem Programm einer bürgerlichen Partei. Der Alte erkannte den Arbeitern nicht bloß das Recht aufs Dasein, sondern auch auf ein menschenwürdiges Dasein zu und betonte, wie es später auch Bismarck getan hat, daß diese Forderung durch das Preußische Allgemeine Landrecht Teil II 19. Tit., §§ 1, 2 und 6 anerkannt würde. Wenn das soziale Elend der Gegenwart in der Verkehrtheit wandelbarer menschlicher Einrichtungen und nicht in der notwendigen Ordnung der Dinge seinen Grund hätte, so läge auch die Heilung des Übels nicht außerhalb der menschlichen Macht. Das sei ein fernes Ziel — aber das Leben des Volkes währe lange! Auch reiche zur Verwirklichung der politischen und sozialen Freiheit die Kraft eines einzelnen Volkes nicht aus, die gemeinsame Arbeit der verschiedenen Völker sei dazu erforderlich!

Wer diesen Mann und den Umfang seines Denkens nicht genau kannte wäre imstande gewesen, aus solchen Sätzen herauszulesen, daß Jacoby sich auf dem Boden der Sozialdemokratie oder gar der Internationalen Arbeiterassoziation stellen wollte. Erwog man aber genau, wie diese Ausdrücke von dem Redner selbst gemeint waren, so entdeckte man, daß diesem Ideologen eine öko-

nomische Betrachtungsweise politischer Machtverhältnisse noch so fern lag, wie früher, und daß ihn nach wie vor eine unausfüllbare Kluft von jenem realistischen Kausalnexus trennte, der in Schweitzers Auffassung Politik und Wirtschaft verband. Nun hätte es Liebknecht freilich lieber gesehen, wenn Jacoby in seiner Berliner Rede der Fortschrittspartei sofort „die demokratische Maske" vollends vom Gesicht gerissen hätte. Aber selbst so kam ihm die Wiederbelebung der demokratischen Partei in Preußen außerordentlich erwünscht, und er hütete sich wohlweislich, der Zukunft[1]) ins Wort zu fallen, als diese der „irrtümlichen Auffassung" entgegentrat, daß zwischen der sogenannten sozialen und der allgemeinen politischen Demokratie irgend ein feindlicher Gegensatz bestünde. So gelegen wie Liebknecht, so ungelegen kam Schweitzer das Pronunciamento des Seniors der preußischen Demokratie. Aber das ungeheure Ansehen, dessen Jacoby sich in Arbeiterkreisen erfreute, nicht weniger als die häufigen Angriffe auf die Wetterfestigkeit seiner eigenen demokratischen Überzeugungen zwangen ihn, zu dem unbequemen Spiel vorläufig eine freundliche Miene zu machen. Als daher Jacoby ein Zusammengehen von Volkspartei und Arbeitervereinen vorschlug, so weit es sich um Forderungen handle, die in der heutigen Gesellschaftsordnung zu erledigen wären, stimmte er notgedrungen dieser Anregung „aus vollstem Herzen" zu. Daß jener in der sozialen Frage auf halbem Wege stehen bliebe, ließ er schon jetzt, besonders aber nach dessen zweiter Kundgebung im Mai deutlich durchblicken. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, der eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft von ihren Grundlagen aus anstrebe, könne sich, so schrieb er, nicht mit einer gerechten Verteilung des Ertrages zwischen Arbeit und Kapital und einer „Einschränkung der Mißbräuche" des Kapitals begnügen. Er fordere die völlige Aufhebung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit und die Herbeiführung eines Produktionszustandes, in dem die Arbeit das bestimmende Element in Staat und Gesellschaft bilde. Auch trieb Schweitzer, bei aller ihm durch die Umstände aufgezwungenen Zurückhaltung, die Duldung gegenüber Jacoby nicht soweit, daß er einen Verzicht des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins auf seine Sonderorganisation und sein Aufgehen in eine allgemeine demokratische Partei auch nur von ferne als Diskussionsgegenstände zuließ.

Nun geschah es aber im Juli, als er gerade die Strafhaft für sein Elberfelder Flugblatt abbüßte, daß zwei der angesehensten Mitglieder der Partei, der Vereinskassierer Bracke aus Braunschweig und der Lehrer Spier aus Wolfenbüttel, einer großen Volksversammlung auf der Asse bei Wolfenbüttel Thesen unterbreiteten, die eine solche Entwicklung ins Auge faßten[2]). Diese leugneten das Bestehen eines

[1]) Zukunft 1. März 1868, Die Notwendigkeit der Organisation einer demokratischen Partei.

[2]) Bracke rügte es zwar, daß Jacoby nicht, wie Lassalle es seiner Zeit getan hätte, den Arbeitern auch den praktischen Weg weise, der sie zum Ziele führen könne, aber er

prinzipiellen Unterschiedes zwischen Arbeiterpartei und Volkspartei und empfahlen das Programm Jacobys, obgleich sie es im einzelnen scharf kritisierten, der Beachtung des deutschen Volkes „im höchsten Maße". Schweitzer war bestürzt. Die Disziplin in den Reihen der eigenen Partei schien ihm gefährdet, und nun schwanden für ihn alle anderen Rücksichten. Schon der bloße Umstand, daß Jacobys „soziale Phrase" eine fortwährende Besprechung erfuhr, erachtete er jetzt für ausreichend, um „endlich einmal dreinzufahren". Die Bourgeoisie möge „in ihrer maßlosen Unwissenheit" das „einfältige und alberne Geschwätz" eines „sozialen Reaktionärs" und „wichtigtuenden Bourgeois" für etwas neues und originelles halten, erklärte er, aber ganz unbegreiflich sei es, daß auch seine in ökonomischer Hinsicht geschulten Anhänger noch an diesem „elenden Brocken" herumkauten. „Wenn nur die Bourgois . . . . seien sie nun fortschrittliche oder radikale . . . . nicht in Sozialismus machen wollten!" Mit diesem Stoßseufzer enthüllte Schweitzer damals seine wahre Herzensmeinung. Der ganze Artikel, der diese Stelle enthält, und der unter der Überschrift „Verwirrung" am 7. August im Socialdemokrat erschien, ist mit einer so unverhaltenen Heftigkeit geschrieben, daß man, wenn andere Erwägungen seine Autorschaft nicht völlig sicherstellten, nicht ihn selbst für den Verfasser halten würde, sondern den verbitterten und leidenschaftlichen Hasselmann, der seit dem April die Redaktion des Blattes mit ihm gemeinsam besorgte. Es steht aber fest, daß diese Gefängnishaft Schweitzers sonst recht solide Nerven überreizt hatte, und seine Erholungsbedürftigkeit erklärt es auch, weshalb er die Leitung des Vereins erst am 8. August von neuem übernahm.

Eine so maßlose Verunglimpfung des verehrten Veteranen mußte alle demokratischen Widersacher Schweitzers lebhaft empören, doch gerade sein unversöhnlichster Gegner Liebknecht scheute sich damals offenbar noch, ohne triftigere Gründe den von Marx ihm aufgezwungenen Waffenstillstand zu brechen. Erst im September, als die Fehde aus einem anderen Anlaß von neuem blühte, unterzog er im Demokratischen Wochenblatt nachträglich Schweitzers Verhalten bei diesem Anlaß einer unbarmherzigen Kritik. Er warf ihm vor, daß er mit dem Stock des Polizeibüttels unter die unglücklichen Vereinsmitglieder dreingefahren wäre. Diese selbst verspottete er wegen ihrer Naivität, die noch immer in der „von Schweitzerschen" Sozialdemokratie das Wörtchen Demokratie für etwas anderes ansähe als für einen Zierrat oder eine Lockspeise.

---

gab zu, daß der alte Demokrat, der so rein von allem Makel dastände, die Endziele der Sozialdemokratie klar entwickelt hätte, und er erblickte in der Anerkennung der Ziele der Arbeiterpartei „von einer so verehrungswürdigen Seite" einen neuen Beweis für den unaufhaltsamen Siegeslauf der sozialistischen Bewegung. Vgl. Ausführliches Programm zu der am Sonntag, 19. Juli 1868 stattfindenden großen Volksversammlung auf der Asse usw. (Druck v. Bergklein & Limbach in Braunschweig). Vgl. auch Brackes Bericht im Socialdemokrat vom 22. Juli sowie Zukunft 22. Juli Abendblatt.

Aber bei Schweitzer bestanden damals auch noch andere Gründe, die ihm anrieten, die ganzen Einigungsbestrebungen der „reinen“ Demokraten den Arbeitern als ein gegen sie gerichtetes Manöver schlauer Bourgeois hinzustellen.

Die schlechten Ernten der Jahre 1866 und 1867, welche die allgemeine wirtschaftliche Krisis noch steigerten, hatten in den Arbeiterkreisen vieler Gegenden Deutschlands einen schweren Notstand erzeugt, der sich in Ostpreußen in einer wirklichen Hungersnot äußerte und im Erzgebirge die Leiden der absterbenden Klasse der Handweber bis zur Unerträglichkeit steigerte. Aber auch in den Weberdistrikten Frankens, im Westerwald, in Pommern und nicht zuletzt in der preußischen Hauptstadt selbst, wo die Leihämter von den Darlehnsuchenden belagert wurden, erreichte der Notstand damals einen ungewöhnlichen Umfang. Die Unsicherheit der politischen Lage, besonders die chronisch gewordene Gefahr eines deutsch-französischen Krieges, trug das ihrige dazu bei, um die auf Europa lastende wirtschaftliche Depression noch zu verschärfen. Aber wie es auch in der Folge sich immer wieder zeigte, den Bestrebungen der Sozialdemokratie erwies die Krisis sich ungemein förderlich. Trotz der geringen Ermunterung, welche die Arbeitseinstellungen von seiten der deutschen sozialdemokratischen Führer erfuhren, setzte hier in der ersten Hälfte des Jahres eine Streikepidemie ein, die, wie man noch sehen wird, einen bedeutenden Einfluß auf die weitere Gestaltung der Arbeiterbewegung erlangte. Eine naturgemäße Folge des allgemeinen Notstands war es aber auch, daß jene Massen von Arbeitern, die bis dahin, nach dem schon etwas überlebten manchesterlichen Schema, die alte Formel von der Selbsthilfe nachgebetet hatten, sich jetzt auf handgreifliche Weise von deren Unzulänglichkeit überzeugten. Symptomatisch hierfür war die Stimmung einer im März, nicht etwa von sozialistischer Seite, einberufenen Versammlung Berliner Arbeiter und Handwerksgesellen, die in einer Resolution eine Linderung des Notstandes von den Behörden forderte, aber ausdrücklich das Verlangen hinzufügte, daß die zu treffenden Maßnahmen in keiner Weise die Form eines Almosens erhalten dürften.

Schweitzer benutzte eine der vornehmsten Programmforderung seiner Partei so günstige Stimmung der Arbeiterwelt, um ihr eine richtige Vorstellung von jenen Erwartungen zu geben, die sie an die Staatshilfe stellen könnte, solange die kapitalistische Gesellschaftsordnung fortbestünde. Er ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß selbst eine so weitgehende Fabrikgesetzgebung, wie er sie vorgeschlagen hatte, nur ein einstweiliges Linderungsmittel darstellte und keineswegs geeignet wäre, die soziale Frage ihrer endgültigen Lösung näher zu bringen. Doch Schweitzer wäre nicht jener erfolgreiche Agitator gewesen, dessen Geschicklichkeit selbst seine Feinde anerkannten, wenn er die Arbeiter bloß mit hochmütiger Geste auf den Zukunftsstaat vertröstet hätte in einem Zeitpunkt, wo sich die politische und soziale Unzulänglichkeit der bestehenden Verhältnisse den Massen

stärker als seit Jahren aufdrängte. Gerade jetzt erschien ihm die Situation günstig, um politische Forderungen im Sinne einer radikalen Demokratie für seine Agitation zu verwerten. Mit Hülfe der Popularität eines solchen Programms und angesichts des schweren Notstands, der auch in der Hauptstadt herrschte, hoffte er die Eiskruste brechen zu können, die hier die Arbeiterschaft noch immer von dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein fernhielt. Rücksichtsloser als nur jemals seit den Tagen des Kölner Abgeordnetenfestes richtete er jetzt seine Front gegen die „unter dem Deckmantel des Scheinliberalismus" nur noch mächtiger gewordene preußische Reaktion, und er ermahnte seine Partei, auf die politische Seite der Agitation in Zukunft ein noch größeres Gewicht als bisher zu legen[1]).

Um die gleiche Zeit erließ der Präsident einen Aufruf an die Vereinsmitglieder, in dem er zu außerordentlichen Geldsammlungen aufforderte; wichtige Vereinsinteressen ständen auf dem Spiele, zu deren nachdrücklicher Verfolgung größere Mittel erforderlich wären. Schweitzer war immer tiefer in Schulden hineingeraten und er scheint damals für den Fortbestand des Socialdemokrat gefürchtet zu haben, der trotz der ständigen aber langsamen Zunahme der Abonnenten seine Kosten noch immer nicht deckte. Außerdem sollten die Gelder wohl auch für die Aussendung von besoldeten Agitatoren hinreichen, die, wie er bereits damals plante, in solchen Gegenden Deutschlands, wo der Verein noch nicht über einen festen Anhang verfügte, ihr Glück versuchen sollten. In den Instruktionen, die er für diese Sendlinge ausarbeitete, war die Rede von dem scheinkonstitutionellen Zustand, der in Preußen wie im Bunde herrsche, von der allgemeinen Bevormundung des Volkes, von der Verkümmerung des Koalitionsrechtes und der Preßfreiheit, von dem höchst problematischen Wert eines allgemeinen Stimmrechts ohne Diäten und freiheitliche Garantien und von der Schuld der Nationalliberalen an dem Zustandekommen der undemokratischen Bundesverfassung. Doch es lag auch nicht in Schweitzers Interesse, daß die Agitatoren die guten Eigenschaften des preußischen Staatswesens verleugneten und den süddeutschen Arbeitern die strikte Ordnung verschwiegen, die hier in Heer, Verwaltung, Finanzen und Verkehrswesen bestand[2]). Gegenüber dem blinden Preußenhaß der sächsischen und süddeutschen Demokraten wollte er vor seinen süddeutschen Landsleuten seine eigene Haltung in der deutschen Frage rechtfertigen, aber der meiste Nachdruck sollte doch auf die Feststellung verwandt werden, daß alle jene Vorzüge solange belanglos bleiben müßten, wie dem von Büreaukratie und Polizei bevormundeten Volke die Freiheit vorenthalten würde.

Schweitzers Auftreten im Reichstage während der nur den Frühling um-

---

[1]) Socialdemokrat 7. Februar.

[2]) Vgl. Schweitzers Erlasse vom 7. März, 11. und 30. April in Socialdemokrat 8. März 11. April und 12. Mai.

fassenden Session dieses Jahres war auf den gleichen energisch demokratischen Ton gestimmt. Wiederholt erklärte er dort, daß das allgemeine Stimmrecht in dem größten Bundesstaate nur eine Scheinexistenz führe und er stellte an die Machthaber das Verlangen, sie mögen wenigstens bei den Wahlen den Polizeistaat schlafen schicken und bei diesem einzigen Anlaß, wo das Volk zur Mitbestimmung berufen wäre, das Versammlungsrecht zur Wahrheit werden lassen. Er behauptete, daß die Nationalliberalen die große Mehrheit, über die sie im Reichstage verfügten, nur den Praktiken des preußischen Absolutismus verdankten und warnte die Regierung, das allgemeine Stimmrecht zu einem bloßen Mittel im Dienste cäsaristischer Willkür herabsinken zu lassen. Ganz den gleichen Inhalt hatten Schweitzers Reden in den Arbeiterversammlungen, denen die Massen infolge der weitverbreiteten Arbeitslosigkeit und Not jetzt scharenweise zuströmten. Selbst an den kommunalen Fragen der Hauptstadt nahm dieser Demagoge, wo es ihm für seine Agitation nützlich dünkte, einen wohlberechneten Anteil. Von einer Volksversammlung, die am 18. Mai unter seinem Vorsitz im Tivoli am Kreuzberg stattfand, und die unter Ablehnung der damals drohenden Erhöhung der städtischen Mietssteuer die progressive Einkommensteuer als die einzige gerechte Steuer anpries, hieß es damals im Socialdemokrat, es sei die größte Versammlung gewesen, die Berlin seit den Revolutionsjahren erlebt hätte. Doch auch schon im Februar vorher mußte ihm eine lokale Angelegenheit, die in Arbeiterkreisen große Erbitterung erzeugt hatte, zur Erhöhung seines Einflusses herhalten. Eine Berliner Wollwarenfirma hatte ihre Arbeiterinnen in einer nicht zu beschönigenden Weise ausgebeutet, und aus der Enthüllung dieses Mißstandes war der Plan hervorgegangen, einen Rechtsschutzverein zu gründen, der es den Arbeitern und vorzüglich den Arbeiterinnen erleichtern sollte, Übergriffen der Arbeitgeber in geeigneten Fällen gerichtlich entgegenzutreten. In das Komitee zur Ausarbeitung der Statuten hatte man je drei Mitglieder des noch unter fortschrittlichem Einfluß befindlichen Berliner Arbeitervereins und des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gewählt sowie drei keinem dieser Vereine nahestehenden Arbeiter. In der Hauptstadt machte die Schwäche seines eigenen Anhanges Schweitzer ein Zusammenwirken mit der nichtsozialistischen Arbeiterschaft noch zu einer Notwendigkeit, weil die Massen hier vorläufig nur auf diese Weise seinen Werbungen erreichbar waren. Außerhalb Berlins aber wollte er von einer Kooperation, selbst für unmittelbare praktische Ziele, höchstens dann etwas wissen, wenn die anders Gesinnten sich den Lassalleanern unterordneten. Den Beschluß zur Gründung des Rechtsschutzvereins hatte eine Versammlung vom 2. Februar gefaßt und, da es sich hier hauptsächlich um die Interessen der Arbeiterinnen handelte, die Frauen, die auch zahlreich erschienen, dazu eingeladen. Die Polizei ververfügte darauf, unter Berufung auf das Vereinsgesetz, die Auflösung der Versammlung, aber Schweitzer, der die prinzipielle Seite dieser Frage zum Austrag bringen wollte, hatte im voraus für eine halbe Stunde später eine

neue Versammlung angemeldet. Von ihr ließ er eine Resolution annehmen, die das Verbot der Teilnahme von Frauen an solchen Versammlungen, die nicht von politischen Vereinen ausgingen, für eine Gesetzwidrigkeit erklärte und gegen den Eingriff der Polizei in ein verfassungsmäßig gewährleistetes Volksrecht energischen Protest erhob. Zwölf Tage später erreichte er von einer allgemeinen Volksversammlung, die über die Statuten des Rechtsschutzvereins beraten wollte, eine noch schärfere Resolution; sie erhob Beschwerde darüber, daß das Berliner Polizeipräsidium das schon ohnehin enggezogene Versammlungsrecht verletzt hätte und forderte das Abgeordnetenhaus auf, wofern es nicht einen neuen Beweis für seine reaktionäre Gesinnung geben wolle, sich der bedrohten Volksrechte anzunehmen. Brachte sein Auftreten an diesem Abend Schweitzer auch eine neue Gefängnisstrafe ein, und führte diese ganze Kampagne für die Versammlungsfreiheit überdies zu zahlreichen Konfiskationen des Socialdemokrat, so machten diese Opfer sich dafür auf agitatorischem Gebiete bezahlt. Bei der Präsidentenwahl, die nach den Beschlüssen der letzten Generalversammlung durch Urabstimmung erfolgte, kam eine Gegenkanditatur diesmal überhaupt nicht mehr in Frage. —

Als es sich im Juni herausstellte, daß die Gewerbeordnung in der laufenden Reichstagssession nicht mehr zur Verabschiedung gelangen würde, wollte Schweitzer durch Wiederaufnahme des im Vorjahr von der Fortschrittspartei beantragten aber vom Bundestag abgelehnten Antrags Schulze-Delitzsch, in dessen ursprünglicher Fassung, unabhängig von der übrigen Gewerbegesetzgebung, der Koalitionsfreiheit, die angesichts der zahlreichen Streiks von den Arbeitern mit Ungestüm gefordert wurde, sofortige Gesetzeskraft erringen. Aber wohl aus Gründen fraktioneller Eifersucht versagte die Fortschrittspartei ihm die zur Unterstützung dieses Antrages notwendigen fünfzehn Stimmen und brachte dafür ihrerseits den gleichen Antrag in jener mit Einschränkungen versehenen Form ein, wie er in der vorigen Session aus den Beratungen des Reichstags hervorgegangen war. Von diesem illoyalen Verfahren versprach Schweitzer sich einen zugkräftigen Anlaß, um mit der längere Zeit von ihm geschonten Fortschrittspartei, die aber auf dem Boden der Hauptstadt nun einmal der mächtigste Gegner der Sozialdemokratie blieb, von neuem abzurechnen. Ihre ganze Vergangenheit charakterisierte er als eine Geschichte der politischen Feigheit. Er behauptete, „diese liberalen Fabrikanten, Krämer und Spießbürger" hätten es einfach nicht gewagt, einen von einem Sozialdemokraten gestellten Antrag zu unterstützen und, wie beim Kölner Abgeordnetenfest, aus blasser Furcht, damals vor der Staatsmacht, jetzt vor der Geldmacht, ihr eigenes Werk verleugnet!

Der Reichstag, der die gewerblichen Fragen bei der Gewerbeordnung im Zusammenhang erledigen wollte, lehnte sogar den „verkrüppelten" fortschrittlichen Antrag ab. Schweitzer aber ließ am 20. Juni in einer öffentlichen Ver-

sammlung der Berliner Mitgliedschaft des Vereins eine Resolution annehmen, die besagte, der „nur scheinbar aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangene Norddeutsche Reichstag" habe durch sein Verhalten in der Koalitionsfrage unzweideutig gezeigt, daß er nur die Interessen der besitzenden und bevorzugten Klassen, nicht aber die Rechte des arbeitenden Volkes vertreten wolle!

Über den Verlauf und das Ergebnis der Ende Mai oder Anfang Juni zwischen Schweitzer und Liebknecht abgehaltenen Konferenz liegt nur von Liebknechts Seite eine Schilderung vor. Bereits damals unterrichtete er seinen Gegner von dem Pronunciamento, durch das er und Bebel auf dem nächsten Vereinstage deutscher Arbeitervereine in Nürnberg den Schleier von der stillen Entwicklung zum Sozialismus fortzureißen gedachten, welche im Laufe der letzten Jahre die Mehrzahl der Arbeiterbildungsvereine durchgemacht hatte. Er enthüllte ihm ihre Absicht, die dem Vereinstag zugehörenden Vereine der Internationale anzugliedern und forderte ihn auf, dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein das gleiche vorzuschlagen. Liebknecht behauptet, Schweitzer hätte ihm sein Ehrenwort gegeben, daß er in diesem Sinne handeln würde, aber als die Ereignisse so weit gediehen waren, hätte er es gebrochen. Da sei kein Friede mehr möglich und die Beseitigung Schweitzers um jeden Preis eine Notwendigkeit gewesen![1]) Die Darstellung der Vorgänge auf der Generalversammlung in Hamburg wird beweisen, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein seine Annäherung an die Internationale Arbeiter-Assoziation dort tatsächlich bis zu jener Grenze vollzog, die das in Preußen bestehende Vereinsrecht zuließ. Darüber hinausgehende Zusicherungen wird Schweitzer schwerlich gegeben haben, und deshalb läßt sich, soweit es diesen Gegenstand betrifft, der Vorwurf des Wortbruchs gegen ihn nicht aufrecht erhalten. Unser Urteil wird dadurch noch bestärkt, daß Liebknecht im Demokratischen Wochenblatt vom 12. September seine freudige Genugtuung darüber ausdrückte, daß nunmehr auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein seine Übereinstimmung mit den Bestrebungen der Internationale erklärt hätte.

Es wird sich zeigen, daß die Kongresse in Hamburg und Nürnberg nicht die von Marx gewünschte Verschmelzung[2]), sondern einen Kampf auf Leben und Tod zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und der aus den Arbeiterbildungsvereinen sich herausschälenden sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur Folge hatten!

---

[1]) Hochverratsprozeß p. 247 und Liebknechts große Rede in Wien in der Volksversammlung vom 25. Juli, vgl. besonders das Referat der Frankfurter Zeitung.

[2]) Marx an K. Speyer 23. November 1868: „Ich habe beiden Teilen geraten, wenn sie sich nicht amalgamieren können und wollen, Mittel und Wege zu suchen, um friedlich neben einander für den gemeinsamen Zweck zu wirken", abgedruckt in Briefe und Auszüge aus Briefen von Johann Philipp Becker, Dietzgen, Engels, Marx u. A. an F. A. Sorge u. a. Stuttgart 1906, p. 7, 8.

Kapitel X.

Die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung.

Lassalle hatte den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein in der Hoffnung auf den baldigen Beitritt von Zehntausenden von Arbeitern ins Leben gerufen und mit Zuversicht erwartet, daß bald alle jene Elemente dieser Organisation zugehören würden, die überhaupt entschlossen waren, bei einer Besserung der Klassenlage mitzuwirken. Aber viel ungünstiger als sein sanguinischer Geist es voraussah, gestaltete sich die Wirklichkeit. Noch fünf Jahre nach seiner Begründung bestand der jetzt von Schweitzer geleitete Verein in ganz Deutschland erst aus einem Kern von etwa 7000 leidlich regelmäßig Beitrag zahlenden Mitgliedern, während die ihn umschließende Partei, wie die bei der Reichstagswahl für seine Kandidaten abgegebenen Stimmen gezeigt hatten, um ein vielfaches größer war. Die besitzlosen Klassen fanden sich nur sehr allmählich in die Bedingungen und Anforderungen der ihnen noch vor kurzem fremden politischen Tätigkeit hinein und konnten erst durch Kampf dazu erzogen werden, für Ziele, die keine unmittelbaren materiellen Vorteile versprachen, eine freiwillige Steuer auf sich zu nehmen. Noch eher hätte jener Arbeitertypus, den die sozialdemokratische Agitation anfänglich vorfand, sich von gewerkschaftlichen Fachorganisationen greifbare Erfolge versprechen können. Aber zu Anfang der sechziger Jahre waren die großindustriellen Bedingungen für eine solche Entwicklung noch nicht in hinreichendem Umfange vorhanden, und auch die Koalitionsverbote standen noch hindernd im Wege.

Zum ersten Male wirklich machtvoll regte sich in Deutschland das Bedürfnis nach gewerkschaftlichem Zusammenschluß in weiten Kreisen der Arbeiterschaft während des Hungerwinters von 1867 auf 1868. Es bestanden nur erst wenige Gewerkschaften von interlokaler Bedeutung. Die älteste war der 1865 von Fritzsche ins Leben gerufene Tabakarbeiterverein, 1866 konstituierte sich endgültig der Verband deutscher Buchdrucker, dessen Anfänge bis in die Revolutionsjahre zurückreichten, und etwas später trat auch ein Allgemeiner Deutscher Schneiderverein hervor. Nun bestand freilich noch immer das Koalitionsverbot, aber die Behörden ignorierten es bereits, da seine Aufhebung durch die angekündigte Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes bloß noch eine Frage von Monaten war. Die Aussicht auf die baldige offizielle Sanktionierung der Koalitionsfreiheit vermehrte noch das Verlangen nach Zusammenschluß der in dem gleichen Gewerbe tätigen Arbeiter, das sich in der ersten Hälfte des Jahres 1868, unter dem Einfluß des wirtschaftlichen Notstandes, bei den Bäckern wie bei den Schuhmachern, bei den Schreinern wie bei den Glasern, mit Ungestüm äußerte. Das Sinken der Arbeitslöhne bei steigenden Lebensmittelpreisen erzeugte, gemeinsam mit dem Eindruck der großen und teilweise erfolgreichen Lohnbewegungen im Auslande, eine Streikepidemie von einer Ausdehnung, wie man sie in

Deutschland bis dahin noch nicht erlebt hatte. Im Februar 1868 streikten in der preußischen Hauptstadt die Zigarrenarbeiter, im Mai im Wuppertal die Weber, im Juni ebendort die Riemendreher und Bandwirker und im Juli die Färber. Um die gleiche Zeit legten in Linden bei Hannover die Weber die Arbeit nieder, und in Berlin zog, von Schweitzer kräftig unterstützt, eine Lohnbewegung der Bäckergesellen weite Kreise. Dieser Politiker konnte unmöglich einer im Proletariat mit so elementarer Gewalt auftretenden Bewegung untätig zuschauen. Sollte er es etwa Liebknecht und Bebel oder der Fortschrittspartei überlassen, aus ihr Kapital zu schlagen? Es mußte notwendig seinen Einfluß in der Arbeiterwelt herabsetzen, wenn anderen die Organisierung dieser populären Bestrebungen zufiel. Und war es nicht vorauszusehen, daß die endgültige Aufhebung des Koalitionsverbots die gewerkschaftliche Strömung noch verstärken würde? Über die wirtschaftlichen Vorteile der Arbeitseinstellungen dachte Schweitzer noch nicht günstiger als früher; er ließ es auch jetzt außer Zweifel, daß er von ihnen nur in der Minderzahl der Fälle einen bleibenden Vorteil für die Arbeiter erwartete, und daß seiner Ansicht nach, selbst im Falle eines günstigen Ausgangs, das bei einem Streik Erreichte nur selten die Opfer des Kampfes aufwog. Keineswegs gestand er den Arbeitseinstellungen die Macht zu, die Wirksamkeit des ehernen Lohngesetzes zu brechen. Sie waren für ihn nichts weniger als ein Radikalmittel zur gründlichen Umgestaltung der Gesellschaft. Aber als ein geschichtlich notwendiges Übergangsstadium, um den Herrschaftsantritt des sozialistischen Gedankens vorzubereiten, erkannte er sie an. Höher als den ökonomischen Vorteil, den sie brachten, veranschlagte er, seitdem er den Verlauf von Streiks häufiger beobachtet hatte, ihren politischen Nutzen. Der für theoretische Belehrung unzugänglichen Mehrzahl der Arbeiterbevölkerung veranschaulichten erst sie den zwischen den Interessen von Kapital und Arbeit bestehenden unversöhnlichen Widerstreit. Sie stärkten in ihrem Verlauf unter den Arbeitern das Gefühl der Brüderlichkeit und Zusammengehörigkeit, sie förderten ihr Bedürfnis nach Organisation und lehrten sie, sich der sozialen Kapitalmacht gegenüber als soziale Massenmacht zu fühlen!

Eine etwas optimistischere Auffassung von den unmittelbaren wirtschaftlichen Vorteilen der Arbeitseinstellungen machte sich in einer Rede Schweitzers bemerkbar, die er im August, zwei Tage vor der Hamburger Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, in einer Volksversammlung in Hannover hielt. Das Studium der englischen Erfahrungen, gestand er hier, hätte ihn zu der Überzeugung gebracht, daß mit Hilfe dieser Waffe Verkürzungen der Arbeitszeit und Arbeiterschutzgesetze allmählich zu erzwingen wären. Auf dem für ihn als Agitator noch neuen Boden der erst kürzlich annektierten Provinz hielt Schweitzer es offenbar für geraten, eine besonders scharfe Tonart anzuschlagen, und er machte seinem Groll gegen einen Reichstag Luft,

der seinen sozialpolitischen Gesetzesvorschlag nicht beraten wollte, aber einen Antrag zu Gunsten der Hebung der Austernkultur bereitwillig angenommen hatte.

Die Generalversammlung war von dem Präsidenten nach Hamburg mit der Begründung einberufen worden, daß er die für den ganzen Verein mustergültige Haltung der hanseatischen Arbeiter damit ehren wolle. In der Luft der Kaufmannstadt zur Pünktlichkeit erzogen erfreuten die Hamburger Mitglieder den Kassierer des Vereins durch die rechtzeitige Einsendung der fast überall sonsther nur zögernd eintreffenden Beiträge, und auch für den Social-demokrat stellte die Hafenstadt unter allen deutschen Plätzen die zahlreichste Abonnentenschar. Bei Beginn des zweiten Quartals des Jahres 1868 entfielen von im ganzen 1600 Abonnenten allein auf Hamburg 618, dann folgten Berlin mit 220, Elberfeld-Barmen mit 172, Essen mit 90, Braunschweig mit 75 und Frankfurt mit 45. Im Laufe der nächsten Monate vermehrte sich die Zahl der neuen Bestellungen ziemlich schnell, und das Blatt hatte Ende Oktober schon 3000 und Ende November 3400 Abonnenten. Aber auch persönliche Erwägungen werden für Schweitzer bei der Wahl Hamburgs zum Kongreßort mitgesprochen haben. Unter den dortigen Arbeitern, die Geschäftstüchtigkeit zu schätzen wußten, erfreute er sich jetzt einer wirklichen Beliebtheit, und da wichtige Abstimmungen bevorstanden, so versprach er sich wohl von dem starken Kontingent, das die Männer von der Waterkant naturgemäß stellen würden, ähnlich wie Becker 1864 in Frankfurt, Vorteile, auf die er anderswo nicht mit der gleichen Sicherheit zählen konnte.

Schon zu Anfang des Monats Juli hatte der Präsident einen an Karl Marx gerichteten Brief, der von den Vorstandsmitgliedern unterschrieben werden sollte, in Umlauf gesetzt. Darin wurde der Verfasser des „Kapital" in Anerkennung der „ganz außerordentlichen Verdienste", die er sich durch sein Werk um die Arbeitersache erworben hätte, als Ehrengast zu der Generalversammlung in Hamburg eingeladen. Aber während der Gefängnishaft des Präsidenten blieb dieses Schriftstück bei einem Vorstandsmitgliede liegen, und so konnte es erst am 13. August abgesandt werden. Marx antwortete am 18. August, der Abschluß der Vorarbeiten für den auf den 9. September angesetzten Kongreß der Internationale in Brüssel verhindere ihn am Erscheinen, da er sowohl für eine Sitzung des Exekutivkomitees des Generalrats am 22. wie für dessen Plenarsitzung am 25. August als Referent bestellt wäre. Aber er dankte in verbindlichen Worten für die ehrenvolle Einladung und drückte seine Freude darüber aus, daß auf dem Programm des Kongresses jene Fragen stünden, die auch nach seiner Ansicht die Ausgangspunkte einer jeden ernsten Arbeiterbewegung bilden müßten, nämlich die Agitation für volle politische Freiheit, die Regelung des Arbeitstages und die planmäßige internationale Kooperation der Arbeiterklasse bei der großen weltgeschichtlichen Aufgabe, die sie für die ganze Gesellschaft zu lösen hätte![1]) Es wäre Schweitzer nicht zu verdenken gewesen,

---

[1]) Abgedruckt im Socialdemokrat 28. August.

wenn er Genugtuung empfunden hätte über den gründlich veränderten Ton, den die bedeutendste Persönlichkeit der europäischen Sozialdemokratie jetzt ihm gegenüber anschlug. Denselben Mann, der ihn vor drei Jahren in Grund und Boden verdammt hatte, nötigten nunmehr sein Talent und sein Eifer zur Anerkennung und seine Macht und sein Einfluß auf die Arbeiter zu persönlichem Entgegenkommen.

Zahlreicher als in früheren Jahren waren der Generalversammlung diesmal aus dem Schoße der einzelnen Gemeinden des Vereins Anträge zugegangen. Sie erheischen schon deshalb Beachtung, weil sie Schlüsse auf die Gesinnungen der Mitglieder gestatten. Man fühlt aus diesen Vorschlägen heraus, wie sehr die Wahlkämpfe zum Reichstage und die wirtschaftliche Not das politische und soziale Interesse der Massen aufgerüttelt und erweitert hatten. Gleichzeitig von Wiesbaden und von Leipzig her wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein sich auf dem bevorstehenden Kongreß der Internationale durch Delegierte vertreten lassen möge. Der bescheidene Umfang des Parteiorgans genügte den Ansprüchen zahlreicher Gemeinden nicht mehr und sie forderten dessen Vergrößerung. Aber es verdient Beachtung, daß auch einer Übernahme des Socialdemokrat durch den Verein bereits das Wort geredet und die Abhängigkeit der Zeitung vom Präsidium als ein undemokratischer und zum Despotismus führender Zustand gegeißelt wurde. (Die Generalversammlung war freilich noch nicht dieser Ansicht, sie erklärte eine Trennung von Präsidium und Redaktion ausdrücklich für unzweckmäßig.) Von Offenbach her wurde eine energische Ausdehnung der Agitation, die sich bisher zu sehr auf den Norden beschränkt hätte, nach Süddeutschland verlangt. Endlich stellte der Vereinskassierer Bracke, einer der besten Männer der Partei, im Auftrage der Braunschweiger Mitglieder die bedeutsame Forderung daß die Generalversammlung geeignete Schritte zur Organisierung der Arbeitseinstellungen unternehmen möge.

Das Präsidium hatte auf die Tagesordnung des öffentlichen Teils des Kongresses die folgenden sechs Punkte gesetzt: „Die politische Freiheit als Voraussetzung für erfolgreiche soziale Bestrebungen der Arbeiterklasse, die agitatorische Tätigkeit Ferdinand Lassalles, der Normalarbeitstag und die Sonntagsarbeit, das Werk von Karl Marx, die Arbeitseinstellungen und die Trade-Unions, der internationale Charakter der Arbeiterbewegung.“ Es ist sehr zu bedauern, daß weder über diese noch über die meisten anderen unter Schweitzers Präsidium abgehaltenen Generalversammlungen ein stenographisches Protokoll veröffentlicht wurde. So sieht sich der Historiker für die öffentlichen Sitzungen auf die lückenhaften und parteiisch gehaltenen Berichte der Zeitungen angewiesen. Was aber in den geheimen Sitzungen vorgegangen ist, das läßt sich aus den nur ad usum delphini abgefaßten Berichten des Socialdemokrat erst recht nicht mehr mit Sicherheit feststellen!

Schweitzer wurde von den Hamburger Arbeitern ein glänzender Empfang

bereitet. Die erste von Tausenden besuchte Sitzung eröffnete er mit einer Rede, welche die Hauptgegenstände der Tagesordnung Revue passieren ließ. Nach einer scharfen Verurteilung der innerpolitischen Lage des Norddeutschen Bundes würdigte er die außerordentliche Wichtigkeit der politischen Freiheit für den Erfolg der Arbeiterbewegung. Der Präsident huldigte den Manen des toten Lassalle und pries das Verdienst des lebenden Marx, er erörterte die inneren Gründe und die Berechtigung der Bewegungen für die Verkürzung des Arbeitstages und die Abschaffung der Sonntagsarbeit und in demselben Geiste wie einige Tage zuvor in Hannover verbreitete er sich über die Bedeutung der Streiks und der Gewerkschaften. Schweitzer schloß mit einem Hinweis auf die Gemeinsamkeit der Arbeiterbewegungen aller Länder!

Von diesen Beratungsgegenständen beanspruchen die stärkste Beachtung die auf die Internationale Arbeiterassoziation und die auf die Streikbewegung bezüglichen Diskussionen und Resolutionen.

Schon auf der Generalversammlung in Berlin hatte der Verein auf Veranlassung Schweitzers die Interessengemeinschaft der Arbeiter aller Kulturländer ausdrücklich anerkannt. Hier in Hamburg wurde jetzt nach einem Referat des früheren Rabbinatskandidaten Karl Hirsch, das die Vereinbarkeit von Lassalles Grundsätzen mit den internationalen Gesichtspunkten dartat, die Übereinstimmung mit den Gesichtspunkten der Internationalen Arbeiterassoziation in einer besonderen Resolution zum Ausdruck gebracht. Kein Widerspruch trat zu Tage, und man darf annehmen, daß Schweitzer sein Liebknecht gegebenes Versprechen damit eigelöst zu haben glaubte. Weil der Druck des Kapitals und der Reaktion in allen Kulturländern aus wesentlich gleichen Ursachen auf der Arbeiterklasse laste, und die Bestrebungen der Arbeiter nur dann erfolgreich sein könnten, wenn sie einheitlich zusammenhängend in allen Kulturländern aufträten, wurde es für die Pflicht der deutschen Arbeiterpartei erklärt, mit den Arbeiterparteien aller Kulturländer, die von demselben Prinzip geleitet würden, gemeinsam vorzugehen. Als César de Paepe in diesen Tagen den Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins offiziell zur Teilnahme an dem Kongreß der Internationale einlud, schrieb[1]) Schweitzer ihm am 28. August, daß lediglich die deutsche Vereinsgesetzgebung die Generalversammlung verhindert hätte, auch formell ihren Anschluß an die Internationale Arbeiterassoziation auszusprechen. Er ersuchte den belgischen Sozialisten, auf dem Brüsseler Kongreß in seinem Namen die bestimmte Erklärung abzugeben, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein nicht nur mit dem Streben der Internationalen Arbeiterassoziation auf das vollkommenste einverstanden wäre, sondern daß diese Assoziation auch jederzeit in dem großen gemeinsamen Kampfe fest auf den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zählen dürfe. Von einer Beschickung des Brüsseler

---

[1]) Socialdemokrat 2. September.

Kongresses durch einen Delegierten habe die Generalversammlung ebenfalls nur mit Rücksicht auf das Vereinsgesetz Abstand genommen. Daß er selbst einer besonderen an ihn privatim gerichteten Einladung nicht Folge leistete, begründete Schweitzer damit, daß zwei Gerichtstermine und verschiedene dringliche Parteigeschäfte es ihm unmöglich machten.

Vielleicht hätte er jetzt, nach der Aussöhnung mit Marx, die Gelegenheit nicht ungern ergriffen, um in Brüssel durch eine seinen Gaben angemessene hervorstechende Teilnahme an der Kongreßarbeit, als fast einziger sozialdemokratischer Parlamentarier Europas und als Führer der fest organisierten deutschen Partei, bei den ausländischen Genossen die üble Nachrede zu verwischen, die seinem Rufe wegen angeblicher Beziehungen zu reaktionären Kreisen noch anhaftete. Aber in Hamburg hatte die große Frage, ob der Verein sich an der Organisierung der Streikbewegung und der Gründung von Gewerkschaften beteiligen solle, eine aktuelle Wendung genommen, welche die Anwesenheit des Präsidenten im Zentrum der Bewegung gebieterischer denn je notwendig machte. Es hatte sich auf der Generalversammlung herausgestellt, daß über dieses Problem die Ansichten der Vereinsmitglieder sehr weit auseinandergingen. So geschickt Schweitzer auch operierte, er mußte hier zum ersten Male, seitdem er Präsident war, die Erfahrung machen, daß es auch für seinen Einfluß auf die Partei Grenzen gab. Besonders die Tradition Lassalles setzte sich hier dem Bestreben entgegen, die Bewegung den veränderten Zeitverhältnissen anzupassen und sie damit auf eine breitere Basis zu stellen. Noch immer war die Lehre des Meisters der stärkste Faktor innerhalb des Vereins. Als aber Lassalle sein Programm entwarf, hatte er in den Arbeitseinstellungen kein Mittel erblickt, das dazu beitragen könnte, die Tyrannei des ehernen Lohngesetzes zu brechen, das nach seiner Ansicht alle Versuche zur Besserung der Lage der Arbeiter durch Sozialreform oder durch Selbsthilfe im Keime erstickte. Unter dem Einfluß dieser Auffassung Lassalles waren zahlreiche Mitglieder des Vereins der Ansicht, daß die Streiks nicht zur speziellen Tätigkeit des Vereins gehörten. Perl beantragte, über den Vorschlag Brackes, der den Verein mit der Organisierung von Arbeitseinstellungen beauftragt sehen wollte, zur Tagesordnung überzugehen. Nun stand aber noch ein Vorschlag des eifrigen Gewerkschaftlers Fritzsche zur Abstimmung, der kurz zuvor bei einer Nachwahl für den zurückgetretenen Dr Reincke in Lennep-Mettmann Reichstagsabgeordneter geworden war. In Übereinstimmung mit Schweitzer beantragte Fritzsche eine Resolution, die feststellte, daß die Streiks in der Tat nicht das Mittel wären, um die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise zu ändern, die aber anerkannte, daß sie wohl geeignet seien, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu fördern, die Polizeibevormundung zu durchbrechen und, wenn sie richtig organisiert würden, einige soziale Mißstände drückender Art aus der heutigen Gesellschaft zu entfernen. Dieser Antrag, welcher der Streikbewegung ein

wenigstens akademisches Wohlwollen ausdrückte, wurde denn auch angenommen und der von Perl geforderte Übergang zur Tagesordnung abgelehnt; beides aber geschah mit 3417 Stimmen gegen die ansehnliche Minderheit von 2583 Stimmen.

Schlechter erging es einem zweiten ungleich weitergehenden Antrage Fritzsches, der von der Generalversammlung verlangte, sie möge den Präsidenten beauftragen, zur Beschlußfassung über die Begründung von Gewerkschaften nach Berlin einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß zu berufen. Obgleich die Delegierten wissen mußten, daß Schweitzer diesem Vorschlage zustimmte, so wurde er dennoch abgelehnt, wenn auch mit einer ziemlich knappen Mehrheit. Aber derselbe Mann, der die Souveränität der Generalversammlung oftmals verkündet hatte, wollte sich jetzt ihrem Willen nicht fügen. Er erklärte, indem er das Ergebnis der Abstimmung bekannt gab, daß er und Fritzsche, trotz dieses Votums, in ihrer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete Einladungen zu einem Kongreß ergehen lassen würden. Diese sensationelle Ankündigung erzeugte eine aufgeregte Debatte. Die orthodoxen Lassalleaner behaupteten natürlich, daß das Vorhaben des Präsidenten dem Geist des vorausgegangenen Votums zuwiderliefe. Dieses hätte sich nicht nur gegen die Organisierung eines Arbeiterkongresses durch den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein sondern überhaupt gegen jede Veranstaltung eines solchen Kongresses ausgesprochen. Die Parteidisziplin verböte deshalb allen Mitgliedern jede Agitation in dieser Richtung. Schweitzer gestand der Generalversammlung das Recht zu, allen Vereinsmitgliedern, den Präsidenten einbegriffen, Handlungen zu verbieten, von denen sie meinte, daß sie den Zielen der Partei schädlich wären. Aber aus den bis dahin vorliegenden Abstimmungen der Generalversammlung wollte er ein solches Verbot nicht herauslesen. An sich verlangte er noch nichts unbilliges, wenn er jetzt die Forderung erhob, die Frage, ob der Ablehnung des zweiten Antrags Fritzsche eine so weitreichende Wirkung zuzusprechen wäre, möge noch einmal einer Diskussion und einer Abstimmung unterliegen. Aber es verstimmte viele der anwesenden Delegierten, daß er ausdrücklich die Vertrauensfrage stellte und damit einen Zwang ausübte. Das ließen sich die Arbeiter von einem Manne, dessen Tüchtigkeit sie schätzten, den sie aber deshalb noch nicht liebten, nur ungern gefallen. Wenn die Generalversammlung ihm nnd Fritzsche auch in ihrer Eigenschaft als Reichstagsabgeordneten die Einberufung des Kongresses verböte, so drohte Schweitzer mit der Niederlegung seines Amtes und seinem Ausscheiden aus dem Verein. Denn auf einem allen Angriffen so ausgesetzten Posten, wie der seine wäre, könne er nur verbleiben, solange er das feste Bewußtsein hätte, daß die Agitation des Vereins nicht durch wesentliche Versäumnisse lebensunfähig gemacht würde.

Schweitzer mußte seine Stellung für sehr stark halten. Sonst hätte er es nicht gewagt, mit diesem Ultimatum hervorzutreten, dessen Ablehnung ihm das Ver-

bleiben in seinem Amt, an dem er hing, sehr schwer gemacht hätte. Doch er täuschte sich nicht über die Grenzen seines Einflusses, und wenn ihm vorgeworfen wurde, daß er einen unstatthaften Druck auf die Delegierten ausübte, so lag selbst darin eine indirekte Anerkennung seiner Unentbehrlichkeit. Diesmal erreichte er noch was er wollte. Die Generalversammlung gestand durch ihre Abstimmung ausdrücklich zu, daß die Verwerfung von Fritzsches zweitem Antrag nur bedeutet hätte, der Verein als solcher wünsche die Sache nicht in die Hand zu nehmen, daß es aber Schweitzer und Fritzsche in ihrer Eigenschaft als Reichstagsabgeordneten unbenommen bliebe, einen Kongreß zu berufen.

Weiter hatte Schweitzer nichts gewollt. Nun aber war Eile geboten, denn die von ihm geäußerte Befürchtung, daß den Sozialdemokraten von fortschrittlicher Seite zuvorgekommen werden könnte, war, wie die folgenden Ereignisse bestätigten, keineswegs aus der Luft gegriffen.

Schweitzers und Fritzsches Einladung „an die Arbeiter Deutschlands" zu einem allgemeinen Deutschen Arbeiterkongreß, der am 27. September in Berlin zusammentreten sollte, ist aus Hamburg vom 27. August datiert. Der Wert der Streiks und die Grenzen ihrer Bedeutung als eines Kampfmittels der Arbeiterschaft werden darin genau im Sinne der auf der Generalversammlung gefaßten Resolutionen umschrieben. Sodann aber wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß in dem Augenblick, wo die Proklamation des Koalitionsrechts erfolgen würde, für die wirksame Vornahme von Arbeitseinstellungen bereits ein Rahmen vorhanden sein müsse. Das bisherige planlose Hervortreten nicht gehörig vorbereiteter und unterstützter Streiks wurde verurteilt, und eine planmäßige, zusammenhängende und feste Organisation als die Vorbedingung des Erfolges bezeichnet. Hierfür wäre es erforderlich, daß, ähnlich wie es in England längst der Fall sei, auch in Deutschland die Arbeiter der einzelnen Geschäftszweige sich zu allgemeinen Gewerkschaften vereinigten. Zum Zwecke der Begründung, beziehungsweise Befestigung und gleichartigen Gestaltung solcher allgemeinen Gewerkschaften in allen Zweigen der Produktion durch das ganze Land und behufs Besprechung und Einrichtung von allem, was mit den Arbeitseinstellungen überhaupt zusammenhänge, wurden die bereits bestehenden Gewerkschaften eingeladen, sich in Berlin durch Delegierte vertreten zu lassen. Die bis dahin unorganisierten Arbeitszweige aber sollten an jedem Orte einen Mann ihres Faches zum Delegierten ernennen. Wo es die Umstände anrieten, bliebe es verwandten Gewerbszweigen anheimgegeben, sich für diesen Zweck zusammenzutun. Den Arbeitern der kleinen Orte wurde freigestellt, sich ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit der Gewerbe durch einen gemeinsamen Delegierten vertreten zu lassen. Am Schlusse des Aufrufs werden alle unter dem Druck des Kapitals seufzenden Arbeiter Deutschlands ermahnt, zusammenzustehen, um das „moderne Joch" zu bekämpfen: sie sollten einig sein und ihre ungeheure Macht erkennen!

Schweitzer war sich natürlich darüber klar, daß er mit diesem Appell an die Gesamtheit der deutschen Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre politische Parteirichtung ganz neue Wege betrat, für die er dem orthodox schriftgläubigen Teil seiner Anhängerschaft aus den Reden und Broschüren Lassalles nur schwer eine Legitimation beibringen konnte. Deshalb gebot die Klugheit, den Mitgliedern noch ausführlicher als es ihm in Hamburg die Verhältnisse gestattet hatten, die Beweggründe auseinanderzusetzen, die ihn zu dieser folgenschweren Ausweitung der alten Taktik bestimmten. Dieser Aufgabe unterzog er sich in den Artikeln des Socialdemokrat vom 6. 9., und 18. September, die davon ausgingen, daß nicht etwa die Sozialdemokratie die Streiks hervorgerufen hätte, sondern daß diese sich ihr als eine neue Tatsache aufdrängten. Zu Lassalles Zeiten hätte man sie, von ganz vereinzelten Fällen abgesehen, in Deutschland noch nicht gekannt, und dieser hätte deshalb auch keine Veranlassung gehabt, anstatt auf das Ziel die Eroberung des Staates für die Arbeiterklasse, direkt loszugehen, sich mit einem Mittel zu beschäftigen, von dem kein Sozialist, der das Prinzip bis zu Ende denke, behaupten dürfe, daß es die Grundlagen der heutigen Gesellschaft zu ändern vermöge. Da nun aber die Streiks einmal da wären und sich in Zukunft voraussichtlich noch vermehren würden, so könne und dürfe die Partei ihre Organisierung nicht den Predigern der Selbsthülfe oder den Halbsozialisten überlassen, die sie so leicht ihren Zwecken und unklaren Vorstellungen dienstbar machen könnten. Auch verstünden diejenigen ihren Lassalle falsch, die behaupteten, es könne und dürfe in seinem Verein nichts unternommen werden, was er nicht bereits selbst angeregt hätte. Hätte Lassalle die mannigfachen Umwandlungen der Verhältnisse seit seinem Tode erlebt, so würden sich zweifellos Form und Inhalt seiner Agitation diesen veränderten Verhältnissen angepaßt haben. Jede praktische Agitation sei an die zu einem Zeitpunkt obwaltenden Zustände gebunden!

Marx und Engels, die sich in England seit langen Jahren im ständigen persönlichen Verkehr mit den Führern von Trade-Unions befanden, empfahlen den Arbeitern die Gewerkschaften seit jeher als ein revolutionäres Kampfmittel. Und da die Kongresse der Internationale sich ebenfalls für die Benutzung und Förderung der Gewerkschaftsbewegung ausgesprochen hatten, so lag für Schweitzer kein Anlaß vor, die Wendung seiner Taktik auch nach der linken Seite hin ausdrücklich zu verteidigen. Glaubte er sich doch in dieser Frage mit Marx so sehr eines Sinnes, daß er die von ihm ausgearbeiteten Statuten des geplanten Gewerkschaftsverbandes jenem zur Begutachtung übersandte. Freilich verstand sich Schweitzer wohlweislich erst dann hierzu, als er annehmen durfte, daß die eventuellen sachlichen Einwände eines Antwortschreibens zu spät in seine Hände kommen würden, um bei der Errichtung des Verbandes berücksichtigt werden zu können!

Schweitzers und Fritzsches Aufruf fand in der arbeitenden Bevölkerung der meisten Gegenden Deutschlands einen über alles Erwarten starken Wiederhall,

und die Delegiertenwahlen erfolgten unter der führenden Beteiligung der Mitgliedschaften des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, in dessen Reihen jetzt keine sichtbare Opposition mehr zu Tage trat. Doch die Kreaturen der Gräfin Hatzfeld schlachteten eifrig den Agitationsstoff aus, den Schweitzer sich in ihren Augen durch seinen erneuten „Abfall von Lassalle" gegeben hatte.

* * *

Noch während dieser Vorbereitungen zum Kongreß vollzogen sich, wie Liebknecht es Schweitzer frühzeitig vorausgesagt hatte, in der Hauptstadt Frankens Ereignisse, deren Folgen binnen weniger Monate das ganze Antlitz der deutschen Arbeiterbewegung verändern sollten. Hier in Nürnberg kam es auf dem fünften Vereinstage der Deutschen Arbeitervereine im Anfang des September zu einer reinlichen Scheidung der Geister. Seitdem Bebel zum Präsidenten des Verbandes gewählt worden war, konnte dieses Ereignis einen aufmerksamen Beobachter höchstens noch durch die Schnelligkeit überraschen, mit der es sich vollzog. Von Jahr zu Jahr hatte es sich mit größerer Deutlichkeit herausgestellt, daß bei der ständigen Verschärfung der sozialen und politischen Gegensätze die Arbeitervereine nicht dauernd von der Teilnahme am politischen Kampfe zurückzuhalten waren. Wohl gehörten noch manche der im Verbande geachteten Persönlichkeiten der Fortschrittspartei und vielleicht gar den Nationalliberalen an, und auch einzelne Bildungsvereine mochten sich noch in Treue zu den alten Fahnen bekennen, aber die Masse der Arbeiter erwartete seit dem Ende des Verfassungskonflikts und der Errichtung des Norddeutschen Bundes auf autoritärem Unterbau eine wirkliche energische Vertretung ihrer Interessen nur noch von den sogenannten Volksparteien oder vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Noch im August drang in den Chemnitzer Nachrichten Carl Wartenberg darauf, die Entscheidung über die Frage eines politischen Programms hinauszuschieben, weil dann die verschiedenen im Verbande befindlichen Elemente noch eine gute Strecke Wegs gemeinsam zurücklegen könnten und dieses dem Interesse der Arbeiter am besten entsprechen würde. Aber Liebknecht sah sich dem Ziel seiner Sehnsucht nahe und wollte von keinem weiteren Aufschub hören, er brannte danach, die „Schleppträger der Bourgeoisie" nach Hause zu schicken, von denen die Arbeiter sich lange genug hätten mißbrauchen lassen! Wohl versicherte er auch jetzt noch im Demokratischen Wochenblatt, daß die Annahme des vom Vorort Leipzig dem Vereinstage vorgeschlagenen Programms der Internationale keineswegs die Bildung einer besonderen politischen Partei zur Folge haben würde. Innerlich konnte es ihm nicht zweifelhaft sein, daß ein dauerndes Zusammengehen mit der vorwiegend kleinbürgerlich-partikularistischen süddeutschen Volkspartei nicht mehr für Männer in Frage kommen konnte, die sich mit dem vollen Bewußtsein von dem, was sie damit taten, auf den Boden der Internationale stellten. Auf dem Vereinstage selbst wagte er sich

bereits vor der entscheidenden Abstimmung offener als er bisher gedurft, mit der Sprache heraus, als er erklärte, daß die Arbeiterschaft, das Gros des Heeres der Demokratie, in Zukunft auch dessen Führung beanspruchen würde. In der Rede, mit der er den Antrag auf Anschluß an die Internationale begründete, nannte er, wie früher schon oft, demokratisch und sozialistisch „identische Ausdrücke". Jetzt aber bezeichnete er es nicht mehr als die Aufgabe der Arbeiter, sich der Demokratie anzuschließen, sondern er nannte es die Pflicht der „demokratischen Volkspartei", sich mit der „demokratischen Arbeiterpartei" zu vereinigen.

Nicht ohne harten Kampf wurde der schicksalsschwere Antrag des Vororts mit den Stimmen von 69 gegen jene von 46 Vereinen zum Beschluß erhoben. Außer Liebknecht hatten sich noch besonders der jetzt mit ihm und Bebel verbündete Vahlteich, die anwesenden Lassalleaner Karl Hirsch und Dr. Kirchner, der sozusagen im Auftrage der Hamburger Generalversammlung hier erschienen war, sowie Robert Schweichel dafür ins Zeug gelegt.

Was besagte es noch, daß der Vereinstag einem etwas abschwächenden Amendement Sonnemanns, dem diese Entwicklung natürlich höchst unbequem kam, zustimmte, worin statt von der „Aneignung" des Programms der Internationale nur von der „Übereinstimmung" mit einigen namentlich aufgeführten Punkten desselben gesprochen wurde? Die Punkte, die namhaft gemacht wurden, waren ja die entscheidenden, und obendrein wurde der Anschluß an die Bestrebungen der Internationale in einer bedeutsamen Erklärung ausdrücklich vollzogen. Auch die Arbeiterbildungsvereine der Schweiz, die gleich der österreichischen Sozialdemokratie durch Delegierte in Nürnberg vertreten waren, hatten wenige Wochen zuvor auf ihrem Kongreß zu Neuenburg diesen Schritt getan. Die unterlegene Minderheit des Vereinstages sagte sich in richtiger Würdigung der Tragweite der Abstimmung von einem Verbande los, der, wie sie betonte, nunmehr eine mit seinen ursprünglichen Bestrebungen nicht mehr vereinbare Richtung einschlug. Nach einer Schätzung von Carl Hirsch, der bald darauf zu Liebknecht und Bebel überging, standen hinter den 69 Vereinen der Mehrheit etwa 6000, hinter den 46 der Minderheit etwa 5000 Arbeiter. Der von der liberalen Minderheit errichtete Deutsche Arbeiterbund, dem das Norddeutsche Wochenblatt als Organ diente, siechte dahin, bevor er irgend eine nennenswerte Tätigkeit entfalten konnte. Die Nürnberger Mehrheit aber, zu der sich die meisten Vereine der anderen Gruppe bald zurückfanden, bekannte sich hinfort offen zum Sozialismus, und es war ohne Tragweite, wenn der von neuem zum Präsidenten gewählte Bebel sich noch zu Ende September dagegen sträubte, daß er auch mit dem „Kommunismus" etwas zu tun haben sollte[1]. Bereits im folgenden Jahre, auf dem Kongreß in Eisenach, konstituierte sich der Verband als „sozialdemokratische Arbeiterpartei".

---

[1]) Vgl. seine Zuschrift in Zukunft 27. September.

Warum aber dekretierte diese dem Programme der Internationale beigetretene Arbeitervereinspartei nicht einfach ihr Aufgehen in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein? Woran lag es, daß die beiden sozialdemokratischen Parteien sich nicht sofort vereinigten? Die Hindernisse, die diese naturgemäße Entwicklung noch sieben Jahre verzögerten, waren sowohl sachlicher wie organisatorischer wie persönlicher Art. Trotz der scharfen Kritik, die seit einigen Monaten auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein an der Verfassung und Verwaltung im Norddeutschen Bunde übte, entsprangen die sachlichen Gegensätze noch immer in erster Reihe dem Unterschied in der Beurteilung der Ereignisse von 1866. Hing davon doch auf das engste die Stellung ab, die beide Parteien, auf politischem wie auf sozialem Gebiet, dem Berliner Machtzentrum gegenüber einnahmen! Die von Lassalle bei ihrer Gründung auf die preußischen Verhältnisse zugeschnittene norddeutsche Arbeiterpartei predigte zwar den Klassenkampf gegen die reaktionäre Masse der bürgerlichen und feudalen Parteien viel nachdrücklicher als Liebknecht, Bebel und deren Anhang. Dafür waren aber Preußen und hernach der Norddeutsche Bund für sie keineswegs unter allen Umständen und zu allen Zeiten bloß reaktionäre „Klassenstaaten", vor deren Beseitigung auf revolutionärem Wege keine Besserung der Arbeiterverhältnisse durchführbar wäre. Lassalles von der Antike befruchteter und aus Hegels Philosophie erwachsener Staatskultus verhinderte es, daß der von ihm begründete Verein den Begriff des „Klassenstaats" dem des Klassenkampfes mit dem gleichen Nachdruck an die Seite stellte. Er erblickte das „Vestafeuer aller Zivilisation", wenn auch in einer für sein Auge verunreinigten Form, noch in dem von reaktionären Gewalten beherrschten historischen preußischen Staate. Von vorne herein hatte Lassalle der Selbsthilfe, welche die Liberalen anpriesen, das Postulat der Staatshilfe gegenübergestellt. Aber diese Staatshilfe hatte er für die Arbeiterklasse nicht erst von dem freien Volksstaat einer fernen Zukunft annehmen wollen, sondern er selbst war mit der preußischen Regierung in Verhandlungen getreten, um sowohl auf sozialem wie auf politischem Gebiete von ihr Konzessionen zu erlangen. Und diese Taktik, die sowohl von der bürgerlich-doktrinären wie von der sozialistisch-internationalen Demokratie verabscheut wurde, war von Schweitzer beibehalten worden. Nun hatte freilich neuerdings die Beilegung des preußischen Verfassungskonflikts und die Aussöhnung zwischen der Regierung und der Bourgeoisie auch den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein immer schärfer in eine konsequent oppositionelle Haltung hineingedrängt. Aber wer bürgte, besonders solange Schweitzer an der Spitze stand, daß der Verein nicht bei dem ersten ernsthaften Zusammenstoß zwischen Bismarck und den Nationalliberalen sich von neuem zu Verhandlungen mit jenem schlimmsten Feinde der Demokratie bereit finden würde? Und was das bedenklichste in Liebknechts Augen war: Jener Hang zum Opportunismus, der in einer solchen Taktik zum Ausdruck kam, lag nicht allein

in den Charakteren Lassalles und Schweitzers begründet, sondern er schien unzertrennlich von der Tradition und dem nun schon geschichtlich erlebten Programm des Vereins. Noch immer war Liebknecht der Ansicht, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein ebenso wenig eine Reform vertrüge wie die Tyrannei Napoleons und die Despotie Bismarcks. Am wenigsten konnten er und Bebel daran denken, sich durch einen massenhaften Eintritt ihrer Scharen in die Lassalleanische Organisation freiwillig der Diktatur Schweitzers unterzuordnen, in dem sie beide den gefährlichsten Feind der deutschen Arbeiterbewegung erblickten. Aber selbst wenn die Führer anderen Sinnes gewesen wären, so hätten sich schwerlich die bis dahin nur durch ein lockeres Band zusammengehaltenen und sonst völlig selbständigen Bildungs- und Volksvereine freiwillig in den eisernen Ring hineinbegeben, durch den die Organisation Lassalles ihre Mitgliedschaften zusammenhielt.

Wahrscheinlich würde ein plötzlicher und nicht schrittweise und langsam vorbereiteter Eintritt jener an straffe Zentralisation und unbedingte Unterordnung nicht gewohnten Elemente die mit großer Mühe hergestellte Einigkeit im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein untergraben und diesen in kurzer Zeit gesprengt haben. Erst recht konnten es Liebknecht und Bebel dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein nicht zumuten, seine schon in manchen Kämpfen bewährte Organisation aufzugeben und seine Streitkräfte den Cadres ihrer noch gar nicht fertigen, aber auf dezentralisierter Grundlage entstehenden Partei einzureihen! Das für die Zukunft der deutschen Sozialdemokratie günstigste unmittelbare Ergebnis der Tagungen von Hamburg und Nürnberg konnte in einem nachbarlichen Zusammenwirken der beiden Richtungen bestehen, das sich möglicherweise im Laufe der Zeit, zuerst auf parlamentarischem Boden, zu einer Art von Fraktionsgemeinschaft ausgewachsen hätte. Aber so paradox es zuerst klingen mag: gerade die unleugbare prinzipielle Annäherung, die sich während der letzten Monate in den Programmen vollzogen hatte, führte zum Wiederausbruch eines erbitterten Krieges zwischen den Häuptlingen und ihren Scharen, zu einem Kriege, in dem hinfort kein Pardon mehr gegeben wurde. Der letzte Grund dafür, daß es hierzu kam, lag in der ausgeprägt zentralistischen und deshalb Kompromissen auf organisatorischem Gebiet durchaus widerstrebenden Gestalt des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Der Kampf um die Organisation der künftigen großen deutschen sozialdemokratischen Partei, der die nächsten Jahre erfüllte, war ein Suchen nach der einer solchen Massenbewegung ihrem Wesen nach zukommenden innerlichen Struktur. Man vergesse nicht, daß der Gegensatz von Autorität und Selbstbestimmung, Cäsarismus und Demokratie, Zentralismus und Föderalismus einer der formgebenden Faktoren der allgemeinen zeitgenössischen Geschichte bildete! Aber dennoch hätten sich vielleicht die gegenseitigen Annäherungsbestrebungen nicht von Anfang an als völlig aussichtslos erwiesen, wenn der Führer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ein Mann von einem mehr gezügelten Selbstbehauptungsdrang gewesen wäre, wenn er, von der Notwendigkeit des Zusammenraffens a l l e r Kräfte des klassenbewußten

Proletariats überzeugt und nur von Hingebung für die Sache geleitet, sich bereit gefunden hätte, die cäsaristische Grundlage des Vereins, die sich für eine große Massenpartei nicht mehr eignete, der Sache der Versöhnung und Einigung zum Opfer zu bringen. Aber in Schweitzers Seele war für das Wort „Entsagung" kein Raum, und am allerwenigsten wäre er jetzt, wo er im Begriffe stand, die Gewerkschaftsbewegung den Zielen der Sozialdemokratie dienstbar zu machen, von der Nützlichkeit eines freiwilligen Rücktritts zu überzeugen gewesen, an den aus altruistischen Motiven bei ihm überhaupt niemals zu denken war.

Nun schien es aber plötzlich, daß die Umwandlung des bisherigen Bildes der deutschen Arbeiterbewegung, dem die gewerkschaftlichen Bestrebungen und der Übergang der Arbeitervereinspartei zur entschiedenen politischen Aktion ganz neue Züge zufügten, noch eine weitere Beschleunigung erfahren sollte. Konnte ein Ereignis, das jetzt eintrat, nicht rückgängig gemacht werden, so war mit einem Ruck das hauptsächlichste Hindernis für einen sofortigen Zusammenschluß aller Sozialdemokraten aus der Welt geschafft. Über den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, für den als polizeilicher Wohnsitz sein Stiftungsort Leipzig galt, wurde nämlich durch eine Verfügung der sächsischen Polizei vom 16. September die Auflösung verhängt. Als Grund für diese Maßregelung wurde angegeben, daß der Verein seinen Bevollmächtigten an den einzelnen Orten gestatte, über die Hälfte der einlaufenden Beiträge für lokale Parteizwecke zu verfügen und ferner, daß die Mitgliedschaften sich selbst einen Ortskassierer wählten. Daraus erhelle, daß alle Mitgliedschaften des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins als selbständige Vereine anzusehen seien, die als solche, gemäß Paragraph 24 des Vereinsgesetzes, mit einander Beziehungen nicht unterhalten dürften. Man hatte die dem Verein günstige und bis dahin von den Behörden noch in den meisten Fällen angenommene Auslegung des bekannten Paragraphen infolge von Schweitzers schärferer demokratischer Tonart außer Kraft gesetzt, nachdem sie schon vorher in Berlin, Frankfurt und Breslau durchbrochen und in Bayern wohl niemals akzeptiert worden war. Schweitzer hatte zu keiner Zeit daraus ein Hehl gemacht, daß der Verein sich in den meisten deutschen Staaten nur als geduldet betrachten könnte, so lange die reaktionären Vereinsgesetze fortbestünden. Und auf der Generalversammlung in Hamburg war es von ihm offen als seine Ansicht ausgesprochen worden, daß die Tage des Vereins bald gezählt sein dürften, und daß die preußische Regierung ihn schließen würde, sobald sie ihn als unbequem empfände.

Aus dieser Bemerkung des Präsidenten zog die Volkszeitung die Folgerung, daß die Auflösung für Schweitzer nicht nur nicht unerwartet kam, sondern daß sie von ihm direkt gewünscht, vielleicht sogar veranlaßt worden sei. Eine wohl von Carl Hirsch herrührende Berliner Korrespondenz des Liebknechtschen Blattes stieß in das gleiche Horn. Aber die Prüfung aller Begleitumstände spricht gegen eine solche Annahme, und es ließe sich auch in der Tat kein stichhaltiger Grund dafür auffinden,

weshalb Schweitzer just in dem Moment seine Truppen zeitweilig nach Hause schicken wollte, wo seine Gegner ihr Heer formierten und mit der Werbetrommel im ganzen Lande umherzogen. Nichts anderes als eine Radomontade war auch die Behauptung von Schulze-Delitzsch, der damals den noch treu zu ihm haltenden Berliner Maschinenbauern erzählte, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein sich bald von selbst aufgelöst hätte, wenn die Regierung, der er dafür Dank schulde, ihm nicht zuvorgekommen wäre. So lagen die Dinge ganz und gar nicht. Waren auch die finanziellen Verhältnisse des Vereins noch keineswegs glänzend, so bewegten sich doch seine Einnahmen bei ständig zunehmender Mitgliederzahl in einer aufwärts steigenden Richtung, und auch in anderer Hinsicht hatte der Verein um jene Zeit keine Lockerung seiner Organisation erfahren. Die politische Bewegung womöglich völlig einschlafen zu lassen und nur noch gewerkschaftliche Agitation zu betreiben, hat Schweitzer ebenfalls niemals beabsichtigt. Sobald er jetzt von dem Auflösungsplan der Leipziger Polizei Kenntnis erhielt, sandte er ihr auch schon eine Eingabe. Um den Verein zu retten, erklärte er sich darin bereit, unter Berufung auf die früher wohlwollende Auslegung der Vereinsstatuten, die angefochtene Bestimmung über die Rückbehaltung der Beitrittsgelder außer Kraft zu setzen. Auch an die Ausarbeitung einer neuen, jene Beschwerdegründe beseitigenden Kassenordnung machte er sich sofort. Aber er war mit diesem Geschäft kaum fertig, als die Nachricht ihn erreichte, daß trotz seines Vorschlages die Auflösung verfügt worden sei. Nunmehr bezeichnete ein Präsidialerlaß vom folgenden Tage es als zweifellos, daß nur scheinbar jene seit Jahren unbeanstandet im Verein geltenden Einrichtungen, in Wahrheit aber das immer mächtigere Anschwellen der Arbeiterbewegung den Grund der Auflösung bildeten. Deutlich ließ Schweitzer durchblicken, daß, seiner Ansicht nach, diese Maßregelung nicht von Leipzig oder von Dresden aus, sondern in Berlin angeordnet worden wäre. Wenn er aber jetzt auf eine Berufung an die höhere Instanz verzichtete, so wollte er damit wohl vermeiden, daß ein für alle preußischen Gerichte maßgebendes Urteil des Obertribunals die der Polizei genehme Auslegung des strittigen Paragraphen des Vereinsgesetzes bestätigte und damit die Wiederaufrichtung der alten Organisation unmöglich machte. Er selbst nannte in seinem Präsidialerlaß jede Auflehnung zwecklos und verfügte die sofortige Schließung des Vereins. Zuvor aber gab er bekannt, daß er sich auch noch nach dem Verschwinden des sichtbaren Bandes der Organisation als der erwählte Wortführer der Partei betrachtete. Er würde nicht gezögert haben, so sagte er in dem Erlaß, sofort anzuordnen, was nunmehr im Parteiinteresse zu geschehen hätte, wenn nicht zufällig der allgemeine deutsche Arbeiterkongreß vor der Türe stünde und dieser ihn in die Lage setzte, mit vielen bewährten Führern der Partei darüber Beratungen pflegen zu können. Er zweifle nicht, daß die Arbeiterpartei sich, wie bisher, auch fürderhin durch ganz Deutschland als ein Ganzes fühlen und im

Interesse der nötigen Einheitlichkeit der Bewegung seine Ratschläge genau so befolgen werde, als wenn er als Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins seine Anordnungen träfe.

Noch vor dem Zusammentritt des Kongresses verbreitete sich der Expräsident über die Grundlagen, auf denen er eine Wiederaufrichtung der Schöpfung Lassalles für möglich hielt, und er bezeichnete als den einzigen Gesichtspunkt, unter dem alle Betrachtungen über diese Frage angestellt werden müßten, die vollständige Vereinbarkeit der künftigen Organisation mit den Bestimmungen der deutschen Vereinsgesetze. Der Verein müßte derartig eingerichtet werden, daß es der Polizei nicht mehr möglich sein würde, in seinem Bereich Zweigvereine aufzuspüren. Der nächste Weg, um zu diesem Ziel zu gelangen, hätte in der Durchführung einer noch strengeren Zentralisation gelegen. Aber Schweitzer hütete sich wohlweislich, auszusprechen, daß er diesen Weg einzuschlagen entschlossen war. Im Gegenteil, er setzte erst einmal den Lesern des Socialdemokrat auch die Organisation des konservativen Preußischen Volksvereins auseinander, deren Hauptlinien im nächsten Jahre von der Liebknecht-Bebelschen sozialdemokratischen Partei übernommen wurden. Da es für einen Verein, der seine Anhängerschaft hauptsächlich in Preußen hatte, vor allem darauf ankam, in diesem größten Staate Deutschlands wiederaufzuleben, so konnte man, wie Schweitzer darlegte, unter Umständen diese Organisation genau nachahmen, die zugleich eine einheitliche war und sich doch über die verschiedensten Orte erstreckte. Sollte sie jedoch an den einzelnen Orten wahrhaft wirksam werden, so wäre die nebenhergehende Bildung selbständiger Lokalvereine unerläßlich. Wie die reaktionären Lokalvereine in ihren Statuten die Bestimmung enthielten, daß nur „gute Konservative" aufnahmefähig wären, so müßten auch die sozialdemokratischen Lokalvereine in ihre Statuten aufnehmen, daß nur „gute Sozialdemokraten" Mitglieder werden dürften. Wahrscheinlich würde sich dann den meisten sozialdemokratischen Lokalvereinen die Ansicht aufdrängen, daß niemand ein guter Sozialdemokrat sein könne, der nicht auch zu dem allgemeinen, das ganze Land umfassenden sozialdemokratischen Verein gehörte.

Aber bereits im Verlaufe solcher Betrachtungen nannte Schweitzer wiederholt die Einheitlichkeit der Partei durch ganz Deutschland das beste Kleinod des Vereins, und aus seiner Beteuerung, daß er von d i e s e m Grundgedanken der Lassalleschen Organisation niemals abgehen werde, und daß der neue Verein vom alten nicht weiter abweichen sollte, als die Sachlage es durchaus geböte, läßt sich mit Sicherheit der Schluß ziehen, daß er innerlich keinen Augenblick daran gedacht hat, zugunsten eines föderativen Neubaus auf seine Diktatur zu verzichten. Dieser schlaue Rechner kannte die Leute, mit denen er zu tun hatte, und so frei er selbst in Politicis von jeder Gefühlsanwandlung war, so richtig sah er voraus, daß die Männer, die vor fünf Jahren mit Lassalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein begründet hatten und selbst jene, die etwas später diesem bei-

getreten waren, das Testament Lassales fest im Herzen trugen und noch nicht gewillt waren, eine Organisation aufzugeben, an der treu festzuhalten dessen letztes Wort sie beschworen hatte. Als deshalb Schweitzer am Vorabend des Kongresses die Delegierten, die dem aufgelösten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein angehört hatten, zu einer Besprechung über die Zukunft von Lassalles Schöpfung vereinigte, da verlangten sie, wie er im geheimen selbst gewünscht hatte, die Wiederherstellung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mit der Organisation Lassalles. Von einer „Nachäffung" des reaktionären preußischen Volksvereins wollte keiner von ihnen etwas wissen![1]) — —

* * *

Als Lassalle die zur politischen Verfechtung ihrer Interessen drängenden Spitzen der deutschen Arbeiterklasse zu organisieren begann, da gereichte es ihm zum Vorteil, daß Fortschrittspartei und Nationalverein trotz der vereinzelten Mahnungen von Männern wie Vahlteich, Dammer und Schweitzer, auf die Stimmung der Massen nicht rechtzeitig und hingebend genug eingegangen waren. Nach fünf Jahren schien dem Liberalismus jetzt eine ähnliche Gefahr zu drohen. Fritzsche und Schweitzer hatten die gewerkschaftliche Organisierung der deutschen Arbeiterschaft in ihre Hände genommen, und große Eile tat not, wenn die Fortschrittspartei noch verhindern wollte, daß die wirtschaftliche Interessenvertretung der arbeitenden Klasse ausschließlich der Sozialdemokratie zufiele. Aber dieses Mal standen die Liberalen, von einem der ihrigen geweckt, frühzeitig genug auf und sie erreichten dadurch immerhin, daß sie sich in einer beschränkten Anzahl von Gewerken, besonders in solchen, die eine qualifiziertere Arbeit erforderten, einen länger anhaltenden Einfluß auf die Bewegung sicherten.

Daß Max Hirsch sich durch sein damaliges schnelles Eingreifen um den deutschen Liberalismus ein großes Verdienst erworben hat, ist unbestreitbar. Nicht zu halten dagegen ist die Auffassung, die er selbst und auf sein Zeugnis hin Schmöle und Kulemann vertreten[2]). Sie stellen es nämlich so dar, als ob die Führer der

---

[1]) Der kritiklose Tölcke erblickte später, nach seiner Verfeindung mit Schweitzer, sogar dessen Handlungen aus der Zeit, wo er mit ihm noch durch Dick und Dünn ging, in einem stark verzerrten Spiegel. Er behauptet, daß Schweitzer, der völlig freie Hand zu behalten wünschte, um die sofortige Konstituierung des Vereins zu verhindern, in dem Beratungszimmer plötzlich die Kunde aussprengen ließ, Polizisten wären vor der Tür und wollten die angeblich mit Absicht nicht ordnungsgemäß angemeldete Versammlung aufheben. Sofort hätte man die Gasflammen ausgelöscht, die Delegierten wären hinausgeeilt, aber von der Polizei sei keine Spur zu entdecken gewesen. Man tut gut, diese Erzählung gleich vielen anderen, die in Wort und Schrift über Schweitzer in Umlauf gesetzt wurden, mit Vorsicht aufzunehmen.

[2]) Brentano hält, wie er dem Verfasser dieses Buches auf eine Anfrage mitteilte, noch jetzt die vor dreißig Jahren von ihm gegen Max Hirsch gerichteten Angriffe aufrecht: „Hirsch", so schrieb er mir unter dem 17. Januar 1909, „hatte, als er London verließ, nur

Sozialdemokratie erst durch die Veröffentlichungen dieses liberalen Ausschußmitglieds des Verbandes deutscher Arbeitervereine mit der Gewerkschaftsbewegung bekannt geworden wären. Aber Schweitzer behandelte die Hauptpunkte des Problems schon seit Jahren hin und wieder im Socialdemokrat, und Liebknecht hatte die Trade-Unions während seines Exils in deren Heimatland kennen gelernt, wo seine Freunde Marx und Engels neben Gewerkschaftsführern im Generalrat der Internationale saßen. Er rühmte sich sogar in seiner Berliner Rede vom 31. Mai 1869, daß er die Befolgung des englischen Beispiels schon im Jahre 1863 in Deutschland befürwortet hätte! Max Hirsch war ursprünglich über den Kanal gegangen, um das britische Genossenschaftswesen zu studieren, und erst im Sommer 1868 ist er daselbst mit der anderen, für den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse noch wichtigeren Form des Zusammenschlusses näher bekannt geworden. Was er dabei sah und hörte, das legte er in „sozialen Briefen aus England" nieder, die in der ersten und zweiten Woche des August in der Volkszeitung erschienen und zweifelsohne das ihrige dazu beitrugen, die Kenntnis der einschlägigen englischen Zustände in Deutschland zu verbreiten. Hirsch empfahl darin den deutschen Arbeitern die Befolgung des englischen Beispiels. Aber der Entschluß Schweitzers, sich der Streikbewegung für die Zwecke seiner Partei zu bemächtigen und die Beratung des Gegenstands dem herannahenden Hamburger

sehr ungenügende Vorstellungen von der Bedeutung der Gewerkvereine, er war noch ganz Genossenschaftler .... Nach meinem Erachten wurde er zum Apostel für deutsche Gewerkvereine erst bekehrt, als er, in Berlin wieder angekommen, fand, daß Schweitzer Gewerkschaften zu organisieren als sozialdemokratisches Ziel hingestellt hatte." Für mich besteht um so weniger eine Veranlassung, auf die Kontroverse zwischen Brentano und dem verstorbenen Max Hirsch einzugehen, als das Urteil über Hirschs politische Tat davon in keiner Weise berührt wird. Da die Situation im September 1868 ein eiliges Vorgehen verlangte, so durfte Hirsch, selbst wenn seine Bekanntschaft mit den englischen Gewerkschaften damals noch eine oberflächliche war, sich vom Handeln durch Lücken seines Wissens nicht zurückhalten lassen. Herr Geheimrat Brentano hatte die Freundlichkeit, mich darauf hinzuweisen, daß wohl als der erste in Deutschland Herrmann Wagener, bei der Koalitionsrechtsdebatte des Preußischen Abgeordnetenhauses vom 11. Februar 1865, öffentlich die englischen Trade-Unions nannte und eine Ahnung von ihrer Bedeutung verriet. Für die Beziehungen zwischen Wagener und Schweitzer vgl. Seite 209. Es läßt sich heute nicht mehr entscheiden, ob Schweitzer zuerst in Unterhaltungen mit Wagener einen Begriff von der gewaltigen Rolle erhielt, die diese Organisationen im Leben der britischen Arbeiter spielten. Es ist nicht minder leicht möglich, daß ihm diese Kenntnis durch Liebknecht oder auch durch Parteigenossen vermittelt wurde, die als Arbeiter englische Zustände kennen gelernt hatten. Seit dem Herbst 1866 lenkten ohnehin die Ereignisse in Sheffield und Manchester und ihre Folgen das allgemeine Interesse des Publikums auf die Trade-Unions. Schweitzer selbst ist niemals in England gewesen, er kannte auch nur ziemlich wenig die nationalökonomische Literatur dieses Landes. Seine Vorstellung von der Gegenwart und Zukunft der sozialen Frage wurde weit stärker als von den englischen von den französischen Verhältnissen bestimmt.

Kongreß zu unterbreiten, war damals längst gefaßt. Er hatte es wirklich nicht nötig, sich erst „mit gewohnter Behändigkeit", wie die Volkszeitung es ausdrückte, eines Hirschschen Gedankens zu bemächtigen. Selbst das Schweitzer so wenig wohlgesinnte Demokratische Wochenblatt bestritt energisch die Priorität der liberalen Initiative und sprach Schweitzer und Fritzsche das ausschließliche Verdienst zu. Dieses Zeugnis fällt um so stärker ins Gewicht, wenn man bedenkt, daß es Liebknecht und Bebel nichts weniger als angenehm sein konnte, daß jene beiden Männer sich der Gewerkschafts- und Streikbewegung bemächtigen wollten. Die Zeitgemäßheit des Gedankens vermochten sie nicht zu leugnen, aber sie erklärten es für verfrüht, an dessen Ausführung zu gehen, solange zwischen den verschiedenen politischen Arbeiterorganisationen keine Einigung erzielt worden wäre. Im Interesse ihrer eigenen politischen Bestrebungen rieten sie den sächsischen Industriearbeitern von einer Beschickung des Berliner Kongresses ab, doch stellten sie gleichzeitig für den November die Einberufung einer Konferenz in Aussicht, auf der Delegierte der Arbeitervereine über die Frage der Gewerkschaften und der Streiks Beschlüsse fassen sollten.

Mit einigem Grauen sah die bürgerliche Presse der preußischen Hauptstadt den Folgen des Kongresses entgegen, den sie demnächst in ihren Mauern beherbergen sollte. Die Nationalzeitung freilich machte sich stark; sie suchte an den englischen Erfahrungen darzutun, daß das freie Spiel der Kräfte, nach Erteilung des unentbehrlichen Koalitionsrechts, zuerst wohl zu Kraftproben und damit zu Schädigungen der Industrie führen könnte, daß es aber allmählich friedlichere soziale Zustände anbahnen würde. Pessimistischer stellte sich die vermutlich von Wagener inspirierte Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Boshaft genug erinnerte das Regierungsorgan jetzt die Liberalen an Schulze-Delitzschs unbedachtes Wort von der „Entfesselung der Bestie"; mit Betrübnis konstatierte es das Vorhandensein eines tiefen Klassengegensatzes als eine nicht fortzuleugnende Tatsache und von einer künftigen Ausdehnung der Streikepidemie befürchtete es eine Gefährdung der allgemeinen Sicherheit. Dabei richtete das ministerielle Blatt seine Angriffe keineswegs gegen die Arbeiterklasse, deren Notlage es vielmehr ausdrücklich anerkannte, sondern hauptsächlich gegen die liberale Volkswirtschaftslehre, die noch immer standhaft das Bestehen einer mehr als in früheren Epochen drängenden sozialen Frage leugnete. Nun mußte Schweitzer im Hinblick auf die bevorstehende Tagung des Arbeiterparlaments, wo ihm ein solcher Ruf schaden konnte, sehr viel daran liegen, dem Verdacht vorzubeugen, daß er in der Beurteilung der sozialen Frage irgendwie mit den in Preußen maßgebenden Kreisen übereinstimmte. Deshalb ließ er am 16. September von einer großen Arbeiterversammlung eine gegen den „arbeiterfreundlichen Schein" des reaktionären Blattes gerichtete geharnischte Resolution annehmen, die diesem und zugleich einer Regierung, welche die Koalitionsfreiheit noch immer nicht gewährt hätte, jede Berechtigung absprach, sich mit der Aureole der Arbeiterfreundlichkeit zu schmücken.

Der Zufall hatte Max Hirsch frühzeitig genug aus England zurückgeführt, um im Lager seiner fortschrittlichen Gesinnungsgenossen Alarm schlagen zu können. Er begriff sofort, was für den Liberalismus auf dem Spiele stand, wenn die Bildung von Gewerkschaften einspruchslos der Sozialdemokratie überlassen wurde. Ihm gelang es, Franz Duncker, Schulze-Delitzsch und Parisius von der drohenden Gefahr zu überzeugen und diese Männer zu einem schnellen und tatkräftigen Handeln fortzureißen. Wollte man einen Gegenschlag gegen das Projekt Schweitzers, das selbst dem „Organ für jeden aus dem Volke“ „in seiner Kühnheit fast genial“ erschien, wirksam vorbereiten, so war die größte Eile geboten, denn bis zum Zusammentritt des Kongresses standen nur noch Tage zur Verfügung. Hirsch und seinen Freunden glückte es, eines der führenden Gewerke Berlins, die Maschinenbauer, für ihr Vorhaben zu gewinnen. Dieser Elite von Arbeitern, die allezeit treu zur Fahne des Fortschritts gestanden hatte, schilderte Hirsch am 20. September den unpolitischen Charakter der englischen Trade-Unions, deren Kampfnatur er unterschätzte, und wies sie auf die Folgen hin, die es haben müßte, wenn eine so heilsame Bewegung in Deutschland von Anbeginn ab durch die Sozialdemokratie vergiftet würde. Drei Tage später erschien in der Volkszeitung ein wahrscheinlich von Hirsch geschriebener Leitartikel, der die Agitation für die Gründung von „Gewerkvereinen nach englischem Vorbild“ in noch weitere Kreise der Arbeiterschaft tragen sollte. Mit übertreibender Kontrastwirkung wurden darin die Absichten der Trade-Unions und der Einberufer des Berliner Kongresses einander gegenübergestellt. Die einen strebten ausschließlich nach der Erreichung des sozialen Friedens, während die anderen den sozialen Krieg als ihr Ziel bezeichneten. Die englischen Gewerkschaften wären groß und mächtig geworden, weil sie sich niemals in den Dienst einer politischen oder sozialen Partei gestellt hätten. Bei ihnen wüßte man auch nichts von einem blinden Haß gegen das Kapital und die Kapitalisten als solche. Der Umstand, daß Schweitzer und Fritzsche in ihrem Aufruf ausdrücklich als den Zweck des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses die Arbeitseinstellungen ausgäben, bewiese zur Genüge, daß die Gründung von Gewerkvereinen aus solchen Gesichtspunkten diese von vornherein auf grundfalsche Bahnen lenken und zum Mißbrauch und zur Ohnmacht verdammen würde. Der Natur der Trade-Unions widerspräche es von Grund aus, vom Staate auch nur die geringste Unterstützung zu fordern oder anzunehmen. Die Partei jedoch, die sich jetzt in Deutschland die Berechtigung anmaße, die Gewerkvereine zu organisieren, hätte die Selbsthülfe jederzeit als ohnmächtig verhöhnt und alles Heil für die Arbeiter vom Staate erwartet. Diesen kolossalen Widerspruch, der in ihrer neuen Taktik läge, hätte die ehrliche Masse der Lassalleaner richtig erkannt, als sie es in Hamburg ablehnte, einen Gewerkschaftskongreß von Vereinswegen zu berufen. Weil es aber mit der politischen Agitation der Sozialdemokratie nicht mehr recht vorwärts gehen wollte, hätten die um die Erhaltung ihres Einflusses besorgten Führer eines neuen

Wirkungskreises bedurft und diesen in der Streik- und Gewerkschaftsbewegung zu finden geglaubt!

Schweitzers Aufmerksamkeit waren die Rüstungen seiner Feinde nicht entgangen. Für ihn erklärte sich natürlich das Vorgehen der Volkszeitung und ihres Anhangs damit, daß es sich hier um einen letzten Versuch der Bourgeoisie handelte, der Sozialdemokratie die Führung der Arbeitermassen streitig zu machen! Belehrt durch manchen Mißerfolg wußte er, daß gerade der Berliner Boden dem Gegner ein günstiges Schlachtfeld lieferte. Trotz der zunehmenden Gärung in den Reihen der Arbeiter verfügte die Fortschrittspartei hier noch immer über kompakte Massen, die der Anhängerschaft Lassalles um ein vielfaches überlegen waren. Obgleich gelegentlich immer wieder Reibungen vorgekommen waren, so hatte doch seit der Errichtung des Norddeutschen Bundes Schweitzers und der Seinen Verhältnis zur Fortschrittspartei viel von der früheren Schärfe verloren. Als aber jetzt die rührigsten und am meisten sozial gesinnten Persönlichkeiten jener Partei der Sozialdemokratie auf einem Terrain entgegen traten, das diese bereits halb und halb als ihre eigenste Domäne ansah, da war es mit der zeitweiligen Waffenruhe schnell vorbei. Die mit persönlichen Invektiven gegen ihn durchsetzten Angriffe der Gegner beantwortete Schweitzer jetzt mit der Aufkündigung der „solange der Fortschrittspartei gegenüber geübten Schonung". Wenn jene den Kampf in der alten Heftigkeit wieder aufflammen lassen wollte, die Arbeiterpartei hätte nichts dagegen. Natürlich deutete auch Schweitzer die Motive seiner Konkurrenten mit einer feindseligen Voreingenommenheit: jene streckten nur deshalb nach der Waffe der Gewerkschaften die Hände aus, um ihre ernsthafte Benutzung durch die Arbeiterklasse zu verhindern, und um die Besitzlosen mit ihrer Hilfe von neuem in das Schlepptau der Besitzenden zu bringen!

Die Liberalen hatten aus Furcht vor Störungen durch die Anhänger Schweitzers eine von ihnen auf den 24. September einberufene Arbeiterversammlung als eine Maschinenbauerversammlung angezeigt und den Zutritt von der Vorweisung einer Legitimation abhängig gemacht. Hier beschlossen die fortschrittlichen Arbeiter, den am übernächsten Tage zusammentretenden Kongreß auch ihrerseits durch Delegierte zu beschicken. Die Redner des Abends waren Max Hirsch und Schulze-Delitzsch. Dieser liebte die Redekämpfe mit der Sozialdemokratie nicht und trat, seit jene Partei in Berlin immer mehr wuchs, nur noch selten in Versammlungen auf. Auch hier setzte Hirsch, unter Berufung auf die in England gemachten Beobachtungen, das Wesen der Gewerkschaftsbewegung auseinander. Aber seine Darstellung verweilte mit einer geflissentlichen Einseitigkeit bei den schädlichen Folgen der Streiks, ohne auch den Vorteilen gerecht zu werden, die der Arbeiter in dieser Waffe finden konnte! Von allen Seiten war damals gegen Fritzsches und Schweitzers Vorgehen der keineswegs unberechtigte Ein-

wand erhoben worden, daß Gewerkschaften ihrer Natur nach von unten her wachsen müßten und nicht auf den Befehl eines Diktators und auf zentralistischer Grundlage ins Leben gerufen werden könnten. Diesem Gedanken gab eine von Max Hirsch vorgeschlagene Resolution Ausdruck, gegen deren Annahme kein Widerspruch hervortrat. Aber das Ereignis des Abends war die Rede von Schulze-Delitzsch. Nicht ohne Grund fand dieser von den Gegnern so oft als „Sparapostel" verhöhnte Redner es inkonsequent, daß die Lassalleaner, die bisher immer geleugnet hätten, daß die Arbeiter überhaupt imstande wären zu sparen, ihnen nun auf einmal, wo es sich um den sozialen Krieg handelte, diese Fähigkeit zutrauten. Aber wäre es nicht überhaupt besser für die Arbeiter, wenn sie statt: „Nieder mit dem Kapital!" riefen: „Her mit dem Kapital!"? Wie ein General ohne Soldaten sei Lassalle mit der Werbetrommel umhergezogen und hätte seine Bewegung begonnen mit einer Zentralisation, bei der die Arbeiter fehlten. Er selbst wäre stets den umgekehrten Weg gegangen; die von ihm geleiteten Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften hätten die Errichtung einer Organisation erst dann für nötig erachtet, als ein paar hundert Vereine beisammen waren. Auch da hätten sie sich nicht einem Diktator untergeordnet, sondern nur einen simplen Geschäftsführer eingesetzt! Zum Glück habe nur ein kleiner Bruchteil des deutschen Arbeiterstandes auf den sozialdemokratischen Köder angebissen. Das beste Mittel, um „den müßigen Schwätzereien unnützer Buben"[1]) entgegenzutreten, wäre reichliche Sachkenntnis in sozialen Dingen!

Zwar überließ Schulze dem Scharfsinn seiner Zuhörer die Beantwortung der Frage, wen er mit jenen „unnützen Buben" gemeint hätte; aber der stürmische Beifall seiner Anhänger an dieser Stelle seiner Rede bewies ihm sofort, daß sie ihn richtig verstanden hatten! Bevor aber erzählt werden kann, wie Schweitzer und seine sozialdemokratischen Arbeiter auf diesen groben Klotz einen noch gröberen Keil setzten, müssen die Vorschläge eingehender betrachtet werden, mit deren Beratung die Veranstalter des ersten größeren allgemeinen Arbeiterkongresses in Deutschland diesen zu beschäftigen gedachten.

Schweitzer hatte bereits anfangs September im Socialdemokrat die Gründe auseinandergesetzt, aus denen er von einer sklavischen Nachahmung der englischen Trade-Unions abriet und nur einer freieren Anpassung dieser Institution an deutsche Verhältnisse das Wort redete. Er wollte an der Organisation der englischen Gesellschaften Unvollkommenheiten bemerkt haben, die in Deutschland, wo man auf noch völlig freiem Gelände das Gebäude errichtete, vermieden werden konnten. Die Trade-Unions trügen ein Stück jener Unbeholfenheit und Schwerfälligkeit an sich, die allen historisch langsam erwachsenen Gemeinschaften eigen wären. Die Arbeiter des jüngeren Industrielandes müßten sich den

[1]) Zukunft, 25. September, Abendblatt.

Glücksfall zunutze machen, daß man hier von vorneherein die Verfassung der Gewerkschaften in vollkommener Zweckmäßigkeit hinstellen könnte. Das Prinzip der großen sich über das ganze Land erstreckenden und ein oder mehrere verwandte Gewerbe umfassenden Organisationen wollte Schweitzer von den Trade-Unions übernehmen. Aber die Gesamtorganisation und insbesondere die Zentralbehörde des ganzen Verbandes sollte, seiner Idee nach, einfacher und wirksamer funktionieren, als in England. Diesen Erwägungen entsprachen auch die Grundlinien der dem Kongreß von den beiden Einberufern unterbreiteten Mustersatzungen für die einzelnen Gewerkschaften sowie die Satzungen des zu errichtenden Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbands[1]). Danach erhielten alle Gewerkschaften ihren Sitz an jenem Orte, wo der Verbandspräsident wohnte, diesem aber wurde Berlin als Aufenthaltsort vorgeschrieben. Auch sollten die Generalversammlungen der einzelnen Gewerkschaften im unmittelbaren Anschluß an die Generalversammlung des Verbandes und an dem gleichen Orte wie diese stattfinden. Der Zentralausschuß des Verbandes bestand aus den Präsidenten der einzelnen Gewerkschaften; ihre Wahl, ebenso wie die des Verbandspräsidenten selbst, sollten, nach der von Schweitzer als probat erkannten imperialdemokratischen Methode des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, in geheimer lokaler Abstimmung erfolgen. Alle Anordnungen des Entwurfs atmeten den streng zentralistischen Geist, der durch Lassalles autoritäre Persönlichkeit dem Jugendstadium der deutschen Arbeiterbewegung eingepflanzt war. Daß sogar ein von einer Gewerkschaft beabsichtigter Streik der vorherigen Genehmigung des Ausschusses bedürfen sollte, entsprach völlig der Logik des von Schweitzer und Fritzsche ausgearbeiteten Projekts.

Am Vormittage des 26. September wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterkongreß eröffnet — natürlich von Schweitzer. Erschienen waren 206 Delegierte aus 110 Orten, die etwa 142 000 Arbeiter vertraten. Die meisten Delegierten kamen aus den wichtigeren Industrie- und Handelsplätzen des Norddeutschen Bundes; und es war kein Zufall, daß es hauptsächlich Städte waren, in denen der aufgelöste Allgemeine Deutsche Arbeiterverein Mitgliedschaften besessen hatte. Aber auch das Königreich Sachsen, wo Liebknecht, Bebel und neben ihnen die Hatzfeldsche Richtung bei den Arbeitern dominierten, die größeren badischen Städte und endlich Mainz, Speyer, Frankenthal, Augsburg und Würzburg hatten Vertreter entsandt. Noch niemals hatte sich ein so stattliches Parlament deutscher Arbeiterdelegierten bei einander befunden. Schweitzers Eröffnungsrede war ein Meisterstück kluger Situationsberechnung. Er mußte sich natürlich sagen, daß Max Hirsch und seine Freunde es auf den Versuch ankommen lassen

[1]) Die Bezeichnungen Gewerkschaften, Gewerkvereine und Arbeiterschaften wurden schon damals zumeist völlig synonym behandelt, und die Darstellung läßt deshalb diese heute erst recht antiquierten Unterschiede bei Seite.

würden, auf irgend einem Wege noch im letzten Augenblick die Leitung des Kongresses in ihre Hände zu bringen. Deshalb pries er jetzt mit jesuitischem Augenverdrehen nachdrücklich die Einigkeit der Arbeiterinteressen: die Türen dieses Kongresses sollten keine politischen Meinungsunterschiede überschreiten, und alle Parteigegensätze müßten draußen bleiben! Sollte dennoch jemand versuchen, die Fackel der Zwietracht in die Versammlung zu werfen, so wäre mit Gewißheit anzunehmen, daß er ein Agent der Geldmacht oder der Reaktion sei! Die Einwände der Gegner seines Organisationsprojekts suchte Schweitzer sachlich zu widerlegen, aber er wollte wohl das Gedächtnis der Delegierten nicht mit der Nennung von Namen beschweren, die sich den Provinzlern nicht unnötigerweise einzuprägen brauchten! Auch er wünschte nicht Arbeitseinstellungen um jeden Preis! Gerade England zeige, daß oft schon das bloße Vorhandensein starker Organisationen hinreiche, um Streiks zu verhüten. Erst recht rate er dem arbeitenden Volke, nicht „Nieder mit dem Kapital!" sondern „Her mit dem Kapital!" zu rufen. Weil es ein Erzeugnis der Arbeit sei, müsse das Kapital der Gesamtheit zufallen. Bis aber die soziale Entwicklung an diesem Ziele anlangen würde, wären die Gewerkschaften ein geeignetes Mittel, die schlechte Lage der Arbeiter ein wenig zu lindern. Künstlich ließe sich eine Bewegung für Gewerkschaften ebensowenig erzeugen wie Streikbewegungen. Nur von unten her, aus der Masse selbst, könnten sich Aufgaben hervordrängen wie jene, die diesen Kongreß beschäftigen würden. Die Arbeitseinstellungen wären eingetreten, obgleich alle Welt gegen sie gepredigt hätte, und auf ähnliche Weise seien die bereits vorhandenen Gewerkschaften entstanden. So müßten auch die neu zu gründenden Gewerkschaften von unten, aus dem Willen des souveränen Volkes, hervorgehen. Die Arbeiter seien die Herren über das Schicksal der deutschen Industrie, aber an deren Gedeihen könnten sie kein Interesse haben, solange erbärmliche Löhne gezahlt würden!

Gleich nach dieser Eröffnungsrede erfolgte, bei der Beratung über den Modus der vorzunehmenden Abstimmungen, ein heftiger Zusammenstoß zwischen Max Hirsch, der sich mit dem Literaten Hugo Weise, dem Ingenieur Blum und neun Arbeitern als Delegierter der Berliner Maschinenbauer eingefunden hatte, und der großen Mehrheit des Kongresses. Ein Lassalleanischer Arbeiter hatte mit dem Zuruf: „Unverschämtheit" eine Ausführung Fritzsches bekräftigt, die es rügte, daß eine Versammlung von wenigen hundert Maschinenbauern sich erdreistete, die unverhältnismäßig große Zahl von zwölf Delegierten zu entsenden, zumal es deren einzige Absicht zu sein schiene, gegen die zu fassenden Beschlüsse Opposition zu machen. Hirsch und seine Freunde verlangten von Schweitzer, der die Verhandlungen vorerst provisorisch leitete, einen Ordnungsruf gegen jene unparlamentarische Bezeichnung. Dieser aber weigerte sich, die Worte eines Arbeiters, deren sachlichen Inhalt er billige, auf die Wagschale zu legen wie die eines Diplomaten. Überdies gestand er seinen Gegnern, daß auch er keine Veranlassung

fühlte, Leuten gegenüber eine allzugroße Milde zu üben, deren oberster Führer ihn und Fritzsche in öffentlicher Versammlung als Buben qualifiziert hätte. Keineswegs denke er daran, den Erfolg des Kongresses durch absichtliche Störungen von gegnerischer Seite gefährden zu lassen.

Nun entstand ein unbeschreiblicher Tumult, der sich nicht eher legte, als bis Schweitzer, der mittlerweile durch Akklamation als Präsident des Kongresses bestätigt worden war, eine Resolution vorschlug, welche die Delegierten der Maschinenbauer aufforderte, einen Saal zu verlassen, in dem sie nur erschienen wären, um im Interesse der besitzenden Klassen Uneinigkeit unter die Arbeiter zu bringen. Aber auch nach der Annahme dieser Resolution wollte die Delegation sich noch nicht freiwillig entfernen. Da entschloß sich der Präsident, sie gewaltsam hinausführen zu lassen! Während diese Vorgänge sich im Kongreßsaal in der Dresdener Straße abspielten, hatte in Schweitzers Auftrage dessen Parteigenosse Dr. Kirchner in Potsdam Schulze-Delitzsch aufgesucht, um von ihm eine Genugtuung für seine beleidigenden Worte aus der Maschinenbauerversammlung zu verlangen. Um des lieben Friedens willen gab der „König im sozialen Reich" die Erklärung ab, daß er mit den „unnützen Buben" nicht die Herren Schweitzer und Fritzsche gemeint hätte. Als aber ein Delegierter, der jene Rede mit angehört hatte, jetzt trotzdem die Ansicht aufrecht erhielt, daß der ganze Zusammenhang der Ausführungen des fortschrittlichen Abgeordneten keine andersartige Auslegung gestattet habe, daß auch die Maschinenbauer sehr wohl gewußt hätten, warum sie gerade diese Wendung beklatschten, da wollte der Kongreß Schulzes Ausrede nicht gelten lassen. Mit allen gegen vier Stimmen faßte er eine von Klein aus Elberfeld vorgeschlagene Resolution, die, das Kind mit dem Bade ausschüttend, unter Anspielung auf ein von seinen Verehrern Schulze dargebrachtes Geldgeschenk von 45 000 Talern, diesen um die deutsche Arbeiterklasse hoch verdienten Mann als ein von den besitzenden Klassen erkauftes Subjekt brandmarkte.

Von nun an verliefen die Verhandlungen des Kongresses ungestört. Die Schweitzer-Fritzscheschen Vorschläge wurden widerspruchslos der Diskussion zu Grunde gelegt und nach nur unwesentlichen Abänderungen mit großen Mehrheiten genehmigt. Eine gelinde Opposition trat allein hervor gegen die Überspannung des zentralistischen Bogens; Dr. Kirchner bezeichnete es als ungerechtfertigt, daß der Sitz aller Gewerkschaften sich in Berlin und nicht richtiger in jenen Gegenden befinden sollte, wo die betreffenden Betriebszweige am stärksten vertreten waren. Auch hätte dieser Redner es für angemessener erachtet, wenn ein Kongreß, auf dem nicht alle Teile Deutschlands hinreichend und gleichmäßig vertreten waren, von endgiltigen Beschlüssen noch abgesehen hätte. Er befürchtete von einer voreiligen Konstituierung, daß die süddeutschen Arbeiter und die Anhänger Liebknechts und Bebels sich von vornherein ausschließen würden. Über die Bildung eines Verbandes dachte dieser Redner wie Schulze-Delitzsch: damit möge man warten, bis die Gewerkschaften erst eine halbe

Million Arbeiter umfaßten. Ein anderer Delegierter bemängelte die großen Machtbefugnisse des Verbandspräsidiums und erklärte ein solches für überflüssig in dem Fall, daß die den Ausschuß bildenden Präsidenten der einzelnen Gewerkschaften ihren Sitz in der preußischen Hauptstadt erhielten. Aber für die erdrückende Mehrheit der Delegierten genügte es, daß Fritzsche diese Bedenken durch den Hinweis entkräftete, die Diktatur des Präsidenten wäre durch dessen Absetzbarkeit gemildert und durch die einer solchen Institution innewohnende Schlagfertigkeit gerechtfertigt. Auch leuchtete es den Delegierten ein, daß ein Aufschub der endgiltigen Konstituierung des Verbandes möglicherweise den Gegnern im fortschrittlichen Lager zugute kommen konnte. Man wußte, daß diese im Begriffe standen, eine Gewerkschaftsbewegung, die ihren Grundsätzen entsprach, ins Leben zu rufen. Ohne große Mühe gelang es Schweitzer, alle Unzufriedenheit, die sich leise regte, zum Schweigen zu bringen, und natürlich ging niemand anders als er aus dem Kongreß als der Präsident des neu errichteten Allgemeinen Deutschen Arbeiterschaftsverbands hervor.

Doch der Berichterstatter des Liebknechtschen Blattes äußerte sogleich wohlbegründete Zweifel daran, ob die Gesamtarbeiterschaft Deutschlands sich zur Aufnahme in diese der Oberleitung Schweitzers unterworfenen Gewerkschaften drängen würde. Von den bereits bestehenden Gewerkschaften traten die Schneider, wenn sie auch die Genehmigung durch ihre eigene Generalversammlung sich noch vorbehielten, dem neuen Verbande sofort bei, und die Delegierten der Zigarrenarbeiter und der Zimmerleute wollten ebenfalls ihren Generalversammlungen den Anschluß empfehlen. Dagegen war es ein schlechtes Omen für die künftige Einheitlichkeit der deutschen Gewerkschaftsbewegung, daß der angesehene Buchdruckerverband seinen Beitritt zu einem „auf nicht foederalistischer Grundlage" errichteten Verbande verweigerte. Auf dem Kongreß selbst war die Errichtung von zwölf weiteren Gewerkschaften beschlossen worden, die in der Folge, in mehr oder weniger fragmentarischer Form, ins Leben traten.

Nicht etwa nur die Persönlichkeit oder die Parteirichtung Schweitzers, sondern viel mehr der unpassende zentralistische Charakter, den er der neuen Bewegung gegeben hatte, bestimmten zahlreiche Arbeitergruppen zu einer abwartenden Haltung oder gar zu einem sofortigen Anschluß an jene Gewerkvereine, für deren Errichtung Hirsch und Duncker sich, noch vor dem Auseinandergehen des Kongresses, von einer großen Versammlung Vollmacht erteilen ließen. Diese von den herausgeworfenen Maschinenbauern auf den 28. September einberufene allgemeine Arbeiterversammlung besuchten Tausende von Arbeitern, und gegen den heftigen Einspruch zahlreicher Sozialdemokraten wurde die Gründung von Gewerkvereinen auf „demokratisch-foederalistischer" Grundlage im Gegensatz zu den „zentralistisch-cäsaristischen" Organisationen Schweitzers mit großer Mehrheit beschlossen. Im einzelnen die Entstehung und

Organisation dieser Gebilde zu schildern, fällt nicht mehr in den Rahmen dieses Buches[1]). Immerhin sei erwähnt, daß schon in den nächsten Wochen in einer ganzen Reihe von Berliner Gewerken, so bei den Sattlern, Buchbindern und Zimmerleuten, der Hirsch-Dunckersche Statutenentwurf gegenüber dem Schweitzerschen zur Annahme kam. Besonders hier in der Hauptstadt war Schweitzer von Anbeginn an mit dem Gang der gewerkschaftlichen Entwicklunß unzufrieden und Mitte Oktober äußerte er im Bäckergesellenverein, es wäre ein Glück, daß in der Provinz die Verhältnisse besser lägen, denn er würde von seiner Wirksamkeit zurücktreten, wenn er überall so wenig Vertrauen genösse, wie bei den Berliner Arbeitern!

Anfangs mochte er noch gehofft haben, daß die liberale Gewerkschaftsagitation sich auf die Hauptstadt beschränken würde, von deren Arbeitern er behauptete, daß sie sich noch am meisten im Schlepptau der Kapitalisten und ihrer Presse befanden. Wenn die Fortschrittspartei hier ihre reichen Geldmittel dazu verwende, von Fabrik zu Fabrik zu gehen, um die Arbeiter aufzurütteln und für die Gewerkschafsbewegung anzuwerben, so könne das der Sozialdemokratie nur erwünscht sein, da sie noch nicht das Geld für eine so kostspielige Agitation besäße! Sobald jene Arbeiter erst einmal über ihre Klassenlage nachdenken würden, blieben sie doch nicht Schulzeaner und würden reellere Dinge verlangen. Als die deutschen Arbeiter noch gänzlich im Schlummer gelegen hätten, da habe Schulze-Delitzsch sie überall aufgerüttelt, aber damit nichts erreicht, als daß er sie für Lassalle vorbereitete. Das Schwerste in Berlin wäre, die Arbeiter überhaupt zur Beteiligung am öffentlichen Leben heranzuziehen. Wenn die Fortschrittler diese Mission übernähmen, so brauchte das der Sozialdemokratie nicht unangenehm zu sein. Sie könnte sich schon ein Jährchen gedulden, bis sie ihre Ernte einstriche! Doch so viel wahres in diesen optimistischen Betrachtungen steckte, für den Augenblick war mit ihnen nichts anzufangen. Bald konnte sich Schweitzer nicht mehr verhehlen, daß er mit einer lebensfähigen liberalen Gewerkvereinsbewegung zu rechnen hatte, und daß es ihm nicht gelungen war, diesen Fluß gleich an der Quelle auszutrocknen. Als nicht weniger gefährlich für seinen Traum, sich an die Spitze der gesamten Bewegung zu stellen, erwies es sich, daß bald darauf auch Bebel an die Errichtung von Gewerkschaften ging.

Weil Politiker sich ihrer in ihren zarten Anfängen bemächtigten, bevor

---

[1]) Interessant ist, daß kein geringerer als Brentano diesen im ausgesprochenen Gegensatz zu Schweitzers zentralistischem Vorgehen entstandenen Gewerkvereinen mit dem gleichen Vorwurf begegnet, den Hirsch gegen Schweitzer und Fritzsches Verfahren erhoben hatte. In seiner Abwehrschrift gegen Brentano setzt Husch deshalb auseinander, daß bei seinem Unternehmen tatsächlich mit der Gründung von Ortsvereinen begonnen wurde, daß erst Weihnachten 1868 der erste Gewerkverein (Maschinenbauer und Metallarbeiter), zu Ostern drei weitere zustande kamen, und daß nicht vor Pfingsten 1869, als schon 200 Ortsvereine und 8 Gewerkvereine bestanden, der Verband errichtet wurde.

ihre gesunden Wurzeln in unterirdischer Ungestörtheit sich ausbreiten konnten, fiel die deutsche Gewerkschaftsbewegung sogleich einer heillosen Zersplitterung anheim, die zu einer beklagenswerten Vergeudung der Kräfte führte und ihr eine erst nach Jahrzehnten ausgeglichene Hemmung des Wachstums eintrug!

Kapitel XI.

Die Verschärfung der Gegensätze innerhalb der Sozialdemokratie. Schweitzer und die Gewerbeordnung.

Auch nachdem in Nürnberg die Mehrheit der deutschen Arbeitervereine ihren Anschluß an die Internationale Arbeiterassoziation vollzogen hatte, versuchte Schweitzer, den nun nicht mehr gerechtfertigten Anspruch aufrecht zu erhalten, daß außerhalb des von ihm geleiteten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins keine sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Deutschland existiere. Um aber diese Fiktion zu verteidigen und sie besonders der in politischen Dingen erst wenig urteilsfähigen Masse der Arbeiter aufzuzwingen, bediente er sich eines ganzen Systems von Sophismen und von Halbwahrheiten, von Verdächtigungen und von Verschweigungen. Künstlich genug war es ersonnen und mit raffiniertestem Geschick wurde es gehandhabt. Aber auf die Dauer widersprachen doch die Künste eines Loyola zu sehr dem instinktiven Geschmack der deutschen Proletarier und der Geradheit des Weges, den sie verfolgten. Trotz aller seiner Ausflüchte und Sophismen stellten sie an den schlauen Halbitaliener, dessen Interesse sich mit den ihrigen von nun an nicht mehr deckte, immer wieder eine Forderung von so primitiver Einfachheit, daß es für ihn schließlich kein Ausweichen mehr gab. Als der Ruf nach Vereinigung aller sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands übermächtig wurde, hatte sich Schweitzer am Ende so gründlich im Wege geirrt, daß er selbst das Opfer jenes unaufhaltsam der Verwirklichung entgegenstrebenden Lebensbedürfnisses der Arbeiterklasse wurde!

Eine der Waffen, die Schweitzer in seinem Kampfe um die alleinige Führerschaft des klassenbewußten Proletariats meisterhaft handhabte, war die von ihm beliebte Verknüpfung des Gegensatzes zwischen Zentralismus und Föderalismus mit demjenigen zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Gibt er auch zu, daß die Bourgeoisie nicht zu allen Zeiten föderalistisch gewesen wäre, so betont er dafür um so nachdrücklicher, daß sie es geworden sei, seitdem ihr die ausschlaggebende Macht in der Gesellschaft zuzufallen begann. In der Herrschaft der Schreckensmänner während der französischen Revolution sieht er eine

berechtigte Diktatur der Bourgoeisie, deren Sache zu jener Zeit noch die der ganzen Menschheit gewesen wäre. Den Föderalismus der modernen Bourgeoisie führte er auf ihren sozialen und ökonomischen Individualismus zurück. Für die deutsche Arbeiterbewegung hatte die Alternative Zentralismus oder Föderalismus in seinen Augen eine zwiefache Bedeutung. Einmal handelte es sich für sie dabei um die endgültige Verfassung des künftigen großen geeinigten deutschen Reichs, sodann aber auch um die Organisationsform der künftigen großen geeinigten deutschen Arbeiterpartei.

In der einen wie in der anderen Hinsicht vertraten Schweitzer und seine Partei, wie schon mehrfach beleuchtet wurde, den entschiedensten Zentralismus. Weniger einheitlich war diesem Problem gegenüber die Stellung der Liebknecht-Bebelschen Richtung, deren Anschauungen noch stark mit bürgerlich-demokratischen Reminiszenzen durchwachsen waren. Liebknecht[1]) hatte es schon während des Krieges von 1866 für richtig erachtet, vor einer Überschätzung jener Alternative zu warnen, und jetzt, zwei und ein halbes Jahr später, wollte er sie erst recht als „müßig" und „töricht" bei Seite schieben. Noch immer kannte dieser düstere Cato nur ein einziges Ceterum censeo. Der allein durch starrende Bajonette aufrecht erhaltene preußische Cäsarismus sollte durch die revolutionäre Volkskraft gefällt werden! Jene Parteigenossen aber, die schon vor der Erreichung dieses einzig erstrebenswerten Ziels über das Maß der für den künftigen freien Volksstaat erforderlichen Zentralisation diskutierten, erklärte er für würdig, Ehrenbürger von Schilda zu werden. Liebknecht hatte zu lange im intimen Verkehr mit Marx und Engels gestanden, als daß er noch, wie die bürgerlichen Demokraten, einer isolierten Erörterung von Verfassungsfragen Geschmack abgewinnen konnte und er gestand deshalb offen ein, daß er der Herstellung einer föderalistischen Verfassung ohne eine vorhergegangene durchgreifende Umgestaltung der Besitzverhältnisse keine Bedeutung beimessen würde. Dennoch war die Aufwerfung dieser Frage ihm solange peinlich, wie er sich und seinen Anhang der föderalistisch gesinnten Volkspartei beirechnete, und nichts konnte ihm fataler sein, als wenn die Lassalleaner gerade den Gegensatz zwischen Zentralismus und Föderalismus benutzten, um einen scharfen Strich zwischen „Volkspartei" und „Sozialdemokratie" zu ziehen. Es half Liebknecht nur wenig, wenn er behauptete, daß die Volkspartei dieses Problem als eine offene Frage behandelte. Er konnte nicht bestreiten, daß der überwiegende Teil ihrer Anhängerschaft sich aus fanatischen Föderalisten zusammensetzte. Da er nun aber selbst gerade die übereinstimmende Auffassung in der deutschen Frage als den gemeinsamen

---

[1]) Liebknecht scheint bereits auf der Bamberger Konferenz der Volkspartei den Föderalismus bekämpft zu haben, denn er behauptet, daß dort auf seinen Antrag eine Erklärung zu dessen Gunsten unterblieb. Vgl. seine Polemik gegen die Frankfurter Zeitung in Volksstaat vom 9. Oktober 1869.

Kitt bezeichnete, der die verschiedenen Richtungen der Demokratie in der Volkspartei zusammenhielt, so durfte man sehr wohl diese „Übereinstimmung", wenn man ihr nicht den richtigeren Namen: „Feindschaft gegen die preußische Vorherrschaft" geben wollte, als Föderalismus bezeichnen! In Wirklichkeit waren die föderalistischen und die preußenfeindlichen Tendenzen durch den Gang der geschichtlichen Entwicklung immer identischer geworden. Die regionalen Sonderbestrebungen verschmolzen sich in den Köpfen und Herzen mit der Abneigung gegen den absolutistischen Geist, der von Berlin aus den Norden beherrschte und nun auch den Süden in sein Bereich zu ziehen drohte.

Was aber Liebknecht unter keinen Umständen unwiderlegt lassen durfte, war die von Schweitzer in diesem Zusammenhang immerfort wiederholte Behauptung, daß allein die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Sozialdemokraten wären. Er stellte fest, daß es innerhalb der Volkspartei mindestens ebensoviele Sozialdemokraten gäbe, wie „außerhalb". Auch darin wollte er kein Arg erblicken, daß die soziale Demokratie, der er anhing, noch immer mit der „reinen" Demokratie in der gleichen Organisation verbliebe. Hatte nicht die gesamte „Volkspartei" in ihrem Stuttgarter Programm die sozialdemokratischen Prinzipien ausdrücklich als berechtigt anerkannt?[1])

Aber die Frage, ob das künftige Reich ein Einheitsstaat oder ein loserer oder festerer Bundesstaat werden sollte, war für die deutschen Arbeiter um die Wende des Jahres 1868 weniger brennend, als die andere nach der ihren politischen Interessen förderlichsten Organisationsform der eigenen Partei. Seit der Ausbreitung des Gegensatzes von Fortschrittspartei und Sozialdemokratie auf das gewerkschaftliche Gebiet hatten sich die bis dahin noch ziemlich vereinzelt gebliebenen Angriffe der demokratischen Presse auf die bei den Lassalleanern herrschende Diktatur immer mehr gehäuft, und sie fügten sich von nun ab dem ständigen Rüstzeug ein, mit dem Schweitzers Gegner innerhalb der Demokratie von der Volkszeitung, über die Frankfurter Zeitung, die Rheinische Zeitung und die Zukunft bis zum Demokratischen Wochenblatt an seinem Sturze arbeiteten. Wohl oder übel sah er sich hinfort in die Defensive gedrängt und in die Notwendigkeit versetzt, das Wesen der von ihm ausgeübten Diktatur ausführlicher als bisher zu rechtfertigen und zu begründen!

Von einer doppelten Prämisse ging er dabei aus: erstens statuierte er einen Unterschied zwischen einer reaktionären und einer demokratischen Diktatur, zweitens erklärte er, daß jede Diktatur, in Übereinstimmung mit der historischen Entstehungsweise dieser Institution innerhalb der römischen Republik, ausschließlich für schwere Kampfeszeiten gestattet werden dürfe. Solche Kampfeszeiten wären aber für die Arbeiterklasse vorhanden, solange jene normalen Verhältnisse nicht erreicht wären, für deren Herbeiführung sie unermüdlich agitiere.

[1]) Demokratisches Wochenblatt, 16. Januar 1869.

Deshalb hätte auch mit Recht in dem aufgelösten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein eine Art von Diktatur geherrscht. Das Vorhandensein einer solchen in dem neugeschaffenen Arbeiterschaftsverband wollte Schweitzer nicht wahr haben, weil hier, wie er behauptete, das Präsidium unter der beständigen Kontrolle des Ausschusses und der Generalversammlung stünde![1]) Aber wäre dieses selbst nicht so, — und es war tatsächlich nur sehr unvollkommen so — welche Machtmittel würde ein Diktator von dem Augenblicke an noch besitzen, wo das Vertrauen der Massen ihm verloren gegangen wäre? Er wäre zum Gelächter und Gespött herabgesunken von Freund und Feind! Ganz deutlich bekannte sich Schweitzer zu dem bonapartistischen Dogma vom homme-peuple in einem Leitartikel des Socialdemokrat, der nach der im Oktober 1868 erfolgten Neugründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins die Wiederaufrichtung seiner Diktatur verteidigen sollte. Manche Sätze, die man dort liest, hätte auch Napoleon III. oder eine seiner Kreaturen zum Verfasser haben können! Wohl sei die oberste Leitung der Partei in die Hand eines Einzigen gelegt, heißt es dort. Aber dieser Eine besitze Amt und Macht lediglich durch das Vertrauen der Partei, die ihn nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht beruft und durch die Generalversammlung überwacht. Ausschließlich auf dem Vertrauen der Gesamtheit beruhe seine Macht und seine Bedeutung, und nur solange er jenes Vertrauen besitze, sei er mächtig durch den freiwilligen Gehorsam und die freiwillige Disziplin der Partei. Eine künstliche Diktatur würde eine Partei von der demokratischen Tatkraft und der hellen Erkenntnis des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nicht acht Tage ertragen: „Ja wir haben, wenn auch keine Diktatur, so doch eine streng einheitliche Leitung. Sie kann bei uns nur gehandhabt werden im demokratischen Geiste, und sie trägt die Gewähr in sich, daß entscheidende Momente uns immer gerüstet und fähig zu raschem Handeln finden. Wir sind Eine Partei durch ganz Deutschland und einheitlich werden wir immer handeln. Mögen unsere Gegner schimpfen und toben über unsere angebliche Diktatur, gerade darum werden wir sie hochhalten!" Je mehr in der Folge die Opposition gegen Schweitzers Persönlichkeit an Boden gewann, mit um so größerer Beflissenheit und um so häufiger identifizierte er schlechthin die von ihm ausgeübte Tyrannis mit der Macht der Partei. Nach seiner Wiederwahl zum Präsidenten des Allge-

---

[1]) Ähnlich Peter, Der allgemeine deutsche Arbeiterkongreß zu Berlin. Vom prinzipiellen und praktischen Standpunkt beleuchtet. Berlin 1868, a. a. O. Eine Diktatur werde ausgeübt, wenn in die Hände einer Person oder einer Körperschaft beschließende und vollziehende Gewalt gelegt sei. Weder in den Statuten der Arbeiterschaften noch in dem Verbandsstatut sei dies der Fall. Die beschließende Gewalt sei in die Hände des Ausschusses, die vollziehende in die Hände des Präsidiums gelegt und dieses außerdem noch unter die strengste Kontrolle des Ausschusses gestellt. In einem echt demokratischen Staate könne es nicht besser sein. Die Präsidenten könnten sofort durch den Ausschuß abgesetzt werden. Es sei keine Diktatur, sondern eine straffe demokratische Zentralisation!

meinen Deutschen Arbeitervereins schrieb er in einer Danksagung vom 13. Februar 1869: „Was man in mir haßt, fürchtet und bekämpft, ist die auf ihrer straffen Organisation beruhende Macht der deutschen Arbeiterpartei. In mir, kraft des freien demokratischen Willens der Gesamtheit, gipfelt diese Macht, und darum richtet sich wider mich in erster Linie der Kampf der Gegner". Und dieser Bonaparte der deutschen Arbeiterbewegung legte nach dem günstigen Ausfall des von ihm veranstalteten Plebiszits das feierliche Gelöbnis ab, daß niemals ein anderer Ehrgeiz ihn erfüllen werde, als der, das treue Organ der Gesamtheit, der tatkräftige Vollstrecker ihres Willens zu sein: „Es wäre Frevel oder Wahnsinn, wenn ich je einen Augenblick vergessen könnte, daß ich nur das Werkzeug der Partei bin — ihr erstes Werkzeug in diesem Augenblick — aber immer nur ihr Werkzeug".

So geschickt aber diese Tiraden abgefaßt waren, sie entwaffneten darum noch nicht die prinzipiellen Gegner selbst einer „demokratischen Diktatur". Und Liebknecht war der letzte, der zu bekehren gewesen wäre. Die Geschosse, die seine kleine Zeitung im Bunde mit größeren unermüdlich gegen den Cäsarismus und Militarismus in Paris und Berlin ohne sichtbare Wirkung abfeuerte, galten gleichzeitig auch der cäsaristischen Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins[1]). Hier aber schossen sie manche Bresche in die feste Verschanzung des Lassalleschen Baus! Zwar suchte Schweitzer immer wieder an der Erfolglosigkeit der wichtigsten politischen Unternehmungen der Fortschrittspartei zu zeigen, wohin es eine Partei führen müsse, wenn sie nur lose föderalistisch organisiert wäre. Aber die aus Nichtarbeiterkreisen dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein beigetretenen Elemente konnte es deshalb nicht unempfindlich lassen, wenn die Frankfurter Zeitung sie „Drahtpuppen eines nach Abwechslung lüsternen imperialistischen Agitators" nannte oder wenn Liebknecht die bittere Lauge seines Spottes über die papistische und militaristische Art ihrer Disziplin ausgoß. Noch zersetzender aber wirkte auf die Disziplin der Partei die Kritik, die damals Karl Marx an der Organisation der Lassalleaner übte, und die Liebknecht in seinem Demokratischen Wochenblatt alsbald agitatorisch ausschlachtete!

Lange wartete Schweitzer vergebens auf eine Beantwortung seines kurz vor dem Berliner Arbeiterkongreß an Marx gesandten Briefes, in dem er diesem den Statutenentwurf des geplanten Gewerkschaftsverbandes zur Begutachtung übersandt hatte. Die Begründung dieses Verbandes war schon erfolgt, ohne daß das Votum von Marx dabei zu Rat gezogen werden konnte, als dieses endlich eintraf, nachdem Schweitzer sich am 8. Oktober, freilich in einer anderen

[1]) So schreibt Liebknecht im Demokratischen Wochenblatt vom 26. September: „Das Diktatorspiel kitzelt die Eitelkeit und hat sonst mancherlei Annehmlichkeiten, ist jedoch leider mit dem fatalen Übelstand verknüpft, daß es dem Spieler für alles, was im Bereich seines Einflusses geschieht, die Verantwortlichkeit aufwälzt — ein Nachteil, von dem die Kollegen des Herrn von Schweitzer in Biarritz und Varzin zu erzählen wissen."

Angelegenheit, von neuem an ihn gewandt hatte. Der Wiederausbruch des Konfliktes mit Liebknecht und Bebel, für dessen Beilegung Marx wiederholt tätig gewesen war, scheint in dem bisher nicht veröffentlichten Schreiben Schweitzers den größten Raum eingenommen zu haben. Für ihn hätte es natürlich den allergrößten Wert gehabt, wäre es ihm gelungen, Marx mit Liebknecht zu verfeinden und den geistigen Leiter der Internationalen Arbeiterassoziation auf seine Seite hinüberzuziehen. Daß jene beiden starrköpfigen Freunde in ihrem brieflichen Verkehr über politische Fragen oftmals hart an einander gerieten, das wird ihm vielleicht kein Geheimnis gewesen sein. Der seit langen Jahren den deutschen Verhältnissen entrückte Marx sah diese nur noch im Rahmen seiner international-proletarischen Bestrebungen, und so war ihm das Verständnis für die Imponderabilien in der inneren deutschen Politik und für die Schwierigkeiten sowohl wie für die Möglichkeiten, mit denen ein deutscher sozialdemokratischer Führer rechnen mußte, in vieler Hinsicht abhanden gekommen[1]). Aber wenn Schweitzer jemals die Hoffnung gehegt hatte, Marx ganz für sich zu gewinnen, so sollte sie ihm bald benommen werden. In Marx' Augen blieb er immer ein unsicherer Kantonist, mit dem wohl einmal in der Not ein vorübergehendes, aber niemals ein dauerndes Bündnis möglich war. Marx hat sicherlich keinen Augenblick daran gedacht, dem talentvollen Abenteurer von zweifelhaftem Charakter den erprobten und überzeugten Mitkämpfer zu opfern. Wohl aber zeigte ihm der durch das Fernbleiben von Bebel und Liebknecht nicht beeinträchtigte große Erfolg des Berliner Arbeiterkongresses, daß Schweitzer vorläufig noch die mächtigste Persönlichkeit innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung war, mit dem zu brechen keineswegs in seinem Interesse liegen konnte. Aus der Antwort auf Schweitzers Mahnbrief, die nun postwendend erfolgte, fühlt man heraus, daß Marx für die Internationale die Unterstützung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erwünscht war, und daß er sich deshalb den Ton, den er Schweitzer gegenüber anschlug, nicht von Liebknecht vorschreiben ließ. So rücksichtslos er hier die sachlichen Gegensätze aufdeckte, die ihn von der Partei Lassalles trennten, mit ausgesuchter Achtung und Höflichkeit behandelte er die Persönlichkeit Schweitzers. Er schrieb: „Bevor[2]) Ihr Schreiben vom 8. Oktober eintraf, hatte ich bereits w i e d e r h o l t in meiner Eigenschaft als Sekretär der Internationale für Deutschland zum Frieden gemahnt. Man hat mir geantwortet (und dazu Belegstellen aus dem Socialdemokrat geschickt), daß Sie selbst den Krieg provozierten. Ich erklärte, daß meine Rolle sich notwendig

[1]) Marx und Engels überschätzten auch besonders die unmittelbare Wichtigkeit ihrer Internationalen Arbeiterassoziation für die deutsche sozialdemokratische Bewegung und sie tadelten deshalb häufig, besonders nach 1870, daß Liebknecht und Bebel das Verhältnis ihrer Partei zur Internationale zu „platonisch" auffaßten. Vgl. Liebknechts Briefe an Engels, in Note VIII.

[2]) Der Brief wurde von Eduard Bernstein in Neue Zeit XV (1897) veröffentlicht.

auf die des „Unparteiischen“ beim Duell erstrecken müsse . . . Ich erkenne unbedingt die Intelligenz und Energie an, womit Sie in der Arbeiterbewegung wirken. Ich habe diese meine Ansicht keinem meiner Freunde verhehlt. Wo ich mich öffentlich auszusprechen habe — im Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation und dem hiesigen deutschen Kommunistenverein — habe ich Sie beständig als einen Mann unserer Partei behandelt und nie ein Wort über Differenzpunkte fallen lassen.“ Soweit hatte Schweitzer noch keinen Grund, unzufrieden zu sein, und es konnte ihn nur angenehm berühren, daß der mißtrauische Marx, trotz aller Verdächtigungen, die gegen seine politische Ehrlichkeit im Umlauf waren, ihm ausdrücklich bescheinigte, daß er ihn noch immer als einen Parteigenossen ansah. Aber dann kamen die unangenehmen Wahrheiten, und in Sätzen von historischer Prägnanz übte der Verfasser der Inauguraladresse und der Statuten der Internationale eine scharfe prinzipielle Kritik an dem Programm, der Organisation und der Taktik der von Lassalle ins Leben gerufenen preußischen Form der sozialdemokratischen Bewegung, die Schweitzer in allen wesentlichen Punkten beibehalten hatte. Schon den Ausgangspunkt dieser Richtung konnte Marx nicht billigen. Er wies daraufhin, daß er bereits Lassalle selbst, als dieser ihn 1862 zur Mitwirkung aufforderte, seine Bedenken nicht verschwiegen habe. Lassalle hätte sich zu sehr durch die unmittelbaren Zeitumstände beherrschen lassen, indem er seinen Gegensatz gegen einen Zwerg wie Schulze-Delitzsch zum Zentralpunkt seiner Agitation — Staatshülfe gegen Selbsthülfe — machte. Viel zu intelligent, um diese Parole für etwas anderes als ein transitorisches pis aller zu halten, konnte er sie nur durch ihre unmittelbare angebliche practicability rechtfertigen. Zu diesem Behufe mußte er ihre Ausführbarkeit für die nächste Zukunft behaupten. So verwandelte sich für ihn der „Staat“ in den preußischen Staat, und er sah sich zu Konzessionen an das preußische Königtum und die Feudalpartei gezwungen. Lassalle habe die Lektionen des bas empire über das allgemeine Stimmrecht übersehen und überdies seiner Agitation, deren natürlichen Zusammenhang mit der früheren Bewegung er verleugnete, wie jeder Mann, der behaupte, eine Panacee für die Leiden der Massen in der Tasche zu haben, von vornherein einen religiösen Sektencharakter verliehen. Nach dieser Kritik seines Vorgängers wandte sich Marx an Schweitzer: „Sie selbst haben den Gegensatz zwischen Sektenbewegung und Klassenbewegung in eigener Person erfahren. Die Sekte sucht ihre raison d'être in ihrem point d'honneur, nicht in dem, was sie mit der Klassenbewegung g e m e i n h a t, sondern in dem b e s o n d e r e n S c h i b o l e t h, das sie von ihr u n t e r s c h e i d e t. Als Sie daher zu Hamburg den Kongreß zur Trade-Unions-Stiftung vorschlugen, konnten Sie den Sektenwiderstand nur niederschlagen durch Drohung, die Präsidentenwürde niederzulegen. Sie waren außerdem gezwungen, Ihre Person zu verdoppeln, zu erklären, das eine Mal als Sektenhaupt und das andere Mal als Organ der Klassenbewegung zu handeln. Die Auflösung des Allgemeinen

Deutschen Arbeitervereins gab Ihnen den historischen Anlaß, einen großen Fortschritt zu vollziehen und zu erklären, zu beweisen, s'il le fallait, daß nun ein neues Entwicklungsstadium eingetreten und der Augenblick für die Sektenbewegung reif sei, in die Klassenbewegung aufzugehen und allem „Anertum" ein Ende zu machen. Was den wahren Inhalt der Sekte betraf, würde sie ihn, wie alle früheren Arbeitersekten, als bereicherndes Element in die allgemeine Bewegung tragen. Statt dessen haben Sie in der Tat die Forderung an die Klassenbewegung gestellt, sich einer besonderen Sektenbewegung unterzuordnen. Ihre Nichtfreunde haben daraus geschlossen, daß Sie unter allen Umständen Ihre „eigene Arbeiterbewegung" konservieren wollen."

Erst nach dieser prinzipiellen Auseinandersetzung mit dem Führer der Lassalleaner kommt Marx auf den Gegenstand zu sprechen, der den Anlaß zu Schweitzers Brief vom September gegeben hatte. Er mochte die Gründe nicht kennen, welche die Eile, mit der Schweitzer damals vorgegangen war, in der Tat rechtfertigten. Und er tadelte ihn, weil er den Berliner Arbeiterkongreß, bei dem, wie er meinte, die Zeit nicht gedrängt habe, einberufen und vorbereitet hätte ohne eine vorhergehende Verständigung mit den „Führern außerhalb des Lassalleschen Kreises". Die von dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterschaftsverband angenommenen Statuten nannte er prinzipiell verfehlt. Die zentralistische Organisationsform widerspreche dem Wesen der Gewerkvereine und eigne sich nur für Sektenbewegungen und geheime Gesellschaften. Gerade in Deutschland, wo eine autoritätsgläubige Arbeiterschaft von Kindsbeinen an bureaukratisch gemaßregelt werde, hätte man sie selbständig zu gehen lehren müssen. Die Statuten seien gar nicht für die „rasche Aktion" geeignet, wie Schweitzer es doch beabsichtigte. Die Generalversammlung, der Ausschuß und das „ganz überflüssige Präsidium" seien drei unabhängige Mächte, die überall in Kollision geraten würden! Alles Diktatorentum werde bei den Gewerkschaften, da es sich hier größtenteils um Geldfragen handle, bald von selbst aufhören. Inhaltlich war diese Kritik des Schweitzerschen Arbeiterschaftsverbandes um so vernichtender, als Marx durchblicken ließ, daß ihm der Grund von Schweitzers Interesse an einer weitgehenden Zentralisierung nicht entgangen war. Aber die Internationale mußte darauf bedacht sein, bei der jungen deutschen Gewerkschaftsbewegung die Hand im Spiele zu behalten, und schon aus diesem Grunde gab Marx der Hoffnung Ausdruck, daß es einer vernünftigen Praxis gelingen möge, die Fehler der Organisation mehr oder minder auszumerzen.

Hierauf kam er in seiner Antwort auf Schweitzers zweiten Brief zu sprechen. Als Sekretär der Internationale für Deutschland erklärte er sich bereit, den Vermittler zu spielen zwischen Schweitzer und der „Nürnberger Majorität", die sich direkt der Internationale angeschlossen hätte. Da ihm aber Schweitzers Prätentionen bekannt waren, fügte er hinzu, daß er einen

solchen Versuch nur „auf rationeller Grundlage" unternehmen würde. Diese Einschränkung, mit der Marx sich zu einer Friedensvermittlung bereit erklärte, machte für Schweitzer, wenn er an seinem bisherigen Standpunkt festhalten wollte, das Angebot von vorneherein wertlos. Denn jener sagte ihm implicite, daß er keineswegs einer Unterwerfung seiner noch engeren Parteifreunde unter die Disziplin des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins das Wort reden würde. Nun hielt Schweitzer mit bewußter Zähigkeit an der monarchischen Organisation des Vereins fest und wäre in diesem Moment, wo er sich seinen Weg noch nicht verbaut hatte, zu einer freiwilligen Aufgabe der Diktatur selbst dann nicht bereit gewesen, wenn man ihm auch weiterhin einen führenden Platz in der Bewegung zugesichert hätte. So kam er auf diesen Vermittlungsversuch nicht wieder zurück. Zwar hatte Marx am Schluß seines Briefes noch gesagt, daß er die Schwierigkeit von Schweitzers Stellung nicht verkenne und nie vergäße, daß jeder Mensch mehr von den Umständen als von seinem Wollen abhinge! Aber mehr als die Aufrechterhaltung von korrekten Beziehungen war nach dem Inhalt des letzten Briefes für die Zukunft keinesfalls zu erwarten, und daran konnte dem Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins jetzt nicht mehr so viel liegen wie zuvor. Die Aussichtslosigkeit einer dauernden Verständigung mit den Führern der Arbeitervereinspartei war ihm zur festen Überzeugung geworden, seitdem sein unversöhnlicher Gegner Liebknecht eine starke und ständig anwachsende Armee von Arbeitern hinter sich hatte. Von seinem eigenen Wahlspruch „Aut Caesar aut nihil" konnte oder wollte er sich nicht frei machen. Durch diese Haltung wurde eine Versöhnung mit Bebel und Liebknecht ganz unmöglich. Seine fast unbeschränkte Stellung an der Spitze der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung konnte er nur behaupten, wenn es ihm gelang, die hinter der Nürnberger Mehrheit stehenden Arbeitermassen ihren Führern abspenstig zu machen und zum Eintritt in den Lassalleschen Verein zu bestimmen. Wurde Marx vor die nicht mehr zu vermeidende Wahl zwischen ihm und Liebknecht und Bebel gestellt, so mußten Überzeugung und Interesse ihn ins feindliche Lager verweisen. Da aber Schweitzer selbst den Kampf bis aufs äußerste jetzt wünschte, so gab er nur ein Verhältnis preis, das sich doch nicht mehr lange aufrecht erhalten ließ!

Die Hergänge, die nunmehr zum Wiederausbruch des unvermeidlich gewordenen Krieges führten, scheinen sich ungefähr in der folgenden Weise abgespielt zu haben. In der Zukunft, deren Herausgeber Guido Weiß zu den Führern der sächsischen Volkspartei in freundlichen Beziehungen stand, hatte deren Leipziger Korrespondent, und das war Liebknecht selbst oder sein Freund und Mitarbeiter Karl Hirsch, bei einer Besprechung der Nürnberger Vorgänge[1]) die Ver-

[1]) Zukunft, 15. September. Dort hieß es wörtlich: „Mit Annahme des Programms der Internationalen Arbeiterassoziation ist die Scheidewand gefallen, die auf sozialem

schmelzung des Verbandes der Arbeitervereine und der Lassalleanischen Partei als eine „Frage der Zeit“ behandelt und hinzugefügt, daß diese Verschmelzung erfolgen werde, so sehr sich auch „dieser oder jener“ aus „persönlichen“ Gründen dagegen stemmen möge. Schweitzer fühlte sich durch diese Bemerkung mit Recht empfindlich getroffen, und in der richtigen Erkenntnis, daß im gegnerischen Lager der Bruch des Waffenstillstandes ebenfalls geplant wurde, zog er sofort vom Leder[1]). Nicht persönliche sondern ausschließlich sachliche Gründe verhinderten, wenn man seiner Darstellung glaubte, eine Verschmelzung der sächsischen Volkspartei und des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Nun erklärte er aber keinen anderen Modus einer Vereinigung für diskutierbar als den bedingungslosen Eintritt der Nürnberger Mehrheit in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Weder der Präsident noch die Generalversammlung würden, um einem „verschwommenen Wischiwaschi“ Platz zu machen, eine Änderung ihrer bewährten Organisation dulden. Bereits etwas früher hatte ein Erlaß des Präsidenten gezeigt, daß Schweitzer die Aufnahme von Literaten in den Verein unbequem war. Aber unverhüllt schlug wohl zum ersten Male der Leitartikel vom 16. September den Ton an, auf den hinfort, mit stets wachsender Gehässigkeit, sein Kampf gegen die in der Entstehung begriffene neue sozialdemokratische Partei gestimmt blieb. Während im gegnerischen Lager dünkelhafte Literaten und eigensinnige Bourgeoiselemente ihr Wesen trieben und keine straffe Organisation aufkommen ließen, spielten im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein — sich selbst nahm er stillschweigend aus — nur wirkliche Arbeiter eine Rolle. Schon aus diesem Grunde bliebe die Partei Lassalles die einzige wirkliche Arbeiterpartei; das Streben Bebels und Liebknechts ginge nur darauf aus, die glücklich aus dem Schlepptau der Fortschrittspartei befreiten Massen in das Schlepptau der bürgerlichen Demokratie zu bringen!

Das Demokratische Wochenblatt beeilte sich natürlich, dem Socialdemokrat gebührend zu antworten. Darin verfuhr es freilich nicht ehrlich, daß es Schweitzers Wort vom Wischiwaschi statt auf das Programm der Volkspartei, wie es gemeint war, auf die von jenem noch vor kurzem „mit byzantinischer Inbrunst“ verherrlichte Marxsche Lehre bezog. Möglicherweise sollte diese Verdächtigung in London, wo wohl das Wochenblatt, aber nicht der Socialdemokrat regelmäßig gelesen wurde, eine Wirkung ausüben! Mit weit größerem sachlichen Recht rief Liebknecht seinem Feinde ins Gedächtnis, daß ein Teil der Männer, von denen in Nürnberg das Banner der Sozialdemokratie entrollt wurde, bereits

Gebiet die demokratischen Arbeitervereine von dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein trennte, und da in letzterem neuerdings auf politischem Gebiet das demokratische Element entschieden über das cäsaristisch-diktatorische die Oberhand gewonnen hat, so ist eine mehr oder weniger vollständige Verschmelzung nur noch eine Frage der Zeit, so sehr sich auch dieser oder jener — aus persönlichen Gründen dagegen stemmen mag!“

[1]) Socialdemokrat 16. September.

unter diesem Banner gekämpft hätte, bevor Schweitzer in Mannheim seine moralischen und in Frankfurt am Arm des Koburgers seine sozialpolitischen Vorstudien eröffnen konnte. Nicht eine „neue Weisheit“ habe man in Nürnberg verkündigen wollen, sondern man habe das Fundament für eine Organisation der Sozialdemokratie gelegt. Und diese Organisation werde zustande kommen, auch gegen den Willen Schweitzers, der auf der Hamburger Generalversammlung die Grenzen seiner Macht im eigenen Verein kennen gelernt haben sollte. Eine für Herrn von Schweitzer „neue Weisheit“ sei freilich in Nürnberg verkündigt worden, nämlich die, daß jeder sogenannte Sozialdemokrat, der um die Gunst des Cäsarismus buhle und die Arbeiter durch sozialistische Kraftphrasen vom Pfad der politischen Pflicht wegzulocken versuche, ein Verräter sei an der Sache des Sozialismus sowohl wie der Demokratie! In der gleichen Nummer des Wochenblatts, die Schweitzer mit den vorstehenden Liebenswürdigkeiten bedachte, erörterte Karl Hirsch, der um jene Zeit offen ins Liebknechtsche Lager überging, in einer anonymen Korrespondenz aus Berlin die tieferen Gründe, die Schweitzer die damals erfolgte Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erwünscht gemacht hätten. Aber mit der Einseitigkeit des Proselyten schoß er weit über das Ziel hinaus, wenn er behauptete, daß die Fortschritte der Sozialdemokratie in Deutschland ohne und zum Teil sogar gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein erzielt worden wären.

Bereits diese Proben lassen erkennen, mit welcher persönlichen Gehässigkeit der Kampf hüben wie drüben geführt wurde. Und das wurde natürlich um so schlimmer, je deutlicher beide Teile begriffen, daß dieser Krieg nur mit einer Vernichtung des Gegners siegreich enden könne. Schweitzer und sein Schildträger Tölcke kostümierten Bebel als eine Kreatur des abgesetzten Königs von Hannover und Liebknecht als einen österreichischen Agenten, und erst recht wurde Schweitzer von den Leipzigern als der lebendige Gottseibeiuns ausstaffiert. Aber niemals ist von den ehrenrührigen Verleumdungen etwas erwiesen worden, die von den beiden Parteien im Laufe der nun kommenden drei Jahre gegen einander ausgespritzt wurden, und die zeitweise unter den Agitatoren aus der Arbeiterklasse eine wahre Korruption erzeugten. Selbst Vahlteich, der in diesem Kampfe Seite an Seite mit Bebel und Liebknecht focht, hat damals ausdrücklich zugegeben, daß ihm keine tatsächlichen Beweise für die Käuflichkeit Schweitzers zu Gesicht gekommen seien.

Jetzt trug auch die Gewerkschaftsbewegung dazu bei, in den beiden Lagern, die sich die politische Führung der Arbeiter streitig machten, die Erbitterung noch höher anzufachen! Unmöglich konnten Bebel und Liebknecht tatenlos zusehen, wie die Lassalleaner und Fortschrittler sich bei der fachvereinlichen Organisierung der Massen gegenseitig den Rang abzulaufen suchten. Die drei Kongresse der Internationale, besonders der letzte in Brüssel, hatten die Trade-Unions als „Keime einer großen sozialen Umwälzung“

sanktioniert, und Bebel und Liebknecht dachten hoch von der Bedeutung eines Zusammenwirkens der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der verschiedenen Länder für den Emanzipationskampf des Proletariats. Der Nürnberger Vereinstag hatte dem Vorort Leipzig den Auftrag erteilt, die Gründung von Gewerkschaften anzubahnen, und am 5. Oktober befaßte sich eine Ausschußsitzung des Verbandes mit dieser Frage. Das Ergebnis der Besprechungen verkündigte ein Rundschreiben des Präsidenten Bebel. Darin hieß es, daß die in Berlin entworfene Organisation und die Art und Weise, wie sie dort sofort in Anwendung gebracht worden sei, um einzelnen Personen vor allen Dingen das Heft in die Hände zu geben, weder gut geheißen noch unterstützt werden könne. Dieser über alle Maßen zentralistische Organisationsplan räume dem Präsidium eine unumschränkte Gewalt ein, die mit der Phrase von der „demokratischen Zentralisation" vergebens beschönigt würde[1]).

Weit mehr noch als in der Politik ist bei dem ökonomischen Kampfe der Arbeit gegen das Kapital Zersplitterung mit Machtlosigkeit gleichbedeutend. Nur große, ganz Deutschland umspannende, einheitlich handelnde Gewerkschaften konnten erfolgreich für die Verkürzung der Arbeitszeit kämpfen, die Liebknecht, der sich an die englische Erfahrung hielt, als das vornehmste Ziel der gewerkschaftlichen Bemühungen bezeichnete. An ein Zusammengehen mit Max Hirschs Gewerkvereinen war bei der Unüberbrückbarkeit der politischen und sozialen Meinungsverschiedenheiten für die Arbeiterverbandspartei nicht zu denken. Noch eher ließ sich eine Verschmelzung der bis dahin erst auf dem Papier bestehenden Bebelschen „Internationalen" Gewerkschaften mit denen des Arbeiterschaftsverbands in Erwägung ziehen. Denn ihre Begründer stießen sich nicht so sehr an der Zentralisation an sich wie an der von Schweitzer beliebten undemokratischen Ausgestaltung, welche die Menschen zu Maschinen herabwürdige[2]). Sollte aber ein solches partielles Zusammenwirken möglich sein, so mußte mit dem politisch neutralen Charakter der Gewerkschaften Ernst gemacht werden. Denkt man an die späteren Erfahrungen, so ist es mehr als zweifelhaft, ob die deutschen Arbeiter damals für eine solche in der Praxis schwer durchführbare Scheidung die nötige Reife besessen hätten! Aber es kam nicht einmal zu einem Versuch! Zwar faßte am 26. November in Leipzig eine unter Bebels Vorsitz tagende Delegiertenversammlung aller dortigen Gewerke, mit Zustimmung der ebenfalls vertretenen aber in Sachsen einflußlosen Schweitzerschen Lassalleaner, eine Resolution, die eine Verschmelzung der gewerkschaftlichen

---

[1]) Abgedruckt in Zukunft 28. Oktober.

[2]) Dem. Wochenblatt 21. November „Die Gewerksgenossenschaften" II (Verfasser wohl Carl Hirsch). Die allgemeinen Artikel des Demokratischen Wochenblatts stammten zu einem großen Teil von Carl Hirsch und von Eichhoff, die politischen Rundschauen schrieb Liebknecht; Bebel, dem ich diese Mitteilungen verdanke, erinnert sich nur, im Vereinsteil und über organisatorische Fragen geschrieben zu haben.

Bestrebungen anbahnen wollte. Zu diesem Zwecke wurde eine gemeinsame Generalversammlung aller Gewerkschaften vorgeschlagen, die über die Frage: „föderative oder diktatorische Organisation" eine Entscheidung treffen sollte. Das Demokratische Wochenblatt wünschte in seiner Erläuterung der Resolution, daß schon vor der Verschmelzung ein gegenseitiges Vertrags- und Unterstützungsverhältnis einträte; dann könnte man den gemeinschaftlichen Kampf gegen die von den Feinden der Arbeiter gegründeten Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine ohne Verzug aufnehmen. Aber diese Rechnung war ohne den Wirt gemacht! Der Ausschuß des Arbeiterschaftsverbands wies auf Veranlassung seines Präsidenten die Hand, die ihm entgegengestreckt wurde, zurück. Damit lud Schweitzer der Arbeiterklasse gegenüber eine schwere Schuld auf sich. Denn der Versuch wenigstens mußte unternommen werden, die sozialistische Gewerkschaftsbewegung vor der Zersplitterung zu bewahren, die auf politischem Gebiete bestand. Schweitzers Antwort auf das Anerbieten Bebels und seiner Freunde lautete hochmütig genug: Wenn jene Herren die in gewerkschaftlicher Hinsicht bereits vorhandene Uneinigkeit nicht noch weiter zu steigern beabsichtigten, so sollten sie mit ihrer Anhängerschaft dem Arbeiterschaftsverband beitreten und die Gründung einer dritten Gruppe von Gewerkschaften unterlassen. Handelten sie anders, so würde damit klar, daß sie sich nur persönlich zur Geltung bringen wollten. Die deutschen Arbeiter warnte Schweitzer, der jetzt den Spieß umkehrte, vor diesem „neuen offenbaren Versuch", sie zugunsten der persönlichen Zwecke einzelner zu zersplittern. Von dem Musterstatut, das Bebel an der Hand der „Rules" der hauptsächlichsten englischen Trade-Unions für die zu gründenden „internationalen" Gewerkschaften ausgearbeitet hatte, behauptete er, es enhielte nicht so viele demokratische Bürgschaften, wie das Statut des Arbeiterschaftsverbandes. Das Demokratische Wochenblatt zog erklärlicherweise aus dieser Ablehnung des Allgemeinen Deutschen Arbeiterschaftsverbands den Schluß, daß Schweitzer an der Diktatur sehr viel, an der Gewerksgenossenschaftsbewegung aber sehr wenig gelegen sein müsse. Dieser erwiderte, „die Herren Bebel, Hirsch, Duncker und Liebknecht" hätten sich, als von ihm und Fritzsche die Anregung zur Errichtung von Gewerkschaften ausging, der guten Sache nur deshalb nicht angeschlossen, „weil — nun weil eben nicht sie an der Spitze standen". Der Eitelkeit Bebels und Liebknechts schmeichle es, sich in Sachsen als besondere Arbeiterführer aufzutun, und darum verschlage es ihnen nichts, die Einigkeit der deutschen Arbeiterklasse zu zerstören![1]) Kurz zuvor hatte der jedem Ehrgeiz abholde Guido Weiß die Führer der beiden gewerkschaftlichen Richtungen der Hauptstadt beschworen, sich zurückzuziehen, weil eine Einigung unter den Arbeitern durch ihren Rücktritt erleichtert werden könnte. Aber von Schweitzer war ihm die ausweichende Ant-

[1]) Socialdemokrat 2. Dezember. Eine ausführliche Kritik von Bebels Gewerkschaftsstatut ibid. 9., 11. und 13. Dezember.

wort zuteil geworden, daß dies gar nicht in der Macht der Führer stünde, und daß die beiden Parteien dafür danken würden, wenn man ihnen ihre ersten Kämpfer nehmen wollte![1])

Wer heute die Organe beider Richtungen der damaligen Sozialdemokratie in Hinblick auf Inhalt, Form und Ton ihrer Darbietungen vergleicht, wird aus den Verschiedenheiten, die sich ihm aufdrängen, manchen fruchtbaren Schluß ziehen können. Doch darf er dabei nicht übersehen, daß die quantitativen Unterschiede, die zwischen einem Wochenblatt und einer Tageszeitung bestehen, mit Notwendigkeit auch qualitative Abweichungen zur Folge haben. Die Wochenschrift kann zusammenfassender urteilen und sich in gedrungener Form anbieten als die für alle Pendelschwingungen der Stunde weit empfindlichere Tageszeitung. Doch selbst wenn man diesen Gesichtspunkt berücksichtigt, bleibt der Eindruck, daß das Demokratische Wochenblatt eine Elite von Arbeiterführern, die es gewinnen möchte, ins Auge faßt, der Socialdemokrat aber die Massen. Im Wochenblatt kommen fast nur Liebknecht, Carl Hirsch, Bebel und Männer ihres Bildungsniveaus zum Wort, während der Socialdemokrat, neben den Artikeln und Übersichten der Redaktion, in weitem Umfange Berichte und Zuschriften aus allen Gegenden Deutschlands bringt, deren größter Teil von Arbeitern herrührt. Die Leitartikel des Socialdemokrat, besonders seitdem Hasselmann die meisten verfaßte, waren nicht selten im Ton rüde und von einer berechneten demagogischen Gehässigkeit, die Liebknechts im Demokratischen Wochenblatt blenden durch ihre scharfe und glitzernde Pointierung, und selbst grobe Inhalte verletzen niemals ein empfindliches ästhetisches Gefühl bei der gewählten und sorgfältigen Formgebung dieses glänzenden Journalisten. Wichtiger jedoch als die Aufmachung ist für den Gegenstand unserer Betrachtung der Inhalt. Die zwischen Schweitzer und Liebknecht vorhandenen politischen Gegensätze äußern sich natürlich in allen Spalten ihrer Blätter.

Aber auch auf theoretischem Gebiete treten deutliche Unterschiede hervor. Die fast immer von Schweitzer verfaßten oder wenigstens inspirierten nationalökonomischen Artikel des Socialdemokrat sind mit einem ungleich größeren wissenschaftlichen Talent und mit einer viel klareren Eindringlichkeit abgefaßt als die entsprechenden Leistungen des Demokratischen Wochenblatts. Schweitzers Auffassung des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses bietet der Kritik einer wissenschaftlich fortgeschrittenen Zeit Blößen, aber sie ist konsequent durchdacht und befindet sich in vollkommener Übereinstimmung mit seinem sozialen und politischen Programm. Als Denker wie als Agitator stand er damals längst mit Entschiedenheit und Beharrlichkeit auf dem Boden des Klassenkampfes. Besonders seit dem Streich, den die Fortschrittler ihm bei der Gewerkschaftsgründung gespielt hatten, stellte er von neuem, wenn nicht das Wort so doch den Ge-

[1]) Socialdemokrat 9. Oktober.

danken in den Vordergrund, daß dem arbeitenden Volke gegenüber alle anderen Parteien nur eine unterschiedslose feindliche Masse bedeuteten.[1]) Den Zusammenhang zwischen den materiellen und ideellen Faktoren im geschichtlichen Leben faßte er mit jenem ihm angeborenen Realismus auf, den in seinem Denken Macchiavelli ausgelöst, Lassalle untergründet und Marx ausgebaut hatte. Dagegen machte sich im Demokratischen Wochenblatt noch öfter ein ungesiebter Idealismus breit, dem sich seine Abstammung aus der Welt der bürgerlichen Demokratie ohne weiteres anmerken ließ. Man wehrte sich noch hie und da mit der gleichen Terminologie, die Schulze-Delitzsch und Sonnemann anwandten, und die einem F. A. Lange nicht mehr behagen wollte, gegen die angeblich zu materielle Auffassung der sozialen Frage von seiten der Lassalleaner. Man betonte zuweilen noch genau mit den Argumenten der Vortragenden der Bildungsvereine, daß es nicht allein darauf ankäme, der arbeitenden Klasse den Ertrag ihrer Arbeit zuzuwenden, sondern auch zur Versöhnung und Aufhebung des Klassengegensatzes beizutragen, indem man ihr Bildung und Freiheit vermittle! Solchen Bekenntnissen würde die Redaktion des Socialdemokrat die Spalten nicht mehr geöffnet haben. Gegen Lassalle wird in einem größeren Aufsatz des Wochenblatts, dessen Verfasser aber nicht Liebknecht gewesen sein kann, der Vorwurf erhoben, er wäre zu seinem Kokettieren mit der preußischen Regierung dadurch gekommen, daß er die soziale Frage zu ausschließlich als Magenfrage aufgefaßt hätte. Dies habe ihn dahin geführt, seiner Agitation den „aller Sittlichkeit d. h. Freiheit“ Hohn sprechenden Satz der preußischen Blut- und Eisenpolitik „Macht geht vor Recht“ zugrunde zu legen![2]) Aber wiederholte nicht gerade diese Gedankenverkuppelung das innerlichste Bekenntnis des Liberalismus? War nicht der Glaube an die gegenseitige Verankerung von Sittlichkeit und Freiheit eine große Errungenschaft der deutschen idealistischen Philosophie? Schlang sich nicht diese Überzeugung als ein gemeinsames Band durch die politischen Organisationen des deutschen Bürgertums aller Schattierungen? „Bildung ist Macht!“ Die Einseitigkeit dieser Auffassung war den Wortführern der Bildungsvereine unter dem Einfluß der ökonomischen Umgestaltung und der Lassalleschen Broschüren allmählich begreiflich geworden, aber von ihrer völligen Unwahrheit wollten sich viele von ihnen, aus einem berechtigten Gefühl heraus, nicht so schnell überzeugen! Auch Liebknecht gehörte zu jenen deutschen Idealisten, die ihrem ganzen Wesen nach eine ausschließlich empirische Begründung der Ethik nicht befriedigte, gerade er hat niemals aufgehört, an historische und politische Vorgänge in erster Reihe einen ethischen Maßstab anzulegen. Man darf von ihm behaupten, daß er sich ungleich schwerer als der von Fichte und Hegel so gut wie unberührte Schweitzer zu jenem brutalen Materialis-

[1]) Vgl. u. a. Socialdemokrat 16. Oktober 1868.

[2]) Demokratisches Wochenblatt 19. u. 26. Dezember 1868 „Selbsthilfe und Staatshilfe“. Der Verfasser dürfte Karl Hirsch gewesen sein.

mus bekehrte, der in der Auslegung des Klassenkampfgedankes immer deutlicher in die Erscheinung trat. Ihren doktrinären Einschlag verdankt die Gedankenwelt der großen Masse der deutschen Sozialdemokraten ihrer Abstammung aus der Welt des philosophischen Idealismus, aber paradoxerweise ist der Hauptinhalt dieses Doktrinarismus mit den Jahren das hauptsächlich in Frankreich ausgebildete Klassenkampfdogma geworden!

Schweitzers Gegner haben ihm immer von neuem vorgeworfen, daß er zwar auf sozialem Gebiet sehr radikale Ansichten vertreten und das Proletariat verleitet hätte, seine Kräfte zu überschätzen und Bündnisse abzulehnen, die ihm nützlich gewesen wären, daß aber seine politische Agitation auf die Grundforderungen der Demokratie nicht den hinreichenden Nachdruck legte! Nun mag es wahr sein, daß dieser Skeptiker nicht mit der gleichen Ehrfurcht wie Liebknecht und Bebel zu den freiheitlichen Idealen aufblickte! Doch kann man seiner politischen Handlungsweise in dieser Richtung eigentlich keine Unterlassung vorwerfen. Daß der nächste Kampf der Arbeiterklasse der Verwirklichung demokratischer Forderungen zu gelten hätte, und daß freiheitliche politische Zustände die Voraussetzung einer jeden gründlichen sozialen Umgestaltung sein müßten, das hat gerade er zu unzähligen Malen mit der größten Unermüdlichkeit verkündigt! Und er hat auch so und so oft, wenn die Situation danach angetan war, sich bereit erklärt, auf diesem Gebiet mit dem entschiedenen Liberalismus Schulter an Schulter vorzugehen! Aber freilich, so weit wie Liebknecht in den Jahren zwischen 1866 und 1870 ist er niemals gegangen. Er wollte nicht, wie jener, den Kampf für die sozialen Ziele der Arbeiterklasse zurückstellen, bis im Bunde mit dem Bürgertum die politische Freiheit errungen wäre! In einer Zeit voll unausgeglichener sozialer und nationaler Gegensätze versprach er sich weder eine nahe noch eine reichliche Ernte von einem solchen Zusammengehen!

Aus dieser Überzeugung floß eine sarkastische Frage, die Schweitzer im Oktober 1868 im Laufe einer Polemik mit der Volkszeitung aufwarf, als deren Eigentümer Duncker ihm in Berlin bei der Gewerkschaftsbildung in die Quere kam. Er wollte wissen, weshalb es eigentlich verwerflicher sein sollte, Seine Majestät den Geldsack zu befehden, als gegen Absolutismus, Feudalwirtschaft und Pfaffentum zu Felde zu ziehen. Wer sich auf das letztere beschränke, meinte er bissig, werde ein „echter Volksmann" genannt, einen Demagogen heiße man erst denjenigen, der eine neue Idee verfechte und auch mit dem Geldsack feindlich anbände! Seitdem die Konkurrenz auf gewerkschaftlichem Gebiet der alten Feindschaft neue Nahrung zuführte, erhielt in der Hauptstadt der Kriegszustand zwischen den Lassalleanern und der Fortschrittspartei wieder einen chronischen Charakter, und der Socialdemokrat, dem die gegnerischen Blätter die Antwort nicht schuldig blieben, ließ sich keine Gelegenheit entgehen, um über die „bourgeoisaristokratischen Zungendrescher" und „politischen Halbmenschen" herzufallen und jede ihrer Blößen aufzudecken. So wurde auch die

Spaltung, die infolge der Nürnberger Vorgänge im fortschrittlichen Berliner Arbeiterverein eintrat, von Schweitzers Organ anfangs mit Befriedigung begrüßt, obgleich der neue von den Sezessionisten im Bunde mit einigen abgefallenen Lassalleanern begründete Demokratische Arbeiterverein sich der Liebknecht-Bebelschen Partei anschloß. Hier in Berlin behielten die sächsischen Arbeiterführer, trotz aller Anstrengungen Liebknechts, einen so winzigen Anhang, der Einfluß der Fortschrittspartei war aber so gewaltig, daß eine zufällige Waffengemeinschaft bei Scharmützeln, zu denen lokale Volksversammlungen Anlaß geben konnten, nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit lag. Überdies behauptete Schweitzer, genau wie bei früheren und späteren ähnlichen Gelegenheiten, daß es ihm nur angenehm sein könne, wenn Elemente, die bis dahin innerhalb des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch Umgestaltungsversuche sich unbequem gemacht hätten, anderswo ein festes Unterkommen fänden.

Gerade in diesen Tagen, wo Eichhoff, Singer u. a. ihren Austritt aus dem jetzt von Max Hirsch beherrschten Berliner Arbeiterverein erklärten, hatte Schweitzer, seiner voraufgegangenen Ankündigung gemäß, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein von neuem ins Leben gerufen. Die im Socialdemokrat vom 11. Oktober veröffentlichten Statuten wichen von denen des alten Vereins nur soweit ab, als es die gerichtlichen und polizeilichen Beschlüsse erforderten, die zu seiner Auflösung geführt hatten. Aber der Sitz des Vereins wurde nicht wiederum Leipzig sondern Berlin. Die Annahme ist nicht durchaus von der Hand zu weisen, daß die preußische Polizei von der Erfüllung dieser Bedingung die Genehmigung zur Wiedereröffnung des Vereins abhängig machte. Es war ein Triumph der von Schweitzer seinen Anhängern aufgezwungenen Disziplin, daß die vor Monatsfrist aufgelösten Reihen sich sofort in der alten Stärke wieder aneinanderschlossen. Ungünstig für die Verteidigung seiner Position gegen die von allen Seiten her sich vermehrenden Angriffe war es, daß er am ersten Dezember von neuem eine Strafhaft antreten mußte. Denn während Schweitzer dadurch in den nächsten Wochen zur Untätigkeit verdammt war, begannen Liebknecht und Bebel, denen der Nürnberger Erfolg den Rücken gewaltig gestärkt hatte, ihre geheime Wühlarbeit, um die lokalen und provinziellen Häuptlinge des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zum Abfall zu verlocken. Bevor Schweitzer aber die Leitung des Vereins an den zu diesem Zweck von Iserlohn nach Berlin verpflanzten Tölcke und die des Verbandes an Fritzsche übertrug, erließ er im Socialdemokrat eine Ansprache, die sich in höchst charakteristischer Form über seine Regierungsgrundsätze und die von ihm für die nächste Zukunft geplanten Maßnahmen äußerte: „Ich bin tief durchdrungen“, so hieß es darin, „von der Erkenntnis, daß es, wie in allen praktischen Dingen, so insbesondere bei Aktionen des öffentlichen Lebens, bei sozialer und politischer Wirksamkeit, jederzeit auf gewisse Hauptpunkte ankommt, durch deren richtige Erledigung alle Nebenpunkte von selbst zu ihrer Regelung gelangen.

Immer die Hauptsache, die Punkte, auf die es bei gegebenen Verhältnissen ankommt, richtig herauszufinden, das scheint mir die Aufgabe eines jeden zu sein, der berufen ist, in weiteren Kreisen praktisch leitend zu wirken." Dann wendet die Ansprache sich Einzelheiten zu, besonders den finanziellen Fragen, über die Schweitzer sich mit geflissentlicher Präzision zu verbreiten liebte, seit die wachsende Schar seiner Gegner ihm argwöhnisch auf die Finger sah. Er bedauerte, daß er noch bis in die letzte Zeit hinein gezwungen gewesen wäre, Vereinsgelder auf den Socialdemokrat zu verwenden, aber er hätte die unabänderliche Anordnung getroffen, daß dies mit dem neuen Jahre aufhöre. Von dem gleichen Termine ab werde der Verein zu einer vom Präsidenten geleiteten einheitlichen Gesamtagitation in ganz Deutschland übergehen und zum ersten Male, was früher schon geplant gewesen war, besoldete Agitatoren aussenden. Die von den Gegnern errungenen vereinzelten Erfolge könnten dem Verein nicht gefährlich werden. Fast wünsche er ihnen einige Erfolge, um ihnen hernach durch die siegreiche Zerstörung ihres Werkes recht handgreiflich die Erkenntnis beizubringen, auf welcher Seite der Lebensnerv und die zündende Idee des Jahrhunderts zu finden wäre! Aber dieser Übermut, den er zur Schau trug, war wohl nur bestimmt, die Gegner zu täuschen. Innerlich wird seine Siegeszuversicht kaum so groß gewesen sein!

Dabei hätte Schweitzer es in diesem Herbst nötig gehabt, an seinen politischen Stern zu glauben, denn seine privaten Verhältnisse gestalteten sich immer unerträglicher. Der adelsstolze und starr konservativ gesinnte Vater weigerte sich schon seit längerer Zeit, die Wechsel seines mißratenen Sohnes einzulösen, und die leichtlebige Mutter, die es selbst viel zu gut verstand, ihre nicht allzu reichlichen Revenuen auszugeben, verwies den Sohn jedesmal, wenn er bei ihr anklopfte, auf die Selbsthilfe. Aber die Politik nahm alle seine Kräfte in Anspruch und brachte ihm keinen roten Heller ein; so gab es für ihn, besonders seit der Verarmung Hofstettens, keine andere Möglichkeit, seinen privaten Bedarf zu bestreiten, als Schulden zu machen. Über den angeblichen Luxus seiner Lebensführung setzten die Gegner jetzt erst recht phantastische Angaben in die Welt. So behauptete, um nur ein Beispiel anzuführen, Max Hirsch in einer Arbeiterversammlung in einer Magdeburger Vorstadt, daß Schweitzer jährlich 20 000 Taler aus der Kasse des Vereins für seine Vergnügen verwende. Nun mag es vorgekommen sein, daß dieser Mensch, in dessen finanziellen Verhältnissen zu keiner Zeit irgend eine Ordnung herrschte, tatsächlich bei seinen Ausgaben nicht immer mit der erforderlichen Strenge zwischen den Vereinszwecken und seinen privaten Zwecken unterschieden hat. Von größeren Veruntreuungen konnte aber schon deshalb nicht die Rede sein, weil die Verwaltung der Vereinskasse nicht in der Hand des Präsidenten lag und der Kassierer für alle Ausgaben der Generalversammlung Rechenschaft abzulegen hatte. Auch waren die Summen, die der Verein zu Schweitzers Zeit aufbrachte, noch recht minimale, und vermutlich hat Schweitzer

für die Partei, von der er keine Besoldung annahm, im Laufe der Jahre mehr Geld ausgegeben, als er ihr bei manchen Gelegenheiten aus Nachlässigkeit und nicht aus berechnender Untreue möglicherweise entzog. Unter diesen Umständen war der wichtigste Aktivposten, auf den er sein ständiges Pumpsystem gründete, die Erbschaft, die er eines Tages von seinem Vater zu erwarten hatte, den er für einen Millionär ausgeben mochte. Nun erreichte Weihnachten den Gefangenen in der Stadtvogtei die Kunde von einer schweren Erkrankung seines Erzeugers. Ohne Schwierigkeit erwirkte er sich sofort einen Urlaub und eilte nach Fulda an das Totenbett Franz Karl Ludwigs, wo die Mutter und die Geschwister bereits versammelt waren. Emilie kam auch im Schatten des Todes nicht von ihren mondänen Allüren los, sie stellte Johann Baptist dem Beichtvater des Sterbenden als ihren „gescheiten" und den österreichischen Offizier Fritz als ihren „schönen" Sohn vor. Der Domprobst — es soll der spätere Fürstbischof Kopp gewesen sein — empfand die Szene peinlich, aber Johann Baptist rettete die Situation, wie sein Bruder berichtet, durch ein treffendes Faustzitat. Das Vermögen, das der Alte hinterließ, wurde von Hofstetten auf 30—50 000 Gulden, von der Berliner Polizei, die aus guten Quellen geschöpft haben wird, auf 80 000 Gulden geschätzt[1]). Bei der Teilung der Erbschaft gab es ernste Differenzen, zu deren Regulierung sich Schweitzer einen Aufschub des Wiederantritts seiner Haft erwirkte. Es erfolgte eine Einigung, die aber dem ältesten Sohn, der vermutlich den größten Teil seines Erbteils schon bei Lebzeiten des Vaters verbraucht hatte, an barem Gelde nur eine unbeträchtliche Summe einbrachte. Bereits im April 1869 besagen die Akten des Berliner Polizeipräsidiums von neuem, daß er „gegenwärtig gänzlich ohne Vermögen" wäre und von der Mutter abhinge, er würde von seinen Gläubigern aufs höchste beunruhigt werden, wenn nicht der Vater des Inhabers der Druckerei des Socialdemokrat, dem er 3000 Taler für die Kosten des Blattes schulde, alle Verpflichtungen Schweitzers auf die Aussicht hin übernommen hätte, daß er künftig nach dem Tode der Mutter entsprechend entschädigt würde. Aus den Klauen dieses notorischen Wucherers ist Schweitzer bis zu seinem Tode nicht freigekommen, obgleich seine Theaterstücke ihm später reichlich Geld einbrachten. Über seinen Nachlaß mußte Konkurs verhängt werden!

Schweitzers Gegner nahmen daran großen Anstoß, daß er den ausdrücklich für die Regelung der Erbschaftsangelegenheit gewährten Urlaub aus dem Gefängnis auch ungeniert für die Erledigung politischer Angelegenheiten benutzte. Liebknecht besonders genügte die Nachsicht der Berliner Polizei, die in ähnlichen Lagen ihn

---

[1]) Den Anspruch auf das Majorat, das eine Rente von 3000 Talern abwarf, hatte Schweitzer durch die gerichtliche Aberkennung des Adelstitels verloren (Mitteilung von Frau Armande Wodkiewicz, geb. von Schweitzer-Allesina in Berlin).

selbst mit der größten Härte behandelt hatte, um es von neuem als erwiesen hinzustellen, daß Schweitzer in ihrem Solde stünde. Auf diese Verleumdung blieb ihm Schweitzer die Antwort nicht schuldig, und schnell entstand daraus von neuem eine hitzige Polemik. Liebknechts Verdächtigung, die ihn zu einem Werkzeug der preußischen Politik machte, begegnete er damit, daß er dessen nachsichtiger Haltung gegenüber dem „liberalen Bourgeoisschwindel" in Österreich das unlautere Motiv unterlegte, die deutsche Arbeiterbewegung den Interessen der österreichischen Politik dienstbar machen zu wollen. Hatte Liebknecht ihm ein Liebäugeln mit der preußischen Regierung vorgeworfen, so hielt er ihm jetzt vor, daß er, unter augenfälliger Schonung der österreichischen Regierung, ausschließlich gegen Preußen hetze, obgleich die Arbeiterbewegung im Norden unter geringeren Hemmnissen zu leiden hätte, als im Kaiserstaat. Der andere leugnete auch garnicht, daß die preußische Regierung die Arbeiterbewegung weniger chikaniere als mancher andere deutsche Staat, aber er erklärte diesen Umstand damit, daß man in Berlin die Arbeiterbewegung systematisch zu reaktionären Zwecken ausbeute und in der Person Schweitzers ein brauchbares Werkzeug gefunden hätte. Dieser jedoch ließ sich durch solche Beschuldigungen nicht abhalten, die kostbaren Wochen der Freiheit auf jede Weise für die Förderung der Zwecke seiner Partei und damit zugleich für die Befestigung der eigenen Stellung auszunutzen. Er zeigte sich jetzt nicht weniger konstitutionell als sein Schicksalsgenosse in den Tuilerien. In einem Erlaß vom 15. Januar 1869 bat er die Arbeiter um Entschuldigung, weil er unter dem Drang der Umstände im Oktober die Wiederaufrichtung des Vereins bewerkstelligt und dessen Leitung provisorisch übernommen hätte, ohne die durch die Statuten gebotene Präsidentenwahl auszuschreiben. Dieses Versäumnis wurde jetzt nachgeholt und gleichzeitig angekündigt, daß die nächste Generalversammlung zu Ostern in Elberfeld-Barmen stattfinden würde.

Mit einer ganz besonderen Geflissenheit, die wohl ihre geheimen Gründe hatte, beteuerte Schweitzer in diesem Erlasse die unwandelbare Treue, mit der er nach wie vor an der Tradition und der Organisation Lassalles festhielte. Seine führende Rolle in der deutschen sozialdemokratischen Bewegung konnte er nur aufrecht erhalten, wenn es ihm gelang, die Bestrebungen von Liebknecht und Bebel zum Scheitern zu bringen. Dieses Ziel ließ sich aber nur erreichen, wenn er jetzt alle jene Elemente, die zur Fahne des noch immer „lebenden" Lassalle schworen, zum Kampfe gegen dessen Verkleinerer um sich sammelte! Den von der Gräfin Hatzfeld begründeten und unterhaltenen sogenannten Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein hatte Schweitzer seit dessen Abtrennung von der von ihm geleiteten Organisation im Vereinsorgan nach Kräften totzuschweigen gesucht. Aber ihm selbst gebot jetzt sein eigenes Interesse, den Lassallekultus eifrig zu pflegen und die Pietät der Arbeiter für ihren „Erlöser" gegen die gefährlichen Bestrebungen der Nürnberger Mehrheit auszunutzen. Damit war der Moment gekommen, wo

eine Rückgewinnung jener Sektierer für ihn ein Gegenstand der Erwägung werden konnte. Er verstärkte dadurch seine Anhängerschaft und gewann, wenn sein Vorhaben glückte, im Königreich Sachsen, wo das Hauptquartier seiner Feinde lag, mit einem Schlage eine ganze Anzahl von Gemeinden, die ihm bei der Bekämpfung Bebels und Liebknechts in deren eigenstem Gebiet sehr zu statten kommen konnten. Noch immer hatte jenes merkwürdige historische Gebilde seine meisten Anhänger in Chemnitz und dessen industriereicher Umgebung, in Bremen, und an einzelnen rheinischen Plätzen wie München-Gladbach und Düsseldorf, uud im vorigen Jahre hatte der junge Fritz Mende, der letzte Günstling der alten Gräfin, dem bereits völlig desorganisierten Verein noch einmal einen stärkeren Zusammenhalt gegeben[1]).

Aber einer Aussöhnung mit der „weiblichen Linie" der Lassalleaner stand ein großes Hindernis entgegen. Diese streng orthodoxe Richtung sah nämlich in der Beteiligung Schweitzers und seiner Partei an der Gründung von Gewerkschaften eine Todsünde, und auf ihrer Generalversammlung in Düsseldorf, an einem der letzten Tage des November, hatte sie noch soeben in einer Resolution die systematische Organisierung von Arbeitseinstellungen als ein „historisch reaktionäres Mittel" verketzert, das man nur zu dem Zweck anwende, um „die Kräfte der Arbeiter auszusaugen, zu zersplittern und vom Ziele abzulenken". Schweitzer wollte wohl bei den Hatzfeldern die Auffassung abschwächen, als ob er mit dem Eintritt in die Gewerkschaftsbewegung die Lehre Lassalles in den Hintergrund gedrängt hätte. Deshalb bezeichnete sein Erlaß den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ausdrücklich als das e r st e und w i ch t i g st e B o l l w e r k gegen alle Sonderbestrebungen. Nur den in dieser Schule gebildeten und groß gewordenen Kräften gestand er die Fähigkeit zu, auch in den Gewerkschaften ersprießlich für die Arbeitersache zu wirken!

Noch vorteilhafter als die Wiedergewinnung dieser in ödem Fetischismus sich erschöpfenden Gemeinden mußte es für Schweitzer und seine Partei sein, wenn es ihnen gelang, ihre bis dahin fast ausschließlich in Preußen und in den kleinen norddeutschen Staaten wohnhafte Anhängerschaft durch Eroberungszüge in andere Teile Deutschlands zu verstärken. Und wirklich sollten Süd-

[1]) Das gedruckte „Protokoll der vom 28. bis 30. November in Düsseldorf stattgefundenen Generalversammlung des Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" gewährt ein erschreckendes Bild von der kleinlichen, orthodox-doktrinären und sterilen Lassalleklauberei dieser Hatzfeldschen Sekte. Mende teilte hier mit, daß der Verein 107 Gemeinden mit 12 714 Mitgliedern zähle, und daß davon 79 Gemeinden mit 8118 Mitgliedern auf der Generalversammlung vertreten seien. Über Mende, den „Romulus Augustulus des erträumten Weltreichs" vgl. (Guido Weiß) im Feuilleton der Frankfurter Zeitung vom 7. Juli 1896. Briefe von ihm, die mir im Original vorliegen, zeigen diesen jungen Mann als einen unbedeutenden, eitlen, aber wohl rechtlich gesinnten Menschen, der seiner Gebieterin geistig nicht entfernt gewachsen war. Er ging vor Erreichung des dreißigsten Lebensjahres an Morphium zugrunde.

deutschland und Sachsen jetzt zum ersten Male systematisch durch Agitatoren des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Angriff genommen werden. Über die Gesinnungen der süddeutschen Arbeiterschaft war Schweitzer genügend unterrichtet, um zu wissen, daß sein deutsches Programm bei ihnen noch keinen Anklang finden konnte. Deshalb folgte er nur einem Gebot der Klugheit, wenn er den Agitatoren anbefahl, in ihren Reden, soweit es irgend anginge, das nationale Problem hinter dem sozialen verschwinden zu lassen. Bebel hatte Unrecht, wenn er in einer Versammlung der Leipziger Zimmergesellen, wo er gemeinsam mit Liebknecht ein Scherbengericht über Schweitzer abhielt, seinem Gegner just aus dieser Verfügung einen Strick drehen wollte.

Während Schweitzers Anwesenheit in Frankfurt, wo die Erbschaftsangelegenheit ihn einige Zeit festhielt, wurde in einer Konferenz von Vertrauensmännern, der er präsidierte, der Agitationsplan für Süddeutschland ausgearbeitet. Wirkliches Neuland konnte erobert werden, denn außerhalb von Mainz, Mannheim und Augsburg zählte die Partei Lassalles hier in einer weiten Diaspora nur ganz vereinzelte kleine Stämme von Anhängern. Die Reiseroute der mit der Agitation in Süddeutschland beauftragten Genossen wurde vom Socialdemokrat im voraus pomphaft bekanntgegeben: auch Alexander der Große hätte seine Feinde niemals bei Nacht überfallen, die Gegner mögen sich nur überall gehörig vorbereiten, die Lassalleaner seien nicht gewohnt, den Sieg zu stehlen! Auf Bebel machten solche Posaunenstöße keinen Eindruck, er erließ im Auftrage der sächsischen Volkspartei Instruktionen an deren Agenten und Korrespondenten in den süddeutschen Städten mit der Aufforderung, der „von den Arbeiterpfennigen bestrittenen Bismärckischen Agitation" gebührend entgegenzutreten. In dem industriell erst wenig entwickelten Süden waren die Arbeiterbildungsvereine fast die ausschließlichen Sammelpunkte der Arbeiterbewegung. Auf diese stützten sich jetzt die Gegner der Lassalleaner, aber auch der Parteizusammenhang mit der bürgerlichen Demokratie kam ihnen trefflich zu statten. In Heidelberg bekämpfte Professor Cantor, in Freiburg Adolf Wagner die Apostel des Klassenkampfes, in Karlsruhe und Pforzheim, in Nürnberg und Fürth erlitten die Agitatoren schwere Niederlagen, und auch in Würzburg und Offenbach ernteten sie nicht viele Lorbeeren. Nur wenig besser erging es ihnen in Heidelberg und Worms, in Augsburg und München. Das Gesamtergebnis des pomphaft angekündigten Eroberungszuges entsprach keineswegs den Erwartungen Schweitzers. Und nicht besser schnitten jene Sendlinge ab, die er nach Sachsen entsandte. Von Motteler und Stolle unterstützt, besorgten hier Bebel und Liebknecht persönlich die Verteidigung ihrer Stellungen. Eine Leipziger Arbeiterversammlung vom 14. Februar hatte Schweitzer und Liebknecht aufgefordert, wie einstmals Luther und Eck, in öffentlicher Disputation ihre gegenseitigen Beschuldigungen zum Austrag zu bringen. Liebknecht erklärte sich nach einigen Tagen dazu bereit und machte sich anheischig, den Beweis zu erbringen, daß Schweitzer „sei es für

Geld oder aus Neigung" seit dem Ende des Jahres 1864 systematisch die Organisierung der Arbeiterpartei hintertreibe und die Geschäfte des Bismarckschen Cäsarismus besorge. Er wollte dartun, daß er und seine Freunde kein Mittel unversucht gelassen hätten, um eine Einigung der Arbeiterparteien herbeizuführen, daß aber Schweitzer alle ihre Bemühungen vereitelt hätte. Weigerte sich Schweitzer, zu einer solchen Disputation in Leipzig zu erscheinen, so wollte Liebknecht auch in Berlin oder auf der Generalversammlung in Elberfeld-Barmen, in Gegenwart der Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der Arbeiterschaftspräsidenten, allein oder gemeinsam mit Bebel seine Anklage begründen. Daneben machte er, „um zu einem definitiven Abschluß zu gelangen", Schweitzer den Vorschlag, ihre Differenz dem Schiedsspruch des Generalrats der Internationale zu unerbreiten.

Eine mit so feierlichem Trompetenklang verkündigte Herausforderung konnte unmöglich ignoriert werden. Da aber Schweitzer eben ins Gefängnis zurückgekehrt war, aus dem ihn dann die beginnende Reichstagssession schnell wieder befreite, so mußte der Vizepräsident Tölcke die Antwort erteilen. Dem Winkeladvokaten fehlte es nicht nicht an der dazu nötigen Gerissenheit. Er erklärte, daß es dem Vereinspräsidenten unmöglich zugemutet werden könne, mit jedem, der Händel suche, oder der mit der Haltung der Arbeiterpartei unzufrieden sei, persönlich zu disputieren. Schweitzers Haltung liege offen zu Tage und bedürfe keiner Verteidigung! Die Arbeiterpartei wäre nicht, wie Liebknecht behaupte, uneinig, sondern im Gegenteil im höchsten Grade einig. Die Sonderbestrebungen in Preußen (Fortschrittspartei) und in Sachsen (Gräfin Hatzfeld einerseits und Liebknecht und Genossen andererseits) seien zeitweilige und lokale Hindernisse, über die der Strom der Arbeiterbewegung hinwegfluten werde. Liebknecht beweise durch sein Toben gegen die Person des Präsidenten nur, für wie wichtig er diesen Mann hielte, der seinerseits ihm und seinen Umtrieben keinerlei Wichtigkeit beilegen könne. Doch trotz dieser Kniffe sah Tölcke sich gezwungen, Liebknechts Aufforderung zu willfahren und ihn und Bebel einzuladen, ihre Anklagen gegen den Präsidenten des Vereins auf der Generalversammlung in Elberfeld-Barmen vorzubringen. Nach seiner Freilassung aus der Stadtvogtei zu Anfang März konnte Schweitzer nichts anderes tun, als diese Einladung wiederholen. Er glaubte sich seines Einflusses auf die Vereinsmitglieder noch sicher genug, um den Gegnern eine vielleicht entscheidende Niederlage zu bereiten, wenn sie ohne jeden Anhang im Lager der Lassalleaner erscheinen würden!

* * *

Der Reichstag durfte in diesem Frühling von jenen Abgeordneten, die sich für die alleinigen wahren Vertreter der Arbeiterschaft ausgaben, eine besonders eifrige Teilnahme an seinen Verhandlungen erwarten, denn endlich sollte die

Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund zur Beratung und Verabschiedung gelangen. Während aber Bebel und die drei dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine angehörenden Reichstagsabgeordneten den Entwurf eingehend studierten und Abänderungsanträge vorbereiteten, verabscheute Liebknecht[1]), selbst bei einem solchen Anlaß, jegliche Mitarbeit. Für Schweitzer bedeutete diese Session den Höhepunkt seiner parlamentarischen Wirksamkeit. Einen geschickten, wenn auch nicht erfolgreichen, Vorstoß unternahm er schon am 13. März, als ein vom Bundesrat eingebrachtes Gesetz über die gerichtliche Beschlagnahme der Arbeits- und Dienstlöhne auf der Tagesordnung stand. Es lag ein Antrag auf Verweisung des Entwurfs an eine Kommission vor; da bat er das Haus, darauf Bedacht zu nehmen, daß bei diesem die Arbeiter so nahe angehenden Gegenstande auch einer der wirklichen Arbeiter, die dem Reichstage angehörten, in der Kommission einen Platz erhielte. Sein Verlangen stieß auf den heftigen Widerspruch der Mehrheitsparteien. Lasker glaubte, ein für allemal entschieden Protest einlegen zu müssen gegen den Anspruch, daß ein paar Abgeordnete die „technischen Vertreter" der Arbeiter wären, und der konservative Freiherr von Rabenau sekundierte eifrig dem Führer der Nationalliberalen. Schweitzer ließ sich dadurch nicht einschüchtern und erwiderte, daß er und seine Freunde in der Tat speziell gewählt wären, um in der Volksvertretung die Interessen der Arbeiter gegen die der besitzenden Klassen zu verteidigen. Aber der Reichstag machte mit der winzigen sozialdemokratischen Gruppe nicht viel Federlesens, und der Zigarrenarbeiter Fritzsche wurde nicht in die Kommission gewählt. Das Verfahren der Mehrheit war zum mindesten eine Gedankenlosigkeit, Schweitzer stellte es als ein der Arbeiterklasse vom Reichstag zugefügtes Unrecht hin und benutzte es, mit Hinblick auf die herannahende wichtige Generalversammlung des Vereins, um sich dem Proletariat von neuem als der geschickteste und auch radikalste Verteidiger seiner Rechte zu empfehlen. Unverzüglich erließ er jetzt einen Aufruf an die deutschen Arbeiter der die vom Reichstag ihnen zugefügte „Beleidigung" brandmarkte. Gegen das von den verbündeten Reaktionären und „Geldsackliberalen" der Arbeiterklasse angetane Unrecht ordnete er Protestversammlungen an.

Aber erst einige Tage nach diesem Zusammenstoß mit Lasker, bei der ersten Lesung der Gewerbeordnung, hatte Schweitzer im Reichstage seinen großen Tag. Die Begründung der von ihm und seinen Parteigenossen Fritzsche und Hasenclever eingebrachten Abänderungsvorschläge bot ihm hier den willkommenen Anlaß, um zum ersten Male von der Tribüne einer deutschen gesetzgebenden Körperschaft, wie er besonders betonte, einige Grundbegriffe des Sozialismus zu

---

[1]) Vor seinen Wählern in Stolberg erklärte er am 25. April von neuem, daß eine „Volkspartei", die sich nicht selbst aufgeben wolle, bei einer Komödie, wie sie im Reichstag agiert würde, nicht mitwirken dürfe.

entwickeln. Seinen Ausgangspunkt nahm er natürlich von dem Phänomen des Klassenkampfes, oder, wie er sich an dieser Stelle ausdrückte, des Kriegszustandes zwischen Kapital und Arbeit. Klipp und klar entwickelte er die Mehrwertstheorie, an deren Schlüssigkeit er selbst nicht gezweifelt zu haben scheint. Er setzte seinen verblüfften Kollegen die damals noch neue Lehre auseinander, daß der Tauschwert lediglich durch Arbeit entstünde, und daß es deshalb eine Ungerechtigkeit wäre, wenn man ihn als Risikoprämie oder als Entbehrungslohn vermumme, nur um ihn in die Taschen der besitzenden Klassen gleiten lassen zu können. Wenn aber feststünde, daß wirklich aller Tauschwert durch die Arbeit geschaffen werde, wenn ferner auch die Nichtigkeit der Gründe feststünde, auf welche hin die besitzenden Klassen einen Teil des von den besitzlosen Klassen geschaffenen Tauschwertes an sich zögen, so müsse man sich nicht scheuen, bestimmt und in den richtigen Ausdrücken die Wahrheit auszusprechen, daß die heutige Gesellschaft aus „Ausbeutern und Ausgebeuteten" bestehe! Die Produktionsbewegung, wie sie sich tatsächlich vollzöge, bezeichnete Schweitzer auch hier im Reichstag als einen beständigen gesetzlichen Diebstahl der Besitzenden an den Nichtbesitzenden, und er betonte, daß er mit seinen Darlegungen die Notwendigkeit einer völligen sozialen Umwandlung hätte beweisen wollen. Möglich, wenn auch nicht gerade sehr wahrscheinlich wäre es, daß diese Umwandlung sich auch ohne eine Revolution vollziehen könnte. Als eine Partei, die im Staate existieren wolle, kämpfe der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein auf gesetzlichem Boden und deshalb werde er für die Anträge der linken Seite des Hauses stimmen, die wenigstens die Fortentwicklung der ökonomischen Verhältnisse im Auge behielten. Da das zur Beratung stehende Gesetz die Aufhebung des Koalitionsverbots aussprach, so wich Schweitzer nicht von seinem Gegenstande ab, wenn er auch auf die Gewerkschaften zu sprechen kam. Die von seiner Partei begründeten Gewerkschaften bezeichnete er im Gegensatz zu den Hirsch-Dunckerschen, die den Kampf zwischen Kapital und Arbeit vertuschen wollten, als den „organisierten Krieg". Dem Berliner Polizeipräsidium, mit dem er sich aus persönlichen wie aus politischen Gründen nicht gern verfeindete, dankte er für die vernünftige Praxis, mit der es die Gewerkschaften behandle, die zum größten Teile in Berlin ihren Sitz hätten. Aber er fügte hinzu, daß Gnade einen gesetzlichen Boden nicht überflüssig mache. Nun erst wandte er sich den Fragen des Arbeiterschutzes und der Sozialreform zu, mit denen seine Verbesserungsanträge sich befaßten. Er befürwortete eine Verschärfung der in dem Regierungsentwurf vorgesehenen Strafen gegen die Übertretung der Kinderschutzbestimmungen und verlangte den Normalarbeitstag auch für Erwachsene, widerlegte die dagegen vorgebrachten „Scheinfreiheitsargumente" und plaidierte für die Notwendigkeit des Fabrikinspektorats und einer fortlaufenden Arbeiterstatistik[1]). Ausdrücklich bezeichnete er Lassalle

[1]) Erst bei der zweiten Lesung, am 23. April, beschäftigte er sich mit dem ebenfalls von ihm beantragten Verbot der regelmäßigen Sonntagsarbeit.

und Marx als die Quellen, aus denen er seine theoretischen Darlegungen geschöpft hätte. Zum Schluß beschwor er noch einmal die Regierung und die besitzenden Klassen, sie mögen es nicht auf eine Revolution ankommen lassen, sondern zu Reformen schreiten. Wohl seien die Regierungen in Europa wieder einmal mächtig geworden, weil die politische Revolution abgenutzt und tot und die soziale Revolution noch nicht reif wäre. Diese soziale Revolution würde unfehlbar eintreten, falls die Regierungen ihr nicht vorbeugten. Aber die Arbeiterklasse werde nicht so einfältig und frevelhaft sein, den Weg der Gewalt zu beschreiten, wenn ihr die Mittel zu ruhiger und friedlicher Entwicklung geboten würden. „Ermöglichen Sie diesen ruhigen und friedlichen Weg", so endete er sein geschicktes Plaidoyer für eine weitgehende Sozialreform, „Wir wollen ihn; kommen Sie uns entgegen!"

Doch die Bundesregierung und die Parteien des Reichstages dachten noch längst nicht an sozialpolitische Gesetze, und die Anregungen des Erwählten der Wupperthaler Arbeiter verhallten bei ihnen wie die Worte des Predigers in der Wüste!

Kapitel XII.

Die beginnende Opposition gegen Schweitzers Diktatur. Demokratie und Sozialismus.

Bebel und Liebknecht waren sich darüber klar, daß der von ihnen angestrebten Einigung der Arbeiterparteien auf demokratischer und internationaler Grundlage nichts so sehr im Wege stand, wie die Persönlichkeit Schweitzers. Aber sie erkannten auch, daß die Diktatur über die norddeutsche Sozialdemokratie die Machtstellung des derzeitigen Trägers schwerlich überleben konnte. So war ihre Taktik ausschließlich darauf gerichtet, die Autorität des verhaßten Gegners in dessen eigener Partei zu untergraben und ihm die einflußreichsten lokalen Führer und durch diese möglichst viele Mitgliedschaften abspenstig zu machen. Den im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein organisierten Massen suchten sie gleichzeitig zu beweisen, daß ihr Kampf in keiner Weise der Partei Lassalles als solcher gelte, deren Mitglieder sie zum größten Teile als Parteigenossen betrachteten. Als im Februar 1869 bei Reichstagsnachwahlen in Duisburg und Celle Hasenclever und York aussichtsvoll kandidierten, erklärte das Demokratische Wochenblatt diese beiden hervorragenden Mitglieder des Vereins für ehrliche Sozialdemokraten und würdige Arbeiterkandidaten, deren Wahl zu unterstützen wäre. Das Epitheton „ehrlich", mit dem Liebknecht und sein Anhang alle nicht „königlich preußischen" Sozialdemokraten zu belegen pflegte, wurde bekanntlich bald die allgemeine Bezeichnung für die neue im Gegensatz zu Schweitzers Führerschaft sich durchsetzende Partei. York, der Präsident des

Holzarbeiterverbandes, unterlag in der Stichwahl gegen eine knappe Mehrheit seinem liberalen Mitbewerber, aber der Lohgerber Hasenclever siegte in Duisburg gleich im ersten Wahlgang. Dieser hatte schon vor der Entscheidung dem Verband der Arbeitervereine für die ihm zugesagte Unterstützung gedankt und in seinem Brief die Hoffnung ausgesprochen, daß die Differenzen Bebels und Liebknechts mit Führern seiner engeren Partei, „die doch nur persönlichen Ursprungs seien", bald verschwinden mögen. Hierauf erklärte ihm aber Bebel, als Präsident des Verbandes[1]), daß er die Differenz mit dem Leiter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nicht als eine persönliche, sondern als eine prinzipielle betrachte, die nur noch durch Schweitzers Entfernung von der Führerschaft aufgehoben werden könne: „Wir haben wiederholt erklärt, heißt es dort, daß wir eine Einigung wollen, und haben auch die Hand dazu geboten, wir haben auch stets betont, daß wir zwischen den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und seinem Präsidenten einen Unterschied machen, wir müssen aber eine Einigung mit einer prinzipiell auf gleichem Boden wie wir stehenden Organisation so lange ablehnen, bis der Mann, der in den Kreisen seines eigenen Vereins mit dem größten Mißtrauen beobachtet wird, von seinem Führerposten beseitigt ist." Auch der Vizepräsident Tölcke hatte im Namen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, angeblich sogar im Auftrage Schweitzers, eine Danksagung für die versprochene Unterstützung nach Leipzig geschickt. Aber Bebel quittierte darauf nur mit der bissigen Bemerkung, daß Schweitzers „Auftrag" für seine Parteigenossen keine Veranlassung sein werde, Hasenclevers Wahl deshalb weniger zu unterstützen. Als sie dann erfolgt war, begrüßte das Wochenblatt den Sieg eines Mannes, der, gleich ihm, die Einigung der verschiedenen „blos durch Intriguen und Mißverständnisse auseinandergehaltenen Fraktionen der Arbeiterpartei" anstrebe.

Je näher mit dem Osterfest der Tag heranrückte, an dem Liebknecht und Bebel ihren Feind inmitten seiner Häuptlinge zur Verantwortung ziehen wollten, um so angespannter bemühten sie sich, in dessen Partei wenigstens so viele Anhänger zu gewinnen, daß sie auf der Generalversammlung in Elberfeld nicht ganz vereinzelt dastehen müßten. Anfänglich scheinen sie nicht viel Erfolg gehabt zu haben. „Die Kerls sind ja vollständig unter dem Einfluß der Regierungsagenten", klagte Liebknecht noch am 15. März in einem Brief an Dr. Kugelmann in Hannover. Und er erkundigte sich bei diesem nahen Freunde von Marx, ob er nicht soviel Fühlung mit den dortigen lokalen Führern hätte, daß er sie im schweitzerfeindlichen Sinne beeinflussen könnte. Noch immer hielten um diese Zeit viele einflußreiche Parteimänner, darunter solche, die Schweitzer durchaus nicht wohlwollten und einige Monate später auch von ihm abfielen, seine Führerschaft für unentbehrlich. Da ferner die meisten Lassalleaner nur den Socialdemokrat lasen,

[1]) Demokratisches Wochenblatt 13. Februar.

so kam es, daß sie mehr oder minder den Verleumdungen glaubten, die dort seit Jahren gegen Bebel und Liebknecht vorgebracht wurden. Erst die persönliche Bekanntschaft mit diesen Männern auf der Generalversammlung in Elberfeld bewies ihnen, wie Fritz Ellner u. a. mir bezeugten, daß die Führer des Verbandes der Arbeitervereine und der sächsischen Volkspartei mindestens ebenso zuverlässige Sozialdemokraten waren wie der Mann, der als Diktator an ihrer Spitze stand.

Aber auch Schweitzer ließ es in den Wochen, die der Generalversammlung vorausgingen, an keiner Anstrengung fehlen. Den Umtrieben und Wühlereien der Gegner arbeitete er mit allen Mitteln entgegen, die ihm zu Gebote standen. Unermüdlich spannte er seine Kräfte an, um den Vereinsgenossen durch die Tat zu beweisen, daß die deutsche Arbeiterpartei sich keinen fähigeren, umsichtigeren und zuverlässigeren Führer wünschen könne. Durch seine Agitation wollte er den Anschuldigungen sachlichen Inhalts, die er in Elberfeld zu gewärtigen hatte, im voraus die Spitze abbrechen. Hatten sich aber erst die Angriffe gegen seine politische Taktik als haltlos erwiesen, so glaubte er, die persönlichen Beschuldigungen seiner notorischen Feinde durch Aufwerfung der Vertrauensfrage niederschlagen zu können. Am 17. März hielt er im Reichstag die schon bekannte große Rede, und an dem gleichen Tage veröffentlichte der Socialdemokrat seinen Protest gegen die Mißachtung der Arbeiter, deren der Reichstag sich schuldig gemacht hätte. Schweitzer durfte gewiß sein, daß Liebknecht und Bebel ihm nicht in der Betonung des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie mangelnde Entschiedenheit vorwerfen würden. Waren nicht jene noch die Verbündeten der bürgerlichen Demokraten und durch dieses Verhältnis zu einer größeren Mäßigung in der Herauskehrung ihrer sozialen Endforderungen gezwungen als der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, der auf Bundesgenossen aus dem Bürgertum keine Rücksicht zu nehmen hatte? Die sachlichen Angriffe, auf die er sich gefaßt machen mußte, lagen ausschließlich auf politischem Gebiet. Man würde ihn als einen unzuverlässigen Demokraten hinstellen, als einen Opportunisten, der mit der bestehenden Staatsgewalt techtelmechtelte, als einen verkappten Nationalisten, der im Grunde von der internationalen Verbindung der Arbeiter nichts wissen wollte. Nun hatte er freilich die Nichtigkeit dieser Anschuldigungen häufig dargetan, aber er war nicht so leichtsinnig, die Beredsamkeit Liebknechts und Bebels zu unterschätzen. So gab er sich jetzt alle erdenkliche Mühe, um die Köpfe und Herzen seiner Anhänger im voraus gegen die feindlichen Überredungskünste so unempfindlich wie möglich zu machen. Seine hervorragende Beteiligung an den parlamentarischen Verhandlungen über eine die Arbeiter so unmittelbar berührende Materie wie die Gewerbeordnung gewährte ihm eine vorteilhafte Stellung bei einer Diskussion der vielumstrittenen Frage, wie die Arbeiterabgeordneten sich im Reichstage zu verhalten hätten. Liebknecht predigte und übte dort allen positiven Aufgaben

gegenüber die entschiedenste Abstinenz, der Norddeutsche Bund war für ihn ein reaktionärer Schwefelpfuhl, und die Tribüne des Reichstages diente ihm nur dazu, um gegen diese Schöpfung des „Unglücksjahres 1866" in den schärfsten Ausdrücken zu protestieren. Gerade unter dem frischen Eindruck seiner großen Rede vom 17. März konnte Schweitzer jene übertrieben radikale Auffassung wirksam bekämpfen. „Auch wir fordern", so schrieb er im Social-demokrat, „daß die Anstrebung der Lösung der sozialen Frage unbedingt durch den demokratischen Volksstaat, d. h. durch das Volk selbst geschehe. Wir weisen daher jede cäsarische Einmengung, jedes Liebäugeln der Reaktion auf das entschiedenste zurück und sind bestrebt, nach Kräften für die Freiheit zu wirken. Freilich, wenn es darauf ankommt, durch Aufhebung der Koalitionsbeschränkungen, durch gesetzliche Verhinderung der Ausbeutung des Arbeiterstandes, die in Frauen- und Kinderarbeit, übermäßiger Arbeitszeit usw. gipfelt, den Arbeiterstand schlagfertig zu politischer Tat zu machen, so benutzen wir allerdings die heutige Gesetzgebung, wiewohl nur unter der Voraussetzung, daß die so geschaffenen Einrichtungen nicht eine Handhabe reaktionärer Agitation werden können." An diese Darlegungen, deren Richtigkeit die deutsche Sozialdemokratie im Laufe ihrer Entwicklung immer mehr eingesehen hat, knüpfte Schweitzer mit raffiniertem Geschick unwürdige Verdächtigungen gegen seinen gefürchtetsten Widersacher. Die prinzipiellen Motive, die Liebknecht von einer Unterstützung seiner sozialreformatorischen Vorschläge abgehalten hatten, verdrehte er geflissentlich und bezeichnete als deren innersten Grund die Sehnsucht des „volksparteilichen Literatentroß" nach den Goldfüchsen der partikularistischen Fabrikanten, Frankfurter Bankiers und anderer Protektoren des „Zukunftsfonds". Es muß erwähnt werden, daß gerade damals das Weiterbestehen der von Guido Weiß redigierten Zukunft durch Sammlungen unter deren wohlhabenden Anhängern gesichert werden mußte. Schweitzer war es unbequem, daß Liebknecht, dem der lautere und vornehme Guido Weiß in mancher unverschuldeten Bedrängnis Hülfe geleistet hatte, als Leipziger Korrespondent der Zukunft in der Lage war, auch in einem Berliner Blatt den Kampf gegen den Diktator des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu führen.

Von besonderer Bedeutung war es begreiflicherweise für Schweitzer, daß bei den Sozialdemokraten des Auslandes nicht die Vorstellung Wurzel faßte, er und seine Partei stünden den Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziation gleichgiltiger gegenüber als jene Arbeiterelemente, die sich im letzten September in Nürnberg dieser Vereinigung direkt angeschlossen hatten. Wohl hatte der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein auf seinen Generalversammlungen in Berlin und Hamburg es für die Pflicht der deutschen Arbeiterpartei erklärt, mit den Arbeiterparteien aller Kulturländer gemeinsam vorzugehen, und Schweitzer hatte obendrein in einem offiziellen Brief an den Brüsseler Kongreß sein vollkommenstes Einverständnis mit den Bestrebungen der Internationale kon-

statiert[1]). Aber die Verschärfung des persönlichen Gegensatzes zwischen ihm und Johann Philipp Becker in Genf, dem Leiter der sogenannten Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationale, und das Auftreten Liebknechts, der sich und seinen Anhang als die eigentliche Garde der Internationale in Deutschland betrachtete, trugen viel dazu bei, diesen Tatbestand zu verdunkeln. Liebknecht und Becker waren, trotz gelegentlicher Differenzen, nahe politische Gesinnungsgenossen, und zwischen ihren beiden Organen Vorbote und Demokratisches Wochenblatt bestand eine enge Freundschaft. Beckers Briefe[2]) bezeugen, daß er damals mit Hülfe solcher Mitglieder der Lassalleschen Partei, die für ihre Person, woran sie das Vereinsgesetz nicht verhinderte, Mitglieder der Internationale geworden waren, Schweitzers Stellung zu unterwühlen und die Ziele seiner Leipziger Freunde zu fördern suchte. Er schrieb gegen den Diktator auch in der französischen und schweizerischen Arbeiterpresse.

So war es für Schweitzer keineswegs überflüssig, daß er in Elberfeld das Verhältnis des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zur Internationale von neuem zur Sprache brachte. Schon am 3. Februar hatte der Socialdemokrat seinen hierauf bezüglichen Antrag veröffentlicht; es war dies der einzige, den der Vereinspräsident selbst der Generalversammlung unterbreitete. Darin hieß es: „Die reaktionären oder volksfeindlichen Elemente — insbesondere der offene oder verhüllte Absolutismus, die Militär-, Adels- und Priesterherrschaft und die Kapitalmacht der „liberalen" Bourgeoisie — sie alle lasten in der ganzen modernen Kulturwelt mehr oder minder auf dem arbeitenden Volke. Da diese volksfeindlichen Elemente in den verschiedenen Staaten und über die Grenzen derselben hinaus sich gegenseitig stützen und halten, so daß im großen eine Beherrschung der ganzen Kulturgesellschaft durch bevorzugte Klassen stattfindet, so kann der Kampf gegen jene volksfeindlichen Elemente und ihre Herrschaft nur im internationalen Zusammenwirken des arbeitenden Volkes mit Erfolg geführt werden." Auf diese Begründung stützte Schweitzer sodann eine Resolution, die besagte, daß der Verein sich dem Programm und den Bestrebungen der Internationale anschließe, daß ihn vom offiziellen Eintritt in dieselbe nichts abhielte als die deutsche Vereinsgesetzgebung, für deren Beseitigung er mit allen Kräften wirken wolle, und daß er bis zur Erreichung dieses Ziels fortwährend bemüht sein werde, möglichst in tatsächlicher Übereinstimmung und tatsächlichem Zusammenhang mit der Assoziation zu verbleiben.

Keine Mißgunst der Gegner konnte die Entschiedenheit und Eindeutigkeit dieser Formulierung bekritteln. Dennoch trug dieselbe in keiner Weise dazu

---

[1]) Vgl. auch den interessanten Leitartikel des Socialdemokrat vom 14. Oktober 1868 über das Thema: Was die Internationale leisten kann und was sie nicht leisten kann.

[2]) Vgl. darüber seinen Brief an Jung vom 12. März 1870, bei Jaeckh, die Internationale, Leipzig 1904, p. 232.

bei, das Verhältnis zwischen Schweitzer und der „deutschen Sektion der Internationale“ zu verbessern, und bereits im Juli hatte die Polemik zwischen ihm und dem Vorboten, der offen und rücksichtslos Liebknechts Vernichtungskampf gegen die Lassallesche Organisation unterstützte, von neuem eine solche Schärfe erreicht, daß Schweitzer, um nicht gegenüber den Arbeiterparteien Englands, Frankreichs, Belgiens und der Schweiz in eine schiefe Stellung zu geraten, die prinzipielle Erörterung über sein Verhältnis zur internationalen Arbeiterbewegung noch einmal von vorne anfangen mußte!

Unter den Anträgen, die aus den einzelnen Gemeinden zahlreicher als je zuvor der Generalversammlung zugingen, befanden sich einige, die stark darauf hindeuteten, daß die Abneigung gegen die von Schweitzer ausgeübte Diktatur, die sich bis dahin nur in ganz vereinzelten Fällen schüchtern herausgewagt hatte, unter den Mitgliedern des Vereins an Boden gewann. Von Hamburg und von Berlin aus lagen Anträge vor, welche die Einsetzung einer Beschwerdekommission forderten. Diese sollte über eventuelle Klagen gegen den Präsidenten oder gegen das Vereinsorgan an die nächstfolgende Generalversammlung Bericht erstatten. Das mochte noch hingehen. Aber dann waren Anträge da aus Leipzig und ebenfalls aus Berlin, die den Vorstand gegenüber dem Präsidium zu kräftigen wünschten und dies zu erreichen hofften, wenn künftig die Vorstandsmitglieder nicht mehr aus Mitgliedschaften verschiedener Gemeinden, sondern aus dem Bereich einer einzigen Gemeinde oder doch deren Nachbarschaft gewählt würden. Drei weitere Anträge aus Berlin, Iserlohn und Erfurt gingen noch weiter. Sie richteten sich direkt gegen das Zentrum von Schweitzers Diktatur, gegen die seit der Braunschweiger Generalversammlung bestehende Personalunion zwischen dem Präsidium und der Redaktion des Vereinsorgans. Am radikalsten war der Vorschlag einer kleinen Gruppe von Berliner Frondeuren, die bereits die Einberufung eines allgemeinen Einigungskongresses anregte und die „Führerschaft bestimmter Personen“ für entbehrlich erklärte. Im Februar und März waren diese Anträge mit mehr als 150 anderen im Socialdemokrat veröffentlicht worden, und so gaben sie schon vor Beginn der Generalversammlung den Anlaß zu einem lebhaften Meinungsaustausch. Es fehlte aber auch keineswegs an Gegenanträgen, die den status quo aufrecht erhalten wollten, und an lebhaften Bekenntnissen zur Diktatur Schweitzers. So widerriet Gustav Lübkert, der Präsident des Allgemeinen Deutschen Zimmerervereins, das Präsidium in drei Teile zu teilen, wie manche es wollten: „Gebt nur dem Schweitzer mehr Mittel an die Hand, und es werden noch andere Erfolge zutage treten wie bisher. Zersplittert man aber diese, dann wird ein Rückschritt in der Entwicklung unserer Partei unausbleiblich sein.“ Lübkert spottete nicht ganz mit Unrecht über die Bangemacher, die einen Verrat des Präsidenten für möglich hielten, ohne daß die Partei dessen alsbald gewahr würde. Kein einzelner könne mit den Massen zu seinem Vergnügen Hanswurst spielen, meinte er: „Wollt

Ihr nicht sehen oder könnt Ihr es nicht, daß, sowie Schweitzer unsere Prinzipien verlassen sollte, er vor aller Welt ein verachtetes Subjekt sein würde?"

Vor der Abreise nach dem Rhein gab der Präsident noch im Socialdemokrat einen Überblick über den derzeitigen Stand der von ihm geleiteten Bewegung. Er hatte ein Recht, sich mit den Leistungen und Errungenschaften des letzten Jahres zufrieden zu erklären: „Durch die Einberufung des Allgemeinen Arbeiterkongresses zur Begründung von Gewerk- und Arbeiterschaften haben wir gezeigt, daß wir es sind, die die Bedürfnisse der Zeit richtig erkennen und demgemäß tatkräftig eingreifen; im Reichstage waren es unsere Abgeordneten, die den Kampf für die Arbeitersache gegen Reaktion und Kapitalherrschaft geführt haben". Aber wenn die Partei ihre „Schlag- und Leistungsfähigkeit" so glänzend bewährt habe, so danke sie es allein der Organisation[1]) Lassalles. Diese sei die Grundlage ihrer praktischen Macht, und deshalb zweifle er auch keinen Augenblick, daß die bevorstehende Generalversammlung strenger und entschiedener als irgend eine frühere sie gegen alle Angriffe offener und verkappter Gegner der Arbeitersache hochhalten und mit unerbittlicher Strenge den schleichenden Intriguen und jesuitischen Unterwühlungsversuchen angeblicher Demokraten ein Ende machen werde! Am Charfreitag traf der Präsident, von Tausenden seiner Wähler am Bahnhofe mit Jubel begrüßt, im Wuppertale ein. Aber der Verlauf der Generalversammlung entsprach trotzdem nicht der siegessicheren Stimmung, mit der Schweitzer ihr entgegenzugehen schien. Diese Ostertage in Elberfeld-Barmen bedeuteten den Anfang seines politischen Niedergangs. Leider ist der Historiker auch hier im wesentlichen auf den sehr zu Schweitzers Gunsten gefärbten Bericht Tölckes im Socialdemokrat angewiesen; denn ebensowenig wie über die vorhergehenden Generalversammlungen ist über diese, so häufig das Verlangen auch geäußert wurde, ein stenographischer Bericht veröffentlicht worden.

Gleich am Sonnabend fand bei geschlossenen Türen jene denkwürdige Sitzung statt, in der Liebknecht und Bebel, die sich pünktlich eingefunden hatten, als Kläger gegen Schweitzer auftraten. Zuerst eröffnete der Präsident die Generalversammlung. In seiner Rede wies er, ähnlich wie in dem vorbereitenden Artikel

---

[1]) Mit dem Wesen der Organisation und mit ihrem praktischen Wert im geschichtlichen Leben hat Schweitzer sich häufig beschäftigt. Charakteristisch sind z. B. seine Ausführungen im Socialdemokrat vom 8. Oktober 1869. Dort nennt er sie eine Macht, die vermöge ihrer besonderen Wirkungsfähigkeit selbständige Kraft zeige und daher zu gutem wie zu schlimmem angewandt werden könne. Er exemplifiziert auf die straffe Organisation der katholischen Kirche, der preußischen Armee im Jahre 1866 und der Jakobiner in der ersten französischen Revolution. („Eine Hand voll Menschen, aber trefflich einheitlich organisiert, über ganz Frankreich fest zusammenhaltend, hat lange den Gang der Revolution bestimmt, zeitweilig Frankreich beherrscht" usw.) Die organisierte gute Sache, so meinte er, werde über die organisierte schlechte Sache siegen. Hingegen sei es fraglich, ob das unorganisierte Recht durchdringen könne, die Vertreter des Rechts müßten — wie Lassalle gesagt hätte — zum Rechte auch die Macht bringen.

des Socialdemokrat, mit Befriedigung auf die Erfolge der voraufgegangenen Monate hin. Er gedachte der Gründung des Arbeiterschaftsverbands, der Erwählung von drei Lassalleanern in den Reichstag, der Fortschritte der Sozialdemokratie in Berlin, der gebesserten Finanzlage des Vereins und der zum ersten Male möglich gewordenen Aussendung besoldeter Agitatoren. Die Ausdehnung der sozialdemokratischen Agitation nach Süddeutschland nannte er ein unfehlbares Mittel für die Beseitigung der Mainlinie. Mit einiger Vorsicht berührte er die Zustände im Königreich Sachsen, wo „eine bekannte Dame“ und die sogenannte Volkspartei vorläufig noch der Einigung aller Kräfte der Arbeiterklasse im Wege wären. Hierauf befragte der Präsident die Versammlung, ob sie geneigt wäre, Bebel und Liebknecht anzuhören. Wohl nicht ohne Schweitzers geheime Einwilligung machte der ihm ergebene Delegierte Klein aus Elberfeld noch in letzter Stunde den Versuch, ihr Auftreten zu hintertreiben. Doch mit der knappen Mehrheit von 30 gegen 27 Stimmen entschied sich die Generalversammlung, jene beiden Gegner ihres Präsidenten, die bereits vor der Tür warteten, zum sofortigen Erscheinen einzuladen und ihnen unbeschränkte Redefreiheit zu gewähren. Ehe er aber den Vorsitz über die Versammlung, die für ihn zum Tribunal werden konnte, an seinen Amtsvorgänger Perl übertrug, gab Schweitzer noch die für manchen Delegierten recht merkwürdig klingende Erklärung ab, daß er nicht beabsichtige, sich persönlich gegen die zu erwartenden Anschuldigungen seiner Feinde zu verteidigen. Sollte eine Beantwortung überhaupt nötig werden, so wäre dazu jedes andere Parteimitglied ebensogut imstande wie er selbst. Nach dem Bericht der Zukunft, die den des Socialdemokrat in manchem ergänzt, versicherte er noch, er würde sofort sein Amt niederlegen, wenn ihm auch nur eine kleine Minderheit der Delegierten ihr Vertrauen entzöge. Man erhält den Eindruck, daß Schweitzer hier anfänglich eine ähnliche Taktik befolgen wollte, wie in Hamburg bei der Diskussion über die Gewerkschaften.

Nun war das Wort bei Liebknecht. Dieser nutzte die lange herbeigewünschte Stunde aus, wo es ihm vergönnt war, den Häuptlingen des Arbeitervereins mit dem ganzen Feuer seiner Beredsamkeit zu beweisen, daß er und seine Freunde es nicht minder gut mit der Sache des Proletariats meinten als die Mitglieder der Lassalleschen Organisation. Er begann mit der Erklärung, daß er diese Generalversammlung nicht als Schiedsrichterin zwischen sich und deren Präsidenten anzuerkennen vermöge. Wohl aber sei er in der Absicht gekommen, eine Verständigung zu suchen zwischen der Volkspartei und dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Dann wandte er sich zu seinen Beschuldigungen gegen Schweitzer. Er klagte ihn an, für Geld oder aus anderen Gründen Bismarcks deutsche Politik unterstützt und die Vereinigung aller sozialdemokratischen Elemente in Deutschland verhindert zu haben. Aber mit der Darlegung seiner Auffassung der Ereignisse von 1866 und mit den intransigenten und doktrinären Forderungen, die er daran knüpfte, fand er in dieser fast nur aus Preußen, Braunschweig

Thüringen und den Hansastädten beschickten Versammlung wenig Anklang. Er suchte zu beweisen, daß das Volk als solches durch den Krieg nichts gewonnen hätte, und daß Schweitzers Anerkennung des fait accompli ein Verrat an der Arbeitersache wäre. Was ihn mit der Regierung verbände, sei der beiden gemeinsame Wunsch, die Vereinigung der Arbeiterparteien zu hintertreiben. In dem Programm Jacobys, das die auch von Tölcke und Bracke besuchte Versammlung auf der Asse gebilligt hätte, wäre die Möglichkeit einer Verständigung enthalten gewesen. Gerade deshalb hätte Schweitzer es so heftig bekämpft. Hierauf verwahrte sich Liebknecht mit Entrüstung gegen die vom Socialdemokrat mit viel Geflissenheit verbreitete Unwahrheit, daß er das Aufgehen der Arbeiterpartei in die bürgerliche Demokratie betriebe; sein Verhalten in Nürnberg beweise das Gegenteil. Auch verlas er die aus Marxens Inauguraladresse entnommenen Sätze des Nürnberger Programms wörtlich, um den sozialistischen Charakter seiner Partei über jede Anzweiflung hinaus zu heben. Zuletzt bekam Schweitzer noch zu hören, daß er durch die Ausschließung der sächsischen Führer vom Berliner Arbeiterkongreß die Nürnberger Mehrheit zu einem gesonderten Vorgehen bei der Gewerkschaftsgründung gezwungen und durch sein ganzes Verhalten, nicht zuletzt durch die Entsendung von Agitatoren nach Sachsen, die bestehende Zwietracht verursacht hätte! Die Volkspartei in Sachsen, so sagte Liebknecht, bestünde nur noch aus Arbeitern, sie stimme mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein im Prinzip überein, und nur der Eine Schweitzer hätte alle vorhandenen Mißverständnisse geschaffen. Er sei in Elberfeld nicht erschienen, um in die Organisation des Vereins einzugreifen, die er respektiere, sondern allein um Mißverständnisse zu überbrücken und um ein Bündnis anzubieten!

Während Liebknechts Darlegung der deutschen Frage teilweise lauten Widerspruch geweckt hatte, waren seine Ausführungen über die Hindernisse, die einer Einigung der Arbeiterparteien im Wege stünden, mit aufmerksamer Stille angehört worden. Nach ihm sprach sofort sein Genosse Bebel. Der widerlegte zuerst die Verdächtigungen des Socialdemokrat in Bezug auf die Quellen, aus denen der Volkspartei Gelder zugeflossen wären und wies nach, daß nicht depossedierte Fürsten oder Frankfurter Bankiers, sondern die Verwalter des einst von Kinkel in Amerika gesammelten Revolutionsfonds und Hofbaurat Demmler in Schwerin, der geachtete alte Sozialrepublikaner, die Spender waren. Auch er ging auf die Vorgeschichte des Berliner Kongresses ein und erhob, unter ungeheurem Tumult der Versammlung, gegen Schweitzer den Vorwurf, daß er den „preußischen Polizeimann" gespielt hätte, um ihr Fernbleiben vom Kongresse zu erreichen. Bebel erklärte sich ausdrücklich für einen Anhänger des Einheitsstaats und auch er brachte noch allerhand Beweise dafür bei, daß es immer nur Schweitzer gewesen wäre, der sich einer Verständigung zwischen den Arbeiterparteien entgegengestemmt hätte!

Von Schweitzer wäre es viel klüger gewesen, wenn er unmittelbar nach

seinen Anklägern das Wort zur Verteidigung ergriffen und dadurch den Eindruck ihrer Ausführungen in dieser ihm zum größten Teil noch anhängenden Mitte abgeschwächt hätte. Aber anscheinend wiegte er sich in Sicherheit und zweifelte nicht, daß er, auch ohne zu reden, die fast einstimmige Annahme des Vertrauensvotums erreichen würde, das ein ihm ergebener Delegierter sogleich in Vorschlag gebracht hatte. Dieser Hochmut wurde ihm verhängnisvoll. Denn eine ganze Reihe der tüchtigsten und angesehensten Delegierten konnte sich nicht entschließen, die Beschuldigungen von Bebel und Liebknecht durch ein sofortiges Vertrauensvotum für nichtig zu erklären, ohne daß er sich zuvor rechtfertigte. Die Abstimmung, auf deren sofortige Vornahme Schweitzer drang, ergab zu seinem Schrecken, daß sich nur 42 Delegierte zu seinen Gunsten aussprachen, während 14 sich der Stimme enthielten. Der numerische Eindruck dieses Votums verschlechterte sich für ihn noch durch die Namen, die sich in jener Minderheit befanden. Perl und York gehörten zu den Männern, die schon bei der Gründung des Vereins die Gefährten Lassalles gewesen waren, und der Vereinskassierer Bracke, der Lehrer Spier in Wolfenbüttel und der Buchhändler Geib in Hamburg zählten ebenfalls zu den geachtetsten und einflußreichsten Persönlichkeiten innerhalb der Partei.

Nunmehr entschloß sich Schweitzer doch, in der zweiten geschlossenen Sitzung des Kongresses, am Ostersonntag, wo Liebknecht und Bebel natürlich nicht mehr zugegen waren, selbst das Wort zu ergreifen, um auf die Beschuldigungen zu antworten. Er suchte zu beweisen, daß die Feindschaft, mit der jene Männer ihn verfolgten, im letzten Grunde der Organisation Lassalles gelte. Wäre es ihnen wirklich ernst um eine Verständigung, so hätten sie längst an den Präsidenten des Vereins herantreten können, der den Verein vertrete, solange die Generalversammlung nicht beisammen wäre. Statt dessen hätten sie hinter seinem Rücken intriguiert und unter den Mitgliedern Zwietracht zu stiften gesucht. Ihm selbst sage sein Bewußtsein, daß er das Vertrauen der Partei nicht nur verdiene, sondern auch besitze. Aber er wäre es seiner Stellung schuldig, daß er gegenüber den Delegierten, die ihn durch ihre Stimmenthaltung bei dem Vertrauensvotum im Stiche gelassen hätten, an die Arbeiter appellierte, die sie hierher entsandt hätten. Überhaupt käme die Uneinigkeit im Verein niemals aus der Masse, sondern immer von den Nichtarbeitern! Dem stürmisch zu Tage tretenden Verlangen des Kongresses nach Begrabung des Kriegsbeils kam Schweitzer soweit entgegen, daß er für die Zukunft ein Zusammengehen mit der Volkspartei in einzelnen Fragen in Aussicht stellte und seine Bereitwilligkeit erklärte, zu einer Beilegung des Zwistes die Hand zu bieten.

Bei der Diskussion der Anträge auf Einschränkung der Präsidialgewalt, die hierauf begann, ergriffen u. a. Bracke und York[1]) die Gelegenheit, um ihr Ver-

[1]) Die Zukunft urteilte richtig über die Motive jener Delegierten, die sich „unter

halten in der Frage des Vertrauensvotums zu rechtfertigen. Der stiernackige Kleinstädter York, der bereits bei Lassalles Präsidentenwahl durch die Abgabe eines weißen Zettels gegen das Diktatorentum demonstriert hatte, fühlte sich verletzt durch den Druck, den Schweitzer ausgeübt hatte, als er unverweilt ein Vertrauensvotum beanspruchte. Seine Wiederwahl zum Präsidenten, die voraufgegangen war, hätte ihm hinreichend zeigen können, daß er das Vertrauen der Partei noch besäße. Ähnlich sprach sich Perl im eigenen und in Geibs Namen aus, und Bracke äußerte ebenfalls, daß ein Vertrauensvotum auf Pression in seinen Augen keinen Wert beanspruchen könne. Dieser aus reiner Begeisterung für die Sache zur Sozialdemokratie gekommene Bürgersohn fand den Vorwurf zu gewichtig, daß Schweitzer die Einigung der Arbeiterparteien hindere, als daß man ihn garnicht hätte besprechen sollen. Ihm dünkte es eine Schmach, daß Arbeiterparteien, statt Seite an Seite zu kämpfen, sich gegenseitig befehdeten, und er erklärte es für eine Unmöglichkeit, länger zu verkennen, daß in die „ehemals Schulzeschen Vereine die Flamme des Sozialismus gefahren" sei. Man könne von diesen Vereinen nicht verlangen, sie sollten mit Sack und Pack bedingungslos in die Lassallesche Organisation eintreten, sondern man müsse, um der Einigung willen, die Organisation Lassalles ihren Wünschen entsprechend einer Revision unterziehen. Als der vierschrötige Tölcke, in Übereinstimmung mit der von Schweitzer bis dahin unentwegt befolgten Taktik, auch jetzt noch jeden einen Verräter nennen wollte, der von der Reformbedürftigkeit jener Organisation sprach, da wollte Bracke, von Hofstetten und anderen notorischen Gegnern Schweitzers unterstützt, daß ihm dafür ein Ordnungsruf erteilt würde. Noch weiter als Bracke ging J. M. Hirsch aus Erfurt, der für den Fall, daß der von ihm vertretene Antrag auf Einschränkung der Präsidialgewalt von der Generalversammlung nicht angenommen würde, bereits offen mit einer Abtrennung der Thüringer Mitgliedschaften drohte, und das wäre natürlich mit ihrem Anschluß an die Volkspartei des benachbarten Sachsen gleichbedeutend gewesen[1]).

Nahmen nun auch sehr zahlreiche andere Redner entschieden gegen Liebknecht und Bebel und auch gegen J. M. Hirsch Partei, so stellte es sich doch heraus, daß eine Kräftigung des durch die örtliche Trennung seiner Mitglieder bis dahin

---

Drücken und Wenden" der Erteilung des „erpreßten Vertrauensvotums" entzogen, wenn sie meinte, sie hätten sich wohl deshalb etwas zaghaft benommen, weil sie, anstatt sich durch vorschnelle Angriffe zu zersplittern, erst prüfen wollten, wie weit ihre Kräfte gegenüber der Macht des Diktators gingen. Das Liebknecht nahestehende Blatt wollte es dahingestellt sein lassen, ob Schweitzer nach dieser Generalversammlung seine Stellung im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein noch für eine gesicherte hielte.

[1]) Die Eisenacher Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein sagte sich anscheinend gleich nach dem Elberfelder Kongreß von Schweitzer los und verwandelte sich in einen Volksverein, der sich dem Thüringer Wahlverein anschloß. Vgl. Zukunft, 20. April.

zur Einflußlosigkeit verurteilten Vorstandes von der Mehrzahl der Delegierten gewünscht wurde. Schweitzer war viel zu schlau, um sich durch eine Abstimmung in die Minderheit setzen zu lassen und entschloß sich lieber bei Zeiten zu einem Zugeständnis. Seitdem er Präsident wäre, sei er der Partei niemals nachgehinkt sondern ihr stets vorausgegangen, und so widersetze er sich auch keineswegs prinzipiell einer Fortentwicklung der Organisation, nur müsse er verlangen, daß die Vorschläge, mit denen man käme, wirklich ihre Verbesserung und nicht ihre Lahmlegung bezweckten. Bevor man das Präsidium durch den Vorstand lahm legte, wäre es besser, es gleich gänzlich abzuschaffen und durch ein Direktorium von mehreren Personen zu ersetzen. Entweder müsse man einen g a n z e n Präsidenten haben, oder garkeinen. Dagegen wolle er einen Einspruch nicht erheben, daß der Vorstand künftig aus den Mitgliedern ein und derselben Ortschaft gewählt würde. Keineswegs aber könne er zulassen, daß im Verein eine zwiefache Leitung vorhanden wäre. Demokratisch sei es, dafür zu sorgen, daß der Präsident sein Amt nicht mißbrauche und in kürzester Frist von seinem Posten entfernt werden könne. Solange aber er das Präsidium innehabe, werde er sich einen lästigen Hemmschuh nicht anlegen lassen und nicht dulden, daß die Beschränkungen seiner Befugnisse ein gewisses Maß überschritten. Das Ergebnis der nun folgenden Abstimmungen verriet wohl den Wunsch nach einer Einschränkung aber keineswegs nach einer Abschaffung der Diktatur. Vor allem wurde die Trennung der Präsidialgewalt von der Leitung des Parteiorgans n i c h t zum Beschluß erhoben. Wohl aber ernannte man eine Kommission von drei Mitgliedern, die hinfort alle gegen die Redaktion des Socialdemokrat einlaufenden Beschwerden prüfen sollte. Auch wurde der Vorstand zu einer Art von Kontrollkommission für den Präsidenten, den Sekretär und den Kassierer, die er in Fällen von politischer Unredlichkeit oder eines groben Kassenvergehens provisorisch absetzen konnte. Schweitzer selbst empfahl in einem Erlaß vom 8. April, der die Urabstimmung über diese in Elberfeld „für gut erachteten Änderungen" anordnete, deren Annahme, indem er es als „das Höchste und Wichtigste" bezeichnete, daß im Verein endgültige Zustände einträten, und daß in seiner Mitte ein allgemeines Vertrauen auf die bestehende Ordnung herrsche!

Neben jenen wichtigen Beschlüssen und der damit verbundenen Diskussion treten die weiteren Vorgänge auf der Elberfelder Generalversammlung in den Hintergrund. Immerhin darf einiges davon nicht übergangen werden: Schweitzers Resolution, die einen noch engeren Anschluß an die Internationale forderte, wurde ohne Widerspruch angenommen. Er selbst bemerkte zuvor, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in die Internationale eintreten müßte, wenn eine Verbesserung der Vereinsgesetzgebung es eines Tages gestatten würde, daß er dann aber natürlich die Gewährung einer seiner Bedeutung entsprechenden Vertretung in der Zentralbehörde zu beanspruchen hätte.

Eine andere Angelegenheit hat viel dazu beigetragen, das Vertrauen in Schweitzers Charakter in weiten Kreisen des Vereins zu erschüttern: die peinliche Auseinandersetzung, zu der sein ehemaliger Busenfreund Hofstetten ihn nötigte. Dieser war nach dem Scheitern seiner Wiener Expedition gänzlich verarmt nach Berlin zurückgekehrt. Monate hindurch hatte er vergebens von Schweitzer die Wiedereinsetzung in seine Anrechte auf das von ihnen gemeinsam begründete Vereinsorgan gefordert, bei dem freilich keine Seide zu spinnen war, und nun brachte er den Konflikt vor die Generalversammlung. Hofstetten schilderte in einer mehrstündigen Rede seinen alten Gefährten, wie dieser selbst in seiner Erwiderung es ausdrückte, als eine Art von Franz Moor; ungeheure persönliche Eitelkeit, mangelndes Ehrgefühl, schrankenlosen Egoismus und unmännliche Feigheit warf er ihm vor. In der geschlossenen Sitzung, die sich mit der Angelegenheit befaßte, scheint gegen Schweitzer eine recht feindliche Stimmung geherrscht zu haben. Der Apotheker Vogel aus Berlin nannte ihn einen ordinären Bourgeois, den er verachten müsse. Die Sache wurde nach einer ganz kurzen Entgegnung des Beschuldigten auf den nächsten Morgen vertagt, und hier erreichte Schweitzer, angeblich durch eine zu frühzeitige Eröffnung der Sitzung, bevor Hofstetten ihm von neuem erwidern konnte, den Schluß der Diskussion und den Übergang zur Tagesordnung. Die Generalversammlung erklärte aus Mangel an Zeit, daß sie keine Veranlassung hätte, sich länger mit dieser Angelegenheit zu befassen, aber die allgemeine Sympathie war eher auf Hofstettens Seite, obgleich er Schweitzers schmutzige Wäsche gründlicher gewaschen hatte, als Bebel und Liebknecht. Der Socialdemokrat schwieg natürlich über die Angelegenheit[1]).

Dem allgemeinen Verlangen der Generalversammlung nach einem Friedensschluß hatte Schweitzer Rechnung tragen müssen. Am letzten Tage erklärte er sich in Elberfeld bereit[2]), hinfort von allen Angriffen auf Bebel und Liebknecht abzusehen, wofern auch diese es aufgeben würden, die Organisation des Vereins durch Schleichereien zu untergraben. Eine Verschmelzung mit der Volkspartei lehnte er entschieden ab. Sagte er auch nicht sofort wieder öffentlich, daß er ihre Mitglieder für keine Sozialdemokraten hielte, so behauptete er doch noch immer, daß jede andere Organisation einer Arbeiterpartei als die des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins lebensunfähig und eine Einigung nur auf Grundlage der Organisation Lassalles möglich wäre. An einem Waffenstillstand mußte ihm selbst gelegen sein, denn in erster Reihe gebot ihm sein Interesse, der in der eigenen Partei aufgetauchten Fronde Herr zu werden, eine Aufgabe, die leichter war, wenn Liebknecht und Bebel das schwelende Feuer nicht anbliesen. Anfänglich schien es übrigens, als ob der Friedenszustand nicht einmal wenige Tage anhalten sollte. In der volks-

---

1) Vgl. besonders Zukunft, 17. April. Dort finden sich noch weitere Einzelheiten.
2) Socialdemokrat 7. April.

parteilichen Frankfurter Zeitung und bald darauf auch in anderen demokratischen Organen war nämlich ein gegen Schweitzer sehr wenig freundlicher Bericht über die Generalversammlung erschienen, dessen Autorschaft er wohl nicht ohne Grund einem der beiden Führer der sächsischen Volkspartei zuschrieb. Jene Korrespondenz behauptete, daß in Elberfeld Schweitzers Diktatur gebrochen worden sei, und sie leitete daraus die Hoffnung ab, daß die Haltung des Vereins künftig mehr mit den Prinzipien der Demokratie in Einklang kommen würde. Schweitzer befand sich gerade in Frankfurt, als dieser Artikel erschien. Sofort sandte er an den Socialdemokrat einen Erlaß zur Veröffentlichung, in dem die Stimmenthaltung der Minorität auf rein formale Ursachen zurückgeführt und festgestellt wurde, daß es Liebknecht und Bebel keineswegs gelungen wäre, das Vertrauen des Vereins in seine Leitung zu erschüttern. Um aber auch den leisesten Zweifel an der Richtigkeit seiner Darstellung zum Schweigen zu bringen, ordnete er für alle Gemeinden, deren Delegierte ihm das Vertrauensvotum verweigert hatten, eine Befragung der Wähler an. Ausdrücklich schrieb er dabei vor, daß die Delegierten vor der Abstimmung in einer Versammlung den Wählern „das von den Herren Liebknecht und Bebel Vorgebrachte" wiederholen mögen.

Einige Tage später verbreitete sich Schweitzer im Socialdemokrat in offiziöser Form über das Ergebnis des Elberfelder Osterkongresses. Er suchte hier zu beweisen, daß die daselbst beschlossenen Neuerungen „vernünftig gehandhabt" keine Änderung der Organisation bedeuteten. Nur durch Mißbrauch könnten sie eine solche Änderung herbeiführen, aber dagegen würde sich sofort das ganze „souveräne Volk des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" erheben! Schweitzers cäsaristische Auffassung seiner Stellung trat um so deutlicher hervor, je weiter er in die Defensive gedrängt wurde! Den vierzehn Delegierten, die sich der Stimme enthalten hatten, machte er einen Vorwurf aus dem Jubel, den die bürgerlich-demokratische und liberale Presse darüber angeschlagen hätte, und mit schonenden Worten gab er ihnen zu verstehen, daß es verkehrt gewesen wäre, den Präsidenten „nach außen hin" im Stich zu lassen. Erst nach Abweisung der volksparteilichen Angriffe hätten sie ihm zeigen dürfen, daß sie in einzelnen Punkten mit ihm unzufrieden waren. Bebel und Liebknecht warf er vor, daß sie trotz einer von ihnen im Demokratischen Wochenblatt vom 3. April gegebenen feierlichen Friedensversicherung, „gehässige und lügnerische" Korrespondenzen über die Elberfelder Vorgänge verbreitet hätten. Sollten sie auf dem Wege der Schleicherei fortfahren, so würde er, „um der Wirtschaft dieser künstlichen Zwitterpartei gründlich ein Ende zu machen", eine neue und nachhaltigere Agitation auf ihrem eigenen Boden, in Sachsen, vornehmen. Er wolle sich anheischig machen, ihre ganze Organisation innerhalb acht Tagen lahm zu legen. Gleichzeitig aber versicherte er, daß es noch nicht zu spät für einen Friedensschluß sei, denn er wäre bereit, um der Sache willen persönliche Beleidigungen zu vergessen!

Eine wiederholte Invasion Schweitzerscher Agitatoren in Sachsen hätte die schon durch die Abweisung des ersten Einfalls arg geschädigten Finanzen der Volkspartei völlig zerrüttet, und dieser Erwägung gesellten sich andere bei, die auch Bebel und Liebknecht einem Waffenstillstand geneigt machen mußten, denn um einen Friedensschluß mit Schweitzer konnte es sich für sie nicht mehr handeln. Die Ereignisse, die sich vor und hinter den Kulissen im Wupperthal abgespielt hatten, bedeuteten für die Ziele dieser Männer einen ungeheuren Schritt vorwärts. Das durch die Autorität des sterbenden Lassalle gefestigte Dogma von der Unantastbarkeit der ihnen so unbequemen Parteiorganisation hatte dort einen tüchtigen Stoß erhalten, Schweitzers Diktatur war erschüttert, und ihnen selbst war es nach langen vergeblichen Bemühungen gelungen, innerhalb des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins einen vorläufig noch kleinen aber höchst einflußreichen und tätigen Anhang zu gewinnen. Doch sie sahen auch die Grenzen ihres Erfolges. Die Ablehnung der radikalsten Anträge der Thüringer und einiger Berliner Sektierer bewies ihnen, daß nicht nur die große Mehrheit des Vereins, sondern selbst ein Teil der bereits gegen Schweitzers Diktatur eingenommenen Elemente noch nicht geneigt waren, ihren vielgewandten und von der Bourgeoisie gefürchteten Führer auszuschiffen. Brachen die Feindseligkeiten jetzt sofort wieder aus, so war es ziemlich wahrscheinlich, daß der Einfluß Schweitzers noch ausreichte, um, ohne eine große Erschütterung der Organisation, eine Ausstoßung der zu ihnen offen hinneigenden Persönlichkeiten zu erwirken. Verhielten sie sich dagegen einige Zeit ruhig und überließen sie es ihren halb oder ganz gewonnenen Freunden innerhalb des Vereins[1]), an der Untergrabung von Schweitzers Diktatur in der Stille fortzuarbeiten, so war ihren Interessen damit am besten gedient. So begreift man, daß es am 14. April zwischen Liebknecht, Bebel und Schweitzer noch einmal zu einem förmlichen Friedensvertrag kam, in dem die Führer im eigenen Namen und in dem ihrer Partei sich verpflichteten, alle gegenseitigen Angriffe einzustellen. Nunmehr verhinderte auch Schweitzer die Fortsetzung der in Gang befindlichen Urabstimmungen in den Gemeinden, deren Delegierte ihm in Elberfeld ihr Vertrauensvotum vorenthalten hatten, und er begründete diese Anordnung damit, daß dabei zu leicht Bebel und Liebknecht verletzende Resolutionen gefaßt werden könnten.

Der Verlauf der Abstimmungen in der Mehrzahl der bis dahin befragten Gemeinden hatte übrigens gezeigt, daß er sich allmählich in den Kreisen der garnicht oder wenig qualifizierten Arbeiter, auf die er künftighin noch mehr als bisher seine Diktatur stützte, eine wirkliche Popularität erobert hatte. Die agitatorische Vielseitigkeit dieses Mannes war wirklich bewundernswert; noch eben hatte der Socialdemokrat ein dramatisches Gespräch „über die Erweiterung des weiblichen

[1]) Yorck legte bereits in einer Polemik vom 14. April keinen großen Wert mehr auf die Bezeichnung Lassalleaner: „Ich bin schon zufrieden, daß wir gute Sozialisten sind!“

Arbeitsmarkts" veröffentlicht. „Die Gans" war es betitelt, und er geißelte darin mit einer überaus aufreizenden Mischung von wissenschaftlicher Popularisierung, Situationskomik, Aktualität und sozialer Satire die Schäden der Frauenarbeit. In Breslau, Hannover, Hamburg, Altona und in den zahlreichen kleinen Gemeinden von Schleswig-Holstein erhielt der Diktator anstandslos sein Vertrauensvotum. Aber in Braunschweig erwies sich der Einfluß Brackes und in Wolfenbüttel der Spiers dem seinen schon überlegen. Beide Gemeinden verstanden sich nur noch zu solchen Vertrauensvoten, die Mißtrauensvoten zum Verwechseln ähnlich sahen, weil sie die eventuelle Entbehrlichkeit seiner Person ausdrücklich konstatierten. In Eisenach aber kam es bereits zu einem ausgesprochenen Mißtrauensvotum, das mit Schweitzers Schweigen auf die Ausfälle von Liebknecht und Bebel motiviert wurde[1]). Hier in Thüringen wirkte damals J. M. Hirsch eifrig im Interesse seiner neuen Leipziger Freunde, denen es durch den mit Schweitzer abgeschlossenen Vertrag und durch eine in ihrem eigenen Interesse ihnen aufgenötigte Zurückhaltung unmöglich war, sich in ihrem Wochenblatt ihres Erfolges zu rühmen. Immerhin ließen sie durchblicken, daß die Reise in das vom Zentrum ihres Einflusses recht entfernte Rheinland ihnen reichliche Gelegenheit verschafft hätte, Verbindungen mit Gesinnungsgenossen anzuknüpfen und zu erneuern. An mehreren Orten der Provinz stünde die Gründung von Vereinen ihrer Richtung bevor, es gäbe daselbst nicht nur gut sozialistisch, sondern auch gut radikal-demokratisch gesinnte Männer!

Zum Sitze des Vorstandes war von der Generalversammlung für das nächste Jahr Hamburg (mit Altona und Harburg) gewählt worden. Damit durfte Schweitzer zufrieden sein, denn die sozialdemokratischen Arbeiter der großen Hafenstadt gehörten zu seinen treuesten und zuverlässigsten Anhängern. Immerhin erachtete er es für richtig, dort und in den Nachbarstädten durch einen Besuch seine Popularität aufzufrischen, denn in Elberfeld hatten die beiden Hamburger Delegierten Geib und Perl ihm das Vertrauensvotum versagt. Vermutlich lag ihm daran, sich den neuen Vorstand, dem außer Geib noch der ihm schon verdächtig gewordene York angehörte, von vorne herein möglichst gefügig zu machen[2]). Und dies ließ sich am besten erreichen, wenn er diesen Männern zeigte, einen wie starken persönlichen Einfluß er bei der Arbeiterschaft ihres eigenen Wohnorts besaß. Unmittelbar nach dem Abschluß der Verhandlungen mit Liebknecht und Bebel und bevor die zweite Lesung der Gewerbeordnung im Reichstag ihn nach Berlin zurückrief, bereiste er die wichtigsten

---

[1]) Vgl. Socialdemokrat 11. April. Dort u. a. „Wir sind nicht imstande, Ihrer Person durch dick und dünn nachzulaufen; wir wollen keine preußischen Zustände haben usw."

[2]) Perl erklärte seinen Austritt aus dem Vorstand, da er in Heidelberg seinen Doctor juris machen wollte.

der Städte zwischen Hamburg und Hannover. Überall wurde der Präsident von seinen Anhängern mit Enthusiasmus empfangen, und weder Geib, dem die Hamburger Genossen aus seiner Haltung in Elberfeld einen Vorwurf machten, noch York in Harburg durften es wagen, Wasser in den Wein dieser Begeisterung zu gießen. In einem besonderen Erlaß an die Mitglieder in Hamburg-Altona und Hannover dankte Schweitzer nach seiner Rückkehr für die vielen Zeichen von Liebe und Verehrung, die ihn tief ergriffen hätten. Dieser neue Beweis, wie sehr er das Vertrauen der Mitglieder an jenen wichtigen Punkten genieße, habe ihn besonders erfreut, weil ihm im Kampfe gegen so zahllose Gegner das freie Vertrauen der Arbeiter die beste Kraft verliehe!

Gleich am Tage nach seiner Rückkehr von dieser kurzen Agitationsreise verteidigte Schweitzer im Reichstage ein von ihm gemeinsam mit Fritzsche und Hasenclever beantragtes Amendement, in dem das damals von den Liberalen noch perhorreszierte Verbot der regelmäßigen Sonntagsarbeit verlangt wurde. Der Konservative Herr von Brauchitsch hatte einen ähnlichen Antrag eingebracht. Schweitzer wies überzeugend nach, daß die im Regierungsentwurf vorgesehene Fassung des Paragraphen 107 der Gewerbeordnung gegenüber der Macht der tatsächlichen Verhältnisse unzureichend wäre, und daß einem Verbote nur dann Wirksamkeit innewohnen könnte, wenn dessen Übertretung an Strafen geknüpft würde. Gegenüber den uns heute recht schal erscheinenden Ausführungen Stumms und des Liberalen von Henning, der dem Staate das Recht abstritt, die Menschen zwangsweise zur Sonntagsfeier anzuhalten, betonte Schweitzer, daß die Sonntagsruhe bereits tatsächlich in weitem Umfange üblich wäre, und daß es sich nicht sowohl darum handle, sie dem Volke aufzuzwingen, als der Einführung der mäßigen Sonntagsarbeit einen Damm vorzubauen. Er wies überzeugend nach, daß sein Antrag nicht sowohl auf einen Zwang gegen die Freiheit, wie auf einen Zwang gegen den Zwang hinausliefe. Nehme das Haus sein Amendement an, so würde der Staat durch einen *scheinbaren Zwang* die *wahre Freiheit* herstellen! Aber der norddeutsche Reichstag war damals für dieses Abc sozialpolitischer Erfahrung noch nicht zugänglich, er ließ sich von Braun-Wiesbaden vordemonstrieren, daß man lieber gleich sechs Sonntage in der Woche einführen könnte, ehe man auf Schweitzers Antrag einginge. Sowohl der konservative wie der sozialdemokratische Antrag wurden verworfen.

Kurz darauf, am 27. April, gab ein Antrag Bebels, der die Bestrafung des Trucksystems forderte, den Anlaß zu einer recht lebhaften Sozialistendebatte, an der auf der einen Seite Lasker, Gumbrecht, Stumm und von Henning, auf der anderen Bebel, Schweitzer und Fritzsche teilnahmen. Bebel kannte die Verhältnisse der Arbeiter im einzelnen zu genau, er wußte zu gut, wo der Schuh sie drückte, als daß er, wie Liebknecht es verlangte, auf Verbesserungsanträge zur Gewerbeordnung verzichten mochte. Schweitzer suchte an diesem Tage seinen

nationalliberalen Gegnern, denen wirklich noch jeder Begriff davon fehlte, die Bedeutung der sozialen Frage klar zu machen. Natürlich schilderte er sie ganz in der brutalen Form, in der er sie gern auffaßte: „Die Arbeiter merken recht gut", so sagte er, „daß, wenn eine kleine Klasse von Menschen sich fortwährend bereichert . ., das auf Kosten derjenigen geschieht, die arbeiten, und darum sind sie im hartnäckigen Kampf begriffen gegen das Kapital, gegen die Fabrikherren, gegen die Besitzer großer landwirtschaftlicher Güter, gegen die ganze besitzende Klasse, und dieser Kampf wird fortdauern, bis die Frage ausgetragen sein wird. Sie mögen darüber unruhig werden, glauben Sie nur, dies ist die einzige ernste Frage des Jahrhunderts. Wer kümmert sich denn um Ihre anderen Fragen? Die Frage des Mein und Dein ist die einzige Frage, mit der Ernst gemacht wird, darüber wird einst das ganze Volk einig sein. Sie mögen darüber staunen, Sie mögen sich ärgern, auch die Sklavenarbeit ist einmal abgeschafft worden, und man hatte sie auch einmal für richtig gehalten, und so wird auch die Lohnarbeit abgeschafft werden!" Auch in dieser Sitzung tadelte der Erwählte der Wupperthaler Arbeiter, daß man beständig im Namen der Freiheit Einspruch erhöbe, wenn Gesetze zum Schutze der Arbeiter vorgeschlagen würden. Kein Zwang sei furchtbarer als jener, den die Macht der sozialen Verhältnisse ausübe! Stumm hatte, seiner Gewohnheit gemäß, die sozialdemokratischen Abgeordneten als Umstürzler hingestellt, deren Amendements man einfach ad acta legen möge, und von Henning hatte, unter persönlicher Anspielung auf Schweitzer, sie als Demagogen bezeichnet, die von dem Kampfe lebten, den sie schürten. Beiden erteilte der Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins die gebührende Antwort. Die Nationalliberalen erinnerte er an die Konfliktszeit, wo es auch von ihnen hieß, daß sie das Volk aufwühlten und Unzufriedenheit im Lande verbreiteten. Sie freilich hätten sich gebessert, seit sie von der Fortschrittspartei abgefallen wären, er und seine Freunde aber wollten sich nicht bessern. Die wenig vornehmen Verdächtigungen Hennings tat er sehr von oben her mit der Bemerkung ab, daß er nicht von den Arbeitern lebe, daß aber, selbst wenn es so wäre, Herrn von Henning dieses nichts anginge. Schließlich begegnete er dem Vorwurf, daß er immer mit Krieg und Kampf drohe; er eignete sich zu seiner Verteidigung ein Wort des englischen Volksführers Bright an, der eine treffende Antwort erteilt hätte, als ihm der gleiche Vorwurf gemacht wurde. Der habe gesagt: „Wenn ich am Fuße des Vesuvs stehe und merke an dem Zittern und Beben der Erde, daß ein Ausbruch bevorsteht, und ich sage den Leuten: der Ausbruch kommt, richtet Euch danach — bin ich dann derjenige, der daran schuld ist, daß der Berg Feuer auswirft?" So erklärte Schweitzer, daß auch er nur das beobachte, was vorginge, daß er aber auf Grund seiner Beobachtung, falls nicht noch rechtzeitig vorgebeugt würde, für Europa schwere Zeiten voraussagen müsse.

Natürlich fand Bebels Antrag, so berechtigt er war, keine Gnade in

den Augen der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages, und nicht mehr Glück hatte Schweitzer selbst, als er mit trefflichen und von einer späteren reiferen ökonomischen Erfahrung bestätigten Argumenten den zehnstündigen Normalarbeitstag und das Fabrikinspektorat in die Gewerbeordnung eingefügt sehen wollte. Die Ablehnung aller dieser, vom Standpunkte ihrer Antragsteller aus, bescheidenen sozialreformatorischen Vorschläge bestärkte natürlich Liebknecht in seinem antiparlamentarischen Radikalismus!

Während diese Verhandlungen sich in Berlin abspielten, gab ein Vorgang, der aus der Rheinprovinz gemeldet wurde, Schweitzer die Gelegenheit zu einer, wie er glaubte, für seine Zwecke vorteilhaften Aktion. In München-Gladbach hatte die Polizei am 25. April Fritz Mende, den Präsidenten des Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins als den angeblichen Rädelsführer eines Tumults verhaftet, der durch die ungerechtfertigte Auflösung einer Arbeiterversammlung entstanden war. Aber der intime Freund der alten Gräfin gehörte dem Reichstage an, seit ihn im März die Freiberger Bergarbeiter gewählt hatten, und dieser hatte sich nun zum ersten Male mit der Freiheitsberaubung eines Mitglieds zu befassen. Die Abwesenheit von Mendes engstem Gesinnungsgenossen Försterling beim Eintreffen der Nachricht wurde von Schweitzer geschickt benutzt, um sich die Hatzfeldsche Partei dadurch zu verpflichten, daß er schleunigst einen Antrag auf sofortige Freilassung ihres Präsidenten einbrachte. Nun hatte sich tatsächlich bei diesem Anlaß die Polizei ungehörig benommen, und Schweitzer als gewiegter Politiker benutzte die Situation, um sich als Vorkämpfer der von allen Demokraten, besonders aber von allen Arbeitern ohne Unterschied der Parteirichtung, dringend gewünschten Reform des preußischen Vereins- und Versammlungsrechts aufzuspielen. Seit lange nahm er der Regierung gegenüber kein Blatt mehr vor den Mund. Preußen war jetzt für ihn wie für Liebknecht ein „absoluter Militärstaat", in dem es Staatsmanier wäre, das Unrecht immer in der Form strikten Rechts zu tun und die Unfreiheit in der Form der Freiheit zu verhängen. Solange nur erst der zahme Philister Politik getrieben hätte, mochte es noch angegangen sein, daß jeder Polizist ihn nach Hause schicken konnte. Allein die politische Bewegung sei in die Masse des Volkes gedrungen, und den kräftigen Männern des Volkes sage es nicht zu, von jedem Wachtmeister auseinandergeschickt zu werden. Das bestehende Vereins- und Versammlungsrecht entspräche nicht mehr den Bedürfnissen der Zeit und es würde um so unhaltbarer werden, je tiefer die Arbeiterbewegung in das Volk hineinkäme. Der nationalliberale Abgeordnete von Henning hatte tags zuvor auf die zwischen den sozialdemokratischen Abgeordneten bestehende Uneinigkeit hingewiesen. Ihm antwortete jetzt Schweitzer, das möge in der Tat bis zu einem gewissen Grade zutreffen, wo es aber gelte, der reaktionären Staatsgewalt oder dem Druck des Kapitals entgegenzutreten, werde man sie trotzdem

immer einig finden. Zum Schlusse seiner Rede bat er den Reichstag, sich im Falle Mende nicht durch Parteirücksichten, sondern nur durch das Interesse des hohen Hauses an seiner eigenen Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit leiten zu lassen. Es war das einzige Mal in Schweitzers kurzer parlamentarischer Laufbahn, daß der Bundeskanzler sich persönlich zu seiner Bekämpfung erhob. Über die allgemeinpolitischen Ausführungen seines Vorredners ging Bismarck kurz, aber nicht unhöflich hinweg. Zur Sache selbst äußerte er die Befürchtung, daß ein lediglich politisch und verfassungsmäßig geübter Beschluß des Reichstages im Lande als eine Vorwegnahme des juristischen Urteils ausgelegt werden könnte. Mende, so meinte er ironisch, hätte, statt in Gladbach tumultuierende Polizeibeamte zu beruhigen, lieber im Reichstage an den Beratungen über Arbeiterangelegenheiten teilnehmen sollen! Aber das Haus, das die Angelegenheit zuerst an eine Kommission verwies, entschied in diesem Falle aus guten Gründen gegen den Minister. Schweitzers Anregung wurde Folge gegeben, und Zermalmanski, wie der Spitzname des unreifen Sektenhäuptlings lautete, mußte in Freiheit gesetzt werden.

Die Verwerfung aller arbeiterfreundlichen Anträge der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag machte auf die hauptstädtische Arbeiterschaft schon deshalb einen starken Eindruck, weil ein um die Mitte des April ausgebrochener Streik der Berliner Zimmerer, der um die Mitte des Mai zu einem siegreichen Ausgange führte, gerade eine lebhafte Bewegung unter ihnen hervorgerufen hatte. Die Gründe jener Arbeitseinstellung schienen obendrein deutlich zu beweisen, wie berechtigt die von den Lassalleanern geforderten Arbeiterschutzbestimmungen waren. Es handelte sich um den ersten Lohnkampf größeren Stils, den Berlin erlebte; in allen Arbeiterkreisen erfreute er sich großer Popularität, und da seine Führer, besonders sein Organisator Lübkert, zum Arbeiterschaftsverband und damit auch zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein hielten, so förderte diese Lohnbewegung die Ausbreitung der Sozialdemokratie auf dem ihr bis dahin von den Fortschrittlern noch immer mit Erfolg bestrittenen Boden. In der Ausnutzung solcher seinen Wünschen günstiger psychischer Dispositionen der Massen war Schweitzer ein Meister. Überdies besaß er jetzt in dem ihm noch treu ergebenen neuen Vereinssekretär Tölcke eine durch seine Derbheit, Verschlagenheit und Volkstümlichkeit überaus wertvolle Stütze. Dieser Volksanwalt aus Iserlohn erwarb in dem nun beginnenden Endkampf des Fortschritts und der Sozialdemokratie um die Herrschaft über die Köpfe und Herzen der hauptstädtischen Arbeiterschaft eine lokalgeschichtliche Berühmtheit durch die Virtuosität, zu der er das Einschüchtern, Beherrschen und Sprengen von Versammlungen ausbildete. Als Bevollmächtigter der Berliner Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins berief Tölcke jetzt für den 2. Mai eine allgemeine Volksversammlung, auf der sowohl der Streik der Zimmerleute wie die Ablehnung der Arbeiteranträge im Reichstage zur Sprache kommen sollten.

Die nationalliberalen Abgeordneten Braun, Lasker und von Henning, die sich als die hauptsächlichsten Bekämpfer der sozialdemokratischen Vorschläge hervorgetan hatten, wurden mit Einladungen bedacht, denen sie jedoch nicht Folge leisteten. Als die Volkszeitung sich beschwerte, daß nicht auch Schulze, Duncker und Hirsch Aufforderungen erhalten hätten, erwiderte der Social-demokrat, dazu hätte ein Grund nicht vorgelegen, weil die Fortschrittspartei viele der sozialistischen Amendements unterstützt hätte und es überdies nicht ratsam gewesen wäre, den gemeinsamen reaktionären Gegnern das Vergnügen einer gegenseitigen Befehdung zu bereiten. Wie sich aber hierauf auch die Fortschrittler anschickten, den herrschenden sozialen Wind für ihre Zwecke einzufangen, da erklärte der Socialdemokrat aufgebracht, es werde Schulze-Delitzsch und seiner Partei niemals gelingen, die soziale Frage zu ihrer Domäne zu machen.

Die von Tausenden besuchte Versammlung vom 2. Mai, die Schweitzer zu ihrem Vorsitzenden wählte, führte zu einem unbestrittenen Triumphe der Sozialdemokratie. Es wurde dort u. a. eine Resolution angenommen, die besagte, der Norddeutsche Reichstag hätte durch seine Verhandlungen und Beschlüsse gezeigt, daß er vorwiegend aus Vertretern der reaktionären Staatsmacht und der Kapitalherrschaft bestünde, das arbeitende Volk hätte von einer solchen Versammlung nichts zu erwarten und deshalb die Pflicht, in Zukunft eigene Kandidaten durchzusetzen. Unter kluger Rücksichtnahme auf die von ihm erstrebte Gewinnung jener Elemente, die unter den Anwesenden noch dem Fortschritt zuneigten, bezeichnete Schweitzer in seinem Schlußwort die Nationalliberalen und die Konservativen als die schlimmsten Feinde der Arbeiter, diesen aber täte für ihren schweren Kampf gegen Reaktion und Kapitalmacht nichts dringender not als feste und unverbrüchliche Einigkeit! Zur Zeit des Verfassungskonflikts mochte Schweitzer aus Rücksicht auf die Regierung die politische Agitation neben der sozialen zeitweise vernachlässigt haben, obgleich selbst hierüber die Ansichten auseinandergehen können. Seit 1867 befand er sich unbestritten in der vordersten Reihe der Kämpfer für eine Demokratisierung des Norddeutschen Bundes. In Berlin war seiner Partei eine starke Betonung der demokratischen Forderungen durch die Lage der Dinge aufgezwungen. Wollte er hier die noch der Fortschrittspartei anhängenden Massen gewinnen, so mußte er die Schulze und Hirsch auch an politischem Radikalismus überbieten. Keine Gelegenheit ließ er deshalb unbenutzt, um im Reichstage, in Volksversammlungen oder in seiner Zeitung mit der größten Entschiedenheit für alle jene Forderungen einzutreten, die der bürgerlichen und der sozialen Demokratie gleichmäßig am Herzen lagen. Hatte er noch eben für ein freies Vereins- und Versammlungsrecht, für eine Herabsetzung des wahlfähigen Alters und für die Freiheit der Presse eine Lanze gebrochen, so befürwortete er gleich darauf eine andere demokratische Forderung, die eine

folgende Generation durchgesetzt hat. Einen Antrag des alten Waldeck, der wieder einmal die Gewährung von Diäten an die Abgeordneten verlangte, benutzte er zu einem Protest gegen eine Regierung, die durch die Aufrechterhaltung der Diätenlosigkeit der Armut die Befähigung zur parlamentarischen Betätigung abspräche, und er nannte die Versagung dieser Forderung eine unberechtigte Überhebung der besitzenden Klassen!

Das Verhältnis zwischen Sozialismus und Demokratie behandelte um die Mitte des Mai in einer mehr prinzipiellen Form eine Polemik des Socialdemokrat gegen die ministerielle Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Wie sein Antipode Liebknecht, so behauptete auch Schweitzer die Untrennbarkeit des demokratischen und des sozialistischen Ideals. Während aber Liebknecht in einer Rede, die er vierzehn Tage später hielt,[1]), eher bereit war, den Sozialismus als eine Funktion der Demokratie aufzufassen, neigte Schweitzer einer umgekehrten Bewertung dieses Verhältnisses zu. Bei ihm erscheint viel eher das demokratische Postulat als eine Funktion des sozialistischen! Die soziale Gleichheit, so meinte er, könne erst errungen werden, wenn die abstrakte Rechtsgleichheit, die er als „das Kleinere“ bezeichnete, vorhanden wäre. Nur im demokratischen Staate könne die soziale Frage gelöst werden! Aber für die Durchführung der Demokratisierung des Staats hätte die liberale Demokratie sich als zu schwach erwiesen, und die Aufgabe, die jene nicht habe lösen können, falle nunmehr der Arbeiterklasse zu, mit deren fortschreitender Aufklärung über ihre soziale Lage der Staat von selbst mehr und mehr demokratisiert würde. Doch erst wenn das Volk sich überall im Vollbesitz des politischen Rechts und der Staatsmacht befände, könne der letzte und entscheidende Hebel angesetzt werden. Auf dieses Ziel sei daher auch das Bestreben der sozialistischen Arbeiterbewegung gerichtet. Nur der Sozialismus werde die reaktionären Staaten wahrhaft demokratisieren — aber auch nur der völlig demokratisierte Staat werde dem Sozialismus zum entscheidenden Siege verhelfen! Dem Regierungsorgan, das behauptet hatte, die Masse würde selbst im demokratischen Staate ihre wirtschaftliche Lage nicht zu verbessern verstehen, gestand er zu, daß für den Druck, den auf das arbeitende Volk das Kapital ausübe, die Staatsform solange gleichgültig bleiben würde, bis die Masse selbst zur Erkenntnis ihrer Lage vorgedrungen wäre. Es hätte sich aber schon so viel Klassenbewußtsein unter den Arbeitern verbreitet, daß der demokratische Staat, wenn man ihn erst einmal erreicht hätte, mit Schnelligkeit zum sozialdemokratischen führen würde! Die „soziale Frage lösen“ hieß für Schweitzer, die in der Gesellschaft und in ihren materiellen Verhältnissen, im Mein und Dein, vorhandenen Unterschiede und Gegensätze zu gunsten eines Zustandes auszugleichen, der jedem einzelnen ein menschenwürdiges Dasein ermöglichte. Die formelle Gleichheit des Rechtsstaats genügte ihm nicht, er erstrebte eine voll-

---

[1]) Vgl. Seite 303 f.

kommenere Form von Gleichheit, zwar nicht die chimärische Gleichheit, durch die der eine Mensch genau dastünde wie der andere, wohl aber eine Gleichheit der Bedingungen, unter denen die einzelnen Menschen ihre Lebenslaufbahn antreten. Und ähnlich wie es später die Kathedersozialisten ausdrückten, wollte auch Schweitzer, daß eine inhaltvolle und lebendige an die Stelle der toten und inhaltlosen Freiheit trete, die zu seiner Zeit von dem wirtschaftlichen Liberalismus verherrlicht wurde.

In den Urabstimmungen der einzelnen Gemeinden waren die in Elberfeld beschlossenen Statutenänderungen, bei sehr schwacher Beteiligung, nur in Elberfeld-Barmen, Düsseldorf und Lüttringhaus auf Widerstand gestoßen. Die rheinischen Arbeiter, päpstlicher als ihr hierbei nicht freier Papst, verwarfen die Beschränkung der Präsidialgewalt durch den Vorstand. Die erste Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbands war von Schweitzer auf den 22. Mai nach Kassel einberufen worden. Nach siebenmonatlichem Bestehen umfaßte er elf Gewerkschaften, die ungefähr 50 000 zahlende Mitglieder hinter sich hatten. Das wäre ein ganz respektabler Anfang gewesen, wenn nicht die leidigen politischen Gegensätze die Weiterentwicklung der Bewegung bedroht hätten! Die Verhandlungen drehten sich in Kassel hauptsächlich um die Ausgestaltung der Organisation und um die Opportunität von Arbeitseinstellungen und von Krankenkassen. Fritzsche verkündigte den definitiven Beitritt seines an 10 000 Mitglieder zählenden Tabakarbeiterverbands. Politik und Personalien traten in der Diskussion zurück, und fast nur Yorcks Einsprache gegen die Verlegung der Präsidien aller Arbeiterschaften nach Berlin, die aber trotz seines Widerstands beschlossen wurde, erinnerte daran, daß die Gegner von Schweitzers zentralistischen Bestrebungen nicht abgerüstet hatten. Dem Präsidenten wurde nahezu einstimmig ein Vertrauensvotum zugebilligt!

Drittes Buch.

Der Abstieg.

Kapitel XIII.

Schweitzers „Staatsstreich" und dessen Folgen.

Wohl hatte Schweitzer jenen Demokratischen Arbeiterverein, der sich nach der Nürnberger Tagung in Berlin von dem dortigen großen fortschrittlichen Arbeiterverein abspaltete, bei seiner Gründung mit einem sauersüßen Wohlwollen willkommen geheißen. Aber die dort vereinigten „Intelligenzen" und „Literaten", um die sich nur sehr allmählich ein winziger Stamm von Arbeitern sammelte, mußten ihm alsbald unbequem werden, sowie es sich herausstellte, daß der kleine Verein Werbekommission und Hauptquartier der Liebknecht-Bebelschen Partei sein wollte. Neben Karl Hirsch gehörten Eichhoff, Hepner, Paul Singer zu den tonangebenden Elementen dieses mit der Weiß-Jacobyschen Zukunft noch eng liierten Kreises, der wegen des in ihm stark hervortretenden jüdischen Elements vom Socialdemokrat nach dem Mühlendamm, dem damaligen Ghetto Berlins getauft wurde. Während die Massen der Arbeiter in diesem Frühling des Jahres 1869 zum ersten Male in hellen Haufen den Versammlungen zuströmten, die Schweitzer, Lübkert und Tölcke, von den Streikbewegungen der Zimmerer und Maurer begünstigt, im Namen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins oder des Arbeiterschaftsverbandes einberiefen, während gleichzeitig Schweitzers Reichstagsreden zur Gewerbeordnung ein lautes Echo hatten, fand Liebknecht in der Hauptstadt des Norddeutschen Bundes für die Verkündigung seiner Ideen noch kein anderes Milieu als diesen 60 Mitglieder zählenden Arbeiterverein, den die Norddeutsche Allgemeine Zeitung verspottete, weil ihm weniger wirkliche Arbeiter angehörten, als Männer, welche die Arbeiter demokratisch bearbeiten wollten. Hier hielt Liebknecht am 31. Mai seinen für die Parteigeschichte bedeutsam gewordenen Vortrag: „Über die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Bezug auf den deutschen Reichstag"[1], der in dem Augenblick, wo der Entscheidungskampf mit der auf Lassalle zurückgehenden Bewegung ausbrechen sollte, den Standpunkt

---

[1]) Diese Rede ist damals nicht stenographiert sondern nur nachträglich aus nachgeschriebenen Notizen zusammengestellt worden. (Demokratisches Wochenblatt 19. Juni). Von uns wurde die erste Veröffentlichung in dem von Liebknecht selbst redigierten Demokratischen Wochenblatt benutzt. vgl. Hochverratsprozeß p. 445.

der sich auf Marx berufenden Richtung in einer scharf pointierten Formulierung zum Ausdruck brachte.

Sozialismus und Demokratie sind für Liebknecht nur „verschiedene Ausdrücke desselben Grundgedankens", und auf das Dogma ihrer Untrennbarkeit ist er eingeschworen. Ein Sozialismus ohne Demokratie ist eben Aftersozialismus und eine Demokratie ohne Sozialismus Afterdemokratie. Dennoch findet in seinen Augen die „reine" Demokratie noch immer mehr Gnade, als jene „negative Seite des Sozialismus", die er bei Männern wie Wagener und Bischof Ketteler beobachtete. Würde sich nämlich die Arbeiterpartei nur auf den sozialen Kampf beschränken oder dem politischen nicht die entsprechende Wichtigkeit einräumen, so wäre die Folge, daß eine reaktionäre Regierung bald mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiter, bald mit den Arbeitern gegen die Bourgeoisie liebäugeln könnte. Gerade dieses Doppelspiel kennzeichnet für ihn den modernen Cäsarismus, der wesentlich darauf beruhe, daß er es den Machthabern ermögliche, den Klassengegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie für ihre Zwecke auszubeuten. Ähnlich wie das französische Empire abwechselnd die Bourgeoisgesellschaft vor den Arbeitern „rette" und dann wieder diese gegen die Ausbeutung jener schütze, so klopfe auch die cäsaristische Regierung in Preußen der Bourgeoisie und den Arbeitern abwechselnd auf die Schultern. Der die Bourgeoisie als politische Partei verkörpernde Nationalliberalismus erblicke in der Regierung sein Heil gegen die Arbeiter, und betörte Arbeiter — zum Glück nicht viele — erwarteten von derselben Regierung Schutz gegen die Bourgeoisie. Aber nur wenn er sich in das Vordertreffen des politischen Kampfes für die Ziele der Demokratie stelle, könne der Sozialismus verhindern, daß die soziale Bewegung vom Cäsarismus ausgebeutet werde. Jene führten das Proletariat irre, die behaupteten, daß wenige Jahre hinreichen würden, um die Lohnsklaverei zu beseitigen, vielmehr sei die Vernichtung des „alten" Staats die unerläßliche Vorbedingung für die Entwicklung einer „neuen Gesellschaft". Deshalb bliebe auch unter den bestehenden Verhältnissen die Sozialdemokratie „für die rein soziale Frage" noch vorwiegend auf das Feld der Theorie angewiesen. Wie Napoleons Staatsstreich von 1852, so habe auch der Bismarcks von 1866 die Demokratie getroffen. Nicht die Gewaltsamkeit ihrer Ausführung mache jene Tat so verdammenswert, sondern daß sie zu Gunsten eines nicht mehr existenzberechtigten Standes, des Junkertums, begangen wurde. Die Ereignisse des Jahres 1866 hätten das parlamentarische Ringen zu einer Spiegelfechterei herabgewürdigt, und der norddeutsche Reichstag sei nicht weniger ohnmächtig, als es schon vor ihm das preußische Abgeordnetenhaus gewesen. Deshalb dürfe er auch der Demokratie nicht das Schlachtfeld bedeuten, auf dem für sie die Macht zu gewinnen wäre. Unter keinen Umständen und auf keinem Gebiet könne es der Sozialdemokratie verstattet sein, mit einem Gegner zu verhandeln, mit dem sie überhaupt nichts gemeinsam hätte. Mit prinzipiellen

Gegnern verhandeln, hieße das Prinzip opfern, denn die geringste prinzipielle Konzession bedeute die Aufgebung des Prinzips! Wer mit dem Feinde parlamentiere, der paktiere mit ihm!

Sodann versuchte der Redner eine Widerlegung aller der Einwände, die zu Gunsten einer Beteiligung der Sozialdemokratie an der parlamentarischen Arbeit gemacht worden waren. Und ohne Namen zu nennen, bekämpfte er nicht nur die von den Lassalleanern, sondern auch die bei der Gewerbeordnung von seinem Freunde Bebel befolgte Taktik. Nicht einmal die Behauptung wollte er gelten lassen, daß die Reichstagstribüne dazu dienen könnte, hinaus ins Volk Wahrheiten gelangen zu lassen, die an anderer Stelle noch nicht ausgesprochen werden dürften. Dieses praktische Argument, so meinte er, verdanke seine Vaterschaft gerade solchen Leuten, die am wenigsten mit polizeiwidriger Ware handelten; aus der „großen Rede" Schweitzers würde jedes Wort die vormärzliche Zensur passiert haben! Liebknecht warnte davor, den Reichstag deshalb zu überschätzen, weil er ein Kind des allgemeinen Stimmrechts wäre; sowohl bei Bismarck, wie 15 Jahre früher bei Napoleon hätte gerade erst die Oktroyierung des allgemeinen Stimmrechts den Triumph des Despotismus gekrönt. Er bedauerte lebhaft, daß es durch Lassalles Autorität dahin gekommen wäre, daß die Masse des Volks in Norddeutschland das allgemeine Stimmrecht für die wundertätige Springwurzel hielte, die den Enterbten die Pforten der Staatsgewalt öffnen würde. Die ländliche Bevölkerung, die dem Winke der Behörden noch willenlos gehorche, mache zwei Dritteile der norddeutschen Wählerschaft aus! Deshalb werde das allgemeine Stimmrecht erst nach dem Sturze des heutigen Staats seine segensreichen Seiten entfalten können. Darum: „kein Friede mit dem heutigen Staate! Und weg mit dem Kultus des allgemeinen direkten Wahlrechts!" Nicht mit hoher obrigkeitlicher Erlaubnis, so höhnte der Redner, kämen Revolutionen zustande!

Aber auch die verschiedenen Arten von Sozialismus, die er im Lande und im Reichstage vertreten sah, unterzog Liebknecht einer scharfen Kritik. Während Max Hirsch nur im Vorbeigehen als ein „freiwilliger Polizeidiener der Bourgeoisie" verächtlich abgetan wird, behandelt der ehemalige Redakteur der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung eingehender und unter Beibringung manches interessanten Details den feudalen Sozialismus, den Wagener „in höherem Auftrage" betriebe. Am meisten am Herzen liegt ihm jedoch die Bekämpfung jener Richtung, die er boshaft genug als „nationalliberalen Sozialismus" kennzeichnet, deren Hauptvertreter er aber wohlweislich nicht namhaft macht. Diese Art von Sozialismus stelle sich auf den Boden der 1866 geschaffenen Zustände, acceptiere den Staatsstreich, erkläre die Verfassung des norddeutschen Sonderbundes für verbesserungsfähig und suche sie zu verbessern. Gleich den nationalliberalen Realpolitikern huldigten die nationalen Realsozialisten, soweit sie ehrlich seien, dem glücklichen Köhlerglauben, als ob sie, allen Kompromissen zum

Trotz, ihr Prinzip rein erhalten und den Polizei- und Militärstaat schließlich überlisten könnten. Doch das jämmerliche Fiasko der Braun, Miquel und Konsorten verkünde auch ihnen ihr Los. Ebenso wenig wie mit dem feudalen Sozialismus könne der demokratische Sozialismus mit dessen nationalliberaler Spielart etwas gemein haben. Denn jene beiden Richtungen beruhten in gleicher Weise auf einer Trennung der sozialen und der politischen Frage. Allein der demokratische Sozialismus weise jeden Pakt mit dem Bestehenden stolz zurück, und ausschließlich seine Anhänger seien deshalb berechtigt, sich eine sozialistische Partei zu nennen: „Die anderen sind eine Clique oder Sekte. Wir sind die Sozialdemokratie! . . wir warten, bis unser Tag kommt und lassen die Eintagsfliegen hinsterben, die von der Sonne des Erfolgs ausgebrütet wurden[1])!"

Ein Sozialdemokrat, der für seine Gegenwart den sozialen Kampf im wesentlichen in das ungefährliche Gatter des theoretischen Streitens verweist, erhält dadurch natürlich eine sehr weitgehende Annäherungsmöglichkeit an solche Parteien, die auf dem aktuellen politischen Gebiet ähnliche Ziele wie er anerkennen. Liebknecht betrachtete es als eine Hauptaufgabe seiner Partei, das Junkertum zu verhindern, den Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie für seine selbstsüchtigen Zwecke auszubeuten. Dies gedachte er dadurch zu erreichen, daß er das — man weiß von wem! — „künstlich erzeugte und genährte Mißtrauen" der Arbeiterklasse gegen die „sogenannte bürgerliche Demokratie" zu zerstreuen suchte und alles aufbot, um das Kleinbürgertum zum gemeinsamen politischen Kampfe gegen die Reaktion an der Seite der Arbeiterklasse festzuhalten. Er wollte seinen Zuhörern begreiflich machen, daß zwischen Bourgeoisie und bürgerlicher Demokratie ein gewaltiger Unterschied bestände. Die Bourgeoisie sei keineswegs demokratisch; weil sie den innigen Zusammenhang zwischen Demokratie und Sozialismus kenne, hasse sie die Demokratie und sei nationalliberal. Dagegen gingen dieselben Leute, die Jacoby, den Gegner der Bourgeoisie als „Bourgeoisdemokraten" mit Heftigkeit angriffen, in politischen Dingen mit der Bourgeoisie zusammen und hülfen dieser dadurch, auch ihre sozialen Privilegien zu bewahren. Die Schreier gegen die bürgerliche Demokratie wären entweder sehr kurzsichtig oder sehr unehrlich.

Für töricht erklärte es der Redner, das Publikum und die eigene Partei über die Macht der Sozialdemokratie zu belügen. Wenn sich in Berlin auch neuerdings infolge eines glücklichen Streiks einige hundert Mann der Bewegung angeschlossen hätten, so stände doch die ungeheure Mehrzahl der dortigen Arbeiter noch abseits von den Wegen des Sozialismus. Ihr demokratischer Instinkt erfülle sie mit der wohlbegründeten Überzeugung, daß die soziale Bewegung noch immer

---

[1]) Vielfache Ergänzungen zu dem Inhalt dieser Rede bietet Liebknechts Wiener Rede vom 25. Juli; dort ist er Schweitzer gegenüber zu keiner Reserve mehr gezwungen und nutzt diese Freiheit weidlich aus. Vgl. Demokratisches Wochenblatt, 7. August.

von der Reaktion benutzt werde und nur ihr Vorteil brächte. Erst von dem Augenblick an, wo jeder Zweifel an der politischen Haltung der Sozialdemokratie beseitigt wäre, wo die Sozialdemokratie, ohne deshalb den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie zu vernachlässigen, auch den politischen Vorkampf übernommen hätte, würden sich wirklich die Massen der Arbeiter hinter sie scharen. Und erst dann hätte sie das Recht, zu sagen: (was der Socialdemokrat freilich schon am 5. Mai ausgerufen hatte) „Berlin gehört uns!" Wem aber Berlin gehöre, dem gehöre Deutschland; denn in Berlin sitze der Hauptfeind, und hier werde die Entscheidungsschlacht geschlagen. Von Berlin aus sei Deutschland geknechtet worden und in Berlin müsse es deshalb auch befreit werden!

Es liegt nicht auf den Wegen dieses Buches, zu untersuchen, inwieweit Liebknecht im Laufe der Jahre von jener extremen Geringschätzung des Parlamentarismus zurückgekommen ist, die er in dieser Rede bekundete. Wohl hat er die taktische Verfehltheit der anfänglich von ihm empfohlenen Politik der Wahlenthaltung später rückhaltlos zugegeben, als er den ungeheuren Aufschwung wahrnahm, den seine Partei der Agitation dankte, zu der die Wahlkämpfe eine immer wiederkehrende Gelegenheit lieferten[1]). Aber die Verachtung für die parlamentarische Mitarbeit scheint er niemals überwunden zu haben. Von solchen, die ihn nahe kannten, wird diese Annahme bestätigt. Noch ein Brieffragment aus dem Ende der achtziger Jahre, das sich in seinem Nachlaß fand, bekennt, daß er in der Fraktion „konsequent und stets" die alleräußerste Linke vertreten hätte und fährt dann fort: „Ich war der Einzige, der meinen bekannten Ansichten über Parlamentarismus treu gegen den Eintritt in den Seniorenkonvent wirkte. ." Es bleibt eine Tatsache, daß die deutsche sozialdemokratische Partei sich nicht Liebknechts, sondern Bebels und Schweitzers Auffassung der parlamentarischen Aktion zu eigen gemacht hat. Gerade Schweitzer kann

---

[1]) Die Partei Schweitzers vertrat von Anfang an die Ansicht, daß nichts geeigneter sei, die Arbeiterklasse zur politischen Organisierung zu drängen, als eine energische sozialistische Wahlagitation. Diese Wahlagitation müßte das Hauptglied in der Kette der Agitationen bilden, welche die Arbeiter über die Lage ihrer Klasse aufklären und sie organisieren sollten. (Vgl. den Leitartikel Hasselmanns im Socialdemokrat, 24. November 1869). Was der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in Bezug auf Agitation geleistet hat, das erklärte noch der von ihm abgefallene Bracke auf dem Eisenacher Kongreß (Protokoll usw. p. 41) für mustergiltig: Das Wichtigste, worauf es bei der Arbeiterbewegung ankäme, sei die sozialdemokratische Agitation. Für deren Betreibung reichten lokale Organisationen in Gauverbänden und Bildungsvereinen nicht aus. Denn sie müsse einheitlich und machtvoll geleitet sein. „Die Agitation ist der nervus rerum, das haben wir kennen gelernt im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Wodurch war der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein stark, wodurch hat er seine Bedeutung erlangt?? — Durch die mit aller Macht betriebene politische Agitation!! . . . Unsere Organisation muß zur Agitation befähigt werden, und wenn alle Bildungsvereine und Gauverbände zu grunde gehen, so mögen sie getrost zugrunde gehen . . . ."

noch mehr als jeder andere der eigentliche Schöpfer der parlamentarischen Taktik der Partei genannt werden.

Für unsere Darstellung kommt es nun darauf an, dieses Glaubensbekenntnis Liebknechts in den Gang der Ereignisse des Jahres 1869 einzureihen, es in seinen Absichten wie in seinen Wirkungen zu beleuchten.

Schweitzers Namen wurde darin freilich nur einmal genannt, und in keinem gar zu gehässigen Zusammenhang, dennoch konnte kein mit dem Stand der Arbeiterbewegung vertrauter Zuhörer darüber im Zweifel sein, daß der ganze Inhalt der Rede auf eine Bekämpfung des Programms des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hinauslief. Dabei möge die Frage offen bleiben, ob es nicht mehr dem Charakter als der taktischen Begabung des Redners Ehre machte, wenn er hier, ohne Rücksicht auf die halb und viertel gewonnenen Elemente in den Reihen des Vereins, nicht allein Schweitzers, sondern auch Lassalles politisches Programm auf eine schonungslose Weise zerfetzte.

Die prinzipiellen Bedenken, die Liebknecht gegen das Paktieren mit dem bestehenden Staate und die Überschätzung des allgemeinen Stimmrechts vorbrachte, waren die alten und oft gehörten Einwände des Marx-Engelsschen Kreises, die erst jüngst Marx selbst in seiner Antwort an Schweitzer[1]) entwickelt hatte. Es war natürlich, daß die sachlichen Gegensätze, die von Anfang an zwischen den Führern der deutschen Arbeiterbewegungen der ausgehenden vierziger und der beginnenden sechziger Jahre bestanden hatten, sich gerade jetzt von neuem scharf herausarbeiteten, wo sich deren Bannerträger zum letzten Male damit abgequält hatten, einem offenen Entscheidungskampfe um die Beherrschung des Proletariats aus dem Wege zu gehen! War es doch nicht allein die Persönlichkeit Schweitzers, sondern eben so sehr die Tradition Lassalles, die einer Verschmelzung der Arbeiterparteien nach Liebknechtschem Rezepte noch im Wege stand!

Nun erschwerte diesem entschiedenen Gegner des spezifischen Preußentums die Erfüllung der Mission, die er sich übertragen hatte, nichts so sehr, wie seine Stellungnahme zum nationalen Problem. Man darf keineswegs denken, daß im Lager der Lassalleanischen Parteien nur Schweitzer und die Gräfin Hatzfeld die Ereignisse des Jahres 1866 in einem den Wünschen Liebknechts schnurstracks entgegengesetzten Sinne auffaßten. In den ersten Monaten des Norddeutschen Bundes teilte die Mehrzahl der Lassalleaner wirklich mit den Nationalliberalen die Hoffnung, es möchte gelingen, in dem von junkerlichen Händen errichteten Gebäude die innere Einrichtung allmählich in einem freieren Geiste umzugestalten, während Liebknecht und die Gruppe um Jacoby die Ausbaufähigkeit der verhaßten Zwingburg von vornherein leugneten und selbst Franz Ziegler meinte, ein „Anbauen" wäre vielleicht möglich, aber kein „Ausbauen". Das Dazwischentreten der in den anderen großen Ländern mit lebendiger Arbeiter-

---

[1]) p. 254 ff.

bewegung längst gelösten nationalen Frage komplizierte in hohem Maße die Kontroversen, deren allmähliche Glättung das Aussehen der später geeinigten deutschen Arbeiterpartei bestimmend beeinflußte. Der Hesse Liebknecht, der einst bei der Rückkehr aus dreizehnjährigem Exil am liebsten den ersten Schutzmann umarmt hätte, dem er in Berlin begegnete, wünschte die Einigung Deutschlands vielleicht noch glühender als der früh abgekühlte Sohn des frankfurterisch-italienischen Patriziergeschlechts. Aber dieser kernige Deutsche war ein zu eingefleischter Demokrat, dieser Demokrat ein zu überzeugter Sozialist, als daß es ihm wie Bamberger und Kinkel, wie Hecker und Kapp möglich gewesen wäre, die Wendung von 1866 deshalb zu akzeptiern, weil sie einen Machtzuwachs Deutschlands im internationalen Kräftespiel bedeutete. Bei ihm erzeugte der Erfolg des in die Schule des Cäsarismus gegangenen Junkertums einen berserkerhaften Haß gegen den von Bismarck errichteten Bau, und jede Anerkennung dieses fait accompli kam in seiner Vorstellung einem Verrat an der Demokratie gleich. Gefühlsmäßige Motive verbanden sich in seinem Geist mit weitsichtiger politischer Erkenntnis. Vielleicht hatte sofort nach Königgrätz kein anderer deutscher Politiker mit der gleichen Schnelligkeit und Schärfe begriffen, daß an jenem 3. Juli nicht blos die deutschen Ambitionen Österreichs, sondern auf lange Jahre hinaus auch alle Hoffnungen der Demokratie auf der Wahlstatt geblieben waren. Wer gleich Liebknecht die schlafende Germania allein mit der phrygischen Freiheitsmütze auf dem Haupte erwachen sehen wollte und an der Szepterträgerin eines neuen Cäsar ihre Züge nicht erkannte, der mußte sich im Norddeutschen Bunde als ein Besiegter fühlen und knirschend an Ketten zerren, die er nicht abzuschütteln vermochte. Mit dem freien Volksstaat, von dem die Demokratie von 1848 geträumt hatte, zeigte der neue Bundesstaat wirklich keine Ähnlichkeit.

Sein Antipode Schweitzer, obgleich Apostel des Klassenkampfes, leugnete dennoch nicht die Möglichkeit, daß sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung, vielleicht sogar ohne blutige Revolution, die bestehenden Institutionen mit sozialistischem Geist erfüllen könnten, daß möglicherweise sogar ohne voraufgehenden Kladderadatsch eine demokratische und danach eine sozialistische Umbildung von Staat und Gesellschaft sich vollziehen würde. Seine agitatorische, parlamentarische und schriftstellerische Tätigkeit war von diesem Gedanken erfüllt, und die gewaltsame Revolution ließ er nur als eine ultima ratio am Horizont auftauchen. Schweitzer war, wie Lassalle, ein geborener Politiker, und deshalb hatte bei ihm die Doktrin stets das Bestreben, sich der Situation, dem Gebote des Tages, anzuschmiegen. Es liegt im Wesen des homme d'action, daß der Drang zum Handeln die Taktik und ihren intellektuellen Niederschlag formend beeinflußt! Dagegen wohnte in Liebknecht, dem Abkömmling einer Familie von Theologen und Mathematikern, der feste Glaube an die unantastbare Reinheit des Prinzips. Kompromisse verabscheute er, und wenn der Staat nach einem Rezept errichtet war, das er verwarf, so mußte eben ein solcher Staat von Grund aus zerstört werden, bevor der Ver-

such unternommen werden durfte, in einem auf „richtiger“ Grundlage errichteten neuen Staat das Ideal der Zukunft in die Praxis zu überführen! Es entbehrt nicht des Reizes, in den späteren programmatischen Erklärungen der geeinigten sozialistischen Partei Deutschlands den Einflüssen ihrer markantesten Führer nachzugehen. Manche Liebknecht-Marxschen und manche Lassalle-Schweitzerschen Postulate sind dort schließlich auf friedliche Weise zu einander gekommen, nachdem sie sich Jahre hindurch scheinbar unversöhnlich gegen einander aufgebäumt hatten.

Doch vorläufig war zwischen der cäsaristisch organisierten Klassenkampfpartei und der sozialen Demokratie ein friedlicher Ausgleich unmöglich. Erst mußte auf der einen Seite die durch das Klassenkampfdogma gezügelte opportunistische Taktik Lassalles aus dem die freie Beweglichkeit des Glieder einzwängenden Prokrustesbett einer überlebten Organisation gelöst und auf der anderen Seite das letzte schlaffe Band, das die Arbeitervereine noch mit dem linken Flügel des Bürgertums verknüpfte, durchschnitten werden, bevor in Deutschland die beiden Ströme der politischen Klassenbewegung des vierten Standes zusammenfließen konnten!

Liebknechts Rede bestärkte in Schweitzer natürlich noch die Überzeugung, daß er mit diesem Manne weder auf eine private Aussöhnung noch auf eine sachliche Verständigung rechnen konnte. Ließ es sich auch der Führer der sächsischen Volkspartei hier noch angelegen sein, dem Wortlaute des Aprilvertrages gerecht zu werden, die Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nicht zu kritisieren und dessen Präsidenten nicht offen zu verdächtigen, so verletzte es doch den Geist des Abkommens nicht weniger, wenn er die politische Grundrichtung des Vereins mit schweren Vorwürfen überhäufte. Aber selbst Schweitzers Ehrlichkeit war an einigen Stellen der Rede, wenn auch auf eine etwas verschleierte Weise, von neuem in Zweifel gezogen worden. Und so kamen ihm wohl Nachrichten nicht überraschend, die eben in diesen Tagen aus verschiedenen Gemeinden anlangten und darin übereinstimmten, daß die von Leipzig aus gegen den Verein betriebene Maulwurfsarbeit noch immer in ungeschwächter Weise fortdauerte. Mit dem Wortführer der Nürnberger Mehrheit hatte nämlich ihr größter Organisator Hand in Hand gearbeitet. Eingeladen von mehreren unzufriedenen Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins befand Bebel sich in der ersten Junihälfte auf einer großen Agitationsreise durch die thüringischen Staaten, wo er in zahlreichen Versammlungen, die zum Teil sogar von Mitgliedern des Vereins einberufen waren, genau wie Liebknecht in seinem Berliner Vortrag die Untrennbarkeit der sozialen und der politischen Bewegung predigte. Durch alle Reden Bebels klang der Refrain, daß nur im demokratischen Staate und nicht schon im Norddeutschen Bunde die soziale Frage gelöst werden könne. Man erinnert sich, daß die Delegierten der Gemeinden jener an Sachsen grenzenden Gebiete bereits in Elberfeld Schweitzer

mit ihrem Abfall bedroht hatten. Ein „demokratischer Wahlverein Thüringens" betrieb hier seit längerer Zeit den Zusammenschluß aller demokratisch gesinnten Elemente und fand gerade in den Kreisen der Arbeiter reichlichen Anklang. Dieser Strömung bediente sich Bebel, um Schweitzer nach Kräften Abbruch zu tun, und er ließ deshalb allerorten nicht nur für die Beseitigung der Spaltung innerhalb der Arbeiterpartei, sondern auch für die Einbeziehung der bürgerlichen Demokratie in eine künftige demokratische Phalanx Resolutionen fassen[1]). Die Berichte des Demokratischen Wochenblatts ließen durchblicken, wie sehr das Ergebnis dieser Agitationsreise Bebel befriedigte. In ihrem Verlauf glückte es ihm bereits, mit mehreren lokalen Arbeiterführern der Lassalleaner zu Verabredungen organisatorischer Art zu kommen. Schweitzer mochte derartiges befürchten, denn er richtete alsbald einen Brief an Bebel, worin er ihn für vertragsbrüchig erklärte, weil er mit den thüringischen Mitgliedschaften ohne Vermittlung des Präsidenten in Verbindung getreten wäre.

Für ihn war es jetzt zu einer Unmöglichkeit geworden, den auf seinen Sturz abzielenden Bestrebungen der Gegner länger tatenlos zuzuschauen. Nun glaubte er scheinbar, der „Einigung der deutschen Arbeiterparteien" und dem „Zusammenschluß der Demokratie", diesen zugkräftigen Parolen der Gegner, etwas gleich wirksames entgegensetzen zu können, wenn er die Einigung aller Lassalleaner auf sein Banner schrieb! Man erinnert sich, wie er einst mit der Gräfin Hatzfeld in Konflikt geriet, weil zwischen ihrer am Buchstaben haftenden Pietät und seiner sachlich orientierten Betrachtungsweise kein Zusammenarbeiten war. Er hatte im Verein den Einfluß der Gräfin mit einer solchen Hartnäckigkeit bekämpft, daß diese nach der Braunschweiger Generalversammlung mit ihrer Anhängerschaft ausschied und einen selbständigen Verein gründete, der sich hinfort als den einzigen rechtmäßigen Träger der wahren Heilslehre ausgab. Nun kostete aber dieser Verein die Gräfin viel Geld und noch mehr Ärger, und deshalb mußte die Aussicht, von neuem alle Anhänger ihres unvergeßlichen Freundes einigen zu können, mit Zauberkraft auf sie wirken, sobald sich im anderen Lager in der Prinzipienfrage, die ihr am meisten am Herzen lag, Entgegenkommen zeigte. Wohl konnte sie auch jetzt das Mißtrauen nicht unterdrücken, das sie gegen

[1]) Auf einer Konferenz des demokratischen Wahlvereins Thüringens in Eisenach, auf der Bebel und Liebknecht sowie Arbeitervertreter aus Weimar, Erfurt, Gotha und Salzungen anwesend waren, wurde am 13. Juni die folgende Schweitzer empörende Resolution gefaßt: „Zur gemeinsamen Arbeit für die Lösung der sozialen Frage ist es nicht nur erforderlich, daß die Spaltungen unter den verschiedenen Fraktionen der demokratischen Arbeiterpartei aufhören, sondern auch, daß die demokratischen Arbeitervereine mit der gesamten demokratischen Partei geeint seien, daß namentlich bei gemeinsamen politischen Angelegenheiten, insbesondere bei Wahlen, die demokratische Partei und die demokratischen Arbeitervereine zusammengehen." Gleichzeitig war die Wahl eines ständigen Ausschusses beschlossen worden, der aus je 5 Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der Volkspartei bestehen sollte.

Schweitzers Charakter empfand. Aber sie hoffte, daß die „unverfälschte Organisation Lassalles", wäre sie erst einmal von neuem eingeführt, selbst dann von dem größeren Verein beibehalten werden würde, wenn der Verschmelzung, über die sie jetzt verhandelten, keine Dauer beschieden wäre[1]).

Am 18. Juni verkündigten der deutschen Arbeiterwelt gleichzeitig der Socialdemokrat und die in Leipzig von gräflichem Gelde vegetierende Freie Zeitung durch eine pompöse gemeinsame Proklamation der Präsidenten Schweitzer und Mende die Auflösung der beiden Vereine und die Wiederherstellung des von Lassalle begründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mit dessen ursprünglichem Statut. Alle Mitglieder beider Vereine, die nicht ausdrücklich Widerspruch erheben würden, sollten auch als Mitglieder des neuen Vereins gelten. Eine sofortige Präsidentenwahl wurde angeordnet, während die Ernennung des Vorstands bis zur nächsten Generalversammlung durch die direkte Abstimmung der einzelnen Mitgliedschaften erfolgen sollte. Aber dieser ganze Komplex von Verfügungen wurde nicht offen oktroyiert, sondern nach berühmtem Muster einem sofortigen Plebiszit des „souveränen Volks" unterworfen, das nur mit Ja oder Nein stimmen durfte. Die Resultate der Abstimmung mußten bis zum 23. Juni in Berlin eintreffen, da für die Auflösung und Vereinigung beider Vereine der 24. vorgesehen war. Natürlich versuchte die Proklamation eine ausführliche Rechtfertigung des Wie und Warum dieses hastigen Vorgehens. Die Terminologie, in der sie abgefaßt war, entstammte dem Katechismus des orthodoxen Lassalleanertums Hatzfeldscher Richtung. Es hieß darin: „E i n e Arbeiterpartei, e i n Wille, e i n e Macht über ganz Deutschland! Ein Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein, gegründet auf die von Ferdinand Lassalle verkündeten Prinzipien und zusammengehalten durch die von ihm gegebene Organisation. . Unser Lehrer ist Ferdinand Lassalle; unser gemeinsames Ziel: die Verwirklichung dessen, was er uns verkündet; unser Boden: die Lassalleische Organisation, von welcher ihr Schöpfer uns zurief: „Ihr sollt sie aufrecht erhalten — sie wird Euch zum Siege führen". Zu diesem Heilsarmeejargon lieferte ein kurzer Artikel Schweitzers im Socialdemokrat den offiziösen politischen Kommentar. Er wollte die Wiedervereinigung als den wichtigsten Vorgang in der Parteigeschichte seit Lassalles Tode angesehen wissen. Und er mußte wohl Gründe haben, wenn er sich energisch gegen die Unterschätzung dieses Theatercoups verwahrte. Die in einem argen Marasmus steckende Hatzfeld-Mendesche Organisation zählte in ganz Deutschland kaum noch zweitausend Mitglieder, während der größere Verein über eine sieben-

[1]) Vgl. „Zur Schweitzer-Hatzfeld (Mende)schen Versöhnungskomödie in Demokratisches Wochenblatt 17. Juli. Hier wird natürlich als einziges Motiv Schweitzers bei der Fusion die Spekulation auf den Geldbeutel der Gräfin hingestellt. Gleichzeitig heißt es hier, daß diese Dame nur eine fixe Rente bezöge und als ziemlich geizig bekannt wäre. Die Vermögensverhältnisse der Gräfin mußte Liebknecht aus der Zeit nach Lassalles Tode kennen, wo er nach Bernhard Beckers Versagen vorübergehend ihr Vertrauensmann war.

fache Anhängerschaft gebieten mochte. Schweitzers Formulierung des Ereignisses hörte sich nach etwas Bedeutendem an: der eine der beiden bisherigen Vereine hätte seinen Hauptsitz in dem großen Industrierevier von Barmen-Elberfeld, der andere in dem bedeutenden Industriegebiet von Chemnitz; hinfort würden Rheinland und Sachsen, diese großen volksdichten Gaue, einander die Hände reichen und auch die Arbeiter der großen Seestädte Hamburg und Bremen nicht länger in feindlicher Trennung einander gegenüberstehen!

Wir besitzen keine ausreichenden dokumentarischen Belege über die Bedingungen des Einigungsvertrages zwischen Schweitzer und Mende. Die ausführlichsten Mitteilungen, die vorliegen, stammen von dem letzteren. Da aber Mende sie erst nach seiner erneuten Veruneinigung mit Schweitzer veröffentlichte, so liegt der Verdacht nahe, daß er den Inhalt des Abkommens nachträglich in einem für die Hatzfeldsche Sekte zu günstigen Sinne auslegte. Man tut deshalb gut, für die historische Darstellung die realen Interessen beider Parteien aufmerksam zu Rate zu ziehen. Die Wiedereinführung des alten Lassalleischen Statuts war natürlich die conditio sine qua non der Gräfin und ihrer Kreaturen. Aber gerade dieses Zugeständnis mußte jetzt auch Schweitzers Wünschen entsprechen, da er sich auf diese Weise mit einem Schlage von der auf der Elberfelder Generalversammlung verfügten Einschränkung seiner Diktatur befreit sah. Schwieriger war es für ihn, der Gegenseite in der Gewerkschaftsfrage genügende Zugeständnisse zu machen. Und seine und Mendes Version[1]) über die auf diesen Punkt bezüglichen Vereinbarungen widersprechen sich in einem gewissen Umfange. Auch nach Mende hätte Schweitzer erklärt, die sofortige Auflösung der Gewerkschaften wäre nicht durchführbar. Wohl aber soll er seine Bereitwilligkeit gezeigt haben, sie alsbald, soviel wie angängig, in den Hintergrund zu drängen und nach einer möglichst kurzen Frist gänzlich zu beseitigen. Aus dieser Angabe bestritt Schweitzer später, daß er versprochen hätte, die Gewerkschaften *mehr als bisher* in den Hintergrund drängen zu wollen. Von Anfang an hätten sie dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gegenüber eine untergeordnete Stellung eingenommen, weiter aber wolle er sie nicht herabgedrückt wissen. Ganz wie bisher, so schrieb er, würden organisierte Arbeitseinstellungen auch in Zukunft gefördert werden, wenn ein vernünftiger Zweck für sie vorläge! Im Laufe der Unterhandlungen, zu denen die Gräfin auf seinen ausdrücklichen Wunsch hinzugezogen wurde, hatte Schweitzer vermutlich durchblicken lassen, daß sein Interesse an den Gewerkschaften sich abgekühlt hätte. Vielleicht hatte er auch mündlich zugesagt, daß er sich künftig weniger als bisher für diese Bewegung ins Zeug legen würde. Unwahrscheinlich aber ist, daß er förmliche

[1]) Vgl. Mende, Herr J. B. v. Schweitzer und die Organisation des Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Ein Antrag an den Vorstand Leipzig 1869, und Schweitzer im Socialdemokrat vom 10. Oktober 1869.

Versprechungen in der kategorischen Form, wie Mende es behauptet, abgegeben hätte. Ein Jahr zuvor, als er mit schöner Energie die Gewerkschaftsbewegung in Fluß brachte, da war für ihn der Wunsch bestimmend gewesen, der Fortschrittspartei und Bebel und Liebknecht den Rang abzulaufen. Um so sicherer hoffte er damals, sich zu der ausschlaggebenden Persönlichkeit in der deutschen Arbeiterbewegung aufzuschwingen, wenn es ihm gelang, auch auf gewerkschaftlichem Gebiet jene unbestrittene Führung zu erobern, die er in politischen Fragen über den bestorganisierten Teil der Arbeiterschaft bereits besaß. Nun hatte aber die Entwicklung des Arbeiterschaftsverbandes keineswegs zu jenem politisch schnell verwertbaren Erfolg geführt, auf den Schweitzer gehofft hatte. Mit Recht wunderte sich bereits in Cassel Fritz Ellner über die trockene und wenig begeisternde Form, in der er den ersten Kongreß des Verbandes einberufen hatte. Diesen Mann lüsterte es nach Erfolg, nach Einfluß und Herrschaft; eine uneigennützige Hingabe an eine Sache lag außerhalb der Grenzen seiner Natur. Nun hatten seit dem Berliner Kongreß seine gefährlichsten Konkurrenten auf seine Kosten einen bedrohlichen Machtzuwachs erfahren, während in den Reihen des eigenen Vereins die Unzufriedenheit mit seiner Diktatur im schnellem Zunehmen begriffen war. Unter solchen Umständen konnte ein Zweck, der nicht unmittelbar der Verteidigung und der Rückeroberung seines Einflusses zugute kam, ihm nicht mehr viel gelten. Der Kampf um die Führung der erwachenden Arbeiterklasse mußte sich, wie die Dinge in Deutschland lagen, nicht auf gewerkschaftlichem, sondern auf politischem Gebiet abspielen. Die Konzentrierung aller Kräfte auf den wesentlichsten Punkt hatte er stets in der Theorie gelehrt, in der Praxis geübt. Und so opferte dieser Mann, je mehr er auf das Niveau eines Abenteurers herabsank, um so unbedenklicher die Gewerkschaften nicht etwa der beschränkten Buchstabenfuchserei seiner neuen Kumpane, sondern dem Gebot des eigenen momentanen Vorteils, der ihm höher stand als das Wohl der Arbeiter. Seine zahllosen Feinde kolportierten damals eine Äußerung, die er in einer unbewachten Stunde zu dem Wiesbadener Bevollmächtigten von Bonhorst getan haben sollte. Diesem hätte er gesagt, daß er die Arbeiterbewegung nicht zu stark werden lassen dürfe, wenn er sie immer in der Hand behalten wolle. Beobachtete Schweitzer die zunehmende Selbständigkeit und Zielbewußtheit des politisch regen Teils des Proletariats, so konnte er sich in der Tat der Befürchtung nicht verschließen, daß die Massenbewegung, wenn sie erst die Hunderttausende umfaßte, nicht mehr allein von einem Punkte aus zu leiten sein würde. Aber der Zögling der Aschaffenburger Jesuiten hatte es in der Kunst des Schweigen- und Ansichhaltenkönnens frühzeitig zu hoher Fertigkeit gebracht, und schwerlich würde er, selbst im vertrauten Gespräch, sich unvorsichtig dekouvriert haben!

Die Vorteile, die sich Schweitzer von dem Abkommen mit der Hatzfeldschen Partei versprach, sind leicht zu erkennen. Die mit dieser Verschmelzung ver-

bundene Rückkehr zu dem Statut von 1863 beseitigte dauernd oder doch wenigstens vorübergehend jene Überwachung des Präsidenten durch den Vorstand, die man in Elberfeld beschlossen hatte, und die Schweitzers Eigenliebe tiefer verletzte, als seine Klugheit zu erkennen gab. Außerdem verstärkte eine Verbindung mit den auf die Lassallesche Organisation eingeschworenen Gefolgsleuten der Gräfin in der eigenen Partei den Widerstand gegen die seiner Herrschsucht unbequemen Dezentralisationstendenzen, die namentlich in den zu der Nürnberger Mehrheit hinneigenden Mitgliedern eifrige Fürsprecher besaßen. Endlich rechnete er wohl auf die Massen der sächsischen Industrie- und Heimarbeiter, die Försterling und Mende in den Reichstag entsandten, und mit deren Hilfe Liebknecht und Bebel im Zentrum ihrer Agitation mit größerem Erfolge als bis dahin bekämpft werden konnten.

Nur eine kurze Bedenkzeit hatten Schweitzer und Mende ihrem souveränen Volke gelassen. Ihre Hast begründeten sie nachträglich damit, daß sie das preußische Vereinsgesetz verletzt hätten, als sie miteinander in Beziehung traten, und daß deshalb die Polizei beide Vereine hätte auflösen können, bevor der neue Verein konstituiert war. In Wirklichkeit hatte Schweitzer den Termin für seinen Coup im voraus genau berechnet und den Tag so gewählt, daß vor der Abstimmung weder eine Nummer des Demokratischen Wochenblatts erscheinen, noch selbst seinem Vorhaben feindliche Zuschriften an den Socialdemokrat gelangen konnten[1]). Für den Erfolg seines Staatsstreichs schien ihm am meisten darauf anzukommen, daß die Massen durch Überrumpelung vor eine Entscheidung gestellt würden, bevor die Führer der Opposition sie über die wahre Tragweite des Ereignisses aufgeklärt hätten. Hierfür hatte er seine Vorkehrungen gut getroffen, und als jetzt die überwältigende Mehrzahl der Gemeinden so stimmte, wie er es gewünscht hatte, da glaubte er sich schon des Sieges sicher. Selbst der Vorstand in Hamburg widersetzte sich der eigenen Auflösung nicht länger, nachdem ihm Tölcke in Schweitzers Auftrag die Motive des Staatsstreichs plausibel gemacht hatte. Freilich in bezug auf zwei Punkte ließen die Hamburger den Präsidenten auch jetzt noch nicht locker: sie verlangten Garantien dafür, daß die Gräfin Hatzfeld nicht von neuem im Verein zu Einfluß käme und forderten das Versprechen, daß er selbst auf der ersten Generalversammlung des neuen Vereins die Wiederherstellung der in Elberfeld beschlossenen Statutenänderung beantragen würde[2]). Schweitzer mußte alles daran liegen, erst einmal fahrlos über das Provisorium hinwegzukommen, und deshalb gewährte er die Bedingungen des Vorstandes schlankweg, ohne sich vorläufig über die Erfüllung Skrupel zu machen. Aber gleich darauf verschnupfte es die Hamburger empfindlich, als der

[1]) Vgl. Rippoldt in Zukunft vom 25. Juni.

[2]) Vgl. den Aufruf von Geib und Genossen vom 27. Juni im Demokratischen Wochenblatt vom 3. Juli und dazu Tölcke, a. a. O. p. 70.

Socialdemokrat eine gewundene Erklärung veröffentlichte, die ebenso gut besagen konnte, daß die Gräfin sich zurückzuziehen beabsichtige, wie daß sie diesen Entschluß von neuem aufgegeben hätte. Die Leitung der Partei, so hieß es dort, stände selbstverständlich lediglich dem Präsidenten zu, aber die Einigung wäre keine vollständige gewesen, wenn man die um ihre Verwirklichung verdiente langjährige Freundin Lassalles von ihr ausgeschlossen hätte[1]). Es muß an dieser Stelle erwähnt werden, daß die Gräfin mittlerweile bereits bei verschiedenen Anlässen der Ebbe der Vereinskasse aufgeholfen hatte, sodaß neben den politischen auch finanzielle Gründe Schweitzer bestimmen mußten, auf seine alte Feindin Rücksicht zu nehmen[2]).

So wurden denn programmäßig die beiden Konkurrenzvereine am 24. Juni aufgelöst und am gleichen Tage die Wiederaufrichtung des Muttervereins proklamiert, aus dem beide Lassalleanischen Richtungen hervorgegangen waren. Für die kurze Spanne Zeit bis zu der auf das Ende des Monats festgesetzten Präsidentenwahl hatte Schweitzer, um Mendes Eitelkeit Rechnung zu tragen, diesem das Präsidium freiwillig überlassen. Dafür verzichtete der andere aus Gesundheitsrücksichten und „um aller Rivalität die Spitze abzubrechen" auf seine Kandidatur bei der definitiven Wahl.

Aber der Vorsprung von wenigen Tagen, den Schweitzer sich gesichert hatte, sollte ihm nur vorübergehenden Vorteil bringen. Eine dauernde Unterdrückung aller oppositionellen Regungen lag nicht mehr in seiner Gewalt, seitdem außerhalb des von ihm diktatorisch regierten Vereins eine neue Arbeiterpartei sich konsolidierte und ihre Beziehungen bereits bis in die Reihen der Vereinsmitglieder hineinreichten. Darüber gab sich Schweitzer keinen Illusionen hin, daß sein „Staatsstreich" zum sofortigen Wiederausbruch des Krieges mit Liebknecht und Bebel führen mußte. Diesen beiden Männern, die gleich zahlreichen angesehenen Persönlichkeiten im Lassalleanischen Lager unermüdlich für eine Verschmelzung der beiden größten deutschen Arbeiterparteien agitierten, bewies die Fusion mit der Hatzfeldschen Sekte endgiltig, daß ihre Wünsche bei ihm niemals Entgegenkommen finden würden. Hatte er sich doch jetzt von neuem feierlich auf die für die Arbeitervereinspartei schlechthin unannehmbare Lassallesche Organisation festgelegt und damit die schwachen Brücken abgebrochen, die man im April unter dem Druck der in Elberfeld bei seinen Anhängern zu Tage getretenen Stimmung gezimmert hatte. Hinfort mußte es aller Welt deutlich sein, daß ihm an der Aufrechterhaltung seiner Diktatur mehr lag als an dem raschen Erstarken der Arbeiterpartei[3]). Selbst Anhänger, die bis dahin, von seiner Begabung ge-

---

[1]) Für die Vorgeschichte dieser Erklärung vgl. Mende a. a. O. p. 55.

[2]) Schweitzer selbst erwähnt nur „ein unerhebliches Geschenk bei der Vereinigung und kurz nachher". Vgl. Socialdemokrat, 19. Januar 1870 Anmerkung.

[3]) Ein Aufruf des Berliner Demokratischen Arbeitervereins gegen das „imperial-sozialistische Demagogentum" und „die bewußten oder unbewußten Werkzeuge des Cäsaris-

blendet, über die Schwächen seines Charakters hinweggesehen hatten, durften sich jetzt zum ersten Male mit Recht eingestehen, daß Schweitzer den Bedürfnissen der Bewegung, die ihm unendlich viel verdankte, aus persönlichem Egoismus zuwidergehandelt hatte.

Liebknecht und Bebel gegenüber beschloß Schweitzer das Prävenire zu spielen. In aller Form kündigte ihnen der Socialdemokrat vom 23. und 25. Juni den Waffenstillstand indem er den dokumentarischen Nachweis dafür erbrachte, daß ihre thüringische Agitation auf die Untergrabung der Zentralisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gerichtet war[1]). Nicht nur die Einigkeit unter den Arbeitern hätten sie dadurch gestört, daß sie der Arbeiterpartei das verschwommene Programm der bürgerlichen Demokratie angepriesen, sondern ihr Bestreben, die altbewährte Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu brechen, ziele direkt darauf hin, die Partei in möglichst selbständige Gruppen aufzulösen, auf daß überall Platz würde für eitle Burschen, die eine Rolle spielen wollten! Für einen vernünftigen Menschen bedürfe es angesichts solcher Tatsachen kaum noch der Bemerkung, daß mit diesen Gegnern des Bestehens einer selbstständigen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, welche die Arbeiter ins Schlepptau der Bourgeoisdemokratie locken wollten, keine wirkliche Vereinigung, sondern höchstens ein fauler äußerer Frieden möglich wäre. Unter der heuchlerischen Miene der Freundschaft und des Friedens suchten sie, Unordnung und Zank in die Reihen des Vereins zu bringen. Dieser müsse sie deshalb als seine Feinde betrachten und einer solchen Einsicht entsprechend behandeln!

Aber nicht nur die Männer des Demokratischen Wochenblatts, des Verbandes der Arbeitervereine und der Sächsischen Volkspartei erhoben Widerspruch gegen das Vorgehen des Diktators. Auch in den Kreisen des Vereins selbst erweckte der in dem Staatsstreich zum Ausdruck kommende Statutenbruch eine stürmische Opposition, die Schweitzer vergebens niederzuschlagen suchte, bevor sie sich zu einer regelrechten Fronde organisieren konnte. Die Gothaer Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hatte bereits am 20. Juni auf die erste Kunde hin an alle anderen Gemeinden ein hektographiertes (von Nippoldt unterzeichnetes) Zirkular gerichtet, das gegen Schweitzers Vorgehen scharf protestierte, für die herannahende Präsidentenwahl seine Ersetzung durch den

mus", aber zugunsten der internationalen und „ehrlichen" Sozialdemokratie wirft Schweitzer nicht ohne Berechtigung vor, daß er „eine im ersten Anfang der Bewegung allerdings gerechtfertigt gewesene, jetzt aber die Weiterentwicklung der Partei hemmende Organisation mit heuchlerischen Scheingründen und durch verwerfliche Mittel zur Befriedigung seines persönlichen Interesses und Ehrgeizes aufrecht zu erhalten sucht." (Abgedruckt in der Zukunft vom 14. Juli.)

[1]) Vgl. Tölcke an Nippoldt vom 28. Juni und Nippold an Schweitzer vom 21. Juni im Demokratischen Wochenblatt vom 3. Juli, ferner Schweitzers Kommentar zu Nippoldts Brief im Socialdemokrat, 25. Juni.

über eine solche Art von Einigung empörten York forderte und zu einem Kongreß nach Gotha einlud, auf dessen Tagesordnung die Vereinigung aller sozialdemokratischen Arbeitervereine gesetzt werden sollte. In der Begründung der Vorschläge hieß es, Lassalle wäre ein zu ehrlicher Demokrat gewesen, als daß er, wenn er noch lebte, jetzt nicht selbst für die Änderung der Statuten und die Abschaffung der Diktatur eintreten würde. Dem „Ränkeschmied" Schweitzer wird es als Unehrlichkeit angerechnet, daß er „um eine ca. 1500 Mitglieder zählende Partei in eine ca. 15 000 Mitglieder zählende hineinzuziehen", ohne Befragung des Vorstandes, das demokratische Statut seines Vereins durch das monarchische der schwächeren Gruppe ersetzt hätte. Die Gothaer scheuten sich nicht, bis das Elberfelder Statut, das ihre Mindestforderung darstellte, zu Recht wieder hergestellt wäre, ihre förmliche Lostrennung zu vollziehen. Schweitzer hatte kurz zuvor Nippoldt durch den Vereinssekretär Tölcke wegen der am 13. Juni in Eisenach gefaßten Resolution[1]) zur Rede stellen lassen. Aber ein trotziges Antwortschreiben, das ihm zuging, belehrte ihn, daß jener von Bebel beherrschten Versammlung Vertreter aller Thüringischen Mitgliedschaften[2]) des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins beigewohnt, und daß sie alle für die beanstandete Resolution gestimmt hätten, die übrigens auch an den anderen Plätzen, die Bebel besuchte, votiert worden seien. In Schweitzers Augen bedeutete eine solche selbständige politische Stellungnahme von Mitgliedern einen Akt ungeheurer Insubordination, und deshalb erklärte er, daß er sämtliche Mitglieder in Thüringen als abgefallen betrachte. Doch meinte er gleichzeitig, die Entsendung einiger guter Agitatoren werde hinreichen, um binnen weniger Wochen den Verein in jenen Gauen mächtiger als zuvor wiedererstehen zu lassen!

Aber nur wenige Tage vergingen noch, da mußte Schweitzer einsehen, daß er es diesmal mit einer ungleich gefährlicheren Rebellion zu tun hatte, als bei irgend einem früheren Anlaß. Vieles spricht dafür, daß zwischen Bebel und Liebknecht und mehreren einflußreichen Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, besonders Bremer in Magdeburg und Bracke in Braunschweig, schon Verhandlungen geschwebt haben, die auf die Abschaffung seiner Diktatur hinzielten, bevor er sich mit seinem Staatsstreich in das offenbarste Unrecht setzte.

---

[1]) p. 306 Anmerkung.

[2]) Die Thüringer Mitgliedschaften sandten aus Opposition gegen Schweitzer bereits seit längerer Zeit ihre Beiträge nicht mehr ein. So berichtete wenigstens Bebel im Berliner Demokratischen Arbeiterverein. Vgl. Zukunft 27. Juni. Dort forderte Bebel auch auf, ihm Details aus Schweitzers Privat- und Parteileben mitzuteilen, um davon gegen ihn Gebrauch zu machen. Weil Bebel für diese Aufforderung nicht zur Ordnung gerufen wäre, erklärte Hasselmann es Schweitzers unwürdig, wenn er in einer Versammlung dieses Vereins erschienen wäre, wo Metzner gegen ihn sprach und zu deren Besuche man ihn aufgefordert hatte. Diese Versammlung wurde von den Lassalleanern gesprengt. Vgl. Zukunft 6. Juli.

Schweitzer selbst kam hernach zu Ohren, daß die Gefängnishaft, die er bald hätte antreten müssen, für das Losschlagen abgewartet werden sollte. Als aber nun der Staatsstreich erfolgte, da fand unmittelbar nach seinem Bekanntwerden in Magdeburg zwischen Bebel und Bremer eine Konferenz statt, in der über eine nun keinen Aufschub mehr gestattende Aktion Beschlüsse gefaßt wurden[1]).

Am 22. Juni vollzogen der Vereinskassierer Bracke in Braunschweig, York in Harburg, Bremer in Magdeburg, Spier in Wolfenbüttel, Ellner in Frankfurt a. M. im Bunde mit mehreren anderen angesehenen Vereinsmitgliedern ihren Austritt aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Zugleich erließen diese Männer eine scharfe Absage an den Präsidenten Schweitzer und einen Aufruf zur Beschickung eines allgemeinen Kongresses der gesamten sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands, auf dem der Grund zu einer wirklich demokratischen Organisation der Partei im Anschluß an die internationale Bewegung gelegt werden sollte. Was sie an Schweitzers Verfahren verurteilten, das sprachen sie aus: die Überrumpelung der Mitglieder, die Übergehung des Vorstandes, die Vernichtung des Reformwerks von Elberfeld, die Oktroyierung eines Statuts, das früher zu dem erbittersten Zwiespalt Veranlassung gegeben hätte, und das dem Präsidenten von neuem die unumschränkteste Gewalt verlieh. Offen bekannten sie, daß Schweitzers Staatsstreich einen schon seit langer Zeit von vielen Mitgliedern des Vereins gegen ihn gehegten Argwohn zur Gewißheit erhöbe, sie wären nunmehr überzeugt, daß dieser Mann, der den Verein lediglich zur Befriedigung seines Ehrgeizes benutze, ihn auch zum Werkzeug einer arbeiterfeindlichen reaktionären Politik herabwürdigen wolle: „Wer die Einigung eines Teils der sozialdemokratischen Arbeiter empfiehlt, ohne dabei mit aller Energie auf die Einigung der *gesamten Partei* zu wirken, welche ihr allein Macht und Einfluß verschaffen kann, wer durch Einigung *eines Teils* in *diesen* Formen die Einigung *aller* Teile *unmöglich* macht, und wer dies tut mit rührenden, von Bruderliebe überfließenden Worten, der ist ein elender Heuchler; und wer dann diejenigen, welche sich den gestellten schmachvollen Bedingungen nicht fügen, sondern etwas Größeres, etwas Erhabeneres erstreben, als Gegner der Einigung überhaupt brandmarken will, ist ein Jesuit ohne gleichen." Nach solchen wuchtigen und zum größten Teile gerechten Keulenschlägen gegen den Charakter des Präsidenten enthüllten diese alten Lassalleaner mit einer so schonungslosen Offenheit, wie es von solcher Seite bisher niemals geschehen war, die Schäden der zentralistischen Organisationsform, zu deren eifrigsten Vorkämpfern sie bis vor kurzem gehört hatten. Die Empörung darüber, daß Schweitzer und Mende es gewagt hätten, die Mitglieder des Vereins „wie eine Herde Schafe" zu „verschachern", habe ihnen die Augen geöffnet. Sie hätten eingesehen, daß eine Organisation,

[1]) Vgl. Vadersens Brief vom 1. Juli im Socialdemokrat, 4. Juli.

mit welcher der Wille eines Einzelnen so ungeheuren Mißbrauch treiben könnte, keine Faser von demokratischem Geist in sich hätte, und daß in ihr ferner zu wirken einer Verschwendung ihrer besten Kräfte gleichkommen würde. Der gegenseitige Haß, der die sozialdemokratischen Arbeiter gegen einander erfülle, sei nur künstlichen Ursprungs, und es könne dem wahrhaft souveränen Volke deshalb nicht schwer fallen, zu einer würdigen Einigung der Gesamtpartei den Weg zu finden! Dieser Proklamation kommt historische Bedeutung zu, denn sie schlug endgültig die Brücke zwischen einem Teile der bisherigen Anhängerschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und dem von Bebel und Liebknecht geführten Verbande. Bebel und Liebknecht war es nicht zu verdenken, wenn sie jetzt aus voller Brust Triumph schrieen. Dennoch fragte es sich noch immer sehr, in welchem Umfange die Massen der Vereinsmitglieder den abfallenden Führern ins gegnerische Lager folgen würden! Natürlich nahmen die Leipziger angesichts einer für sie so günstigen Lage der Dinge den Fehdehandschuh, den Schweitzer ihnen hinwarf, mit Vergnügen auf. Ihnen mochte es ausgemacht erscheinen, daß der Sturz des Verhaßten, den sie endlich ganz nahe zu sehen glaubten, gleichbedeutend sein würde mit der sofortigen Einigung der Arbeiterpartei auf der von ihnen geforderten international-demokratischen Grundlage!

Mit dem System des Totschweigens war es für Schweitzer jetzt nicht mehr getan, seine politische Existenz stand auf dem Spiel, und da tat es not, zu reden und zu handeln. Doch niemals verriet sich der bonopartistische Charakter[1]) seines ganzen Systems so deutlich, wie in diesem für ihn so gefährlichen Zeitpunkt. Spielte er doch jetzt das Plebiszit des souveränen Volkes gegen das weniger demokratische Repräsentativprinzip aus, auf dem die Generalversammlungen beruhten, und suchte er doch mit eiserner Stirn den Kampf, der jetzt im Schoße der Partei entbrannte, so darzustellen, als ob nur die individuelle Anmaßung und die persönliche Eitelkeit lokaler Größen sich gegen den in der Person des Präsidenten verkörperten Gesamtwillen der Partei empört hätten! Auch beschönigte er

[1]) „Die Gleichartigkeit beider Systeme geht bis ins Lächerliche: Der Cäsar in den Tuilerien pocht auf den Willen des Volkes, der in Berlin gerade so, aber beide fälschen und verwirren die öffentliche Meinung, Genies im Schwindel, wie sie sind, durch den großartigsten Aufwand von Sophistik und Phrasendrechslerei, der Cäsar in den Tuilerien betont fortwährend die Notwendigkeit einer starken Staatsmacht, der in Berlin die Notwendigkeit einer strikten Organisation, aber beide verstehen darunter nichts anderes, als die unumschränkte persönliche Herrschaft — l'Etat c'est moi, das französische Volk bin ich; die Sozialdemokratie bin ich; von Cäsars Gnaden kommt das bißchen Freiheit, das die Franzosen besitzen, ein Geschenk des Allmächtigen, von Schweitzers Gnaden wird der Bruchteil der in Barmen-Elberfeld gemachten Errungenschaften kommen, welchen er den schlau in seinen Sack eskamotierten Arbeitern zu gewähren mit der Zeit geruhen wird". (Brief des Freiburger Vertrauensmanns des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Rüdy an von Bonhorst im Demokratischen Wochenblatt vom 10. Juli 1869.)

seinen „Staatsstreich“ damit, daß er das souveräne Volk ostentativ für kompetenter und berufener erklärte als dessen Vertreter auf Kongressen. Die von ihm abgefallenen Führer nannte er „neumodische Demokraten, die eine Aristokratenregierung in die Partei einführen möchten“, und das Volk wie eine Herde Schafe behandelten.. Die Mehrheit des Vereins hätte die Verschmelzung mit der Hatzfeldschen Partei genehmigt; ein wirklicher Demokrat füge sich der Mehrheit. Eine Herde Schafe freilich könne nicht selbst entscheiden, sie gebrauche den Rat von Geistesriesen, wie es die Unterzeichner jener Erklärung wären! Mit diabolischer Geschicklichkeit versuchte Schweitzer immer von neuem, „die kräftigen naturwüchsigen Männer des Volks“, welche die Wiedervereinigung aller Lassalleaner bejubelt hätten, gegen die abtrünnigen „Führer und Literaten“ auszuspielen. Die Aufstellung von Yorks Präsidentschaftskandidatur durch die Gothaer Gemeinde wird ihm ein willkommener Anlaß, um auch aus dem Wahlakt ein Plebiszit zu machen. Durch ihre Abstimmung mögen die Vereinsmitglieder auf die Frage antworten, ob sie an der Organisation Lassalles festhalten wollten oder nicht! Mehr als je zuvor identifizierte Schweitzer jetzt seine Persönlichkeit mit der Organisation Lassalles. Er wolle in Ruhe die Entscheidung abwarten, ob die Partei den ungeheuren Fortschritt, der in der Organisationsidee Lassalles läge, aufgeben wolle, um wieder zu den alten Vereinsklausen des Liberalismus zurückzukehren. Falle das Plebiszit gegen York aus, so möge dessen Anhang den Verein verlassen und eine eigene Organisation gründen, in die sich natürlich sogleich alle Bourgeoiselemente einnisten würden, die es auf die Verfälschung der Arbeiterbewegung abgesehen hätten. Die Einigung von Tausenden von Arbeitern, die sich bisher feindlich gegenüber gestanden hätten, würde mit dem Verlust einiger Agitatoren und Nichtarbeiter nicht zu teuer erkauft sein. Die Partei brauche nichts als die Arbeiter, welche die Lehre und Organisation Lassalles verständen und einen nach innen und außen unabhängigen Führer, der das Vertrauen der Arbeiter besäße. Eine Partei, die ihren Führer nach dem allgemeinen Stimmrecht wähle, gehorche nur sich selbst, indem sie *ihm* gehorche! Wer auch immer Präsident des Vereins werden möge — in *eiserner* Hand müsse er die Fahne vorantragen! Folgten ihm festen Schritts die Arbeiterbataillone, so würden sie siegen! Anders niemals!

Schweitzer entfaltete in diesen Tagen eine fieberhafte Tätigkeit. Während er selbst in der Hauptstadt verblieb, um in dieser kritischen Zeit den Socialdemokrat zu inspirieren und die durch den Abfall des Kassierers Bracke erschwerten Vereinsgeschäfte im Gang zu erhalten, entsandte er die getreuesten und geschicktesten seiner Anhänger nach allen Richtungen der Windrose, damit sie den Abfall unsicherer Gemeinden verhinderten und die festen Bollwerke der Popularität des Präsidenten gegen jeden Auflehnungsversuch stark machten. Tölcke begab sich nach Südwesten, wo es in Kassel bedenklich gärte und in Frankfurt zur offenen Empörung gekommen war, Lübkert ging nach Bayern, dessen Gemeinden samt

und sonders schwierig wurden, und Liebischs Aufgabe sollte es sein, den Abfall von Hannover zu verhindern. Während Tölcke wenigstens in Kassel mit einigem Erfolge auftrat und in Mainz einen Pyrrhussieg erstritt, mühte Lübkert sich vergebens ab, die hartköpfigen Bayern zur Raison zu bringen. Am 3. und 4. Juli erfolgte auf einem Arbeitertag in Nürnberg, der gleichzeitig von Mitgliedschaften des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wie Augsburg und München und von zur Nürnberger Mehrheit stehenden Arbeitervereinen wie Nürnberg, Fürth und Bamberg beschickt war, die Gründung einer sozialdemokratischen Partei in Bayern. Dieser partikularistische Akt widersprach zweifellos dem Wesen und der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, er rechtfertigte sich aber durch den provisorischen Charakter der damaligen Situation, der es den an den Kämpfen der norddeutschen Genossen weniger beteiligten Bayern nahe legte, Gewehr bei Fuß die Ereignisse abzuwarten. Das Demokratische Wochenblatt äußerte darüber auch seine Befriedigung, während Schweitzer in ungeheucheltem Entsetzen über den Partikularismus der bayrischen Arbeiter sich die Frage entschlüpfen ließ, ob Lassalle denn wirklich umsonst gelebt hätte?

Trotz alledem trug der Diktator im Socialdemokrat eine nur teilweise geheuchelte Siegeszuversicht zur Schau. Elberfeld-Barmen und Hamburg, die „beiden Säulen des Vereins“, standen fest zu ihm, die Hamburger Arbeiter ließen sogar ihren Führer Geib rücksichtslos fallen, als dieser jetzt, weil Schweitzer die dem aufgelösten Vorstand gegebenen Versprechungen nicht hielt, mit Yorck und Bracke gemeinsame Sache machte. Auch die Berliner Gemeinde, in deren Mitte der Präsident ständig persönlich wirksam war, hielt unbeirrt bei ihm aus. Dennoch lautete es forciert optimistisch, wenn der Socialdemokrat vom 30. Juni die Hoffnung ausdrückte, daß die ganze Krisis in wenigen Wochen überwunden sein werde. Doch vor noch bewußteren Unwahrheiten scheute Schweitzer nicht zurück, seit er für seine politische Existenz zu kämpfen hatte. Er wagte es, neben anderen ungeheuerlichen Verleumdungen, seinen Lesern die Mär aufzutischen, daß Bebel und Liebknecht so gut wie gar keinen Anhang unter den Arbeitern besäßen und daß selbst in Sachsen nur wenige Arbeiter zur „sogenannten Volkspartei“ gehörten.

Aber diese Behauptung ging Bebel über das Maß des Erträglichen. Er schrieb an Schweitzer einen offenen Brief, in dem er gegen dessen „bekannte Unverschämtheit und Verlogenheit“ die gröbsten Register aufzog, gleichzeitig aber in seiner nicht sehr kritischen Art bedenkliches und unbedenkliches vermengte. Um den angeschossenen Gegner völlig zu töten, nahm jetzt auch er, wie schon früher Liebknecht, das Privatleben Schweitzers unter die Lupe. Es ging über seinen Horizont, daß ein Mann ohne Vermögen elegante Equipagen benutzte, in schöner Gesellschaft in Theaterlogen saß und einflußreiche Anhänger, die er sich warm halten wollte, mit Champagner regalierte. Ließ sich nun auch eine solche Lebensweise, wenn sie wirklich, wie vielfach behauptet wurde, diejenige Schweitzers war, von einem ethischen Gesichts-

punkt aus nicht verteidigen, so war seine „Käuflichkeit“ dadurch nicht erwiesen, und noch weniger war er deshalb ein Verräter, weil sein Reichstagskollege Prinz Albrecht von Preußen ihm im Sitzungssaal die Hand schüttelte und ihn bei irgend einem Anlaß fragte, weshalb er nicht das Wort ergriffen hätte. Als bedenklicher konnte man seine freundschaftlichen Beziehungen zu Regierungsrat von der Goltz im Berliner Polizeipräsidium auffassen, die ihm, wenn er sich in Haft befand, manche Vergünstigung eingebracht zu haben scheinen. Aber aus dem Studium der Personalakten erhält man nur den Eindruck, daß dieser Beamte seinen gelegentlichen Verkehr mit dem sozialdemokratischen Führer für dienstliche Zwecke ausgenutzt hat; über Schweitzers Gesundheitszustand und private Finanzen war man im Polizeipräsidium oftmals erstaunlich gut unterrichtet!

Bebel hätte es nicht nötig gehabt, zu beweisen, daß er und Liebknecht wirklich eine Arbeiterpartei hinter sich hatten. Dennoch unterzog er sich dieser Aufgabe am Schluß seines „Offenen Briefes“. Er machte alle Orte namhaft, deren Arbeitervereine auf dem Boden des Nürnberger Programms standen und Schweitzer lud er ein, bei diesen Vereinen seine Bekehrungsversuche zu beginnen. Die meisten der aufgeführten Orte lagen im Königreich Sachsen und in den angrenzenden Landschaften, wie Thüringen und Franken, dann folgten Württemberg, Baden und die Pfalz, auf norddeutschem und besonders auf preußischem Boden hatte die Partei noch immer nur ganz vereinzelte Ableger.

Inzwischen entfalteten die von Schweitzer abgefallenen Führer in den wöchentlich von ihnen ausgegebenen Flugblättern[1]), in dem ihnen bereitwillig zur Verfügung gestellten Demokratischen Wochenblatt und in zahlreichen Versammlungen eine überaus lebhafte Agitation. Ihnen mußte alles daran liegen, eine möglichst große Anzahl der Mitgliedschaften des Vereins mit sich zu reißen. Nicht alle von ihnen hatten Glück bei diesem Unterfangen, so manchen ließen die Massen im Stich, als er sie von der Fahne Lassalles fortlocken wollte. Die kompakte Mehrheit der Leser des Socialdemokrat wollte nun einmal nichts

---

[1]) In einem dieser Flugblätter (abgedruckt im Demokratischen Wochenblatt vom 10. Juli) werden die sachlichen Trennenspunkte zwischen den Sezessionisten und Schweitzer besonders scharf zusammengefaßt. Dort heißt es u. a.: „Die Personenfragen sind durchaus Nebensache. Erkennen die Arbeiter an, daß es in Deutschland außerhalb des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ehrliche Sozialdemokraten gibt, erkennen sie ferner an, daß eine einheitliche Organisation aller dieser bisher in verschiedenen Fraktionen geteilten Glieder *einer* Partei nötig ist . . . , so ist es ihre Pflicht, mit uns für das Zustandekommen des Kongresses zu wirken. Dann können die Arbeiter auch keine Minute mehr mit Herrn von Schweitzer zusammengehen, der die übrigen Fraktionen der Sozialdemokratie in Deutschland haßt und mit der größten Erbitterung bekämpft . . . Entweder Herr von Schweitzer hat Recht, dann muß man alles bekämpfen, was nicht Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein ist, oder *wir* haben Recht, und dann muß mit allen Mitteln die Einigung der Partei erstrebt und Herrn von Schweitzer sein unsauberes Befeindungshandwerk gelegt werden“.

wissen von einer Gemeinschaft mit der „bürgerlichen Demokratie". Deshalb konnte das Organ Schweitzers, als Bracke, der einzige, dessen Abfall ihm ein Wort des Bedauerns entlockte, zum Kassierer der Aufstandsbewegung ernannt wurde, mit einem Schein von Recht sich die höhnische Bemerkung erlauben: Geld werde schon genug kommen, aber nicht von Arbeitern!

Es war denn auch für niemanden eine Überraschung, daß die Präsidentenwahl, die vorschriftsmäßig Ende Juni stattfand, in den meisten Gemeinden noch zu Schweitzers Gunsten ausfiel. In der Stadt freilich, wo die Arbeiter ihn am längsten kannten, galt der Prophet jetzt nichts mehr! In Frankfurt fielen auf ihn nur noch 16 Stimmen, während Geib, der nach Yorcks Ausscheiden aus dem Verein als der Kandidat der Opposition galt, 103 erhielt. Auch in Braunschweig und Wolfenbüttel, wo Bracke und Spier ihm bei den Arbeitern den Rang abliefen, war Schweitzers Stern erloschen. Die Arbeiter des industriereichen Chemnitz hatten sich, der Mendeschen Nichtigkeiten überdrüssig, der sächsischen Volkspartei zugewandt, während die Lassalleaner des Saalekreises und die Bremenser, trotz der Ablehnung des Hatzfeldschen Präsidenten, an Mendes Führerschaft festhielten. In zahlreichen Gemeinden war es überhaupt zu keiner Wahl gekommen. Aber die Hochburgen des Vereins in Rheinland-Westfalen, Hamburg, Berlin und viele andere Orte brachten Schweitzer erdrückende Mehrheiten. Die Proklamation, mit welcher der Wiedergewählte aus den Händen des „souveränen Volkes" die Würde von neuem entgegennahm, trug den Wünschen der Hatzfeldschen Richtung die weitgehendste Rechnung. Anscheinend glaubte Schweitzer es jetzt der Befestigung seiner Position schuldig zu sein, daß er völlig vor den Manen Lassalles kapitulierte. Der Fortbestand seiner Diktatur hing ab von der Aufrechterhaltung der straff zentralistischen Organisation. Gerade gegen diese richtete sich der Ansturm der Gegner, für die Hatzfelder aber war sie ein Heiligtum. Der Abfall Fritzsches[1]) und anderer Arbeiterschaftspräsidenten erleichterte ihm selbst auf gewerkschaftlichem Gebiet das Entgegenkommen gegenüber den neuen Freunden, die auch bei der Wahl des Vorstandes einem früheren Abkommen gemäß in erster Reihe berücksichtigt wurden! Das „kostbarste Juwel des Vereins" war jetzt bei diesen Männern besser aufgehoben als bei vielen von Schweitzers alten Mitkämpfern. Das Geld der Gräfin brauchte seine politische Haltung nicht zu beeinflussen; es war aber für ihn beschämend genug, daß die Wirren den Verein von neuem zwangen, sich Zuschüsse gefallen zu lassen, deren Unstatthaftigkeit niemand so treffend gegeißelt hatte, wie er selbst in den beiden ersten Jahren nach Lassalles Tode!

---

[1]) Vgl. über Fritzsches Abfall und die begleitenden Umstände dessen Hamburger Rede vom 8. Juli sowie seine Ausführungen im Demokratischen Wochenblatt vom 24. Juli. Über die Hamburger Rede berichtet Liebisch im Socialdemokrat 11. Juli, Schweitzer äußerte sich über Fritzsches Abfall im Socialdemokrat 7. Juli.

Es lag in den Verhältnissen, daß die von Schweitzer abgefallenen Elemente das Bestreben erfüllen mußte, sich mit der im Arbeitervereinsverband und in der sächsischen Volkspartei organisierten Anhängerschaft Bebels und Liebknechts zu einer über ganz Deutschland ausgreifenden Arbeiterpartei zu verschmelzen. Die Bewegung, die diesem Ziele zustrebte, hätte die sogenannte deutsche Sektion der Internationale gern unter ihre Ägide genommen, und Johann Philipp Becker, der den Diktator öffentlich in den Bann tat, versprach der in der Bildung begriffenen demokratisch-sozialistischen Partei Vorschub und Beistand. Auch Marx und Engels ließen jetzt Schweitzer fallen, Liebknecht durfte in seinem Wochenblatt erklären, daß der Generalrat der Internationale über jenen Mann genau so dächte wie er. Zu einer offiziellen Stellungnahme gegen den Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ließen sich die Londoner auch jetzt noch nicht bestimmen, sie legten Wert darauf, zu verbreiten, daß sie es für zweckmäßiger hielten, der deutschen Arbeiterbewegung ihre vollständige Unabhängigkeit zu belassen und sich nicht tätig einzumischen[1]). Die Konstituierung der neuen Partei sollte in den Tagen vom 7. bis 9. August auf einem allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Kongreß in Eisenach erfolgen. Der Vereinstag deutscher Arbeitervereine wurde für die gleiche Zeit dorthin einberufen mit einer Tagesordnung, welche die Selbstauflösung des Verbandes und sein Aufgehen in die neue Partei vorschlug. Als einen glorreichen Wendepunkt in der deutschen Arbeiterbewegung feierte die Eisenacher Verhandlungen im voraus das Demokratische Wochenblatt! Alle außerhalb des „Schweitzerschen Sonderbundes" stehenden sozialdemokratischen Organisationen des deutschen Sprachgebiets sollten diesem Kongreß beiwohnen. Liebknecht ging persönlich nach Wien[2]), um die junge österreichische Arbeiterpartei zu gewinnen, und auch in der deutschen Schweiz benutzte er seine alten Beziehungen zu den Arbeitervereinen für den gleichen Zweck! Nicht allein das deutsche Proletariat sah mit Spannung den Ereignissen entgegen, die sich am Fuße der Wartburg abspielen würden! Als die offizielle Einladung zum Kongreß erschien[3]), da war sie unterschrieben von 63 aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ausgeschiedenen Persönlichkeiten, darunter York, Geib, Bracke, Bremer, Ellner, J. M. Hirsch, Spier, von Bonhorst, von der deutschen Abteilung der Internationale, vom Zentralkomitee der deutschen Arbeitervereine der Schweiz, vom deutsch-republikanischen Verein und vom deutschen Arbeiterverein in Zürich, von Oberwinder, Hartung und Genossen im Namen der österreichischen Arbeiter und von sehr zahlreichen Vertretern des Verbands der deutschen Arbeitervereine, u. a. von Bebel, Liebknecht, Vahlteich, Motteler, Carl Hirsch, Metzner, Eichhoff, Hugo Hillmann.

[1]) Demokratisches Wochenblatt 17. Juli.

[2]) Vgl. a. a. O. über seine dortige Rede vom 25. Juli.

[3]) Abgedruckt u. a. im Demokratischen Wochenblatt 17. Juli.

Mit Hieb und Stoß verteidigte sich Schweitzer inzwischen gegen die begründeten und unbegründeten Beschuldigungen und Verdächtigungen, die nun noch dichter als zuvor auf ihn niederhagelten. Der jetzt auch offiziell aus dem Verein ausgeschiedene Geib hatte in einem Brief, der die bayrischen Sozialdemokraten zum endgiltigen Übertritt auf die Seite der Eisenacher bestimmen wollte, Schweitzer als einen „alleruntertänigsten preußischen Hofsozialisten" und als einen „Feind der internationalen Arbeiterbewegung" verächtlich gemacht. Aber dem Hamburger Buchhändler wurde eine kräftige Antwort zuteil. Auf Preußen zu schimpfen wäre leicht, wenn man in Hamburg oder in Leipzig säße. Es würde kein Zeichen kluger Parteileitung sein, wenn jede Nummer des Socialdemokrat von der preußischen Polizei konfisziert würde, der Verein allmonatlich einige hundert Taler Geldstrafe zu zahlen hätte und der Präsident das ganze Jahr hindurch im Gefängnis säße. Es wäre schon gerade genug, daß das Blatt in zwei Jahren 2000 Taler für Geldstrafen und Prozeßkosten verausgabt und der Präsident acht Monate im Gefängnis zugebracht hätte. Auch ohne wie Liebknecht und Jacoby die Republik beständig im Munde zu führen, könne man sehr radikal wirken. Wolle man aber durchaus von Republik reden, so müsse man auch den Mut haben, die rote und nicht jene blaue Republik zu fordern, die in der Junischlacht die Arbeitermassen niederkartätscht hätte.

Gleich wenig stichhaltig dünkte dem Angegriffenen Geibs andere Beschuldigung, daß der Socialdemokrat die „internationale Arbeiterbewegung mit Füßen trete". Die Idee der Zusammengehörigkeit der Arbeiter aller Länder hätte das Blatt bei jeder Gelegenheit auf das wärmste verfochten und nur den Mißbrauch entlarvt, den die „bürgerliche Demokratie" mit dieser Idee zu dem Zwecke triebe, um die feste und mächtige Organisation der „Arbeiterpartei" zu lockern. Was die Internationale Arbeiterassoziation beträfe, so sei zu unterscheiden zwischen deren Anhängerschaft in England, Frankreich und der französischen Schweiz und jener im deutschen Sprachgebiet. Im Auslande gehörten tatsächlich zahlreiche Arbeiter zu ihr, im deutschen Sprachgebiet aber zähle sie nur ein kleines Häuflein, das sich mit J. Ph. Becker an der Spitze über Gebühr wichtig mache![1]) Gänzlich falsch wäre die Auffassung, daß durch das Vorhandensein der Internationalen Arbeiterassoziation starke nationale Organisationen überflüssig gemacht würden. Die einen Länder seien industriell entwickelter oder politisch freier als die anderen, und es gäbe auch sonst noch Verschiedenheiten, die es unbedingt erforderlich machten, daß die Arbeiterbewegung jedes Landes ihre feste und starke Organisation besäße und ihr eigenes bestimmtes Programm hätte. Eine internationale Arbeiterassoziation könnte ihrer Natur nach

---

[1]) Socialdemokrat 9. und 14. Juli. Schweitzer droht dort auch mit Enthüllungen über den unglaublichen Schwindel, der in jener Assoziation getrieben würde. Nur mit Rücksicht auf die ausländischen Mitglieder wolle er sie vorläufig zurückhalten.

keine streng zentralistische, sondern nur eine föderative Einrichtung sein. Ihr Programm müßte notwendig allgemein, ihr Zusammenhang locker bleiben. Diesen Mißstand, eine Folge der Verschiedenheiten von Sprache, Kulturzustand und Einrichtungen dürfe man aber nicht als einen Vorteil auslegen und auf die Parteiorganisationen der einzelnen Länder übertragen wollen. Ein föderativer internationaler Verband habe nur dann Bedeutung, wenn er sich aus lebenskräftigen einzelnen Gliedern zusammensetze. Eine so große Wichtigkeit auch dem internationalen Zusammenhang zukäme, — unendlich wichtiger für das praktische Vorwärtsschreiten der Arbeiter wäre es, daß die Parteien in den einzelnen Ländern in unverbrüchlicher Einheit und dank dieser Einheit in gewaltiger Leistungsfähigkeit dastünden. Zwischen der internationalen Idee und der von Lassalle der deutschen Arbeiterpartei gegebenen einheitlichen Organisation[1]), deren Unvereinbarkeit Hirsch in seiner Broschüre betont hatte, wollte Schweitzer einen Widerspruch nicht zugeben!

Diese Art der Abwägung zwischen Aufgabe und Bedeutung der nationalen und der internationalen Arbeiterbewegung ist später die allgemeine Auffassung der deutschen Sozialdemokratie geworden, und auch Bebel und Liebknecht haben sich den zu weit gehenden Anforderungen der Internationale gegenüber in ähnlichem Sinne aussprechen müssen. Anders stand es damit noch zu Ende der sechziger Jahre. Abgesehen vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gab es in keinem der europäischen Staaten eine im nationalen Rahmen politisch organisierte Arbeiterpartei, und die Sektionen der Internationale sollten oder mußten diese Lücke ausfüllen. So erklärte es sich, daß man damals noch geneigt war, hinter jedem Versuch, die Grenzen zwischen der nationalen und der internationalen Arbeiterbewegung abzustecken, eine reaktionäre oder zum wenigsten eine nationalistische Falle zu wittern!

Nach dem Schluß der Reichstagssession bestand für Schweitzer keine Möglichkeit mehr, sich noch länger um die Abbüßung des noch immer ausstehenden Rests der ihm für seine Flugschrift „Kapitalgewinn und Arbeitslohn" zuerkannten Gefängnisstrafe herumzudrücken. Seine Gegner sagen ihm nach, er hätte absichtlich erst am 17. Juli diese Haft angetreten, weil er dadurch der Aufgabe enthoben wurde, sich persönlich dem Gewitter entgegenzuwerfen, das sich in Eisenach gegen ihn zusammenzog. Nun besaß er freilich nicht das kühne Selbstvertrauen Lassalles oder die unerschrockene Siegeszuversicht Liebknechts, er hatte in Elberfeld bewiesen, daß es ihn nicht reizte, seinen Todfeinden Stirn an Stirn gegenüber zu stehen. Aber er war doch auch nicht ein solcher Angsthase, daß er sich aus Furcht vor einem Zusammenstoß in dem kritischen Moment freiwillig kalt stellte, wo seine ganze politische Existenz auf dem Spiele stand. Schweitzer erwog

[1]) Für Schweitzers hier skizzierte Beurteilung der Internationale vgl. seinen Leitartikel im Socialdemokrat 16. Juli 1869.

wohl, ob er für seine Vertretung die gescheiteste, die tatkräftigste oder die ihm ergebenste Persönlichkeit auswählen sollte, die sich unter seinen Gesinnungsgenossen fand. Es ist charakteristisch, daß er zuerst die Gräfin Hatzfeld mit der Leitung des Vereins betrauen wollte; Tölcke sollte sich ihr unbedingt zur Verfügung stellen. Als sich aber die Dame für das zweifelhafte Vergnügen bedankte und auf den Wortlaut der Statuten hinwies, der die Ernennung eines Vizepräsidenten vorschrieb, da kränkte Schweitzer lieber den schwächlichen Mende und übertrug die Führerschaft dem energischen, umsichtigen und nebenbei als Familienvater auch durch sein Sekretärgehalt an den Verein geketteten Tölcke. Dieser war mit ihm darüber völlig eines Sinns, daß der Verein die Einladung zu dem Kongreß auch auf seine Mitglieder beziehen konnte und daß er durch die Entsendung einer stattlichen Delegation in Eisenach den Versuch unternehmen müßte, mit List oder Gewalt die Organisierung der neuen großen Arbeiterpartei zu verhindern. Für eine solche Aufgabe war Tölcke mit seiner reichen Erfahrung im Sprengen von Versammlungen die berufenste Persönlichkeit!

Schweitzer unterzog sich noch schnell der Aufgabe, den Mitgliedern des Vereins die Notwendigkeit der Beschickung des Kongresses plausibel zu machen[1]): Würde es sich nur um die paar vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein abgefallenen „Häupter" oder um die Herren Bebel und Liebknecht handeln, so könnte man den Kongreß getrost sich selbst und seiner Unbedeutendheit überlassen. Aber so einfach verhielte sich die Sache nicht; denn die liberale Bourgeoisie, in allen ihren Schattierungen und mit der ganzen Macht ihrer Presse, wolle die Arbeiter an jenes Gängelband zurückbringen, von dem Lassalle sie losgerissen hätte. Es solle in Eisenach eine Organisation gegründet werden mit der Aufgabe, unter dem Namen der Sozialdemokratie die Zwecke der bürgerlichen Demokratie zu besorgen. Weil aber wichtigtuende Literaten, Schulmeister, Kaufleute usw. an der Spitze des Unternehmens stünden, so wäre dabei keine Rede von einer straffen, einheitlichen Organisation. Die wirklichen Arbeiter wollten freilich von einer solchen Aristokraten- und Patrizierwirtschaft in ihrer Partei nichts wissen und wären dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein treu geblieben. Nun wohne zwar der Macht der Tatsachen und dem Klassenbewußtsein der Arbeiter eine gewaltigere Kraft inne als allen gedruckten Lügen der bürgerlichen Demokratie. Aber dennoch wäre nicht einzusehen, weshalb man in der Hand der Gegner der Einigkeit der Arbeiter ein so bequemes Mittel zur Täuschung des Publikums lassen sollte, da man doch durch ein Erscheinen auf dem Kongreß die Möglichkeit hätte, den ganzen Schwindel zu entlarven. Würden auch die Tausende von Arbeitern, die dem vereinigten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein angehörten, von jenen Gegnern nicht der sogenannten „ehrlichen" Demokratie zugerechnet, so würden sie als die zahlreichste sozialdemokratische Fraktion doch

[1]) Socialdemokrat 14. Juli.

selbst von ihnen anerkannt, und als solche würde man sie wohl oder übel zum Kongreß zulassen müssen. Mit Absicht betonte Schweitzer, daß es den Statuten und der Organisation widersprechen würde, wollten sich einzelne Mitgliedschaften in Eisenach selbständig vertreten lassen. Ein so einheitliches Ganzes wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein müsse immer und allerorten einheitlich handeln. Der Präsident, als der nach dem allgemeinen Stimmrecht gewählte ordnungsmäßige Leiter, werde, im Gegensatz zu den Literaten und Bourgeois der anderen Seite, als offizielle Delegierte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eine Anzahl wirklicher Arbeiter nach Eisenach schicken.

Gleichzeitig stellte Schweitzer die Leitsätze auf, in deren Geist die Delegierten des Vereins dort auftreten sollten. Für seine jesuitische Art, Politik zu treiben, sind sie in hohem Maße charakteristisch. Die Vereinigung aller Sozialdemokraten Deutschlands zu einer einheitlichen Partei wurde „im Interesse der Arbeitersache" auch von ihm für eine Notwendigkeit erklärt. Aber zu dieser Vereinigung, so behauptete er von neuem unentwegt, gäbe es keinen anderen Weg, als wenn alle Sozialdemokraten sich der von Lassalle gegründeten Organisation anschlössen. Jeder Versuch, diese bewährte Organisation zu Gunsten neuer willkürlicher Schöpfungen zu untergraben, würde ein Verrat an der Arbeitersache sein. Wohl wäre es wünschenswert, daß die Organisationen der sozialdemokratischen Parteien der einzelnen Länder möglichst in Fühlung miteinander vorgingen. Aber ein „jesuitischer" Mißbrauch wäre es, wenn man versuchte, im Namen der internationalen Idee die feste Organisation der Arbeiterpartei in einem einzelnen Lande zu untergraben und dadurch die Arbeiter dieses Landes ohnmächtig zu machen. Erst müsse es einmal in jedem einzelnen Lande eine gefestigte Partei geben, bevor ein gemeinsames, internationales Vorgehen sich mit Aussicht auf Erfolg herausbilden könne. Ein formeller Anschluß der österreichischen Arbeiter an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein sei wegen des schwarz-gelben Vereins- und Versammlungsrechts, das noch schlechter als das preußische wäre, eine tatsächliche Unmöglichkeit. Da aber Deutsch-Österreich in Ewigkeit ein Teil Deutschlands bleiben müsse, so möge ein Versuch in dieser Richtung dennoch unternommen werden. Erweise dieser Schritt sich als formell undurchführbar, so möge von neuem mit dem äußersten Nachdruck für ein liberales Vereins- und Versammlungsrecht in ganz Deutschland, besonders aber in dem am weitesten zurückgebliebenen Österreich, gekämpft werden.

Mit solchen Thesen, die gleichzeitig bestimmt waren, den Feind zu reizen und ihm die Waffen aus der Hand zu ringen, versah Schweitzer die Männer, die ihm in Eisenach den Sieg erkämpfen sollten, während er selbst im Gefängnis sitzen würde. Unentwegt hielt er an der unberechtigten Fiktion fest, daß er die alleinseligmachende Richtung in der Sozialdemokratie verträte. Vor seiner Übersiedlung nach Rummelsburg veröffentlichte er eine Proklamation, die den Vereinsmitgliedern für den herannahenden Entscheidungskampf den Rücken

stählen sollte. Er stellte es so hin, als ob der Hauptsturm der Gegner bereits abgeschlagen wäre und äußerte die feste Überzeugung, daß er nach seiner Freilassung den Verein in blühenderem Zustande vorfinden werde, als er ihn jetzt verließe. Auf seine eigene Unentbehrlichkeit hinzuweisen, unterließ er ebenfalls nicht. Bis die letzten Folgen der stattgehabten Stürme überwunden wären und die Partei wieder mit voller innerer Ordnung und weiter Ausdehnung mächtiger als je zuvor dastünde, wollte er unbeugsam auf seinem Posten ausharren!

Ein fein aufmerkendes Ohr mochte aus solchen Worten heraushorchen, daß dem viel gehetzten Mann seine Stellung allmählich zur Last zu werden begann. Auch ist es möglich, daß der Vielgewandte schon damals nach neuen Existenzmöglichkeiten Umschau hielt. Nach der Kasseler Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbands soll er in Tölckes Gegenwart York erklärt haben, er hielte die Partei für erstarkt genug, um nach einem Jahre an seinen Rücktritt denken zu dürfen! Es kann unerörtert bleiben, wie weit es Schweitzer mit jener Äußerung ernst gewesen ist. Seit dem Ausbruch der Verschwörung gegen seine Diktatur klammerte er sich jedenfalls fester denn je an die Gewalt, auf die er vielleicht als ein erfolgreicher und sieggekrönter Führer, niemals aber als ein halb besiegter Diktator freiwillig verzichten wollte!

Kapitel XIV.

Die Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach. Die Erfolge der Lassalleaner in Berlin.

Es wurde bisher einer Broschüre nicht gedacht, die schon im März 1869 erschienen war und mit Sachlichkeit und Ruhe die Organisation der beiden kämpfenden Arbeiterparteien kritisch untersuchte. Karl Hirsch, ihr Verfasser, hatte bald nach dem Nürnberger Kongreß dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein den Rücken gekehrt und sich mit Liebknecht und Bebel vereinigt. Verrät auch dieser Entschluß das Ergebnis, zu dem die kleine Schrift gelangt, so verdient doch der Weg, den der Verfasser dabei nahm, schon deshalb unsere Beachtung, weil er typisch ist für die Denkrichtung, die auch andere Intelligenzen der Partei einschlugen, indem sie sich von Schweitzer lossagten. Dieser nach seiner erprobten Methode tat alles, um die Broschüre durch Totschweigen um ihre Wirkung zu bringen[1]).

Hirsch geht von dem Gedanken aus, daß die vornehmste Aufgabe der Sozial-

[1]) Vgl. Tölcke a. a. O. p. 72.

demokratie, solange die Partei zum „eigentlichen Handeln" noch zu schwach wäre, in der Agitation liegen müsse. Er bekämpfte deshalb, ähnlich wie Liebknecht, die Lassallesche Auffassung, welche die Heilskraft des allgemeinen Stimmrechts überschätze; nicht das „Wählen", sondern das „Wühlen" erklärte er für die Hauptsache. Vier Hauptforderungen stellte Hirsch an die Organisation einer Arbeiterpartei. Zum ersten bedürfe die Agitation einer wesentlich lokalen Grundlage, zum zweiten wäre Einheitlichkeit erforderlich, zum dritten müßte das Verhältnis des Einzelnen zur Gesamtheit einen demokratischen Charakter tragen, und zum vierten dürfe die Parteiorganisation nicht gegen das bestehende Vereins- und Versammlungsrecht verstoßen. Diesen letzten beiden Ansprüchen wurde nach seiner Ansicht die von Lassalle geschaffene Organisation nicht gerecht. Ihre infolge von § 8b in Preußen und §§ 24 und 25 in Sachsen erfolgte Auflösung habe ihre Unhaltbarkeit gegenüber den Vereinsgesetzen dargetan, und der am 10. Oktober 1868 neu gegründete Verein unterscheide sich in dieser Hinsicht nicht von seinem Vorgänger. Aber noch viel schlimmer sei, daß die Lassallesche Organisation einer Weiterbildung des Programms und der Prinzipien im Wege stünde, daß sie der Meinung des Einzelnen keinen Spielraum ließe und zu einem verknöcherten Dogma geworden, die freie Gedankenentwicklung innerhalb des Vereins verhindere und zur Bevormundung aller durch sehr wenige führe. Hieraus folge, daß alle Arten von Herrschsucht, Intrigue, Vertuschung, Verhetzungssucht und Personenkultus in diesem Verein in Blüte ständen. Was der deutschen Arbeiterbewegung nottäte, das wäre eine demokratischere Organisation und eine freiere Entwicklung aller auf dem Boden des gemeinsamen sozialdemokratischen Prinzips. Eine solche Reform sei auf dem Boden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nicht durchführbar, diese Organisation sei nicht verbesserungsfähig. Aber auch der Organisation des Verbandes der deutschen Arbeitervereine hafteten nach der Darstellung dieses Kritikers Fehler an, er tadelte dessen zu loses Gefüge und die unzureichende Zentralisierung der geistigen und materiellen Mittel. Doch diese Mängel erklärte Hirsch für verbesserungsfähig! Auch er bestritt übrigens nicht, daß in den Anfängen der Bewegung die von Lassalle geschaffene zentralistische Organisation ihre Berechtigung gehabt hätte.

Als Redakteur am Demokratischen Wochenblatt befand sich Karl Hirsch im täglichen Verkehr mit Liebknecht und Bebel, die sich natürlich nicht erst seit gestern mit dem Programm und dem Organisationsentwurf befaßten, die sie der zu errichtenden umfassenderen Arbeiterpartei vorschlagen wollten. Aber die eigentliche organisatorische Kraft in diesem Leipziger Hauptquartier war doch Bebel. Im Prinzip stimmte er mit Hirsch überein und auch aus Yorks Mahnung, die stramme Zentralisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nicht völlig über Bord zu werfen, fühlte er den gesunden Kern heraus. So handelte es sich jetzt für ihn, als er sich der Ausarbeitung des Organisationsentwurfs unterzog, hauptsächlich darum, die von ihm und seinen Freunden an der Schweitzerschen

Organisation gegeißelten Mißstände zu vermeiden, ohne nach der föderativen Seite zu weit zu gehen. Denn das Bestehen der neuen Partei sollte durch die berüchtigten Paragraphen der Vereinsgesetze nicht in Frage gestellt werden. Sein Entwurf, der in Eisenach Annahme fand, übertrug die Leitung der Partei einem Ausschuß von fünf Mitgliedern, über dem eine Kontrollkommission von elf Mitgliedern stand. Beide Behörden waren von den Parteigenossen derjenigen Orte zu wählen, an die der alljährlich stattfindende Kongreß, dem sie Verantwortung schuldeten, ihren Sitz verlegen würde. An jedem Ort wurden die Parteimitglieder verpflichtet, auf Grund des Parteiprogramms sozialdemokratische Arbeitervereine zu gründen, die einen der Höhe der allgemeinen Parteisteuer gleichkommenden monatlichen Beitrag erheben sollten. Diese dem Vereinsgesetz angepaßte parallele Gliederung von einer Gesamtpartei und lokalen Vereinen erinnerte an die Organisationsform des Preußischen Volksvereins, deren Nachahmung Schweitzer im vorigen Jahre scheinbar in Erwägung gezogen hatte! Bebel selbst beantragte übrigens schon im folgenden Jahre, auf dem Stuttgarter Kongreß, die Aufhebung der Verpflichtung zur Gründung von Lokalvereinen. Die kurze Erfahrung eines Jahres hatte schon gezeigt, daß die ständige Gefahr eines Inbeziehungtretens der Lokalvereine mit der Gesamtpartei gar zu leicht zu ihrer Schließung auf Grund des Vereinsgesetzes führen könnte. Die an eine zentralistische Leitung gewöhnten ehemaligen Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hatten sich häufig mit Anfragen usw. an den Ausschuß gewandt.[1])

Weit weniger als die Organisation widersprach das Programm, das Bebel dem Eisenacher Kongreß zur Annahme empfahl, den Anschauungen der Lassalleaner. Er hatte es, wie er selbst angibt, im wesentlichen aus den Nürnberger Beschlüssen von 1868 und dem Chemnitzer Programm von 1866 zusammengesetzt. In der Tat entnahm es der Waffenkammer der „reinen" Demokratie die Schlagworte vom „freien Volksstaat", von der „Volkswehr" und vom „Referendum", — aber es waren dies nicht Forderungen, die den Überzeugungen der Lassalleaner widersprachen oder offensichtlich hinter ihren Absichten zurückblieben. Sodann forderte der Programmentwurf unverblümt die Abschaffung der bestehenden Produktionsweise und der Klassenherrschaft und schlug vor, daß die neue Partei, soweit die Vereinsgesetze es zuließen, sich als Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation betrachten solle. Für Tölcke, der in Schweitzers Abwesenheit im Socialdemokrat das Wort führte, bedeutete die von Bebel vorgeschlagene Organisation eine Rückkehr zur „alten Vereinsspielerei", von dem Bebelschen Programm mußte aber auch er zugeben, daß es von dem seiner eigenen Partei nicht wesentlich abwiche. Da der Volksanwalt aus Iserlohn nichts sachliches gegen das feindliche Programm vorbringen konnte, so verlegte er sich aufs Denunzieren. „Im höchsten Grade ungerecht", nannte Bebel in dem ersten „Grundsatz" ,den sein Programm auf-

[1]) Vgl. auch Bebel in Hochverratsprozeß, p. 144.

stellte, die politischen und sozialen Zustände Deutschlands. Diesen Passus druckte Tölcke nur wenige Tage vor dem Kongreß im Socialdemokrat mit der Bemerkung ab, daß es eine mehr als kindliche Naivität verriete, wenn man glaubte, daß die Machthaber eine Vereinigung auch nur einen Tag bestehen lassen würden, welche die offene Rebellion an die Spitze ihres Programms stelle. Die Herren, die diese Vorlage ausgearbeitet hätten, wären entweder mit Blindheit geschlagen, oder aber sie hätten es auf die totale Vernichtung der Arbeiterbewegung abgesehen! Noch auf andere Weise zeigte Tölcke sich als ein gelehriger Schüler der Kampfesweise Schweitzers, nur daß er dort mit einer schmutzigen Keule losschlug, wo jener sich des vergifteten Stilets bediente. Die Mittel zur Beschickung des Eisenacher Kongresses verschafften ihm eine bei den Vereinsmitgliedern veranstaltete Umlage, zu der noch Zuschüsse kamen, welche die Gräfin Hatzfeldt leistete. Die Delegierten, die den Verein als Gesamtheit vertreten sollten, hatte Schweitzer noch selbst vor seiner Übersiedlung nach Rummelsburg ernannt. Da aber Tölcke daran liegen mußte, an der Spitze einer möglichst imposanten Mannschaft in Eisenach zu erscheinen, so veranlaßte er allerorten die Bevollmächtigten zur Einberufung *freier* Arbeiterversammlungen, in denen noch weitere Delegierte gewählt werden sollten. Auch diese konnten auf der Stätte der Entscheidung lediglich als Gefolgsmänner Tölckes auftreten, da sie ausnahmslos mit dem gebundenen Mandat dorthin kamen, unter allen Umständen für die Aufrechterhaltung der Lassalleschen Organisation einzutreten. Während er noch mit solchen Veranstaltungen beschäftigt war, erfuhr dieser Organisator des Widerstandes plötzlich, daß die Gegenseite Vorkehrungen träfe, um seine großspurig angekündigten Sprengungsversuche zu verhindern, und daß Bebel den Zutritt zum Kongreß von der Vorweisung von Legitimationskarten abhängig machen wollte. Jetzt geriet er in Wut: „Die Leute, welche fortwährend über die Diktatur Schweitzers schreien, maßen sich das Recht an, die Vollmachten zu prüfen. . Die Leute, welche allein im Besitze aller „demokratischen" Tugenden zu sein vorgeben, *stellen sich über den Kongreß*, den sie durch unser Fernhalten beherrschen zu können glauben. . Es ist unsere heiligste Pflicht, diesem Schwindel in Deutschland für immer ein Ende zu machen. Nieder mit dem politischen Hanswurstentum, welches bestrebt ist, die Arbeiterbewegung in falsche Bahnen zu lenken — das muß unsere Losung sein. . *Unsere Gegner provozieren den Skandal; wohlan sie sollen ihn haben!* . In Eisenach werden wir schon Mittel und Wege finden, in den „Goldenen Löwen" hineinzukommen, wenn man uns den Einlaß verweigert!" Liebknecht hatte ursprünglich die Ansicht vertreten, daß man Schweitzer und seinen Freunden nicht die Möglichkeit verbauen dürfe, sich in Eisenach eine Niederlage zu holen, aber Vahlteich hatte ihm erwidert, daß man sich dort ausgesprochener Maßen versammle, um sich gegenüber Schweitzer und seinem Verein zu organisieren, daß die Arbeitersache durch Skandalszenen geschädigt werden würde,

und daß man auch dem Gegner nicht die Möglichkeit geben dürfe, durch bezahlte Söldlinge sich den Sieg erkämpfen zu lassen. Die Stichhaltigkeit dieser Gründe hatte Bebel eingesehen und seine Vorkehrungen danach getroffen. Auf ihn ergoß Tölcke die ganze Schale seines Grimms und nach dem Grundsatz, daß auch bei der törichtsten Beschuldigung etwas hängen bleibt, stellte er die alberne Behauptung auf, daß der Leipziger Drechslermeister vom Exkönig von Hannover einen Jahressold von 600 Talern[1]) bezöge. Natürlich holte er sich dafür bei Bebel keine gelinde Abfuhr, und auch als Liebknecht am 25. Juli in einer Wiener Versammlung scharfe Angriffe und Verdächtigungen gegen Schweitzer und seine Anhänger vom Stapel ließ und Tölcke ihm in einem Aufruf an die Arbeiter Österreichs dafür den Pelz wusch, nahm Bebel seinen Kampfgenossen energisch gegen den Vorwurf in Schutz, daß er aus selbstsüchtigen Motiven die Arbeiter an die Bourgeoisie verriete. Sehr gelegen kam den Feinden Schweitzers das kurz vor dem Zusammentreten des Kongresses erscheinende Pamphlet seines ehemaligen Intimus Hofstetten, das alle jene Beschuldigungen gegen die Ehrenhaftigkeit des Diktators vor der Öffentlichkeit wiederholte, die in Elberfeld-Barmen nur in einer geschlossenen Delegiertensitzung vorgebracht worden waren. Damit aber auch jene, denen diese Broschüre nicht in die Hände käme, erführen, wie der ausgebeutete Johann Baptist über den Ausbeuter Johann Baptist dachte, so ermächtigte Hofstetten Liebknechts Demokratisches Wochenblatt ausdrücklich, Schweitzer in seinem Namen für einen „gemeinen Betrüger und verdächtigen eigennützigen politischen Schwindler“ zu erklären!

So hatte die gegenseitige Erbitterung und Verächtlichmachung längst den Siedepunkt überschritten, als die feindlichen Heerhaufen endlich auf dem Schlachtfelde von Eisenach zusammenstießen! Den Veranstaltern des Kongresses kam alles darauf an, die neue Organisation zustande zu bringen, ihre Gegner konnten kein anderes Ziel haben, als sie daran zu verhindern. Es war also von vorne herein offensichtlich, daß diejenige Partei, die ihren Zweck nicht erreichte, als die besiegte davonziehen würde. Mit den Zahlen der Arbeitermassen, die hinter den einzelnen Delegierten stehen sollten, wurde von beiden Seiten Unfug getrieben, der größere zweifellos von den Lassalleanern. Diese verfügten, wie Tölcke behauptete, und was bei der Art, wie sie ihre Vertretung zusammengebracht hatten, nicht unwahrscheinlich ist, der Kopfzahl nach über die Majorität. Aber die Ehrlichen dachten nicht mehr daran, sich von der „Rotte der Schweitzerlinge“ vergewaltigen zu lassen. Einige Stunden vor Beginn des Kongresses berieten sie darüber, was sie tun könnten, um Tölcke sein Sprenghandwerk zu

[1]) Tölcke hat diese Beschuldigung noch mehrfach wiederholt, und Bebel ist ihm natürlich die Antwort nicht schuldig geblieben. Vgl. besonders Socialdemokrat 3. und 17. September, Demokratisches Wochenblatt 7. August und 8. September, Zukunft a. a. O. Diese Polemik kann heute kein Interesse mehr beanspruchen.

legen, ohne daß es zu den großen Prügelszenen käme, die der Arbeitersache in den Augen der öffentlichen Meinung schaden müßten, und die sehr leicht zu der polizeilichen Auflösung führen konnten, auf die Tölcke spekulierte. Liebknecht sprach als seine Meinung aus, daß Schweitzer verloren wäre, wenn es seinen Gegnern jetzt gelänge, sich zu organisieren, daß es sich für ihn um Leben und Tod handle, und daß er deshalb vor keinem Mittel zurückschrecken werde, von dem er sich Erfolg verspräche. Ihm pflichtete Vahlteich bei und riet, für den Fall, daß die Gegner wirklich zum gewaltsamen Angriff übergingen, solange die Treppe des Versammlungslokals besetzt zu halten, bis die Polizei einschreiten müßte. Aber Bebel erschien es leichtsinnig, das Schicksal dieses Kongresses von einem Faustkampf abhängig zu machen. Er rückte mit dem Geständnis heraus, daß er bereits beim Oberbürgermeister und beim Polizeiinspektor gewesen wäre, und daß diese Behörden den Veranstaltern des Kongresses für die Eventualität, daß sie es verlangen würden, polizeilichen Schutz zugesagt hätten[1]). Doch Vahlteich war selbst damit noch nicht zufrieden und hätte es richtiger gefunden, wenn die Polizei die „Schweitzerlinge" bereits beim Anrücken in Empfang genommen hätte. Nur Fritzsche, der letzte der Abgefallenen, fühlte sich unbehaglich bei dem Gedanken, daß sein Landsmann Vahlteich die „revolutionäre Staatsgewalt" gegen langjährige Waffengenossen requirieren wollte und sprach sich dagegen aus. Schließlich wurde der Beschluß gefaßt, am folgenden Tage, selbst wenn der erste Kongreß gesprengt würde, sofort einen neuen abzuhalten.

Eine halbe Stunde später rückten die gefürchteten Lassalleaner, 110 Mann hoch, in geschlossenen Kolonnen ruhig heran und lieferten, wenn auch unter Protest, ordnungsmäßig ihre Mandate an die Lokalkommission ab, die ihnen den Eintritt in den Kongreßsaal nun nicht verwehren konnte. Hier währte der Frieden nicht lange. Die „Ehrlichen" wollten vor allem ein Präsidium wählen und schlugen dafür vier Männer aus ihrem Kreise vor. Aber die Delegierten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins verlangten, daß die Prüfung der Mandate, von denen ihre Gegner viele gefälscht hätten, der Präsidentenwahl vorausgehen müßte. Da der provisorische Präsident Geib diesem Wunsche nicht Rechnung tragen wollte, so folgte alsbald Lärmszene auf Lärmszene. Schließlich erklärte Tölcke, der sich seinem Ziele schon nahe glaubte, daß er und seine Freunde nicht länger an Verhandlungen teilnehmen könnten, die offensichtlich undemokratisch wären, da zahlreiche Personen sich im Saale befänden, die kein Delegiertenmandat besäßen und nur auf ihre Mitgliedkarten hin zugelassen wären. Als aber Geib jetzt trotz dieses Protestes die Wahl des Präsidiums vornehmen lassen wollte, da intonierten die Lassalleaner auf Tölckes Wink ihr von Audorf jun. gedichtetes Bundeslied: „Wohlan

[1]) „Die Revolutionsapostel unter polizeilichem Schutz!", höhnte Tölcke hernach im Socialdemokrat vom 10. August. „Wer hätte so etwas für möglich gehalten!" Ähnlich Schweitzer ibid. 12. Sept.

wer Recht und Freiheit achtet". Die Bebel-Liebknechtsche Partei sah nunmehr ein, daß eine Fortsetzung der Komödie für sie keinen Wert haben konnte, Geib schloß den Kongreß und berief den neuen für den nächsten Vormittag. Schon in der Frühe des folgenden Tages sandte er an Tölcke sämtliche Mandate der Lassalleaner zurück, die sich dadurch um den Erfolg vom vorigen Tage geprellt sahen, denn sie verfügten nicht über die „gelben" Karten, die allein den Zutritt zu dem zweiten Kongreß ermöglichen sollten. Tölcke hatte sein Spiel verloren. Zwar griff er jetzt zu dem Trick, daß er mit seinen Leuten allein den alten Kongreß „fortsetzte", flammende Resolutionen zu Gunsten der von Lassalle geschaffenen Organisation fassen und feierlich erklären ließ, daß es den Gegnern nicht um die Einigung der deutschen Arbeiter, sondern um die Herrschaft über sie zu tun wäre. An dem geschichtlichen Resultat der Eisenacher Tagung vermochte er dadurch nichts zu ändern, die Gründung einer nicht mehr auf die Fahne Lassalles vereidigten sozialdemokratischen Arbeiterpartei erfolgte trotz aller seiner Drohungen, und die Verhandlungen, die zu diesem Ergebnis führten, verliefen ohne jede fernere Störung.

Die Beratung über Bebels Organisationsentwurf eröffnete dieser selbst mit einem empfehlenden Referat. Als dessen Hauptzweck betonte er, daß er den Mißbrauch der Gewalt in der Hand einer einzelnen Person verhindern und dennoch ein einheitliches Handeln ermöglichen wolle. Jeder Führerschaft einer einzelnen Person würde darin ein Ende gemacht; Autoritätsglaube, blinder Gehorsam und Personenkultus wären an sich undemokratisch. Der Entwurf verhindere auch, daß das Parteiorgan sich im Privateigentum einer einzelnen Person befände und von dieser für die Beherrschung der Partei ausgenutzt würde. Wohin ein solcher Zustand führe, das hätte man in den letzten Jahren gesehen, wo die Einsichtsvollsten und Besten der Partei, weil sie mit jener einflußreichen einzelnen Person nicht einverstanden waren, durch das von dieser abhängige Blatt für Verräter erklärt werden konnten. Das Parteiorgan müsse notwendig das Eigentum der Partei selbst werden und einer Kontrollkommission unterstehen. In der Diskussion, die sich an Bebels Vorschläge knüpfte, unternahm der alte Lassalleaner Fritz Ellner aus Frankfurt noch einmal den Versuch, wenigstens die Grundstruktur der Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in die neue Partei hinüberzuretten. Daß Schweitzer kein so ehrlicher Mann wie Lassalle wäre, betrachtete er nicht als hinreichenden Grund, um mit der Diktatur gänzlich aufzuräumen; er fand, daß die Arbeiterpartei eine starke Führung gebrauche und hielt die in Elberfeld-Barmen angenommenen Beschränkungen der Präsidialgewalt für hinreichend, um den Verein vor deren Übergriffen zu schützen. Aber der Delegierte des Berliner Demokratischen Arbeitervereins, Liebknechts alter Freund Metzner, warnte davor, alles, was im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein Schlimmes geschehen wäre, nur auf einen Mann zurückzuführen. Wohl hätten Personen die Organisation mißbraucht, aber in der Organisation selbst läge dieser Mißbrauch begründet. Auch Bracke und der Lehrer

Spier aus Wolfenbüttel, Männer von klarem Verstand und makellosem Charakter, erklärten sich von der Unmöglichkeit überzeugt, das Lassallesche Statut mit den Anforderungen einer erstarkten Bewegung zu vereinigen. Spier zeigte, wie illusorisch die Kontrolle des Präsidenten durch einen Vorstand bleiben müsse, solange dessen Mitglieder an 24 verschiedenen Orten wohnten. Er faßte seine Kritik in den Satz zusammen, daß jene Organisation nach unten hin gut wäre, da die Mitglieder rasch dirigiert werden könnten, daß sie aber nach oben hin gänzlich versage, da sie dem Präsidenten tatsächlich eine unbeschränkte Macht verliehe. Zu der Ansicht von der völligen Entbehrlichkeit einer persönlichen Spitze hatte sich auch der ebenso geschäftskundige wie überzeugte Bracke durchgekämpft. Die Kraft der Bewegung, so führte er aus, müsse in der großen Masse der Parteimitglieder ruhen und der Ausschuß nichts weiter sein, als ein bloßes Verwaltungskomitee. Daß es im Wesen einer Diktatur läge, ihre Macht auszubeuten, suchte Nippoldt an dem Beispiel Napoleons III. zu beweisen. Gegen Schweitzers Persönlichkeit die schärfste Sprache führten besonders seine alten Gegner Liebknecht und Hillmann, der letztere erklärte, ohne Widerspruch zu finden, Schweitzer hätte nur deshalb so lange regieren können, weil er systematisch alle Leute verdächtigt hätte, die es wirklich ernst mit der Sache meinten und die intelligent genug waren, ihn zu durchschauen!

Die Abneigung gegen jede Führerschaft einer einzelnen oder selbst mehrerer Personen kam bei der überwiegenden Mehrzahl der Redner unverkennbar zum Ausdruck. Die Art und Weise, wie Schweitzer sein Regiment führte, hatte mit der Zeit selbst begeisterte Anhänger einer starken Exekutive, wie Bracke und Yorck, von deren Unvereinbarkeit mit dem Wesen einer demokratischen Arbeiterpartei überzeugt. An der Diskussion über die Frage, ob man den Fünferausschuß vollzählig durch den Parteitag oder zum Teil durch den Vorort wählen lassen solle, beteiligte sich auch ein Mann, dessen Anwesenheit auf diesem Kongreß manchem verwunderlich erscheinen möchte. Leopold Sonnemann, der eigentliche Begründer des ursprünglich zur Abwehr von Lassalles Agitation errichteten Verbandes der deutschen Arbeitervereine, hatte es bei der Spaltung in Nürnberg für richtig erachtet, sich der radikalen Mehrheit anzuschließen, weil er dadurch vorerst noch die Möglichkeit behielt, für einen politischen Gedanken fortzuwirken, der ihn seit Beginn seiner öffentlichen Laufbahn beherrschte. Sonnemann hatte sich die Schaffung einer mächtigen demokratischen Partei zur Aufgabe gemacht und früher als die meisten anderen bürgerlichen Politiker erkannt, daß die „reine" Demokratie ohne Mitwirkung der sozialen zur Ohnmacht verurteilt bleiben müßte, daß eine große Volkspartei nur noch möglich wäre, wenn die Massen der Arbeiter ihr folgten. Nun hatte die Frankfurter Zeitung in dem Kampfe Liebknechts und Bebels gegen Schweitzer die Führer der sächsischen Volkspartei durchaus als Parteigenossen behandelt und ihnen manchen nicht unwichtigen publizistischen Dienst geleistet.

Solange die politischen und nicht die sozialen Probleme bei diesen beiden Männern im Vordergrunde standen, war der Herausgeber des angesehenen demokratischen Blattes für sie ein wertvoller Bundesgenosse. Unmittelbar vor dem Kongreß hatte die Frankfurter Zeitung in vorbereitenden Artikeln die Situation ganz in ihrem Geiste dargestellt. Sie hatte ausdrücklich dem Verband der Arbeitervereine seine „Sozialdemokratie" nachgerühmt und deutlich durchblicken lassen, daß sie selbst sich keinesfalls einem anderen Parteiverbande zurechnete. Liebknecht und Bebel legten vorläufig noch das größte Gewicht auf die Bundesgenossenschaft der bürgerlichen Demokratie des Südens wie des Nordens, und deshalb mochte sich Sonnemann noch einen Erfolg davon versprechen, wenn er jetzt in Eisenach hinter den Kulissen sich bemühte, eine zu exklusiv auf das Proletariat zugeschnittene Gestaltung des Programms zu verhindern. Seine guten persönlichen Beziehungen zu Bebel, mit dem er Jahre hindurch im Ausschuß des Vereinstages gearbeitet hatte, konnten ihm dabei möglicherweise zu statten kommen. Wenn die neue Organisation sich einen Namen beilegte, der sie vor aller Welt zu einer Klassenpartei des Proletariats stempelte, so war natürlich für Sonnemann kein längeres Ausharren in ihrer Mitte möglich. Nun beantragte zwar Bebel wirklich, auf den Namen „Arbeiterpartei" zu verzichten, da auch viele Nichtarbeiter zur Partei gehörten, und Bracke schloß sich ihm an, indem er aussprach, daß man die Nichtarbeiter nicht ausdrücklich ausschließen dürfe, zumal gerade viele der tüchtigsten Sozialisten wie Fourier und St. Simon, Lassalle und Marx keine Arbeiter gewesen seien. Aber die Abneigung der aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein hervorgegangenen Elemente der Versammlung gegen jede Bemäntelung des Klassenstandpunkts äußerte sich bei diesem Anlaß in ungestümer Weise. Polling aus Dessau, aber auch der um das Zustandekommen des Kongresses verdiente Bremer aus Magdeburg und Fritzsche, der Reichstagsabgeordnete und Gewerkschaftsführer, drohten mit der Niederlegung ihrer Mandate, wenn es bei der Bezeichnung sozialdemokratische Partei oder, wie Bebel es vorschlug, demokratisch-sozialistische Partei sein Bewenden haben würde. Damit war für Sonnemann das Spiel verloren, und es scheint auch, daß er den Kongreß verließ, bevor dieser sich einstimmig auf den Namen „sozialdemokratische Arbeiterpartei" einigte. Vor die Wahl gestellt zwischen einer Gefährdung der so mühsam erreichten Verständigung mit einem Teil der in Lassalles Tradition erzogenen Arbeiterscharen und einer Lockerung des auf die Dauer doch nicht haltbaren Parteizusammenhangs mit der bürgerlichen Demokratie konnten Bebel und Liebknecht nicht unschlüssig bleiben. Sie folgten der Strömung um so leichter, da ihr anfänglicher Widerstand ihnen von keinen prinzipiellen, sondern nur von opportunistischen Erwägungen eingegeben worden war. Lassalle und Schweitzer hatten den politisch regsten Teil der Arbeiterbevölkerung in unablässiger Agitation immer wieder auf den Boden der völligen politischen Selbständigkeit verwiesen, Schweitzer hatte im Socialdemo-

krat die Massen zu oft davor gewarnt, sich ins Schlepptau irgend eines Teils der Bourgeoisie, und sei es auch ihres radikalsten Flügels, zu begeben, als daß die Leiter des Kongresses, sobald sich in bezug auf diesen Punkt Zweifel erhoben, irgend eine Unklarheit hätten fortbestehen lassen dürfen.

An dem deutschen Liberalismus hat es sich in den folgenden Jahrzehnten gerächt, daß er die im Arbeiterstand schlummernden politischen Kräfte so lange ignorierte, bis diese gegen ihn selbst mobil gemacht wurden. Durch eine zeitigere Erkenntnis der sozialen Zustände und ihrer Entwicklungsrichtung hätte er es vielleicht vermeiden können, daß die ans politische Tageslicht drängenden Massen sich gewöhnten, in ihm lediglich die politische Organisation des mobilen Kapitals zu erblicken. Vereinzelte Männer wie Ludwig Büchner, Guido Weiß, Sonnemann und vor allen anderen Friedrich Albert Lange witterten diese Gefahr bereits zu einer Zeit, wo andere bürgerliche Politiker, besonders die ostelbischen, die sich durch die Anhänglichkeit der Berliner Arbeiter an die Führer der liberalen Opposition täuschen ließen, noch mit Blindheit geschlagen waren. Wohl reichten die Kräfte dieser Männer nicht aus, um das allmähliche Zerreißen der letzten Fäden zu verhindern, die Proletariat und Bürgertum umschlangen, aber der Historiker, der auch dem überwundenen Mann gerecht wird, muß ihrem politischem Weitblick Anerkennung zollen! Wäre es zur Gründung einer ganz Deutschland überspannenden großen radikaldemokratischen Partei gekommen, so hätten in ihrer Mitte auch die Ansprüche der Arbeiter vielleicht noch auf Jahre hinaus ihre Befriedigung gefunden. Aber alle derartigen Bestrebungen scheiterten an der Unversöhnbarkeit der nationalpolitischen Standpunkte, an der zu verschiedenartigen sozialen Struktur des Ostens und Westens, an dem kleinmütigen Verzagen der Demokratie bei Beginn der Reaktionsjahre und ihrer daraus folgenden Organisationslosigkeit, schließlich an der Enge und Ängstlichkeit der leitenden Persönlichkeiten, die das gewaltige Temperament eines Lassalle vor den Kopf stießen und mit den aus dem Proletariat hervorbrechenden Quellen nichts anzufangen wußten.

Natürlich hatte für den Vereinstag deutscher Arbeitervereine mit der Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei das Sterbestündlein geschlagen. An einer sehr anderen Stelle landete er, wie die Wirth und Sonnemann[1]), die Schulze-Delitzsch und Eichelsdörfer gehofft hatten, als sie dieses Schifflein vor sechs Jahren auf die Wellen setzten. Um so zufriedener konnte Bebel sein, der ebenfalls in Frankfurt bei der Gründung dabei gewesen war. Er betonte in der Rede, mit der er am 10. August die Selbstauflösung des Verbandes einleitete, daß die neu begründete Partei die Zwecke des Verbandes in voll-

[1]) Sonnemann hatte, wie man sah, noch am Tage zuvor auf dem Kongreß an der Diskussion über den Ausschuß teilgenommen, aber der Selbstauflösungssitzung des Vereinstages wohnte er nicht mehr bei. Auch aus der Art der Berichterstattung der Frankfurter Zeitung wird ersichtlich, daß er am Abend des 9. August Eisenach verlassen hat.

kommenerer Weise fortsetzen würde, als dieser selbst es vermocht hätte, und daß seine Aufrechterhaltung deshalb nur eine Kraftzersplitterung bedeutet hätte[1]). Vorort der neuen Partei wurde nach lebhafter Diskussion Braunschweig-Wolfenbüttel, nachdem Wien, Hamburg und Leipzig ausgeschieden waren. Obgleich die Mehrheit gern im großdeutschen Sinne demonstriert hätte, sah sie doch ein, daß sich von Wien aus die organisatorische Arbeit, auf die es jetzt vor allem ankam, nicht leisten ließ, und obendrein gestand selbst Liebknecht, daß die polizeilichen Verhältnisse in Österreich „fast" ebenso ungünstige wären wie in Preußen! Hamburg mit seiner blühenden Arbeiterbewegung konnte nicht gewählt werden, weil das Gros der dortigen Arbeiter noch in „fanatischer" Treue zu Schweitzer hielt, und an Leipzig durfte man nicht denken, weil sonst die Verdächtigung des Socialdemokrat, daß der Eisenacher Kongreß lediglich eine Veranstaltung der Volkspartei wäre, durch diese Wahl eine scheinbare Grundlage erhalten hätte. Das von Schweitzer künstlich gezüchtete Mißtrauen gegen Bebel und Liebknecht wurzelte noch zu tief in zahlreichen Kreisen von Arbeitern. Dagegen herrschte gegen Bracke in Braunschweig und Spier in Wolfenbüttel auf keiner Seite des Kongresses eine Abneigung. Die Wiener Arbeiter wurden dadurch entschädigt, daß man die Donaustadt vorläufig zum Sitze der Kontrollkommission machte; den Leipzigern verblieb die Redaktion des Parteiorgans, dessen Name auf Johann Philipp Beckers Vorschlag vom ersten Oktober ab Volksstaat lauten sollte. Der Vertreter der Internationale hatte über die Regelung der Beziehungen zwischen dieser und der neuen Partei Vorschläge unterbreitet, über die wegen mangelnder Zeit eine eingehende Beratung nicht mehr erfolgen konnte. Diese Aufgabe wurde mit Beckers Zustimmung einer Kommission anvertraut, die endgültige Formulierung des Verhältnisses aber dem bevorstehenden Kongreß der Internationale in Basel überlassen, dem Liebknecht als Delegierter der Partei beiwohnen sollte. Eine durch Bebel dem Kongreß übermittelte Anregung von Karl Marx empfahl den persönlichen Beitritt jedes einzelnen Parteimitglieds zur Internationale. Diesem Rat wurde in Form einer Resolution Folge gegeben, die aber in der Praxis nicht viel Wirkung tat und Liebknecht und Bebel von ihren in diesem Punkte empfindlichen Londoner Freunden manche Mahnung eintrug. Aus der diesem Beschluß vorangehenden Diskussion sei noch hervorgehoben, daß Bebel mit der gleichen Begründung, wie Schweitzer es zu tun pflegte, das Primat einer nationalen Parteiorganisation nachdrücklich betonte, ohne deren Vorhandensein die internationale Organisation ein Schatten bleiben müßte!

Einen unerfreulichen Beratungsgegenstand für die in Eisenach versammelten

---

[1]) Das „Inventar" des Vereinstages wurde Bebel als dessen letzten Präsidenten zur Verwaltung übergeben. Das Archiv befindet sich noch heute in seinem Besitz. Es ist wissenschaftlich bisher nicht verwertet.

Delegierten lieferte die Gewerkschaftsbewegung, deren noch so junge Saat durch die voraufgegangenen Kämpfe am empfindlichsten verwüstet worden war. Hatte die politische Spaltung der Arbeiterschaft ihr Wachstum schon von vorne herein schwer beeinträchtigt, so war seit dem Ausbruch der Fronde gegen Schweitzers Diktatur die Verwirrung auf diesem Gebiet zu einer Höhe gediehen, welche die völlige Wiederauflösung dieser zumeist noch überaus schwachen und ungefestigten Organisationen ernsthaft befürchten ließ. Die von Schweitzer beliebte Personalunion in der Leitung des Arbeitervereins und des Arbeiterschaftsverbandes trug jetzt schlimme Früchte. Den Austritt der Arbeiterschaftspräsidenten York, Fritzsche, Schob und Schumann aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein beantwortete er damit, daß er durch die Verbandsausschüsse diese „Verräter" aus ihren eigenen Gewerkschaften ausschließen ließ[1]), womit er die Untrennbarkeit der beiden von ihm geleiteten Verbände, des politischen und des gewerkschaftlichen, faktisch aussprach. Da aber nun ein Teil der Holz- und Tabakarbeiter, der Schneider und Schuhmacher für ihren engeren Präsidenten, ein anderer für den Verbandspräsidenten Partei ergriff, so ergab sich daraus eine unbeschreibliche Verwirrung, die mit Naturnotwendigkeit die betroffenen Gewerkschaftsorganisationen lockerte! Nun scheint es, daß bei der großen Beliebtheit, deren sich der zentralistische Gedanke gerade unter der Masse erfreute, nur erst eine Minderheit den Abfall der Führer von Schweitzer und vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu begreifen vermochte. Aber selbst einer Verschmelzung dieser Minderheiten mit den wenigen und noch recht schwachen „internationalen" Gewerkschaften Bebels standen Erwägungen finanzieller Art entgegen, die den Unzufriedenen raten mußten, die von ihnen gezahlten Beiträge nicht ohne die zwingendsten Gründe im Stich zu lassen[2]). Bei dieser überaus zerfahrenen Situation durften York und Bebel in Eisenach die Behauptung aussprechen, daß auf gewerkschaftlichem Gebiet die Scheidewand zwischen beiden Richtungen nicht eher verschwinden könne, als bis Schweitzer aus dem Verbandspräsidium herausgedrängt wäre! Sie hielten es für aussichtslos, vor diesem Ereignis an eine Vereinigung aller Gewerkschaften auf internationaler Grundlage zu denken, während andere Redner sich von der sofortigen Einberufung eines Gewerkschaftskongresses eine entscheidende Besserung versprachen[3]). Schließlich wurde eine von Bebel und York beantragte Resolution angenommen, welche die Einigung der Gewerkschaften, die Lossagung von Schweitzers Präsidium und die Anerkennung der internationalen Grundlage zum Inhalt hatte.

Statistiken über die Stärke politischer Parteien haben, soweit sie sich nicht

---

[1]) Vgl. Socialdemokrat 16. Juli und York im Demokratischen Wochenblatt 31. Juli.

[2]) Vgl. u. a. die Rede von Schulz (Mainz) in Eisenach: Protokoll usw. p. 69.

[3]) So auch der Antrag Ehlers, Bonhorst, Bracke auf dem Baseler Kongreß der Internationale. Abgedruckt im Demokratischen Wochenbl. 11. September.

auf Wahlziffern stützen, immer etwas prekäres an sich, und es wurde in unserer Darstellung schon aus diesem Grunde tunlichst vermieden, für die Beurteilung der Stärke oder Schwäche einzelner Organisationen der Arbeiterpartei zahlenmäßige Angaben heranzuziehen. Doch auch noch speziellere Erwägungen beeinflußten dieses Verfahren. Die anschwellende, aber im Verhältnis zu ihrem eigenen Kraftgefühl und zu ihren Zukunftshoffnungen erst wenig imposante Arbeiterbewegung empfand das Bedürfnis, sich selbst an Ziffern zu berauschen, denen die Wirklichkeit noch nicht nahe kam. Schon Lassalle hatte in grotesker Weise an die tatsächlichen Ziffern Nullen angehängt, Schweitzer trieb es bei Gelegenheiten ähnlich, und Männer wie Tölcke und Fritzsche hatten erst recht kein Gefühl für statistische Ehrlichkeit. Eine Massenpartei, die keine Massen hinter sich hat, entbehrt nicht der Komik, und es wäre schon unter diesem Gesichtspunkte unpolitisch gewesen, dem Gegner die Schwäche der eigenen Cadres zu verraten. Auch Liebknecht und Bebel haben mit gutem Recht ihren Feinden öfter einen weiter reichenden Einfluß vorgetäuscht, als sie bereits besaßen. Aber der Forscher, der am Ufer eines mächtigen Flusses aufwärts wandert, wird sein Interesse deshalb nicht herabstimmen, weil der breite und majestätische Strom der Ebene sich im hügligen Lande verengt und je mehr die Quellen sich nähern, wohl lebendiger und launischer, aber auch schmäler und wasserärmer wird. So ist es von wenig Belang, ob man die Mitgliederzahl des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins kurz vor dem Ausbruch des inneren Zwistes mit dem gewissenhaften Karl Hirsch auf 14 000 und die des Verbandes der Arbeitervereine auf 10 000 schätzt, oder ob man selbst diese Angaben für zu hoch gegriffen hält. Wichtiger als die absoluten Ziffern ist das relative Kräfteverhältnis der beiden seit Eisenach noch feindlicher als früher einander gegenüberstehenden Arbeiterparteien, und da darf man auf Grund mannigfacher Beobachtungen annehmen, daß beide Gruppen, deren eine nach wie vor in Preußen, die andere im außerpreußischen Deutschland ihr Schwergewicht behielt, in bezug auf numerische Stärke und publizistischen Einfluß sich ungefähr die Wagschale hielten. Schon diese Feststellung läßt das forcierte Frohlocken, das Tölcke im Socialdemokrat anschlug, als eitlen Dunst erkennen, den er einer nach Siegen lüsternen und nur durch Siege bei der Fahne zu haltenden Masse ins Gesicht blies! Auf der anderen Seite übertrieb Liebknecht nicht weniger, wenn er in seinem berechtigteren Siegesjubel von der neubegründeten Organisation behauptete, daß sie die Arbeiter des engeren deutschen Vaterlandes „mit Ausnahme einer winzigen Minorität" und außerdem noch die deutschen und nichtdeutschen Arbeiter Österreichs und der Schweiz umfasse. Worin die hauptsächlichste Bedeutung des Eisenacher Kongresses für die deutsche Arbeiterbewegung bestand, das hat von allen Teilnehmern wohl am richtigsten der alte Johann Philipp Becker ausgesprochen. Der betonte nach der Rückkehr in sein Genfer Hauptquartier im Vorboten, daß nun endlich ein Schwerpunkt gewonnen wäre, durch dessen Anziehungskraft alle noch links und rechts in Sonderrichtungen herumflankierenden

Arbeiterabteilungen über kurz oder lang und unwiderstehlich in den Kreislauf der allgemeinen Regenerationsbewegung gezogen würden. Nannte er darüber hinaus die Eisenacher Tagung ein „weltgeschichtliches Ereignis", so klang dieses Wort der Mehrzahl der Mitlebenden wohl als eine groteske Übertreibung, aber nach vierzig Jahren findet es in nachdenklichen Geistern eine ernsthaftere Resonanz!

Man darf annehmen, daß Tölcke während seiner provisorischen Führerschaft in der Hauptsache im Sinne seines Meisters handelte, und daß dieser nach seiner Freilassung keinen Anlaß fand, um seinen Platzhalter zu desavouiren. Kaum hatte sich ihm am 10. September das Tor des Rummelsburger Gefängnisses wieder geöffnet, so erließ der Diktator eine Ansprache an den Verein, die Freund und Feind davon überzeugen mußte, daß er weder seinen Standpunkt noch seine Kampfweise geändert hatte. Hörte man nur ihn, so hatte der Sprengungsversuch, den ein „Teil der süddeutschen und kleinstaatlichen Bourgeoisie in Verbindung mit den Anhängern der entthronten Fürsten und des österreichischen Schwindelliberalismus" gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein unternommen, mit deren schmählicher Niederlage geendet, die „Verräter" waren aus den Reihen der deutschen Sozialdemokratie herausgeworfen, und die Partei stand nach dieser Krisis mit erhöhter Kraft da! Natürlich erschien in Schweitzers Darstellung nach wie vor der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein nicht nur als die einzige wahre Arbeiterpartei, sondern schlechterdings als die alleinige wirkliche Volkspartei. Fortan gab es für ihn keine größere Befriedigung, als wenn er den Finger auf die Schwächen der in Eisenach gegründeten Organisation legen konnte. Bebel hatte daselbst offen eingestanden, daß seine Partei das Geld für ihre Agitation und sogar für die Vorbereitung des Kongresses zum größten Teil dem von deutschen Flüchtlingen zu Beginn der Reaktionszeit in Amerika zusammengebrachten Revolutionsfonds[1]) verdankte, aus dem bereits früher der Berliner Zukunft, dem Vorboten und anderen radikalen Blättern des deutschen Sprachgebiets Unterstützungen zugeflossen waren. Nun hatte freilich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein kürzlich zu wiederholten Malen und zwar ebenfalls für den Eisenacher Kongreß aus der Schatulle der Gräfin Hatzfeld Unterstützungen bezogen. Aber das hinderte Schweitzer nicht, sich scheinheilig und selbstgerecht vor die Brust zu schlagen und prahlend so zu tun, als ob alles Geld, das der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein verausgabte, stets und ausschließlich aus den Arbeitertaschen flösse: „Wir haben nicht nötig", so schrieb er, „als feiles Bettelvolk hinter entthronten Fürsten und liberalen Geldsäcken herzulaufen, um Kongresse und politische Agitationen machen zu können. Wir wissen, daß diejenigen „Parteien", die nicht auf eigenen Füßen zu stehen vermögen, sondern der Besoldung von außen bedürfen, erbärmliche

---

[1]) Für näheres vgl. Demokratisches Wochenblatt 1. September. Dort findet man Erklärungen von Dr. Ladendorf und Amand Gögg.

Werkzeuge für die herrschsüchtigen und volksfeindlichen Zwecke Einzelner sind. Wir fühlen auch in dieser Beziehung unseren Wert und wenden uns mit Ekel ab von den verkommenen Literaten, die dafür bezahlt werden, die Arbeitersache zu schädigen". Es gehörte schon etwas mehr als eine dreiste Stirn dazu, so zu schreiben, wenn man in Schweitzers Haut steckte!

Ob er es in diesem Zeitpunkt wohl wirklich noch für möglich hielt, sein stark erschüttertes Prestige soweit wiederherzustellen, daß er nach wie vor die wichtigste und womöglich die führende und ausschlaggebende Persönlichkeit in der deutschen Sozialdemokratie blieb? Erinnert man sich des oft bewährten scharfen politischen Blicks dieses Mannes, der sonst selbst Imponderabilien zu wägen verstand, so möchte man meinen, die Ereignisse müßten ihm die Augen darüber geöffnet haben, daß eine Arbeiterpartei sich nicht auf die Dauer von einem einzelnen Manne gängeln lassen konnte. Und es ist auch keineswegs unmöglich, daß ihm diese Erkenntnis während der letzten Gefängnishaft, wenn nicht schon früher, aufgedämmert war. Aber seine wunde Eitelkeit, die Erbitterung über die Erfolge seiner tödlichsten Feinde, das Bewußtsein seiner geistigen Superiorität, das Gefühl, daß er viel Mühe und Kraft an die Sache des Proletariats gewendet und ihr manchen ehrlichen Erfolg erkämpft hatte, widersetzten sich vorläufig noch der inneren Stimme, die ihm raten mochte, auf die ganze undankbare Rolle eines Arbeiterdiktators zu verzichten und seine geistigen Aktiva auf eine für ihn selbst fruchtbarere und einträglichere Weise zu verwerten. Zunächst entschloß er sich jedenfalls, seiner geschwächten Gesundheit und dem Unmaß von Haß und Verleumdung, das seine Feinde tagtäglich auf ihn ausspritzten, zum Trotz, mit äußerster Hartnäckigkeit seinen Posten zu behaupten und den Kampf um die Macht fortzusetzen. Wollte er dies aber, so mußte er jetzt seine ganze Autorität dafür einsetzen, um weiteren Abbröckelungs- und Lockerungsbestrebungen energisch Einhalt zu gebieten und die erschütterte Disziplin des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wiederherzustellen. Von dieser Absicht unterrichtete er seine Anhänger in jenem ersten Erlaß nach seiner Befreiung. Nach wenigen Wochen der Erholung, die ihm anscheinend sehr nottaten, wollte er eine Rundreise durch ganz Deutschland antreten, um in allen Gemeinden „Ordnung und strenges Recht" zu schaffen. Sein besonderes Augenmerk sollte dabei dem Finanzwesen gelten, von dem er zugab, daß es darin früher oft an Pünktlichkeit und Strenge gefehlt hätte, und als die Grundsäulen der Lassalleschen Organisation, die künftig in jeder Beziehung Wirklichkeit werden sollte, bezeichnete er von neuem vollständige Einheitlichkeit und strenge Disziplin!

Bereits früher hatte Schweitzer mit Vorliebe den Hang zur Dezentralisation aus dem Wesen der Bourgeoisie und das Bedürfnis nach Zentralisation aus dem Wesen der Arbeiterklasse abgeleitet[1]). Jetzt mußte die Konstatierung dieser Ten-

[1]) Der gelehrige Tölcke trug diese Auffassung in den Berliner Volksversammlungen vor. Vgl. z. B. in der Zukunft 12. Januar 1869 den Bericht über die Versammlung vom 9. Januar.

denzen ihm behilflich sein, um die Krisis, welche die Arbeiterpartei in den letzten Monaten durchgemacht hatte, in einem für seine Zwecke günstigen Licht darzustellen. Als den gemeinsamen Grundcharakter aller jener Angriffe der „bürgerlichen Demokratie" auf die „Arbeiterpartei" bezeichnete er den Wunsch, den festen Zusammenhalt der Partei aufzulösen und ihre strenge Einheitlichkeit zu lockern. Dies fand er natürlich, denn die Bourgeoisie, ihre Produktionsweise und ihre Herrschaft ruhe auf der Vereinzelung der Personen und habe deshalb den Hang, die Einzelpersonen auf Kosten der Gesamtheit zur Geltung zu bringen und den Sonderwillen über den Gesamtwillen zu stellen. Umgekehrt habe die Arbeiterklasse die Tendenz, in allem, was sie tue, die Einheit der Bestrebungen herzustellen, die Überhebungen der Einzelpersonen zurückzuweisen und den Sonderwillen in den souveränen Willen der Gesamtheit aufzulösen. Die Zusammenstöße der letzten Monate seien aus diesem Gesichtspunkte zu erklären: fast sämtliche Bourgeoiselemente, die sich in die Partei eingedrängt hätten, suchten eine größere Dezentralisation durchzusetzen, während die wirklichen Arbeiter fast insgesamt an der bisherigen Zentralisation festhielten. Nun lag es Schweitzer aus leicht ersichtlichen Gründen besonders am Herzen, das Bestehen dieser Tendenzen auch auf dem Gebiete der Gewerkschaften nachzuweisen und dadurch die den Socialdemokrat lesenden Arbeiter vor den auf die Sprengung des Arbeiterschaftsverbands abzielenden Bestrebungen der York und Genossen zu warnen. Wohl hatte sich sein Interesse an dem Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung längst abgekühlt, und er hatte bei der Einigung mit der Hatzfeldpartei ihre Förderung mehr oder minder dem momentanen Vorteil geopfert, aber diese Bewegung war doch einmal da, und wenn er sich jetzt nach der in Eisenach stattgehabten Diskussion von ihr losgesagt hätte, so würde er damit nur eine seiner stärksten Bastionen widerstandslos dem Feinde geopfert haben. Selbst nicht die Rücksicht auf die Hatzfeldsche Gruppe durfte ihn zu einer solchen freiwilligen Schwächung seiner Position bestimmen, und deshalb legte er jetzt Wert auf die Feststellung, daß er Mende niemals so weitgehende Konzessionen auf diesem Gebiete gemacht habe, wie jener sich öffentlich rühmte. Gelang es den Eisenachern, den Arbeiterschaftsverband zu zertrümmern und ihm damit die leitende Stellung in der Gewerkschaftsbewegung zu entwinden, so war seine endgültige Niederlage besiegelt. Deshalb denunzierte er die auf Autonomie gerichteten Bestrebungen der einzelnen Gewerkschaften als „dezentralistische Umtriebe der Bourgeoisie" und bekämpfte mit der gleichen Entschiedenheit jene sehr berechtigte Agitation, die auf die strenge Scheidung zwischen der gewerkschaftlichen und der politischen Bewegung drang und ihr nächstes Ziel in der Abschaffung der Personalunion zwischen der Leitung des Vereins und des Verbandes erblickte. Schweitzer zeigte nunmehr offen, daß er von einer Gleichberechtigung der gewerkschaftlichen und der politischen Bewegung nichts wissen wollte.

Während so die ganze Gestaltung der Verhältnisse den Diktator immer weiter in die Defensive drängte, kam ihm plötzlich von einer Seite, von der er sich dessen schwerlich versehen hätte, eine völlig unerwartete Gelegenheit zu einem kräftigen Frontangriff auf die Schlachtreihen der „Ehrlichen“! In dieser ersten Zeit nach der Konstituierung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei bestanden bei Liebknecht und Bebel noch schwere Bedenken gegen ein entschiedenes Abschwenken von jenen Elementen des radikalen Bürgertums, mit denen sie sich in der Bekämpfung des preußischen Cäsarismus und Militarismus einig wußten. Bekannten sie sich für ihre Person jetzt offen zu den letzten Konsequenzen des Kommunismus, so wollten sie doch ihre großenteils aus den einstmals fortschrittlichen Arbeiterbildungsvereinen hervorgegangene Anhängerschaft nicht durch ein zu beschleunigtes Vorrücken auf sozialem Gebiete kopfscheu machen. Diese Erwägung legte es ihnen nahe, von ihrem Programm vorerst solche sozialistische Forderungen auszuschließen, die von ihren politischen Kampfgenossen im bürgerlichen Lager als eine Kriegserklärung aufgefaßt werden konnten. Zu oft hatten Liebknecht und Bebel die Identität von Demokratie und Sozialismus gepredigt, als daß sie einer Veruneinigung der „reinen“ und der „sozialen“ Demokratie leichten Herzens entgegensehen konnten. Mochte Johann Philipp Becker, dem die Forderung des internationalen Zusammenschlusses der Arbeiter Lebensaufgabe war, das Fortbestehen jenes Bündnisses eine „Mesalliance“ nennen, als Arbeiterführer, die auf deutschem Boden den Kampf gegen die ungeheure Übermacht der reaktionären Gewalten mit Aussicht auf Erfolg führen wollten, durften sie nicht ohne zwingenden Grund die, einmal zerrissen, schwer wieder anzuknüpfende Verbindung mit der äußersten Linken des Bürgertums fahren lassen. Doch ebensowenig konnten Liebknecht und Bebel es wagen, kommunistische Forderungen irgend welcher Art offen zu bekämpfen, denn sie setzten sich dadurch der für den Augenblick noch größeren Gefahr aus, ihrem Todfeinde Schweitzer, der sie ohnehin den Arbeitern als „Volksparteiler“ verdächtigte, Wasser auf die Mühle zu liefern.

Für die Führer der neuen sozialdemokratischen Partei gestaltete sich die Sachlage überaus unbehaglich, als der Baseler Kongreß der Internationale[1]) gegen Liebknechts Rat eine Resolution faßte, die der Gesellschaft das Recht zusprach, den Grund und Boden in Gemeineigentum zu verwandeln. Schweitzer hatte sich früher mit der Bodenfrage und mit dem ebenfalls in Basel erörterten Erbschaftsproblem gründlich theoretisch auseinandergesetzt und ließ die Gegner jetzt seine wissenschaftliche Überlegenheit fühlen. Durfte er doch mit Recht behaupten, daß die Mehrzahl der Teilnehmer des Baseler Kongresses nicht ent-

[1]) Über den Kongreß und über die Vorgeschichte der Resolution vgl. u. a. Jaeckh a. a. O.

fernt so sozialistisch durchgebildet seien wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, der die Verstaatlichung des Grund und Bodens seit Jahr und Tag fordere![1]) Doch darüber drückte er seine Freude aus, daß es den „Sendboten und Werkzeugen der deutschen bürgerlichen Demokratie" mit Liebknecht an der Spitze nicht gelungen wäre, den Kongreß von entschieden sozialistischen Beschlüssen zurückzuhalten. Bei allen seinen früheren Zusammenstößen mit Liebknecht, wo es sich um politische Fragen handelte, hatte jener als der unentwegte Dogmatiker, er selbst aber als der Opportunist dagestanden, der sich hauptsächlich durch taktische Erwägungen leiten ließ. Jetzt lag es einmal umgekehrt, und da war es Schweitzer nicht zu verdenken, daß er aus dieser seltenen Gunst der Situation jeden erreichbaren Vorteil herausschlagen wollte. Dabei verstand es sich von selbst, daß die wirklichen Motive seiner Feinde für ihn überhaupt nicht vorhanden waren. Hörte man ihn, so sperrten die Eisenacher sich ausschließlich deshalb gegen die Aufnahme der Baseler Beschlüsse in ihr Parteiprogramm, weil sie fürchteten, daß dann „die bürgerliche Gelddemokratie" sie nicht länger pekuniär unterstützen würde. In Liebknechts Erwägungen hatte die Ansicht bestimmend mitgesprochen, daß selbst eine siegreiche Revolution sich nicht würde halten können, wenn die Bauern ihr feindlich wären[2]), daß aber diesen die socialistische Auffassung vom Grundeigentum nur allmählich klar gemacht werden könne. Schweitzer wollte nicht begreifen, wie Männern, die sich als Sozialdemokraten ausgaben, der Mut fehlen könne zu dem Geständnis, daß das Grundeigentum ebenso wie das bewegliche Kapital in das gemeinsame Eigentum der Gesamtheit gebracht werden müsse. Er erklärte es für einen Verrat an der zahlreichsten Klasse aller Arbeiter, an dem ländlichen Proletariat, wenn man seine Sache auf echt reaktionäre Weise von der des städtischen trennen wollte. Hörte man auf ihn, so waren diejenigen seiner Parteifreunde, die den Streit mit den Eisenachern als einen Hader innerhalb der sozialdemokratischen Partei ansahen, Kinder an politischer Einsicht. Denn sie ließen sich von bürgerlichen Demokraten vorlügen, daß in den Reihen der Sozialdemokratie Uneinigkeit herrsche, während doch nur die in sich einige Sozialdemokratie mit jenem Teil der bürgerlichen Demokratie, der sich fälschlich für die soziale ausgab, zu kämpfen hatte. Diese Gelegenheit erschien demnach günstig, um zwischen den beiden Richtungen, die sich in Eisenach gemeinsam organisiert hatten, wenn es irgendwie anginge, Mißtrauen zu säen. Jene alten Lassalleaner in Braunschweig-Wolfenbüttel, die den Ausschuß der neuen Partei bildeten, standen ihrer ganzen Entwicklung nach der bürgerlichen

[1]) Seinen theoretischen Standpunkt entwickelte er noch einmal in der Artikelserie „Der Baseler Beschluß wegen des Grundeigentums", Socialdemokrat 20., 22. und 27. Oktober. Den sachlichen Kern dieser Ausführungen bildet die Darlegung, daß das Privateigentum an Grund und Boden als eine besondere Ausbeutungsart neben die in der ganzen sonstigen Gesellschaft bestehenden Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital tritt.

[2]) Brief an Bracke vom 17. November, abgedruckt in Hochverratsprozeß etc. p. 196.

Demokratie ferner als Bebel und Liebknecht. Gegen Schweitzers fortwährende Angriffe auf die Halbheit und Unentschiedenheit ihres Sozialismus waren sie nicht unempfindlich geblieben und tatsächlich planten sie in diesem Herbst eine offizielle Kundgebung zu gunsten der Baseler Beschlüsse. Natürlich gerieten sie dieserhalb mit Liebknecht, der sich weigerte, ein solches Manifest im Parteiorgan abzudrucken, in Meinungsverschiedenheiten. Diese Unstimmigkeit, die ihm nicht verborgen bleiben konnte, suchte Schweitzer nach Kräften zu vertiefen. Die Empfindlichkeit Brackes kannte er aus eigener Erfahrung. Deshalb stellte er ihn und seine Genossen, die den Ausschuß bildeten, als „vollkommene Strohpuppen" hin, die sich nicht „mucksen" dürften, weil ihnen sonst von den „wirklichen Führern der Partei" ihre Stellung klar gemacht würde. Die eigentlichen Leiter der Partei säßen aber in Leipzig und stünden in Abhängigkeit von Kapitalisten wie „Löb Sonnemann" und „Aron Ladendorf" sowie von den Geldern des Hietzinger Hofes. Rücke man ihnen wegen des heuchlerischen Spiels, das sie mit einer Grundforderung des Sozialismus trieben, auf den Leib, und wüßten sie sich nicht mehr zu helfen, dann flöhen sie von dem sachlichen auf das persönliche Gebiet und begönnen, die Aufmerksamkeit von der wirklichen Streitfrage dadurch abzulenken, daß sie auf den Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins schimpften. Dies sei ihre einzige Kunst, denn, würden sie sich auf Prinzipienfragen einlassen, so müßte das Kartengebäude ihrer feigen Halbheiten zusammenbrechen, während der steinerne Bau der festen und radikalen Prinzipien der wirklichen Sozialdemokratie unerschütterlich bliebe! Nun mußte es aber auch auf Unbeteiligte einen sonderbaren Eindruck machen, wenn Liebknecht im Demokratischen Wochenblatt die Ansicht vertrat, die sozialdemokratische Arbeiterpartei als solche hätte zu dem Baseler Beschluß über das Grundeigentum keine Stellung zu nehmen, sondern nur die einzelnen Parteimitglieder, und gleich allen Beschlüssen theoretischer Natur besäße dieser Beschluß bindende Kraft nur für diejenigen, die für ihn gestimmt hätten. Nachdem sie einmal gefaßt waren, wollte freilich auch er unter keinen Umständen bis zu einer offiziellen Verleugnung der Baseler Beschlüsse gehen.

Schweitzer fühlte sich als Sieger in dieser Polemik. Er durfte dem Gegner zurufen: „Welche Existenzberechtigung hat denn unsere Partei, wenn nicht diese, daß sie der Ausbeutung ein Ende machen will, und wie soll denn die Ausbeutung enden, wenn das Hauptproduktionsmittel, der Grund und Boden, in der Hand einer einzelnen Klasse bleibt? Den herrschenden Skandal aufzudecken, die künftige Besserung vorzubereiten, Klarheit in die Partei zu bringen — das ist der große gewaltige Zweck jener Revolution, der Ihr praktische Bedeutung absprecht und die Ihr verleugnet, Ihr — „Sozialdemokraten". „Die Bauern könnten erschreckt werden." Die Bauern nur, Ihr neumodischen „Sozialdemokraten" — warum denn nicht auch die großen Adligen und die reichen Klöster? Welche zarten Bedenken! Eure Brüder, die ländlichen Arbeiter, gebt Ihr auf,

um die Grundbesitzer nicht zu erschrecken!! Wißt Ihr denn nicht, daß dies das Reaktionärste ist, was geschehen kann? Und diese Kleinbauern! Habt Ihr denn gar nicht gelesen, was Lassalle in dieser Beziehung geschrieben hat? Vor allem aber — und dies ist die Hauptsache — wißt Ihr nicht, daß diejenige Partei, welche nicht den Mut ihres vollen Prinzips hat, von Anfang an tot ist?.... Nur der klare und ganze Gedanke kann die Geister erobern, die blasse Halbheit tötet sich selbst!"[1]) —

Mit der Internationalen Arbeiterassoziation hatte sich Schweitzer trotz der Erkaltung der Beziehungen zu Marx zu verhalten gesucht; man erinnert sich, daß er selbst noch nach dem Bruch mit ihrer deutschen Sektion sorgfältig zwischen dieser und der Gesamtassoziation unterschied. Nun hatte der Baseler Kongreß die gegen ihn gerichteten Kritiken Liebknechts und Spiers, die als solenne Abschlachtungen zu bezeichnen waren, widerspruchlos hingenommen, eine Resolution für die Abschaffung der Präsidentenwürde bei allen der Internationale zugehörenden Organisationen einstimmig votiert und auch sonst offen für die Eisenacher und gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein Partei ergriffen. Aber trotz dieser feindlichen Akte war Schweitzer nicht zu bestimmen, ab irato Politik zu treiben und sich mit einer Gruppe zu überwerfen, die den Arbeitern als die lebendige Verkörperung der in ihren Herzen wurzelnden internationalen proletarischen Verbrüderungsidee galt. Auch standen keineswegs alle publizistischen Organe der Internationale ihm und seiner Partei so schroff gegenüber wie das Demokratische Wochenblatt, das seit dem 1. Oktober „Volksstaat" hieß, und der Vorbote. Vielmehr hatten der Progrès in Locle, der Pariser Travail und die Genfer Égalité bei seinem Konflikt mit Liebknecht eine neutrale Haltung bewahrt. Beschränkte er sich jetzt auch nicht mehr darauf, nur J. Ph. Becker und die „Ehrlichen" abzufertigen und entschloß er sich zu einer Kritik der Internationale selbst, so tat er es doch nicht, ohne ausdrücklich zu betonen, daß er „um der guten und großen Idee willen, die jener Assoziation zu Grunde liege", sein bisheriges Verhalten ihr gegenüber nicht zu verändern wünsche. Den Schwerpunkt seiner Kritik verlegte er in die Anfechtung der zu laxen Aufnahmebestimmungen der Internationale. Um mit großen Mitgliederziffern prunken zu können, hätte diese Assoziation alle Vereine aufgenommen, die sich um den Eintritt bewarben, ohne sich vorher zu vergewissern, ob deren Mitglieder auch Sozialisten wären. So käme es, daß sie aus „zusammengewürfelten Elementen ohne gemeinsame Überzeugung, ohne Saft und Kraft der Gesamtheit" bestünde, und daß der richtige Gedanke, der ihr zu Grunde läge, durch eine schlechte Leitung in vieler Hinsicht illusorisch gemacht würde. Die jahrelangen Hetzereien ihrer deutschen Sektion gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und seine straffe Organisation hätten ihrer

[1]) Leitartikel des Socialdemokrat vom 15. Oktober 1869.

Konsolidierung geschadet. Denn die falschen Vorstellungen, welche die Bourgeoisie den Arbeitern vom Wesen der Freiheit predigte, und die sie teilte, kehrten sich endlich gegen sie selbst. Die in Basel beschlossene Abschaffung jeder Präsidentur sei eine Hanswursterei. Leute wie „Becker, Liebknecht, Gögg, Ladendorf, Sonnemann" verpfuschten den nationalen Zusammenhang wie den internationalen, indem sie die Arbeiterbewegung in das Schlepptau der bürgerlichen Demokratie zu bringen trachteten. Der internationalen Sache diene weit besser derjenige, der als praktischer Mann zuerst unabhängige und starke nationale Arbeiterparteien schaffen wolle. Denn diese festgegliederten Bataillone würden das für alle Nationen gleiche Prinzip nachdrücklich verfechten und sich ganz von selbst zu einer internationalen Armee zusammenschließen!

Schweitzers scharfe Verurteilung des Verhaltens der Eisenacher gegenüber den Baseler Resolutionen hatte dazu beigetragen, diese Partei nach links zu drängen und damit den Scheidungsprozeß zu beschleunigen, der nun bald der „Mesalliance" zwischen der bürgerlichen und der sozialen Demokratie Deutschlands ein Ende machte. Die einzelnen Phasen einer solchen Entwicklung dürfen in diesem Zusammenhange nicht geschildert werden. Sie setzte gleich nach der Baseler Tagung ein mit einer heftigen Kanonade des Nürnberger Anzeigers, der Mannheimer Abendzeitung, des Stuttgarter Beobachters, der Frankfurter Zeitung und anderer demokratischer Blätter gegen den „Kommunismus" der dort gefaßten Beschlüsse. Aber für Schweitzer erwuchs aus der gegenseitigen Entfremdung bisheriger Bundesgenossen kein Nutzen. Denn die Eisenacher streiften gerade unter dem Einfluß dieser Auseinandersetzung einen weiteren Teil der ideologischen Eierschalen ab, die ihre Herkunft aus den Bildungsvereinen ihnen bis dahin noch belassen hatte. Sie verwandelten sich jetzt unter der Hand zu fast ebenso entschiedenen Klassenkämpfern wie die Lassalleaner, die damit ihnen gegenüber eine ihrer wirksamsten Waffen einbüßten!

Doch auch noch andere Umstände verhinderten, daß Schweitzer aus der durch die Baseler Resolution geschaffenen Situation nachhaltigen Vorteil zog. Die vor wenigen Monaten mit lautem Cymbelschlag gefeierte Verschmelzung der männlichen und weiblichen Richtung der Lassalleaner ging von neuem in die Brüche, und gleichzeitig unternahmen die „Ehrlichen" einen wiederholten kombinierten Frontangriff gegen seinen Ruf, seinen Charakter und seine Stellung, dessen er sich jetzt nur noch unter einer starken Einbuße seines Prestige erwehren konnte!

Das eigentliche Motiv für die Lösung des unnatürlichen Bündnisses zwischen Schweitzer und der Gräfin Hatzfeld ist wohl in der persönlichen Abneigung der Freundin Lassalles gegen dessen talentvollsten Jünger zu suchen, der sich ihre Unterstützung gefallen ließ aber an ihr Gängelband durchaus nicht gehen wollte. Doch fehlte es auch nicht an sachlichen Meinungsverschiedenheiten angesichts der streng „religiösen" Auffassung, welche die Hatzfeld und ihr Adlatus

Mende noch immer von der Arbeiterbewegung hegten. Sie beschuldigten jetzt Schweitzer, daß er die bei der Verschmelzung der Vereine getroffenen Abmachungen in den wichtigsten Punkten gebrochen hätte. Von der Kontroverse über die Gewerkschaften war schon an einer früheren Stelle die Rede. Jetzt kam noch hinzu, daß in Mendes Augen das Geschäftsreglement keine Gnade fand, das Schweitzer mit Rücksicht auf das Vereinsgesetz in einem noch zentralistischeren Geiste ausgearbeitet hatte, als es Lassalle ursprünglich vorgesehen. Selbst dieser Zentralist erklärte, daß darin die Bevollmächtigten an den einzelnen Orten von Schweitzer ohne Not zu bloßen Kreaturen des Präsidenten herabgewürdigt würden, und daß dieser seine Funktionen weit über alle durch die Lassallesche Organisation dem Präsidenten zugestandenen Rechte hinaus ausgedehnt hätte. Überdies war die Generalversammlung nicht mehr für 1869, sondern erst auf den 3. Januar 1870 nach dem Mende nicht zusagenden Berlin einberufen worden; auch hierin erblickten er und die Gräfin, mit der er überdies die Finanzwirtschaft des Vereins anfocht, einen Statutenbruch. Als die Gräfin Schweitzer im Oktober zum ersten Mal mit dem Wiederabfall ihrer Getreuen drohte und ihm dabei die wachsende Schwierigkeit seiner Lage vor Augen hielt, da verriet der Vielgewandte seiner alten Gegnerin, daß er für den Fall seines Rücktritts von der politischen Tätigkeit bereits einen Weg zur Sicherung seiner Existenz ins Auge gefaßt habe; aber noch verschwieg er ihr, auf ein wie politikfernes Eiland er sich zu retten gedachte. So gelangte in Mendes Broschüre vom Dezember 1869 die völlig unbegründete Verdächtigung, Schweitzer hätte sich für den Zeitpunkt seines Ausscheidens aus der Agitation im voraus eine Anstellung gesichert. Diese Broschüre enthielt das Ultimatum der gräflichen Clique an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins; sie verlangte die sofortige Amtsenthebung Schweitzers und Tölckes, die sie mit den heftigsten Schmähungen überschüttete. Als diesem Gesuch nicht Folge gegeben wurde, erfolgte der Bruch und die Wiederaufrichtung des früheren Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der auf einer letzten Generalversammlung in Halle, zu der seine Kräfte gerade noch reichten, in einer natürlich wirkungslosen Resolution Schweitzer für abgesetzt erklärte. In der Folge kam dieses Zerrbild einer Arbeiterpartei über ein bloßes Schattendasein nicht wieder hinaus. Die Mehrzahl der früheren Anhängerschaft machte die neue Abspaltung überhaupt nicht mit und blieb vorerst bei Schweitzer, die Minderheit vegetierte noch einige Zeit besonders in Chemnitz, Zeitz und im Saalekreise. Schon unmittelbar nach der neuen Spaltung schrieb die Gräfin in einem Brief an Röthing: „Außer Ihnen ist alles leider in so hohem Grade lässig, daß man nicht weiß, was man dazu sagen soll.“ Sie warnte in diesem Briefe ihre Anhänger, Schweitzer öffentlich entgegenzutreten, falls er nach Leipzig käme, da sie dazu viel zu schwach wären. Die Reste der an die äußerste Grenze von Nichtigkeit und Hohlheit gelangten Sekte verschwanden fast völlig in der Sturmflut des Kriegsjahres. Im Mai 1870 trennte sich selbst die Hatzfeldortho-

doxe Bremer Gemeinde von Mende wegen seiner angeblichen Übergriffe, und im Juli berichtete Kühn im Volksstaat, daß es auch auf dem linken Rheinufer mit Mendes Einfluß völlig vorüber wäre.

Die Gräfin Hatzfeld und Mende waren nun freilich Gegner, die Schweitzer nicht mehr viel anhaben konnten, seitdem die Arbeiterbewegung unter dem Einfluß der Internationale und ihrer Agitatoren, in noch stärkerem Maße aber infolge der zunehmenden kapitalistischen Umgestaltung Deutschlands und seiner Nachbarländer, eine ungleich breitere und vielseitigere Entfaltung forderte, als die überlebte Lassalleorthodoxie einsehen wollte. Viel ernster nahm Schweitzer mit Recht die Angriffe der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Diese hatte erst um die Mitte des September, wieder nur mit Hilfe der Verwalter des Revolutionsfonds, das nötige Geld zusammengebracht, um wenigstens in kleinem Maßstabe die Agitation beginnen zu können. Mit dem 1. Oktober trat als ein weithin sichtbares Symbol einer neuen Zeit die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund in Kraft, die das Koalitionsrecht gesetzlich gewährleistete und zum Leidwesen der kleinen Handwerker mit den Resten des Zunftwesens aufräumte. Das Los der Kleinmeister, die nicht ohne Grund um ihre Zukunft sorgten, beschäftigte damals die gesamte Presse. „Die Handwerkerjugend sieht die letzten Reste korporativen Zusammenwirkens und Ansehens zu Grabe tragen und sucht einigen Ersatz in gemeinsamen Hoffnungen und Illusionen", so charakterisierte die gut bürgerliche Spenersche Zeitung treffend die psychologische Verfassung der Handwerkergesellen, die auch jetzt noch eine den Fabrikarbeitern an Zahl überlegene Klasse ausmachten. Beide sozialdemokratischen Parteien mußten in einem solchen Zeitpunkt die Gewinnung der Handwerker, der kleinen Meister wie der Gesellen, als ihre agitatorische Hauptaufgabe betrachten. Schweitzer glaubte, diesen Elementen reinen Wein einschenken zu sollen: er gestand den kleinen Meistern geradezu, daß die wirtschaftliche Entwicklung ihnen den einstmals goldenen Boden unter den Füßen fortzöge. Er enthüllte ihnen, daß sie als Klasse zum Aussterben verurteilt wären und riet ihnen deshalb, rechtzeitig einzusehen, daß sie mit den Lohnarbeitern gegen das Großkapital zusammenhalten müßten. Schweitzer, Hasenclever und andere Agitatoren der Lassalleaner forderten, soweit es sich beurteilen läßt, von den Kleinmeistern die unbedingte Lossagung von der Bourgeoisie und den Übertritt zu der rein proletarischen Arbeiterpartei. Weniger ungestüm und mit mehr Nachsicht gegen deren vorerst noch bürgerliche und zünftlerisch enge Anschauungsweise scheinen die Eisenacher vorgegangen zu sein. Während Schweitzer nur die Männer der „schwieligen" Faust als Arbeiter anerkannte und gegen die „jüdischen" Literaten hetzte, wies der Ausschuß in Braunschweig-Wolfenbüttel seine Agitatoren ausdrücklich auch an „die kleinen Handwerksmeister, an die Proletarier der geistigen Arbeit und an die Brüder auf dem Lande". Wenn der Volksstaat wiederholt betonte, daß die Arbeiterfrage im engeren Sinne noch nicht die ganze soziale Frage ausmache, daß die geistigen Arbeiter, die Ge-

lehrten, Künstler, Beamten und die Frauen ebenfalls der Befreiung bedürften, daß sonderlich die Schulmeister „Arbeiter im wahren Sinne des Wortes" wären[1]), so war für den Socialdemokrat damit ausgemacht, daß die Eisenacher, oder wie er unentwegt schrieb, die vorwiegend von „Preßjuden" und „Börsenjuden" geleitete „bürgerliche Demokratie" für das geistige Proletariat die Vorkämpferschaft in der Arbeiterbewegung forderte. Es war nicht anders, solange Schweitzers Diktatur nicht gebrochen war, konnte die Agitation der neuen Partei sich nicht auf die Bearbeitung der dem Sozialismus noch fremden Volkselemente konzentrieren. Die Lockerung der Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mußte nach wie vor ihr vornehmstes Ziel bleiben.

Um die Mitte des September begann Yorck eine Rundreise, auf der er, mit wechselndem Erfolg, möglichst zahlreiche Gemeinden von Schweitzer loszureißen suchte. Noch empfindlicher trafen diesen aber die Beschuldigungen, die Yorck und gleichzeitig auch Bracke in der Presse gegen ihn erhoben. Das Wort der beiden geachteten Männer, die seine langjährigen Kampfgenossen gewesen waren, mußte auf die noch treu bei ihm ausharrenden Massen der Vereinsmitglieder einen viel stärkeren Eindruck machen als die Angriffe Liebknechts und Bebels. Trotz ihres Abfalls von Schweitzer bekannten sich diese Lassalleaner de première heure noch immer mit Ostentation zu der Lehre des großen Tribunen; sie hofften auch wohl, auf diese Weise in den Reihen des Vereins noch überzeugender zu wirken. Lassalle, so führte Yorck aus, habe eine Diktatur der Einsicht, aber nicht der Willkür und Korruption gefordert. Der moderne „Arbeitercäsar" Schweitzer verlange göttliche Verehrung und würde selbst Lassalle nicht neben sich dulden wollen, wenn dieser noch einmal auftreten könnte. Von einer cäsaristischen Diktatur wäre für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung kein Heil zu erwarten. Schweitzer selbst hätte früher gegen Bernhard Becker im Socialdemokrat geschrieben, das Rüstzeug eines Riesen passe nicht für den Körper eines Zwerges. Das Wort gelte aber auch für Zwerge in moralischer Beziehung; sittlich anrüchige Personen, die in einem mehr als bloß wahrscheinlichen Verdacht stünden, dem preußischen Regierungssozialismus Handlangerdienste zu leisten, eigneten sich überhaupt nicht zu Arbeiterführern. Die Arbeiter müßten nicht zu einer Prätorianerarmee, zu einer nur an Kommando gewöhnten Soldateska erzogen werden, sondern zu freien, selbstbewußten, charakterfesten M ä n n e r n, wie Johann Jacoby einer wäre, dessen Schuhriemen zu lösen Schweitzer nicht verdiene. Bracke, als der ehemalige Kassierer des Vereins, berücksichtigte bei seiner Abrechnung mit Schweitzer hauptsächlich finanzielle Punkte, u. a. warf er ihm vor, kleinere Summen, über die er keine Rechnung abgelegt hätte, in die eigene Tasche gesteckt zu haben. Darüber hinaus beschuldigte er ihn der Unterschlagung der Generalversammlungsprotokolle.

[1]) Volksstaat, 8. Januar 1870.

Es ist nicht recht ersichtlich, weshalb Schweitzer den Antritt der in der ersten Proklamation nach seiner Freilassung von ihm angekündigten Rundreise stets wieder hinausschob[1]). Als ihren Zweck bezeichnete er in zahlreichen Kundgebungen die gründliche Reorganisation des ganzen Vereins. Er beabsichtige nicht sowohl, Reden zu halten, als Arbeiterbataillone zu formieren, es käme ihm dieses Mal weniger auf die Anwerbung neuer Mitglieder an, als auf die Befestigung der bestehenden Gemeinden. Wie sehr dies letztere nötig sei, zeige der Umstand, daß nach dem strengen Recht die Hälfte aller Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nicht mehr als zugehörig gelten müßten, weil sie vier Wochen hinter einander keinen Beitrag gezahlt hätten. Die Neuordnung der Finanzangelegenheiten werde einen seiner Hauptgesichtspunkte bilden. Dispensation von der Beitragszahlung würde in Zukunft nur noch in den äußersten Fällen erteilt werden können. Die Münchener Gemeinde des Vereins hatte den Präsidenten durch eine Resolution aufgefordert, noch vor dem Antritt seiner Reise eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. Dieses Ansinnen ließ Schweitzer im Socialdemokrat mit der Begründung zurückweisen, daß eine Generalversammlung wohl Gesetze geben und Entscheidungen treffen, aber nicht Ordnung stiften könne. Die Reise des Präsidenten solle die Generalversammlung nicht ersetzen, sondern sie erst möglich machen. Auch den Arbeiterschaftsverband wollte Schweitzer auf seiner Rundreise reorganisieren. Er stellte es freilich so hin, als ob nur einzelne Gewerkschaften, durch die Schuld ihrer abgefallenen Präsidenten, in Verwirrung gebracht wären, während der Arbeiterschaftsverband als solcher keine Erschütterung erlitten hätte. Aber das war natürlich eine bloße Spiegelfechterei, und die Rebellion des in Hannover sitzenden Ausschusses der Metallarbeiterschaft zu Anfang Oktober, kurz nachdem Marx dort bei Dr. Kugelmann zu Besuch geweilt, hätte ihn belehren können, daß in Bezug auf die Möglichkeit einer Diktatur über die Gewerkschaftsbewegung jener „Theoretiker" eine richtigere Auffassung besaß als er!

Bevor Schweitzer endlich am 31. Oktober die vom Parteiorgan gründlich vorbereitete Rundreise antrat, sprach er sich in einem Erlaß nochmals über deren Ziele aus. Aber dahinein flocht er ein persönliches Bekenntnis: „Kein Mensch ist unfehlbar" sagte er, „und auf einem so schweren Posten, wie der mir übertragene, sind Fehler fast unvermeidlich; allein ich habe das Bewußtsein, daß ich redlich und mit ganzer Kraft in unausgesetzter Tätigkeit meiner Pflicht nachzukommen strebe, und darum kann ich überall mit gutem Gewissen den Mitgliedern

---

[1]) Schweitzer hielt von dieser Zeit an, wenn er sich in Berlin befand, fast allwöchentlich in der dortigen Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins populäre Vorträge; so sprach er im September und Oktober, als man Alexander von Humboldts hundertsten Geburtstag gefeiert hatte, über diesen, ein anderes Mal über „Geld", über „Luxus", über die „Grundlagen des Sozialismus", über das „Privateigentum an Grund und Boden", über „Groß- und Kleinbetrieb", über „Spartakus" usw.

gegenüberstehen[1])." Die nächste ordentliche Generalversammlung des Vereins und des Verbandes sollte in Berlin stattfinden, wie Schweitzer es ausdrückte, „um diese Stadt endgültig für die Sozialdemokratie zu gewinnen", wie Mende behauptete, weil dem Diktator hier die Maurer und Zimmerer eine zuverlässige Garde stellten!

Schweitzers Gegner legten es ihm als Feigheit aus, daß er auf seiner Rundreise ihnen nicht in öffentlicher Versammlung entgegentreten wollte. Sie behaupteten, er hätte die Gelegenheit ergreifen müssen, um seinen Anhängern zu zeigen, daß er, wenn auch kein gutes Gewissen, so doch Courage besitze. Auf dieser Rundreise, die vom 31. Oktober bis zum 13. Dezember dauerte, hielt Schweitzer 38 Versammlungen ab. Wenn man dem Socialdemokrat glauben darf, so nahmen diese, außer in Bremen, wo der Wiederabfall der Orthodoxen die Hatzfeldschen und Schweitzerschen Lassalleaner auf den Kriegspfad gedrängt hatte, überall einen für den Diktator günstigen Verlauf. Besonders glänzend wurde er in den beiden Hochburgen seiner Popularität, in Hamburg und Elberfeld-Barmen, empfangen. Viele Tausende von Arbeitern füllten die Straßen und jubelten ihrem Führer zu! Daß das persönliche Erscheinen des Präsidenten in den Mitgliedschaften das Finanzwesen des Vereins günstig beeinflußte, bewies eine offizielle Mitteilung des Kassirers Hasenclever, die eine Besserung in den Zahlungen feststellte.

Aber noch mehr als diese reorganisatorische Arbeit in den Provinzen sollten Erfolge, die Schweitzers Mannen während seiner Abwesenheit in der Hauptstadt erfochten, die Partei Lassalles mit neuem Mut erfüllen und das Rückgrat ihr stärken. Als Schweitzer sich auf seiner Rundreise in Dresden befand, sah er sich von Berlin aus vor eine für ihn und seinen Verein folgenreiche Entscheidung gestellt. Die Fortschrittspartei hatte sich just den Zeitpunkt ausgesucht, wo für klarer blickende Menschen ein Krieg mit Frankreich am Horizont wetterleuchtete, um die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses durch die Einbringung einer Resolution aufzuhalten, welche die Herabsetzung des Militärbestandes und die Anknüpfung von diplomatischen Verhandlungen zum Zweck einer allgemeinen Abrüstung zum Gegenstand hatte. Eine von den Antragstellern Virchow, Löwe-Calbe, Duncker, Schulze-Delitzsch u. a. auf

[1]) Nicht ohne Interesse ist die Statistik über die Abonnentenziffer des Socialdemokrat, die dieser am 15. Oktober veröffentlichte. Sie betrug 4586 gegen 4576 am 15. Juli. Abgenommen hatte sie u. a. in Augsburg, Frankfurt, Mainz, Wiesbaden, Heidelberg, Essen, Braunschweig, Magdeburg, Erfurt, Dessau, Altenburg, dagegen zugenommen in Hamburg, Harburg, Bremen, Kiel, Berlin, Bielefeld, Darmstadt und Freiburg. Allein 1214 Abonnenten entfielen auf Hamburg! Der Volksstaat zählte am 1. Dezember erst 2089 Abonnenten, von denen 953 auf Sachsen, 191 auf Österreich, 107 auf Bayern und nur 361 auf Preußen entfielen. Schon am 1. Juli 1870 hatte dieses Blatt es auf 3000 Abonnenten gebracht.

Sonntag den 7. November ins Konzerthaus einberufene Volksversammlung sollte, unter dieser bei den Massen natürlich überaus populären Flagge, der Fortschrittspartei in der Hauptstadt zu einem großen Erfolge verhelfen und von neuem dartun, daß die Berliner Arbeiterschaft noch immer treu bei ihren alten Führern aushielte. Aber im Vertrauen auf die von Lübkert in straffer Disziplin gehaltenen Massen der um diese Jahreszeit zum Teil schon arbeitslosen Maurer und Zimmerer erachtete Tölcke den Moment für gekommen, um den Fortschrittlern in ihrer Hochburg eine eklatante Niederlage zu bereiten. Deshalb erbat er sich Schweitzers Einwilligung zu einer Beteiligung der Vereins- und Verbandsmitglieder an jener Versammlung. Nach einigem Bedenken wurde sie ihm erteilt. Schweitzers Telegramm soll „Vorwärts marsch" gelautet haben. Der Verlauf der denkwürdigen Versammlung, die hier nur in ihren politischen Folgen interessiert, ist häufig geschildert worden. Die Fortschrittler fanden bei ihrem Erscheinen den Saal bereits von den Lassalleanern besetzt, konnten die Wahl Tölckes zum Präsidenten nicht verhindern und verließen den Saal unter Protest, als die Sozialdemokraten die von Löwe ausgesprochene Schließung der Versammlung nicht respektierten. Hierauf wurde fast einstimmig eine Resolution angenommen, die den fortschrittlichen Abrüstungsantrag eine unverzeihliche Halbheit nannte und die gänzliche Abschaffung der stehenden Heere verlangte. Sie erklärte, daß die fortschrittlichen Abgeordneten durch ihr Verhalten in Reichstag und Landtag sich des Vertrauens der Arbeiter unwürdig erwiesen hätten und forderte, daß das Berliner Volk künftig an ihrer Stelle Lassalleanische Sozialdemokraten in die Parlamente wähle.

Tölcke nahm vom Standpunkt seiner Partei aus den Mund nicht zu voll, wenn er diese Versammlung in seinem Schlußwort eine große politische Tat nannte. Berlin war lange Jahre hindurch, nach einem Ausdruck Schweitzers, der wunde Fleck der Partei gewesen. Vergebens hatte Lassalle mit feuriger Dialektik die hauptstädtischen Arbeiter umworben; seit Jahren mühte sich Schweitzers zähe Energie um das gleiche Ziel. Er wollte dort triumphieren, wo sein Vorgänger gescheitert war und sein Wort wahr machen, daß mit der Gewinnung der Berliner Arbeiter die Bewegung unwiderstehlich würde. Schritt für Schritt hatte er in unermüdlicher Arbeit sich dem Ziele zu nähern gesucht aber auch manche Enttäuschung dabei erlitten. Jetzt zum ersten Male hatte seine Partei gezeigt, daß sie in der Berliner Arbeiterschaft eine wichtige Macht darstellte. In der gleichen Stadt, wo jene einst Lassalle am öffentlichen Auftreten verhindert hatten, konnte sie nunmehr, wenn es ihr paßte, Versammlungen der Fortschrittler sprengen. Vergebens lamentierten die Liberalen und Demokraten aller Nuancen, einschließlich der in Berlin einflußlosen Eisenacher, daß nach einem solchen Gewaltakt das freie Versammlungsrecht faktisch suspendiert wäre[1]). Der Socialdemokrat

[1]) Vgl. die von Löwe-Calbe, Duncker, Virchow, Parisius, v. Hoverbeck, Schulze-Delitzsch, Max Hirsch usw. unterzeichnete Erklärung in Zukunft vom 9. November. Die

rief: Sieg! Mit sauersüßer Miene drückte auch der Volksstaat[1]) sein Behagen aus. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung gab sich keine Mühe, ihre helle Schadenfreude über die Niederlage zu verbergen, welche die von Bismarck seit dem Verfassungskonflikt ganz besonders gehaßten Fortschrittler betroffen hatte. Wohl zum ersten Male charakterisierte sie diese Gegner als „Schrittmacher der Sozialdemokratie", indem sie jetzt schrieb: „Es erntet ein jeder, was er gesät hat. Diese Erwählten des Volks, die sich jetzt die Verworfenen des Volks nennen könnten, wie oft haben sie die Massen gegen die bestehende Ordnung des Staates zu reizen gesucht, wie oft haben sie von der blindlings folgenden Menge sich Vertrauen, Mißtrauen gegen die Regierung votieren lassen! Aber ihre Zeit scheint gewesen; die extremen Forderungen, mit denen sie dem Volke schmeichelten, sind durch extremere verdrängt, sie die Heißsporne im Kampfe gegen die sogenannte „Reaktion" werden vom Volke jetzt selbst zu den Reaktionären geworfen." Die nationalliberalen Blätter erachteten den Moment für günstig, um die Fortschrittspartei weiter nach rechts an ihre eigene Seite zu locken, die Kreuzzeitung aber malte der Bour-

---

Volkszeitung wollte hinfort unterschieden wissen zwischen Volks- und Pöbelversammlungen, und der Zutritt zu Volksversammlungen sollte nur noch gegen Legitimation gestattet werden!

[1]) Der Volksstaat schrieb am 10. November, der preußische Fortschrittsrevival sei jämmerlich ins Wasser gefallen, gleich bei der ersten Versammlung hätten die Lebenden die Toten begraben. Zwar sei es dem Hofsozialismus noch einmal gelungen, der gesunden Aktion des Proletariats die Spitze abzubrechen, doch dies werde ihm nicht mehr lange gelingen. Das Stören von Versammlungen schade in Berlin der Sache der Demokratie, um die es dort ohnedies schon traurig bestellt sei. Zuerst hätten die Schulzeaner diese Praxis gegen Lassalle angewandt. Es wäre eine Reaktion gegen die von den Fortschrittlern eingeführte und von Schweitzer mit noch mehr Geschicklichkeit betriebene Taktik, daß man es den Führern und Autoritäten überlasse, für die ganze Partei zu denken und Politik zu machen! Noch bedeutsamer äußerte sich das Organ Liebknechts am 13. November. Es schrieb: „Die Fortschrittspartei, welche durchaus auf dem Boden des Großpreußentums steht, hat kein Recht, sich an die Spitze einer Bewegung gegen das Militärsystem zu stellen, das die notwendige Unterlage und Konsequenz der großpreußischen Bestrebungen ist. Sie macht sich dadurch einer Heuchelei schuldig, die nur aus dem Wunsch, die verlorene Popularität wieder zu gewinnen, erklärt werden kann. Daß dieser Versuch vereitelt ward, muß uns mit um so größerer Befriedigung erfüllen, als die Fortschrittspartei, seit sie existiert, systematisch alle demokratischen Prinzipien gefälscht und sich nicht einmal fähig gezeigt hat, die einfachsten Forderungen des bürgerlichen Liberalismus durchzusetzen. Die Fortschrittspartei war bisher ein Haupthindernis einer gesunden politischen Entwicklung in Preußen, und ihre Beseitigung ist daher eine politische Notwendigkeit." Den Jubel des Socialdemokrat glaubte das ihm feindliche Blatt dämpfen zu müssen: Die Behauptung: „Berlin ist unser!" sei eine jämmerliche Lüge, nur etwa 2000 (?) von 150 000 Berliner Arbeitern hingen noch an Schweitzers Gängelband. „Berlin, des sind wir versichert", so heißt es im Volksstaat weiter, „wird den frechen Lügnern bald durch die Tat das Gegenteil beweisen und den vereinigten Polizeiagenten, Schweitzerlingen, Gesellenvereinlern zum Trotz das Banner der Demokratie aufpflanzen. Dank dem Treiben dieser Bismarckschen Dezemberbande ist das Wort Sozialdemokratie fast zum Schimpfwort geworden in Berlin."

geoisie das Schreckgespenst der Junischlacht an die Wand und bewies den im Konzerthaus Besiegten, wie unrecht sie getan hätten, eine Schwächung der stehenden Heere zu fordern, die doch die festesten Säulen der Gesellschaft wären. Selbst der auf dem Boden der Internationale und des Eisenacher Programms stehende Demokratische Arbeiterverein glaubte, sich über die „auf die Leidenschaft der Massen berechnete" Kampfesweise der Lassalleaner entrüsten zu müssen und machte den Vereinen aller anderen Parteien den aus dem Gefühl der eigenen Schwäche entspringenden Vorschlag, sich „über Modalitäten zur Aufrechterhaltung der Ordnung in öffentlichen Versammlungen" zu einigen. Natürlich frohlockte darüber Hasselmann im Socialdemokrat, denn diese Anregung schien seine These von der „einen reaktionären Masse" glänzend zu bestätigen. Er belehrte die „Judenjüngelchen" auch, daß die Ausführung ihres „verruchten Vorschlags" sofort die Auflösung aller ihrer Anregung Folge leistenden Vereine heraufbeschwören würde! Der Triumphator Tölcke aber riet spöttisch den „Delegierten der Vereine sämtlicher Parteien" zur Erbauung eines unterirdischen, bombenfesten Gewölbes für die Abhaltung ihrer geschlossenen Versammlungen, wo dann die Mitglieder zum Schutz ihrer Leiber während der Verhandlungen in numerierten feuerfesten Geldschränken Platz nehmen könnten!

Doch noch gab die Fortschrittspartei ihre Sache nicht verloren. Die Scharte vom 7. November sollte eine Arbeiterversammlung auswetzen, die sie auf den 28. November von ihrer Kerntruppe, den Maschinenbauern und einigen kleineren Vereinen nach dem Universum einberufen ließ. Aber wiederum erwies sich Tölcke in diesem Frosch-Mäusekrieg als der überlegene Taktiker, die Lassalleaner waren früher aufgestanden als die Gefolgsleute Schulzes und Hirschs, und die Dinge nahmen einen ähnlichen, wenn auch äußerlich weniger turbulenten Verlauf als drei Wochen zuvor. Jetzt konnte Hasselmann im Socialdemokrat mit einigem Recht behaupten, daß die Fortschrittspartei das Arbeiterheer, auf das sie sich bis dahin gestützt, verloren hätte, und die schadenfrohe Norddeutsche Allgemeine Zeitung schlug in den gleichen Kerb, wenn sie den „Herren von der Fortschrittspartei" den Rat erteilte, sich allmählich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß es mit ihrer Herrschaft über die Berliner Volksversammlungen vorbei wäre. Dabei war man auf sozialdemokratischer Seite klug genug, jene Schichten von Arbeitern, die mit ihrem Anschluß noch zögerten, nicht mehr zu erbittern, als die Ereignisse es mit sich brachten, und ebensowenig unterließ es Hasselmann, die Reaktionäre darüber aufzuklären, daß sie von dieser Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat keine Stärkung zu erwarten hätten. Er prophezeite einer *in sich geeinigten* Arbeiterklasse, daß sie bald mächtig genug sein würde, den Kampf für Freiheit und Gleichheit *selbständig* aufzunehmen!

Den Berliner Liberalen war nach diesen beiden großen Niederlagen der Mut zur Veranstaltung öffentlicher Demonstrationsversammlungen für längere Zeit vergangen. Schweitzer aber benutzte nach seiner Rückkehr von der Reise die

erste Mitgliederversammlung, die am 18. Dezember stattfand, um den siegreichen Bauarbeitern den Dank der Partei und des Präsidenten auszusprechen! Für das Berliner Spießbürgertum wurde in jenen Wochen Tölcke mit seinem legendären Knüppel zu dem schwarzen Mann, mit dem man die Kinder schreckte, und Schweitzer zu der bête noire, die das allgemeine Teilen, das „Verrujinieren" und last not least die Frauengemeinschaft predigte. Glasbrenner besang in seiner Montagszeitung diese die ganze Haupt- und Residenzstadt aufregenden Vorgänge in einem langen Kantus, der in die folgenden wundervollen Verse ausklang:

„Zu der großen Pauke Schall
Tön' ein Dithyrambus
Dir, dem Szepter für das All,
Heilig-hehrer Bambus!
Ein Gesetz beherrsch' uns nur:
Gebet Ausdruck laut ihm
Unsrem Kodex in Fraktur
Oder Keilschrift: Haut ihm!

Unserm Kultus — Hipp hurrah! —
Singt zur Pickel-Flöte:
„Allah il Lassall — allah!
Schweitzer sein Prophete!" —
Zeussens Herrschaft ist vorbei,
Nicht Altäre baut ihm
Mehr, — nein! legt ihn mit Geschrei
Über und verhaut ihm!"

Aber auch der Kreuzzeitung, dem scharfblickenden Organ der politisch geschultesten Kaste Deutschlands, schien es, als ob sie jetzt zum ersten Mal den roten Teufel des Kommunismus sich zu gespenstischer Größe aufrecken sähe. Gleich ihrer offiziösen Schwester erblickte sie in diesem „neuen Wahnsinn" die „reife Frucht der liberalen Ideen", die bereits zu einer völligen gesellschaftlichen Desorganisation geführt hätten. Unter Berufung auf diese Ideen hätte man solange „befreit und befreit", bis zu Gunsten eines abstrakten Staatsbürgertums oder gar des freien Menschentums alle natürliche Gliederung verschwunden und die absolute Vereinzelung übrig geblieben wäre. Seien alte Bildungen einmal zerstört, so ließen sie sich nicht wieder aufrichten — der Liberalismus möge es sich deshalb überlegen, bevor er im Namen der Einerleiheit an die Zerstörung der noch vorhandenen historischen Organisationen ginge, oder gar den einzigen Schutz, welcher der bedrohten Gesellschaft noch geblieben wäre, in seinen Fundamenten angriffe — das Königtum!

So wurde dem deutschen Liberalismus in einem Zeitpunkt, wo er kaum

begonnen hatte, zum ersten Male ein wirklich entscheidendes Wort bei der gesetzgeberischen Arbeit für ein weiters Deutschland mitzureden, von rechts und links her bereits ein drohendes Mene tekel an die Wand gemalt!

Kapitel XV.
Schweitzers Niedergang.

Wenn Schweitzer sich von der persönlichen Fühlungnahme mit den lokalen Arbeiterführern, der seine Rundreise gedient hatte, die Wiederherstellung jenes ihm so bequemen Zustands versprach, wo es kaum ein Vereinsmitglied gewagt hatte, mit einer Kritik gegen ihn herauszukommen, so sollte er sich enttäuscht fühlen. Denn selbst unter den ihm treu gebliebenen Arbeitern hatten die unaufhörlichen Angriffe gegen seine Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit die Folge gezeitigt, daß ihm bei allen seinen Anordnungen und Handlungen schärfer als früher auf die Finger gesehen wurde. Auch scheute man sich selbst bei Meinungsverschiedenheiten organisatorischer und taktischer Art nicht mehr, gegen ihn aufzutreten, seitdem es noch eine zweite sozialdemokratische Partei gab, die man trotz des ständigen Geredes des Socialdemokrat schon deswegen für keine Bourgeoisschöpfung halten wollte, weil die Mehrzahl der Männer, die einst mit Lassalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein begründet hatten, jetzt in ihren Reihen kämpften.

So kam es, daß auch der Verlauf der neunten Generalversammlung des Vereins, die am 5. Januar 1870 in Berlin zusammentrat, den Diktator nicht in jeder Hinsicht befriedigen konnte. Gelang es ihm hier auch noch bei jenen Punkten, die ihm am meisten am Herzen lagen, die Mehrzahl der Delegierten seinen Wünschen gefügig zu machen, so gab doch der Verlauf der Diskussion Liebknecht das Recht zu der boshaften Bemerkung, daß sich auf diesem ökumenischen Konzil Zweifel an der Unfehlbarkeit des Papstes geltend gemacht hätten. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen das Eigentum am Parteiorgan und der Modus bei der Präsidentenwahl.

Begreiflicher Weise legte das Vorgehen der Eisenacher, die ihren Volksstaat zum Parteieigentum erklärt hatten, es den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nahe, mit dem Socialdemokrat ähnlich zu verfahren und die schon in Elberfeld laut gewordene Unzufriedenheit über die zu große Machtvollkommenheit in der Hand des Präsidenten dadurch zum Schweigen zu bringen. Bei der Beratung über diesen Gegenstand erwies Schweitzer sich wieder einmal als ein Meister parlamentarischer Taktik. Er stellte sich so, als ob er selbst gar nichts dagegen hätte, dem Wunsche der Antragsteller zu willfahren und auf das Eigentum am Parteiorgan zu verzichten, das trotz der gesteigerten

Abonnentenziffer noch immer pekuniäre Opfer erfordere. Er wäre gern bereit, das Blatt abzutreten, wenn die Partei ihm wenigstens einen Teil der Summe ersetzen wolle, die er im Laufe der Jahre hineingesteckt hätte. Das Eigentumsrecht des Vereins werde freilich nur ein scheinbares sein, denn er besäße kein gesetzliches Korporationsrecht, und deshalb müßte doch wieder irgend eine Person als Eigentümer angegeben werden. Das Eigentumsrecht des Vereins werde also in nichts anderem bestehen als darin, daß er, bis das Blatt seine Kosten deckte, dessen Defizit bestreiten müßte. Entschlösse sich aber die Generalversammlung nicht zur Übernahme des Socialdemokrat in das Eigentum der Partei, so müsse er in Zukunft jede Unterstützung des Blattes von Parteiwegen ablehnen. Nach den Stimmen des Mißtrauens, die gegen ihn laut geworden wären, würde er hinfort niemals mehr für die Geldstrafen und Prozesse des Socialdemokrat die Vereinskasse in Anspruch nehmen können. Dann werde es ihm aber auch niemand verargen dürfen, wenn er alle Einsendungen, die bei der Redaktion einträfen, einer sorgfältigen Prüfung unterzöge. Nicht unberechtigt war übrigens das Selbstgefühl, mit dem Schweitzer hier seine Opponenten fragte, ob sie denn nicht wüßten, daß nicht die Partei das Blatt, sondern das Blatt die Partei gemacht hätte!

Ob der Präsident durch die Urabstimmung in den Mitgliedschaften oder auf der Generalversammlung zu wählen wäre, das war eine alte Streitfrage im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Auf Schweitzers Anregung war 1867 in Braunschweig die Wahl des Präsidenten durch das allgemeine Stimmrecht eingeführt worden mit der Begründung, daß dies auch in den Intentionen Lassalles gelegen haben müßte. Nun sprach zwar das ursprüngliche Lassallesche Statut, zu dem man seither zurückgekehrt war, jenes Recht der Generalversammlung zu, aber die Hatzfeldsche Partei, die als die treueste Hüterin der Tradition galt, stimmte in dieser Frage mit Schweitzer überein, und so konnten die Meinungen über die richtige Interpretation auseinandergehen. Schweitzer ließ in der Diskussion keinen Zweifel darüber aufkommen, daß seiner Ansicht nach nur derjenige die Macht im Verein ausüben dürfe, der durch den Willen des souveränen Volkes selbst dazu berufen wäre, und daß er für seine Person sich niemals einer Wahl durch die Delegierten unterziehen würde.

Sowohl bei der Abstimmung über das Vereinsorgan wie bei der über die Präsidentenwahl erzielte Schweitzer Mehrheiten für seine Auffassung, aber aus den nicht unbeträchtlichen Minderheiten, die sich anders entschieden, mußte er die Erkenntnis schöpfen, daß seine Diktatur, trotz der Abtrennung der unzufriedenen Elemente von rechts und links, selbst innerhalb der eigenen Partei nicht mehr unangefochten war. Die Ursachen, die zu den Spaltungen in der deutschen Arbeiterpartei geführt hatten, wurden auf der Generalversammlung von den Delegierten ebenfalls nicht mit Stillschweigen übergangen. Besonders wegen seiner eigenmächtigen Abmachungen mit der Gräfin Hatzfeld bekam

Schweitzer hier manches ungewaschene Wort zu hören, das vor den Elberfelder Vorgängen sicherlich die Ausstoßung des kühnen Redners aus der Partei zur Folge gehabt hätte. Zeigte diese unerschrockene Haltung der Opposition, daß die Mitglieder des Vereins keineswegs jene willenlosen „Schweitzerlinge" waren, als die man sie bei den Ehrlichen hinstellte, so reichte doch ihre Macht noch nicht so weit, daß sie eine Wiederherstellung der in Elberfeld beschlossenen Einschränkungen der Präsidialgewalt durchsetzen konnte. Allen Versuchen, die darauf abzielten, brach Schweitzer die Spitze ab, indem er aus eigener Initiative beschließen ließ, daß der Vorstand, der im übrigen nach wie vor an verschiedenen Orten seinen Sitz behielt, hinfort häufiger zu gemeinsamen Beratungen sich treffen sollte. Zu weiteren Konzessionen ließ er sich nicht herbei, und besonders weigerte er sich entschieden, dem Vorstand eine Bemängelung des Ausgabenbudgets des Vereins zuzugestehen; das sei ein Recht, das der Generalversammlung vorbehalten bleiben müsse. Diese beschäftigte sich denn auch in Berlin sehr eingehend mit den Kassenverhältnissen und erklärte nach gründlicher Prüfung alle gegen Schweitzers Ehrenhaftigkeit von den Gegnern vorgebrachten Beschuldigungen für vollkommene Lügen. Unter Hinweis auf jene Verdächtigungen hatte der Präsident im voraus für die vollste Öffentlichkeit der Verhandlungen über das Finanzwesen Sorge getragen.

Über einen anderen Gegenstand von sehr praktischem Gehalt verbreitete sich Schweitzer auf der Generalversammlung in einer ihm besonders gut zusagenden allgemein philosophischen Form. Ihm erschien es aus naheliegenden Gründen wichtig, jene Anschauung zu widerlegen, die den einzelnen Persönlichkeiten einen sehr großen Einfluß auf die Geschicke der Sozialdemokratie einräumte. Dieser intelligente Adept des historischen Materialismus hatte sich erst kürzlich an der glänzenden Durchführung jener Theorie in Marx' Studie über den französischen Staatsstreich von 1851 erbaut. Nun suchte er selbst darzutun, daß ausschließlich die ökonomischen Gesetze eine klassenbewußte Arbeiterpartei heranbilden könnten, und daß deshalb auch ohne Agitation die Scheidung zwischen Kapital und Arbeit sich vollziehen würde; aber natürlich läge es im Wesen der Dinge, daß Leute von Talent sich der Entwicklung annähmen und sie zu beschleunigen suchten!

Von politischen Beratungsstoffen befanden sich diesmal auf der Tagesordnung der Generalversammlung die Fragen des Militarismus, der Gewerbeordnung, des Eigentums an Grund und Boden und der Taktik der Arbeiterpartei. Die Referate wurden großenteils von Arbeitern erstattet und legten immerhin ein Zeugnis ab von der erzieherischen Wirkung, die damals der sozialdemokratischen Agitation innewohnte. Die Resolutionen, die gefaßt wurden, fügten zu früheren Erklärungen des Vereins und seines Präsidenten nichts sachlich neues hinzu. Im Hinblick auf die im Frühling zu erwartenden Reichstagswahlen wurde beschlossen, daß die Aufstellung der Kandidaten von Präsident und Vorstand ge-

meinsam betrieben werden sollte. Gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht wollte man nach wie vor durch Stimmenthaltung protestieren. Schweitzer schloß die Tagung am 9. Januar mit einem Hoch auf den Verein, das Proletariat der weiten Erde und die Sache der Arbeit. Daß er bei der Neuwahl des Präsidenten wiederum als Sieger aus der Abstimmung hervorging, war von niemandem anders erwartet worden. „Dem souveränen Volke" dankte ein Erlaß, in dem Schweitzer sich rühmte, daß alle Versuche zur Zersplitterung der Partei an s e i n e r festen und unbeugsamen Haltung gescheitert wären![1])

Die Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbands hatte Schweitzer unmittelbar hinter die des Arbeitervereins angesetzt. Seine Eröffnungsrede leugnete nicht länger, daß der Verband durch die Wirren des voraufgegangenen Jahres schwer mitgenommen worden sei. Aber die Gründe, weshalb die politische Organisation, die er leitete, die Krisis besser überstanden hatte, als die gewerkschaftliche, suchte er fälschlich, statt in der Wesensverschiedenheit der beiden Organisationsgebiete, in dem verschiedenen Grade ihrer Zentralisierung. Dieser irrigen Auffassung war das Abhilfsmittel angepaßt, mit dem er jetzt vor die Generalversammlung des Verbandes trat. Er beantragte nämlich die Verschmelzung aller Gewerkschaften in eine einzige und legte einen bezüglichen Entwurf vor, den schon einige Tage zuvor der Socialdemokrat veröffentlicht hatte. Sein Vertrauensmann Tölcke wies bei der Diskussion über diesen Vorschlag darauf hin, daß nach seiner Annahme die Verwaltung billiger und geregelter, die Agitation planmäßiger und die polizeilichen Schwierigkeiten geringer sein würden. Aber Klein aus Elberfeld und andere Delegierte hielten das Projekt mindestens für verfrüht, da der „Gewerksdünkel" vieler Arbeiter sich einer unzureichend motivierten Zusammenwerfung der Arbeiterschaften von ganz verschiedenen Betriebsgebieten entgegenstemmen würde! Sie hielten die Durchführung einer noch zentralistischeren Organisation auch bei Auseinanderhaltung der Gewerkschaften für möglich. Ein Hamburger Delegierter behauptete, daß gerade „die Benennung der Gewerkschaften nach den Berufsklassen" ihnen Mitglieder schaffte. Andere Redner erhofften von der Zusammenballung aller Kräfte, die Schweitzers Antrag vorsah, einen Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung. Den meisten von ihnen, und selbst einem so hervorragenden Gewerkschaftsführer wie Lübkert, galten diese Organisationen vorläufig erst als eine „Vorschule für die politische Heranbildung der Arbeiter". Spukte somit wirklich in den Köpfen der über die Lebensbedingungen einer gesunden Gewerkschaftsbewegung erst wenig aufgeklärten Arbeiterschaft hie und da der Gedanke, daß die vorhandene weit-

[1]) In diesem Erlaß vom 12. Februar wies Schweitzer auch wieder einmal darauf hin, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein nur der Kern der Partei und nicht, wie Lassalle es gewünscht hätte, die Partei selbst sei. An vielen Orten, wo der Verein nur einige hundert Mitglieder zähle, umfasse die Partei Tausende. Das bleibe zu bedauern, aber es sei nun einmal eine Tatsache.

gehende Zentralisation noch nicht ausreiche, so wurde doch wohl Schweitzer sein Vorgehen hauptsächlich von dem Wunsche eingegeben, die Zügel der Bewegung, die ihm auf politischem Gebiet streitig gemacht wurden, auf gewerkschaftlichem um so straffer in seiner Hand zu vereinigen. Die Abstimmung ergab 12 500 Stimmen für und 9000 gegen die Zusammenlegung der Gewerkschaften. Einem Streit über die Frage, ob für eine so einschneidende Umgestaltung eine Zweidrittelmehrheit vorhanden sein müßte, brach Schweitzer selbst rechtzeitig die Spitze ab. Noch bevor eine Abstimmung über diesen Punkt ihn in die Minderheit setzen konnte, erklärte er, daß er sich angesichts der bedeutenden Minorität, die sich dagegen ausgesprochen hätte, von einer *sofortigen* Verwirklichung seines Projekts keine heilsamen Folgen versprechen könnte. Schließlich verständigte man sich dahin, daß eine große Mehrheit die Vereinigung der Arbeiterschaften zu einem Allgemeinen Deutschen Unterstützungsverband auf Grundlage der von Schweitzer ausgearbeiteten Statuten genehmigte, daß aber die Durchführung der Neuerung bis zum 1. Juli 1870 verschoben wurde. Die umgeschmolzene Organisation sollte ihr Hauptaugenmerk auf „planmäßig angelegte und großartig durchgeführte Streiks" richten. Außerdem sollte sie womöglich einem aus den Arbeiterkreisen zu vielen Malen hervorgetretenen Wunsche gerecht werden und die Durchführbarkeit einer zentralisierten Krankenkasse für ihre Mitglieder in ganz Deutschland in Erwägung ziehen. Doch die Verwirklichung dieses Projektes stellte sich nach mehrmonatlichen Überlegungen als eine Unmöglichkeit dar, und deshalb beauftragte im September 1870 der Präsident den Verbandsausschuß mit der Ausarbeitung von Normalstatuten für lokale Krankenkassen.

Viel Ungemach verursachte Schweitzer schon seit Monaten die Haltung der bayrischen Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Seit dem Staatsstreich vom Juni gärte es dort im Süden bedenklich und zuerst schien es, als ob sämtliche bayrische Mitgliedschaften sofort mit klingendem Spiel in das Bebel-Liebknechtsche Lager übergehen würden. Aber trotz der eifrigen Bemühungen, an denen es die Leipziger[1]) und ihre „internationalen" Freunde nicht fehlen ließen, erwies sich änfänglich das Mißtrauen der Bayern gegen die „Volkspartei", von der Bebel und seine Freunde sich damals noch nicht endgiltig losgesagt hatten, als ein unüberwindliches Hindernis. Früher wurde schon erwähnt, daß in der Folge bei den Bayern der Wunsch hervortrat, sich bis zur Klärung der Gegensätze zwischen den nord- und mitteldeutschen Parteigenossen unter einander zu einer selbständigen Organisation zusammenzuschließen. Diesem Bedürfnis sollte besonders ein Wochenblatt dienen, das im Sommer 1869 in Augsburg gegründet wurde und später nach München übersiedelte. Vergebens gab sich Schweitzer, der auf seiner Rundreise auch in Bayern erschien, die größte Mühe,

---

[1]) Vgl. Vorbote Juni 1869 über eine von Karl Hirsch im Namen der Nürnberger Gemeinde der Internationale einberufene Konferenz bayrischer Sozialdemokraten. Vgl. auch Seite 322.

das Eingehen dieses Wildlings durchzusetzen[1]), in dessen Existenz er nicht nur eine Bedrohung des Socialdemokrat sondern auch eine Auflehnung gegen die strenge Einheitlichkeit der Lassalleschen Organisation erblickte. Sowohl gegen seine geschmeidige Diplomatie wie gegen seine Drohungen blieben die bayrischen Starrköpfe unempfindlich, und einen Beschluß der Berliner Generalversammlung, der in dieser Richtung einen erneuten Druck auf sie ausüben sollte, beantworteten sie mit dem Austritt ihrer sämtlichen Gemeinden aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Auf einem Arbeitertag in Augsburg wollten sie am 23. und 24. Januar 1870 über ihre fernere Haltung Beschlüsse fassen. Der Aufruf, der zu dieser Tagung einlud, wirft ein interessantes Licht auf den damaligen Stand der sozialdemokratischen Bewegung. Es wird darin nämlich sowohl der Schweitzerschen wie der Hatzfeldschen wie der Bebel-Liebknechtschen Richtung ein „Mißbrauch der Erbschaft Lassalles" vorgeworfen. Der von manchen Seiten erwartete Eintritt der Bayern in die Eisenacher Organisation wird dort für Arbeiter, die auf dem Boden des reinen Klassenkampfes ständen, so lange für eine Unmöglichkeit erklärt, als diese Partei sich nicht vollständig von allen Beziehungen zur Deutschen Volkspartei[2]) emanzipiert hätte. Die Bayern waren vorerst noch keineswegs gesinnt, die Tradition Lassalles völlig aufzugeben, und gerade von i h r e m Vorgehen erhofften sie die „Wiederherstellung der Lassalleschen Arbeiterpartei". Auf seiten der Eisenacher übernahm der auch bei den Lassalleanern geachtete Bracke die Beantwortung dieses Manifests. Er fand, daß die Verfasser als langjährige Leser des Socialdemokrat sich von dessen Lügen über die sozialdemokratische Arbeiterpartei noch nicht hinreichend freigemacht hätten. Aus eigener Erfahrung wisse er, wie schwer dies wäre! Die Einwände gegen die noch fortbestehenden Beziehungen seiner Partei zur bürgerlichen Demokratie suchte er zu widerlegen durch den Hinweis auf die kurz zuvor von bürgerlicher Seite wieder aufgenommenen selbständigen Organisierungsversuche. Er bestritt, daß über programmatische oder organisatorische Fragen zwischen seinen Freunden und den Bayern prinzipielle Gegensätze bestünden und kündigte ihnen an, daß auch seine Partei sich in Augsburg durch einen Delegierten vertreten lassen würde. Nun konnte

[1]) Es darf nicht Wunder nehmen, daß Schweitzer sich in der Arbeiterversammlung in München vom 11. Dezember 1869 eine tüchtige Abfuhr holte, falls er dort wirklich so unvorsichtige Äußerungen getan hat wie die folgenden, die der Proletarier vom 17. Juli 1870 mitteilte, die man aber nur mit großer Kritik in Betracht ziehen kann. Schweitzer soll dort gesagt haben: „Was liegt mir daran, wenn die Arbeiterbewegung in Süddeutschland 5 Jahre gelähmt ist?" und „Ich weiß, daß ich durch die Forderung, den Proletarier eingehen zu lassen, eine Zersplitterung unter den Arbeitern hervorrufe, aber danach frage ich nicht".

[2]) Die bayrische Volkspartei hatte im September auf ihrer Landesversammlung in Nürnberg beschlossen, „vorerst zu den Eisenacher Beschlüssen überhaupt nicht Stellung zu nehmen". Die Mehrzahl ihrer Mitglieder war ausgesprochen kleinbürgerlich-partikularistisch.

mit dieser wichtigen Mission sicherlich keine fähigere Persönlichkeit betraut werden als August Bebel. Aber selbst diesem glänzenden Redner und Organisator gelang es nicht[1]), die bei den Bayern vorläufig noch fest eingewurzelten Bedenken gegen eine Fusion zu zerstreuen, und so kam es dort wirklich zur Gründung einer vierten sozialdemokratischen Fraktion, die sich den Namen eines Allgemeinen Deutschen Sozialdemokratischen Arbeitervereins beilegte. Schweitzer hatte anscheinend einen sofortigen Übergang der Bayern ins Liebknechtsche Lager befürchtet; doch auch mit der Entscheidung, wie sie gefallen war, war ihm wenig gedient. Daß eine besondere bayrische sozialdemokratische Partei sich nicht würde halten können, galt ihm als ausgemacht, und er sah richtig voraus, daß sie, wie alle anderen Elemente, die sich von „der Arbeiterpartei" lostrennten, schließlich bei den Eisenachern landen müßte, in deren Kreisen „der persönliche Eigenwillen der Einzelnen" Spielraum fände[2]). Wohl könne es diesen gelingen, „mit Hülfe des bürgerlich-demokratischen Geldjudentums" Zeitungen herauszugeben und Abgeordnete wählen zu lassen, aber eine feste einheitliche Organisation für den ernsten Kampf würden sie nie zustande bringen und deshalb würden sie, gerade je mehr sie wüchsen, um so schwächer werden. Aber Schweitzer nützte es nichts, wenn er sich mit solchen sophistischen Reflexionen über die Fortschritte seiner Gegner trösten wollte. Den bayrischen Sozialdemokraten hatte er den Weg, den sie nehmen würden, richtig vorausgesagt. Ende Juni, nach der inzwischen erfolgten Absage der Eisenacher an die bürgerliche Demokratie, beschlossen sie auf deren Stuttgarter Generalversammlung, das Beispiel der Württembergischen Arbeitervereine zu befolgen, die kurz zuvor den gleichen Schritt getan hatten, und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei beizutreten[3]). Aber der Proletarier traf doch über das Ziel hinaus, wenn er der bei den bayrischen Arbeitern verhaßten bürgerlichen Demokratie des Südens voraussagte[4]), ein Teil von ihr werde über kurz oder lang nach rechts zur Fortschrittspartei abschwenken und dabei nebst „den Bauern" auch „Gott Bismarck" zum Bundesgenossen haben, während ein anderer Teil zur Arbeiterpartei übergehen würde. Wahr ist, die süddeutsche Volkspartei fand, trotz vieler vergeblicher Anläufe, im Norden nicht die hinreichende Anhängerschaft, ohne die sie sich zu

---

[1]) Über die Gründe, aus denen Bebels Mission scheiterte, berichtete ausführlich der Volksstaat vom 2. Februar. Dort wird die Abneigung der bayrischen Sozialdemokraten gegen die deutsche Volkspartei und gegen das Zusammenwirken mit „Nichtarbeitern" hervorgehoben sowie ihre Bevorzugung einer Organisation im Sinne Lassalles.

[2]) Socialdemokrat 6. und 11. Februar 1870. Am 10. Juni, nach dem Stuttgarter Kongreß „der Schulmeister und Krämer" nannte das Blatt die „Eisenacher Volkspartei" „die große Kloake, in die alle unsauberen Elemente, welche die Arbeiterpartei aus sich ausstößt, abfließen".

[3]) Für die vorausgegangenen Verhandlungen vgl. Stuttgarter Protokoll p. 10 f.

[4]) Ähnlich Liebknecht auf dem Stuttgarter Kongreß vgl. Protokoll p. 10 f.

einer allgemeinen deutschen demokratischen Partei nicht auszuwachsen vermochte. Aber trotz ihrer lokalen Beschränkung und ihrer numerischen Schwäche gelang es ihr, sich ihre Eigenheit und Selbständigkeit zu wahren, und das ihr aus den Zeiten der Bundesgenossenschaft mit der entstehenden Arbeiterpartei verbliebene frühe Verständnis für die sozialen Probleme machte sie zu einem wertvollen Sauerteig, als sich in den Reihen des Liberalismus nach Jahrzehnten völliger Ermüdung der demokratische Geist für neue Kämpfe zu sammeln begann!

Im Norden blieben alle Anstrengungen der bürgerlichen Demokratie vergeblich. Hier krystallisierte sich die „reine Demokratie" ganz allein in der Persönlichkeit Johann Jacobys und seiner nach Köpfen zählenden Gefolgschaft. Nicht nur, daß Guido Weiß und seine Freunde sich vergeblich abmühten, eine demokratische Organisation ins Leben zu rufen, selbst ihr viel bescheidenerer Versuch, der glänzend geschriebenen und gut redigierten Zukunft einen gesicherten Leserkreis zu schaffen, scheiterten an der Disziplin der besser organisierten Nachbarparteien und der Denkträgheit der Massen. Die radikalen Aspirationen des Bürgertums hatten sich in den Jahren des Konflikts für lange Zeit erschöpft. Soweit man nicht noch weiter nach rechts abgerückt war, hatte man sich an die Autoritäten der Fortschrittspartei gewöhnt, und sonderlich fühlte man kein Bedürfnis, sich einer Partei anzuschließen, die, wie Jacoby gerade jetzt bewies, nicht einmal mehr gegen kommunistische Anwandlungen völlig gefeit war. Auf der anderen Seite fühlten sich die Arbeiter in einer spezifischen Arbeiterpartei besser aufgehoben. Gerade in diesem Winter von 1869 auf 1870 hatten die Begleiterscheinungen und der Ausgang des erfolglosen Streiks der Waldenburger Bergleute ihnen eine Lehre erteilt, die sie dahin auslegten, daß selbst der wohlmeinende Teil der Bourgeoisie höchstens platonische Sympathiekundgebungen für die Interessen des vierten Standes übrig hätte. Anlaß und Verlauf dieses größten Streiks, der sich auf deutschem Boden bis dahin abgespielt hatte, sind bekannt genug. Die neue Gewerbeordnung hatte den Arbeitern die Koalitionsfreiheit verliehen, aber die schlesischen Kohlenmagnaten machten aus der Zugehörigkeit der Bergleute zu einem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein einen casus belli. Vergebens suchte der von den Sozialdemokraten als Harmonieapostel verspottete Max Hirsch, zwischen den liberalen Arbeitgebern und den liberalen Arbeitern zu vermitteln. Als es dann doch zum Streik kam, warf ihm der Socialdemokrat vor, daß er die Aussichten der Arbeiter durch Verschleppung geschädigt hätte. Während die nationalliberale Presse sich zum größten Teil auf die Seite der Kohlenbarone stellte, blieb der Fortschrittspartei keine andere Wahl, als sich jetzt energisch ihrer streikenden Parteigenossen anzunehmen. Ein von allen ihren Größen unterzeichneter Aufruf stellte zu Ende Dezember an das erstaunte deutsche Bürgertum das Ansinnen, diesen Streik pekuniär zu unterstützen. Gelte es doch, zu zeigen, daß auf deutschem Boden kein Raum für einen Klassenkampf wäre! Aber die spärlichen Beiträge, die von dieser

Seite einliefen, reichten nicht entfernt aus, um die vollständige Niederlage der Arbeiter abzuwenden, und die Hilfe, die von der an fortwährenden Geldschwierigkeiten laborierenden sozialdemokratischen Arbeiterpartei kam, fiel erst recht wenig ins Gewicht. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein zeigte bei diesem Anlaß, soweit seine offizielle Leitung in Betracht kam, wenig von dem proletarischen Brudersinn, dessen sein Wortführer sich sonst so gern rühmte. Durfte doch der Socialdemokrat aussprechen, daß der Verein, der selbst gerade in Lüneburg einen kleinen Streik durchzuführen hatte, nicht zu gunsten des von „vorne herein verpfuschten" Waldenburger Streiks den seinen verpfuschen wolle! Aber aus dem Sieg des Hungers, von dem damals selbst Dunckers Volkszeitung sprach, wollte Schweitzer hernach den gleichen Vorteil für seine Partei ziehen, wie die Eisenacher, deren Ausschuß gleich zu Anfang den Waldenburgern zugerufen hatte: „Ihr seid Arbeiter, die mit den Feinden der Arbeit im Kampfe liegen, Ihr seid unsere Brüder! das ist genug!"[1]) Anknüpfend an jenes Wort der Volkszeitung sagte er den Fortschrittlern: „Der Hunger hat gesiegt", so ruft Ihr selbst. Schweigt, elende Heuchler oder heraus mit der roten Fahne! Ein Drittes gibt es nicht!"

Bei diesem großen sozialen Konflikt, dessen für die Arbeiter ungünstiger Verlauf einen sehr verschärfenden Einfluß auf die Klassengegensätze in Deutschland ausübte, hatte die radikale Zukunft Arm in Arm mit dem Volksstaat gekämpft, und als gar Guido Weiß im Gegensatz zu seinem Parteichef Johann Jacoby sich weigerte, jenen fortschrittlichen Aufruf, der den Klassenkampf leugnete, zu unterschreiben, da glaubte Liebknecht diesen Kämpfer und sein tapferes Blatt der eigenen Partei zuzählen zu dürfen. Wahrscheinlich hinderte Weiß damals wirklich nur der stark ästhetische Grundzug seines Wesens, sich einer spezifischen Arbeiterpartei anzuschließen, die notgedrungen durch viele ihrer Lebensäußerungen sein Feingefühl verletzen mußte. Selbst Liebknecht, der Jacoby so oft gegen die Angriffe Schweitzers in Schutz genommen hatte, war darüber ungehalten, daß der Alte seinen Namen zu einer „sozialen Heuchelei" hergegeben hätte, die den Klassenkampf leugnen wollte. Wie mußte da erst Schweitzer ein Anlaß willkommen sein, um der ersten Koryphäe der bürgerlichen Demokratie in Gegenwart von Tausenden von Arbeitern ihre sozialistische Halbheit vorzuhalten! Gerade jetzt lieferte Johann Jacoby selbst seinem Gegner diese Gelegenheit, da er die Wähler des zweiten Berliner Landtagswahlkreises, den er vertrat, und in dessen Bezirk auch Schweitzer und Hasenclever ansässig waren, für den 20. Januar zu einer Versammlung nach dem Gesellschaftshaus am Kottbuser Ufer einlud. Man hatte in Berlin in Presse und Publikum seit den Novemberschlachten eingehend und leidenschaftlich über die Ethik des Versammlungsrechts gestritten. Die Fortschrittler vertraten den Standpunkt, daß die Einberufer stets auch den Vorsitz zu

[1]) Die Aufrufe des Ausschusses an die Streikenden und an die Mitglieder der Internationale im Volksstaat 18. Dezember 1869.

beanspruchen hätten, während Schweitzer es als eine demokratische Gepflogenheit verteidigte, daß in allen Volksversammlungen, im Gegensatz zu speziellen Parteiversammlungen, die Mehrheit der Anwesenden das Bureau wählen dürfe. Nun gehörten zu den Wählern des zahlreiche Arbeiterviertel umfassenden zweiten Wahlkreises auch sehr viele Sozialdemokraten, und als Jakoby mit seinen Freunden eintrat, war der Saal wieder einmal zum größten Teil von Lassalleanern gefüllt, an deren Spitze diesmal Schweitzer selbst erschienen war, den seine Garde mit frenetischen Hochs empfing, während dem alten Jacoby nur eine kurze Begrüßung zuteil wurde. Bei der sofort sich entspinnenden hitzigen Geschäftsordnungsdebatte über die Präsidentenfrage setzten die Fortschrittler einem Antrag Schweitzers auf Bureauwahl den Einwand entgegen, daß ihr Kandidat Dr. Langerhans für die ganze Dauer der Legislaturperiode zum Vorsitzenden des Wahlkörpers gewählt worden sei. Mochten sie damit im Recht sein oder nicht, die Mehrzahl war mit Schweitzer der Ansicht, daß einer Versammlung, zu der ohne Rücksicht auf die Parteifarbe alle Wähler des Kreises eingeladen wären, auch das Recht zukommen müsse, ihr Präsidium selbst zu wählen. Was nutzte es den fortschrittlichen Führern, daß sie sich sträubten und, als das nichts half, unter Protest den Saal verließen? Jacoby, der seine Rede vor Arbeitern zu halten wünschte, folgte ihnen nicht. Schweitzer wurde mit gewaltiger Mehrheit zum Vorsitzenden gewählt, und die Masse hörte nun in musterhafter Ruhe die zweistündige Rede an, mit welcher der Veteran der Demokratie ihr sein soziales Glaubensbekenntnis ablegte!

Will man beurteilen, bis zu welcher Grenze dieser konsequenteste Wortführer der „reinen" Demokratie in seinem Vortrag über „das Ziel der Arbeiterbewegung" der Sozialdemokratie entgegenkam, so muß man diesen mit den Äußerungen jener Gruppe von Gelehrten vergleichen, die bald darauf in ihrer Weise eine Verständigung mit sozialistischen Gedankenrichtungen anstrebten. Auch die Kathedersozialisten wurden von Seiten der liberalen Ökonomie des halben oder ganzen Sozialismus bezichtigt, obgleich sie nachdrücklich eine Nivellierung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne ablehnten, die soziale Reform einer über den Parteien stehenden starken Staatsgewalt überantworten wollten und keineswegs für ihr soziales Programm ein demokratisches Fundament für unentbehrlich erachteten! Als Abkömmlinge Fichtes, Hegels und der historischen Rechtsschule berührten sie sich mit dem Landsmann und Jünger Kants in der nachdrücklichen Hervorhebung der ethischen Seite der sozialen Frage und in der Unterstreichung der psychologischen Faktoren. Gleich ihm konstatierten sie, wenn auch mit einer großen Verschiedenheit der Nuance, die Herrschaft der bevorzugten Klassen als eine geschichtliche Tatsache und erkannten in einer energischen Arbeiterschutzgesetzgebung eines der Hauptabwehrmittel gegen Übergriffe der beati possidentes! Aber schon über die Bedeutung des Genossenschaftswesens für die soziale Reformierung der Gesellschaft hätten sie sich schwerlich mit ihm geeinigt. Denn die Mehrzahl jener Historiker und Theoretiker versprach sich von

einer Förderung des Genossenschaftswesens durch den Staatskredit nicht eine so generelle Wirkung, wie dieser dogmatisierende Politiker, der von der allmählichen Überführung des bestehenden Lohnsystems in das der freien genossenschaftlichen Arbeit die gänzliche Aufhebung der Lohnarbeit erhoffte. Die Kathedersozialisten wollten mehr oder weniger nur die greifbarsten und offenliegendsten Mißstände der herrschenden Wirtschaftsordnung beseitigen, sie erwarteten eine Milderung des Klassengegensatzes von der versöhnenden Tätigkeit einer, was sie für möglich hielten, der Beeinflussung durch die herrschenden Klassen entrückten Staatsgewalt. Jacoby aber glaubte an die Erreichbarkeit einer völligen Abschaffung der Kapital- und Klassenherrschaft! Im letzten Grunde unterschied diesen Ethiker par excellence von den Wortführern der „ethischen" Nationalökonomie sein Bekennertum und der Gegensatz in den Ausgangs- und Gesichtspunkten: für jene Verwaltungs- und Wirtschaftshistoriker war der bestehende Staat, für den naturrechtlichen Dogmatiker die ideale Gesellschaft die Trägerin der sittlichen Idee[1]). Nun hatten noch Marx und Lassalle, selbst dort, wo sie das Phänomen des Klassenkampfes aufdeckten, in der ganzen Art ihrer Deduktionen nirgends ihre Abstammung von der deutschen idealistischen Philosophie verleugnen können, und erst Schweitzer und noch viel mehr seine Diadochen à la Hasselmann übertrugen die Lehre vom Klassenkampf in die brutale Alltagssprache eines demagogischen Materialismus. Dahin aber konnte selbst ein den Arbeiterforderungen so weit entgegenkommender Politiker wie Jacoby nicht folgen, ohne den von Kant formulierten Ideen der Aufklärung untreu zu werden, in denen das Pathos seiner Persönlichkeit wurzelte![2])

Nun nahm zwar Jacoby, als er sich an jenem Abend über die Ziele der Arbeiterbewegung verbreitete, wahrscheinlich absichtlich, nicht ausdrücklich Stellung zu dem Problem des Klassenkampfes. Aber Schweitzer war entschlossen, die Volkspartei in der Person ihres geachtetsten Führers des Halbsozialismus endgültig zu überführen, und sein Interesse gebot ihm deshalb, jenen Punkt herauszugreifen,

---

[1]) Eine in den Hauptpunkten treffende Charakteristik Johann Jacobys gibt Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Leipzig 1899, Bd. 5, p. 138 f.

[2]) Ein alter Mitkämpfer Jacobys war Franz Ziegler, der Verfasser der Statuten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die er für Lassalle entworfen hatte. Er äußerte sich über die Arbeiterfrage im August 1867, nachdem er den Breslauer Arbeitern, die ihm eine Reichstagskandidatur anboten, den Rat erteilt hatte, lieber einen aus ihrer Mitte zu wählen. Er schrieb: „Das beste Mittel, die falschen Propheten von den Arbeitern fern zu halten ist, letztere als Freie und Gleiche in Reih' und Glied und zwar auch ins erste Glied treten zu lassen. Je näher sie in den gewaltigen Organismus des Staats und der Gesellschaft hineinschauen, je verdächtiger werden ihnen die Projekte werden, die man ihnen als Panacee reicht . . . Wer mir auf mein Befragen antwortet: ich weiß nicht, wie die soziale Frage zu lösen sei!, der ist ein ehrlicher Mann. Wer aber sagt: lassen Sie uns das nicht berühren, lassen Sie uns das vertuschen und verdecken, von dem weiß ich, was ich von ihm zu halten habe." Vgl. Zieglers Schreiben an seine Breslauer Freunde vom 11. August 1867 in Zukunft vom 17. August.

an dem er der Masse am besten die Unzulänglichkeit von dessen Programm dartun konnte. Den Gesamteindruck, den die Rede auf die Sozialdemokraten machte, sprach hernach eine Resolution aus, die besagte, daß Jacoby wohl manche sozialistische Wahrheit in sich aufgenommen hätte, aber doch auf halbem Wege stehen geblieben wäre! Nachdem Schweitzer seinen Gegner darüber aufgeklärt hatte, daß für seine Partei die Produktivgenossenschaften mit Staatskredit keinen idealen Endzustand, sondern nur ein Übergangsmittel bedeuteten, kam er sofort in den Mittelpunkt seiner Beweisführung mit der Auseinandersetzung, daß die Sozialdemokratie durchaus uicht, wie jener anzunehmen schiene, eine Lösung der sozialen Frage von einem friedlichen Zusammenwirken von Arbeiter, Arbeitgeber und Staat erwarte. Erst jener Staat würde etwas Wesentliches für die Arbeiter tun können, in dem sie sebst die Herrschaft erlangt hätten. Aber in den Besitz der Staatsgewalt werde die Arbeiterklasse sich niemals unter freiwilliger Zustimmung der anderen Gesellschaftsklassen setzen, sondern nur im schroffsten Gegensatz zu allen übrigen Staatsbürgern. Der Krieg gegen die Kapitalisten sei für sie eine Notwendigkeit, zunächst auf gesetzlichem Boden, aber Krieg aufs äußerste! Stünden die Arbeiter fest zusammen, so bedürften sie auch keiner Bundesgenossen, um die soziale Freiheit zu erringen! Es half Jacoby wenig, daß er in seiner Erwiderung erklärte, er habe nur die nächsten Ziele einer sozialen Reform darlegen wollen und er sei der letzte, der sich gegen weitere Konsequenzen verwahren würde! Schweitzer hatte seine Mannschaften zu gut in der Gewalt, als daß selbst die besten Gründe des Alten hätten Eindruck machen können. Die Resolution, die Jacoby auf eine noch verhältnismäßig sanfte Weise abtat, wurde mit großer Mehrheit votiert! Einige Tage später kam Schweitzer im Socialdemokrat ausführlich auf diese Rede zurück. Er sagte von ihr, sie enthielte nur Dinge, welche die Partei Lassalles seit sechs Jahren verkündige, trotzdem sei sie aber nicht sozialistisch genug, denn der Sozialist müsse offen sagen, daß er einen Gesellschaftszustand erstrebe, in dem alle Produktionsmittel Gemeingut geworden seien. Jacoby suche den Nerv der Arbeiterbewegung zu lähmen, wenn er ein Zusammenwirken der Arbeiter mit anderen Gesellschaftsklassen predige oder ein solches auch nur als möglich hinstelle! Als aber der Volksstaat in einer stark mit Jacoby sympathisierenden Besprechung sich das Bekenntnis entschlüpfen ließ, daß am Ende doch nur der Geist die Welt überwinde, und als ein Teil der demokratischen Presse das Bekenntnis des Alten, um das ein anderer sich verlegen herumdrückte, zu einem Ereignis hinaufschrauben wollte, da ereiferte sich Schweitzer von neuem über diesen „Schwindel" und bezeichnete den Veteranen, den der Volksstaat noch eben als „Leuchtturm" gefeiert hatte, als das, was er, realpolitisch angeschaut, in der Tat war, als „ein unschädliches altes Männchen!"

Aber nicht nur im Parteiorgan und in der Volksversammlung bekannte der Agitator, daß er den Klassenkampf für das konstruktive Element der politisch-sozialen Erscheinungswelt hielt. Als der erste verkündigte er dieses Dogma auch

von der Tribüne des Reichstages. Rühmte er sich hier auch, daß er nur immer wenig und kurz spräche, so ließ er doch keinen Anlaß vorübergehen, um dieser „Vertretung der Besitzenden" klar zu machen, daß die Frage des Mein und Dein, die den Inhalt des sozialdemokratischen Programms bilde, unendlich wichtiger wäre, als alle Fragen, die sonst vor das Haus gebracht werden könnten. Schulze-Delitzsch und seine Freunde hatten gerade wieder einmal ihren Antrag auf Gewährung von Diäten an die Abgeordneten eingebracht, und auch Schweitzer trat, wie schon früher, für die Berechtigung dieser Forderung ein. Aber hauptsächlich mußte ihm die Rede, die er am 2. März bei diesem Anlaß hielt, dazu dienen, um mit der Hartnäckigkeit eines alttestamentarischen Propheten zu verkündigen, wie verrottet die bestehenden Zustände wären, und daß ihre Zeit sich erfüllen werde. Er wandte sich zuerst gegen den Grafen Bethusy-Huc, der ihm vorgeworfen hatte, daß er einen Kampf fingiere, wo ein solcher gar nicht bestünde. „Fragen Sie sich doch alle", rief Schweitzer aus, „was *ist* denn dem Menschen das Wichtigste? Frage sich doch der Herr Abgeordnete, ob, wenn man ihm an sein Eigentum wollte, ihm das nicht weit wichtiger wäre, als die sämtlichen Fragen, die er hier im Reichstag verhandelt! Es ist auf der anderen Seite gerade so! Die *Frage des Mein und Dein, die Frage der absoluten Armut und des grenzenlosen Reichtums*, das ist die *einzig wirklich wichtige Frage des Jahrhunderts*: mit ihr werden alle anderen gelöst, und wenn sie nicht gelöst wird, ist alles andere ziemlich gleichgültig." Wie früher andere junkerliche und bürgerliche Abgeordnete, so hatte an diesem Tage Moritz von Blanckenburg Schweitzer und seinen sozialdemokratischen Freunden das Recht abgesprochen, sich als spezifische Arbeiterabgeordnete auszugeben, weil auch von seinen Freunden viele durch die Stimmen der Arbeiter in den Reichstag entsandt wären. Diese Tatsache gab Schweitzer zu, aber er schränkte sie dahin ein, daß er sich auch nur als einen Abgeordneten derjenigen Arbeiter bezeichnete, die schon *zur Erkenntnis ihrer Klassenlage* und zu der großen Wahrheit *durchgedrungen* seien, daß die Frage des Mein und Dein „die Grundlage von Allem" bilde: „Diese Erkenntnis greift von Tag zu Tag weiter!" rief er aus. „Wir sind die Vertreter dieser Erkenntnis, und in dieser Erkenntnis liegt, daß der soziale Gegensatz zwar zur Harmonie strebt, daß aber dieser Gegensatz *nicht* die Harmonie durch *freiwilliges* Entgegenkommen der Besitzenden findet, sondern daß die Besitzlosen zu einem anderen Wege gedrängt werden, nämlich zu dem Wege des äußersten Kampfes — des Kampfes bis aufs Messer, sei es ein Kampf auf friedlichem und gesetzlichem Wege, sei es, wenn von oben keine Konzession kommt, auf dem *Wege der Gewalt*, der *wahrscheinlich* in Europa *unvermeidlich* sein wird . . . Wenn wir uns als Arbeiterabgeordnete betrachten, leugnen wir nicht, daß auch Sie von Arbeitern gewählt worden sind; wir hoffen nur und sind überzeugt, daß die Arbeiter, die Sie gewählt haben, nach und nach auch zu der Erkenntnis kommen

werden, daß dieser ganze Staat mit allem, was dazu gehört, weiter nichts ist als eine Einrichtung, um jenes Eigentum zu schützen, welches auf der Ausbeutung der Masse der Nation, auf einer in Wahrheit rechtswidrigen Grundlage beruht!“

Im Rahmen einer persönlichen Bemerkung hatte am Schluß der Sitzung Graf Bethusy-Huc sich gegen eine Insinuation verwahrt, die man aus den an ihn gerichteten Worten des sozialdemokratischen Führers heraushören konnte, und bestritten, daß es für ihn kein höheres Interesse geben sollte als das für sein Eigentum. In der Tat mochte der besitzlose Schweitzer unwillkürlich weniger aus dem Gefühl seines Vorredners als aus dem Grund des eigenen Herzens heraus die von ihm selbst aufgeworfene Frage beantwortet haben: „Was ist denn dem Menschen das Wichtigste?“ Gerade aus dieser Zeit, wo es ihm wenigstens in der Hauptstadt gelungen war, sein Prestige noch einmal aufzufrischen, läßt es sich feststellen, daß die chronische Finanznot, an der er litt, von neuem in ein akutes Stadium getreten war. Der Vater seines Druckers, in dessen wucherischen Händen er sich befand, zeigte sich des Wartens auf den Tod der Mutter müde und verlangte von ihm dringend die Einlösung seiner sich auf hohe Summen belaufenden Schuldscheine. Da sah sich der stolze Herr von Schweitzer-Allesina knirschenden Herzens gezwungen, den Manifestationseid zu leisten![1]) Möglich ist, daß der unbefriedigende Ausfall des letzten Quartalsabonnements[2]) das rücksichtslose Vorgehen Bergmanns veranlaßt hatte. Die Vergrößerung des Formats des Socialdemokrat, die auf vielfaches Andrängen aus Arbeiterkreisen erfolgt war, hatte sich nicht bewährt und mußte bald wieder rückgängig gemacht werden. Nun wollte Schweitzer jetzt einen Versuch unternehmen, der später vielen Zeitungsverlegern glückte. Der herannahende Wahlkampf für den Reichstag erschien ihm als der geeignete Moment, um durch die Ausgabe eines auf Massenabsatz berechneten ganz populären Ablegers des Socialdemokrat dem größeren Blatte finanziell zu Hilfe zu kommen. Der Name dieses am 1. April 1870 ins Leben tretenden Wochenblattes besagte richtig, was sein Inhalt leisten sollte. Der „Agitator“ enthielt weder einen Vereinsteil noch einen Verbandsteil noch Versammlungsberichte, sein einziger politischer Zweck sollte die massenhafte Gewinnung neuer Parteigenossen sein. Gelang es aber nicht, diesem Wochenblatt jenen Massenabsatz zu sichern, der erforderlich war, um wenigstens die Kosten zu decken, so wollte Schweitzer den Beweis für erbracht sehen, „daß die Voraussetzungen zu einer wahrhaft machtvollen und einheitlichen Arbeiterbewegung“ nicht vollständig zu schaffen wären. Die Zerrüttung seiner privaten Finanzen und die damit unmittelbar zusammenhängende Unsicherheit über das

[1]) Volksstaat 16. April.

[2]) Socialdemokrat 2. März.

Fortbestehen des Socialdemokrat, von dem doch sein ganzer politischer Einfluß abhing, müssen Schweitzers Nerven arg mitgenommen haben. Auf die sich häufenden Beschwerden, daß der Verein für die Agitation nicht genug Geld aufwende, antwortete sein Erlaß vom 12. April in einem so gereizten Ton, wie seine starke Selbstbeherrschung sonst nicht aufkommen ließ: „Wo soll ich denn das Geld hernehmen", schrieb er, „um diesem unablässigen aus hundert Orten ertönenden Geschrei nach Agitatoren Genüge zu leisten? Ich kann dazu nicht mehr Geld verwenden, als monatlich nach Abzug der Verwaltungs- und bedeutenden[1]) Druckkosten in der Kasse übrig bleibt. Wir haben nicht, wie andere Parteien, das Geld der Reaktion oder der bürgerlichen Demokratie[2]) zur Verfügung; bei uns, wie unsere Abrechnungen beweisen, kommen nur Gelder zur Verwendung, die von Arbeitern zusammengesteuert sind. Sorge man dafür, daß Geld in die Kasse fließt, und ich werde agitieren lassen. ... Zudem hat die Partei jetzt ein Blatt, welches unter dem Titel „Agitator" zu einem Spottpreis zu haben ist und manche mündliche Agitation sparen kann .... Ich habe es herzlich satt, beständig die Jammerbriefe zu lesen, die von der Voraussetzung ausgehen, als hätte ich einen Geldsack neben mir stehen, in den ich nur hineinzugreifen brauchte, um in allen Ecken Deutschlands wohlbesoldete Agitatoren herumzuschicken"!

Schweitzer durfte das Recht für sich in Anspruch nehmen, den Gemeinden, die fortwährend die Entsendung von Agitatoren forderten, „mangelnde Tatkraft" vorzuwerfen. Denn seine eigene ungewöhnliche agitatorische Begabung ließ keine Gelegenheit vorübergehen, um durch große Manifestationen Freund und Feind zu zeigen, daß die Partei Lassalles, mindestens an einigen großen Zentren, die Führung der Arbeiterbataillone jetzt fest in ihren Händen hielt. Ein besonders glänzendes Beispiel seiner Geschicklichkeit lieferte der Fall des Mechanikers Schallmayer. Dieser Hamburger Delegierte war wegen einer angeblich von ihm auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Berlin ausgesprochenen Majestätsbeleidigung staatsanwaltlich belangt und von Hamburg an Preußen ausgeliefert worden. Da Schallmayer als der Führer eines Streiks, der vor kurzem viel Aufsehen erregt hatte, in Hamburger Arbeiterkreisen eine gewisse Rolle spielte, so erzeugte jener Schergendienst, den die Republik dem großen Nachbarstaat leistete, an der Elbe eine ziemliche Erregung. Vergebens hatten sich Schweitzer und Hasenclever im Reichstage um die für eine Interpellation über diesen Vorgang erforderliche Unterstützung bemüht. Nun erklärte aber das Berliner Stadtgericht den Angeklagten nach einer

---

[1]) Gemeint waren hier offenbar die Druckkosten für Zirkulare, Mitgliedskarten usw., nicht die Parteiblätter.

[2]) Für die große Ebbe, die gleichzeitig in der Kasse der sozialdemokratischen Arbeiterpartei herrschte vgl. Bebel im Volksstaat 2. März. Vgl. auch ibid. 2. Juli.

achtwöchentlichen Untersuchungshaft für unschuldig. Die Nachricht weckte großen Jubel im Hamburger Proletariat, und Schweitzer hielt es besonders im Hinblick auf den zu erwartenden Reichstagswahlkampf für angezeigt, eine so günstige Disposition der Massen zu einer großen Kundgebung zu benutzen. Er beschloß, den freigesprochenen Staatsverbrecher in eigener Person in seine Heimat zurückzubegleiten. An zwanzigtausend Menschen begrüßten die Ankommenden am Bahnhof mit stürmischen Hochs, Schallmayers Kollegen aus der Lauenstein-schen Wagenfabrik, die Schiffszimmerleute und die Lassalleanische Mitgliedschaft hatten drei Musikkapellen aufgeboten, die während des Einzuges in die Stadt den Zug begleiteten, und der großen Volksversammlung bei Tietge, die sofort veranstaltet wurde, wohnten nach einer Schätzung des Hamburgischen Correspondenten 6—7000 Personen bei. „Die heutige Demonstration ist so großartig, wie ich noch keine erlebt habe", rief Schweitzer dort den Hamburger Arbeitern zu, „bewahren Sie diesen Geist, und man wird lernen, Sie zu ehren und noch mehr Sie zu fürchten. Nur dadurch, daß man uns fürchtet, werden wir mächtig werden!" [1])

Sechs Wochen nach diesen Vorgängen starb in Berlin der entschiedene Wortführer der preußischen Demokratie aus der Zeit ihrer historischen Kämpfe Benedikt Franz Leo Waldeck. Für dessen alten Kampfgefährten, den Protestler und Freidenker Jacoby hatte Liebknecht vor kurzem gewaltig die Trommel gerührt. Man durfte erwarten, daß der Führer einer jüngeren demokratischen Bewegung auch an der Bahre dieses Veteranen, der einst im Abgeordnetenhause die preußische Regierung zur Unterstützung der Wiener Revolution aufgefordert hatte, huldigend den Degen senken würde! Doch der westfälische Bauernkönig war ein gläubiger Katholik gewesen! Dem Minister des Verfassungskonflikts hatte er die Indemnität verweigert, aber als eingefleischter Preuße die Annexionen gutgeheißen! Für Liebknechts Fanatismus war das Grund genug, um den Ehrentitel eines „wahren Demokraten" dem Verstorbenen vorzuenthalten! Er nannte ihn „einen spezifisch national-preußischen Volksmann" und einen „theistischen Monarchisten". Von diesem kühlen Verhalten seines Gegners hob sich um so charakteristischer die Handlungsweise Schweitzers ab. Bei Waldecks ungeheurer Popularität in Berlin konnte kein Zweifel daran bestehen, daß sein Leichenbegängnis sich zu einer gewaltigen Kundgebung aller jener Volkselemente gestalten würde, denen die Siegesfanfaren von Königgrätz nicht jede Dankbarkeit für ihre Vorkämpfer in den trüben Jahrzehnten des Suchens und Ringens aus der Seele geblasen hatten. Für den Allgemeinen Deutschen Ar-

[1]) Eine etwas andere Fassung als diese nach dem Socialdemokrat vom 6. April zitierten Worte enthält ein Bericht ibid. 8. April. Dort sagt Schweitzer, daß in jener Demonstration das Solidaritäts- und das Kraftgefühl der Masse zum Ausdruck komme und fährt fort „deshalb wird man Sie fürchten und diese Furcht ist es, was wir brauchen!"

beiterverein bot sich hier eine glänzende Gelegenheit zu einer großen Demonstration. Einmal zeigte er durch seine Beteiligung an einer gemeinsamen Kundgebung aller liberalen Parteien, daß er an ihrer Seite stets dann zu finden war, wenn sie sich ihrer Verwandtschaft mit der Demokratie erinnerten. Sodann aber konnte Schweitzer — und das war ihm das wichtigste — bei diesem Anlaß seine durch rote Schleifen kenntlich gemachten Mannschaften zum ersten Male am hellen Tage unter freiem Himmel und in kompakten Kolonnen durch die Straßen Berlins führen! Der Ausgang der Demonstration rechtfertigte seine Erwartungen, denn das aus etwa 4000 Mann bestehende sozialdemokratische Kontingent, dem die umflorte rote Fahne vorangetragen wurde, bildete den weitaus zahlreichsten Einzelteil des Trauerzugs, den der Biograph Waldecks[1]) die großartigste spontane Willenskundgebung des Volkes nennt, die Berlin seit den Schillerfesten gesehen hätte. Die Aktionskraft und Disziplin der hauptstädtischen Parteimitglieder zeigte sich bei diesem Fall in hellem Licht, und Schweitzer bewährte sich, wie kürzlich in Hamburg, als ein glänzender Organisator von Demonstrationen. Indem solche Aufzüge die numerische Macht des Proletariats zeigten, lockten sie natürlich die Massen zur weiteren Verstärkung des wachsenden Stromes an!

Nun entsprach aber diesem mächtigen Vorwärtsschreiten der Lassalleanischen Bewegung in Hamburg und Berlin keineswegs eine gleich günstige Entwicklung in den industriellen Zentren. Die seit Jahren mit seltenen Unterbrechungen betriebene gegenseitige Zerfleischung der sozialdemokratischen Fraktionen hatte im Geburtslande der achtundvierziger sozialistischen Bewegung, in Rheinland-Westfalen, eine Abstumpfung der Gemüter erzeugt, die der um diese Zeit zum ersten Mal in großem Umfange einsetzenden sozialen Agitation des katholischen Klerus zugute kommen mußte. Die Priester und ihr im Industriegebiet einflußreichstes Organ, die Essener Volkszeitung, hielten dem Klassenkampfgeschrei der Lassalleanischen Apostel ein „Frieden auf Erden" entgegen, das auf die religiös gläubige Bevölkerung jener Gegenden einen milden Zauber ausübte, bei dessen Weihrauch der Wolf unter dem Schafsfell lange Zeit hindurch unentdeckt blieb. Besonders auf dem linken Rheinufer, in der Gegend von Eschweiler, fielen im Anfange des Jahres 1870 ganze Gemeinden vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ab. Die Geistlichen, die dort ihrerseits Arbeitervereine gründeten, entdeckten bald die beste Waffe für ihre Zwecke darin, daß sie dem einfachen Menschen einredeten, die Sozialdemokraten wollten ihm seine Religion rauben[2]). An anderen Orten des Rheinlandes gewann gleichzeitig die

---

[1]) H. B. Oppenheim, Benedikt Franz Leo Waldeck, der Führer der preußischen Demokratie. Berlin 1873.

[2]) Volksstaat 22. Januar, 9. und 16. März. Als bald darauf in München die Schneider streikten, warf ihnen, wie der Volksstaat vom 23. April sich ausdrückte, das klerikale „Vaterland" „zärtliche Kußhände" zu.

sozialdemokratische Arbeiterpartei Terrain auf Kosten der Lassalleaner. Gerade das ihnen durch die Erinnerung an ihren Stifter so teure Ronsdorf wurde damals durch die Geschicklichkeit von Bonhorsts zu einer Zitadelle der Bebel-Liebknechtschen Richtung, die im sächsischen Industriegebiet fortgesetzt die Geister beherrschte und im Erzgebirge und Vogtland, wo die Heimarbeit unter den Rädern der siegreichen Großindustrie immer mehr „zerquetscht“ wurde, jede Agitation von Schweitzerscher Seite im Keime zu ersticken vermochte. Nachdem Bebel im Mai in dem von Max Hirsch im Reichstage vertretenen Plauen über diesen nicht ungefährlichen Rivalen einen großen oratorischen Erfolg erzielt hatte, durfte er siegesfreudig im Volksstaat verkünden, daß in Sachsen jetzt nur noch Frankenberg und Zittau unter dem Einfluß der Schulze-Delitzschschen Richtung stünden. Die völlige Zersetzung der Hatzfeldschen Sekte kam in Sachsen ausschließlich den Eisenachern zugute, während an anderen Orten, wie in Breslau und Bremen, Schweitzer davon den Vorteil hatte.

Noch ahnten die Parteien nichts von dem heranziehenden Kriegssturm, und so rüsteten sie sich denn in diesen Frühlingsmonaten eifrig zu jenem friedlicheren Kampfe mit dem Wahlzettel, an dessen Nähe sie glauben mußten. Mancher mochte gehofft haben, daß die beiden feindlichen Fraktionen der Sozialdemokratie wenigstens bei diesem Anlaß eine Verständigung suchen würden, die um so leichter zu erreichen gewesen wäre, als sie sich nirgends mit Aussicht auf Erfolg um die gleichen Wahlkreise bewerben konnten. Aber für Schweitzer war ein solcher Weg, ob er gleich im Interesse seiner Partei gelegen hätte, jetzt nicht mehr gangbar; er allein, nicht sein Verein, war von den Gegnern geächtet und nur solange konnte er sich noch halten, wie die Massen sich das Märchen vorschwatzen ließen, daß Bebel vom König von Hannover besoldet würde, und daß Liebknecht im Dienste Beusts die Erweiterung des Zwiespalts zwischen Nord- und Süddeutschland als seine Aufgabe betrachte. Solche albernen Lügen verzapfte der auf die noch völlig urteilslosen Massen berechnete „Agitator“ jetzt in fast jeder Nummer. Zu Pfingsten hatten die Ehrlichen in Stuttgart ihre schon erwähnte erste Generalversammlung. Durch die Vergeblichkeit ihrer Eisenacher Bemühungen um nichts klüger geworden, versuchten die Lassalleaner wiederum den Kongreß zu sprengen, aber trotz eines äußeren Erfolges vermochten sie auch hier nicht zu verhindern, daß die Verhandlungen hernach in geschlossenen Sitzungen ihren ruhigen Lauf nahmen. Es sei erwähnt, daß in Stuttgart in Bezug auf das Eigentum am Grund und Boden ein Antrag Bebels angenommen wurde, der einer Fortsetzung der diesbezüglichen Polemik durch Schweitzer die Spitze abbrach, und daß in der Diskussion über die Gewerkschaften eine noch größere Unklarheit zu Tage trat als auf der Berliner Generalversammlung der konkurrierenden Partei. Übrigens wurden auch hier zahlreiche Stimmen laut, die für eine Verschmelzung der verschiedenen Gewerkschaften eintraten.

Im Hinblick auf die Reichstagswahlen erklärte man in Stuttgart unter Lieb-

knechts Einfluß ausdrücklich, daß man sich an ihnen lediglich „aus agitatorischen Gründen" beteiligen würde. Die gewählten Abgeordneten sollten jede Gelegenheit benutzen, um das im Reichstag betriebene Komödienspiel dort selbst zu entlarven. Aber auch Bebels abweichender Standpunkt machte sich bereits bemerkbar. Es wurde nämlich eine Einfügung in diese Resolution vorgenommen, die es den Abgeordneten, wenn sie sich auch „im Großen und Ganzen" negierend verhalten sollten, anheimstellte, im Reichstage, „soweit es möglich im Interesse der arbeitenden Klassen zu wirken". Die Taktik der sozialdemokratischen Arbeiterpartei für die Wahlen wurde dahin festgelegt, daß vorherige Allianzen oder Kompromisse mit irgend welchen anderen Parteien abgelehnt wurden. In Kreisen, wo eigene Kandidaten von der Partei nicht aufgestellt würden, sollten ihre Anhänger solche Kandidaten wählen, mit denen sie wenigstens in den wesentlichsten politischen Fragen übereinstimmten; namentlich wurde ihnen angeraten, „die von anderen Arbeiterparteien aufgestellten wirklichen Arbeiterkandidaten zu unterstützen". Es scheint, daß Bebel noch jetzt gern ein generelles Wahlabkommen mit der süddeutschen Volkspartei getroffen hätte, die gleich den Eisenachern in dem „Bismarckschen Preußen" ihren gefährlichsten Feind erblickte. Aber Franz aus München bekämpfte im Namen seiner hier mit den „Ehrlichen" über ihren Anschluß verhandelnden bayrischen Genossen energisch jedes Kompromiß mit den volksparteilichen „Zukunftsjesuiten", und auch Liebknecht hielt es nunmehr für angeraten, eine Bundesgenossenschaft fahren zu lassen, auf die er vor kurzem noch den größten Wert gelegt hatte!

Man durfte gespannt sein, wie sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegenüber diesen für ihn durchaus annehmbaren Beschlüssen des Stuttgarter Parteitages verhalten würde. Eine Meinungsäußerung Schweitzers im Agitator vom Anfang Mai mußte von vorne herein die Erwartungen auf ein Zusammengehen beider Fraktionen herunterschrauben. Dort waren der „Volkspartei", wie im Schweitzerschen Jargon die sozialdemokratische Arbeiterpartei noch immer hieß, für die Stichwahlen die Stimmen der Lassalleaner unter der für jene, wie er wußte, unerfüllbaren Bedingung versprochen worden, daß sie sich als bürgerliche Demokratie ausgäbe und keinen weiteren Versuch machte, „den festen Zusammenhalt der Arbeiterpartei" zu untergraben. Fügte sie sich diesem Vorschlage nicht, so sollte der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein sie im Wahlkampf als seinen Hauptfeind betrachten. Gleichzeitig überboten sich beide Organe Schweitzers unablässig, immer wieder „aus sicherer Quelle" zu erfahren, daß die entthronten Fürsten und andere Geldmänner den Wahlfonds der „Ehrlichen" reichlich gespickt hätten. Am 4. Juli versammelte sich dann auf Veranlassung des Präsidenten der Vorstand des Vereins in Hannover, um in dieser wichtigen Angelegenheit endgiltig Stellung zu nehmen. Auf Schweitzers Betreiben kam hier wirklich ein Beschluß zustande, der bei Stichwahlen zwischen Reaktionären und „Volksparteilern" Stimmenthaltung, bei Stichwahlen zwischen Liberalen und „Volksparteilern"

aber ein Eintreten für den Liberalen vorsah. Der Socialdemokrat wollte diesen vom Arbeiterstandpunkte aus ungeheuerlichen Beschluß damit rechtfertigen, daß die fortwährende Schädigung der Arbeitersache unter dem Deckmantel der Freundschaft verderblicher wäre, als die offene, wenn auch noch so ingrimmige Bekämpfung durch andere Parteien. Aber vom bayrischen „Proletarier"[1]) mußte er sich die Kritik gefallen lassen, daß dieser Ukas des „Literaten" von Schweitzer das stärkste wäre, was dieser in freiheitsmörderischer Beziehung geleistet hätte! Es war der Redaktion des süddeutschen Arbeiterblattes nicht einmal zu verdenken, wenn es jetzt Schweitzers Verleumdungsmethode gegen ihn selbst kehrte und ihn als einen bezahlten Agenten Bismarcks hinstellte, der mit gutem Grunde die konsequentesten Feinde des preußischen Ministerpräsidenten auch als seine Hauptgegner betrachte. Und erst das Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der Volksstaat, rief nun täglich unermüdlich ins Land hinaus: „Dem wirklichen Arbeiter, auch wenn er noch nicht unserer Partei angehört, die Bruderhand! Aber nieder mit den Lumpen, die sich bloß Arbeiter nennen, um die Arbeiter besser ausbeuten und verhetzen zu können!" Der Ausschuß in Braunschweig-Wolfenbüttel richtete am 10. Juli mit der Überschrift „betreffend den Verrat an der Arbeitersache" einen Aufruf an die Parteimitglieder, der ihnen riet, an anderen Orten, wo es im Interesse der Sache läge, die Kandidaten der Lassalleaner zu unterstützen, dem „Herrn von Schweitzer" aber, der in der gehässigsten und verwerflichsten Weise Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten zu hetzen suche, mit aller Energie entgegenzutreten. Den Arbeitern des Wuppertals wurde es als ihre Pflicht hingestellt, die Bewegung von einem Menschen zu säubern, der, unter dem Deckmantel radikaler Gesinnung, im Interesse der preußischen Staatsregierung alles täte, um der Bewegung zu schaden[2]). Selbst Bracke wußte sich Schweitzers Wahlparole nicht mehr anders zu erklären als durch die Annahme, daß er im Solde der Regierung stände, er verfluchte ihn als einen „Franz Moor" und hatte nur noch das eine Bedenken, daß die Arbeiter in Sachsen, im Braunschweigischen, in Süddeutschland, am Main und am Rhein den Haß gegen den „großen Verräter" auf die „augenblicklich allerdings verblendeten ja fanatischen Brüder" übertragen könnten, die noch immer dessen Fahne folgten![3]) Der Volksstaat kündigte für Ende Juli das Erscheinen einer Flugschrift an, die in 50 000 bis 100 000 Exemplaren verbreitet werden sollte unter dem Titel: „Leben, Lieben und Taten des Königlich preußischen Hofsozialisten J. B. von Schweitzer!"[4])

So wurde es von Monat zu Monat für den unbeteiligten Beobachter deut-

---

[1]) Proletarier 17. Juli.

[2]) Vgl. Volksstaat 17. Juli 1870.

[3]) Ibid. 20. Juli.

[4]) Ibid. 9. Juli. Ein Exemplar dieser Flugschrift habe ich nicht aufgefunden.

licher, daß Schweitzers Verbleiben an der Spitze des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins die bestehenden Gegensätze zwischen dem Gros der norddeutschen und der mittel- und süddeutschen Arbeiterschaft erweiterte und vertiefte. Wohl hatte kein einzelner Politiker mehr als er dafür getan, daß die von Lassalle gelegten Keime zu einer immer üppiger wuchernden Saat aufgegangen waren. Wohl hatte die Bewegung anfangs nicht viel Schaden davon verspürt, daß er sie mehr wie ein kluger und kriegstüchtiger Condottiere als wie ein innerlich teilnehmender Volksführer mit scharfem Auge lenkte! Aber die Motive seines Eintretens für sie konnten den Arbeitern nur solange nebensächlich sein, wie seine Eigensucht und das Wohl der Partei noch des gleichen Weges gingen und gehen mußten. Wollte künftig die deutsche Sozialdemokratie im politischen Kampfe neben dem Junkertum, dem Liberalismus und der sich gewaltig regenden klerikalen Bewegung zu einer Macht werden, wollten in Zukunft die Arbeiter im wirtschaftlichen Ringen dem jugendstolz aufstrebenden Unternehmertum Zugeständnisse abtrotzen, so war für sie der Zusammenschluß aller ihrer Kräfte die erste und einzige Lebensfrage geworden. Dies aber war das historische Schuldmoment in der Laufbahn des glänzend begabten Politikers, von dem dieses Buch handelt, daß er als ethische Persönlichkeit nicht ausreichte für die große Mission, die er sich angemaßt hatte! Er durfte nicht von sich bekennen, daß seine „ganze Existenz einer heiligen Sache, der Sache des Volks, bis in ihre äußersten Konsequenzen gewidmet" wäre![1]) Wer sich zu der Rolle des ersten Führers einer so elementaren und so berechtigten Strömung wie der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung berufen hielt, der konnte vor der Geschichte nur bestehen, wenn er sein Wohl, sein Glück, sein Leben, und wenn es nottat, selbst seinen Ehrgeiz der „heiligen Sache" zum Opfer bringen konnte! Indem Schweitzer mit vollem Bewußtsein die Verschmelzung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen und der ihnen wie Kometen folgenden Gewerkschaftsrichtungen zu hintertreiben suchte, schädigte er die Bewegung, die ihm so Großes verdankte, und zugleich untergrub er damit die eigene politische Zukunft!

Kapitel XVI.

Der deutsch-französische Krieg und die Sozialdemokratie.

Bevor die 1866 angebahnte nationale Neubildung Deutschlands durch die Gründung des Reichs ihre natürliche Abrundung und Ausgestaltung erhielt,

---

[1]) So schrieb Lassalle von sich in seiner berühmten Selbstschilderung vom Oktober 1860 an Sophie Sontzeff. Vgl. Eine Liebesepisode aus dem Leben Ferdinand Lassalles Leipzig 1878.

herrschte in der deutschen Sozialdemokratie ein viel lebendigeres Interesse für internationale Vorgänge, als in den folgenden Jahrzehnten der auf diesem Gebiete unbestrittenen Bismarckschen Hegemonie. Damals rechneten die intellektuellen Führer der sächsich-braunschweigisch-süddeutschen Sozialdemokratie, die sich in Eisenach zur Arbeiterpartei zusammengeschlossen hatte, im Gegensatz zu dem Wortführer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, noch durchaus mit der Möglichkeit, daß in einer nahen Frist ein revolutionärer Anstoß von außen die „Säbelherrschaft" des Cäsarismus in Berlin beseitigen und eine gewaltsame Demokratisierung Deutschlands auf revolutionärem Wege herbeiführen könnte. Nichts wurde deshalb Schweitzer von seinen Gegnern mehr verdacht, als daß er die bei Königgrätz erfolgte Niederwerfung aller auf eine baldige Aktion der Volkskräfte gerichteten Hoffnungen nicht bloß schnell erkannte, sondern auch eingestand, und daß er seine ganze politische Taktik dieser Erkenntnis anpaßte. Wohl hatte auch Liebknecht sofort begriffen, daß an jenem 3. Juli nicht allein Österreich, nicht nur die großdeutsche Idee, sondern auch die freiheitlichen Volkshoffnungen, wie 1848 sie formuliert hatte, auf der Wahlstatt geblieben waren. Aber dieser unverwüstliche Optimist glaubte an die Auferstehung wie nur irgend einer seiner kirchlich frommen Vorfahren, und der bewußteste und konsequenteste Gegner des Bismarckschen Systems, der in Deutschland lebte, ging sofort wieder unverdrossen an die Arbeit, nm die Drachenzähne neu zu streuen, aus deren Saat die Kämpfer aufschießen sollten für die unsterblichen Ideale, die in seiner Brust lebten. Schon bevor er in die Schule von Marx und Engels kam, hatte er diese Ideale unauflöslich verschmolzen mit dem Emanzipationskampf des Proletariats. Seines ursprünglichen ideologischen Adams hat sich Wilhelm Liebknecht, wie schon öfter gezeigt wurde, niemals vollständig entledigt, so sehr er auch später „die schwarz-rot-goldenen Parlamentshähne der Paulskirche" und erst recht deren Epigonen im Reichstage verachten zu dürfen glaubte. Mochte es ihm aber in den Augen von Marx oft schaden, daß die Färbung seiner Gedanken mit historischem Materialismus nicht waschecht genug ausgefallen war, bei einer so auf Ideen und Ideale eingestellten Bevölkerung, wie es die deutschen Arbeiter der sechziger und siebziger Jahre waren, verstärkte gerade dieser irrationale Bodensatz seines Wesens die Erfolge seiner Agitation! Es war nicht anders: Für diesen Cato, der nicht müde wurde, den Sturz der Gewaltschöpfung von 1866 als das vornehmste Ziel aller demokratisch-sozialistischen Politik hinzustellen und der sogar alle sozialen Bestrebungen des Proletariats dahinter in den zweiten Rang drängte, gründete sich in diesen Jahren seine ganze politiche Haltung auf den fest in ihm lebenden Glauben, daß eine neue revolutionäre Lawine, gewaltiger als jene von 1848, über Europa hinge, und daß schon ein geringer Anstoß sie ins Rollen bringen würde. Diesen Anstoß erhoffte Liebknecht bereits von der spanischen Revolution des Jahres 1868, er jubelte, daß endlich wieder die Revolution von unten in wildzorniger Majestät die Weltbühne betreten und den Beweis

erbracht hätte, daß die Geschichte der Menschheit nicht bloß in den Kabinetten der Kaiser und Könige gemacht würde! Eine Adresse der sächsischen Sozialdemokraten an die Demokraten Spaniens gab diesem Gefühle lebhaften Ausdruck. Sie legte damals den Spaniern noch ans Herz, die Einigkeit zwischen Arbeitern und Bürgern zu festigen, weil diese beiden Klassen die Träger der modernen Freiheitsideen seien und die Sache der Freiheit verloren wäre, wenn sie sich bekämpften![1]). Die Adresse klang aus in die Aufforderung an das spanische Bürgertum, den Arbeitern den vollen Ertrag ihrer Arbeit zu gönnen, und in einen Appell für die „sozialdemokratische Republik". Als aber nach der Niederlage der spanischen Republikaner Liebknechts Hoffnungen sich als chimärisch erwiesen, da erklärte sein Organ diesen Mißerfolg aus der Furcht des kleinen und mittleren Bürgertums vor einem Bündnis mit dem Proletariat, in dieser Furcht glaubte er „die Mutter des modernen Cäsarismus" zu erblicken. Der Cäsarismus in jederlei Gestalt war noch immer der Feind, den er vor allem bekämpfte. Deshalb verfolgte er mit den Augen eines Luchses die Vorgänge in Frankreich, wo seit der etwas liberaleren Gestaltung des Preß- und Vereinsgesetzes im Frühling 1868 die republikanisch-revolutionäre Bewegung gegen das Empire sichtlich von Tag zu Tag an Boden gewann. Liebknecht teilte natürlich die Hoffnungen seiner französischen Gesinnungsgenossen: „Der Prozeß gegen das Kaiserreich hat begonnen", schrieb er im November 1868. „Eine Katastrophe bereitet sich vor. Der Cäsarismus jenseits des Rheins ist bankrott, und es fragt sich bloß, ob er den Cäsarismus diesseits des Rheins in seinen Fall hineinzuziehen versuchen wird." Daß von einer Revolution in Paris die Funken nach Berlin hinüberschlagen würden, galt ihm als ausgemacht, und fast mit Sicherheit erwartete er, daß ein Sturz des dritten Napoleon den Zusammenbruch des Bismarckschen Systems nach sich ziehen würde.

Wo aber so große Hoffnung auf die baldige Erfüllung sehnlichster Wünsche vorhanden ist, da betrachtet man unwillkürlich als Bundesgenossen selbst solche Elemente, mit denen man nur die nächsten Ziele gemeinsam hat. Wie gern wären bei den französischen Wahlen im Mai 1869 die dortigen Arbeiterführer selbständig vorgegangen! Da jedoch bei ihnen eine dauernde politische Organisation der Sozialdemokratie noch gar nicht bestand, so hielten es die französischen Sozialisten für klüger, mit dem radikalen Flügel der Republikaner zu gehen, dem besonders das Volk von Paris zujubelte, als sich in eine zwar höchst prinzipienfeste aber dafür einflußlose Opposition gegen die anschwellende Volksströmung hineindrängen zu lassen. Den Ruf: Absetzung des Kaisers und Errichtung der Republik! verstand

[1]) Das Demokratische Wochenblatt vom 31. Oktober 1868 gibt den Wortlaut dieser Adresse, die auf Bebels Antrag in einer gemeinsamen Versammlung der Leipziger Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und des dortigen Volksvereins beschlossen wurde.

jeder Lungerer auf der Gasse, aber für die Forderungen des Kommunismus war nach der von Napoleon geübten langjährigen Unterbindung aller Agitation durch Presse und Versammlung noch nicht wieder die hinreichende Resonanz vorhanden. Jene Taktik der Mehrzahl der französischen Häupter der Internationale fand die vollständige Billigung Liebknechts. Dennoch ließ er keine Gelegenheit vorübergehen, um auszusprechen, daß „parlamentarische Spiegelfechterei" und „revolutionäre Aktion" einander ausschlössen, wie Reden und Handeln, und daß nicht durch eine parlamentarische Opposition à la Favre das Kaiserreich zum Fall gebracht würde. Mit seinem Herzen war er durchaus bei den Männern der äußersten Linken, und nicht nur einem Viktor Hugo, den er als „König der Phrasenmacher" abtat, sondern selbst einem Rochefort zog er im Grunde seines Herzens Blanqui vor, den „logischsten und tatkräftigsten der französischen Sozialisten!"

Hätte auch Schweitzer jenem Bündnis der französischen Arbeiter mit den Vorkämpfern der „blauen" Republik das Wort geredet, so würde er sich mit seiner ganzen Vergangenheit in Widerspruch gesetzt haben. Die Junischlacht bedeutete für ihn den stärksten und nachhallendsten Eindruck seiner Kinderjahre, in seinem Roman hatte er gezeigt, wie eine republikanische und radikaltuende Bourgeoisie die Arbeiterklasse um ihre auf den Barrikaden erkämpften Erfolge prellte und sich schließlich mit den historisch reaktionären Gewalten verbündete, um die für ihre Endzwecke bedrohlich stark gewordenen Arbeiterbataillone niederzukartätschen. Wen wird es wundern, daß Schweitzer den französischen Arbeitern prophezeite[1]), sie würden, wenn sie zur Tat schritten, wieder wie im Juni 1848 die liberale und demokratische Bourgeoisie in der feindlichen Front finden? Er verwarf jetzt die Entfaltung aller nationalen Trikoloren, und nur noch ein revolutionäres Banner wollte er anerkennen: die rote Fahne! Dabei muß man zugestehen, daß er nicht weniger als vor dem Bündnis mit den bürgerlichen Republikanern schon bei früheren Anlässen die französischen Arbeiter vor dem Napoleonischen Staatssozialismus gewarnt und ihnen vernehmbar zugerufen hatte, nur der freie Volksstaat und keine despotische Regierung „mit ihren Flickereien und ihren kleinen Fetzen falscher Staatshilfe" vermöge den Sozialismus, diese „wahre Staatshilfe" zu verwirklichen![2])

Kriegerische Erfolge nach außen galten zu allen Zeiten als das beste Mittel zur Festigung einer von innen her bedrohten Gewaltherrschaft, und so wurde, seit es mit dem Empire bergab ging, während zugleich in Deutschland die Verhältnisse zur Einigung drängten, ein Krieg zwischen den beiden großen Kulturvölkern in weiten Kreisen vorausgesehen, von wenigen gewünscht, gefürchtet

[1]) Socialdemokrat 31. Oktober 1869.

[2]) Socialdemokrat 11. November 1868. Die meisten Leitartikel des Socialdemokrat über Frankreich stammen aus Hasselmanns Feder. Wenn sich auch ihr Inhalt in den Hauptlinien mit Schweitzers Standpunkt deckt, so empfahl es sich doch nicht, sie ohne Not heranzuziehen.

von den meisten. Es fehlte sogar seit dem Tage von Königgrätz nicht völlig an Prophezeiungen, die, wo sonst so viel falsches vorausgesagt wird, die künftige Entwicklung richtig errieten. Solche Wahrsager gab es in allen Lagern. Auf Seiten der internationalen Sozialdemokratie hat mit der von ihm untrennbaren gepfefferten Ehrlichkeit niemand die kommende Entwicklung schärfer skizziert als Johann Philipp Becker, der schon im Vorboten vom April 1867 Napoleon III. vor die Eventualität stellt: „Revolution hinter ihm mit wahrscheinlichem Untergang und Krieg vor ihm mit möglicher momentaner Rettung." Dabei entdeckte Becker auch, daß „die nationalistische Eiterbeule", die in Frankreich baldige Heilung verspräche, in Deutschland eben zum Vorschein käme. Für die europäische Kultur erblickte er darin „keine Erbaulichkeit". Die ganz Deutschland durchwehende nationale Einheitsluft werde Bismarcks Preußisches Staatsschiff mit sicherer Fahrt in den deutschen Kaiserhafen geleiten. Das deutsche Kaiserreich nannte er eine Tatsache, die sich von selbst vollenden werde: Die liberale Bourgeoisie brauche Einheit in der Handelsgesetzgebung, den Verkehrsmitteln, in Wechselrecht, Maß, Gewicht und Münzfuß. Diese Einheit sei nur durch die politische Einheit zu erreichen, und deshalb identifiziere sich die Bourgeoisie „zu wohlfeilem Triumphe Bismarcks" mit dem preußischen Staatszweck. Die Freiheit, die dieser „Fortschritt" beanspruche, wäre nur die Freiheit der wirtschaftlichen Ausbeutung, und die liberale Bourgeoisie in Nord und Süd werde dafür alle politische Freiheit ohne Gewissensskrupel in den Kauf geben.

Man erkennt, daß dieser deutsche Wortführer der Internationale das Tatsächliche an den Ereignissen von 1866 ähnlich wie Schweitzer beurteilte, indem er Nikolsburg als eine Etappe ansah zu der nicht aufzuhaltenden Einigung Deutschlands durch die Bajonette des Hohenzollernstaats. Die ungeheure Resignation, die für einen Sozialdemokraten in einer solchen Beurteilung der Entwicklungstendenzen lag, gewann über Liebknecht keine Macht; dafür lebte in ihm zu viel Sturm, zu viel Aktionsbedürfnis, zu viel Optimismus und zu viel — Patriotismus! Wirkte er auch mit unermüdlichem Eifer für die Emanzipation des internationalen Proletariats, in erster Reihe fühlte er sich als deutscher Demokrat, als seine ureigenste Aufgabe betrachtete er die Erkämpfung eines freien Volksstaats auf deutschem Boden. So radikal „vaterlandslos" er sich auch nach Ausbruch des Krieges gebärdete, in seinem Herzen behielt der Achtundvierziger die Mitregierung neben dem internationalen Sozialdemokraten. Und nur dadurch erklärt sich der unüberwindliche, unvernünftige und blinde Haß dieses sonst weitblickenden Mannes gegen Preußen und seine Unversöhnlichkeit gegenüber der Umgestaltung von 1866. Noch ein Jahr bevor es so gänzlich anders kam, als er hoffte, fand dieser Augur Preußen durch die Annexionen und sein aussaugendes Militärsystem innerlich so geschwächt, daß es nach der ersten verlorenen Schlacht auseinanderfallen müsse. Weil er es wünschte, glaubte er, daß die Bewohner der annektierten Länder die

Stunde der Befreiung ungeduldig ersehnten. Weil er es wünschte, war er überzeugt, daß Süddeutschland trotz der Militärverträge im Falle eines französisch-preußischen Krieges neutral bleiben und sich dadurch die Möglichkeit sichern werde, an Österreich angelehnt den Ereignissen eine für „Deutschland" günstige Wendung zu geben. Wenige Wochen vor dem Ausbruch des Krieges erinnerte dieser Schwärmer, der, durch die Enttäuschung von 1866 unbelehrt, auf dem Boden des Nordbunds einen erfolgreichen Kampf für unmöglich hielt, an „das bekannte physikalische Gesetz, daß der Hebelpunkt sich außerhalb des aus den Angeln zu hebenden Objekts befinden müsse". Er folgerte daraus, daß man sich außerhalb des Nordbundes stellen und mit Benutzung aller Handhaben den Schwerpunkt der Tätigkeit ins Volk verlegen müsse, weil dort allein auf Erfolg zu rechnen wäre![1])

Diese Geistesverfassung Liebknechts, die er dem in international-politischen Fragen noch ganz von ihm abhängigen Bebel mitzuteilen wußte, muß man sich gegenwärtig halten, um die Verirrung zu begreifen, in die der Volksstaat durch den für ihn völlig überraschenden Verlauf der Ereignisse versetzt wurde. Besonders seitdem Napoleon kränkelte, hielt Liebknecht die Gefahr eines Krieges für beseitigt. Er wartete jetzt mit kaum mehr zu zügelnder Ungeduld auf den bevorstehenden Sturz des Empire, für den die Kräfte vorhanden und die Organisationen im Entstehen begriffen wären! Hatte doch die Internationale in Frankreich während der letzten Monate trotz aller Verfolgungen einen ungeheuren Aufschwung erlebt! Noch zu Anfang Januar ärgerte sich Liebknecht über eine Abfertigung Rocheforts durch Schweitzer, zu Ende des gleichen Monats erklärte auch er Rochefort, der nur der Held des Vorspiels gewesen wäre, für politisch tot. Frankreich befände sich bereits „inmitten der Revolution!" „Jetzt ist der politische Auflösungsprozeß so weit gediehen", schrieb er im Februar, „daß die alten demokratischen Stichwörter alle Bedeutung verloren haben und das soziale Ziel des politischen Kampfes offen zutage tritt!" Als im Frühling Napoleon durch ein Plebiszit seinen Thron befestigen wollte, während zugleich die großen Streiks in Creuzot und Paris der Welt die elementare Gewalt der französischen Arbeiterbewegung enthüllten, da sah er jenseits des Rheins deutlich den Triumph der sozialdemokratischen Republik schnellen Schrittes heranziehen! Von einer Revolution in Paris aber erwartete er, nachdem Deutschland durch 1866 in eine an Rheinbundszeiten erinnernde Abhängigkeit von Frankreich geraten wäre, den Untergang Preußens noch weit sicherer als von einem zweiten Jena!

---

[1]) Vgl. auch Demokratisches Wochenblatt vom 4. September 1869, wo Liebknecht einen neuen Krieg zwischen Preußen und Österreich für unausbleiblich erklärt, falls nicht eine höhere dritte Macht, das deutsche Volk, sein Veto einlegte, das aber hieße Revolution!

Den deutsch-französischen Krieg hatten viele vorausgesehen. Aber in dem Moment, wo er plötzlich zur traurigen Tatsache wurde, wirkte er doch wie ein Blitz aus heiterem Himmel, denn gerade in der windstillen Sommerszeit dieses Jahres fühlte die Welt sich in tiefen Frieden gewiegt. Als vor drei Jahren um Luxemburg das kriegerische Ringen zu beginnen drohte, hatten sich aufgeklärte Männer des politisch fortgeschrittenen Bürgertums verschiedener Länder mit Charles Lemonnier, Victor Hugo und Garibaldi an der Spitze zusammengetan zu einer Friedens- und Freiheitsliga, die mit der Devise „Si vis pacem para libertatem" auf demokratischer Grundlage die „Vereinigten Staaten von Europa" vorbereiten wollte. Vergebens erhoben diese wohlmeinenden Idealisten auch jetzt ihren ohnmächtigen Protest gegen einen „den Fortschritt der Ideen internationaler Verbrüderung hemmenden Bruderkampf". Nicht weniger als die bürgerlichen Anwälte des Ideals von übermorgen fühlten sich die Wortführer der Internationalen Arbeiterassoziation durch die mit unheimlicher Plötzlichkeit zum Ausbruch gekommene blutige Krisis überrumpelt. Der brüderliche Zusammenschluß der Proletarier aller Länder war das Symbol, dem zu Ehren sie ihre roten Fahnen wehen ließen, und nun sollten ihre Mitglieder auf beiden Seiten des Rheins, statt einander die Hände zu reichen zum gemeinsamen Kampfe gegen den internationalen Kapitalismus, mit Chassepot hie und Zündnadelgewehr dort einander den Garaus machen, blos weil der Kriegsmoloch wieder einmal Hunger verspürte[1]) und ein ehrgeiziger Despot sich durch die Entfesselung der blutgierigen

---

[1]) Die deutsche sozialistische Kriegslyrik des Jahres 1870 hat nur geringen literarischen Wert. Eine Erwähnung verdient höchstens August Geibs „Lied vom Kriege", von dem hier einige Verse stehen mögen:

„Den Kriegsmoloch, ach! hungert sehr,
Warum?
Welch' Frage noch! — die Trommel her,
Zum Fragen ist die Zeit nicht mehr,
Trum, trum!

Es jubelt jetzt so mancher Knecht,
Warum?
Ha, ha der Tod, der kommt ihm recht,
Das Brod der Sorgen schmeckt so schlecht,
Trum, trum!

Philister zieht den Säbel blank,
Warum?
An Größenwahnsinn sind sie krank,
Durch Wein und Bier berauscht im Schank,
Trum, trum!"
usw.

(Abgedruckt in Volksstaat vom 31. August.)

Bestie seinen Thron zu retten hoffte! In Frankreich, wo es eine den Sonderbedingungen des Landes angepaßte Arbeiterpartei noch nicht gab, waren in den letzten Monaten zahlreiche Arbeitervereine mit ihrer gesamten Mitgliedschaft der Internationale beigetreten, die ihre Anhängerschaft im April schon auf 250 000 Köpfe schätzte. Auch wurde in Paris das drohende Kriegsgespenst von den Arbeitern früher ernst genommen als in Deutschland. Schon am 12. Juli erging von hier ein warmherziger Appell der Internationalisten an die Arbeiter aller Länder. Besonders die „deutschen Brüder“ wurden darin beschworen „taub zu bleiben bei den unsinnigen Provokationen“, auf daß der Bruderkrieg vermieden werde: „Bleibt ruhig, wie es ein tapferes und beherztes Volk bleiben kann, ohne seiner Würde etwas zu vergeben. Unsere Spaltung würde nur auf beiden Seiten des Rheins den Triumph des Despotismus fördern“. Die Berliner Mitglieder der Internationale antworteten alsbald in dem gleichen Sinne, aber — der Krieg war mittlerweile ausgebrochen. Sie versicherten ihren französischen Brüdern, daß sie nur gezwungen „in jene Kriegsbanden“ einträten, die nun bald Not und Elend über die friedlichen Gefilde beider Länder verbreiten würden und versprachen feierlich, daß weder Sieg noch Niederlage sie abwendig machen solle von dem Wirken für die Vereinigung der Proletarier aller Länder und dem Kampf für die Erreichung der sozialen Republik!

Entkleidet man die Situation ihres Pathos und rückt man sie in das Licht einer leidenschaftslosen historischen Betrachtung, so ergibt sich, daß für die deutsche Sozialdemokratie die richtige Haltung viel schwieriger zu finden war als für die französische. Mochte Napoleon damals in eine ihm von Bismarck gestellte Falle gegangen sein oder die Unterhöhlung seines Thrones durch die herangrollende Revolution ihn in Bellonas Arme getrieben haben, fest steht auf alle Fälle, daß mit verschwindenden Ausnahmen das ganze deutsche Volk einschließlich der Arbeiterschaft in jenen Julitagen den Krieg als ein frivoles Werk Bonapartes betrachtete, daß es sich in einem Zustande gerechter Notwehr zu befinden glaubte, und daß alle politischen Gegensätze mehr oder weniger hinter dem stürmischen Wunsche zurücktraten, daß ein geeinigtes Deutschland dem französischen Kaisertum die Schmach heimzahlen möge, die es einem vereinzelten Preußen anzutun gedacht hatte!

Welches Verhalten war nun den Führern der beiden deutschen sozialdemokratischen Fraktionen gegenüber diesem nationalen Sturmwind vorgeschrieben, der für die Ziele, die sie vertraten, unter allen Umständen einen sehr widrigen Windumschlag bedeutete? War es ratsam, hochmütig die Nase zu rümpfen über die patriotische Begeisterung, die das Land durchbrauste und kalthöhnisch zu spotten über die nationalistische Rückständigkeit, in die auch die Mehrzahl eigenen Anhänger zurückgefallen war? Oder erschien es politischer, am Winde zu kreuzen und, ohne Opferung des internationalen Standpunkts, der Volksstimmung soweit Rechnung zu tragen, daß man die Fühlung mit ihr nicht verlor? Es wird

sich zeigen, daß nicht nur Liebknecht und Schweitzer in dieser für die Sozialdemokratie schweren Stunde verschiedene Wege einschlugen. Auch die der sozialdemokratischen Arbeiterpartei beigetretenen ehemaligen Lassalleaner sympathisierten anfangs mehr mit der Taktik des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins als mit der Liebknechts, und einen Augenblick sollte es den Anschein erhalten, als ob die nationale Frage, die so oft Zwiespalt in die Reihen des deutschen Proletariats gesät hatte, noch kurz vor ihrer vorerst endgiltigen Lösung, zur Freude Schweitzers, die junge Eisenacher Partei wieder auseinanderreißen würde!

Für Liebknecht galt es als ausgemacht, daß die Kriegsgefahr, auf die er im Volksstaat vom 13. Juli zum ersten Mal zu sprechen kam, aus der Pandorabüchse des Jahres 1866 herausgeflogen war. Mit gutem Recht bezeichnete er es als eine Aufgabe seiner Partei, auf die Beseitigung von Zuständen hinzuwirken, die es einem „beliebigen Bonaparte oder Bismarck“ möglich machten, den Weltfrieden zu stören und nach ihren Launen Hunderttausende von Menschen in den Tod, Millionen ins Elend zu stürzen! Aber Liebknecht begnügte sich nicht mit dieser für einen Sozialdemokraten durchaus würdigen Art des Protestes gegen die heranziehende Katastrophe, die den Freiheitskampf des Proletariats mit vorläufigem Untergang bedrohte. Sein Haß gegen Preußens Machthaber täuschte ihn wie 1866 völlig über die wirkliche Lage der Dinge und über die Aussichten des nicht mehr zu vermeidenden blutigen Ringens. Noch im Volksstaat vom 17. Juli verstieg er sich zu der Behauptung, daß der „großmächtige Nordbund“ wieder einmal vor dem französischen Kaiserreich die Segel gestrichen hätte und rühmte sich, dieses Resultat vorausgesehen zu haben. Während die Regierungen und Völker ganz Deutschlands sich schon an Preußens Seite scharten, glaubt er Preußen ohne Bundesgenossen, mit Millionen Untertanen, die sehnsüchtig auf die Abschüttelung des verhaßten Joches sännen und gesteht, daß es ein Wahnsinn gewesen wäre, wenn man in Berlin die französische Herausforderung angenommen hätte. Natürlich war nach dieser nur von ihm erträumten Blamage die Politik des Großpreußentums gerichtet und der Nordbund bankerott!

Die einzige Äußerung des Socialdemokrat *vor* der Kriegserklärung besagte nur, daß der preußische König nicht anders handeln konnte, als er getan, und daß die Schuld eines Krieges vollständig Napoleon treffen würde, der in maßloser Überhebung „eine Forderung der allerärgsten Demütigung“ an Preußen gestellt hätte! Ein Leitartikel Hasselmanns vom 17. Juli sprach von einem Krieg des Staatsstreichmanns gegen den Sozialismus und meinte, daß jeder Deutsche, der sich dem Friedensbrecher entgegenwürfe, nicht nur für sein Vaterland, sondern auch *gegen den Todfeind des Sozialismus* kämpfte. Offen gestand der Socialdemokrat hier zu, daß der Krieg, wie er auch enden würde, den Nationalhaß und den Militarismus kräftigen, den Sozialismus aber schädigen würde! Ein anderer Artikel in der gleichen Nummer des Blattes, den vielleicht Hasenclever nach

Rücksprache mit Schweitzer geschrieben hatte, erblickte in dem allgemein herrschenden reaktionären Zustand den eigentlichen Grund des Krieges. Da diesem Übelstande aber nicht sofort abzuhelfen wäre, so müßte man sich auf den Boden der gegebenen Verhältnisse stellen und denjenigen befehden, der den Massenmord zuerst heraufbeschworen hätte. Die deutsche Nation und selbst das revolutionäre deutsche Proletariat solle sich, um jenen blutgierigen Despoten zu zermalmen, auf die Seite der preußischen Regierung stellen! Eine zur Herrschaft gelangende französische Reaktion müßte für die Freiheit Europas noch gefährlicher werden, als eine preußische Reaktion! Aber schon am Tage zuvor, am 16. Juli, hatte Schweitzer persönlich in einer von Tausenden besuchten Berliner Volksversammlung den Standpunkt seiner Partei gegenüber dem Kriege in drei Resolutionen festgelegt, die ohne Widerspruch angenommen worden waren. Sie besagten, daß nur in einer auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaft und bei entsprechenden despotischen oder reaktionären Staatswesen auf eine so plötzliche Weise ein Kriegszustand eintreten könne; nichts vermöge besser die tiefe Verderbnis der bestehenden politischen und sozialen Zustände zu beweisen! Napoleon wird als der Friedensstörer gebrandmarkt, und es wird ausgesprochen, daß Deutschland zur Verteidigung seiner Unabhängigkeit und Ehre zum Schwert greife. Schließlich gibt die Resolution unter Billigung des Aufrufs der Pariser Arbeiter der Überzeugung Ausdruck, daß die ungeheure Mehrheit des aufgeklärten französischen Volks das Treiben seiner Regierung mißbillige, und der Hoffnung, daß es der Tatkraft des demokratischen Frankreichs auch jetzt noch gelingen möge, dem begonnenen Frevel Einhalt zu tun!

Ein Führer der Sozialdemokratie konnte schwerlich geschickter operieren, als es Schweitzer mit der Aufstellung dieser Resolutionen tat. An dem gleichen Tage fand in Braunschweig, am Sitz des Ausschusses der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, eine von dessen Mitgliedern Bracke, von Bonhorst, Ehlers, Kühn und Spier einberufene Arbeiterversammlung statt, die eine ganz ähnliche Resolution faßte wie die Schweitzersche. Nur trat hier, was jetzt nicht viel besagte, in dem kritischen Teil der soziale hinter dem politischen Gesichtspunkt zurück. Ausdrücklich wurde konstatiert, daß die deutsche Nation beschimpft und angegriffen wäre, und daß deshalb der Verteidigungskrieg als ein unvermeidliches Übel anerkannt werden müsse. Das gesamte Volk wurde aufgefordert, die Wiederholung eines solchen sozialen Unglücks für alle Zeiten dadurch unmöglich zu machen, daß es künftig für sich selbst die Entscheidung über Krieg und Frieden in Anspruch nähme.

Aber daß diese Stellungnahme des Ausschusses ihrer Partei Liebknecht und Bebel ganz und gar nicht gefiel, zeigte eine schon am folgenden Tage von ihnen in Chemnitz abgehaltene Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie. Die hier angenommene Resolution verdammte den Krieg

schlechthin als einen dynastischen und ermahnte die deutschen Demokraten und Arbeiter, sich dem Protest ihrer französischen Genossen anzuschließen. Schweitzer versäumte natürlich keinen Augenblick, um die Blöße, die Liebknecht sich durch seine Resolution vor der ganzen öffentlichen Meinung gab, mit rücksichtsloser Gehässigkeit aufzudecken. Er stellte fest[1]), daß die gesamte deutsche demokratische Presse, einschließlich der Hannoverschen Partikularisten, sich Mühe gegeben hätte, die von Bonaparte heraufbeschworene Völkerhetze zu dämpfen, und daß nur ein Literat sich den traurigen Ruhm erworben habe, inmitten des Kriegslärms gegen Preußen und damit gegen Deutschland zu hetzen! Das Programm dieses „österreichischen Agenten" laute „Rückgängigmachung des Werkes von 1866", es stimme überein mit jenem Napoleons, und auch der blinde Preußenhaß Liebknechts unterscheide sich nicht von jenem der französischen Kriegsfanatiker! Ja, sogar eine Mitschuld an der Entstehung eines Krieges, der namenloses Elend unter die Arbeiterklasse bringen mußte, glaubte Schweitzer seinen beiden Todfeinden aufhalsen zu dürfen, indem er „jenen vielfach bezahlten Agenten und Hetzern" den Vorwurf machte, daß sie durch ihren Preußenhaß das Ausland in den Glauben versetzt hätten, als ob Deutschland, selbst im Falle eines Krieges mit einer auswärtigen Macht, zerrissen in Parteien und Einzelbestrebungen darnieder liegen würde! Auch delegierte er jetzt Hasenclever nach Leipzig, um diese verteufelt gescheidt zugestutzte Verleumdung, unter Ausnutzung der patriotischen Konjunktur, in der Hochburg der Feinde zu verbreiten. Wirklich behauptete dieser daselbst in einer großen Versammlung am 26. Juli nicht viel weniger, als daß das Demokratische Wochenblatt und sein Nachfolger, der Volksstaat, durch ihre übertriebenen Schilderungen von der Unzufriedenheit und Uneinigkeit in Deutschland Napoleon zum Kriege aufgehetzt hätten. Liebknecht und Bebel traten Hasenclever persönlich entgegen und warfen ihm und Schweitzer vor, daß sie die alte Hatzfeldisch-nationalliberale Parole „Durch Einheit zur Freiheit" von neuem herausgesucht hätten! Der Socialdemokrat beurteilte den Verlauf der Versammlung als eine Niederlage seiner Gegner und äußerte die Hoffnung, daß auch die Leipziger Arbeiter nunmehr dem „größten Feinde der Arbeitersache, der sogenannten Volkspartei" den Garaus machen würden!

Der zwei Tage zuvor zu einer außerordentlichen Session zusammengetretene Norddeutsche Reichstag bewilligte selbstredend die geforderte Kriegsanleihe, die mit den Lassalleanern Schweitzer und Hasenclever auch der ehemalige Lassalleaner Fritzsche genehmigte, der jetzt zu den Eisenachern gehörte. Liebknecht wollte ursprünglich mit „nein" stimmen, aber Bebel brachte ihn von diesem Vorhaben ab. So enthielten beide sich der Abstimmung mit der Motivierung, daß sie weder der preußischen Regierung, die durch ihr Vorgehen im Jahre 1866 diesen Krieg vorbereitet hätte, ein Vertrauensvotum geben, noch auch die ver-

---

[1]) Socialdemokrat 20. Juli und Agitator 23. Juli. Vgl. auch Agitator 30. Juli.

brecherische und frevelhafte Politik Bonapartes billigen könnten[1]). Ihre Auffassung der durch die Kriegserklärung geschaffenen Lage legte gleichzeitig der Volksstaat ausführlich dar. Auch sie gaben zu, daß Napoleon den Krieg provoziert habe, um seinen schwankenden Thron zu befestigen und der sozialistisch-republikanischen Bewegung in Frankreich ein „inneres Sadowa" zu bereiten. Sie erinnerten daran, daß mit dem Sturz des Dezembermanns der Eckstein des reaktionären Europas ins Wanken geraten müßte, während sein Sieg einer Niederlage der französischen und damit der europäischen Demokratie gleich kommen würde, und sie folgerten daraus, daß die deutsche Sozialdemokratie an der Vernichtung Napoleons das gleiche Interesse hätte wie das französische Volk. Bis hierhin sagte der Volksstaat nichts anderes als der Socialdemokrat. Nun aber tritt die Erinnerung an die Wendung von 1866 heran und verdirbt Liebknecht sein Konzept. Bonaparte, so deduziert er, hätte Preußen nicht anzugreifen vermocht, wenn dieses nicht vor vier Jahren Deutschland zerrissen hätte. Deshalb dürfe man jetzt von einem d e u t s c h e n Kriege nicht sprechen. Auch läge ein Kampf von Deutschen gegen Deutsche noch immer im Bereich der Möglichkeit. Für einen solchen Krieg dürfe das Proletariat sich nicht echauffieren sondern müsse unaufhaltsam gegen ihn protestieren. Das französische Proletariat habe deutlich genug sein Urteil zu erkennen gegeben, und auch das deutsche Proletariat möge getrost den deutschen und französischen Cäsarismus sich in Begleitung des Geldprotzentums allein schlagen lassen!

So klaffte eine tiefe Meinungsverschiedenheit zwischen den o f f i z i e l l e n Leitern der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die Schweitzer erst kürzlich als Strohmänner abgetan hatte, und ihren geistigen Häuptern Bebel und Liebknecht. Während der Ausschuß in Braunschweig-Wolfenbüttel, gleich dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, den Verteidigungskrieg akzeptierte, verweigerten Liebknecht und Bebel nicht allein als internationale Sozialisten, sondern mindestens ebenso sehr, wenn nicht noch mehr, als deutsche Demokraten eine jede Unterstützung dieses vom preußischen Cäsarismus geführten Krieges! Soweit es sich überblicken läßt, konnten die beiden Leipziger Freunde, wenn es zu einem Bruche mit dem Ausschuß ihrer Partei kam, nur auf einen Teil der sächsischen und bayrischen Mitglieder und auf den kleinen aber rührigen Berliner Demokratischen Arbeiterverein zählen, der die Braunschweiger Resolution ausdrücklich getadelt und damit in Dresden, Leipzig, Würzburg und München bei den Arbeitern Zustimmung gefunden hatte. Doch selbst in Bayern ergriff die Massen der Arbeiter jene patriotische Bewegung, welche die erdrückende Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten bestimmte, den in Berlin und Braunschweig gefaßten Resolutionen ihre Zustimmung zu geben. Mit Ermächtigung des bayrischen Parteiausschusses schrieb der Proletarier, nur ein Römling wie Sigl

[1]) Eisner, Wilhelm Liebknecht. 2. A. Berlin 1906, p. 70.

könne den Sieg des Fremden über Deutschland wünschen, — ein Deutscher nicht! In Augsburg votierte eine große Arbeiterversammlung am 18. Juli eine Resolution, die zwar den Krieg verurteilte, es aber doch als eine Pflicht der Arbeiter bezeichnete, mit allen Kräften für die Verteidigung des heimatlichen Bodens einzustehen; der Kampf gegen die freiheitsmörderischen Gelüste Bismarcks und des Preußenkönigs wäre deshalb nicht aufgegeben!

Die Auseinandersetzung zwischen dem Ausschuß und den eigentlichen Führern der sozialdemokratischen Arbeiterpartei erfolgte begreiflicherweise hauptsächlich hinter den Kulissen, denn sowohl in Braunschweig wie in Leipzig bestand der glühende Wunsch, die in Eisenach erzielte Vereinigung nicht in Frage zu stellen. Mit Liebknechts und Bebels Verhalten im Reichstag waren Bracke und seine Kollegen sehr unzufrieden, und ein Manifest vom 24. Juli, in dem sie zu der Situation offiziell Stellung nahmen, ließ darüber nicht den geringsten Zweifel, wenn sie sich natürlich auch hüteten, in einer für die Öffentlichkeit erkennbaren Form jene Sätze herauszuheben, die speziell den Bebel-Liebknechtschen Standpunkt widerlegen sollten. Trotz mancher Unklarheiten ist diese Proklamation wohl die würdigste Kundgebung, die angesichts des Krieges aus dem sozialdemokratischen Lager kam: „Solange ein böser Geist die Soldaten Frankreichs an Napoleons Fersen heftet und unsere deutschen Marken mit Krieg und Verwüstung bedroht, werden wir mit aller Entschiedenheit die Unantastbarkeit des deutschen Bodens gegen Napoleonische und jede andere Willkür verteidigen helfen. Auch das Streben des deutschen Volkes nach Erringung der nationalen Einigung ist berechtigt . Unsere Aufgabe ist es, bei der Geburt dieses, so hoffen wir, ganz Deutschland umfassenden Staats bestimmend mitzuwirken, damit, *wenn es möglich ist*, nicht der dynastische Staat, sondern der sozialdemokratische Volksstaat ins Dasein tritt; unsere Aufgabe ist es, mag der gewordene Staat bei der Geburt noch dynastische Färbung tragen — ihm in ernstem, schweren Kampf den Stempel unserer Ideen aufzudrücken! Wenn, so hoffen wir, Begeisterung und Mut *unsere deutschen Brüder bald zum Siege führen*, da ist es ferner *unsere* Pflicht, uns nicht berauschen zu lassen von dem Siegestaumel ., sondern eingedenk dessen zu sein, daß wir nicht *nur* Deutsche sind . Trauernd senkt heute der Genius der *internationalen Verbrüderung* der arbeitenden Klassen die Fackel zur Erde . aber so gewiß wir nicht die leiseste Schuld tragen an diesem unseligen Kriege ., so gewiß haben wir *als Deutsche für Deutschland einzustehen* und so gewiß haben wir . die ernste Pflicht, uns rein zu halten von jedem *Übermaß* von Nationalgefühl und uns tüchtig zu erhalten für den höheren, für den glorreicheren gemeinsamen Kampf aller *Unterdrückten* der Erde. Ist in Napoleon unser gefährlichster Gegner besiegt, . dann haben auch *wir* die Machthaber in *unserem* Vaterland daran zu erinnern, was dem Volke von Gottes und Rechtswegen gebührt, und was zu fordern die unendlichen Opfer und Qualen des Krieges es

doppelt und dreifach berechtigen. Es lebe Deutschland! Es lebe der internationale Kampf des Proletariats!"

Liebknecht wird innerlich getobt haben, als er dieses Schriftstück las, er fand es unerhört, wie er später bekannte[1]), daß „fünf Personen in Braunschweig ihre individuelle Auffassung als Norm für die ganze Partei" aufstellten. Dabei beabsichtigte er genau das gleiche ohne die offizielle Befugnis, die jene Männer besaßen! Doch im direkten Meinungsaustausch mit den Braunschweigern legte er seinem Temperament wohlweislich Zügel an. In einem Brief an Bracke und von Bonhorst urteilte er scheinbar ziemlich gelassen über jenes Manifest: „Mit Eurem Beschluß habt Ihr insofern einen Fehler gemacht, als Ihr ihm einen offiziellen Charakter aufgedrückt habt. Einig sind wir in Bezug auf seine beiden ersten Punkte, denn wir sind alle Gegner der dynastischen Kriege und dann sind wir nicht national, sondern international. Der dritte Punkt — betreffend die Stellung zur preußischen Regierung in dem jetzigen furor teutonicus — findet uns dagegen uneinig, weil unsere Parteimitglieder in Nord- und Süddeutschland, je nach ihrem Wohn- und Aufenthaltsort, unter dem Einfluß der Lokalstimmung die Frage verschieden auffassen. Es ist sehr schwer, sich dieser Lokalstimmung in Zeiten der Aufregung, wie der jetzigen, zu entziehen. Und ich nehme Euch Euren patriotischen Eifer nicht allzu übel. Aber seid auch Eurerseits tolerant! Wenn Ihr mit Bebels und meinem Verhalten auf dem Reichstage nicht einverstanden seid, so muß dieser Zwist jetzt um jeden Preis beigelegt oder wenigstens ein offener Ausbruch vermieden werden." Zum Schluß beschwor Liebknecht den Ausschuß, alles zu unterlassen, was die Differenzen verschärfen könnte[2]). Gleichzeitig bemühte er sich, im Volksstaat ohne Verzicht auf seinen einmal eingenommenen Standpunkt, aber doch unter Beiseitelassung von nutzlosen wenn auch stilistisch funkelnden Provokationen, gegenüber den allzu patriotischen Erwägungen des Ausschusses die internationale Wertung zu größerer Geltung zu bringen. Er wies dort darauf hin, daß auf deutscher wie auf französischer Seite die Kriegshetze von den sogenannten höheren Klassen betrieben würde, während hüben wie drüben die Proteste gegen den Krieg fast ausschließlich von den Sozialdemokraten kämen. Nur bei diesen sei das engherzige Nationalitätsgefühl dem internationalen Verbrüderungssinn gewichen: „Patriotisch, in beschränkt nationalem Sinne sind wir allerdings nicht," so rief er aus, „und können es nicht sein als Sozialdemokraten, als Kämpfer im internationalen Kampf der Arbeit gegen das Kapital. Der französische Sozialdemokrat ist unser Bruder, obgleich er einem anderen, der deutsche Bourgeois und Reaktionär unser Feind, obgleich er derselben Natio-

[1]) Hochverratsprozeß p. 199.

[2]) Der Brief steht abgedruckt in Hochverratsprozeß p. 197.

nalität angehört wie wir. Wenn wir die Vernichtung Bonapartes wünschen, so ist es nicht, weil er Franzose, sondern weil er ein Feind der Sozialdemokratie ist, ihr gefährlichster Feind .... Gegen wen wir jetzt zu kämpfen haben, darüber herrscht unter allen Deutschen vollkommene Einmütigkeit. Aber für wen? Sollen wir für die kämpfen, die gestern noch Bonapartes Bundesgenossen und Lobredner waren und die heute nicht Bonapartes, wohl aber unsere prinzipiellen Gegner sind und die morgen gewiß noch unsere Feinde und vielleicht wieder Bonapartes Bundesgenossen und Lobredner sein werden?" Auf den ersten Blick möchte man glauben, daß bündiger, als es in diesem Volksstaatartikel vom 3. August geschieht, die internationale Wertung der nationalen nicht übergeordnet werden konnte. Blickt man aber genauer hin, so erkennt man immer wieder, daß im letzten Grunde nicht international proletarische, sondern demokratische Bedenken Liebknecht davon zurückhielten, sich mit einem Verteidigungskrieg abzufinden, der, wie die Dinge einmal lagen, die mannbare Jugend ganz Deutschlands unter die Führung des preußischen Königs stellte!

Lebhaft ventiliert wurde erklärlicherweise in der demokratischen und sozialdemokratischen Presse die Frage, ob in Deutschland ein siegreicher Krieg mit Notwendigkeit zu einer Kräftigung oder gar zu einem längeren Triumph der Reaktion führen müsse. Die trüben Erfahrungen der Jahre nach den Freiheitskriegen lasteten ahnungsvoll auf den Gemütern der älteren Generation. Aber sowohl im Socialdemokrat, wie im Volksstaat drängte sich nach einigem Schwanken im Laufe des August die optimistische Auffassung[1]) in den Vordergrund, daß ein langewährender Krieg das Volk, dem er ungeheure Opfer auferlegte, ganz von selbst immer mehr zum Bewußtsein seiner Macht und seiner Rechte bringen würde, und daß die Regierung auf diese Tatsache nolens volens Rücksicht nehmen müßte! Doch selbst für den Fall, daß sich nach dem Friedensschluß wirklich eine siegreiche Reaktion breit machen würde, befürchtete speziell Schweitzer davon keine nachhaltige Schädigung der deutschen Arbeiterbewegung. Anders stünde es mit Frankreich, wo ein Sieg Napoleons für die Sozialdemokratie verhängnisvoll werden könnte[2]), weil sie sich dort weniger gleichmäßig entfaltet hätte als in Deutschland.

Weißenburg und Wörth zogen vorüber, und es bestand bald kein Zweifel mehr darüber, daß der Krieg sich auf französischem Boden entscheiden würde. Die Blätter der beiden deutschen sozialdemokratischen Richtungen sagten den

---

[1]) Doch schon am 31. August schreibt Liebknecht wieder im „Volksstaat": „Wer hat überhaupt je davon gehört, daß eine siegreiche despotische Regierung liberal geworden wäre. Besiegte werden es mitunter auf kurze Zeit und zum Scheine wie 1806 Preußen und 1866 Österreich".

[2]) Agitator 30. Juli. Es ist zweifellos, daß Schweitzer, der während des Krieges die Abfassung der Leitartikel für den Socialdemokrat Hasselmann u. a. überließ, die Leitartikel des nur einmal wöchentlich erscheinenden Agitator selbst geschrieben hat.

nahen Sturz des Kaiserreichs voraus. Sie waren überzeugt, daß es für Deutschland leicht sein werde, mit einer französischen Republik einen billigen Frieden zu schließen. Ein von Marx verfaßtes Manifest des Generalrats der Internationale vom 23. Juli hatte die Tatsache, daß von deutscher Seite ein Verteidigungskrieg geführt wurde, ausdrücklich anerkannt. Gleichzeitig gab es aber auch schon den deutschen Arbeitern die Losung für den Fall, daß der Krieg seinen streng defensiven Charakter verlöre und „in einen Krieg gegen das französische Volk ausarte". Mit dieser letzteren Möglichkeit beschäftigte sich der Volksstaat bereits vor der Entscheidung bei Sedan, und höhnisch fragte Liebknecht die Sozialdemokraten, die sich „mit oder ohne Hintergedanken auf hohen obrigkeitlichen Befehl so lustig in den Strom der patriotisch-nationalen Begeisterung gestürzt" hätten, wie sie sich stellen würden, wenn es in Frankreich zur Republik käme, und wenn dann die Republik vergebens die Zurückziehung der deutschen Truppen forderte, wenn aus dem Krieg, dem ursprünglich jeder prinzipielle Inhalt gefehlt hätte, ein Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution entstünde? Man merkt es den Artikeln Liebknechts an, wie willkommen ihm die Entwicklung der Dinge war, die sich jetzt am Horizont zeigte! War erst Frankreich eine Republik, so durfte er auch hoffen, daß seine Kontroverse mit dem Ausschuß in einem seiner Auffassung entsprechenden Sinne Beilegung finden würde. Bracke und seine Kollegen hatten es in ihrem Manifest den Parteigenossen ausdrücklich anheimgestellt, bei der Kontrollkommission, die seit dem Stuttgarter Kongreß nach Hamburg verlegt worden war, gegen sie Beschwerde zu führen. Dies geschah auch anscheinend von verschiedenen Seiten. Gegenüber Geib, dem Vorsitzenden der Kommission, rechtfertigte sich damals Bracke durch einen Brief, in dem es hieß: „Ist das Übermaß von Nationalgefühl wie das Übermaß von Partikularismus zu tadeln, so ist's ein gleiches mit dem Übermaß von Kosmopolitismus. Alle drei Dinge sind berechtigt, und es muß eben die nötige Harmonie zwischen ihnen hergestellt werden . . . Fährt Liebknecht in dieser Weise fort, so haben wir am Ende des Krieges noch ein Dutzend eingefleischter Sozialrepublikaner und eine Anzahl Sachsen, die ihres Partikularismus wegen die internationale fern liegende Idee weit lieber haben als die nahe liegende, ihnen aber von 1866 her ihres schwarz-weißen Gewandes wegen widerlich gewordene nationale[1])". Öffentlich verteidigte sich Bracke gegen den Vorwurf, den man ihm gemacht hatte, weil das Manifest gleichzeitig in ein Hoch auf Deutschland und auf den internationalen Kampf des Proletariats ausgeklungen war. Er wollte nicht zugeben, daß man nicht zugleich national und international empfinden könne. Wie ein Tischler nicht aufhöre, Tischler zu

[1]) Abgedruckt bei Mehring, Zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Magdeburg 1877, p. 98.

sein, wenn er außer den Interessen seines Gewerbes auch die Interessen des gesamten Arbeiterstandes verfechte, so blieben, wenn sie sich auch international zusammenschlössen, die französischen Arbeiter immer Franzosen und die deutschen Deutsche. Die berechtigte nationale Idee entarte erst dann, wenn sie Ausschließlichkeit für sich beanspruche, auch der internationale Gedanke hätte die Nation zur Voraussetzung. Solange ein Volk seine nationale Idee nicht verwirklicht habe, störe und verwirre das Streben danach den eines heißeren Kampfes würdigeren Gegensatz zwischen dem Proletariat einerseits und der Reaktion und Bourgeoisie andererseits! Doch den Konflikt des Ausschusses mit Liebknecht konnte diese Erklärung nicht beseitigen. Die gleichen Männer, die sich der Diktatur Schweitzers entzogen hatten, glaubten jetzt allen Grund zu haben, über die „Monarchie Liebknecht" Beschwerde führen zu dürfen! Endlich einigten sich beide Parteien dahin, Karl Marx als Schiedsrichter anzurufen, aber kaum war dies geschehen, da änderte der Sturz des Kaiserreichs und die Proklamierung der Republik in Frankreich auch für die deutsche Sozialdemokratie von Grund aus die ganze Situation!

Am Vorabend der Schlacht bei Sedan, an Lassalles Sterbetag, hatte sich endlich einmal wieder Schweitzer, in einer Versammlung des auch nach der Verschmelzung der Gewerkschaften selbständig gebliebenen Allgemeinen Deutschen Maurervereins, über die politische Situation ausgesprochen. Vergleicht man die Spannkraft, mit der dieser Mann die Ereignisse des Jahres 1866 ausgenutzt hatte, und seine Haltung bei der Schicksalswende von 1870, so gewinnt man unbedingt den Eindruck, daß er jetzt nicht mehr in dem gleichen Maße wie damals in seiner politischen Mission aufging. Wahrscheinlich ist, daß seine Gesundheit schon viel zu wünschen übrig ließ, aber auch seine traurige Vermögenslage und die Sackgasse, in die er sich als Führer der Arbeiterpartei verrannt hatte, mochten ihm Rücktrittsgedanken nahe legen. In jener Festrede bei der Lassallefeier, die vom Socialdemokrat abgedruckt wurde, begründete er das vernichtende Urteil, das er hier über die Zivilisation des neunzehnten Jahrhunderts fällte, mit der Tatsache, daß sich für die Einigung Deutschlands jeder andere Weg als ungangbar erwiesen hätte als der über Blut und Eisen. Nach einer Parallele zwischen Christus und Lassalle, deren beider Stimme anfangs im Schlachtenlärm zu verhallen drohte, äußerte er die Befürchtung, daß auch die Sache des Sozialismus nur durch Blut und Eisen zum Siege gelangen könne. Das freilich wäre dann das „letzte Blut und Eisen", denn aus den Gräbern der in diesem Kampfe Gefallenen würde die Blume eines ewigen Friedens sprießen! —

Nach dem 3. September erfüllte den Streit der Meinungen in Deutschland vor allem die Frage, ob nunmehr der Krieg, von dem König Wilhelm ausdrücklich verkündet hatte, daß er nur Napoleon nicht aber dem französischen Volke gelte, durch einen billigen Frieden schnell beendigt werden könne, oder ob er fortgeführt

werden müsse, bis die junge Republik in die Abtretung Elsaß-Lothringens gewilligt hätte. Die Opportunität und die Berechtigung dieser Annexion bildeten den Gegenstand leidenschaftlicher Kontroversen. In ihrer Sympathie mit der französischen Republik und der Abneigung gegen eine gewaltsame Besitzergreifung der Grenzprovinzen begegneten sich beide Richtungen der Sozialdemokratie mit der Mehrheit der „Volkspartei". Einzelne unter den alten Demokraten vermochten freilich der patriotischen Hochflut nicht zu widerstehen. So wollte Franz Ziegler unverdrossen „darauf losannektieren", wenn Bismarck[1]) und Moltke der Ansicht wären, daß die staatliche Existenz und militärische Sicherheit des Vaterlandes es verlangten. Jacob Venedey sagte voraus, daß der Widerstand der Volkspartei gegen die im Volke populäre Annexion die Massen nach rechts drängen würde, von sich selbst aber meinte er, daß er wie Buridans Esel „zwischen zwei Heubündeln" stünde. Auch der Bayer Kolb hätte die „kernhaften Gaue" gern wieder bei Deutschland gesehen, doch wegen des unleugbaren Widerstrebens der Einwohner empfand er deren Losreißung von Frankreich als eine Gewalttat. Alle solchen strategischen, politisch-opportunistischen und romantischen Erwägungen prallten wirkungslos ab an dem starren, vom alten Naturrecht geschmiedeten Kettenpanzer Jacobyscher Überzeugungskraft. Für ihn gab es keine andere Fragestellung als: „Hat Deutschland das Recht, Elsaß-Lothringen sich anzueignen?" Und seine Antwort lautete, daß das „Kanonenrecht" keinen Anspruch verleihen könnte. Den Alten für seinen Bekennereifer in die Festung zu stecken, das war ein arger, vom König leider erst nach einem Monat widerrufener Fehlgriff des Generalgouverneurs Vogel von Falkenstein. Schweitzers Stellung zur Annexionsfrage unterschied sich nur wenig von der Auffassung Jacobys. Ein freiwilliger Anschluß der deutsch redenden Bevölkerung Frankreichs an Deutschland wäre ihm willkommen gewesen, aber den alten demokratischen Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker wollte er unter allen Umständen gewahrt wissen. Nur ein Plebiszit, das im deutschen Sinne ausfiel, hätte in seinen Augen den „Länderraub" legitimieren können! Dabei verschloß sich freilich dieser Realpolitiker nicht gänzlich strategischen Erwägungen, und er ließ durchblicken, daß er sich mit einer Besetzung von Straßburg und Luxemburg abfinden könnte!

Bei weitem am radikalsten betrieben die Eisenacher die Agitation gegen die gewaltsame Lostrennung Elsaß-Lothringens von dem besiegten Frankreich. Karl Marx hätte es gar nicht mehr nötig gehabt, durch einen förmlichen Schiedsspruch den Konflikt zwischen den Braunschweiger und den Leipziger Führern der Partei beizulegen. Denn beide Teile waren jetzt einig in dem Gedanken, daß eine weitere Fortsetzung des gegen das Kaiserreich geführten Verteidigungskrieges einen Angriffskrieg gegen die Republik bedeutete, und daß die

[1]) Für Bismarcks Motive vgl. u. a. Lenz, Geschichte Bismarcks. Leipzig 1902, p. 354.

deutsche Arbeiterklasse einem solchen Frevel den schärfsten Protest entgegensetzen müßte. Der Ausschuß bediente sich in dem Manifest, durch das er am 5. September „im Interesse Deutschlands“ einen für Frankreich ehrenvollen Frieden forderte, wörtlich der Argumente, die in dem Schiedsspruch von Marx gestanden hatten. Das geistige Oberhaupt der europäischen Sozialdemokratie sah in der Annexion von Elsaß-Lothringen das sicherste Mittel, den Militärdespotismus in Deutschland zu verewigen. Er erinnerte an den Tilsiter Frieden, der auch nur einen bloßen Waffenstillstand bedeuten konnte und sagte, mit noch größerer Bestimmtheit als sein Antipode Karl Vogt, als Folge der Annexion ein französisch-russisches Bündnis voraus. Natürlich klagte Marx darüber, daß Deutschland seine Einheit zunächst in der preußischen Kaserne fände. Aber selbst er erblickte einen unmittelbaren Gewinn darin, daß die kleinlichen nationalpolitischen Kontroversen nun aufhörten, und daß die Verhältnisse sich hinfort auf großem Maßstab entwickeln und vereinfachen konnten. Er sprach aus, daß der Schwerpunkt der kontinentalen Arbeiterbewegung durch diesen Krieg von Frankreich nach Deutschland verlegt sei, und daß deshalb auf der deutschen Arbeiterklasse hinfort eine größere Verantwortlichkeit laste, als bisher. Von ihr forderte er einen Protest en masse gegen das tolle Spiel der „Militärkamarilla, Professorschaft, Bürgerschaft und Wirtshauspolitik“. Seine Anregung fiel insofern auf fruchtbaren Boden, als der Ausschuß in seinem Manifest die Erklärung abgab, daß die deutschen Arbeiter im Interesse Frankreichs wie Deutschlands, im Interesse des Friedens und der Freiheit, im Interesse der westlichen Zivilisation gegen kosackische Barbarei die Annexion nicht dulden würden! Dieser Aufruf des Ausschusses schloß mit einem unumwundenen Bekenntnis zur Republik und mit der Aufforderung, überall großartige Kundgebungen für einen billigen Frieden und gegen die Annexion zu veranstalten. Das war in diesem patriotisch überhitzten Moment immerhin eine starke Leistung, und Vogel von Falkenstein beantwortete sie prompt mit der Verhaftung der Bracke, Spier, Bonhorst und Genossen. Als Bebel und Liebknecht hierauf „aus eigenem Antrieb“ die Leitung der Partei der Hamburger Kontrollkommission übertrugen, erfuhren Geib und seine Gefährten das gleiche Schicksal. Wegen Verbreitung des Manifests mußten bald hernach auch Yorck und Nippoldt nach Lötzen wandern!

Aber hier muß es genügen, die Ideen und Forderungen, die das große Jahr in der Sozialdemokratie in Bewegung setzte, so weit zu schildern, daß sich die Auffassung und Taktik Schweitzers und der Lassalleaner darin deutlich abheben. Aus der Seele der Völker heraus war nach dem 3. September der Schrei nach Frieden überaus begreiflich; dennoch klang es utopisch, wenn jetzt die französischen Arbeitergesellschaften und Sektionen der Internationale die Räumung des französischen Bodens durch die deutschen Truppen als Vorbedingung eines Frieden-

schlusses hinstellen wollten[1]), oder wenn der Generalrat der Internationale es eine Abgeschmacktheit und einen Anachronismus nannte, militärische Gesichtspunkte zum Prinzip nationaler Grenzregulierungen zu machen! Es ist schwer zu beurteilen, ob auf deutscher Seite nach dem Sturz Napoleons alles getan wurde, um unter beiden Teilen annehmbaren Bedingungen die Entfesselung des schaurigen Volkskrieges zu verhindern, aus dem später noch ein Bürgerkrieg hervorging. So leicht ließ sich der Wunsch nach Frieden keinesfall erfüllen, wie die Liebknecht, Engels, Tolain, Longuet usw. es sich vorstellten! Auch dachte die „französische Volksregierung" nicht daran, wie Liebknechts Naivität es ihr anriet, die Kriegserklärung des Napoleoniden förmlich zurückzunehmen! Er und sein Volksstaat ließen es sich natürlich nicht ausreden, daß der nun beginnende „Eroberungskrieg" im Grunde vom preußischen Junkertum gegen die Republik in Frankreich und damit zugleich gegen die deutsche Demokratie geführt wurde. Liebknecht gestand jetzt unverhohlen, daß er in dem ehernen Würfelspiel den Volksheeren der Republik den Sieg wünschte über die stehenden Heere der Fürsten. Kam es dahin, dann war auch die alte demokratische Doktorfrage: Miliz oder stehendes Heer? seinen Wünschen entsprechend beantwortet![2]) Durch die Verhaftung zahlreicher „Ehrlicher" war es für den Redakteur des Volksstaat sonnenklar bewiesen, daß in Deutschland alle Elemente mundtot gemacht werden sollten, die sich einer Ausbeutung der Situation im Interesse des siegreichen Junkertums widersetzten. Die Versammlungsverbote gegen die Antiannexionisten und die Unterdrückung des Volksstaats im ganzen nördlichen Deutschland konnten seine Haltung nicht beeinflussen. Verdienstvoll war bei alledem die Unerschrockenheit, mit welcher Liebknecht in seinem Blatt den zahlreichen Geschmacklosigkeiten und chauvinistischen Auswüchsen[3]) entgegentrat, die sich damals im deutschen Bürgertume breit machten. Doch auch hierbei kannte er keine Rücksicht auf die Volkspsyche, und es mußte eine Nation, deren Söhne im Felde standen, notwendig verletzen, wenn im Volksstaat die Tapferkeit für eine tierische Eigenschaft erklärt wurde!

Vergebens sucht man in den gleichzeitigen Äußerungen und Taten Schweitzers nach einer so von jeder Rücksicht entblößten radikalen Konsequenz. Solche blinde Berserkerwut hätte weder seinem Naturell noch seinen Überzeugungen entsprochen. Selbst die Proklamierung der Republik in Frankreich, so freundlich er das Ereignis aufnahm, vermochte ihn nicht wie Liebknecht zu überwältigen. Obgleich er an die freiere Staatsform für den Sozialismus Hoffnungen knüpfte,

---

[1]) Selbst Joh. Ph. Becker fand, daß das betreffende Manifest der französischen Mitglieder der Internationale nicht den „für die gegenwärtige Lage namentlich den deutschen Arbeitern gegenüber passenden Ton" anschlage, vgl. seinen Brief an Jung vom 12. Sept. 1870. Einige Tage später klagte er gegenüber demselben Freunde über den Chauvinismus eines großen Teils der französischen Arbeiter. Abgedruckt bei Jäckh a. a. O. p. 230 f.

[2]) Vgl. Volksstaat 17. September.

[3]) Vgl. besonders Volksstaat 8. Oktober, aber auch 7. September u. a. a. O.

so sah er doch deutlich, daß dort eine blaue und nicht eine rote Republik enstanden war. Er rechnete aber mit der Möglichkeit, daß ein späterer Volksaufstand die Bourgeoisrepublik in eine sozialistische verwandeln könnte[1]). Richtiger als sein Rivale begriff Schweitzer, daß selbst für die deutsche Regierung eine französische Republik ein friedlicherer Nachbar als das Kaiserreich sein mußte. Im Gegensatz zu Bismarcks Rheimser Zirkular erklärte aber auch er einen Frieden für dauerhafter, der von deutscher Seite keine Annexion ausbedänge, sondern sich mit einer bedeutenden Kriegsentschädigung, der Abtretung eines Teils der französischen Flotte und der Schleifung von Metz und Straßburg begnügen würde. Das größte Gewicht legte er darauf, daß ein Dauer verbürgender Friedensschluß zustande käme!

Wie nur wenige unter seinen Zeitgenossen verstand Schweitzer als praktischer Politiker das Erreichbare ins Auge zu fassen und an das Nächstliegende anzuknüpfen. Die Mobilisierung hatte die Mitgliedschaften des Vereins und, im Bunde mit der Arbeitslosigkeit und dem Elend, die im Gefolge des Krieges kamen, auch seine Kasse gelichtet, das Format des Socialdemokrat war von neuem kleiner geworden, sein Defizit beträchtlich angeschwollen, und die Gründung des Agitator erwies sich unter den ungünstigen Verhältnissen als eine verfehlte Spekulation. Es war ein magerer Trost für die Lassalleaner, daß in der Kasse der Eisenacher eine noch schlimmere Ebbe herrschte als bei ihnen, daß Volksstaat und Proletarier sich in der größten Not befanden, und daß selbst eine ausreichende Unterstützung der Familien der Gemaßregelten sich nicht durchführen ließ. Wollte Schweitzer in dieser für die Sozialdemokratie so widrigen Zeit, die einen großen Teil ihrer Anhängerschaft unter den Fahnen hielt, das Feuer der Agitation nicht erlöschen lassen, so mußte er die Versammlungen mit einer Tagesordnung einberufen, die zugleich den Massen aktuell und den militärischen Machthabern unverfänglich erschien. Eine Propaganda, die nachdrücklich auf die Pflichten des Staates gegenüber den Invaliden und den Hinterbliebenen der Gefallenen sowie den Familien der im Felde stehenden Krieger hinwies, war den Zeitumständen so angemessen wie nur denkbar. Am 15. Oktober sprach Hasenclever in einer von Schweitzer einberufenen großen Volksversammlung in Berlin über dieses Thema, das der Agitator in jeder Nummer behandelte. Eine Resolution fand Annahme, die besagte, daß wie im Frieden alle Reichtümer von der arbeitenden Klasse geschaffen würden, so auch im Kriege die Rettung und Verteidigung des Vaterlandes das Werk der zahlreichsten Klasse der Nation wäre. Eine private Unterstützung der Opfer des Feldzuges trüge notwendig einen Almosencharakter, und die Leistungen von Staat und Kommune reichten nicht im entferntesten aus! Einige Wochen später, auf einer Versammlung in Brandenburg a. H., verlangte Schweitzer sogar die Gewährung einer sorgenfreien Existenz von Staatswegen für

---

[1]) Agitator 10. September.

die vom Kriege am unmittelbarsten betroffenen Kategorien der Bevölkerung. An möglichst zahlreichen Orten sollten auf Anordnung des Präsidenten Volksversammlungen diese Resolution votieren und von ihrem Beschlusse dem Hauptquartier schriftliche Mitteilung machen. Um der Agitation noch mehr Nachdruck zu verleihen, wiederholten die beiden Parteiblätter jetzt unermüdlich, daß zu den Tausenden, die auf den Schlachtfeldern fielen, und zu den Zehntausenden, die in den Lazaretten Schmerzen duldeten, die Arbeiterklasse das größte Kontingent stelle, daß das Elend des Krieges auf den Schultern der Armen laste. Der Sylvesterartikel des Agitator bekannte sich zu der Hoffnung, daß gerade die Greuel dieses Feldzuges die Abschaffung der stehenden Heere und die Übertragung des Kriegserklärungsrechts auf das Volk beschleunigen würden. Ob aber wohl Schweitzer an eine baldige Erfüllung dieser Hoffnung glauben mochte?

Ende November hatte sich der Norddeutsche Reichstag versammelt, um die Mittel zur Fortführung des Krieges zu bewilligen und die Verfassung des künftigen deutschen Bundesstaats zu beraten. Einige Tage vorher verkündete ein Präsidialerlaß Schweitzers, daß dieses Mal die Abgeordneten der Lassalleaner die Kredite ablehnen würden, weil der Verteidigungskrieg gegen das Kaiserreich zu einem Eroberungskrieg gegen die Republik geworden sei. In der Macht der preußischen Regierung läge nunmehr die Entscheidung über Krieg und Frieden, und die Sozialdemokraten könnten nicht durch ihre Zustimmung zu einer gewaltsamen und dem Willen der Bevölkerung widersprechenden Annektierung von Elsaß-Lothringen mittelalterliche Gewohnheiten fördern. Dem Volksstaat war es anscheinend gar nicht lieb, daß Schweitzer jetzt mit Bebel und Liebknecht übereinstimmte und er suchte die veränderte Haltung des Gegners mit einer Opposition zu erklären, die sich nach Sedan im Verein gegen seine zu preußenfreundliche Haltung erhoben hätte. Offenbar war aber der Wunsch der Vater des Gedankens!

Von diesem Manne, dessen Jugendtraum das einige deutsche Reich unter einem deutschen Kaiser gebildet hatte, durfte man trotz der großen Wandlung seines politischen Standpunkts erwarten, daß er der Neugestaltung, die sich unter seinen Augen vollzog, wenn auch keine Begeisterung so doch eine starke kritische Teilnahme entgegenbringen würde. Aber vergebens suchte man nach Äußerungen Schweitzers, die auf eine solche Sinnesart hindeuteten. Er erblickte in der Aufrichtung des Kaisertums bloß die Erfüllung des von ihm früher so leidenschaftlich bekämpften kleindeutschen Ideals des „seligen Nationalvereins", und sein Gefühl vermochte sich nicht zu entzünden für ein geeintes Deutschland, von dem „das echt-deutsche Volk" Deutsch-Österreichs ausgeschlossen blieb. Auch widersprachen die an Bayern zugestandenen Reservatrechte außerordentlich seinen zentralistischen Überzeugungen, und die Taubheit der Regierung gegenüber dem Verlangen der Demokratie nach einem verfassunggebenden Parlament bestätigte seine Annahme, daß ein dynastischer Krieg nicht freiheitliche Zustände zur

Folge haben könne[1]). Aber vom demokratischen Standpunkte aus bekämpften ungleich kräftiger und temperamentvoller als die kühlen Bemerkungen des Agitator die Leitartikel Hasselmanns im Socialdemokrat die Vorgänge, die zur Errichtung des Reiches führten. Als 1849 das deutsche Parlament dem König von Preußen die Kaiserkrone darbrachte, so schrieb dieser Schüler Schweitzers, da habe jener sie verschmäht, jetzt, wo der Bayernkönig sie anböte, würde sie feierlich angenommen! Einst hätte die preußische Aristokratie in der Kaiserwürde eine von der Demokratie — in Wahrheit freilich nur von der liberalen Bourgeoisie — ihr zugemutete Anerkennung der Parlamentsherrschaft erblickt, jetzt aber ließe sich das Junkertum diese Konzession an die Deutschtümler gefallen, da die Kaiserwürde nur das Gebäude krönen solle, zu dem Königgrätz den Grundstein legte. Die Bourgeoisie hätte sich unter dem deutschen Kaiserreich früher etwas ganz anderes gedacht, als was sie jetzt bekäme; sie wollte einen Bürgerkaiser vom Schlage des Bürgerkönigs Louis Philipp, nun erhielte sie einen allmächtigen Kaiser, dem gegenüber die Volksvertretung vollkommen ohnmächtig wäre. Aber die krieges- und siegestrunkenen Nationalliberalen würden darum nicht weniger jubeln und den Gedanken an Grundrechte des deutschen Volks und an tatsächliche Macht des Parlaments gern fahren lassen, wenn nur durch den kaiserlichen Hermelin der neue kleindeutsche Bund eine glänzende Folie bekäme! Der Demokratie könne die ganze Sache gleichgültig sein: die Volksrechte und Machtverhältnisse würden nicht um ein Titelchen geändert, möge der König Preußens als deutscher Kaiser oder als Bundespräsident die Bajonette der deutschen Armeen lenken![2]) Als jetzt die Fortschrittspartei, im Gegensatz zu 1867, einer grundrechtlosen Verfassung ihre Zustimmung gab, da galt es ihren eifrigsten Mitbewerbern um die Gunst der hauptstädtischen Arbeiterschaft wieder einmal als ausgemacht, daß sie, mit Duncker und Schulze an der Spitze, ins nationalliberale Lager desertiert wäre[3]). Das Urteil des Volksstaats und seiner Hintermänner über das neue Kaiserreich unterschied sich höchstens in der Nuance von dem des Socialdemokrat und des Agitator. Eine Verfassung ohne die Garantie der Grundrechte schwebe in der Luft, ein Parlament ohne Ministerverantwortlichkeit wäre eine Redeanstalt und ein Kaiser ohne Reich ein bloßer Titel, so ließ das Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sich vernehmen. In einer Arbeiterversammlung in Dresden zeigte Liebknecht sein wahres Gesicht und bekannte, daß er sich mit einer zentralistischen wie mit einer föderalistischen Gestaltung Deutschlands hätte abfinden können, daß aber die Hegemonie eines Staates für ihn unerträglich wäre! Noch deutlicher wurde er in der Reichstagssitzung vom 9. Dezember, als er eine Einigung Deutschlands durch die Fürsten ablehnte, weil sie nur mecha-

---

[1]) Agitator 26. November, 10. und 24. Dezember 1870, 21. und 28. Januar 1871.

[2]) Vgl. besonders Socialdemokrat 7. Dezember, aber auch 2. Dezember.

[3]) Socialdemokrat 14. und 16. Dezember, Agitator 24. Dezember.

nisch wäre und das Haus Hohenzollern als „das wahre Hindernis der Einheit" und die neue Reichsverfassung als eine fürstliche Versicherungsanstalt gegen die Demokratie bezeichnete! Welche Entrüstung in diesen Tagen patriotischer Erhebung Liebknechts und Bebels Auftreten innerhalb und außerhalb des Reichstages entfesselte, kann man sich leicht vergegenwärtigen. Denn die Masse ist stets unduldsam, wenn sie sich in ihren heiligsten Gefühlen verletzt glaubt. Sie hat die Macht und das Recht. Daß auch Liebknecht und Bebel aus innerlicher Überzeugung handelten, mochte ihr Standpunkt noch so unbegreiflich sein, dieser Gedanke wurde in einem Volke, dem die Freiheit der Persönlichkeit noch nicht hinreichend zum unabweislichen Bedürfnis geworden war, erst von ganz wenigen begriffen. Wenn aber schon ein Blatt von der temperierten Sprechweise der Nationalzeitung das tollkühne Gebahren, mit dem die beiden Wortführer der internationalen Arbeiterverbrüderung der öffentlichen Meinung ins Gesicht schlugen, nur aus ihrer „persönlichen Verkommenheit" erklären wollte, so konnte es beinahe verwundern, daß die Regierung dem Treiben der Volksstaatsredakteure, das die offizielle Anerkennung der französischen Republik fand[1]), nicht schon früher ein Ende machte. Erst am 17. Dezember wurden Bebel, Liebknecht und Hepner wegen des Versuchs und der Vorbereitung des Hochverrats in Haft genommen. Die Redaktion des Volksstaats kam provisorisch an den vorsichtigen Karl Hirsch, der seit kurzem in Crimmitschau eine sozialdemokratische Tageszeitung herausgab, und dessen Temperament es nicht entsprach, sich durch kühne aber wirkungslose Kundgebungen die Meute der nationalistischen Heißsporne auf die Fersen zu hetzen!

Noch wenige Monate früher hätte es Schweitzer als einen unschätzbaren Glücksfall betrachtet, daß seine beiden gefährlichsten Gegner auf solche Weise durch die Fürsorge der Regierung von jeder Beteiligung an dem nun einsetzenden Reichstagswahlkampf verhindert wurden. Jetzt hielt der noch unbeendete Krieg die Hauptmasse der stimmberechtigten Arbeiter im Feindesland, und unter den Daheimgebliebenen drängte die Siegesfreude das Interesse für die Gegensätze im Innern zurück. In diesen Flitterwochen des neuen Reiches waren die Wahlaussichten von vorne herein nicht günstig für den Apostel des Klassenkampfes. Dazu kam noch, daß es in der Kasse des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins an Geld fehlte, und daß sich die Wahlagitation schon deshalb in engen Grenzen halten mußte. Es ließ sich unter solchen Umständen verstehen, daß Schweitzer in einem Präsidialerlaß vom 7. Januar 1871 seiner Partei den Rat erteilte, alle verfügbaren Mittel in die wenigen wirklich aussichtsreichen Wahlkreise zu werfen. Die

[1]) Der französische Konsul in Wien richtete unter Hinweis auf ihr Auftreten im Reichstag im Namen der Republik ein Dankschreiben an Bebel und Liebknecht, worin es hieß, daß sie in einem Augenblick, wo der freisinnige und humanitäre Geist in Deutschland eine Verfinsterung erleide, die große deutsche Tradition aufrecht erhielten. Vgl. Volksstaat, 17. Dezember.

bereits im vorigen Jahre von der Konferenz des Vorstandes in Hannover gefaßten Beschlüsse über das Verhalten des Vereins gegenüber den anderen Parteien erfuhren nur insoweit eine Abänderung, als Schweitzer es jetzt für angebracht hielt, bei der bürgerlichen Demokratie einen Unterschied zu machen zwischen den „Ehrlichen", die er aufs äußerste bekämpft wissen wollte, und den „sonstigen" bürgerlichen Demokraten wie Jacoby, die man bei den Stichwahlen unterstützen möge. Den wenigen Vorstandsmitgliedern, die in Hannover gegen Schweitzers Wahlparole gestimmt hatten, konnte dieses Zugeständnis nicht genügen, und deshalb handelte Pfannkuch nur konsequent, wenn er jetzt sein Amt niederlegte. Offenbar hatte Schweitzer sein längeres Verbleiben bei der Politik davon abhängig gemacht, ob seine Wähler in Elberfeld-Barmen ihm trotz der Ungunst der Umstände das Reichstagsmandat erneuern würden, dessen Besitz für die Aufrechterhaltung seines Prestiges unentbehrlich war.

Während der letzten Monate hatte er sich, wie man sah, öffentlich nicht viel betätigt und im wesentlichen darauf beschränkt, die wöchentlichen Leitartikel für den Agitator zu schreiben sowie über allerhand politische und ökonomische Stoffe der Berliner Gemeinde des Vereins, des Verbandes oder des Allgemeinen Deutschen Maurervereins Vorträge zu halten[1]). Höchstens wäre eine Polemik Schweitzers mit Prince-Smith über die Mehrwertlehre zu erwähnen, die sich in der Zeit vom Dezember bis Februar durch mehrere Nummern des Socialdemokrat zog. Darin gestand er dem Dogmatiker des Manchestertums zu, daß der Satz, der Arbeiter erhalte im Lohn nur einen kleinen Teil des durch seine Arbeit erzeugten Werts, während der größere Teil der Kapitalistenklasse zufiele, die e i n z i g e Stütze des Sozialismus bilde: aber breit und eisern nannte er diese Grundlage. Erst mit dem Beginn des Wahlkampfes wandte Schweitzer sich von dramatischen Arbeiten, die ihn bereits der Agitation streitig machten, noch einmal mit vollem Eifer zur Politik. Er wollte zeigen, daß er, ohne so laut zu schreien wie Bebel und Liebknecht, das wirkliche Wohl der Arbeiter richtiger und erfolgreicher als jene wahrgenommen hätte. Er habe sich nicht entschließen können, so bekannte ein Aufruf an seine Wähler, die Bewegung in Bahnen zu leiten, auf denen die Arbeiter massenhaft nutzlos in die Zuchthäuser gekommen oder

[1]) U. a. hielt Schweitzer im Mai und Juni 6 Vorträge über die ihm besonders vertraute französische Revolution von 1848, im Juli sprach er über Napoleon I., im August über den Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus, über den Abfall der Niederlande und über Uhland, im September über die Republik von 1870 und die von 1792 und über Cäsarismus, im Oktober über Schillers und Goethes Darstellung des Abfalls der Niederlande, über die geschichtliche Entwicklung des Christentums, über parlamentarische Geschäftsordnungen, im November über Bastiat, über die Prinzipien der Sozialdemokratie und über die Geschichte der nordamerikanischen Freistaaten, im Dezember über Grundbesitz und Kapital, über den Kampf um den Normalarbeitstag und über die Kinderarbeit in England, im Januar über Agis' III. von Sparta sozialreformatorischen Versuch und im Februar über das römische Kaiserreich zur Zeit Jesu.

Kanonenfutter geworden wären. Er sei bestrebt gewesen, die Agitation so einzurichten, daß der mit den gesamten herrschenden Zuständen in Widerspruch stehende Grundgedanke des Sozialismus auf dem gesetzlichen Boden des herrschenden Zustandes immer weiteren Volkskreisen zum Bewußtsein gebracht werden könnte, obgleich dieser ganze heutige Zustand *seinem* „gesetzlichen Boden", dem ewigen[1]) Rechte, widerspräche. Den Gedanken des Klassengegensatzes stellte er auch jetzt in den Vordergrund seiner Agitation. In einem der wenigen Leitartikel, die er noch für den Socialdemokrat schrieb, bezeichnete er zum Gaudium seines Leserkreises das Vorhandensein von Ausbeutern und Ausgebeuteten als das „große Mutterschwein", dessen Ferkel alle anderen Übelstände wären. Neben dieser scharfen sozialen Note, die er anschlug, sollten ihm, wie er dachte, besonders die in seiner Brandenburger Resolution aufgestellten Forderungen für die Invaliden des Krieges und die Witwen und Waisen der Gefallenen die Stimmen der Wähler gewinnen. An der Wahlbewegung in Berlin, wo seine Partei in allen sechs Bezirken den Zimmermann Grau, die bürgerlichen Demokraten und die Eisenacher aber Johann Jacoby als Kandidaten aufstellten, konnte Schweitzer nur bis um die Mitte des Februar teilnehmen; dann begab er sich in die Rheinprovinz, um dort für die eigene Wahl zu wirken. In Elberfeld, in Barmen, in Duisburg, in Essen, wo seine Kandidatur ebenfalls aufgestellt war, in Remscheid und noch an einigen anderen Plätzen des Industriegebiets hielt er Versammlungen ab. Jedoch die Ebbe in der Parteikasse verhinderte die Herstellung und Verbreitung von Flugblättern, und die Geldmittel reichten knapp, um für die vom Verein ernsthaft in Angriff genommenen Wahlkreise die Stimmzettel zu liefern. Bei der Entscheidung am 3. März, wenige Tage nachdem im Präliminarfrieden von Versailles die Abtretung von Elsaß-Lothringen und die Zahlung der fünf Milliarden von Frankreich zugestanden waren, brachten die Lassalleaner es in ganz Deutschland auf knapp 63 000, die Eisenacher nur auf knapp 39 000 Stimmen. Berlin zeigte, daß es trotz der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts noch ganz und gar nicht der Sozialdemokratie gehörte[2]); außer dem in Untersuchungshaft befindlichen Bebel, der in Glauchau im ersten Wahlgang siegte, brachten es nur noch drei Sozialdemokraten, nämlich Schweitzer in Elberfeld-Barmen, Hassel-

---

[1]) In solchen Ausdrücken zeigte sich wieder einmal deutlich die Grenze von Schweitzers Marxverständnis. Er befreite sich nicht bewußt genug von der naturrechtlichen Terminologie.

[2]) In Berlin entfielen auf den Lassalleanischen Kandidaten in allen sechs Wahlkreisen nur 1982 Stimmen, während Jacoby 6393 und die Kandidaten der Fortschrittspartei 25 473 Stimmen erhielten. Von den in ganz Deutschland für Kandidaten der Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins abgegebenen ca. 63 000 Stimmen entfielen ca. 46 500 auf das Königreich Preußen, ca. 7000 auf die Hansastädte, ca. 4000 auf Hessen und ca. 2000 auf Sachsen. Dagegen kamen von den ca. 39 000 Stimmen der Ehrlichen nicht weniger als 31 000 aus Sachsen, je 2500 aus Bayern und Braunschweig und nur ungefähr ebensoviele aus Preußen. Die für Jacoby abgegebenen Stimmen wurden ihnen hierbei *nicht* zugerechnet.

mann in Goslar und der Schneider Bräuer in Altona zu einer Stichwahl. Aber gegenüber dem Zauber, den die Worte Frieden, Kaiser und Reich auf die Bevölkerung einschließlich der weitesten Schichten der Arbeiterklasse ausübten, versagten die Argumente der Klassenkampfapostel, denen überdies im Rheinland in der katholisch-sozialen Partei eine scharfe Konkurrenz erwachsen war, und sie unterlagen ausnahmslos im entscheidenden zweiten Wahlgang.

Nun bestand für Schweitzer kein Zweifel mehr über das, was er zu tun hatte. Bereits Ende Januar war sein Jambendrama Canossa, dessen Entstehungszeit nicht genau festzustellen ist, über die Bühne des Berliner Belle-Alliancetheaters gegangen und hatte bei Publikum und Presse einen unbestrittenen Erfolg erzielt. Der beginnende Kulturkampf verschaffte diesem Opus eine aktuelle Bedeutung. Dennoch konnte sich sein Verfasser in einer Zuschrift an die Zeitungen in Elberfeld, wo das Drama noch während des Wahlkampfes gespielt wurde, dagegen verwahren, daß Canossa ein Tendenzstück wäre. Wurde die Loslösung des Prinzen Heinrich von den Klerikalen, worin das Drama hätte angeln müssen, auch nicht tief genug motiviert[1]), so durfte Schweitzer doch den Anspruch erheben, daß er lediglich einen „weltgeschichtlichen Kampf zwischen zwei Prinzipien zur Zeit seines Höhepunktes im Gewande der Poesie“ darstellen wollte. Aber gerade seine geringe Einschätzung der politischen Wirkung des Stückes war ein Symptom dafür, daß er bereits ernsthaft die Rückkehr zur dramatischen Produktion erwog, der das Wiedererwachen des deutschen politischen Lebens ihn zwölf Jahre zuvor abspenstig gemacht hatte!

Kapitel XVII.

Der Ausgang des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Schweitzers Ende.

Bereits im Dezember hatte Yorck in einer Zuschrift an den Proletarier den nahen Rücktritt des bisherigen Diktators des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-

---

[1]) Herr H. Fabini in Wien, der sich speziell mit dem Canossastoff in der deutschen Literatur befaßt hat, glaubt in Schweitzers Drama eine gewisse Berührung mit dem 1868 erschienenen Drama Ferdinand von Saars zu entdecken, während Adolf Oppenheim die Abfassung in eine frühere Zeit zurückweist. Krankt das Stück auch, wie alle, besonders die auf ernstere Ziele gerichteten Theaterstücke Schweitzers, an seiner anscheinend zu überhasteten Herstellung, so ist es doch technisch gut angelegt und zeugt trotz der farblos sauberen Sprache von wirklichem dramatischem Talent, das sich besonders in der Szenenführung offenbart. Hierin übertrifft es Lassalles Sickingen, mit dem es aber in Bezug auf Gedankenfülle, Wucht und Glut der Sprache und Ernst und Tiefe der Auffassung nicht den entferntesten Vergleich aushält.

vereins vorausgesagt. Nach dem alten Sprüchwort: „Kein Geld kein Schweizer" werde dieser aus der Arbeiterbewegung verduften, nachdem er sie auf lange hinaus ruiniert hätte. Um so eher könne die preußische Reaktion hinfort den Mohr entbehren, der seine Schuldigkeit getan, als sie jetzt nach dem Kriege die Macht besäße, das mit Gewalt durchzusetzen, wozu ihr bisher die Person Schweitzers herhalten mußte[1]). Und in das gleiche Horn wie York sties nun auch der ehrliche Bracke. Beide alten Lassalleaner bezweifelten so wenig wie Liebknecht und Bebel, daß der Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ein bezahltes Werkzeug der preußischen Regierung wäre! War diese Beschuldigung auch nicht gerechtfertigt, so wird es doch begreiflich, wie jene charaktervollen Politiker dazu kamen, gegen einen Mann, mit dem sie Jahre hindurch Seite an Seite gearbeitet hatten, einen so schwerwiegenden Verdacht auszusprechen. Man muß sich schon in ihre Gemütsverfassung versetzen, um in ihren Anklagen die unberechtigten von den berechtigten Vorwürfen zu sondern. Bracke und York lag nichts näher am Herzen, als die Einigung der deutschen Sozialdemokratie, und sie litten darunter, daß die Partei noch immer in zwei feindliche Heerlager gespalten war. Die sachlichen Gegensätze zwischen beiden Gruppen hatten sich in den letzten Jahren merklich abgeschliffen, und nach der Ausschaltung des schlimmsten Streitstoffs, des nationalen, infolge der Reichsgründung durften sie eine Verständigung über die prinzipiellen Punkte für aussichtsreich halten. Nur Schweitzers Diktatur schien als ein unübersteigbares Hinderniß einem jeden Annäherungsversuch im Wege zu stehen, und deshalb galt ihnen sein Sturz als die Voraussetzung einer künftigen Verschmelzung. Schweitzer selbst war zu intelligent, um nicht diesen Sachverhalt zuerkennen. Wenn er trotzdem an der Macht hing und sich nicht, ein zweiter Kodrus, für das Volk opferte, so konnte leicht der Verdacht aufkommen, daß nur niedrige Interessen ihn zum Ausharren bestimmten.

In Wirklichkeit lag es eher umgekehrt, denn gerade pekuniäre Erwägungen fielen bestimmend ins Gewicht, als Schweitzer sich im Frühling 1871 endgültig von der Unaufschiebbarkeit seines Rücktritts überzeugte. Der Socialdemokrat hatte niemals seine Kosten gedeckt[2]), und seitdem er der alleinige Eigentümer des Blattes geworden war, hatte Schweitzer für dessen Erhaltung bedeutende Opfer bringen müssen. Seit dem Ausbruch des Krieges ging die Abonnentenzahl reißend schnell zurück, und ohne die Zuschüsse des Arbeiterschaftsverbands und die Erträgnisse einer Kollekte unter den Berliner Mitgliedern hätte der Socialdemo-

---

[1]) Proletarier 4. Dez. 1870.

[2]) Schweitzer gesteht selbst auf dem Berliner Generalversammlung am 23. Mai 1871, daß er günstigere Nachrichten über das Prosperieren des Blattes von Zeit zu Zeit ausgegeben hätte, „um den Mitgliedern Mut zu machen". Vgl. Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Berlin vom 19. bis 25. Mai 1871, p. 47.

krat sich nicht einmal mehr in das Jahr 1871 hinüber retten können. Dann aber ließ das Verhängnis sich nicht länger aufhalten, der Drucker und der Papierlieferant beschlagnahmten schon auf der Post die einlaufenden Abonnementsgelder, und selbst für die Zahlung der fälligen Stempelsteuer war das Geld nicht mehr aufzutreiben. Am 26. April erschien die letzte Nummer des Socialdemokrat! Beim Eingehen des Blattes wußte Schweitzer, daß seine Nachfolger in Bälde ein neues Parteiorgan gründen würden!

Er selbst hatte schon in der Nummer vom 24. März durch eine Botschaft „An die Partei" seinen festen Entschluß zum Rücktritt angekündigt. Nur noch darein willigte er, bis über die Wahl des neuen Präsidenten, die auf der nächsten Generalversammlung erfolgte, die Geschäfte fortzuführen. Die Gründe, die er für seinen Entschluß anführte, widersprachen nicht der Wahrheit: „Lange genug", so schrieb er, „habe ich Zeit, Arbeitskraft, Seelenruhe und Geld für die Arbeiterpartei geopfert. Niemand kann mir zumuten, diese Opfer weiter fortzusetzen. Befriedigung finde ich in dem Bewußtsein, eine große Sache mit aller Kraft, die mir gegeben ist, bisher gefördert zu haben. . . . . Aber . . . ich kann keine weiteren Opfer bringen, kann nicht länger an der Spitze der Arbeiterbewegung stehen. Ich habe das meinige getan, habe lange genug auf dem Posten gestanden, um verlangen zu dürfen, daß Ablösung stattfindet". Seine Wahlniederlage in Elberfeld wollte Schweitzer nicht als den Grund seines Rücktritts gelten lassen, wohl aber gab er zu, daß die Befreiung von seiner parlamentarischen Verpflichtung es ihm ermöglicht habe, ohne Pflichtverletzung einen Entschluß auszuführen, den er schon seit Jahresfrist mit sich herumtrage. Die Niederlage der Partei bei den letzten Wahlen wollte er nicht tragisch aufgefaßt wissen. Wohl wäre es der Reaktion gelungen, den nationalen Gedanken, der durch einen freiheitlichen Aufschwung des Volkes hätte verwirklicht werden sollen, so sehr den bestehenden reaktionären Parteien dienstbar zu machen, daß die nationale Sache als mit der Sache der Reaktion verknüpft erschien. Aber dieser durch große Ereignisse hervorgerufene Eindruck werde vorübergehen und den Bestrebungen des Volkes bald wieder von neuem der ihnen gebührende Raum zuteil werden. Selbst unter diesen schwierigen Verhältnissen habe sich die Widerstandskraft der Partei bewährt, wenn auch die Mitläufer fortgeblieben wären. Schweitzers Botschaft drückte die Hoffnung aus, daß die in seiner Schule ausgebildeten politischen Eigenschaften der von Natur begabten Mitglieder der Partei auch in Zukunft geeignete Führer liefern würden!

Daß er ohne Reichstagsmandat und ohne die alleinige Verfügung über das Vereinsorgan seine Diktatur nicht in der alten Weise fortsetzen konnte, diese Erwägung, die er hier verschwieg, trug natürlich ebenso sehr zur Bildung seines Entschlusses bei wie die pekuniären Erfolge, die er sich von der Bühnenschriftstellerei versprach. Seine alte Feindin, die Volkszeitung, wußte sogleich zu melden, daß der bisherige Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sich künftig gänzlich

der dramatischen Muse widmen wolle, die ihm auf dem Belle-Alliancetheater bereits schönere Triumphe[1]) bereitet hätte als seine agitatorische Tätigkeit in Vauxhall und im Konzerthaus. Bei der „maßgebenden Stellung", die Schweitzer Jahre hindurch in der Lassalleanischen Partei eingenommen hätte, erblickte das Dunckersche Blatt in seinem Rücktritt keinen bloßen Personenwechsel, sondern es äußerte Bedenken, ob die bisherige Organisation der Partei sich überhaupt noch werde aufrecht erhalten lassen. Innerhalb des Vereins bestanden in dieser Hinsicht vorläufig keine Zweifel. Die Generalversammlung im Mai unternahm garnicht erst den Versuch, Schweitzer von seinem Entschluß abzubringen. Sie bedauerte kühl, daß persönliche Verhältnisse ihn verhinderten, die Parteileitung beizubehalten, dankte ihm auch für seine langjährige umsichtige Führung und wählte sodann Hasenclever zum Präsidenten. Für die Opfer, die Schweitzer als Eigentümer des Socialdemokrat gebracht hatte, wurde er mit achthundert Talern abgefunden. Zum Redakteur des „Neuen Socialdemokrat", der am 1. Juli zu erscheinen begann und Parteieigentum war, wurde Hasselmann ausersehen, der im alten Socialdemokrat schon seit Monaten die meisten Artikel geschrieben hatte.

Bald nach seiner Abkehr von der Politik verheiratete sich Schweitzer mit seiner langjährigen Braut, an deren Seite er hinfort ein bescheidenes und überaus arbeitsreiches Leben führte. Jahraus jahrein schrieb er nun zahlreiche Theaterstücke, von denen manche mehr, manche weniger einschlugen. Viele davon gingen über die meisten deutschen Bühnen und brachten ihrem Verfasser klingenden Lohn. Aber seine Schuldenlast ließ ihn trotzdem zeitlebens auf keinen grünen Zweig kommen. Bei seiner leichten Erfindungsgabe und seiner ausgesprochenen dramatischen Begabung wurde Schweitzer die Anfertigung von zugkräftigen Stücken unheimlich leicht. Auch würdigte die Kritik sein Talent, nur bedauerte sie bei dem in unserer Literatur vorhandenen Mangel an guten Lustspielen, daß er die hübschen Motive, die ihm überreich kamen, nicht bis zu literarischer Wirkung ausreifen ließ. Er aber pflegte auf solche Einwände zu erwidern: „Ich arbeite für — Brot, und wenn ich den Stoff, die Situation, die Gedanken im Kopfe habe, warum soll ich sie nicht niederschreiben? Scribe und andere französische Dramatiker arbeiteten noch schneller, und es ist selten einem französischen Kritiker eingefallen, die starke Produktivität zu rügen!"[2]) Seit seinem Berufswechsel verkehrte Schweitzer hauptsächlich mit Theaterleuten. Männer wie Theodor Lebrun, Dr. Hugo Müller und Paul Lindau bildeten seinen häufigsten Umgang. Gesprächen über Politik ging er geflissentlich aus dem Wege; wo er sich an solchen beteiligte, fiel die große Duldsamkeit auf, die

[1]) Bis zu Schweitzers Rücktritt waren, soweit sich feststellen ließ, im Jahre 1871 über Berliner Bühnen gegangen: Canossa, und das Intriguenstück „Drei Staatsverbrecher," vielleicht auch schon das historische Drama „Szepter und Schwert", eine Jugendarbeit.

[2]) Vgl. Adolf Oppenheim im Feuilleton der Frankfurter Zeitung vom 7. August 1875.

er allen Parteien gegenüber bekundete. Seine Gattin gewann in diesen Jahren ständigen Zusammenlebens den bestimmten Eindruck, daß eigentlich der Drang nach Erkenntnis in ihrem Manne stärker gewesen wäre als der nach politischer Betätigung, und daß er innerlich über allem Parteigezänk stand. Der Historiker wird das Urteil einer Frau, die mit uneigennütziger Liebe an ihrem Gatten hing, nicht leichtfertig beiseite schieben und sich erinnern, daß schon der Student und der junge Advokat zwischen Otto von Freising und Alkibiades schwankte und sich dieses Zwiespalts in seiner Natur bewußt war. Schweitzer hatte eben einen ausgesprochenen Sinn für Situationen, mochten es politische, historische oder dramatische sein. Doch die Macht, die sein kurzes Leben bestimmend formte und ihm den Weg seines Schicksals zeichnete, das war, von Tatendrang und Genußsucht geschwellt, ein von keinem kategorischen Imperativ im Zaume gehaltener Ehrgeiz!

Die erste Nummer des Neuen Socialdemokrat vom 2. Juli brachte auch den letzten Erlaß des abtretenden Präsidenten, der darin alle seine Befugnisse an Hasenclever übertrug, der inzwischen durch die Urabstimmung der Mitgliedschaften als sein Nachfolger bestätigt war. Beim Scheiden aus seinem langjährigen Wirkungskreis drückte Schweitzer die Hoffnung aus, daß die Partei ihre Prinzipientreue und ihre altbewährte Organisation beibehalten und ihre Tatkraft und Rührigkeit noch steigern möge! Hasenclever war eine wohlmeinende, aber weder selbständige noch stark zugreifende Persönlichkeit, und von Anfang an stand er unter dem wechselnden Einfluß des Vizepräsidenten Tölcke und des Redakteurs Hasselmann, die beide unter einander verfeindet waren. Es entsprach sehr wenig der Wirklichkeit, wenn der neue Präsident sich nach einigen Monaten rühmte, daß seit seinem Amtsantritt der Geist der Versöhnung und der Liebe unter den Mitgliedern „wehe". Die endlosen Streitereien auf den Generalversammlungen ließen davon wenig erkennen. Mit schweren Schäden für die Lassalleanische Partei war die Institution jener besoldeten Agitatoren[1]) verbunden, die ihre Arbeit in den Werkstätten oder Fabriken aufgaben oder unterbrachen, um sich hinfort der Propaganda sozialdemokratischer Ideen oder, worauf es meist hinauslief, der Bekämpfung der anderen Richtungen der Sozialdemokratie zu widmen. Anständige Elemente wird es unter ihnen auch gegeben haben, aber diese befanden sich in der Minderzahl. Für die meisten dieser Leute war die Partei in erster Reihe die milchende Kuh, von der sie lebten, und nicht wenige von ihnen liefen von der Hatzfeld zu Schweitzer, von Schweitzer zu den „Ehrlichen" und von den „Ehrlichen"

---

[1]) Schweitzer selbst verspottete diesen Typus in seiner Posse „Unser großer Mitbürger", die am 19. Oktober 1872 im Woltersdorff-Theater aufgeführt wurde. Das wurde ihm vom Neuen Socialdemokrat sehr verübelt, und es entspann sich eine Polemik, an der sich auch die Elberfelder Zeitung beteiligte. Vgl. Neuer Socialdemokrat 23. und 27. Oktober.

wiederum zur Hatzfeld über, wenn ihnen von der anderen Seite eine bessere Bezahlung winkte! Wie häufig beschwerte sich die Gräfin in ihren Briefen, daß die Agitatoren an den Orten, wohin sie mit ihrem Geld entsandt wurden, in erster Reihe privaten Geschäften nachgingen, wie beweglich klagte sie bei solchen Anlässen über den „Mangel an Ehrgefühl", die „unglaubliche Schlechtigkeit", die „Korruption" und den beständigen Verrat der „Arbeiter"! „Sie wüten gegen sich selbst!" schrieb sie an Schallmayer. Auf den Generalversammlungen fielen oft harte Worte über das planlose Gründen neuer Mitgliedschaften, das Schuldenmachen und die Gewissenlosigkeit dieser moralisch und intellektuell gleich ungebildeten Gesellschaft, die besonders von den ewigen Konflikten mit der Liebknecht-Bebelschen Partei ihr Leben fristete[1])!

Es kam nämlich auch nach Schweitzers Rücktritt keineswegs sofort zu einem guten Verhältnis zwischen beiden Richtungen der deutschen Sozialdemokratie. Noch im November 1871 behauptete der Neue Socialdemokrat wie einst der alte, daß die Lassalleaner die einzige wirklich sozialdemokratische Partei wären, und es besagte wenig, daß er die „Eisenacher Volkspartei" jetzt nicht mehr völlig mit der „großdeutschen Volkspartei der Sonnemann und Guido Weiß"[2]) in einen Topf werfen wollte! Bebel[3]) war für das Organ der Lassalleaner noch immer ein welfischer und Liebknecht ein österreichischer Agent. Über einen Antrag zu Gunsten einer Einigung der beiden Fraktionen wurde auf der Berliner Generalversammlung von 1872 ohne Debatte zur Tagesordnung übergegangen, und auf der folgenden in Frankfurt erlebte man das gleiche Schauspiel! Auch die Eisenacher wollten noch 1874 auf der Generalversammlung in Koburg von einer Verschmelzung nichts wissen, obgleich sie dort eine taktische Einigung bereits erwogen. Liebknecht berichtete darüber seinen Londoner Freunden, daß der Kongreß das „Lassalleanertum" noch als „sektenhaft und folglich unwissenschaftlich, beschränkt, religiös, auf Autoritätsglauben beruhend" angesehen hätte[4]). —

Die wirtschaftliche Hochkonjunktur, die sich im Gefolge des Milliardensegens im neuen Reiche einstellte, und die allgemeine Preissteigerung, die mit ihr Hand in Hand ging, führten natürlich zu zahlreichen und umfangreichen Lohnkämpfen, die den politischen wie den gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterklasse zugute kamen. Auf den Abstieg der sozialdemokratischen Bewegung während der patriotischen Hochflut der Kriegszeit folgte bereits gegen Ende 1871 und

---

[1]) Vgl. u. a. die Äußerung Seligs auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vom Mai 1872 über die Korruption im Rheinland. Man agitiere dort für die Richtung, von der man das meiste Geld bekäme.

[2]) Die Zukunft war schon vor dem Eingehen des Socialdemokrat ein Opfer ihrer Überzeugungen geworden. Guido Weiß korrespondierte dann von Berlin aus für die Frankfurter Zeitung.

[3]) Neuer Socialdemokrat 17., 19. und 26. November 1871 und 18. Febr. 1872.

[4]) Liebknecht an Engels, 28. Juli 1874 (ungedruckt).

noch mehr in den folgenden Jahren ein ungleich schnellerer Aufstieg. So zählte der Neue Socialdemokrat im Oktober 1871 5000, im Dezember 1872 9000 und ein Jahr später 14 000 Abonnenten. Solche Ziffern hatte Schweitzer niemals gekannt. Von dem starken Anschnellen der Streik- und Gewerkschaftsbewegung, das sich in Berlin, am Rhein, in Sachsen und anderorten bemerkbar machte, befürchtete nun aber Tölcke, der sich jetzt als der Hohepriester des Organisationskultus aufspielte, ein Zurücktreten der politischen Agitation und als Folge davon ein völliges Abrücken von der Lehre und Taktik Lassalles. Auf der Berliner Generalversammlung im Mai 1872 wollte er die Wiederabkehr seiner Partei von der gewerkschaftlichen Betätigung durchsetzen. Schon in einer Vorstandssitzung im März trat er mit dieser Absicht hervor, aber er erfuhr starken Widerspruch. Ihm wurde entgegengehalten, daß die Gewerkschaften auch für den politischen Kampf das meiste Geld beisteuerten, daß die Partei erst auf dem Wege über die wirtschaftliche Arbeiterbewegung in die breiten Schichten des Volkes eindringe, und daß eine Befolgung seiner Vorschläge zum mindesten in Berlin die ganze Bewegung ruinieren würde. Auf der Generalversammlung erhoben sich die gleichen Bedenken, und, wie früher Schweitzer, betonte besonders Hasselmann, der bereits den Abdruck des Tölckeschen Antrags im Socialdemokrat verweigert hatte, daß die Gewerkschaften, wenn die Lassalleaner sich von ihnen zurückzögen, unfehlbar sofort unter den Einfluß von Bebel und Liebknecht geraten würden.

Man gewinnt den Eindruck, als ob Tölckes Rückfall in die Lassalleorthodoxie nicht nur von sachlichen, sondern auch von persönlichen Motiven eingegeben war. Dieser ehemals intimste Handlanger Schweitzers war mit seinem früheren Herrn und Meister zerfallen. Seitdem der Krieg die Vereinskasse völlig geleert hatte, hatte auch er sich von der Politik abgekehrt und war wieder Winkeladvokat in Iserlohn geworden. Hernach aber erachtete er seine Zeit für gekommen, Hasenclever ließ sich von ihm beeinflussen, und nur der ehrgeizige Hasselmann, nach Schweitzers Rücktritt der kenntnisreichste Kopf, der begabteste Journalist und der wirkungsvollste Redner der Partei wollte sich vor seiner Autorität nicht beugen. Auf dieser Generalversammlung erging sich Tölcke in den schärfsten Angriffen gegen den früheren Präsidenten, dem er u. a. den absurden Vorwurf machte, daß er durch die Erweckung der Gewerkschaftsbewegung absichtlich die politischen Bestrebungen der Partei geschädigt hätte. Hasselmann aber sollte mit ihm unter einer Decke gesteckt haben. Schweitzer gehörte dem Verein nicht mehr als Mitglied an; da er sich jedoch natürlich für die Bewegung noch immer interessierte, so war er als Zuhörer im Saale zugegen. Nun aber gelang es hier dem ebenso kritiklosen wie cholerischen Tölcke, die Mehrzahl der Anwesenden derart zu überrumpeln, daß sie den Mann, dem sie trotz seiner Verfehlungen viel verdankten, in beleidigender Form aus ihrer Mitte wiesen, indem sie ihn ausdrücklich für unwürdig erklärten, jemals wieder in den Verein aufgenommen zu werden! Vergebens erinnerte der Hamburger Delegierte Bräuer seine Genossen daran, daß sie von

Schweitzer viel gelernt und empfangen, daß sie ihm noch auf der vorjährigen Generalversammlung ihr Vertrauen ausgesprochen hätten. Umsonst bewies er ihnen, daß, wenn Schweitzer ein Lump wäre, sein Spießgeselle Tölcke, der zu seinen Vergehungen Jahre hindurch geschwiegen, erst recht ein Erzlump sein müsse![1]) Schweitzer war es nicht zu verdenken, daß er sich gegen eine so ungerechte und rohe Behandlung von seiten seiner ehemaligen Kreaturen energisch zur Wehr setzte. Als er aber jetzt, wie man sehen wird, die ganze Lassallesche Organisation für erledigt erklärte, da geriet er mit dem Neuen Socialdemokrat und mit dessen hervorragendster Feder in eine scharfe Polemik. Vorher hatte Hasselmann noch dem Politiker Schweitzer eine Ehrenerklärung erteilt und gesagt[2]), daß niemand Beweise dafür erbracht hätte, daß Schweitzer ein Verräter wäre. Wohl aber stünde fest, daß zu einer Zeit, wo die Sozialdemokratie in Deutschland fast tot war und der Socialdemokrat Jahre hindurch kaum 400 Abonnenten besaß, während Bebel Fortschrittler und Marx und Liebknecht mundtot waren, Schweitzer allein unter den schwierigsten Verhältnissen die sozialistische Bewegung über Wasser gehalten hätte.

Dem Exdiktator stand für die Veröffentlichung seiner Rechtfertigung ein Parteiblatt nicht zur Verfügung, und so erfolgte ihr Abdruck in der Berliner Börsenzeitung, mit der er wohl durch seine Freunde aus den Theaterkreisen Fühlung besaß, und in der Volkszeitung[3]). Er erklärte sein Erscheinen auf der Generalversammlung, obgleich er die sozialdemokratischen Angelegenheiten gründlich „satt bekommen hätte", mit dem Interesse, das ihm für die Sache geblieben wäre, und mit dem Wunsche, alte Freunde wieder zu sehen. Darauf diktierte ihm der Zorn über die ihm zuteil gewordene schnöde Behandlung eine ungeschminkte Kritik des Durchschnitts der Wortführer seiner früheren Partei. Derartige immer wiederkehrende Beweise von Undankbarkeit, so schrieb er, seien erklärlich bei Leuten, von denen leider nur ein sehr kleiner Teil durch die Begeisterung für eine neue Idee bewegt werde, während weitaus die meisten

---

[1]) Vgl. außer dem Protokoll der Generalversammlung auch (C. A. Bräuer) Zur Aufklärung, Die Wirren im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. Herausgegeben von Hamburger Mitgliedern obigen Vereins. Hamburg 1873, p. 22 f. Auch Schweitzer bemerkte mit Recht in seinem Entgegnungsschreiben, daß, wenn er schuldig wäre, die Generalversammlung nicht Menschen in der Parteileitung belassen dürfte, die sich Jahre lang in seiner nächsten Umgebung befanden, jeden seiner Schritte beobachten konnten und bei jeder seiner Amtshandlungen die ausführenden Werkzeuge waren. Über die Bräuersche Broschüre urteilte Geib in einem ungedruckten Brief an die Redaktion des Volksstaat, in der er zur Sachlichkeit im Kampf mit den Lassalleanern riet: „Wahrheit und Dichtung halten sich darin die Wage, und nur ein Eingeweihter kann beide von einander trennen."

[2]) Neuer Socialdemokrat 11. Oktober 1872.

[3]) Volkszeitung 7. Juni. Schweitzers Brief an die Berliner Börsenzeitung druckte seine alte Feindin die Volkszeitung am 8. Juni ebenfalls ab, nicht ohne gehässige Bemerkungen hinzuzusetzen.

nur durch den Neid gegen die höheren Gesellschaftsklassen oder durch andere unschöne Motive angetrieben würden. Nehme man dazu ihren beschränkten Horizont, so werde man sich über Erscheinungen des Undanks oder des Blödsinns nicht weiter wundern! Dem Neuen Socialdemokrat war es nicht zu verargen, daß er diese Erklärung „arrogant, undemokratisch und unsozialistisch“ fand. Schweitzer hätte in der gleichen Lage wie Hasselmann nicht anders geurteilt. Die Partei, so schrieb dieser jetzt, hätte Schweitzer gerade deshalb früher hoch geachtet, weil er derjenige gewesen sei, der vorzugsweise den Klassenhaß gepredigt hätte, dieses jetzt plötzlich so „unschön“ gewordene Motiv. Hasselmann konstatierte, daß der frühere Aristokrat und spätere Führer der Sozialdemokratie sich seit seinem Rücktritt wieder den höheren Klassen zurechne! Bebel hatte an diesem Konflikt seine Freude. Für ihn war es jetzt natürlich völlig ausgemacht, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, indem er Schweitzer ausschloß, alle seit Jahren gegen ihn gerichteten Angriffe für vollständig wahr und gerechtfertigt erklären wollte. Doch der Neue Socialdemokrat erwiderte ihm[1]), solche Lappalien wie das Geschrei der Nörgler über Diktatur und die anderen unbewiesenen Beschuldigungen der Eisenacher Partei hätten noch niemals eine Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins beeinflußt. Nicht auf leeren Verdacht hin, sondern weil Beweise vorlagen, wären die Delegierten so rücksichtslos gegen Schweitzer vorgegangen! Worin aber, so fragen wir, bestanden diese Beweise? Der Neue Socialdemokrat nannte sie in der gleichen Nummer. Schweitzer hatte das Kapitalverbrechen begangen, dem sozialkonservativen Schriftsteller Dr. Rudolf Meyer Material für eine Artikelserie der Berliner Revue zu liefern, aus der hernach dessen verdienstvolles Werk über den Emanzipationskampf des vierten Standes hervorging. Und diese fürchterliche Tatsache hatte der Schuldige selbst auf der Redaktion des Neuen Socialdemokrat erzählt! Hasselmann druckte auch Stellen aus Meyers Artikeln ab; für ihre Tendenz machte er Schweitzer verantwortlich und folgerte daraus, daß jener damit offen im konservativen Lager Stellung genommen hätte! —

Faßte man die wichtigsten Meinungsverschiedenheiten, welche die beiden Fraktionen der Sozialdemokratie von einander getrennt hielten, sachlich ins Auge, so ließ sich nicht verkennen, daß die meisten dieser Streitpunkte allmählich durch die geschichtliche Entwicklung selbst mehr oder minder bei Seite geschafft worden waren. Vor allem galt dies von der nationalen Frage, die mehr als irgend eine andere zur Vertiefung der Kluft zwischen der preußischen und der außerpreußischen Arbeiterpartei beigetragen hatte. Nach dem Frankfurter Frieden mußte selbst Liebknecht die Forderung einer Rückwärtsrevidierung des Nikolsburger Friedens als eine Utopie ansehen, die in die praktische Politik nicht länger hinein-

---

[1]) Neuer Socialdemokrat 18. Juni 1872.

gehörte. Mit dem neuen Reiche, als dem festen nationalen Rahmen der deutschen Arbeiterbewegung, mußten er und Bebel fortan rechnen, wie Schweitzer es schon nach Königgrätz mit dem Norddeutschen Bunde getan hatte. Daran ließ sich nichts ändern, und mit den großdeutschen und antipreußischen Aspirationen war es jetzt gründlich zu Ende. Hatte Schweitzer in der nationalen Frage den weiteren Blick besessen, so sollte in bezug auf die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu dem bestehenden Staate Liebknechts Meinung zunächst den Sieg davontragen. Den Kanzler des neuen Reichs und seine liberal-konservative Reichstagsmehrheit erfüllten in der ersten Hälfte der siebziger Jahre Sorgen, Wünsche und Ziele, die sich mit den demokratischen und sozialistischen Forderungen der Arbeiterklasse in keinem Punkte freundlich berührten. Die von Schweitzer seit der Braunschweiger Generalversammlung von 1867 vertretene Ansicht, daß die Arbeiterklasse gegen die Preußen und den Bund beherrschenden reaktionären Gewalten in der schärfsten Opposition verharren müsse, war mit den Jahren immer mehr die gemeinsame Auffassung beider Hauptrichtungen der Sozialdemokratie geworden, und nur die Hatzfeldsche Sekte, die aber mit dem Eingehen der Freien Zeitung im Juli 1872 endgiltig von der Bildfläche verschwand, agitierte auch noch nach dem Kriege dafür, daß mit einem Teil der französischen Milliarden Volksbanken für die Gründung von Produktivgenossenschaften errichtet werden sollten. Der Kommuneaufstand in Paris, für den Socialdemokrat und Volksstaat mit der gleichen Entschiedenheit Partei ergriffen, hatte ein übriges getan, um die Kluft zwischen der bürgerlichen Demokratie und den Eisenachern zu erweitern, und die „Ehrlichen" verhinderte künftig keine Rücksicht auf rechts stehende Bundesgenossen mehr, den Klassenkampf ebenso energisch zu betonen wie die Lassalleaner. Daß ein allgemeines Stimmrecht ohne demokratische Garantien für die Arbeiterklasse nicht viel bedeute, hatte schon Schweitzer während der letzten Jahre im Reichstag häufig ausgesprochen, und die Unentbehrlichkeit eines freiheitlicheren Preß-, Vereins- und Versammlungsrechts erfuhren beide Richtungen bald gleichmäßig mit der Zunahme der Polizeichikanen. Die straffe Diktatur im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein hatte sich seit dem Rücktritt des an Wissen und Talent überlegenen Schweitzer ganz von selbst in eine Art von Oligarchie[1]) verwandelt, die sich von der in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei bestehenden Art der Führerschaft kaum noch anders unterschied, als dadurch, daß sich Männer wie Tölcke und Hasenclever in bezug auf Intelligenz, Geschicklichkeit, Weitblick und Klar-

---

[1]) Schweitzer, der es beurteilen konnte, schrieb darüber in seiner letzten politischen Kundgebung vom November 1872: „Tatsächlich herrscht jetzt im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein eine bestimmte Anzahl in Berlin befindlicher Personen unter bloß äußerlicher Vorschiebung des Präsidenten . . . Der heutige Zustand trägt in sich **alle Nachteile einer persönlichen Diktatur ohne deren Vorteile für die Gesamtheit**. eine verrottete und zum Stützpunkt von Mißbräuchen gewordene Einrichtung."

heit des Denkens nicht mit Bebel, Geib und Bracke, und Hasselmanns Hingabe an die Sache nicht mit der Selbstlosigkeit Liebknechts vergleichen ließ!

Liebknecht betrachtete, wie er im Frühling 1872 nach dem Hochverratsprozeß in Leipzig an Engels schrieb, sich und Bebel als die „Reiniger des von Lassalle gebauten Augiasstalles". Seit Schweitzers Sturz war er seinem Ziel, der Einigung der deutschen Sozialdemokratie auf internationaler Grundlage, um ein gewaltiges Stück näher gerückt. Aber noch stand der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein mit seiner mächtig wachsenden Anhängerschaft und seinen blühenden Finanzen nach außen hin unversehrt da. Und deshalb durfte auch Liebknecht noch nicht nachlassen in seinem Streben, jene „Sektenorganisation" zu beseitigen und die „Lassalleschen Spinneweben" aus den Hirnkasten der deutschen Arbeiter „mit energischen Besenstößen" zu verscheuchen. In seiner eigenen Partei gab es noch zu viele „ehrliche Lassallesche Elemente", als daß er es bereits im Volksstaat hätte wagen dürfen, den ihm seit jeher verhaßten Begründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu „demolieren". Dafür ersuchte er Marx, den Lassalle „bestohlen, mißverstanden und gefälscht" hätte, sich in einer Broschüre dieser Aufgabe zu unterziehen und dem toten Agitator die „erborgten Federn" auszurupfen[1]). Man ersieht aus den Briefen, die Liebknecht vor dem Antritt jener Festungshaft, die ihn wie Bebel für zwei Jahre der Bewegung entführte, an die Londoner Freunde richtete, daß er den Lassalleanischen Agitatoren hauptsächlich ihre „Verhetzung der Arbeiter gegen jede nicht von Berlin aus patentierte Demokratie" zum Vorwurf machte! In der Tat läßt es sich nicht leugnen, daß die Eisenacher mit ihren zahlreichen aus dem Bürgertum und der akademischen Welt hervorgegangenen Führern und ihrer aus den älteren Kulturländern Deutschlands sich rekrutierenden Anhängerschaft in der Polemik nicht so oft schlimmer Kritiklosigkeit und blinder und gewissenloser Gehässigkeit anheimfielen, wie die in einer kurzen politischen und noch kürzeren gewerkschaftlichen Erfahrung erst unzureichend erzogenen Arbeiterhäuptlinge der Lassalleaner, die keine straffe Diktatur mehr im Zaume hielt!

Nun gab es aber im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein noch immer Elemente, die sich nicht darein finden wollten, daß der Mann, der in den schwierigsten Zeiten die Partei am Leben erhalten hatte, ein Verräter gewesen sein sollte. Und ganz besonders in Hamburg, wo Schweitzers Popularität die festesten Wurzeln geschlagen hatte, vollzog sich nach jenen skandalösen Vorgängen in Berlin der Abfall zahlreicher Arbeiter von Hasenclever. Ein guter Teil ging sofort zu Bebel und Liebknecht über, deren Anhängerschar in den beiden norddeutschen Hauptstädten allmählich zunahm. Eine andere Gruppe, unter Führung

---

[1]) Für diese Darstellung wurden benutzt ein ungedruckter Brief Liebknechts an Engels vom 15. Dezember 1872 und ein ebenfalls ungedruckter Brief Liebknechts an Marx vom 16. Mai 1873.

von Bräuer und Gustav Becker, wandte sich an Schweitzer und wollte den ehemaligen Präsidenten zum Wiedereintritt in die Arbeiterbewegung bestimmen. Als er dies als eine „Tollheit" ablehnte, baten sie ihn, er möge sich wenigstens über den „jetzigen Stand der Arbeiterpartei" zu ihnen äußern, damit seine Anhänger wüßten, welchen Weg sie angesichts der heillos zerfahrenen Situation einschlagen sollten. Dieser Aufforderung Folge zu leisten, entsprach Schweitzers eigenen Wünschen. Im November 1872 schrieb er den offenen Brief: „An meine persönlichen Freunde im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein." Das Manuskript übersandte er, um seiner Kundgebung in Arbeiterkreisen eine möglichst weite Verbreitung zu sichern, zuerst dem Volksstaat, der während der Festungshaft Liebknechts von Hepner redigiert wurde. Hepner hielt sich offenbar nicht für befugt, in einer so wichtigen Angelegenheit selbständig zu entscheiden und erbat sich den Rat des Parteiausschusses. Dieser seinerseits holte die Ansicht des Gefangenen in Hubertusburg ein. Liebknecht berichtete darüber an Engels am 30. November: „Die kleine Emeute des Lassalleanismus, die in unserer Abwesenheit ausgebrochen, wird Dir manche Rechnungsträgerei erklären, die ich nach Euren Begriffen früher begangen. Zum Glück hat die Sache nichts auf sich. Schweitzer (ipsissimus) hat an den Volksstaat eine lange Epistel zur Einigung geschickt. Der Schuft will sich wieder möglich machen. Ich riet, das Schriftstück als Flugblatt drucken zu lassen. Dann wär's als Bombe unter die Bismarckschen Sozialdemokraten gefallen. Die Ausschußleute halten es aber für „unehrlich" gegenüber — Schweitzer. Ihr habt eben keine Idee davon, mit welchem Menschenmaterial wir hier zu arbeiten haben[1])." Gegen die Aufnahme von Schweitzers Schreiben in den Volksstaat hegte man Bedenken. Vierzehn Tage später schreibt Liebknecht in der gleichen Angelegenheit nach London[2]): „Der Lump will sich zum Schiedsrichter machen und trotz seiner Beteuerung des Gegenteils an die Spitze treten, denkend, die, welche er fürchtet, sind in Hubertusburg aufgehoben. Das Opus wird übrigens nun doch veröffentlicht und zwar als Separatflugblatt. Man merkt in Berlin, daß die Hasselmänner und Hasenkleber [sic!] zu dumm sind für ihre Rolle und Schweitzer soll wieder dran. Das Spiel wird aber vereitelt werden."

Liebknecht irrte sich. Schweitzer sprach die lautere Wahrheit, wenn er am Anfang seines Schreibens gestand, daß er nach den gemachten Erfahrungen lieber Holz hacken und Steine klopfen würde, als noch einmal sozialdemokratische Partei-

[1]) In dem gleichen Briefe führte Liebknecht die erneuten Angriffe der „Berliner Hasselmänner" gegen seine Partei darauf zurück, daß man ihn und Bebel in der Festung wisse, und er schließt sein Schreiben echt Liebknechtsch: „Wir müssen alle Kräfte aufbieten, um die Partei zusammen zu halten . . . Caeterum censeo, der Karren kommt wieder aus dem Dreck!"

[2]) Liebknecht an Engels 15. Dezember 1872 (gleich allen anderen in diesem Kapitel benutzten Briefen Liebknechts unveröffentlicht).

angelegenheiten betreiben. Er betonte, daß er längst jedem Parteigetriebe fern stünde und deshalb den Rat, um den man ihn gebeten hätte, „mit voller Unabhängigkeit“ und „ohne Rücksicht nach irgend einer Seite hin“ erteilen könne.

Schweitzers letzte politische Kundgebung befaßte sich ausschließlich mit der Frage, ob sich „die beiden großen Fraktionen der Partei“ vereinigen sollten. „Ich sage die beiden Fraktionen der einen Partei“, schrieb er, „und dies bedarf einer kurzen Erläuterung, damit es nicht den Anschein gewinnt, als stehe ich mit mir selbst im Widerspruch. Als die Eisenacher Fraktion in der Bildung begriffen war, bezeichnete ich sie als einen Ableger der Bourgeoisie, und das war nach meiner Überzeugung damals auch der Fall. Allein die beharrliche Taktik einiger Führer, in Verbindung mit dem Übertritt zahlreicher rühriger Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hat allmählich jene Partei in eine sozialdemokratische umgewandelt. Heute der vom Eisenacher Programm ausgegangenen Partei die Eigenschaft einer sozialdemokratischen abstreiten zu wollen, ist einfach albern.“ Die Nachteile des Bruderkriegs, an dem er selbst, was er freilich nicht sagte, einen großen Teil der Schuld trug, beschönigte Schweitzer keineswegs: Die Kräfte, die zur Bekämpfung der Parteifeinde dienen könnten, rieben sich im Kampfe gegen einander auf, das beständige gegenseitige Verdächtigen und In-den-Kot-Ziehen diskreditiere die Bewegung. Statt der Neigung zu ernster Diskussion werde der Hang zu Rohheit und Gewalttätigkeit in den Volksversammlungen befördert, die Konkurrenz zwischen beiden Fraktionen führe zu einem überflüssigen Radikalismus in der Ausdrucksweise und dadurch zu unnötigen Konflikten mit der Staatsgewalt, die Gewerkschafts- und die Wahlbewegungen seien gespalten und geschwächt. Schweitzer erklärte aus solchen Erwägungen heraus die Verschmelzung der beiden Fraktionen für eine unaufschiebbare Notwendigkeit. Man möge einen Einigungskongreß berufen, der vor allen Dingen einen dicken Strich durch die Vergangenheit ziehen müßte. Hernach wäre es dann seine Aufgabe, eine völlig neue gemeinsame Organisation zu schaffen. Als das Wesentliche der Lassalleschen Organisation bezeichnete Schweitzer hier nicht mehr das persönliche Regiment, das „bei der jetzigen Entwicklung der Partei“ unhaltbar geworden wäre, sondern die Zentralisation. Diese müsse unter allen Umständen aufrecht erhalten werden! Aber auch von der Prinzipienfrage „national oder international?“ erklärte er, daß die tatsächliche Entwicklung sie auf eine Zweckmäßigkeitsfrage zurückgeführt hätte. Die internationalen Eisenacher hätten durch ihre zunächst nationale Organisation tatsächlich bewiesen, daß sie sich in einem gewissen Sinne vom Boden der nationalen Verhältnisse nicht loslösen wollen, während andererseits der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein „obwohl auf lediglich nationaler Organisation stehend“ versichere, daß eine nationale Arbeiterbewegung schließlich immer in eine internationale zu münden habe. „Einigung um jeden Preis!“ so schließt Schweitzer sein poli-

tisches Testament: „Mit den Führern, wenn diese wollen, ohne sie, wenn sie untätig bleiben, trotz ihnen, wenn sie widerstehen.“ Über die Verdächtigungen seiner Person, in denen der Neue Socialdemokrat und der Volksstaat mit einander wetteiferten, wollte er in Zukunft ebenso schweigen wie in der Vergangenheit in ähnlichen Fällen. Denn sein Gewissen sage ihm, er habe sich während seiner langjährigen Parteileitung zwar manche Unregelmäßigkeit zu Schulden kommen lassen, wie dies bei einer so umfassenden Tätigkeit jedem mehr oder weniger begegnet wäre, aber im großen und ganzen sei er mit voller Kraft, mit redlichem Willen, unter vielfachen Opfern und nicht ohne Erfolg tätig gewesen![1])

Natürlich erblickten die Machthaber der Lassalleanischen Partei in dieser von ihren Gegnern eifrig vertriebenen Kundgebung des nun ebenso „wie Hofstetten, Bernhard Becker u. a.“ im Eisenacher[2]) Lager gelandeten Expräsidenten eine „Schmähschrift gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ und in Schweitzers Preisgabe des Präsidentenamts das Eingeständnis, daß sein jahrelanges Wirken nichts als Heuchelei gewesen wäre. In einer Berliner Mitgliederversammlung warf Hasenclever ihm vor, daß ihm das Steigen der Partei und des Organs sehr in der Nase stecke. Hasselmann aber beschuldigte ihn, unter dem Vorwand der Einigung Zwiespalt in den Verein zu bringen und besonders die Hamburger und Berliner Mitglieder gegen einander aufzuhetzen. Von einer Verschmelzung mit den Eisenachern wollten beide Redner solange nichts hören, wie zwei Parteiorgane bestünden, die im gegenseitigen Konkurrenzkampfe lägen. Es wurde eine Resolution angenommen, die ehrenrührige Beschuldigungen gegen die Motive von Schweitzers Vorgehen erhob. Das Berliner Beispiel fand an zahlreichen Orten Nachahmung, die Mitglieder in Dortmund taten ihren ehemaligen Präsidenten als ein „käufliches Individuum“ ab, die in Harburg als ein „Werkzeug anderer Parteien“, die in Chemnitz als einen „Jesuiten“, in Altona strafte man ihn „mit Verachtung“, und die Barmer entdeckten jetzt sogar die „Unbedeutendheit“ ihres früheren Reichstagsabgeordneten[3])! Nur in Hamburg wurde von der Bräuerschen Gemeinde eine für Schweitzer freundliche Resolution gefaßt. Dieser selbst schwieg zu alledem, wie er es im voraus angekündigt hatte, und auch eine Broschüre Tölckes[4]) konnte

[1]) An die Arbeiter Deutschlands. Herausgegeben von Hamburger Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Hamburg, Dezember 1872.

[2]) Auch der liberale Hamburgische Korrespondent, der sich sehr objektiv mit Arbeiterangelegenheiten befaßte, urteilte, daß Schweitzer mit seiner Kundgebung tatsächlich zur Bebel-Liebknechtschen Partei übergegangen wäre!

[3]) Vgl. Neuer Socialdemokrat 22. Dezember 1872 ff. bis 12. Januar 1873.

[4]) C. W. Tölcke, Zweck, Mittel und Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Ein Leitfaden für die Agitatoren, Bevollmächtigten und Mitglieder des Vereins. Berlin 1873, I. (einziger) Teil.

ihn nicht aus seiner Reserve herauslocken, obgleich sie das Märchen verbreitete, er wäre stets ein Verbündeter Liebknechts und der Gräfin Hatzfeld gewesen und hätte mit diesen gemeinsam die Arbeiterbewegung durch Veranstaltung von Scheinkämpfen ruiniert. Wenn Tölcke selbst diesen abgeschmackten Unsinn glaubte, so war er nicht ernst zu nehmen, glaubte er ihn aber nicht, so war er ein bösartiger Verleumder!

Schweitzers Aufruf zur Einigung war kein unmittelbarer Erfolg beschieden, die Kämpfe zwischen den beiden Fraktionen dauerten in einer so abstoßenden Form wie nur jemals noch Monate hindurch fort. Dennoch hatte er die Entwicklung, die sich notwendig vollziehen mußte, wozu freilich nicht mehr viel Scharfsinn gehörte, richtig vorgezeichnet. Seitdem im neuen Reiche die sachlichen Trennungspunkte zurücktraten, schufen die Fehden der Häuptlinge fast allein noch eine Scheidewand zwischen dem Proletariat der preußischen und der außerpreußischen Staaten. Die Vorbereitung der Reichstagswahlen, die auf den 10. Januar 1874 angesetzt waren, betrieben die beiden Parteien noch getrennt von einander. Aber es bedeutete doch schon einen Fortschritt, daß der Neue Socialdemokrat sich ausdrücklich bereit erklärte, während der Wahlzeit die Polemik gegen den Volksstaat einzustellen, und daß der Vorstand der Lassalleaner beschloß, bei Stichwahlen den Kandidaten der Eisenacher die Stimmen zu geben. Das Ergebnis der Wahlen war einer Versöhnung insofern günstig, als es die ungefähr gleiche Stärke beider Parteien dartat. Für die Lassalleaner, die es nur auf zwei Mandate in Schleswig-Holstein brachten, wurden 180 000, für die Eisenacher, die im Königreich Sachsen sechs Sitze eroberten, 171 000 Stimmen abgegeben. Im zweiten Wahlgang siegte noch Hasselmann in Schweitzers altem Wahlkreis Elberfeld-Barmen: in Berlin kam zum ersten Male ein Sozialdemokrat in die Stichwahl und Schulze-Delitzsch behauptete erst bei der zweiten Abstimmung sein Mandat gegen Hasenclever, der aber in Altona gewählt war!

Die Wahlschlacht hatte die feindlichen Brüderscharen einander näher gebracht, und auch im Reichstage selbst stellte sich mit der Zeit ein leidliches Verhältnis zwischen den beiderseitigen Abgeordneten her. Da fürchtete wohl die preußische Polizei, die Verschmelzung könne sich ohne ihre Nachhilfe vollziehen und erinnerte sich wieder einmal ihrer mephistophelischen Mission, etwas anderes zu schaffen, als sie beabsichtigte. Die Greuel des französischen Bürgerkrieges und die Weigerung der Eisenacher wie der Lassalleaner, sich gegen die Kämpfer der Pariser Kommune zu erklären, hatten im deutschen Bürgertum zu Anfang der siebziger Jahre zum ersten Male in großem Umfange eine übertriebene und auf Sachkenntnis nur selten beruhende Furcht vor dem roten Gespenst verbreitet, die von der Berliner Regierung geteilt oder doch ausgenutzt wurde. Verschärfungsanträge znm Kontraktbruch- und Preßgesetz, die vorläufig noch an dem Widerspruch der Liberalen scheiterten, zeigten sich bereits als Vorboten einer Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie. Vorläufig mußte sich

Bismarck notgedrungen bei seinem Vorgehen gegen die Klassenkampfparteien, deren Anschwellen die letzten Wahlen gezeigt hatten, mit solchen Schikanen begnügen, zu denen ihm eine aus der Reaktionszeit stammende Gesetzgebung hinreichende Handhaben bot. Im Januar 1874 war der Staatsanwalt Tessendorf, der in Magdeburg durch sein schneidiges Auftreten gegen die Sozialdemokratie die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hatte, nach Berlin berufen worden. Er entsprach den auf ihn gesetzten Erwartungen und beseitigte Schlag auf Schlag die meisten Vereine und Organisationen der beiden Parteien. Besonders in Schweitzers früheren Zeiten hatte beim Berliner Polizeipräsidium und auch bei den Gerichten die Ansicht vorgeherrscht, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein harmloser wäre als die preußenfeindliche Sozialdemokratie Liebknechtscher Färbung. Herr Tessendorf aber war ein gerechter Mann, er sorgte, indem er möglichst gleichviele Mitglieder der beiden Parteien der Freiheit beraubte, um so nachdrücklicher für die Herstellung von Gleichheit und Brüderlichkeit. In den ersten Monaten des Jahres 1874 wurden in Preußen nicht weniger als 87 Lassalleaner wegen Schmähung von Staatseinrichtungen, wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegen einander[1]) usw. zu insgesamt 211 Monaten und 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Im Juni kam dann der Hauptschlag. Durch eine Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten von Madai wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein unter Berufung auf den bekannten Paragraphen des Vereinsgesetzes vorläufig geschlossen, und diese Schließung wurde bald hernach durch ein gerichtliches Urteil bestätigt. Im Juli und August folgte die Auflösung fast aller in preußischen Städten bestehenden Mitgliedschaften, und dem gleichen Schicksale verfielen gewerkschaftliche Organisationen wie der Zimmererbund und der Schuhmacherbund. Der Allgemeine Deutsche Unterstützungsverband hielt es für ratsamer, „mit Rücksicht auf die Verhältnisse" noch bei Zeiten seiner Existenz selbst ein Ende zu machen! Wie das Vereinsrecht so war auch das Versammlungsrecht der Sozialdemokraten jetzt illusorisch geworden. Da Arbeiterversammlungen oft in den Verdacht gerieten, die Fortsetzungen geschlossener Vereinsorganisationen zu sein, so wurden sie ebenfalls aufgelöst.

Die Zerstörung der Organisationen der Lassalleaner räumte das letzte große sachliche Hindernis fort, das einer Verschmelzung beider Parteien im Wege gestanden hatte. Was aber den Stein zuletzt ins Rollen brachte, das war die Feindschaft zwischen Hasselmann, der à la Marat redete und schrieb und mit seinem Radikalismus die Massen bestrickte, und dem alten Organisationsfana-

[1]) Vgl. Mehring IV, p. 81. Engels behauptete in seinem blinden Haß gegen alles, was auf Lassalle zurückging, die Regierung verfolge die Lassalleaner nur, um dieser Bewegung wieder den Schein zu geben, als wäre sie ernst gemeint! Vgl. seinen Brief an Sorge vom 17. September 1874 in Briefe usw. p. 140.

tiker Tölcke und dem Präsidenten Hasenclever. Nachdem die Aussicht endgiltig geschwunden war, den Lassalleschen Verein in seiner alten Form wieder aufzurichten und am Leben zu erhalten, wandte sich im Herbst 1874 derselbe Tölcke, der sich noch ein Jahr zuvor in seiner Broschüre ganz unversöhnlich gezeigt hatte, an Geib und Auer, die beiden hervorragendsten Mitglieder des jetzt in Hamburg ansessigen Ausschusses der Eisenacher. Wohl im Einverständnis mit Hasenclever schlug er jenen beiden als maßvoll und versöhnlich bekannten Männern, die schon öfter zur Sachlichkeit im Kampfe mit den Lassalleanern geraten hatten, eine Einigung der beiden Fraktionen vor. Tölcke hätte Hasselmann und dessen näheren Anhang gerne davon ausgenommen, aber Geib und Auer ließen sich darauf nicht ein. „Alle oder keinen!" war ihr Leitsatz, und Tölcke fügte sich. Von dem wichtigen Anerbieten benachrichtigten die Hamburger natürlich sofort Liebknecht, der sich seit dem April wieder in Freiheit befand. Der griff mit beiden Händen zu und wurde jetzt mit Geib, Auer und York, der aber den Abschluß der Einigung nicht mehr erlebte, die treibende Kraft der ganzen Aktion. Nun entwickelten die Dinge sich glatt und schnell. In einer Konferenz der Reichstagsabgeordneten beider Parteien, von der jedoch der noch in Haft befindliche Bebel ausgeschlossen blieb, verständigte man sich am 15. Dezember im allgemeinen über die Hauptgesichtspunkte des künftigen Programms. Auf Geibs Frage, was für die Gegenpartei die unerläßliche Voraussetzung einer Verständigung wäre, antwortete Hasselmann: die beiderseitige rückhaltlose Anerkennung des Klassenkampfes. Damit waren die Eisenacher sofort einverstanden. Noch an dem gleichen Abend sprachen Hasenclever, Liebknecht, Hasselmann, Geib, Motteler, Vahlteich und Reimer in Berlin in einer großen gemeinsamen Versammlung beider Parteien zugunsten einer redlichen und ohne Überstürzung anzubahnenden Einigung. Mitte Februar 1875 trat dann die Konferenz zusammen, die das Programm und das Organisationsstatut für den Einigungskongreß, der vom 22. bis 27. Mai in Gotha stattfand, ausarbeiten sollte. Es stellten sich so geringe sachliche Gegensätze heraus, daß die Verhandlungen mehr den Charakter einer Redaktionskommission trugen[1]). Schon am 1. März durfte Hasenclever in einer Versammlung in Chemnitz verkündigen, daß der allgemeine Krieg gegen die Arbeiterbewegung die deutschen Arbeiter geeinigt hätte. Einige Tage später wurde der Entwurf des Programms und der Organisation der künftigen einheitlichen Partei der Öffentlichkeit übergeben. Von den Preßstimmen waren am beachtenswertesten zwei Leitartikel Hasselmanns im Neuen Socialdemokrat vom 30. April und 2. Mai. Dieser suchte darzutun, daß weniger oberflächliche Streitigkeiten als tiefer liegende Gründe, nämlich die aus der Art der Entstehung und Fortentwicklung der verschiedenen sozialistischen Gruppen entspringenden Besonderheiten der Agitation und Organisation den Spalt so lange Jahre hindurch offen gehalten hätten. Weder die

[1]) Bernstein in Neue Zeit XV 1.

Arbeitsstockung noch Tessendorfs Vorgehen wären die wirklichen Ursachen der Einigung, sondern der riesige Machtzuwachs der Arbeiterbewegung. Dadurch seien die alten trennenden Streitpunkte abgeschliffen worden, und die zunehmende Vertiefung der sozialistischen Erkenntnis in beiden Lagern hätte diese Entwicklung gefördert. Hasselmann wollte sogar leugnen, daß das vereinbarte Programm ein Kompromiß[1]) darstelle, und schloß seinen Artikel mit dem Ausruf, der anfänglich noch nicht völlig unangefochten blieb: Nicht mehr Lassalleaner und Eisenacher, sondern Sozialdemokraten!

Einen recht anderen Eindruck als Hasselmann erhielten Marx und Engels von dem Programmentwurf[2]), der in der Konferenz vom 14. und 15. Februar zustande gekommen war, und dem in Wahrheit der Charakter eines Kompromisses zwischen beiden Richtungen nicht gut abgesprochen werden konnte. Anfänglich hofften sie, durch einen privaten Meinungsaustausch mit Liebknecht entweder die Einigung auf einer den Lassalleanern in der Form so weit entgegenkommenden Grundlage gänzlich zu hintertreiben oder die Eisenacher zu bestimmen, auf der Gewährung weiterer Zugeständnisse zu bestehen. Sie waren sehr unzufrieden[3]), daß Liebknecht, Geib, Motteler u. a. einem „Wischiwaschiprogramm" zugestimmt hatten. Aber Liebknecht kannte die deutschen Verhältnisse besser als seine Londoner Freunde, und er wußte diesmal genau, was er tat und was er verantworten konnte. In einem Brief, den er am 21. April an Engels richtete, beharrte er auf seinem Standpunkt. Er schrieb: „Die *Mängel des Programms*, auf welche Du aufmerksam machst, sind unzweifelhaft vorhanden und waren uns auch von vorne herein klar, — sie ließen sich aber in der *Konferenz* nicht vermeiden, wenn anders die Einigungsverhandlungen nicht abgebrochen werden sollten. Die Lassalleaner .... kamen in Bezug auf einige spezifisch anstößige Punkte mit gebundenem Mandat. Wir mußten ihnen um so mehr nachgeben, als es für keinen von uns (und auch von den anderen) dem leisesten Zweifel unterlag, daß die Einigung *der Tod des Lassalleanismus* ..... Jedenfalls stand die Sache so: *entweder dieses Programm oder keine Einigung!* Es fragt sich demnach bloß, ob die Einigung ein zu erstrebendes Ziel und ob sie des gebrachten Opfers wert? Entschieden: *Ja!* Die Hasselmänner, Hasenclever usw. sind über Nacht keine Catone geworden, allein die Tatsache steht fest, daß die große Mehrzahl der Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, namentlich die Hamburg-Altonaer und Schleswig Holsteiner, durchaus

---

[1]) Hasenclever gab auf dem Gothaer Kongreß durchaus zu, daß es sich um ein Kompromißprogramm handle und handeln mußte.

[2]) Vgl. „Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms". Aus dem Nachlaß von Karl Marx Neue Zeit IX[1] (1891), E. Bernstein, zur Vorgeschichte des Gothaer Programms in Neue Zeit XV[1] (1897), Liebknecht, Karl Marx zum Gedächtnis a. a. O. und Liebknecht in Neue Zeit XV[1] p. 543.

[3]) Vgl. Bracke an Sorge April 1875 in Briefe usw. p. 143.

unkorrumpiert und daß die Berliner und Barmen-Elberfelder, wenn sie ein halbes Jahr mit uns zusammen waren, vollständig entfanatisiert und auf dem besten Wege sind, sich zu entlassallelieren. Einen Teil dieser tüchtigen Elemente, ich will sagen: die Hälfte, ja zwei Drittel der gesamten Mitgliedschaft hätten wir vielleicht ohne Einigung zu uns herüberziehen können, und ich hatte eine Zeitlang die Absicht, — aber die Gewißheit, daß wenn dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein nur der Kopf (in Gestalt des Neuen Socialdemokrat) bliebe, die abgerissenen Glieder bald nachwachsen würden, bestimmte mich für die Einigung! Die Führer der Lassalleaner, sehr wohl begreifend, daß mit der Isolierung von uns auch das Sektentum aufhören und die Grundlage des Lassalleglaubens zerbröckeln muß, entschlossen sich nur unter der pressure from without ihrer eigenen Leute die Einigung anzubieten, diese pressure from without machte sich aber auch geltend für Wahrung der Lassalleschen Lieblingsstichwörter. Kurz, wir gestanden zu, was wir mußten. Die Hauptmängel des neuen Programmentwurfs werden schon auf dem Kongreß sich beseitigen lassen (die schlechte Fassung des nationalen Paragraphen, das eherne Lohngesetz, die Gewissensfreiheit usw.); schwerlich jedoch der Produktivgenossenschaftsparagraph; indeß wird auch für diesen sich eine weniger Lassalleanische Form finden lassen. Soviel für heute; nur noch eins: wenn die Internationale nicht so schmählich Fiasko gemacht hätte, wären wir aller difficulties überhoben gewesen, denn man hätte das Programm der Internationale beiderseits als Programmbasis angenommen. Genug, — beruhigt Euch, wir werden die Einigungskrise gerade so gut durchmachen, wie alle anderen Krisen, und ich für meinen Teil wünsche nichts sehnlicher, im Interesse der Partei, als noch recht oft so über den Löffel barbiert zu werden, wie in dieser Sache. Praktisch und prinzipiell werden wir nicht zu Schaden kommen, you may be sure!" —

Gleich nach dem Abgang dieses Briefes scheint Liebknecht ein neues Schreiben aus London mit neuen und dringenden Bedenken empfangen zu haben, denn bereits am 23. schrieb er in dem gleichen Sinne wie zwei Tage zuvor noch einmal an Engels: „Die Einigung ist der Tod des Lassalleanismus und der vollständige Sieg des „Marxschen" Kommunismus über die Lassallesche Sektiererei. Um diesen Sieg zu erringen, wäre ich zu noch weiteren Konzessionen bereit gewesen, die gemachten Konzessionen bringen das neue Programm übrigens auch formell nicht hinter das Eisenacher zurück. Der volle Arbeitsertrag nach § 10 des letzteren war ja Lassalleanismus tout pur, so rein wie die Lassalleschen Fetzen des neuen. Ohne die Einigung hätten wir ein radikaleres Programm angefertigt, aber dieses mangelhafte Programm mit der Einigung ist mir tausendmal lieber als das perfekteste Programm ohne Einigung."

Marx aber konnten diese durchaus den Tatsachen entsprechenden Darlegungen

Liebknechts nicht überzeugen, und am 5. Mai richtete er an Bracke eine für die führenden Persönlichkeiten der Eisenacher bestimmte ausführliche Denkschrift, in der er das Kompromiß als „Prinzipienschacher" verurteilte, gegen das „verwerfliche und die Partei demoralisierende Programm" auf das schärfste Stellung nahm und alle Punkte desselben mit kritischen Randglossen versah. Unter Ausfällen auf Lassalle selbst und die spezifisch Lassalleanischen Schlagworte, die in dem Entwurf standen, verlangte er von seinen Freunden, lieber vorerst auf eine Verschmelzung zu verzichten und sich mit einem losen taktischen Bündnis zu begnügen, als Konzessionen zu machen, die sie nicht verantworten könnten. Ihn ärgerte am meisten die wissenschaftliche Unzulänglichkeit der allgemeinen Sätze, die noch in der mehr ideologischen Sphäre der vulgären Lassalletradition blieben und jene „realistische Auffassung" verleugneten, von der er fälschlich annahm, daß sie der Eisenacher Partei „mühevoll beigebracht worden sei", während doch selbst ihre Führer noch kaum etwas davon ahnten! Das Schlagwort von der einen reaktionären Masse bekämpfte er, weil er seinem Rivalen Lassalle vorwarf, es erfunden zu haben, um seine Allianz mit den absolutistischen und feudalen Gegnern wider die Bourgeoisie zu beschönigen. Von dem Paragraphen[1]) über das nationale Problem, der freilich hernach in seinem Sinne geändert wurde, behauptete er nicht ohne Übertreibung, er folge dem Wege Lassalles, der die Arbeiterbewegung „vom engsten nationalen Standpunkt" betrachte, die deutsche Partei schwöre darin dem Internationalismus ab, und dieses internationale Bekenntnis stünde noch unendlich tief unter dem der Freihandelspartei! Die Übernahme des ehernen Lohngesetzes, das den Wert der Arbeit mit dem Wert der Arbeitskraft verwechsle, galt ihm als ein Attentat gegen die „in der Parteimasse verbreitete Einsicht" und die der Produktivgenossenschaften, dieses „Heilmittels des Propheten", als ein Hinuntersteigen vom Standpunkt der Klassenbewegung zu dem der Sektenbewegung! Die Staatsauffassung Lassalles war Marx ein Dorn im Auge. Ihm war der Staat nur „die Regierungsmaschine", und die Freiheit bestand für ihn darin, ihn aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln. Er bekämpfte die Anschauung, als ob der Staat ein selbständiges Wesen mit eigenen geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen sein könnte!

Den demokratischen Teil des Programms nannte Marx „ein bloßes Echo der bürgerlichen Volkspartei, des Friedens- und Freiheitsbundes". Diese weltbekannte Litanei sei in manchen außerdeutschen Staaten bereits realisiert, ein

[1]) Der Passus lautete ursprünglich: „Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zunächst im Rahmen des heutigen nationalen Staats, sich bewußt, daß das notwendige Ergebnis ihres Strebens, welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völkerverbrüderung sein wird."

„Zukunftsstaat" von solchem Kaliber wäre also nur „heutiger Staat". Doch sogar alle jene schönen Sächelchen wären bloß in einer demokratischen Republik am Platz, und es sei eine Finte, sie von einem mit parlamentarischen Formen verbrämten, mit feudalem Beisatz vermischten, schon von der Bourgeoisie beeinflußten, bureaukratisch gezimmerten, polizeilich gehüteten Militärdespotismus zu verlangen! Selbst die vulgäre Demokratie, die in der demokratischen Republik das tausendjährige Reich sehe und keine Ahnung davon habe, daß gerade in dieser letzten Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft der Klassenkampf definitiv auszufechten sei, selbst sie stehe noch berghoch über dieser Art von Demokratentum „innerhalb der Grenzen des politisch Erlaubten und logisch Unerlaubten". Den Forderungen der Volkserziehung durch den Staat stellte Marx das Paradoxon der Staatserziehung durch das Volk entgegen, die Freiheit der Wissenschaft fand er auch schon in der preußischen Verfassung, die Gewissensfreiheit kam ihm zu sehr vom „bürgerlichen Niveau"!

Der Verfasser des „Kapital" schloß seine Kanonade auf das Gothaer Programm mit einem: „Dixi et salvavi animam meam". Aber man darf sagen, daß das Schriftstück ebenso sehr von der unvergleichlichen wissenschaftlichen Größe dieses Mannes und seiner Zeitalter umspannenden Art des historischen Begreifens Zeugnis ablegt, wie von seiner Unfähigkeit, aus der Vogelperspektive herunterzusteigen und, was Schweitzer so gut konnte, und was diesmal auch Liebknecht vermochte, eine einzige gegebene Situation abzugrenzen und auszunutzen. Sein Denken war seiner Zeit zu ungeduldig voraus, als daß es sich der trägen Widerstandskraft in den Köpfen der Massen und in den historischen Verhältnissen genügend anzupassen vermochte. Marx' Auffassung der Sachlage verzerrte sich übrigens auch dadurch, daß er, wie alle namhaften sozialdemokratischen Geschichtsschreiber zugeben, die sozialistische Durchbildung des Begreifens und Wollens bei den Eisenachern ebenso sehr überschätzte, wie er die Lassalleaner unterschätzte. Er soll nicht einmal mit einiger Regelmäßigkeit den Neuen Socialdemokrat gelesen haben, und so machte er sich selbst von dem Radikalismus der Lassalleaner auf sozialem Gebiet eine unzureichende Vorstellung!

Auf dem Einigungskongreß war Liebknecht der Referent über den Programmentwurf, und in seiner Verteidigung dieses Werkes, dessen Kompromißcharakter er nicht leugnete, beschäftigte er sich auch, ohne Nennung des Namens, mit einigen der hauptsächlichsten Einwände des Marxschen Briefes. Hier nahm er das Schlagwort von der *einen reaktionären Masse* in Schutz, das er früher stets bekämpft hatte, und vergebens bemühten sich Bebel und Vahlteich, seine Streichung aus dem Programm durchzusetzen. „In der Tat gibt es heutzutage doch nur zwei große einander gegenüberstehende Klassen, die Besitzenden und die Nichtbesitzenden", rief Liebknecht hier aus, „alles Dazwischenstehende verschwindet, wie wir täglich beobachten können. Die Kleinbürger und die Kleinbauern gehören in Wirklichkeit zur Arbeiterklasse und haben darum mit

den Arbeitern zu gehen." Im Hinblick auf das Verhältnis der neuen Partei zur internationalen Arbeiterbewegung räumte der Redner ein, daß dieses Moment im ersten Entwurf nur einen sehr mangelhaften Ausdruck gefunden hätte. Er schlug eine vom Kongreß auch angenommene neue Fassung vor, die besagte, daß die deutsche Arbeiterpartei, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, entschlossen sei, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr der internationale Charakter der Arbeiterbewegung auferlege! Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, die aus diesem Vereinigungskongreß hervorging, nannte Liebknecht hier das „deutsche Armeekorps der großen international-kosmopolitischen Arbeiterarmee!" Von dem Programm als ganzem bemerkte er ausdrücklich, daß es „kein steinernes Dogma", „kein papierener Papst" wäre, und daß man es deshalb bei eintretendem Bedürfnis ändern werde. Eine Partei des Fortschritts, wie die Sozialdemokratie, könne sich unmöglich das Joch eines unabänderlichen Programms auferlegen!

Der Kongreß, der aus 73 Lassalleanischen Delegierten mit 15 322 Stimmen und 56 Eisenacher Delegierten mit 9121 Stimmen bestand, nahm den Verlauf, den die Einberufer sich von ihm versprochen hatten. Das Gothaer Programm in seiner endgültigen Fassung enthielt freilich die Lassalleanischen Schlagworte von der einen reaktionären Masse, vom ehernen Lohngesetz, von den Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe (aber unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes); doch dafür entsprach die Betonung des internationalen Charakters der Bewegung sowie die Forderung, daß die Befreiung der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erfolgen müsse, der Marxistischen Gedankenwelt. Wenn Marx trotzdem den Kongreß einen Sieg des Lassalleanismus nannte, obgleich dieser neben manchem anderen seine monarchische Organisation mitsamt des Präsidentenamts geopfert hatte, so lag es tatsächlich nur an seiner Unkenntnis der Machtverhältnisse und der Gesinnungen und Gefühle in der deutschen Arbeiterwelt. Noch vier Jahre später erklärte er die Verschmelzung mit den Lassalleanern für einen großen Bock, der eine Demoralisation in der Partei vorbereitet hätte[1]). Unter den deutschen Führern teilte damals hauptsächlich Bracke, der ehemalige Lassalleaner, mit Marx die Ansicht, daß Liebknecht sich von Hasselmann hätte über den Löffel barbieren lassen[2]). Ende Juni, als die Einigung bereits vollzogen war, tadelte er in einem Brief an Engels[3]), daß Liebknecht die Einigung um jeden Preis gewollt hätte: „Daher denn eine Masse Rücksichten, von denen eine ganze Masse rein unnütz war: Rücksicht auf die fanatische Anhänglichkeit an Lassalle und die von diesem gelernten Schlag

[1]) Marx an Sorge 19. September 1879, vgl. Briefe usw. p. 162.

[2]) Brief vom April 1875 an Sorge ibid. p. 143.

[3]) Vom 28. Juni (ungedruckt). Noch 1887 tadelte Engels Sorge gegenüber Liebknecht, weil er alle Gegensätze durch Auflösung in Phrasen zu vertuschen suche und wegen seiner Sucht „äußere momentane Erfolge zu erreichen" a. a. O. p. 256.

wörter, Rücksicht auf das Corps der bezahlten Agitatoren des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (eine Lumpenbande zum überwiegenden Teil), Rücksicht auf Herrn Hasenclever, der sehr beschränkt aber Eigentümer des Neuen Socialdemokrat ist." Bracke selbst hielt alle diese Rücksichten für überflüssig: die Stockfanatiker würden dennoch abfallen[1]), und die überwiegende Masse der Arbeiter wäre auch ohne so viele Rücksichtnahme zu gewinnen gewesen! Trotzdem teilte dieser Kritiker, soweit es sich um die Beurteilung der Zukunft handelte, in vollem Umfange den Optimismus Liebknechts. Darauf aber kam es in diesem Falle in erster Reihe an. Auch er zweifelte nicht, daß seine Partei mit ihrer „theoretischen Einsicht" die große Masse der Lassalleaner bald durchdrungen haben würde! Und so geschah es auch: die strenge Disziplin, die Zentralisation, die scharfe Betonung des Klassengesichtspunktes, die Abschließung gegenüber allen bürgerlichen Parteien, die Teilnahme an der parlamentarischen Arbeit und manche anderen Wesenszüge der heutigen Sozialdemokratie stammen von Lassalle und Schweitzer, aus der Schule des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, aber das wissenschaftliche Rüstzeug der Partei, ihr internationales und ihr innerpolitisch intransigentes Programm ist, soweit es sich auf eine einzelne Person zurückführen läßt, Marxistischen Ursprungs! Liebknecht war jedenfalls völlig im Recht, wenn er fünf Monate nach dem Gothaer Kongreß Triumph rief über die endgültige Niederlage der cäsaristischen Tendenzen in der deutschen Sozialdemokratie, die er in der Person Schweitzers so hartnäckig bekämpft hatte. Er schrieb am 25. Oktober 1875 an Engels: „Hasenclever ist abgetreten, der ganze Vorstand ist „ehrlich". Der Lassalleanismus spukt noch in einer Anzahl von Hamburg-Altonaer Mitgliedern; in Berlin und dem Rheinland fast gar nicht mehr. Die hervorragenden Eiferer sind fast ausnahmslos bekehrt, es ist jetzt nur noch der Schwanz, der spasmatisch zuckt, nachdem der Kopf abgehauen. . . . . . Mich wollten die Hamburger rüffeln, weil ich Lassalles Todestag im Volksstaat nicht erwähnt. Ich machte sie auf das Blödsinnige des Messias-Lassalle-Kultus aufmerksam, sagte ihnen überhaupt sehr gründlich die Wahrheit, und sie sind beruhigt. Ich stehe persönlich auf bestem Fuß mit den Leuten . . . . und bürge dafür, daß es bald klar sein wird in den Köpfen!"

Liebknecht durfte diesen Siegeshymnus anstimmen, denn fortan stand die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands unter der unbestrittenen Herrschaft des von Bebel und ihm vertretenen Geistes. Der Mann, mit dem sie den schweren und großen Kampf Jahre hindurch geführt hatten, überlebte nicht lange den Zusammenschluß der Partei, den er zuerst verzögert und hernach selbst angeraten

---

[1]) Vgl. hierzu Liebknecht in Neue Zeit 1897 p. 543 „Wir hätten zweifellos einen Teil der Lassalleaner für ein wissenschaftlich korrekteres Programm gewonnen, allein dann hätte der Bruderkrieg noch lange gedauert und der Groll noch länger."

hatte. Schon am 28. Juli 1875 verschied Johann Baptist von Schweitzer am Gießbach in der Schweiz in den Armen seiner treuen Gattin. Eine Lungenentzündung machte seinem Leben ein Ende, als er eben erst das zweiundvierzigste Jahr überschritten hatte. Die deutsche Bühne verlor in diesem Manne einen ihrer fruchtbarsten und erfolgreichsten Lustspieldichter, von dem Paul Lindau in seinem schönen Nachruf in der „Gegenwart" schrieb, daß er als Dramatiker noch nicht die Kinderschuhe ausgezogen und mit seinem kräftigen und gesunden Talent vielleicht noch einen Gipfel erklommen hätte! Als Politiker war Schweitzer schon bevor er starb ein toter Mann!

Am 7. Oktober bewegte sich dann ein kleiner Trauerzug vom Portale des Frankfurter Friedhofs, an Schopenhauers Ruhestätte vorüber, zu jenem Teile des weitläufigen Totenackers, wo die Grüfte der alten Patriziergeschlechter sich befinden. Der greise Bürgermeister der einstigen freien Reichsstadt Dr. Karl Franz von Schweitzer und andere Vertreter der freiherrlichen und der nicht freiherrlichen Linie der Familie Allesina von Schweitzer hatten sich eingefunden, um ihrem Verwandten die letzte Ehre zu erweisen, und der katholische Geistliche fehlte ebenfalls nicht bei der Beisetzung des Verfassers von „Der Zeitgeist und das Christentum". Wo er einst begonnen hatte, da schloß sich wieder der Ring, und die Mächte des Herkommens und der Autorität, die an der Wiege des Erstgeborenen des Braunschweigischen Kammerjunkers gestanden hatten, reichten sich wiederum die Hände am Grabe des adligen Sozialdemokraten!

Als ein Vierteljahrhundert später Schweitzers siegreichen Gegner die Sense des Allbezwingers traf, da folgte der Leiche Wilhelm Liebknechts, trotz des heißen Sonnenbrands und des fünf und eine halbe Stunde weiten Weges, durch die endlosen Straßen Berlins der dumpfe Schritt von vielen Zehntausenden von Arbeitern. An jenem Herbsttage aber, wo Schweitzers Gebeine in die Erde gesenkt wurden, sah man nicht die kleinste Deputation, nicht den ärmlichsten Kranz gespendet von jenem Proletariat, für dessen Sache er die Kräfte seiner besten Jahre hingegeben hatte. Das war eine Undankbarkeit! Aber die Liebe des Volkes fließt nicht aus dem Verstande. Sie kommt aus dem Herzen, und nicht so sehr den Geist ehrt das Proletariat bei den Männern, die ihm in seinem historischen Kampfe zur Seite stehen, als den Grad der Hingebung, mit der sie ihm dienen.

„Halt hoch die Fackel,
Hier lernst du mehr, als meine Worte lehren,
Mehr als der Stern, der Strom, die Blume zeigen —
Das Menschenherz siehst du enthüllt vor dir —
Das Menschenherz regiert auf dieser Erde."

Unsichtbar wird Schweitzers Sokrates diese Worte am Grabhügel des Mannes gesprochen haben, der ihre Wahrheit hier, an seinem Grabe, erfuhr!

Noten.

I.

(Zu Kapitel I.)

Stammbaum der Familie Allesina von Schweitzer.

Johann Maria Allesina
vermählt 1724 mit
Francisca Clara Brentano
geb. 1705

Franz Maria Suaizer vermählt 1752 mit Paula Maria Allesina
Kurfürstl. Pfälzischer Geheimer Kommerzienrat (einziges Kind)

Johann Maria Schweitzer von Cavrilla, * 1753 † 1813 franz. Oberst, nachher bayr. Oberst

Karl Franz * 1754 † 1826, seit 1816 Allesina von Schweitzer, russischer Major, vermählt mit Maria Augusta de Winne aus Venedig, verwitwete Correr

Johann Baptista seit 1816 Allesina von Schweitzer, * 1757 † 1832, Fürstlich primatischer Direktorialrat, vermählt 1793 mit Anna Elisabetha Walburgis von Barozzi * 1774 † 1851

Anton Maria seit 1816 Allesina von Schweitzer, * 1760 † ?, bayr. Geheimrat, vermählt mit Wilhelmine von Barozzi

Kinder des Karl Franz:

Eleonor Johann Paul Ferdinand * 1799 † 1877, seit 1844 Freiherr Allesina von Schweitzer, bad. Gesandter in Rom, vermählt mit Marie Freiin von Weiler

Nachkommen in preußischen und badischen Diensten.

Johann Maria Ludwig Theodor, * 1805 † 1886, seit 1844 Freiherr Allesina von Schweitzer, Hauptmann im Frankfurter Linienbataillon, später preuß. Major

Kinder des Johann Baptista:

Karl Theodor * 1795 † 1844

Franz Karl Ludwig * 1800 † 1868, vermählt 1832 mit Margaretha Emilie Berly * 1805 † 1873 in Darmstadt

Karl Armand * 1806 † 1876 in Darmstadt

Kind des Anton Maria:

Karl Franz, Schöff, Senator und Bürgermeister der freien Stadt Frankfurt 1845 und 1848, * 1800 † 1880, vermählt 1831 mit Antonie Brentano-Laroche

Kinder des Franz Karl Ludwig:

Johann Baptist, Dr. jur., * 1833 † 1875, vermählt mit Clara Antonie Menschel

Georgine * 1838 † 1906, vermählt mit Gutsbesitzer Wolff

Emilie * 1857, vermählt mit Friedrich von Schweitzer

Friedrich * 1841 † 1908, Österr. Hauptmann a. D., vermählt mit Emilie Wolff

3 Töchter

Armande * 1843, verheiratet in Berlin

Kinder des Karl Armand:

Georg Wilhelm * 1832, Österr. Hauptmann a. D., Gutsbesitzer bei Krems in Niederösterreich

Karl Friedrich Maria * 1863

Wilhelm Franz * 1835 † 1869, Österr. Hauptmann im Generalstab

---

II.

(Zu Kapitel I.)

Goethe und die Familie von Schweitzer.

In den Werken ihres großen Landsmanns wird der Vorfahren Johann Baptists von Schweitzer besonders an zwei Stellen Erwähnung getan. Als Goethe auf der Reise nach Italien, am Gardasee in Malcesine, zum ersten Male den Boden der Republik Venedig betrat, lief er Gefahr, wegen Abzeichnen eines Turmes als österreichischer Spion verhaftet zu werden. Er hatte vor dem Podestà einen langen Verhör auszustehen, der für ihn vielleicht peinlich ausgefallen wäre, wenn er sich nicht einem Einwohner des Ortes gegenüber, der in Frankfurt bei Bolongaro in Stellung gewesen war, als Frankfurter und guter Kenner der dortigen Familien italienischer Abstammung ausgewiesen hätte. „Ich erzählte ihm", berichtet Goethe, „von den sämtlichen italienischen Familien, deren mir keine fremd geblieben; er war sehr vergnügt, manches Einzelne zu hören, zum Beispiel, daß der Herr Allesina im Jahre 1774 seine goldene Hochzeit gefeiert, daß darauf eine Medaille[1]) geschlagen worden, die ich selbst besitze; er erinnerte sich recht wohl, daß die Gattin dieses reichen Handelsherrn eine geborne Brentano[2]) sei. Auch von den Kindern und Enkeln dieser Häuser wußte ich ihm zu erzählen, wie sie herangewachsen, versorgt, verheiratet worden und sich in Enkeln vermehrt hätten"[3]). Goethes nähere Beziehungen zu der Familie von Schweitzer-Allesina entstanden, wie er selbst in Dichtung und Wahrheit berichtet, um die Zeit der oben erwähnten goldenen Hochzeit von Johann Maria Allesina und seiner Gattin Francisca Clara geb. Brentano. Kurz vorher, am 9. Januar 1774, hatte seine gute Freundin Maxe La Roche den eifersüchtigen und nicht mehr ganz jungen Kaufmann Brentano geheiratet, einen nahen Verwandten der Allesina-Schweitzerschen Familie. Im dreizehnten Buch von Wahrheit und Dichtung[4]) lesen wir: „Ich kam mit der Allesina-Schweitzerischen und andern Familien gleichfalls in Berührung und mit den Söhnen in Verhältnisse, die sich lange freundschaftlich fortsetzten, und sah mich auf einmal in einem fremden Zirkel einheimisch, an dessen Beschäftigungen, Vergnügungen, selbst Religionsübungen ich Anteil zu nehmen veranlaßt, ja genötigt wurde". Als Goethe sich 1814 nach langer Pause wieder einmal längere Zeit in seiner Heimatstadt aufhielt, verkehrte er dort mit einem Mitglied der Familie, das wohl fälschlich als „der Schöff" Schweitzer angeführt wird und mit dessen Schwester Marie Wilhelmina. Es soll sein einstiger Spielkamerad gewesen sein, von dem in den beiden ältesten von Goethe erhaltenen Briefen vom 23. Mai und 2. Juni 1764 die Rede ist, in denen er ihn als einen seiner besten Freunde bezeichnet. Wolfgang bewarb sich damals um die Aufnahme in die „Arkadische Gesellschaft", deren Aufseher für Frankfurt Karl von (?) Schweitzer, mit Bundesnamen Alexis, war. Dieser Karl von (?) Schweitzer wird von Loeper als ein Sohn Franz Marias und Paula Allesinas bezeichnet, er müßte also mit deren zweitem Sohn Karl Franz identisch sein, der fünf Jahre jünger als Goethe war. Der Arkadischen Gesellschaft gehörten sehr junge Leute an; daß sie aber in Frankfurt einen Aufseher von zehn Jahren gehabt haben sollte, wäre verwunderlich, zumal das Aufnahmealter mit 12 Jahren angegeben wird[5])! Herr Dr. Alexander Dietz, einer genauer Kenner des Stammbaums der Familie, ist nun der Ansicht, daß Alexis kein Mitglied der katholischen Familie Allesina

---

[1]) Über diese Medaille vgl. Archiv für Frankfurter Geschichte und Kunst VII, 37. Die goldene Hochzeit fand am 30. Mai 1774 auf dem Gut Sindlingen bei Höchst statt, das schon damals dem Schwiegersohn der Familie gehörte. Goethe befand sich unter den Gästen.

[2]) Vgl. den Stammbaum in Note I.

[3]) Sämtliche Werke (Jubiläumsausgabe) Bd. 26, p. 34.

[4]) Jubiläumsausgabe Bd. 24, p. 168.

[5]) Vgl. Loepers Anmerkungen zu Wahrheit und Dichtung in Goethes Werken (Hempel) Bd. 20, p. 237.

von Schweitzer, sondern niemand anders als der nachmalige Schöff und Bürgermeister Friedrich Carl Schweitzer (1749 bis 1808) gewesen wäre, dem die Sachsenhäusener aus Dankbarkeit für seine mutige Haltung in den schlimmen Septembertagen von 1796 die Pferde ausspannten, um ihn dann selbst im Triumph nach dem Römer zu ziehen, wie Elisabeth Goethe damals ihrem Sohne berichtete. Als Goethe 1814 in Frankfurt weilte, verkehrte er mit Karl Franz von Schweitzer-Allesina, der damals mit mehreren Geschwistern das prächtige Familienpalais auf der Zeil, den späteren Russischen Hof, bewohnte.

III.

Schweitzers Vergehen in Mannheim.

Da die Akten über den Prozeß nicht mehr existieren, so ist man für die Kenntnis der Vorgänge, ohne die eine richtige psychologische Wertung des Falles nicht möglich ist, auf einen Bericht angewiesen, der mit Benutzung der Mannheimer Akten im Juli 1867 vor dem Zuchtpolizeigericht in Elberfeld erstattet wurde, als dieses Schweitzer wegen der Verbreitung seiner Broschüre über den „Kapitalgewinn und den Arbeitslohn“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilte. Die Rheinische Zeitung in Düsseldorf vom 13. Juli 1867 brachte einen ausführlichen Bericht, den das Liebknechtsche Demokratische Wochenblatt vom 31. Juli 1868 noch einmal nachdruckte. Es wird dort festgestellt, daß der Angeklagte am 4. August 1862 morgens zwischen neun und zehn im Mannheimer Schloßgarten unter dem Verdacht verhaftet wurde, daselbst einen Knaben von unter vierzehn Jahren zur Vornahme einer unsittlichen Handlung verleitet zu haben. Da der Knabe aber entlaufen war, und sein Alter deshalb nicht ermittelt werden konnte, so erfolgte die Verurteilung nicht wegen eines Verbrechens gegen die Sittlichkeit, sondern nur wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses durch öffentliche Verübung einer unsittlichen Handlung. Der Vorfall mußte in einer Note erwähnt werden, weil Gegner Schweitzers diese Verirrung einer traurigen Stunde in geschmackloser Weise im politischen Kampfe gegen ihn ausgebeutet haben. In einer dort nicht abgedruckten Zuschrift vom 13. Juli 1867 an das Braunschweiger Tageblatt, das im Anschluß an den Elberfelder Prozeß auf eine taktlose Art den Fall aufrührte, betonte Schweitzer, daß das Mannheimer Urteil nicht als feststehend erachtet hätte, daß eine unsittliche Handlung mit irgend jemand oder auch nur der Versuch dazu vorgefallen wäre. Das Urteil habe nichts anderes als feststehend angenommen als die angebliche Vornahme einer unzüchtigen Handlung. Aber selbst dieser angeblichen unzüchtigen Handlung könnte er sich nicht schuldig bekennen. Er habe von Anfang an das ganze Urteil, so wenig es auch im Vergleich zu dem, was man daraus machen wolle, enthielte, für unbegründet erklärt, und dabei beharre er. Alle, die ihn kennten, seien von der Wahrheit seiner Aussage überzeugt! Das einzige Wahre an dem Bericht des Braunschweiger Tageblattes sei, daß trotz der ungeheuersten Anstrengung der Behörden, in einer verhältnismäßig kleinen Stadt, der betreffende Knabe nicht ermittelt worden sei; er wurde es nicht, weil er nie existiert habe. Am Schluß seiner Zuschrift geißelte Schweitzer die Gehässigkeit von Leuten, denen kein anderes Mittel gegen die von ihm vertretene Sache zu Gebote stünde, und die deshalb längst vergangene Dinge aufrührten[1]). Hierzu sei bemerkt, daß noch lebende Persönlichkeiten in Frankfurt und Berlin, die mit Schweitzer näher bekannt waren, niemals Anzeichen von unnormalen Neigungen bei ihm wahrgenommen haben. Für das weibliche Geschlecht soll er ein lebhaftes Interesse gezeigt haben. Die Aussagen seiner nahen Verwandten lauteten in dieser Hinsicht weniger bündig. Die Groß-

---

[1]) Vgl. das Flugblatt über die Verhandlungen und Beschlüsse der am 29. Juli 1867 im Odeon zu Braunschweig abgehaltenen Arbeiterversammlung (Druck von Berglein und Limbach in Braunschweig).

mutter, die ihm sehr nahe stand, soll nicht an die Normalität seiner Sexualveranlagung geglaubt haben. Der an anderer Stelle erwähnte Bericht des preußischen Ministerresidenten in Frankfurt hebt übrigens ebenfalls hervor, daß Schweitzer ein Vergehen gegen die Sittlichkeit nicht nachgewiesen werden konnte, und daß er nur wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses bestraft worden sei.

Note IV.

Ein unbekannter Brief Lassalles an Schweitzer.

Lieber Schweitzer:

Heut ist der 21te, ohne daß ich seitdem von Ihnen oder Hofstetten das Geringste gehört. Am 25ten reise ich von hier nach Düss. ab. Treffe ich Sie u. Hofst. auch dort nicht, so hoffe ich sicher, Sie beide in Frankfurt zu treffen. Ich habe mit Ihnen besonders noch wegen des „Nordsternprojektes“ zu sprechen, über das ich weiter nachgedacht. Seine Ausführung ist sehr nöthig u. ich werde Ihnen einiges, wie ich glaube Ihnen Zweckdienliches vorschlagen können.

Die Kreuzztg. v. 19. Juni (Nr. 141 Beilage) hat nun meine „Erwiderung[1])“ gebracht. Die Nachworte der Redaktion sind äußerst komisch.

Um eine Nachricht bittend, herzlichst

Ihr

F. Lassalle.

Ems, 21. Juni [1864.]

(Das Original dieses bisher unbekannten Briefes gehört Fräulein Julia Virginia Scheuermann in Frankfurt, der ich für die Überlassung der Abschrift zu großem Dank verpflichtet bin.)

V.

(Zu Kapitel VI und VII.)

Friedrich Albert Lange und die Taktik Schweitzers in den Jahren 1865 und 1866.

Die wertvollste zeitgenössische Kritik des Politikers Schweitzer während der beiden ersten Jahre seiner Führerschaft lieferte F. A. Lange in seinem „Boten vom Niederrhein“. Diesem Blatt war kein langes Leben beschieden, am 1. Oktober 1865 erschien die erste, vier Tage vor der Schlacht bei Königgrätz die letzte Nummer der dreimal wöchentlich herauskommenden Zeitung. Nun waren jedoch gerade diese neun Monate für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung besonders ereignisreich, und so erhielt der Verfasser der „Arbeiterfrage“, der das Blättchen ohne anderweitige Hilfe redigierte, eine ausreichende Gelegenheit, um darin seine Ansichten über die prinzipiellen und taktischen Gegensätze innerhalb der damaligen Demokratie auf seine phrasenlose Art darzulegen.

F. A. Lange nahm eine isolierte Stellung ein inmitten der Kämpfe, die, besonders seit dem Auftreten Bismarcks und Lassalles, die durch kein einheitliches Parteiband zusammengeschlossene deutsche Demokratie erregten. Ohne deshalb andere, die sich besser als er zu Parteigängern eigneten, gering einzuschätzen, darf man von diesem Manne behaupten, daß er zu ehrlich, zu kenntnisreich, zu selbständig und zu weitblickend war, um sich mit Haut und Haaren einer der bestehenden politischen Parteien verschreiben zu können. Vom linken Flügel der Liberalen trennte ihn besonders ihre Lauheit gegen das allgemeine Stimmrecht, ihr manchesterlicher Standpunkt und ihre Vernachlässigung der Arbeiterfrage. Über die soziale Wirksamkeit von Schulze-Delitzsch dachte Lange im Grunde nicht viel anders

[1]) Auf Herrmann Wageners Kritik des Bastiat-Schulze.

als Lassalle: auch er warf ihm seine falsche Beurteilung des Lohnarbeiterstandes vor, dem er erst ein wenig entgegenkäme, seitdem ihm dieser durch die Kraft und Selbständigkeit seines Auftretens imponiere. Er konstatierte gern, daß die Gegensätze zwischen dem Vereinstag deutscher Arbeitervereine, dessen Ausschuß er angehörte, und dem Genossenschaftstag Schulzes sich mit jedem Jahr vertieften. Während jener die Selbsthilfe der kleinen Bourgeoisie vertrete, habe im Vereinstage die Selbsthilfe des wirklichen Arbeiterstandes eine Stätte gefunden. Auch spottete Lange wohl über die fanatischen Gefolgsmänner Schulzes, „welche die Arbeiterfrage gelöst zu haben glaubten, wenn sie einen Konsumverein von Handlungsgehilfen und Postsekretären fertig hätten". Aber selbst für die neue deutsche Volkspartei, von deren Begründern einige mit ihm zusammen im Ausschuß des Verbandes deutscher Arbeitervereine saßen, konnte Lange sich nicht von Herzen erwärmen. Viele, „die diese Partei im Munde führten", waren für ihn Manchesterleute, andere nur Protestler gegen die preußische Annexionspolitik, wieder andere, besonders die Schwaben, wollten von sozialen Reformen nichts wissen. Dem Redakteur des Duisburger Arbeiterblättchens schien es auch nach der großen Volksversammlung im Frankfurter Zirkus das richtigste, die „weitere Entwicklung der Volkspartei abzuwarten und einstweilen" seinen „eigenen Weg zu gehen". Dabei war er nicht weniger als Liebknecht davon überzeugt, daß höchstens durch eine Zusammenfassung aller demokratischen Richtungen in Deutschland das Joch der Reaktion zu brechen wäre, und deshalb folgte er allen Organisationsbestrebungen der Demokratie im Süden wie im Norden mit der größten Aufmerksamkeit, obgleich der Denker in ihm dem Politiker verbot, ein sacrificium intellectus an einen Organisationsversuch zu wenden, dem er sichtlich keine wirklich großen Erfolge zutraute. Dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein brachte Lange eine unverhohlene Sympathie entgegen und sah in ihm, damals noch mit Recht, die einzige wirklich als solche organisierte deutsche Arbeiterpartei! Dennoch wurde ihm das Zusammenarbeiten mit dieser Richtung durch deren „freier Männer ganz unwürdigen Personenkultus" sehr erschwert. Schon an der Fortschrittspartei tadelte er „die von oben herab verschriebene Glaubenslehre" und „das päpstliche Regiment der Berliner Parteiführer." Bereits deren Parteidisziplin galt ihm als „ein kindischer Fehltritt unseres politischen Anfängertums". In seinen Augen durfte eine wirkliche Volkspartei nicht durch ein paar Führer von oben herab regiert werden, einzig davon müsse sie ihr Heil erwarten, daß eine selbständige politische Erkenntnis die Massen in Stadt und Land immer mehr durchdringe. Nun hatte Lange frühzeitig begriffen, daß unter dem indirekten Einfluß des toten Lassalle (dieses betonte er gegenüber Sonnemann) sich in den Arbeiterbildungsvereinen der sozialistische Geist mächtig ausbreitete. Die zehn Jahre später erfolgte Verschmelzung dieser Elemente mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein erschien ihm schon 1865 als eine Notwendigkeit, und es bildete bei ihm bereits damals einen Haupteinwand gegen Schweitzers Politik, daß sie einer solchen Vereinigung in keiner Weise vorarbeitete!

Als gegen Ende des Jahres 1865 und noch einmal im folgenden Frühling die Verwirrung im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein dessen nahen Untergang wahrscheinlich machte, erklärte sich Lange entschieden für die Taktik Schweitzers, der die Spalten des Socialdemokrat nicht länger dem persönlichen Gezänk der Häuptlinge zur Verfügung stellen wollte. Der Bote vom Niederrhein legte Wert auf die Feststellung, daß das Schicksal des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins keineswegs mit dem der deutschen Arbeiterbewegung zusammenfalle. Dieser sicherten vielmehr ihre bleibenden weltgeschichtlichen Grundlagen eine allgemeine europäische Bedeutung. Wohl gab er zu, daß die Organisation Lassalles der Bewegung vorübergehend große Dienste geleistet hätte, aber er erkannte auch, daß sie auf die Dauer eher eine Gefahr als einen Vorteil für die Arbeiterbewegung bedeutete. Würde sie überschätzt und mit Gewalt gegenüber allen anderen

befreundeten Elementen in ihrer starren Form aufrecht erhalten, so sänke damit der Verein zu einer Art Sekte herab. Gerade des Vereins Zusammengehen mit den Arbeitern anderer Richtungen in Berlin, vor und nach dem Abgeordnetenfest, wird den Lassalleanern am Rhein von Lange als ein nachahmenswertes Beispiel vorgehalten. Er erblickte in Schweitzer, trotz des Präsidiums, den einflußreichsten Leiter und den „eigentlichen Kopf“ der Partei und gestand auch, daß der Socialdemokrat, obgleich die ganze liberale Presse ihn geflissentlich totschweige, sich „eine allgemeine Bedeutung“ errungen hätte. Man möge über die Richtung dieses mit Talent und Geist redigierten Blattes urteilen wie man wolle, durch seine rücksichtslose Parteinahme für die Arbeiterschaft in allen Punkten, wo deren Interessen berührt würden, fülle es eine große Lücke in der freisinnigen Presse aus. An ein Bündnis Schweitzers oder gar seiner Partei mit der Reaktion, von dem, wie man weiß, damals viel gefabelt wurde, glaubte dieser scharfe Beobachter nicht; das war in seinen Augen nur ein „Hirngespinst der Volkszeitung“. Wohl aber mußte er bald inne werden, daß Schweitzer schnell von der Absicht zurückgekommen war, die Eierschalen der Lassalleschen Organisation zu zerschlagen und für die Errichtung einer sozialistischen Partei auf breiterer demokratischer Basis die Fahne zu erheben. Als mit dem April 1866 Guido Weiß von der Redaktion der radikalen Berliner Reform zurücktrat, bedauerte Lange doppelt diesen Verlust, den „die Sache der Gleichheit“ in der Hauptstadt erlitt, weil der Sozialdemokrat neuerdings wieder den Unterschied zwischen Arbeiterpartei und Volkspartei schroff hervorgehoben hätte. Die persönlichen Motive, die bei Schweitzer mitspielten, kannte Lange schwerlich; seine reine und uneigennützige Natur hatte stets nur die Sache im Auge. Er gestand jetzt offen, daß auch ihm das Programm der Volkspartei nicht genügt hätte, aber er erwartete, daß eines Tages ihre sozialistisch gesinnte Minorität zur Majorität werden könnte. Mit dem Grundgedanken von Vahlteichs Dresdener Rede vom 24. März, die den Zusammenschluß aller Demokraten einschließlich der Lassalleaner forderte, war Lange wohl einverstanden, da er sie einer ganz ausführlichen Wiedergabe im „Boten“ für wert hielt. Derselbe Vahlteich, der als einer der ersten ein selbständiges Vorgehen der Arbeiter gefordert, dann aber noch bei Lassalles Lebzeiten an seiner Organisation scharfe Kritik geübt hatte, konstatierte, daß die von dem großen Agitator ins Leben gerufene Bewegung vorläufig an der Teilnahmslosigkeit der Massen gescheitert wäre und verlangte nun, ähnlich wie damals Liebknecht, daß die Arbeiter ihren Haß gegen die Bougeoisie unterdrückten, um im Bunde mit ihr erst einmal der politischen Freiheit den Sieg zu erfechten. Doch ein so guter Patriot und ehrlicher Demokrat F. A. Lange auch war, das soziale Interesse konnte bei ihm selbst in der entscheidenden Krisis des Jahres 1866 nicht so vollständig von der politischen Leidenschaft verdunkelt werden wie bei Vahlteich und Liebknecht. Ein Prediger in der Wüste, wie er sich selbst nannte, wurde er auch damals nicht müde, einer Vereinigung der Lassalleaner und „der ebenfalls auf dem Boden der sozialen Demokratie stehenden Arbeitervereine“ das Wort zu reden. Die „ungeheure Kraft zur unmittelbaren Aktion“, die ihre Organisation den Lassalleanern gewähre, würde zu teuer bezahlt, wenn diese den fördernden Austausch der Ansichten und das Zusammenwirken mit verwandten Bestrebungen hemme oder wenigstens erschwere. Die ursprünglich von Schulzes Geist erfüllten Genossenschaften und Bildungsvereine seien aus dem engen Rahmen, in den sie eingezwängt gewesen, herausgewachsen und hätten überall dort, wo das Arbeitertum in ihnen recht Boden gefaßt, eine wirklich sozialistische Färbung angenommen. Der Hauptfehler der großen Masse sei nicht, wie Schweitzer meine, ihre Überschätzung der Selbsthilfe, sondern ihre Teilnahmslosigkeit. Jene Arbeiter, die in die Genossenschaftsbewegung hineingezogen würden, ständen den Bestrebungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins immer noch näher, als die gänzlich uninteressierten Massen. Als die aus der Verbannung heimkehrenden Juden ihren Tempel bauten, da hätten sie in der einen Hand das Schwert, in der anderen

die Mauerkelle geführt. So müßten sich eigentlich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die Genossenschaften zu einander verhalten. Ihre Aufgabe sei nicht dieselbe, aber sie ergänzten sich. Es wäre ein Fehler Lassalles gewesen, daß er bei der Beurteilung des Genossenschaftswesens nur auf Schulzes kleinbürgerliche Gründungen und nicht auch auf die von echt sozialistischem Geist erfüllten englischen und französischen Genossenschaften Rücksicht genommen hätte.

Lebhaft bedauerte Lange noch im Mai 1866, daß infolge der bei dem einst so vielversprechenden Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein eingetretenen Zerrüttung die Interessen der Arbeiter gerade da, wo es am meisten Not getan hätte, keine genügende Vertretung fänden. Die besten Kräfte der Partei verzehrten sich in dem unfruchtbaren Streit um die Form, in der Sache sei seit Jahr und Tag nichts erhebliches mehr geschehen. Als Bismarcks Parlamentsvorschlag die Köpfe erhitzte, verlangte Lange mit ganz ähnlichen Argumenten wie Schweitzer eine Beteiligung der Arbeiter an den Wahlen: „Wählen, auf alle Fälle wählen, so radikal als möglich wählen und den Kandidaten aufgeben, auch die soziale Frage nicht zu vergessen!“ Die von doktrinärer Seite vorgebrachten Einwände gegen eine Wahlbeteiligung erschienen ihm nicht stichhaltig: „Kämen nur ein halbes Dutzend Sozialdemokraten in den Reichstag, so würde die ganze Behandlung der sozialen Frage in der Presse eine andere werden. Das ist aber schon etwas, zumal wenn man bedenkt, daß das Dreiklassenwahlrecht sicher keinen einzigen Mann dieser Richtung durchlassen würde.“

Bereits vor Schweitzers großer Programmrede auf der Leipziger Generalversammlung drückte der „Bote vom Niederrhein“ sein Erstaunen darüber aus, daß noch immer Arbeiter vorhanden wären, die der Regierung die ernsthafte Absicht zutrauten, die soziale Frage in die Hand zu nehmen. So sehr er auch die „Schroffheit“ der Fortschrittspartei gegenüber der Arbeiterpartei tadelte, so empfahl er jetzt dennoch für die preußischen Landtagswahlen, bei denen Arbeiterkandidaten keine Aussicht hätten, ein Zusammengehen. Denn prinzipiell verwarf er jedes Bündnis einer radikalen Partei mit der Reaktion, und es erschien ihm ungeheuerlich, daß eine sozialistische Partei die politischen Unterschiede zwischen ihren Gegnern ignorieren wollte. Gerade weil die sozialistische Partei wesentliche Neubildungen in der Gesetzgebung anstrebe, dürfe sie sich nur an diejenige rein politische Partei anschließen, die solche Neubildungen am leichtesten möglich mache, indem sie zunächst darauf hinarbeite, die starren Formen der Überlieferung in Fluß zu bringen. Dies sei niemals der Zweck der konservativen, wohl aber mehr oder minder das Ziel aller liberalen Parteien. Allerdings sei das Wesen der sogenannten reinen Demokratie blos auflösend, zersetzend und negativ, das der sozialen Demokratie aber bauend und schaffend. Dennoch befänden sich beide Parteien von Natur in fast gleich schroffer Opposition gegen die konservative, welche die bestehenden Klassenunterschiede wo möglich für alle Ewigkeit befestigen möchte. Obgleich von den Lassalleanern dieses Verhältnis von Anfang an anders beurteilt worden sei, so hätten sie sich bislang von einem wirklichen Bündnis mit den Konservativen freigehalten und beim Kölner Abgeordnetenfest sogar durch ihre Energie die Fortschrittspartei beschämt. Jetzt gäbe Schweitzer einer weit verzweigten und energischen Partei zum ersten Male seit Lassalles Tode wieder ein ganz bestimmtes Programm. Es brächte eine vernichtende Kritik des ohnmächtigen Benehmens der Fortschrittspartei, und auch sein Urteil über die deutsche Volkspartei enthalte herbe Wahrheiten. Aber es übersähe, daß die Regierung nach einer siegreichen Durchführung des Kampfes gegen Österreich gar nicht daran denken werde, irgend jemandem Konzessionen zu machen, am allerwenigsten den Arbeitern. Für Lange stand es bereits im Juni außer Zweifel, und von der Heydts Eintritt ins Ministerium hatte diese Ansicht noch verstärkt, daß die preußische Regierung sich offen und unumwunden auf die Kapitalisten stützte und jeden Gedanken an ein Bündnis mit den

Arbeitern aufgegeben hatte. Und die Folge zeigte, daß der redliche Beobachter am Niederrhein die Zukunft richtiger beurteilte, als der ehrgeizige Parteihäuptling in Berlin. Nach dem Ausbruch des deutschen Krieges gab es für Langes ehrlichen Geist keine Illusion mehr, er gestand offen, daß die Sache des Volkes „für diesmal" verloren wäre, und daß es nun hieße „von vorne wieder anfangen!" Dazu aber reichten bei ihm die körperlichen Kräfte nicht. Am 29. Juni erschien die letzte Nummer des Boten vom Niederrhein. F. A. Lange verließ Deutschland, und erst als ein Mann, der den Todeskeim im Herzen trug, ist er nach Jahren zurückgekehrt.

VI.

(Zu Kap. VIII.)

Briefe der Gräfin Hatzfeld an Carl Schallmayer in Hamburg.

Besonders im Königreich Sachsen entfaltete die Gräfin Hatzfeld in der ersten Zeit nach ihrem Bruch mit dem, wie sie es ansah, von Lassalle abgefallenen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein eine lebhafte Tätigkeit. Hiervon geben die folgenden Briefstellen ein anschauliches Bild. Etwa im Januar 1867, kurz nach der Erfurter Generalversammlung, schrieb sie:

„Es ist wirklich beinah komisch, welche Mißverständnisse jetzt im Umlauf sind, die Kreuzzeitung bringt gestern einen Artikel, worin sie unser Programm Schweitzer zuschreibt: dies muß sofort berichtigt werden in der Arbeiterzeitung[1]) und Reform und bewiesen, daß im Gegenteil Perl und Schweitzer so unfähig sind, daß sie bis zum letzten Augenblicke kein Programm hatten, und Perl darüber zur Rede gestellt sagte, er könne es nicht ohne Schweitzer, daß das Programm aber gerade von den wahren Lassalleanern, den entschiedensten Feinden Perls und Schweitzers ausging, und daß diese es nur auf der Generalversammlung genötigt waren anzunehmen, weil sie kein anderes hatten, daß sie aber dennoch . . . . .kleine unbedeutende Veränderungen machten, bloß weil es aus den unveränderten Worten Lassalles bestand."

Und ferner:

„Jetzt hat Schweitzer-Perl, außer der gar nicht mehr existierenden Gemeinde Leipzig, wo die paar Mann noch geteilt sind zwischen Becker, Liebknecht und Perl in ganz Sachsen nicht eine Gemeinde mehr. Gestern wurde in Chemnitz der Protest gegen Perl unterschrieben, und daß er nie wieder zum Präsidenten vorgeschlagen werden dürfe. . . . . Ich gab öffentlich Geld in ihre (der Arbeiter) Kasse, und sie sprachen mir öffentlich ihren Dank und ihre Anerkennung für meine Bestrebungen, das Werk Lassalles zu erhalten, aus. . . . . In einigen Tagen geht Loescher nach Plauen und Vogtland, um Gemeinden zu stiften. Es fielen sehr unliebsame Äußerungen für Perl und Schweitzer. . . . Entrüstet waren sie auch, daß Schweitzer mir mein Wahlprogramm, das heißt, nicht das meinige, denn ich bewies Ihnen, daß ich nur damit, wie in allem, das Verdienst hatte, Lassalles eigene Worte abzuschreiben, gestohlen und als das seinige jetzt ausgibt. . . . Foersterling war in diesen Tagen in Freiberg, wo auch eine neue Gemeinde gegründet, ebenso in Hainichen und Oederan. . . . Ich freue mich wahrhaft über die Sachsen, sie arbeiten mit einem Eifer und Einheitlichkeit, die nicht genug zu rühmen ist."

Am 2. Januar 1867 schrieb die Gräfin von Berlin nach Hamburg:

„Heute Morgen ist es mir gelungen, den Socialdemokrat vom 30. und 31. zu erlangen. . . . Ich schäume vor Wut, das kommt heraus von der Schonung und den Vermittlungen. Sie sind alle ebenso beschimpft und beleidigt wie ich, nur mir hat man vorzugsweise die Ehre angetan, mich an die Spitze zu stellen und mich direkt mit Namen zu beschuldigen,

[1]) Gemeint sind die Koburger Arbeiterzeitung und die Berliner Reform.

weil ich, eine Frau, nicht persönlich auftreten kann und man mich daher wehrlos hält. Ich habe mich entschlossen, jetzt hervorzutreten. . . . Wenn jetzt aber nicht mir mit aller Kraft und Energie beigestanden wird, mich verteidigt und die Sache felsenfest aufrecht erhalten wird, so habe ich meine Pflicht bis zum Äußersten gegen Lassalle und den Verein getan, und es bleibt mir nichts übrig, als mit allen Mitteln, die mir zu Gebote stehen rücksichtslos meine eigene Ehre und das Andenken Lassalles zu retten. — Gott gebe, daß es dahin nicht kommt! An Foersterling habe heute geschrieben, daß er sofort nach Schlesien geht, sich zu überzeugen, wie die Sache in Wahrheit steht, zu organisieren und festzuhalten. . . . Am Rhein scheint es sehr schlimm zu stehen, nicht daß sie für Perl wären, aber sie sind völlig desorganisiert. Man muß hin. Schreiben Sie mir möglichst bald, ob Sie es können und mit wem. . . . . Sind die Holsteinischen Gemeinden ganz fest? Ich bin in höchster Aufregung und so totkrank, daß ich jeden Augenblick denke, es ist vorbei mit mir. Es wird mein Tod sein wie es Lassalles Tod war. Könnte er wissen, was ich zu leiden habe für ihn! Das Paradies würde ihm zur Hölle, könnte er kommen, die Welt würde er aus den Fugen heben, mich zu retten! Ich rufe aber umsonst oft seinen Namen an wie früher, mich zu schützen!"

Während des Wahlkampfes zum konstituierenden Reichstag, für den sie in der ersten Februarwoche nach ihrer eigenen Aussage 185 Taler verausgabte, lag der Gräfin nichts inniger am Herzen, als die Verhinderung von Schweitzers Wahl in Elberfeld-Barmen und derjenigen Perls in Hamburg. Nach diesen Wahlen, in denen bekanntlich kein Lassalleaner durchdrang, schob sie die Schuld an der Niederlage ebenfalls Perl und Schweitzer zu, indem sie schrieb:

„Die Arbeiter konnten nirgends durchkommen, weil sie nicht organisiert und disziplinert sind. Daß sie es jetzt gar nicht sind, verdanken sie Perl und Schweitzer, es ist schon gut und hat diesmal überhaupt garnichts zu bedeuten, wenn sich die Arbeiter nur daraus die Lehre ziehen, daß ohne Organisation nichts zu machen und jetzt mit Eifer und Ausdauer alle ihre Kräfte dahin anwenden, sich zu organisieren. Wenn sie das nicht tun, so ist die Arbeiterbewegung auf lange zurückgedrängt."

Etwa gleichzeitig hieß es in einem ihrer Briefe:

„Wenn die Wahlagitation so wenig Eindruck gemacht hat, wenn das Resultat derselben die Arbeiter noch nicht belehrt hat, daß in der festen Organisation ihr einziges Heil, ihre einzige Möglichkeit der Macht liegt, dann steht es schlecht um sie, und sie verdienen ihr Schicksal durch ihre stumpfe Gleichgiltigkeit. . . . Schweitzer macht sich mit jedem Tag verächtlicher und unmöglicher!"

Glücklich war die Gräfin, wie schon erwähnt wurde, über die Erfolge ihrer Agitatoren im Königreich Sachsen, wo es ihr wirklich gelang, die Schweitzersche Richtung fast um ihren ganzen Anhang zu bringen. Sie schrieb:

„In Sachsen steht es glänzend für den Verein. Gemeinden wachsen und schießen wie Pilze aus der Erde. Auch im Erzgebirge scheint die Sache gut zu gehen. Und alles steht wie ein Mann gegen Perl und Schweitzer. Ob Arbeiterkandidaten bei der Wahl durchzubringen, ist eine andere schwere Sache, die mir aber für jetzt viel weniger wichtig ist als die Erhaltung des Vereins. Jedenfalls ist sicher, daß Vahlteich, Fritzsche, Schweitzer dort nicht durchkommen, die Wahlen dann konservativ ausfallen, was weit weniger gefährlich ist." Gleichzeitig drückte die Gräfin den Wunsch aus, daß in Holstein wie in Sachsen die Gründung neuer Gemeinden mit der Wahlagitation verbunden würde.

Auch Schweitzers Erwählung zum Präsidenten auf der Generalversammlung in Braunschweig beirrte die Gräfin noch nicht in ihrem Optimismus. Nunmehr dachte sie ernsthaft an die Gründung eines eigenen Vereins, den sie hinfort als den einzigen wirklich Lassalle-

schen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein betrachtete. Sie schrieb etwa Ende Mai 1867 an Schallmayer von Chemnitz aus:

„Was nun die jetzige Lage des Vereins anbelangt, so ist sie sehr günstig für die wahren Lassalleaner. Die fälschlich so genannte Opposition ist die entschiedene Majorität der Mitglieder des Vereins, denn die Gemeinden, die Schweitzer für sich anführt, sind nur einzelne Menschen, die Gemeinden selbst existieren gar nicht .... Überdies ist in Braunschweig dem Unsinn und der Statutenwidrigkeit die Krone aufgesetzt worden. Die Maske ist jetzt abgeworfen, und es heißt: Lassalle oder Schweitzer! Wenn jetzt in den Gemeinden, welche gegen das Treiben Schweitzers und Konsorten treu festhalten, kein Abfall noch Verrat mehr stattfindet und der echte Lassallesche Verein sich durch die schleunige und einmütige Wahl eines Präsidenten fest konstituiert, erhält die Agitation durch die Zentralisation der Kräfte eine weit größere Macht, und der Sieg ist gewiß. Hier und in ganz Sachsen steht die Sache sehr gut, hier und Umgegend zählt allein 4500 Mitglieder[1])".

VII.

(Zu Kapitel XIV.)

Aus einem Brief der Gräfin Hatzfeldt an Julius Röthing in Leipzig. (Ende 1869).

„Schweitzer ist und bleibt ein Betrüger, ein ewiges Überlisten, Beschwatzen, Hintergehen und weiter nichts. Immer versprechen, alles zu tun, und wenn es auf etwas bestimmtes kommt, jesuitische Schleichwege und Betrug. Gestern hat er Mende den Krieg erklären lassen wegen der Freien Zeitung, weil sie die Beschwerde gebracht, und besonders weil sie verlangte, daß er sich besser (?) ausweise über die ehrenrührigen, gegen ihn mit allen Einzelheiten angegebenen Anklagen. Dies so pflichttreue und loyale Verfahren nimmt er zum Vorwand, alle seine Versprechen zu brechen. Zu gleicher Zeit erhielt ich gestern von Mende einen Brief, der mir sagt, daß solche Statuten- und Organisationsbrüche, solche Gemeinheiten, solche schamlose Tyrannei, wie sie Manteuffel nicht gewagt, z. B. gegen Sie könne er nicht länger mitmachen! Unter einem Präsidenten und Sekretär, die solche Beschuldigungen unaufgeklärt, unbeantwortet ließen länger Mitglied zu bleiben, sei mit seiner Ehre nicht verträglich. Wollen die Lassalleaner das ertragen, so sei dies ihre Sache, er würde aber austreten aus einem Verein, in dem man nicht mit Ehren sein könne und auf eigene Faust persönlich und mit der Zeitung fortkämpfen auf eigene Faust[2]). Wollten die Lassalleaner treu festhalten an ihren Prinzipien und Organisation, sich von der schimpflichsten Sache der Welt lossagen, so wolle er zwar keinesfalls Präsident sein, sie möchten irgend einen ehrlichen Mann nehmen, aber er sei bereit, alle seine Kräfte, in welcher Stellung er sei, dem Lassalleschen Verein zu weihen! Es muß jetzt also ganz unverhohlen gegen Schweitzer vorgegangen werden usw. usw."

VIII.

(Zu Kapitel XVII.)

Friedrich Engels und Liebknecht über das Verhältnis der Internationalen Arbeiterassoziation zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Daß es auch für Bebel und Liebknecht nicht immer leicht war, die Lebensinteressen der deutschen Arbeiterbewegung vor einer zu weitgehenden Inanspruchnahme durch ihre „internationalen" Freunde zu bewahren, für diese Tatsache bringen die folgenden Stellen aus Briefen von Liebknecht und Engels einige wertvolle neue Belege. Gegen den Vorwurf

[1]) Die Briefe der Gräfin sind trotz ihres saloppen Stils genau nach den Originalen wiedergegeben. Nur die Interpunktion wurde ergänzt, um das Verständnis zu erleichtern.

[2]) sic!

der Lauheit, der ihm von London aus wieder einmal gemacht worden war, verteidigte sich Liebknecht in einem Briefe, dessen Datum bisher nicht festzustellen war, der aber wohl noch aus dem Jahre 1871 stammt:

„Wir fassen unser Verhältnis zur Internationale nichts weniger als platonisch auf. . . Nach der staatsanwaltlichen Theorie, welche auch die der Polizei, überhaupt der Exekutivbehörde ist, begeht jeder, der der Internationale beitritt, bloß durch den Akt des Beitritts eine „Hochverrat vorbereitende Handlung". In Österreich sitzen Leute bloß weil Karten der Internationale bei ihnen gefunden wurden. Und das ist auch die Auffassung hier zu Land . . . . Der Vorwurf, ich lege auf die Beisteuerfrage nicht den genügenden Wert, ist um so lächerlicher, als ich es war, der in Basel die Sache zuerst in Eurem Sinne aufs Tapet brachte. Allein es fällt mir nicht ein, wegen dieser Frage jetzt die Existenz unserer Organisation auf das Spiel zu setzen. Du vergleichst die Franzosen mit uns. Der Vergleich hinkt: 1. haben die Franzosen keine Organisation außer der Internationale und 2. haben die französischen Arbeiter eine revolutionäre Schule durchgemacht, die den unseren noch abgeht. Hätten unsere Arbeiter diese Schule, bei Gott, wir wären weiter als die französischen und zwar durch unsere Organisation; mit einer gleich guten Organisation wäre die Kommune nicht erlegen."

Im Juni 1872, als es mit der Internationale schon stark bergab ging, schrieb Liebknecht an Engels:

„Ein offizielles Verhältnis unseres Ausschusses zum Generalrat ist nicht möglich, der einzige mir praktisch erscheinende Weg ist, daß sich überall ein Teil unserer Mitglieder (je mehr desto besser, jedoch von allen ist es nicht zu erwarten) Karten der Internationalen Arbeiterossociation löst. . . und daß dann die Internationalen eines Ortes sich zusammentun und einen Delegierten wählen oder doch ein Mandat ausstellen."

Endlich erging am 12. Februar 1873 von Engels (natürlich auch in Marx' Namen) das folgende geharnischte Ultimatum an Liebknecht:

„Wenn der Volksstaat sich gegenüber dem Krieg der Internationale gegen die Sezessionisten[1]) neutral erklärt, wenn er sich weigert, den deutschen Arbeitern über diese Vorgänge Klarheit zu verschaffen, wenn mit einem Wort, die Lassalleaner-Emeute dadurch beendigt ist, daß ihr Euch über die Internationale hinweg die Hände reicht, daß Du die Internationale und Yorck den Hasselmann opfert, so wird unsere Stellung zum Volksstaat dadurch von Grund aus verändert."

Note IX.

Verzeichnis von Schweitzers Werken.

(Zeitschriften- und Zeitungsaufsätze blieben unberücksichtigt.)

1. Politisches.

(Anonym). Österreichs Sache ist Deutschlands Sache. Frankfurt 1859.

Widerlegung von Carl Vogts Studien zur gegenwärtigen Lage Europas. Frankfurt 1859.

Der einzige Weg zur Einheit. Ein Beitrag zur Besprechung der nationalen Frage. Frankfurt 1860.

Der Zeitgeist und das Christentum. Leipzig 1861.

Zur deutschen Frage. Frankfurt 1862.

---

[1]) Vgl. hierzu Jaeckh, Die Internationale. Eine Denkschrift zur vierzigjährigen Gründung der internationalen Arbeiter-Assoziation Leipzig 1904. a. a. O. Die Streitigkeiten in der Internationale berührten die deutsche Arbeiterbewegung in der Tat garnicht und konnten deshalb auch in unserer Darstellung vollständig übergangen werden.

Die österreichische Spitze. Ein Beitrag zur Besprechung der nationalen Frage. Leipzig 1863.

Lucinde oder Kapital und Arbeit. Frankfurt 1863/64.

(Ohne Namen.) Aus dem „Socialdemokrat", Leitartikel und Aufsätze aus dem Organ der sozialdemokratischen Partei. Berlin 1868 (enth. u. a. „Der tote Schulze gegen den lebenden Lassalle").

2. Dramatisches.

Friedrich Barbarossa. Dramatisches Gedicht. Frankfurt 1858.

Alkibiades oder Bilder aus Hellas. Lustspiel. Frankfurt 1858.

Alkibiades—Canossa. Dramatische Dichtungen. Berlin 1871.

Aufgeführt wurden die folgenden Stücke:

Drei Staatsverbrecher, Intriguenstück (Première 29. April 1871, Belle-Alliance-Theater Berlin).

Szepter und Schwert, historisches Drama (eine Jugendarbeit über den Cromwellstoff). (Aufgeführt 1871 im Nationaltheater, Berlin).

König Lustig oder Der Karneval zu Kassel, Lustspiel (Première 1872 am Stadttheater in Posen).

Bei Leuthen, Schauspiel (mit jesuitenfeindlicher Tendenz). (Aufgeführt 1873 im Wallnertheater, Berlin).

Unser großer Mitbürger, Posse mit Gesang, Musik von Conradi (Première im Woltersdorff-Theater, Berlin, 19. Oktober 1872). (Eine Verspottung der Lassalleanischen Agitatoren.)

Epidemisch, Schwank (1873 im Nationaltheater in Berlin, zuerst gespielt).

Die sieben Sterne, Schauspiel (Oktober 1873 im Belle-Alliance-Theater gespielt).

Pater Adalbert, Schwank mit Gesang, gemeinsam mit Emil Pohl verfaßt, Musik von Bial. (Die Hauptrolle wurde von Helmerding kreiert.)

Die Eidechse, Lustspiel (Première 20. August 1872 im Wallnertheater in Berlin).

Cousin Emil, Lustspiel in einem Akt (gespielt 1873 im Wallnertheater mit Kadelburg in der Hauptrolle).

Ein Staatsgeheimnis, Posse, gemeinsam mit Salingré verfaßt, Musik von G. Michaelis (1874 bei Kroll in Berlin aufgeführt).

Komtesse Helene, Posse mit Gesang, gemeinsam mit Salingré verfaßt, Musik von E. Ehrhardt (Woltersdorff-Theater und Wallnertheater in Berlin).

Das Vorrecht des Genies, Lustspiel (Stadttheater in Breslau 1873).

Die Darwinianer, Lustspiel (Elysium-Theater in Stettin, Première 1. August 1874).

Die Nichte des Millionärs, Posse, Musik von G. Michaelis (1874 bei Kroll).

Wie steh ich da? Schwank (1874 Belle-Alliance-Theater in Berlin).

Gespenster, Schwank (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater in Berlin).

Theodolinde, Schwank in einem Akt (Belle-Alliance-Theater).

Großstädtisch, Schwank (Wallnertheater 1875, erst nach Schweitzers Tode aufgeführt. Die „Post" vom 31. August 1875 nannte dieses Stück eine genial angelegte und bis auf die letzte Szene geistvoll durchgeführte Arbeit „des erfindungsreichsten unter den modernen Lustspieldichtern Deutschlands").

Die vorstehende Liste von Schweitzers Theaterstücken macht keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die frühesten Aufführungen, die sich auf Grund der im Nachlaß Schweitzers gefundenen Rezensionen feststellen ließen!

Das Autorrecht auf Schweitzers Dramen wurde bei dem Konkurs nach seinem Tode meistbietend versteigert, aber im Namen der deutschen Schillerstiftung von einem Freunde des Verstorbenen für die Witwe erstanden!

Quellen.[1])

Zu Kapitel I.

Dieses Kapitel hätte ich nicht abfassen können ohne den Beistand des seither verstorbenen österreichischen Hauptmanns a. D. Friedrich von Schweitzer, der für die Zwecke dieses Buches einige Folioblätter mit Jugenderinnerungen beschrieb. Auch der in Berlin lebenden Frau Armande Wodkiewicz geb. von Schweitzer danke ich manche Mitteilung. Für die Geschichte der Familie gaben das genealogische Taschenbuch der Adeligen Häuser, hrsgg. von A. von Dachenhausen, Brünn 1884, Jahrg. 9 und das Gothaische genealogische Taschenbuch der Freiherrlichen Häuser, Jahrg. 8, 1858, die nötigsten Aufschlüsse. Auch Kneschke, Neues Allgemeines deutsches Adelslexikon, Leipzig 1868 und A. Dietz, Frankfurter Bürgerbuch, wurden benutzt. Herr Dr. Alexander Dietz hat mir außerdem auch brieflich wertvolle Auskünfte erteilt. Über Karl Peter Berly orientierte der Artikel von Kelchner in der Allgemeinen Deutschen Biographie. Beachtet wurden auch einige Notizen über ihn in Veit Valentin, Frankfurt a. M. und die Revolution von 1848/49, Stuttgart 1908, und in F. W. Krummachers Selbstbiographie, Berlin 1869. Über Karl von Braunschweig vgl. u. a. Treitschke, deutsche Geschichte Bd. 4, p. 98 ff. Für die Durchforschung der Aschaffenburger Programme, die über die Schulzeit Schweitzers Aufschlüsse lieferten, bin ich Herrn Gymnasialrektor Dr. Straub zu Dank verpflichtet. Die Feststellung der Reihenfolge der Semester in Berlin und Heidelberg ermöglichte die Matrikel der Universität Heidelberg, Bd. 6, hrsgg. von Hintzelmann. Der Dekan der juristischen Fakultät der Heidelberger Universität gestattete mir die Benutzung von Schweitzers bei den Akten des Jahres 1855 aufbewahrten selbst geschriebenen Vita und der beiden zur Erlangung der Doktorwürde von ihm ausgearbeiteten lateinischen Interpretationen. Das im Text erwähnte Dagerotyp Schweitzers aus seiner Studentenzeit schenkte mir seine Witwe, die Handzeichnung, die im Hause von Pastor Friedrich Wilhelm Krummacher entstand, übersandte mir Frau Armande Wodkiewicz. Für den Verkehr, den Schweitzer im Krummacherschen Hause fand, vgl. Maria Krummacher, Unsere Mutter. Ein Lebensbild, 3 A., Bielfeld 1880 und Friedrich Wilhelm Krummacher, eine Selbstbiographie, Berlin 1869. Über Krummacher vgl. O. von Ranke in der A. D. Biographie.

Zu Kapitel II.

In erster Reihe in Betracht kommen Schweitzers eigene im Text behandelte Broschüren:

1) Österreichs Sache ist Deutschlands Sache, Ein Beitrag zur Befestigung der öffentlichen Meinung in Deutschland. Frankfurt 1859 (Ende April.)

2) Widerlegung von Carl Vogts Studien zur gegenwärtigen Lage Europas. Frankfurt 1859 (Anfang Juni).

(Beide Broschüren werden von Annie Mittelstädt in ihrer hübschen Studie über den Krieg von 1859, Bismarck und die öffentliche Meinung in Deutschland, Stuttgart 1904, nicht erwähnt.)

3) Der einzige Weg zur Einheit. Frankfurt 1860 (Anfang).

Ferner wurden außer den bei Kap. I und in den Anmerkungen des Texts angegebenen Quellen süddeutsche, sonderlich Frankfurter Zeitungen benutzt, wie die Oberpostamtszeitung, das Frankfurter Journal und die Frankfurter Handelszeitung.

Zu Kapitel III.

Schweitzer, der Zeitgeist und das Christentum. Leipzig 1861, Otto Wigand.

---

[1]) Die bereits in den Anmerkungen namhaft gemachten Quellen werden hier nicht noch einmal aufgeführt.

Schopenhauer, Welt als Wille und Vorstellung, Parerga und Paralipomena, über das Fundament der Moral.

Zu Kapitel IV und V.

Hauptsächlich kommen Frankfurter Zeitungen in Betracht und zwar besonders: die „Zeit“ und ihre Nachfolgerin die Süddeutsche Zeitung, das Frankfurter Journal, die Neue Frankfurter Zeitung, die Frankfurter Postzeitung, die Frankfurter Volkszeitung, die Frankfurter Reform, der Volksfreund für das mittlere Deutschland. Herangezogen wurde auch die Wochenschrift des Nationalvereins (1. Mai 1860 bis 1. April 1865 in Coburg, dann als Wochenblatt des Nationalvereins in Frankfurt bis 19. Juli 1866 und endlich 13. September 1866 bis 30. September 1867 in Heidelberg). — Das Flugblatt über die venetianische Frage und den Aufsatz über die preußische Krisis verdanke ich der Witwe Schweitzers. Mancherlei Mitteilungen über die Entstehung des Frankfurter Arbeiterbildungsvereins und über die Frankfurter Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins schulde ich den in Frankfurt lebenden Veteranen der Arbeiterbewegung Herrn Gürtlermeister Friedrich Ellner und Herrn Lederhändler Seckbach. Herr Landgerichtspräsident Christ in Mannheim, der so freundlich war, nach den Akten von Schweitzers Prozeß (zu S. 71) zu forschen, mußte mir mitteilen, daß sie vernichtet sind. Von dem zum Ausgang der Reaktionszeit in den Turnvereinen herrschenden politischen Geist gibt eine gute Vorstellung die Schilderung Julius Vahlteichs in seinem inhaltreichen Buch über Ferdinand Lassalle und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. München o. J. p. 9 und 10. Biographisch wertvoll, besonders für die Einzelheiten von Schweitzers Verhältnis zu Lassalle, sind Adolf Oppenheims nach Gesprächen mit Schweitzer vorgenommene Tagebuchaufzeichnungen, die er nach dessen Tode im Feuilleton der Frankfurter Zeitung vom 7. August 1875 veröffentlichte. Bernhard Beckers Geschichte der Arbeiteragitation Ferdinand Lassalles. Nach authentischen Aktenstücken, Braunschweig 1874, enthält die im Text erwähnten Briefe Lassalles an Schweitzer und Strauß und gibt auch für die Chronologie manchen Anhalt. Das Gespräch Lassalles und Schweitzers über „Lucinde“ übermittelte mir der Sekretär des in Hamburg bis auf den heutigen Tag unter dem alten Namen vegetierenden Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Herr Carl Lebermann. Über Lassalles letzte Rede in Frankfurt sind wohl am zuverlässigsten die Angaben Wendelin Weißheimers in seinen Erlebnissen mit Richard Wagner, Franz Liszt und vielen anderen Zeitgenossen, Stuttgart 1898. Diesem Buch sind auch die Angaben über die Einzelheiten der Reise in die Pfalz entnommen. Über die Entstehungsgeschichte des Socialdemokrat vgl. besonders den Brief Lassalles an Schweitzer in Note IV, B. Becker, Arbeiteragitation a. a. O. und B. Beckers Hamburger Rede vom 22. März 1865 in Socialdemokrat 1865, No. 39, Beilage. Zu dem ganzen Kapitel V vgl. F. Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 3. Aufl., Stuttgart 1906, Bd. III, Herrmann Oncken, Lassalle, Stuttgart 1904 und Eduard Bernstein, Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse, Berlin 1904.

Zu Kapitel VI und VII.

Über die Arbeiterbewegung in Leipzig und die Anfänge der Lassalleschen Bewegung orientierten hauptsächlich Bebel, Aus dem Anfang der Arbeiterbewegung in Die Gründung der deutschen Sozialdemokratie. Eine Festschrift der Leipziger Arbeiter zum 23. Mai 1903, Leipzig 1903, persönliche Mitteilungen von Herrn Dr. Otto Dammer in Friedenau und die Mitteldeutsche Volkszeitung (Leipzig), die das Archiv der sozialdemokratischen Partei besitzt. Die wichtigste Quelle für die Zeit von Lassalles Tod bis zum deutschen Kriege ist außer dem von Schweitzer und Hofstetten herausgegebenen Socialdemokrat, der in erster Reihe in Betracht kommt, der von Bruhn in Hamburg redigierte „Nordstern“,

der am 30. September 1865 einging, aber von Neujahr 1866 ab noch einmal mit wenigen Nummern erschien. Über die verworrenen Zustände im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein nach Lassalles Tod und über die Rolle, die Schweitzer dabei spielte, orientieren bei vorsichtigster Benutzung noch speziell die folgenden Schriften: (Anonym) Die Geschichte der sozialdemokratischen Partei in Deutschland seit dem Tode Ferdinand Lassalles (zusammengestellt und aktenmäßig belegt aus den beiden Organen der Partei, dem „Socialdemokrat" in Berlin und dem „Nordstern" in Hamburg), Berlin Ende 1865 (Verfasser Eugen Richter oder Hugo Weise), C. W. Tölcke, Zweck, Mittel und Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Ein Leitfaden für die Agitatoren, Bevollmächtigten und Mitglieder des Vereins. Berlin 1873, C. Schilling, die Ausstoßung des Präsidenten Bernhard Becker aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und der „Socialdemokrat", Bericht über die am 27. und 30. März 1865 in der Berliner Gemeinde abgehaltenen Versammlungen, 2. Aufl., Leipzig 1869 (1. Aufl. Frühling 1865). Einiges Material findet sich bei Liebknecht, Karl Marx zum Gedächtnis. Ein Lebensabriß und Erinnerungen, Nürnberg 1891 und bei Vahlteich, Lassalle etc. Von allgemeinen Darstellungen wurden benutzt Mehring, Zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Magdeburg 1877, Mehring, Die deutsche Sozialdemokratie. Ihre Geschichte und ihre Lehre, 3. Aufl., Bremen 1879, Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 3. Aufl., Stuttgart 1906, Bd. III und Bernstein, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Berlin 1907, Bd. I. Für den Kampf um die Koalitionsfreiheit vgl. in erster Reihe die stenogr. Berichte über die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus vom 11., 14. und 15. Februar und die verschiedenen Berliner Tageszeitungen, besonders Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Kreuzzeitung, Berliner Reform und Volkszeitung. Die seltene Koburger Arbeiterzeitung fand sich auf der Bibliothek des Reichstages, das in Mannheim herausgegebene Deutsche Wochenblatt auf der Heidelberger Universitätsbibliothek. Über Liebknecht gibt biographisches Material Kurt Eisner, Wilhelm Liebknecht, sein Leben und Wirken, 2. Aufl., Berlin 1906. Für das Kölner Abgeordnetenfest vgl. Das Abgeordnetenfest zu Köln am 22. und 23. Juli 1865, vollständiger Festbericht. Leipzig 1865 sowie die Verhandlungen des preußischen Landtags vom 16. Februar 1866. Den Standpunkt Friedrich Albert Langes (auch sein Urteil über Schweitzer, dessen „Zeitgeist und Christentum" er ein bedeutendes Werk nannte) lernt man kennen aus dem von ihm redigierten Boten vom Niederrhein, Duisburg, 1. Oktober 1865 bis 29. Juni 1866, dessen Benutzung mir durch Herrn Dr. Theodor Lange in Melsungen ermöglicht wurde. Man vergleiche auch O. A. Ellissen, Friedrich Albert Lange. Eine Lebensbeschreibung. Leipzig 1891. (Dieser bringt die Auszüge aus Langes Korrespondenz mit Sonnemann) sowie die erste Auflage der Arbeiterfrage, Duisburg 1865. Mitteilungen über Karl Preuß verdanke ich Herrn Reinhold Schlingmann in Berlin.

Für die Anfänge der später in Eisenach sich konstituierenden Richtung der Sozialdemokratie vgl. die Koburger Arbeiter-Zeitung, deren erste Nummer unter Streits Redaktion am 25. Dezember 1862 erschien, und die sich seit dem 5. April 1863 Allgemeine Deutsche Arbeiterzeitung nannte. (Das Blatt erlosch im Kriege von 1866), die Mitteldeutsche Volkszeitung in Leipzig 1862 und 1863, den „Hochverratsprozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872" mit einer Einleitung von Wilhelm Liebknecht, Berlin 1894; Bebel, aus dem Anfang der Arbeiterbewegung, Mehring, die Leipziger Arbeiterbewegung 1862—67, Jaeckh, die Leipziger Arbeiterbewegung von 1868—1878, alle drei Aufsätze in der Festschrift der Leipziger Arbeiter zum 23. Mai 1905, Leipzig 1903 („Die Gründung der deutschen Sozialdemokratie"), Bebel, Erinnerungen an Liebknecht im Wahren Jakob vom 28. August 1900, Herrmann Fritsche (nicht zu verwechseln mit dem Lassalleaner Wilhelm Fritzsche), Die norddeutsche Reichsverfassung und die Volkspartei, Zwickau 1867. Interessante, wohl von Bebel herrührende Mitteilungen

über die ersten Versuche zu einem Zusammenschluß der sächsischen Arbeitervereine findet man im Boten vom Niederrhein, 4. Febr. 1866 und im Volksstaat vom 20. Juli 1870. Über W. Fritzsche (1825—1905) vgl. Neue Zeit, 1905, Bd. 1 und Vahlteich, Lassalle a. a. O.; über ihn und Vahlteich wurden mir mündliche Mitteilungen von ihrem damaligen Gesinnungsgenossen Dr. Otto Dammer in Friedenau. Über Vahlteich vgl. besonders sein mehrfach erwähntes Buch über Lassalle. Für Roßmäßler (1806—67,) vgl. Vahlteich in der Festschrift der Leipziger Arbeiter p. 17 ff. und 26, Volksstaat 9. Oktober 1869 und Becker, Geschichte der Arbeiteragitation F. Lassalles usw. p. 20, vgl. auch die Leipziger Korrespondenz im Deutschen Wochenblatt vom 18. März 1866. Darstellungen dieser Entwicklungsreihe bei Mehring und bei Eyck, der Vereinstag deutscher Arbeitervereine, Berlin 1904. Für die Entstehung des Programms der Sächsischen Volkspartei wurden benutzt: Bebel, eine Berichtigung in Sachen Motteler in Neue Zeit 26, Bd. 1, Deutsches Wochenblatt (Mannheim), 20. Januar 1867, Bebel im Wahren Jakob a. a. O. Das Chemnitzer Programm ist oft abgedruckt u. a. in Hochverratsprozeß usw. p. 909. Über August Bebels Wirksamkeit in jenen Jahren und über seine Entwicklung zum Sozialismus hat meine Auffassung in mündlichen Unterredungen mit ihm selbst ihre Abrundung erhalten. Vgl. auch Bebel, Hochverratsprozeß p. 720 ff.

Zum ersten Male wissenschaftlich benutzt wurde der Oberrheinische Courier, Freiburg i. Breisgau (Universitätsbibliothek Freiburg), dessen hervorragendster Mitarbeiter von 1863 bis Ende 1866 Liebknecht war; auch nach seiner Ausweisung aus der preußischen Hauptstadt sind seine von Leipzig aus gesandten Beiträge aus Berlin datiert. Für Einzelheiten wurden, außer den schon an anderer Stelle aufgeführten Berliner Tageszeitungen, u. a. herangezogen das Deutsche Wochenblatt in Mannheim, der Bote vom Niederrhein, Ludwig Pfau, ein Beitrag zur Lösung der deutschen Frage S.-A. aus dem Stuttgarter „Beobachter“ (Zentralisation oder Föderation?) Stuttgart, die Verhandlungen des dritten Kongresses deutscher Abgeordneter vom 20. Mai 1866 zu Frankf. a. M., Frankf. o. J. (Man beachte dort besonders den Antrag Venedeys, daß der Abgeordnetentag die Pflicht hätte, sich als Vorparlament zu konstituieren.) Mehr in die Breite und unter größerer Berücksichtigung aller Nuancen der damaligen Arbeiterbewegung behandelt die Krisis von 1866 mein Beitrag in den Festgaben für Wilhelm Lexis, Jena 1907. Dort findet man auch einige weitere Literaturangaben. Über Liebknecht vgl. noch: Robert Schweichel, zum Gedächtnis W. Liebknechts in Neue Zeit 1901.

Zu Kapitel VIII.

Wertvoll für die Darstellung waren die Personalakten Schweitzers auf dem Berliner Polizeipräsidium, deren Einsicht mir gestattet wurde. Von Zeitungen kamen besonders Socialdemokrat, Zukunft, Volkszeitung und Kreuzzeitung in Betracht. Für die Entstehung der Verfassung des Norddeutschen Bundes, vgl. die Verhandlungen des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Klöppel, Dreißig Jahre deutscher Verfassungsgeschichte 1867 bis 1897 Bd. 1, Leipzig 1900, Lenz, Geschichte Bismarcks, Leipzig 1902, Carl Schurz, Lebenserinnerungen, Berlin 1907, Bd. 2, Kapitel 19. Für den Umwandlungsprozeß des Liberalismus vgl. Baumgarten, der deutsche Liberalismus, eine Selbstkritik in Preuß. Jahrb. Bd. 18 (1866), E. Laskers Nachlaß herausgg. von W. Cahn, Berlin 1902, H. B. Oppenheim, Vor und nach dem Kriege, Stuttgart 1869, Rochau, zur Orientierung im neuen Deutschland, Heidelberg 1868, M. Spahn, Zur Entstehung der nationalliberalen Partei in Zeitschrift für Politik Bd. 1, Heft 3 (1908). Für die realpolitische Wendung bei früheren entschiedenen Demokraten vgl. u. a. Friedr. Hecker, Gepfefferte Briefe, Mannheim 1868 (geschrieb. 65—67) und Eduard Löwenthal, politische Mondsucht und Realpolitik, Berlin 1866 (Mai). Über Schweitzers Privatleben orientierten den Verfasser zahlreiche

Informationen von Überlebenden, besonders fühlt er sich Frau Antonie v. Schweitzer, Herrn Dr. Otto Dammer in Friedenau, Herrn R. Schlingmann und Herrn Dr. Paul Lindau zu Dank verpflichtet. Soweit es rätlich schien, wurde benutzt J. B. von Hofstetten, mein Verhältnis zu Herrn von Schweitzer und zum Socialdemokrat, Berlin 1869. Schweitzers Verhältnis zur Gräfin Hatzfeld beleuchteten ungedruckte, aber dem Verfasser im Original vorliegende Briefe der Gräfin an Herrn Schneidermeister J. Röthing in Leipzig und Herrn Mechaniker C. Schallmayer in Hamburg, die in den Noten VI und VII auszugsweise zum Abdruck kommen. Über die österreichische Arbeiterbewegung in der Zeit des Bürgerministeriums, vgl. Julius Deutsch, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, Wien 1908.

Daß Mehrings Geschichten der Sozialdemokratie, sowohl die von 1877 und 1879 wie die vom Parteistandpunkt aus verfaßte spätere, für dieses Kapitel wie für die vorhergehenden und folgenden mit großem Vorteil benutzt wurden, bedarf kaum der Erwähnung. Über Moses Heß vgl. Zlocisti, Moses Heß, Berlin o. J.

Zu Kapitel IX.

Die schon genannten Berliner Zeitungen und Liebknechts Demokratisches Wochenblatt. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Norddeutschen Reichstages. — Hochverratsprozeß a. a. O., Schweitzers Personalakten auf dem Berliner Polizeipräsidium, Liebknechts Aussage in Sache Eulenburg contra Volksstaat vom 20. Dezember 1873 (Manuskript aus dem Nachlaß), Hermann Wagener, Erlebtes. Berlin 1884.

Zu Kapitel X.

Für die Anfänge der modernen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland bildeten die wichtigsten Quellen die Zeitungen: Socialdemokrat, Demokratisches Wochenblatt, Zukunft, Volkszeitung, Frankfurter Zeitung. Viel Material ist abgedruckt bei Bringmann, Geschichte der deutschen Zimmererbewegung, Bd. 1, Stuttgart 1903. Von Darstellungen wurden eingesehen: Schmöle, die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Deutschland seit dem Erlasse des Sozialistengesetzes. I., Jena 1896, Kulemann, Die Gewerkschaftsbewegung usw., Jena 1900, Max Hirsch, die Arbeiterfrage und die deutschen Gewerkvereine, Leipzig 1893, Brentano, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine in Schmollers Jahrbüchern 1879 und Max Hirsch, die deutschen Gewerkvereine und ihr neuester Gegner. Zur Abwehr gegen die Angriffe des Herrn Professor L. Brentano, Berlin 1879.

Die Verhandlungen des Nürnberger Vereinstages deutscher Arbeitervereine wurden benutzt nach dem Abdruck in Aus der Waffenkammer des Sozialismus usw., VI. Halbband, Frankfurt a. M. 1906. Über die Hamburger Generalversammlung und den Berliner Arbeiterkongreß sind offizielle oder gar stenographische Berichte nicht erschienen, die Darstellung mußte sich mit einer vergleichenden Benutzung der ausführlichsten Zeitungsreferate begnügen.

Zu Kapitel XI.

Auch als Quellen für dieses Kapitel dienten hauptsächlich die schon bei den früheren Kapiteln erwähnten Zeitungen. Marx' Brief an Schweitzer hat Ed. Bernstein in der Neuen Zeit XV (1897) zuerst mitgeteilt. Die Briefe Schweitzers an Marx befinden sich wohl in dem bisher unveröffentlichten Teil der Marxschen Korrespondenz. Mitteilungen über den Tod Ludwig von Schweitzers, sein Testament und seinen Nachlaß verdanke ich dem 1908 verstorbenen Herrn Hauptmann a. D. Fritz von Schweitzer. Vgl. auch Hofstetten a. a. O. u. Dem. Wochenbl. 20. Februar 1869.

Zu Kapitel XII.

Die weitaus wichtigsten Quellen bilden wiederum die Zeitungen. Dazu kommen die stenographischen Berichte über die Verhandlungen des Norddeutschen Reichstages. Liebknechts Brief an Kugelmann befindet sich in dem mir zur Verfügung gestellten Teil des Liebknechtschen Nachlasses. Bebel äußerte sich bisher über die Elberfelder Generalversammlung in Neue Zeit XIV (1896) „Zu Wilh. Liebknechts 70. Geburtstag."

Vgl. natürlich auch Mehring Bd. III und Bernstein, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung Bd. I. Bebels in der Entstehung begriffene Memoiren werden vermutlich wertvolle Aufschlüsse bringen.

Zu Kapitel XIII.

Socialdemokrat, Demokratisches Wochenblatt, Zukunft, Freie Zeitung (von diesem Organ der Hatzfeldschen Sekte stand mir nur ein sehr lückenhaftes Exemplar zur Verfügung). Liebknecht äußert sich selbst über die Motive seiner Rede vom 31. Mai in Hochverratsprozeß p. 445 ff. Für die Verhandlungen zwischen Schweitzer und Mende wurden noch benutzt Fritz Mende, Herr J. B. von Schweitzer und die Organisation des Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Ein Antrag an den Vorstand. Leipzig Dez. 1869 und ungedruckte Briefe Mendes und der Gräfin Hatzfeld an Herrn Schneidermeister Julius Röthing in Leipzig.

Zu Kapitel XIV.

Für die Vorgeschichte von Eisenach vg. außer Socialdemokrat, Demokratisches Wochenblatt, Zukunft und Vorbote, Karl Hirsch, die Organisation der deutschen Arbeiterpartei, Berlin 1869. Über den Eisenacher Kongreß selbst vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Allgemeinen Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongresses zu Eisenach am 7., 8. und 9. August 1869 stenographiert von H. Roller, bearbeitet und redigiert von Dr. Walster, Liebknecht, Bebel und Werner, Leipzig 1869, Tölckes Berichte im Socialdemokrat August 1869, Tölcke, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die Eisenacher Ehrlichen in „Neuer Socialdemokrat", November und Dezember 1872, Tölckes Ergänzung dazu: „Zur weiteren Aufklärung", ibid. Januar 1873 und meine Darstellung in der Geschichte der Frankfurter Zeitung, Frankfurt a. M. 1906 a. a. O.

Zu Kapitel XV.

Außer Socialdemokrat, Volksstaat, Vorbote und der liberalen und konservativen Berliner Tagespresse sowie der Frankfurter Zeitung wurden für dieses Kapitel von periodischen Publikationen benutzt: „Der Proletarier, sozialdemokratisches Arbeiterwochenblatt", das vom 18. Juli 1869 bis zum 1. April 1870 in München und dann bis zu seinem Erlöschen am 18. Juni 1871 in Augsburg erschien. (Redakteure waren teils nach- teils miteinander Neff, Tauscher, Franz und Endres) und das Wochenblatt „der Agitator", das in Berlin vom 1. April 1870 bis zum 24. Juni 1871 herauskam. (Beide Zeitungen erhielt ich vom Archiv der sozialdemokratischen Partei, das mir auch sonst seine Schätze mit der größten Liberalität zur Verfügung stellte). Über den Charakter der deutschen Volkspartei und die Natur ihrer Führer zwischen 1866 und 1870 gibt aufschlußreiche Auskunft: Payer, die deutsche Volkspartei und die Bismarcksche Politik in „Patria" 1908. Für den Stuttgarter Kongreß vgl. Protokoll über den ersten Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu Stuttgart am 4., 5., 6. und 7. Juni 1870, Leipzig 1870. Schweitzers im April und Mai 1870 im „Agitator" veröffentlichte Studie: „Zur Geschichte der Arbeiterpartei in Deutschland" ist durchaus tendenziös gehalten und bringt für die Darstellung weder neue Tatsachen noch neue Gesichtspunkte.

Zu Kapitel XVI.

Hauptsächlich: Volksstaat, Socialdemokrat, Proletarier, Vorbote, Agitator sowie zahlreiche bürgerliche Zeitungen. Über die französische Arbeiterbewegung in den letzten Jahren Napoleons III. orientiert vorzüglich Albert Thomas, le second empire Paris o. J. (der zehnte Band der von Jaurès herausgegebenen Histoire socialiste 1789—1900).

Zu Kapitel XVII.

Dieses Schlußkapitel stützt sich in seiner Darstellung besonders auf die mir von den Liebknechtschen Erben mit großer Zuvorkommenheit zur Verfügung gestellte umfangreiche Korrespondenz Liebknechts, die sich in seinem Nachlaß fand. Es waren darunter hauptsächlich Briefe von Liebknecht und Engels, aber auch von Marx, Bracke, Geib u. a. Benutzt wurden ferner die Jahrgänge 1871 bis 1875 des Volksstaat und des Neuen Socialdemokrat, die Protokolle über die jährlichen Kongresse beider Richtungen in der gleichen Zeit, ungedruckte Briefe der Gräfin Hatzfeld an Schallmayer, mündliche Mitteilungen von Schweitzers Witwe und von Herrn Dr. Paul Lindau. Man vergleiche natürlich auch Mehring Bd. IV und E. Bernsteins Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Wertvolle Mitteilungen über die Einigungsverhandlungen von 1874/75 verdanke ich Herrn Eduard Bernstein in Berlin, der daran bekanntlich auf Seiten der Eisenacher persönlich teilgenommen hatte. Über Schweitzer als Theaterschriftsteller u. a. vergleiche meinen Artikel über ihn in der Allgemeinen Deutschen Biographie (Ergänzungsband). 1909.

Druck der Fürstlich priv. Hofbuchdruckerei (F. Mitzlaff), Rudolstadt.

Namenregister.